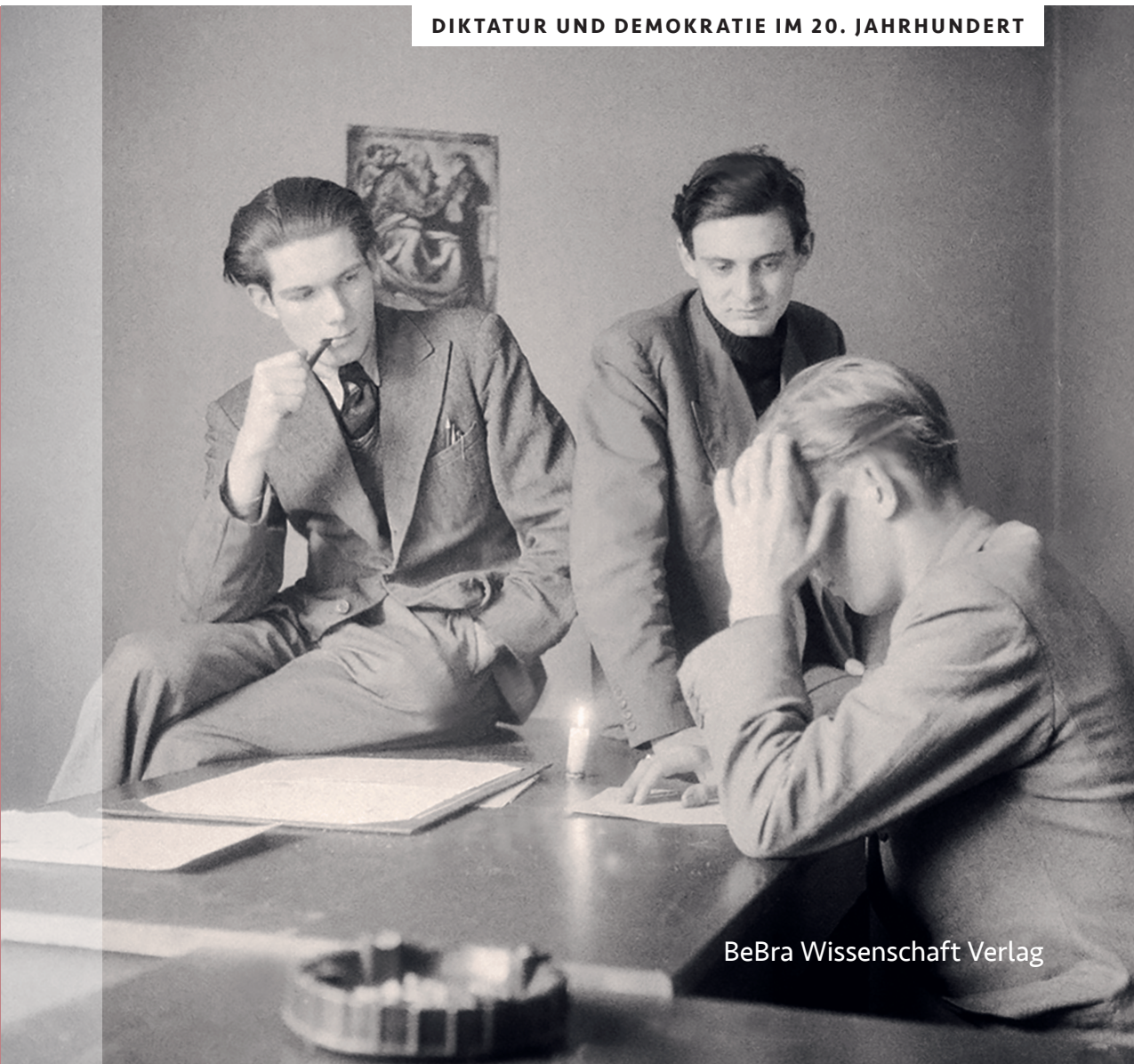


»Kampf um die Köpfe«

Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen
(AGSF) und die hochschulpolitische Kultur
des Kalten Krieges (1949–1963)

DIKTATUR UND DEMOKRATIE IM 20. JAHRHUNDERT



BeBra Wissenschaft Verlag

»Kampf um die Köpfe«

Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert, Bd. 10

Schriftenreihe der Forschungs- und Dokumentationsstelle
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland

Herausgegeben von
Stefan Kreuzberger
Fred Mrotzek

Tilman Wickert

»Kampf um die Köpfe«

Das Amt für gesamtdeutsche Studenten-
fragen (AGSF) und die hochschulpolitische
Kultur des Kalten Krieges (1949–1963)

BeBra Wissenschaft Verlag

Das Buch veröffentlicht eine Dissertationsschrift der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock, die am 4. Juli 2024 verteidigt wurde. Gutachter: Prof. Dr. Stefan Creuzberger, Prof. Dr. Dominik Geppert (Potsdam), Prof. Dr. Dierk Hoffmann (IfZ Berlin, Potsdam)

Das Titelbild zeigt die Vorsitzenden der Studentenvertretung der Freien Universität Berlin, Ernst Benda (links) und Helmut Coper (Mitte), mit einem Studenten aus der SBZ, 1949. Foto: Fritz Eschen. © Deutsche Fotothek

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation. Es ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>).

Zu Fragen der Produktsicherheit wenden Sie sich bitte an herstellung@bebraverlag.de

Der BeBra Wissenschaft Verlag ist ein Imprint des BeBra Verlags.

© 2025 BeBra Verlag GmbH
Asterplatz 3, 12203 Berlin
post@bebraverlag.de
Redaktion der Reihe: Stefan Creuzberger, Fred Mrotzek, Rostock
Redaktion des Bandes: Stefan Creuzberger, Fred Mrotzek, Rostock
Lektorat: Astrid Volpert, Berlin
Umschlag: typgerecht berlin
Satz: Zerosoft
Schrift: Minion Pro 10,5/13,5 pt
Gedruckt in der Europäischen Union
ISBN 978-3-95410-343-0

www.bebra-wissenschaft.de

Inhalt

Einleitung	9
Historischer Kontext und methodischer Zugang	11
Fragestellungen und Aufbau der Untersuchung	15
Forschungsstand	17
<i>Antikommunistische Netzwerke in der jungen Bundesrepublik</i>	17
<i>»Gesamtdeutsche Studentenfragen« und Antikommunismus in der studentengeschichtlichen Forschung</i>	19
<i>Repression, Opposition und Widerstand an den Universitäten der DDR</i>	22
<i>Forschungen zum AGSF</i>	23
Quellen	24
»Stürmt die Festung Wissenschaft« – Sowjetisierung des Hochschulwesens, studentischer Widerstand und Gründung des AGSF	28
Sowjetisierung des ostdeutschen Hochschulwesens	28
<i>Zulassungspolitik – Instrument sozialistischer Elitenrekrutierung</i>	28
<i>Die Zerschlagung der freien studentischen Selbstverwaltung in der SBZ</i>	32
Studentenopposition in Berlin und die Gründung der Freien Universität 1948 ...	39
<i>Neuartige Aktionsformate – Die Studentenzeitschrift »Colloquium« und das Informationsbüro der Deutschen Studentenschaft (IDS)</i>	39
<i>Die Berliner Relegations-Krise</i>	45
Der Verband Deutscher Studentenschaft und die Gründung des »Referates Ost« an der Freien Universität Berlin	49
<i>Gründung des VDS</i>	49
<i>Die »Seeshaupter Beschlüsse«</i>	54
Erste Gehversuche – die schwierige Anfangsphase des Referates Ost an der Freien Universität Berlin	59
<i>Flüchtlingsbetreuung</i>	59
<i>Finanzielle Probleme und eine ungewisse Zukunft – die Stagnationsphase 1949/50</i>	65

Von der »bloßen Flüchtlingsvermittlungsstelle« zum »Hauptquartier der studentischen Resistance« – Organisation, Finanzen und Vernetzung	69
Konsolidierungsphase	69
<i>Umbenennung des Referats Ost in »Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen« (RGSF)</i>	69
<i>Der Wendepunkt: Die Entstehung des antikommunistischen Konsenses in den Studentenschaften</i>	71
Im »Netzwerk des Kalten Krieges« – finanzielle Sanierung und Vernetzung	76
<i>Die Solidaritätsgröschensammlung</i>	76
<i>Amerikanische Förderer</i>	82
<i>Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen</i>	89
<i>Finanzielle Lage des AGSF</i>	92
Tätigkeitsbereiche des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen	99
Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik, West-Berlin und im westlichen Ausland	99
<i>Informationsgewinnung und Dokumentation von Repressionen</i>	99
<i>Hochschul-Informationen</i>	103
<i>Vortragsreisen</i>	107
<i>Die V-Aktion</i>	110
<i>Pläne für die Neuorganisation der ostdeutschen Universitäten nach dem »Tag X«</i>	115
<i>Auslandsarbeit und »Saarfrage«</i>	120
»Offene Aktionen auf dem Gebiet der DDR« – die Ostarbeit des AGSF	124
<i>Ziele und Ausgangsbedingungen der Ostarbeit im Jahr 1950/51</i>	124
<i>Informationsbeschaffung</i>	128
<i>»Liebesgaben« aus West-Berlin – karitative Aktivitäten im Rahmen der Ostarbeit</i>	130
<i>Literaturtransfer und geistige Gegenöffentlichkeit</i>	134
<i>Der Kurierapparat</i>	140
<i>Niedergang der Ostarbeit</i>	145
»Ermittlung und Abwehr« kommunistischer Infiltration	156
<i>Ausgangslage</i>	156
<i>Entstehung des studentischen Antikommunismus</i>	159
<i>Beginn der bundesweiten operativen Abwehrarbeit</i>	162
<i>Abwehrarbeit gegen rechtsextreme Umtriebe</i>	172
<i>Ausweitung der Abwehrarbeit auf »Neutralisten« und Wiederbewaffnungsgegner</i>	175

Flüchtlingsarbeit	180
<i>Überprüfung von Flüchtlingsstudenten</i>	180
<i>Das AGSF im Bundesnotaufnahmeverfahren</i>	190
<i>Überprüfungspraxis – der Fall Wilfried Seiring</i>	195
<i>Der Flüchtlingsausschuss für Hochschullehrer und Assistenten</i>	198
<i>Überprüfungspraxis – Fallbeispiel Dr. H.</i>	202
<i>Entwicklung der Flüchtlingsarbeit nach 1953</i>	203
Gegenwind und Niedergang des antikommunistischen Konsenses	211
Auf dem Höhepunkt des Erfolgs – das AGSF als etabliertes Verbandsamt des VDS und feste Größe im Privatapparat des Kalten Krieges	211
Konflikte im Verband	214
<i>Mehr als nur ein Verbandsamt?</i>	214
<i>Konflikte um gesamtdeutsche Begegnungen im Hochschulsport</i>	219
<i>Haltung und Reaktion des AGSF</i>	224
<i>Gesamtdeutsche Studentenkontakte</i>	228
Gegenwind von außen	236
<i>Rückzug der Amerikaner</i>	236
<i>Gegenpropaganda – im Visier des MfS</i>	246
Aufstieg der »Neuen Linken« im VDS und Bedeutungsverlust und Abwicklung des AGSF	258
<i>Neue Themenfelder studentischer Politik</i>	258
<i>Die ost- und deutschlandpolitischen Aktivitäten der Studentenschaften</i>	267
<i>Rückzug des AGSF in die politische Bildungsarbeit</i>	272
<i>Die Abwicklung</i>	277
Fazit	283
Anhang	290
Quellen und Literaturverzeichnis	291
Personenverzeichnis	300
Danksagung	302
Der Autor	303

Einleitung

Im Frühjahr 1957 verhaftete die Stasi einen ehemaligen Studenten der Universität Leipzig. Unter dem Druck der Verhöre gestand dieser, unter dem Decknamen »Altmann« mit dem »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« (AGSF) in Verbindung gestanden zu haben.¹ In diesem Zusammenhang, so »Altmanns« Geständnis, habe er Vorlesungsverzeichnisse gesammelt und Stimmungsberichte über die Situation während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 an der Universität Leipzig verfasst, um diese dem AGSF bei regelmäßigen Treffen in West-Berlin zu überbringen. Bereits seit 1951 hatte »Altmann« in Kontakt mit dem AGSF gestanden, als er es auf einer Veranstaltung der »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« in Berlin kennengelernt hatte.² Wegen dieser Verbindung verurteilte ein Gericht der DDR »Altmann«, der zuvor als Student der Universität Leipzig der dortigen Liberalen Hochschulgruppe nahegestanden hatte, zu zwölf Jahren Haft wegen »Boykotthetze« gemäß Artikel 6 der DDR-Verfassung.³ Wenngleich Überlieferungen der Stasi quellenkritisch grundsätzlich fragwürdig sind, stimmen in diesem Fall immerhin die Kerninformationen. Das AGSF war keine Erfindung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), sondern existierte tatsächlich. Es unterhielt überdies an fast allen Universitäten der DDR Kurier und Informanten, die unter Tarnnamen liefen und Informationen über die Lage an den Universitäten in der DDR sammelten. Sogar der Deckname »Altmann« ist in den Unterlagen des AGSF überliefert.⁴

Doch wer war dieses AGSF, und worin bestanden die »gesamtdeutschen Studentenfragen«, mit denen es sich dem Namen nach befasste? Zeitgenössische Einschätzungen gehen in ihren Deutungen naturgemäß weit auseinander. Die DDR-Propaganda bezeichnete das AGSF als »Bonner Agentenzentrale«, wogegen die Studentenpresse in der Bundesrepublik es als »Hauptquartier der studentischen Resistance« in der DDR rühmte.⁵ Studentenvertreter in den Allgemeinen Studentenausschüssen (AStA) wiederum sprachen hinter vorgehaltener Hand – halb spöttisch,

¹ BStU, MfS BV Lpz AIM 142/82, Bl. 135–137 Abschrift. Teilweiser Auszug aus dem Schlussbericht im Untersuchungsvorgang gegen »Altmann«, Berlin, 29.6.1957.

² Ebd.

³ Ebd., Bl. 139.

⁴ Bundesarchiv (BArch) Koblenz, B 166, Akte 1216, Abrechnungsunterlagen über die Einsatzfahrten der Kurier vom Mai 1952, unpaginiert.

⁵ Studentischer Freiheitskampf, in: Deutsche Universitätszeitung (1951), Nr. 15/16, S. 24.

halb anerkennend – vom »Amt Spangenberg«, benannt nach seinem langjährigen Leiter Dietrich Spangenberg, was in Anspielung auf das »Amt Blank« bereits auf den nachrichtendienstlichen Charakter der Einrichtung hindeutete.⁶ Andere Studentenvertreter stießen sich am Hauch des Elitären, das die Mitarbeiter des AGSF innerhalb der Studentenschaften umgab, und sprachen hämisch vom »unsichtbarem Bundesverdienstkreuz, das die Mitarbeiter des Amtes fortwährend mit sich herumtrügen«.⁷ All dies erhellt bereits, dass es sich beim AGSF offenbar um eine schillernde Einrichtung im Geiste des Kalten Krieges handelte.

Tatsächlich war das AGSF ein Kind der Systemkonfrontation und der deutschen Teilung. 1949 vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) gegründet, strebte es danach, auch nach der doppelten Staatsgründung inoffizielle Kontakte zwischen westdeutschen Studentenvertretern und den »freiheitlich gesinnten Studenten der Sowjetzone« zu unterhalten. In diesem Rahmen unterstützte das AGSF die studentische Opposition in der DDR, sammelte Informationen über die sozialistische Umgestaltung des ostdeutschen Universitätswesens und machte diese der westdeutschen Öffentlichkeit zugänglich. Darüber hinaus betreute und beriet es Studenten, die sich dem politischen Druck und der Verfolgung in der DDR durch Übersiedlung beziehungsweise Flucht in den Westen entziehen wollten, und half ihnen bei der Eingliederung ins bundesdeutsche Universitätssystem.

Mit der Gründung des AGSF reagierten die im VDS vereinten Studentenvertreter West-Berlins und der Bundesrepublik auf die gewaltsame Ausschaltung der 1946 freigewählten Studentenräte in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) und die Gleichschaltung des ostdeutschen Universitätswesens. Wenngleich der von Stalin herbeigesehnte Sturm auf die »Festung Wissenschaft« in der DDR erst 1950/51 vom SED-Regime offiziell ausgerufen wurde, hatten die eisigen Vorläufer bereits Ende der 1940er-Jahre erheblich gewütet.⁸ So wurde in den Jahren 1947 bis 1950 die studentische Selbstverwaltung der SBZ gewaltsam aufgelöst, nachdem sie sich dort nach 1945 legal etabliert hatte. Die frei gewählten Studentenräte wurden zerschlagen und in die Hände der FDJ überführt, die nun als alleinige Organisationsform für Studenten vorgesehen war. Auch die liberalen und christdemokratischen Hochschulgruppen, die nach den freien Studentenratswahlen vor 1947/48 die Studentenräte dominiert hatten, wurden im Rahmen der Gleichschaltung der Blockparteien

⁶ Uwe Rohwedder: *Kalter Krieg und Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften in der frühen Bundesrepublik (1949–1969)*, Essen 2012, S. 87, (künftig zitiert: Rohwedder, *Kalter Krieg und VHS*).

⁷ BAArch, B 166, Akte 7, Protokoll der 6. VDS-Mitgliederversammlung im Mai 1954. Diskussion über den Bericht von AGSF-Geschäftsführer Spangenberg, S. 104.

⁸ Müller, Marianne/Müller, Egon Erwin: »... stürmt die Festung Wissenschaft!«. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1953.

aufgelöst. Viele Studenten wurden in diesem Zusammenhang von den Universitäten verwiesen oder verhaftet, verhört, gefoltert und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt oder in sowjetische Gulags deportiert. Eine noch immer unbekannte Zahl von Studenten wurde im Zuge der gewaltsamen Zerschlagung der studentischen Selbstverwaltung hingerichtet oder ist in den Gefängnissen und sowjetischen Straflagern ums Leben gekommen. Vor diesem Hintergrund ist es laut Ilko-Sascha Kowalczuk nicht verwunderlich, dass Studenten und Oberschüler in den 1950er-Jahren zu wesentlichen Trägern von Opposition und Widerstand in der DDR wurden.⁹

Historischer Kontext und methodischer Zugang

Das Anliegen, durch zielgerichtete Unterstützung oppositioneller Kräfte in der DDR die Konsolidierung des SED-Regimes zu verhindern und zudem kommunistische Kräfte in der Bundesrepublik einzudämmen, beschränkte sich freilich nicht auf die Studentenschaften. Nach der doppelten Staatsgründung und vor allem nach dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950 wurde im bundesdeutschen wie im West-Berliner Umfeld gesellschaftspolitisch relevanter Institutionen eine Reihe von Organisationen geschaffen, die dem AGSF in Struktur und Funktion ähnelten. Die Parteien hatten ihre sogenannten Ostbüros gegründet. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere Berufsverbände hatten gesamtdeutsche Referate ins Leben gerufen. Hinzu gesellte sich eine kaum überschaubare Menge an antikommunistischen Kampfbündeln und gesamtdeutschen Vereinigungen, die nicht unmittelbar an große zivilgesellschaftliche Organisationen angebunden waren. Die bekanntesten unter ihnen sind die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) oder der »Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen« (UFJ). Deutlich kleiner waren Organisationen wie der »Volksbund für Frieden und Freiheit«, die »Aktionsgruppe Baader« oder der »Deutsch-Russische Freiheitsbund«.

Doch ob groß oder klein, an Parteien und Gewerkschaften angedockt oder unter »freier Flagge« segelnd, stellten diese Gruppierungen eine zivilgesellschaftliche Reaktion auf die deutsche Teilung dar. Ihre Gründungen waren aber auch als eine Folge der Angst vor kommunistischen Umsturzversuchen oder einer sowjetischen Invasion zu verstehen, die vor allem seit dem Korea-Schock im Sommer 1950 in der Bundesrepublik grassierte.¹⁰ Angesichts dieser Befürchtungen zeigten sich auch staatliche Stellen der Bundesrepublik und westalliierte beziehungsweise amerika-

⁹ Geschichte der Opposition in der DDR. Von der Diktaturerrichtung bis zur Diktaturüberwindung, https://www.dissidenten.eu/fileadmin/user_upload/Deutschland/Oppositionsgeschichte/dissidenten_eu-Deutsche-Oppositionsgeschichte.pdf (05.05.2025).

¹⁰ Michael Lemke: Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961, Köln u.a. 2011, S. 113–117 (künftig zitiert: Lemke, Mauer).

nische Dienste an diesen zivilgesellschaftlichen Organisationsformen interessiert. Für diese Stellen, allen voran das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG), war dieses schwer überschaubare Gestrüpp aus Ostbüros, gesamtdeutschen Referaten und diversen Kampfbünden ein geeignetes Instrument, um den antikommunistischen Konsens in der bundesdeutschen Gesellschaft neu zu vitalisieren und zu verankern. Diverse Maßnahmen, die auf die Abwehr kommunistischer Infiltrationsversuche oder die Immunisierung der Gesellschaft gegen kommunistische Propagandaoffensiven abzielten, wurden durch diese Einrichtungen umgesetzt. Die enge Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und staatlichen Behörden entsprach einerseits der korporatistischen Verfasstheit des bundesdeutschen politischen Systems, in dem nichtstaatliche Akteure bis heute große Handlungsspielräume haben. Andererseits war diese Frühform einer »private-public-partnership« bisweilen alternativlos, da die neugegründeten Ministerien und Behörden der noch jungen Bundesrepublik oftmals keinen eigenen administrativen Unterbau für derlei Tätigkeiten besaßen. Überdies bot diese Form der Zusammenarbeit staatlichen Stellen die Gelegenheit, unliebsame oder sicherheitspolitisch brisante Tätigkeiten an nichtstaatliche Akteure auszulagern, um sich bei deren Enttarnung oder bei Fehlschlägen erfolgreich distanzieren zu können. Dies galt etwa für operative Aktionen auf DDR-Territorium, die der UFJ und die KgU, aber auch das AGSF regelmäßig durchführten, jedoch vom Bundeskanzleramt streng untersagt worden waren.¹¹ Auf diese Weise wurde das zivilgesellschaftliche Netzwerk der Ostbüros und gesamtdeutschen Referate auch zu einem »Privatapparat des Kalten Krieges« (Stefan Kreuzberger), zu einer »grauen Verwaltung« (Arnold Köttgen). Durch diese verbreiterte und festigte sich der antikommunistische Konsens in Politik und Gesellschaft – teilweise angetrieben von staatlichen und alliierten Stellen, vielfach jedoch von den Akteuren des Privatapparates, über die sich, verbunden mit viel Eigensinn, ein »Antikommunismus von unten« aus der Gesellschaft heraus artikulierte.¹² Das »Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen« des VDS wurde bald nach seiner Gründung Teil dieses Apparates, wo es von West-Berlin aus im Spannungsfeld von Hochschulpolitik, Sicherheitspolitik und Systemkonfrontation ab 1949 agierte.

Die Gründung der Ostbüros und gesamtdeutschen Referate war nicht nur eine Reaktion auf die deutsche Teilung, sondern auch Ausdruck und Träger einer politischen Kultur des Kalten Krieges, einer »cold war culture«, die sämtliche gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Prozesse in der jungen Bundesrepublik

¹¹ Klaus Körner: »Die rote Gefahr«. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950–2000, Hamburg 2003, S. 24.

¹² Stefan Kreuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges, 1949–1969, Düsseldorf 2008, S. 141 (künftig zitiert: Kreuzberger, BMG).

durchzog.¹³ Kennzeichen dieser »cold war culture« war es, dass die Dynamiken der geopolitischen Spaltung der Welt vorzugsweise in westliche Gesellschaften hineinwirkten und Denk- und Handlungsweisen erzeugten, die ganz der dichotomen außenpolitischen und militärischen Logik der Blockkonfrontation entsprachen. Besonders in den westlichen Frontstaaten entstand dadurch in den 1950er-Jahren ein gesellschaftspolitisches Klima, das bisweilen an einen »Kalten Bürgerkrieg« erinnerte und in dem sämtliche Akteure beständig eine Frontstellung gegen die innere wie äußere kommunistische Bedrohung einnahmen.¹⁴ Sichtbarster Ausdruck dieser »cold war culture« in der Bundesrepublik wurde die »antikommunistische Wagenburg« (Micheal Frey), in der staatliche, halbstaatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen ab 1950 zusammenrückten.¹⁵ Bei dieser Formation dienten Organisationen wie das AGSF oder die Ostbüros einerseits als »Einparkhilfe« – um im Bilde zu bleiben –, andererseits als »Parkwächter«, die über die Einhaltung der Formationsordnung wachten. Der antikommunistische Konsens der jungen Bundesrepublik, also seine zivilgesellschaftliche Verankerung und alltagspraktische Umsetzung, beruhte demnach maßgeblich auf der Arbeit dieser Organisationen, die dabei freilich eng mit bundespolitischen und westalliierten Akteuren zusammenarbeiteten.

Antikommunismus ist bekanntlich ein schillernder, schwer zu fassender Terminus, der bis weit in die 1990er-Jahre kaum sinnvoll operationalisierbar war, solange der Pulverdampf des Kalten Krieges, der den Begriff einnebelte, sich noch nicht gelegt hatte. Dementsprechend überwogen zuvor Definitionen, deren Urheber eher die politische Kampftauglichkeit denn die wissenschaftliche Verwendungsfähigkeit vorschwebte.¹⁶ Eine brauchbare, differenzierte Betrachtungsweise, die den Begriff auch vor dem Hintergrund von Periodisierungen deutscher Zeitgeschichte operationalisiert, stammt von Andreas Wirsching. Dieser betrachtet den Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur in Deutschland, der sich je nach sozialer und politischer Trägerschaft typologisieren lässt. So gibt es nach Wirsching

¹³ Tony Shaw: The Politics of Cold War Culture, in: *Journal of Cold War Studies*, Jg. 3 (2001), S. 59–76.

¹⁴ Thomas Lindenberger (Hrsg.): *Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen*, Köln u.a. 2006, S. 13 (künftig zitiert: *Massenmedien im Kalten Krieg*).

¹⁵ Michel Frey: *Vor Achtundsechzig. Der Kalte Krieg und die Neue Linke in der Bundesrepublik und in den USA*, Göttingen 2020, S. 57 (künftig zitiert: Frey, *Vor Achtundsechzig*).

¹⁶ Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann: *Antikommunismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Einleitende Vorbemerkung*, in: Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): »Geistige Gefahr« und »Immunsierung« der Gesellschaft. *Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik*, München 2014, S. 3 f. (künftig zitiert: Creuzberger/Hoffmann, *Antikommunismus*).

drei Formen des Antikommunismus: den ideologischen, den funktionalen und den empirischen.¹⁷

Der *ideologische Antikommunismus* war demnach ein Kind des 19. Jahrhunderts, der vor allem als geistiges Konstrukt christlich-konservativer Kräfte dazu diente, auf die materialistisch-säkularistischen Seiten des Kommunismus zu verweisen, um dadurch getarnt auch gegen liberale, moderne Ideen zu Felde zu ziehen. Seine soziale Trägerschaft bestand demnach aus monarchistischen, deutsch-konservativen und später dann deutschnationalen Kräften. Der *funktionale Antikommunismus* hingegen, der für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) der Weimarer Jahre als Kampforganisation unter dem Einfluss des Berliner Gauleiters Joseph Goebbels eigentümlich war, suchte aus strategisch-funktionalen Gründen weniger die geistige Abgrenzung zum Kommunismus als dessen Gegnerschaft zur eigenen Profilierung. Antikommunistische Ausdrucksformen der Weimarer Jahre, wie etwa die Freikorps oder die von Goebbels nationalrevolutionär gestaltete NSDAP, gingen den Kommunismus und seine Anhänger demnach nur formal aus Gründen des Schutzes von Gesellschaft und Staat an. Tatsächlich diente dies der Schaffung bürgerkriegsartiger Zustände, um darüber das republikanische Gewaltmonopol in die Hände zu bekommen und Staat und Gesellschaft nach Maßgabe autoritärer Weltanschauungen diktatorisch umzuformen. Der Kommunismus hatte demnach die Funktion eines Steigbügelhalters zur Diktatur. Gänzlich anders interpretiert Wirschings Ansatz den *empirischen Antikommunismus*. Dieser Typ war im sozialdemokratischen Milieu beheimatet oder wurde von Personen oder Gesellschaftsgruppen getragen, die ihrerseits Gewalt, Ausgrenzung oder Degradierung in der Begegnung mit kommunistischen Kräften und Herrschaftsformen erlebt hatten. Die sozialdemokratischen Wurzeln dieses antikommunistischen Typs reichen laut Wirsching bis in die Weimarer Republik zurück, in der eine republikanische Sozialdemokratie sich um ideologische und praktische Abgrenzung gegenüber kommunistisch-revolutionären Kräften bemüht hatte. Mit den sozialdemokratischen Antikommunisten gemein hatten die späteren Dissidenten und Renegaten, dass sie mit marxistisch-sozialistischem Gedankengut in Berührung gekommen waren oder sich teilweise noch dazu bekannten oder es zumindest, wie die SPD noch bis 1959, als Traditionsbestand pflegten.¹⁸

Begreift man die Organisationen des »Privatapparates des Kalten Krieges« als gesellschaftliche Träger und Motoren des antikommunistischen Konsenses in der Bundesrepublik, wird deutlich, dass ihre Erforschung wertvolle Zugänge zum Verständnis der bundesdeutschen »cold war culture« eröffnen kann. Ob und wie

¹⁷ Andreas Wirsching: Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur, 1917–1945, in: Kreuzberger/Hoffmann, Geistige Gefahr, S. 18–24.

¹⁸ Ebd.

omnipräsent der antikommunistische Konsens in der westdeutschen Gesellschaft wirklich war, aus welchen (ideologischen) Quellen er sich speiste und welche Gesellschaftsbereiche sich stärker oder schwächer von den Dynamiken der politischen Kultur des Kalten Krieges prägen ließen – all dies lässt sich über die Erforschung ihrer Trägerorganisationen plausibel herausarbeiten. Dies nicht zuletzt, weil diese sich meistens auf bestimmte Berufsgruppen (UFJ), Parteien (Ostbüros) oder Gesellschaftsbereiche (AGSF) konzentrierten und in ihren Tätigkeiten mit den dort wirkmächtigen Eigensinnigkeiten oder Interessenlagen konfrontiert waren.

Die oben genannten Konzepte von »cold war culture« einerseits und Wirschings antikommunistischer Typologie andererseits dienen als kulturgeschichtlicher Bezugsrahmen der vorliegenden Untersuchung, innerhalb dessen das AGSF als Institution erforscht werden soll. Die Arbeit versteht sich demnach als eine um kulturhistorische Aspekte erweiterte Institutionengeschichte im Sinne Bernhard Löfflers: Diese wird durch die Aufnahme kulturgeschichtlicher Fragestellungen in die Lage versetzt, jene »politische Kultur« zu erfassen, durch die die Institution geprägt ist, zu der sie aber ihrerseits ebenso beiträgt.¹⁹ Im Sinne diese Überlegungen soll deshalb nicht nur ausgelotet werden, wie das AGSF von der »cold war culture« und dem bundesdeutschen Antikommunismus beeinflusst wurde, sondern auch, inwieweit das AGSF als Institution selbst als »Vermittlungsinstanz kultureller Sinnproduktion« dazu beitrug, entsprechende »Ordnungsarrangements« zu verbreiten und zu stabilisieren.²⁰

Fragestellungen und Aufbau der Untersuchung

Grundsätzlich soll erörtert werden, wie das AGSF als Institution aufgebaut war und wie es arbeitete, um den gesamtdeutschen Studentenfragen nachzugehen. Davon ausgehend werden auch seine Außenbeziehungen zu anderen Akteuren untersucht. Im Vordergrund stehen dabei die Beziehungen zum Mutterverband VDS, in dessen Strukturen das AGSF als Verbandsamt eingebettet war und der als Auftraggeber die politischen Leitlinien und Rahmenbedingungen für die Arbeit des AGSF vorgab.

Darüber hinaus konzentriert sich die Untersuchung auf die Verbindungen, die das »Amt« zu Akteuren unterhielt, die nicht der hochschulpolitischen Szene angehörten, sondern der staatlichen oder nachrichtendienstlichen Sphäre zuzuordnen sind. Gemeint sind hier in erster Linie amerikanisch-alliierte Dienststellen, das Bun-

¹⁹ Siehe hierzu: Bernhard Löffler: Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Thesen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.): Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007, S. 7 und 178 f.

²⁰ Ebd.

desamt für Verfassungsschutz und vor allem das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Was versprach sich das AGSF davon, mit diesen Einrichtungen zusammenarbeiten? Welche Handlungsspielräume und Zwänge ergaben sich daraus? Und umgekehrt: Welche Erwartungen formulierten die Partner ihrerseits an das AGSF, welche Einflüsse konnten sie auf ein studentisches Verbandsamt ausüben, das formal ausschließlich dem Willen der studentischen Selbstverwaltung unterworfen war? Dementsprechend soll auch untersucht werden, welche Einrichtungen der DDR sich mit dem AGSF befassten: Welche Bedeutung maßen diese dem AGSF bei, und/bzw. welche sicherheitspolitische Bedrohung erblickten sie in ihm?

In der Zusammenschau soll schließlich – als übergeordnete Leitfrage – exemplarisch am AGSF herausgearbeitet werden, wie die bundesdeutsche Studentenschaft sich zu den politischen Herausforderungen der deutschen Teilung, des Kalten Krieges und zum antikommunistischen Grundkonsens der frühen Bundesrepublik verhielt und somit Teil und Akteur der »cold war culture« war.

Die Untersuchung orientiert sich chronologisch an der Geschichte des AGSF und ist in fünf Teile gegliedert.

Das erste Kapitel umfasst den Zeitraum von der Kapitulation der Wehrmacht bis zur Gründung des »Referates Ost«, des späteren AGSF, im Oktober 1949. Im Sinne einer Hinführung befasst es sich mit dem Auseinanderfallen der deutschen Hochschullandschaft in Ost und West nach 1945 sowie mit dem Wiederaufbau, der Gleichschaltung und der Spaltung der studentischen Selbstverwaltung in den Nachkriegsjahren.

Das zweite Kapitel befasst sich schwerpunktmäßig mit der »Expansionsphase« des Referates Ost von der Gründung bis zu der Umbenennung in AGSF im Frühjahr 1951. Beleuchtet werden dabei besonders das Ringen der Studentenschaften um einen einheitlichen deutschlandpolitischen Kurs und die Rolle, die das AGSF hierbei spielte. Weiterhin sollen das Entstehen der Beziehungsgeflechte des AGSF über die studentische Szene West-Berlins hinaus zu staatlichen Stellen aufgezeigt und biografische Aspekte führender AGSF-Mitarbeiter beleuchtet werden.

Das dritte Kapitel konzentriert sich auf die eigentlichen Tätigkeitsbereiche des AGSF. Dazu gehörten die Informationspolitik und Aufklärungsarbeit, die sicherheitspolitisch sensible Ostarbeit in der DDR, die Abwehrarbeit gegen »kommunistische Infiltration« an bundesdeutschen Universitäten und schließlich die Beratung, Betreuung und Überprüfung der Flüchtlingsstudenten.

Das vierte Kapitel befasst sich mit dem Zeitraum von 1954 bis 1963. Es startet mit dem organisationsgeschichtlichen Zenit des AGSF im Jahr 1954 und beschreibt die Entwicklung der Institution bis zu ihrem Ende im November 1963. Untersucht werden dabei die Entwicklung des deutschlandpolitischen Kurses in den Studentenschaften sowie das Spannungsverhältnis von studentischen und staatlichen Anspruchsgruppen, innerhalb dessen das AGSF agierte. Überdies ist der östliche Ein-

fluss auf die Politik des VDS, etwa durch die FDJ-Westarbeit und die Bekämpfung des AGSF durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Gegenstand des Kapitels. Abschließend wird der Überführungsprozess des AGSF in das »Institut für Hochschulfragen e.V.« in den Jahren nach dem Bau der Berliner Mauer geschildert.

Forschungsstand

Die Arbeit verortet den Untersuchungsgegenstand AGSF an der Schnittstelle mehrerer Forschungsfelder. Als Bestandteil des »Privatapparates des Kalten Krieges« gehörte das AGSF zu jenem Netzwerk antikommunistischer Organisationen, das in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen und bundesdeutschen Dienststellen den antikommunistischen Konsens in der Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik verwirklichte. Dieses Phänomen ist vor allem Gegenstand der Politikgeschichte und der Geschichte der politischen Kultur. Als Organ des Verbandes Deutscher Studentenschaften ist das AGSF zugleich aber auch Bestandteil der Studentengeschichte. Zuletzt berührt es durch seine Verbindungen zur ostdeutschen Studentenopposition auch die Repressions- und Widerstandsgeschichte der frühen DDR – mithin Teilbereiche, die bislang unterschiedlich intensiv erforscht worden sind.

Antikommunistische Netzwerke in der jungen Bundesrepublik

Der Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik ist nach wie vor ein Forschungsdesiderat. Auf die historischen und methodischen Ursachen hierfür haben Stefan Creuzberger und Dierk Hoffmann bereits 2014 hingewiesen.²¹ Vor allem die alltagspraktische Umsetzung des antikommunistischen Konsenses in den Institutionen von Politik, Kultur und Gesellschaft durch nichtstaatliche Akteure wie die Ostbüros und die gesamtdeutschen Referate ist wenig erforscht worden. Dass gerade die Ostbüros und andere Organisationen des Privatapparates des Kalten Krieges lange ein »Mauerblümchendasein in der Wissenschaft gefristet« haben, liegt auch daran, dass ihre Aktivitäten nach den Hochzeiten der Konfrontationspolitik aus der Zeit gefallen schienen und ihr kämpferischer Antikommunismus mit dem neuen deutschlandpolitischen Klima der Ostpolitik kaum kompatibel war.²² Dementsprechend stiefmütterlich wurden sie lange in der bundesdeutschen Erinnerungskultur behandelt – zumal auch ehemalige Akteure und prominente Zeitzeugen ihre Ver-

²¹ Creuzberger/Hoffmann, Antikommunismus, S. 3 f.

²² Kai-Uwe Merz: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 34), München u.a. 1987, S. 8 (künftig zitiert: Merz, Kalter Krieg).

gangenheit als kämpferische Antikommunisten nur selten in Memoiren ausführlich reflektierten oder gar positiv hervorgehoben haben.²³ Die angeblich geringe wissenschaftliche Relevanz der einzelnen Gruppen, die bisweilen als Ursache für die Nichtbeachtung ins Feld geführt wurde,²⁴ kann jedoch nicht mehr als Argument gelten, seit die Forschungsarbeiten von Creuzberger und Bernd Stöver aufgezeigt haben, wie stark diese Organisationen, koordiniert vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und von amerikanischen Stellen, in die Gesellschaften der Bundesrepublik und der DDR hineinwirkten.²⁵ Durch diese Erkenntnisse sind diese Organisationen auch in sozial- und kulturgeschichtlicher Hinsicht von Interesse, da sie im Zusammenspiel mit staatlichen Akteuren einen maßgeblichen Beitrag zum antikommunistischen Gesellschaftsklima der frühen Bundesrepublik leisteten, was in der Forschung treffend als »cold war culture« bezeichnet wird.

Vor allem seit der Wiedervereinigung sind immerhin einige Arbeiten zu Organisationen des »Privatapparates des Kalten Krieges« erschienen. Wegweisend waren hier die Werke von Kai-Uwe Merz über die KgU, von Frank Hagemann über den Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen sowie die Studie von Wolfgang Buschfort über die Ostbüros der Parteien SPD, FDP und CDU.²⁶ Vom institutionengeschichtlichen Erkenntniswert einmal abgesehen, ist den Monografien überdies zu verdanken, dass diese Organisationen nicht in Vergessenheit gerieten und als Teil des gesamtdeutschen Widerstandes gegen das SED-Regime angesehen werden können. Mehr Wahrnehmung, weil in seiner Deutung umstrittener, erhielt Enrico Heitzers Studie über die operative Arbeit der KgU in der DDR.²⁷ Bemängelt wurden von Kritikern dessen Deutung, die KgU sei eine terroristische Organisation gewesen, sowie die fehlende Einbettung in die Repressions- und Diktaturgeschichte der

²³ Die umfangreichen Memoiren des AGSF-Funktionärs Carl Heinz Evers erwähnen seine Tätigkeit für das AGSF und seine vielfältigen Funktionen in anderen Organisationen vom »Netzwerk des Kalten Krieges« nur in Nebensätzen. Siehe: Carl Heinz Evers: Zwischen-Fälle. Begebenheiten aus Schule und Politik, Hamburg 1998 (künftig zitiert: Evers, Zwischen-Fälle).

²⁴ Merz etwa argumentiert in seiner Studie von 1987 diesbezüglich. Zitiert nach: Enrico Heitzer: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959 (= Zeithistorische Studien, Bd. 53), Köln u.a. 2015 (künftig zitiert: Heitzer, KgU), S. 26.

²⁵ Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges, 1949–1969, Düsseldorf 2008. – Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991, Köln u.a. 2002.

²⁶ Merz: Kalter Krieg. – Frank Hagemann: Der Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen 1949–1969 (= Rechtshistorische Reihe, Bd. 125), Wien 1994. – Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von CDU, SPD und FDP, Berlin 2001 (künftig zitiert: Parteien im Kalten Krieg).

²⁷ Heitzer, KgU.

DDR.²⁸ Wenngleich Heitzer aufgrund breiter Quellenbasis ein geradezu akribisches Bild von der operativen Arbeit der KgU auf dem Territorium der DDR zeichnen konnte, bleiben die Aktivitäten und vor allem die Rolle der KgU in der bundesdeutschen Gesellschaft weitgehend unerörtert. Diese Lücken hat, soweit sie die Beteiligung der KgU an der innerdeutschen Flüchtlingspolitik betreffen, Keith Allen zu schließen versucht.²⁹ Mit den Monografien über die KgU oder die Ostbüros sind – mitunter erste – Versuche unternommen worden, die »großen Tanker« in der Flotte des »Privatapparates des Kalten Krieges« institutionengeschichtlich darzustellen. Die Schlepper und Schnellboote – um im Bilde zu bleiben – sind hingegen kaum untersucht worden. So fehlen bislang Darstellungen, die sich dezidiert etwa mit den Ostbüros des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), des Bauernverbandes oder der »Deutschen Partei« befassen. Freilich ist die Quellenlage für die genannten Organisationen sehr unterschiedlich und nicht jede besitzt so viel Relevanz, um Gegenstand einer Monografie zu werden. Doch für eine angemessene Historisierung dieses Institutionennetzwerkes sind weitere Feldforschungen zu den kleineren und mittleren Gruppierungen unabdingbar, um dadurch die unterschiedlichen Wirkungsweisen, Intensitäten und Erscheinungsformen der antikommunistischen »cold war culture« in verschiedenen Bereichen der bundesdeutschen Gesellschaft vergleichbar zu machen.

»Gesamtdeutsche Studentenfragen« und Antikommunismus in der studentengeschichtlichen Forschung

Obwohl der Antikommunismus in der Forschung als gesellschaftliches Querschnittsphänomen gilt, sind seine Präsenz und Wirkung an den Universitäten oder unter den Studenten der jungen Bundesrepublik immer noch ein Forschungsdesiderat. Das ist erstaunlich angesichts der zentralen Rolle, welche die Studentenschaften und Universitäten in der Nationalgeschichte Deutschlands – vom Wartburgfest bis hin zu »68« – gerade in politischer und gesellschaftskultureller Hinsicht innehatten. Auch der breit angelegte Aufsatzband von Creuzberger und Hoffmann aus dem Jahr 2014 übergeht sowohl die Universitäten als auch Akteure der Studenten- und Hochschulpolitik. Ursächlich für die Nichtbeachtung von studentischem Antikommunismus und »gesamtdeutschen Studentenfragen« in den 1950er-Jahren ist nicht allein die erinnerungskulturelle Wirkungsmacht von »68«, aus deren Schatten andere Narrative über studentisches Handeln noch immer nur schwer heraustreten können.

²⁸ Exemplarisch hierzu die Kritik von Ilko-Sascha Kowalczyk, in: Zeitschrift des Forschungsbundes SED-Staat, Jg. 28 (2015), S. 207–209.

²⁹ Keith R. Allen: Befragung – Überprüfung – Kontrolle. Die Aufnahme von DDR-Flüchtlingen in West-Berlin bis 1961, Berlin 2013 (künftig zitiert: Allen, Befragung).

Bedeutender ist vielleicht der Umstand, dass gerade die Studentenpolitik der Jahre zwischen 1945 und 1956/57 – zwischen »Zusammenbruch« und dem Entstehen der »neuen linken Bewegungen« – insgesamt bisher nur wenig von der Forschung beachtet worden ist.

Bereits der Wiederaufbau der Strukturen studentischer Selbstverwaltung in den Jahren 1945 bis 1949 wird in der Forschungsliteratur allenfalls kursorisch behandelt. Eine detaillierte Überblicksdarstellung über die verfasste Studentenschaft, die studentische Selbstverwaltung und die studentische Politik der jungen Bundesrepublik fehlt bislang.³⁰ Seit die universitätsgeschichtliche Forschung die unmittelbare Nachkriegsgeschichte ins Visier genommen hat, sind immerhin zu einzelnen Hochschulstandorten Westdeutschlands Arbeiten erschienen, die mitunter auch die studentische Selbstverwaltung, den Studentenalltag und die Hochschulpolitik beleuchten.³¹ Den Schwerpunkt auf die unmittelbaren Nachkriegsjahre legend, befassen sich diese Studien allerdings bevorzugt mit der sozialen und materiellen Not der Studenten, der Entnazifizierungspraxis oder – wie bei Frauke Steffens – mit dem Frauenstudium und dem Schicksal der studentischen »Displaced Persons«.³² Für die Jahre nach 1949 wird allenfalls noch das Erstarken der Korporationen thematisiert. Doch wie der Kalte Krieg, die deutsche Teilung oder die »kommunistische Gefahr« die Studenten und deren Selbstverwaltungen umtrieben, findet dagegen kaum Erwähnung. Rainer Maaß etwa handelt das deutschlandpolitische Engagement des Braunschweiger AStA – das er (durchaus anfechtbar) lediglich als Ausdruck einer nationalkonservativen Kontinuität interpretiert³³ – auf wenigen Seiten ab, obgleich an der TU Braunschweig, im »Zonenrandgebiet« gelegen, überproportional viele DDR-Flüchtlinge immatrikuliert waren.³⁴ In der Monografie von Karin Kleinen, die immerhin das »Ringens um die Demokratie« der Studenten thematisch in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt hat, werden »gesamtdeutsche Studentenfragen« und studentischer Antikommunismus sogar fast völlig ignoriert. Größeren Raum nehmen die »gesamtdeutschen Studentenfragen«, studentischer Antikommunismus

³⁰ Jürgen John: Geistige Einheit Deutschlands? Das Eisenacher Studententreffen 1948 im zonen-, hochschul-, und erinnerungspolitischen Kontext, in: Jürgen John/Christian Faludi (Hrsg.): »Stell alles Trennende zurück!« Eine Quellenedition zum »Wartburgtreffen der Deutschen Studentenschaft Pfingsten 1948« in Eisenach, Stuttgart 2010, S. 49 f. (künftig zitiert: John/Faludi, Geistige Einheit).

³¹ Rainer Maaß: Die Studentenschaft der technischen Hochschule Braunschweig in der Nachkriegszeit, Husum 1998 (künftig zitiert: Maaß, Studentenschaft). – Frauke Steffens: »Innerlich gesund an der Schwelle einer neuen Zeit«. Die Technische Hochschule Hannover 1945–1956, Stuttgart 2011 (künftig zitiert: Steffens, Innerlich gesund). – Karin Kleinen: Ringens um Demokratie. Studieren in der Nachkriegszeit. Die akademische Jugend Kölns (1945–1950), Köln u.a. 2005 (künftig zitiert: Kleinen, Ringens um Demokratie).

³² Steffens, Innerlich gesund.

³³ Maaß, Studentenschaft, S. 286 f.

³⁴ Ebd., S. 163–168.

sowie die Auswirkungen des Kalten Krieges auf die Hochschulpolitik in den 1950er-Jahren überhaupt nur in den Untersuchungen zur Geschichte der Freien Universität Berlin ein, wobei auch in den Arbeiten von Tent und Rabehl sowie von Kubicki/Lönnendonker die Jahre zwischen 1949 und 1955 eher nachrangig behandelt werden.³⁵

Insgesamt fällt auf, dass sich die Forschungen zur Studentenpolitik in den 1950er-Jahren stark auf die parteipolitischen Hochschulgruppen konzentrieren. Die Gemengelage aus Kalter Krieg, deutscher Frage und Antikommunismus wird in dieser Forschungsliteratur etwas stärker beleuchtet als in den Untersuchungen zu den lokalen Studentenschaften. So haben insbesondere Willy Albrecht und Tilman Fichter in ihren Studien zum SDS die Existenz und Wirkungsweise eines genuin sozialdemokratischen Antikommunismus im Studentenverband aufgezeigt.³⁶ Welche Bedeutung die deutsche Teilung und die Ost-West-Flucht bei der Entstehungsgeschichte des Rings christdemokratischer Studenten (RCDS) hatten, wird wiederum in der Monografie von Johannes Weberling deutlich.³⁷ Für den Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD) existiert lediglich ein schmaler Sammelband, der nur teilweise Ansprüche auf Wissenschaftlichkeit erhebt und in dem Zeitzeugenberichte dominieren. Eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Liberalen Studentenverbandes steht jedoch noch aus.³⁸ Erklärungskräftig sind diese Forschungsergebnisse zu den parteipolitischen Hochschulgruppen im Hinblick auf die Studentenschaften insgesamt jedoch nur bedingt, weil die parteipolitischen Hochschulgruppen gerade in der Zeit vor 1955 in der bundesdeutschen Hochschulpolitik der AStA kaum eine Rolle spielten. Wie sich die AStA als entscheidende hochschulpolitische Akteure einzeln vor Ort beziehungsweise in ihrer Gesamtheit zur deutschen Frage, zum Kalten Krieg und zum antikommunistischen Konsens positionierten, ist besonders für die Zeit vor 1957 noch immer ein Forschungsdesi-

³⁵ James Tent: Freie Universität, Berlin (West) 1988 (künftig zitiert: Tent, Freie Universität). – Bernd Rabehl: Am Ende der Utopie. Die politische Geschichte der Freien Universität Berlin, Berlin (West) 1988 (künftig zitiert: Rabehl, Am Ende der Utopie). – Karol Kubicki/Siegward Lönnendonker: Die Freie Universität Berlin 1948–2007. Von der Gründung bis zum Exzellenzwettbewerb, Göttingen 2008 (künftig zitiert: Kubicki/Lönnendonker, Die Freie Universität).

³⁶ Willy Albrecht: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994 (künftig zitiert: Albrecht, SDS) sowie: Tilman Fichter: SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988.

³⁷ Johannes Weberling: Für Freiheit und Menschenrechte. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten 1945–1986, Düsseldorf 1990.

³⁸ Volker Erhard/Ulrich Josten/Peter Juling/Wolfgang Möhring (Hrsg.): Einsatz für Freiheit und Demokratie. Beiträge zur Geschichte des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD), Jena/Quedlinburg 2001.

derat.³⁹ Hier hat Uwe Rohwedder mit seiner Studie zum VDS wichtige Pionierarbeit geleistet, aber das Thema längst nicht erschöpfend behandelt, da gerade die Rolle des VDS im Spannungsfeld des Kalten Krieges, ungeachtet des Buchtitels, nur in einem kurzen Kapitel tatsächlich behandelt wird.⁴⁰

Repression, Opposition und Widerstand an den Universitäten der DDR

Die Studenten- und Hochschulpolitik in der SBZ und frühen DDR ist intensiver erforscht worden, da sie eng mit der Repressions- und Widerstandsgeschichte jener Jahre verflochten ist. Vor allem wurde der Entstehung, dem Wirken und der Zerschlagung der frei gewählten Studentenräte in den Jahren 1946 bis 1950 verhältnismäßig viel Aufmerksamkeit geschenkt, wobei sich die Forschung in erster Linie auf einzelne Hochschulstandorte konzentrierte. So liegen etwa für die Universitäten Jena,⁴¹ Dresden⁴² und die Ost-Berliner Humboldt-Universität⁴³ Monografien über studentische Oppositions- und Widerstandsakte vor. Auch die Geschichte der Hochschulgruppen von CDU und LDPD, ihres Widerstandes und ihrer Zerschlagung ist bereits Gegenstand kleinerer Aufsätze gewesen.⁴⁴ Weitgehend Einigkeit besteht in der Forschung darüber, dass die sozialistische Umgestaltung der Universitäten durch die Sowjetische Militäradministration (SMAD) und die Deutsche Verwaltung für Volksbildung (DVV) nicht zuletzt wegen der klassenkampfbetonten Zulassungspolitik auf breite Ablehnung bei Studenten und Lehrenden stieß. Eine stabile Bastion des SED-Regimes waren die ostdeutschen Universitäten bis mindestens 1961

³⁹ Politisches Handeln von Studenten und die Aktivitäten der AStA für die Zeit nach 1957 sind vor allem von Boris Spix methodisch umfassend erforscht worden: Boris Spix: *Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957–1967*. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008 (künftig zitiert: Spix, *Abschied vom Elfenbeinturm?*).

⁴⁰ Rohwedder, *Kalter Krieg und VDS*.

⁴¹ Günther Jaehne: *Meine Kontakte zur Westberliner Studentenzeitschrift »Colloquium« – oder: In der Nacht, als die Stasi kam ...*, in: Tobias Kaiser/Heinz Mestrup (Hrsg.): *Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945 bis 1989 (= Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflektionen zur Vergangenheitsklärung)*, Berlin 2012, S. 296–311 (künftig zitiert: Jaehne, *In der Nacht, als die Stasi kam*).

⁴² Matthias Lienert: *Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989*, Köln u.a. 2011.

⁴³ Carlo Jordan: *Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung*, Berlin 2001 (künftig zitiert: Jordan, *Kaderschmiede*).

⁴⁴ Johannes Weberling: *Christlich-Demokratische Hochschulgruppen in der SBZ/DDR*, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.): *Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR*, Frankfurt am Main 2001, S. 81–103.

nicht, wie auch Ralph Jessen in seinem Standardwerk über die akademische Elite der »Ulbricht-Ära« nachgewiesen hat.⁴⁵

Desiderate bestehen auch dort, wo es um die konkrete, kleinteilige Widerstandsarbeit der studentischen Opposition und um alltägliche Resistenz geht. Naturgemäß haben diese meist kleinen und informellen Zirkel kaum schriftliche Überlieferungen hinterlassen, die ihre Aktionen wie Flugblattverteilungen oder den Schmuggel verbotener westlicher Literatur für die Nachwelt dokumentieren. Das gilt auch für die Verbindungen dieser Gruppierungen nach Westdeutschland und West-Berlin. Hier hat die Untersuchung von Waldemar Krönig, die sich vor allem auf Zeitzeugeninterviews stützt, wichtige Vorarbeit geleistet.⁴⁶ Sie verdeutlicht, dass die Studentopposition vielfältige Verbindungen nach Westdeutschland und West-Berlin unterhielt und von dort Unterstützung und Solidarität erfuhr. Die Aussichten hinsichtlich weiterer Forschungen nennenswerten Umfangs zu den Aktivitäten der Studentopposition in der frühen DDR sind angesichts der Quellenlage und des absehbaren Versterbens von Zeitzeugen indes düster. Auch die vorliegende Untersuchung wird daher vermutlich kaum mehr als vereinzelte Erkenntnisse hierzu erbringen können.

Forschungen zum AGSF

Das AGSF ist bislang kaum Gegenstand der zeitgeschichtlichen Forschung gewesen. Allein Uwe Rohwedders Studie über den VDS widmet sich auf wenigen Seiten dieser Institution.⁴⁷ Aus Rohwedders Feder stammt auch der einzige Aufsatz über das AGSF, der jedoch weitgehend deckungsgleich mit dem einschlägigen Unterkapitel seiner monografischen Studie ist.⁴⁸ Allerdings stützen sich Rohwedders stark organisationsgeschichtliche Forschungen vor allem in Bezug auf das AGSF nahezu ausschließlich auf die Akten des VDS. Parallele Überlieferungen etwa des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen oder die für das AGSF bedeutsamen Bestände im Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin wurden ebenso wenig

⁴⁵ Ralph Jessen: *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära*, Göttingen 1999 (künftig zitiert: Jessen, *Akademische Elite*). Zum studentischen Widerstand etwa an der Universität Rostock siehe exemplarisch den Fall Arno Esch. <https://www.dokumentationsstelle.uni-rostock.de/publikationen/online-edition-arno-esch/online-edition-arno-esch> (05.05.2025).

⁴⁶ Waldemar Krönig/Klaus Müller: *Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961*, Köln 1994 (künftig zitiert: Krönig/Müller, *Anpassung, Widerstand, Verfolgung*).

⁴⁷ Rohwedder, *Kalter Krieg und VHS*.

⁴⁸ Uwe Rohwedder: *Terror gegen das Hochschulwesen der DDR? Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, 2010 (künftig zitiert: Rohwedder, *Terror*).

hinzugezogen wie »östliches« Quellenmaterial. Daher bleiben die Beziehungen des AGSF zu den staatlichen und alliierten Partnern in Rohwedders Darstellung blass, ebenso wie die Einordnung in den größeren Rahmen des Kalten Krieges begrenzt ist.⁴⁹ Auch bleibt die Frage unbeantwortet, wie die Gegenseite das AGSF wahrnahm, ob das MfS es zum Gegenstand seiner operativen Aufklärungsarbeit machte oder welchen Einfluss die FDJ-Westarbeit auf die Studentenschaften hatte.

Gleichwohl kommt Rohwedder das unbestreitbare Verdienst zu, mit seiner Studie auch hinsichtlich des AGSF Neuland betreten zu haben: Denn weder dem AGSF noch der Verschränkung von studentischer Politik und Kaltem Krieg in der jungen Bundesrepublik ist in der Forschung sonderlich viel Beachtung geschenkt worden. Lediglich in einem Aufsatz von Harold Hurwitz, der den Transfer verbotener Literatur in die SBZ/DDR thematisiert, sowie in Benjamin Schröders Aufsatz über das politische Selbstverständnis der FU-Studenten nimmt das AGSF etwas größeren Raum ein.⁵⁰ Ansonsten wird diese Institution allenfalls in wenigen Sätzen erwähnt, vorzugsweise in Forschungsarbeiten zur Gleichschaltung der ostdeutschen Universitäten oder zu Aktivitäten der studentischen Opposition und des Widerstandes.⁵¹ Häufiger jedoch, vor allem in Arbeiten mit Fokus auf Westdeutschland oder West-Berlin, findet das AGSF gar keine oder nur beiläufige Erwähnung. Selbst in den einschlägigen Monografien über die Freie Universität Berlin, dem Entstehungsort und hochschulpolitischen Umfeld des AGSF, wird das AGSF allenfalls am Rande erwähnt. Das gilt sogar für Bernd Rabehls Studie, obgleich sie mit dem Anspruch verbunden war, eine politische Geschichte der Freien Universität zu schreiben.⁵²

⁴⁹ Siehe hierzu: Anne Rohstock: Rezension zu: Uwe Rohwedder: Kalter Krieg und Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften in der frühen Bundesrepublik (1949–1969). Essen 2012, in: H-Soz-Kult, 17.9.2012, K. Rohwedder: Kalter Krieg und Hochschulreform, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-18029> (05.05.2025).

⁵⁰ Harold Hurwitz: Der heimliche Leser. Die Zeitschrift der Monat und ihre Verbreitung in der DDR 1949 bis 1951, in: Siegfried Lokatis (Hrsg.): Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur, Berlin 2008, S. 137 (künftig zitiert: Hurwitz, Der heimliche Leser) sowie Benjamin Schröder: Gegen Hitler und Ulbricht. Zum Selbstverständnis von Studierenden der Freien Universität 1948–1968, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt am Main 2011, S. 165–191.

⁵¹ Besonders hervorzuheben ist die überwiegend interviewgestützte Arbeit von Waldemar Krönig und Klaus Müller über studentischen Widerstand und Opposition in der SBZ/DDR vor 1961, in: Krönig/ Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung.

⁵² Rabehl, Am Ende der Utopie.

Quellen

Historiker, die sich mit der bundesdeutschen Hochschul- und Studentenpolitik der 1950er-Jahre beschäftigen, sind in der Regel mit einer lückenhaften, bisweilen schlechten Quellenlage konfrontiert. Ein Reglement, das anderswo der Nachwelt dokumentierte Überlieferungen garantiert – Verpflichtungen zur Dokumentation und Aufbewahrung etwa –, war in der zumeist ehrenamtlich betriebenen Studentenpolitik kaum gegeben. So haben selbst Universitätsarchive etwa die Protokolle von AstA-Sitzungen oft nicht mit derselben Akribie und Sorgfalt gesammelt und archiviert, wie sie beispielsweise der Korrespondenz der Rektorate oder den Personalakten zugekommen ist. Wo dies in erkennbarer Weise dennoch geschehen ist, war es offenbar meist der Initiative einzelner interessierter Archivare vor Ort zu verdanken gewesen. Ursächlich für diesen Missstand ist jedoch nicht allein die Sammelpolitik der Universitätsarchive. Auch die »Akzeptanzprobleme«, insbesondere von Studentenvertretern links-alternativer Prägung gegenüber traditionellen, staatlichen Archiven, werden in der Forschung für die dürftige Quellenlage verantwortlich gemacht.⁵³ Die vorhandenen Überlieferungen zur Hochschul- und Studentenpolitik aus dem ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik sind demnach in der Regel spärlich. Zudem liegen sie über viele Universitätsarchive verstreut, sind nur selten systematisiert und in Findbüchern transparent katalogisiert, wenngleich sich in den letzten Jahren eine Digitalisierungsoffensive abzeichnet.

Vor diesem Hintergrund erweisen sich die Überlieferungen des VDS und des AGSF im Bundesarchiv Koblenz als wahrer Glücksfall für die Studentengeschichte, da hier ein zwar bei weitem nicht lückenloser, aber doch ungewöhnlich geschlossener Aktenbestand vorliegt. Dieser mehr oder weniger geschlossene Quellenkorpus bildet daher auch die Hauptquellengrundlage für die vorliegende Untersuchung. Wertvoll waren hierbei vor allem die Tätigkeitsberichte des AGSF, aber auch die Protokolle der Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen: Bei diesen hatte das AGSF Rechenschaft über seine Aktivitäten abzulegen, und ferner wurden dort die »gesamtdutschen Studentenfragen« von den Studentenvertretern diskutiert. Besonders ergiebig waren überdies die Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (Bestand B 137 im Koblenzer Bundesarchiv). Nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Ministerium und AGSF ließ sich anhand der Akten nachvollziehen. Auch für die Kooperation mit amerikanischen Stellen oder bezüglich des Stellenwertes des AGSF innerhalb des »Privatapparates des Kalten Krieges« gaben die überlieferten Dokumente des BMG wichtige Einblicke, die etwa die Überlieferung der High Commission for Occupied Germany (HICOG) überraschenderweise nicht gewährt.

⁵³ Spix, Abschied vom Elfenbeinturm?, S. 44.

Bei den Universitätsarchiven fanden sich nur im Archiv der Freien Universität Berlin relevante Aktenbestände zum AGSF. Vor allem die Überlieferungen des AStA, des Konvents und in gewissem Umfang auch die des Rektorates waren besonders für die Anfangsjahre des AGSF vor 1951 aufschlussreich. Für die Rekonstruktion der Biografien führender AGSF-Mitarbeiter erwiesen sich die Studentenakten im Universitätsarchiv der Humboldt-Universität als hilfreich. Recherchen in anderen Universitätsarchiven verliefen hingegen meist wenig ergiebig. Von Einzelfunden wie im Universitätsarchiv Mainz einmal abgesehen, enthielten sie kaum Informationen über das AGSF und seine Aktivitäten, die nicht auch in den VDS-Beständen des Bundesarchivs enthalten waren.

Die Darstellung der Aktivitäten der »östlichen« Gegenseite speiste sich vor allem aus den Überlieferungen der SAPMO-Bestände im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde. Die Rezeption der AGSF-Aktivitäten sowie der VDS-Deutschlandpolitik durch die Freie Deutsche Jugend (FDJ) erschloss sich aus den Hinterlassenschaften des DDR-Jugendverbandes im SAPMO-Bestand des Bundesarchivs (SAPMO-BArch, DY 24) Weitaus spärlicher, aber aussagekräftig hinsichtlich der Überwachung und der operativen Bearbeitung des AGSF und der Studentenschaften durch das Ministerium für Staatssicherheit waren die Rechercheergebnisse der Mitarbeiter im Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv (BStU).

Studenten- und Universitätszeitungen halfen dabei, die Stimmungsbilder und Konflikte in der Studentenpolitik jener Jahre zu veranschaulichen. Neben der *Deutschen Studentenzeitung* des VDS, der AGSF-Publikation *Hochschul-Informationen* und dem *Forum* der FDJ sind hier vor allem der Frankfurter *diskus*, die *Göttinger Universitätszeitung* sowie das Berliner Periodikum *Colloquium* hervorzuheben. Zu ihrem Quellenwert trugen nicht nur ihre Auflagen mit starker Reichweite bei, mit der sie auch über ihren Universitätsstandort hinaus meinungsbildend unter den Studenten wirkten. Darüber hinaus waren die Blätter von den örtlichen AStA abhängig und dienten ihnen als Sprachrohre, weswegen die Berichterstattung Rückschlüsse auf die Haltung der AStA in bestimmten Fragen zulässt, die aus den Akten des VDS nicht immer deutlich herauszulesen sind.

»Mündliche« Quellen und Überlieferungen in Form von Zeitzeugeninterviews haben das Bild abgerundet und wertvoll ergänzt. So problematisch mündliche Quellen hinsichtlich Befangenheit, Erinnerungslücken und Selbstdarstellung bisweilen sein können, so unbestreitbar ist ihr eigentümlicher Wert. Sie vermitteln einen Eindruck von Stimmungen und Dynamiken, bis hin zu persönlichen Loyalitäten und Abneigungen führender Akteure, also von einflussreichen Variablen, über die schriftliche Protokolle, Rechenschaftsberichte und Bilanzen und sonstige Dokumente der Außendarstellung einer Institution meist bewusst schweigen. Die Zeitzeugen, die dankenswerterweise zu Gesprächen und Auskünften bereit waren, haben den Wert solcher mündlichen Quellen abermals eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Differenziert und stets sich selbst reflektierend haben sie mir, dem Nachgeborenen, etwa die Bedeutung der Kluft vermittelt, die Studenten der Offiziersgeneration und der kriegsunerfahrenen Jahrgänge ab 1935 trennte. Zu besonderem Dank bin ich zudem Wilfried Seiring verpflichtet, der mir über wertvolle Anregungen hinaus auch Dokumente aus seiner Notaufnahmeakte zur Verfügung stellte.

Viele Quellenbestände konnten aus Gründen des Datenschutzes oder nachrichtendienstlicher Geheimhaltungspolitik nicht eingesehen werden. Möglicherweise existierende Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden über »kommunistische Umtriebe« und deren Bekämpfung an bundesdeutschen Universitäten konnten daher bedauerlicherweise nicht in die Untersuchung mit einfließen. Auch die systematische Auswertung von Notaufnahmeakten oder Einblicke in einschlägige Disziplinarverfahren von Studenten waren aufgrund hoher datenschutzrechtlicher Hürden nicht möglich.⁵⁴

⁵⁴ Editorische Anmerkung: Das »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« (AGSF) änderte im Untersuchungszeitraum von 1949 bis 1963 mehrfach seinen Namen. Gegründet wurde es 1949 als »Referat Ost«. Im Jahr 1950 benannte man es in »Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen« (RGSF) um. Ab 1951 hieß es »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« (AGSF) und wurde 1957 als »Gesamtdeutsches Referat« des VDS bezeichnet. Aus Gründen der Verständlichkeit hat der Autor sich dafür entschieden, die Abkürzung AGSF durchgehend zu verwenden. Ausgenommen davon sind Textpassagen, die explizit die Umbenennungen thematisieren. Der Begriff Hochschulpolitik meint in der Untersuchung die Studentenpolitik, also die politischen Aktivitäten der AStA, Studentenräte oder parteipolitischen Hochschulgruppen, nicht etwa Bildungs- oder Wissenschaftspolitik. Der Begriff »Studentenschaft« bezeichnet ausdrücklich nicht die Gesamtheit aller Studentinnen und Studenten, die gegenwärtig als Studierendenschaft bezeichnet wird. »Studentenschaft« bezieht sich ausschließlich auf die politisch verfasste Studentenschaft, also auf die AStA oder den VDS als studentischen Dachverband. Ostdeutschland bzw. ostdeutsch wird synonym für die DDR bzw. das Territorium der DDR betreffend verwendet. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze sind damit nicht gemeint. Im Text wird aus Gründen der Lesbarkeit im Sinne des generischen Maskulinums auf die Nennung der weiblichen Form verzichtet. Gleichwohl bezieht sich die Untersuchung auf beide Geschlechter.

»Stürmt die Festung Wissenschaft« – Sowjetisierung des Hochschulwesens, studentischer Widerstand und Gründung des AGSF

Sowjetisierung des ostdeutschen Hochschulwesens

Zulassungspolitik – Instrument sozialistischer Elitenrekrutierung

Den Universitäten und Hochschulen in der SBZ/DDR sollte nach 1945 eine bedeutende Rolle beim Wiederaufbau des neuen Deutschlands unter sowjetischer Regie zukommen. Dies zeigt schon ein Blick auf die Anfänge der kommunistischen Herrschaft in der SBZ. So hatte die »Gruppe Ulbricht«, in der unmittelbar nach der Kapitulation der Wehrmacht 1945 führende Vertreter der deutschen Exil-KPD von Moskau nach Berlin eingeflogen wurden und die damit gewissermaßen Urzelle und Ausgangspunkt der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland darstellten, der Bildungspolitik bereits eine besondere Priorität eingeräumt: Bei der Kompetenzverteilung für den politisch-administrativen Neuaufbau Berlins hatte sie sich deshalb gezielt die bildungspolitischen Ressorts herausgegriffen.¹ Dem Bildungswesen eine Schlüsselfunktion zuzuschreiben, entsprach dabei nicht nur einer machiavellistisch anmutenden Vernunft, nach der die Ausbildung der zukünftigen Generation und Elite Deutschlands über die Herrschaft im Land entscheiden würde. Auch vor dem Hintergrund des marxistisch-leninistischen Gesellschaftsbildes, dem Ulbricht und seine Genossen dogmatisch folgten, waren die Institutionen des Bildungswesens Hauptorte eines Klassenkampfes, in dem die Gesellschaftsschicht der Intelligenz bislang eine keine eindeutige Position eingenommen hatte.² Nach leninistischer Lesart

¹ Gerhard Keiderling (Hrsg.): »Gruppe Ulbricht« in Berlin. April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945, Berlin 1993, S. 57–68.

² Zu Ulbrichts orthodoxem Leninismus und seinem grundsätzlichen Verständnis der DDR als Erziehungsdiktatur in der Aufbauphase des Sozialismus siehe: Michael Kubina: Ulbrichts

sind die bildungsbürgerlichen Schichten, deren Angehörige für den universitären Forschungs- und Lehrbetrieb maßgeblich waren, unfähig, eine eigene gesellschaftspolitische Kraft darzustellen.³ Ihrer ökonomischen Stellung entsprechend, standen sie jedoch nicht zwangsläufig in einem natürlichen Gegensatz zu den ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse und waren auch nicht notwendigerweise Teil der feindlichen Bourgeoisie.⁴ Die Intelligenz und ihre universitären Institutionen bewegten sich demnach zwischen den Fronten des Klassenkampfes und konnten – wie Lenin sich ausdrückte – einerseits als »geschwätziges, borniertes« Bildungsbürgertum auf Seiten der Bourgeoisie stehen, doch andererseits genauso ein Verbündeter der Arbeiterklasse sein.⁵ Ihr gesellschaftliches Terrain, die Universitäten vor allem, musste jedoch erst mühsam erobert werden, bevor die Intelligenz dem Klassenkampf dienstbar sein konnte. Tatsächlich mussten gerade die deutschen Kommunisten nach 1945 zunächst einmal erhebliche Geländegewinne im Universitätswesen erzielen, denn die Universitäten Ostdeutschlands waren sowohl im Hinblick auf die Studierendenschaft als auch auf die Lehrkörper alles andere als kommunistische Bastionen gewesen. Die Hochschulen und Universitäten Deutschlands standen der sozialistischen Arbeiterbewegung schon vor 1945 fern wie kaum ein anderer Gesellschaftsbereich. Bereits in der Weimarer Republik und im Kaiserreich stiegen mangels sozialer Durchlässigkeit nur wenige Sprösslinge aus der Arbeiterschaft in die Reihen der Studenten oder gar der Hochschullehrer auf. Die Studenten rekrutierten sich vorrangig aus dem Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum, ab 1918 allenfalls auch aus dem neuen und alten Mittelstand.⁶ Das mörderische NS-Regime reduzierte schließlich die ohnehin bereits geringe sozialistische Präsenz im deutschen Universitätswesen.⁷ Es ist daher nicht übertrieben zu behaupten, dass die Universitäten und Hochschulen, ja die akademische Welt überhaupt, für die deutschen Kommunisten 1945 eine regelrechte *terra incognita* waren. Es galt also, in diese bürgerliche, fremde Welt einzudringen und das akademische Terrain »vom Kopfe her« schrittweise zu erobern. Zu diesem Zweck hatten die deutschen Kommunisten mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht eine Schlüsselinstitution geschaffen, mit der die Türen zur universitären Welt der Intelligenz – mehr oder weniger – gewaltsam aufgehebelt werden konnte: Gemeint ist die Deutsche Verwaltung für Volksbildung

Scheitern. Warum der SED-Chef nicht die Absicht hatte, eine »Mauer« zu errichten, sie aber dennoch bauen ließ, Berlin 2013, S. 30–38.

³ Ilko-Sascha Kowalczyk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 53 f., (künftig zitiert: Kowalczyk, Hochschulpolitik).

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band IV, München 2008, S. 462–472.

⁷ Der geringe Einfluss sozialistischer und kommunistischer Parteien und Strömungen zeigte sich in der Weimarer Republik auch in den AStA-Wahlen, siehe: Michael Grüttner: Studenten im Dritten Reich, Paderborn u.a. 1995, S. 498–499.

(DVV). Wie auch auf anderen Politikfeldern sollte die DVV als zentralistisch strukturiertes Instrument zur Durchsetzung des kommunistischen Herrschaftsanspruchs insbesondere gegen die Landesregierungen und -verwaltungen in Stellung gebracht werden, die anfänglich noch – freilich unter der Aufsicht der Sowjetischen Militäradministration (SMA) in den Ländern – die formale Hoheit über das Schul- und Hochschulwesen innegehabt hatten.⁸ Dies änderte sich erst im April 1947, als die DVV mit den Landesregierungen ein Abkommen schloss, das der Zentralverwaltung ein weitgehendes Vetorecht in bildungspolitischen Belangen einräumte. Seitdem ging die DVV auf Konfrontationskurs zu den Landes- und Universitätsverwaltungen und wurde im Zuge der strukturellen Zentralisierung aller Politikfelder zum zentralen Akteur bei der sozialistischen Umgestaltung der Universitäten im Sinne der SED und der sowjetischen Besatzer.⁹ Ihr wichtigster Ansatzpunkt für die »sozialistische Umgestaltung« der Universitäten war vor allem die Berufungs- und Zulassungspolitik. Die Auswahl der Lehrberechtigten und der künftigen Studenten erwies sich als Königsweg, um die Universitäten von unten her aufzurollen.

Nachdem die sowjetische Besatzungsmacht den Lehrkörper der Universitäten in den Jahren 1945/46 durch eine rigide Entnazifizierungspolitik, der auch reihenweise unbelastete Personen zum Opfer fielen, auf einen minimalen Personalstamm verringert hatte, machten sich die neuen Machthaber daran, mittels einer kaum weniger strikten Zulassungspolitik den wissenschaftlichen Nachwuchs der neuen sozialistischen Elite zu rekrutieren.¹⁰ Noch im Vorfeld der Wiedereröffnung der Universitäten hatte die DVV den zuständigen Landesverwaltungen Richtlinien für einen neuen Zulassungsmodus vorgegeben, der sichtlich auf das Heranziehen einer neuen Intelligenz abzielte.¹¹ Die neuen Zulassungskriterien beruhten demnach nicht mehr ausschließlich auf schulischen Vorleistungen oder fachlichen Eignungsnachweisen, sondern rückten die soziale Herkunft, das »politische Bewusstsein« und – im Rahmen der noch nicht beendeten Entnazifizierungspolitik – die politische Vergangenheit der Bewerber während der NS-Diktatur verstärkt ins Blickfeld des Auswahlverfahrens. Damit waren sämtliche früheren NSDAP-Mitglieder oberhalb der nominellen Parteimitgliedschaft sowie ehemalige Offiziere der Wehrmacht oder von anderen militärischen Verbänden NS-Deutschlands vom Studium kategorisch aus-

⁸ Die DVV wurde mit dem SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27. Juni 1945 gegründet. Siehe hierzu: Helga A. Welsh: Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 229–238.

⁹ Tobias Schulz: »Sozialistische Wissenschaft«. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975), Köln u.a. 2010, S. 30, (künftig zitiert: Schulz, Sozialistische Wissenschaft).

¹⁰ Ebd., S. 35.

¹¹ Kowalczyk, Hochschulpolitik, S. 262.

geschlossen.¹² Davon ausgenommen wurden lediglich Personen, die aus politischen Gründen aus ihren Offiziersrängen entfernt worden waren oder eine Beteiligung am Widerstand gegen das NS-Regime nachweisen konnten.¹³ In Sachsen ging die Landesverwaltung noch weiter und schloss überdies auch alle Kinder von ehemaligen »Regimeträgern« und NSDAP-Funktionären kategorisch vom Hochschulstudium aus.¹⁴ Die Folge war, dass an den Universitäten der SBZ deutlich weniger ehemalige Offiziere der Wehrmacht studierten als etwa an den Universitäten der drei Westzonen, wo bis zu einem Viertel der Studenten vor 1945 eine Offizierskarriere durchlaufen hatten.¹⁵ Allein diese Maßnahme trug zur Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Studierendenschaft bei – zu Ungunsten der bürgerlichen Schichten, da unter den Angehörigen der Offiziersränge vermehrt solche gewesen sein dürften, die nach SED-Definition »bürgerlicher Herkunft« waren. Über die »Entnazifizierungspolitik« hinaus, und dies war die zweite Säule der neuen Zulassungspolitik, sollten die Universitäten ihre Pforten auch für die Angehörigen der Arbeiterschaft deutlich stärker öffnen.¹⁶ Zugrunde lag dabei weniger die Absicht, die längst überfällige und auch außerhalb kommunistischer Kreise geforderte soziale Durchlässigkeit im deutschen Hochschulwesen zu fördern und zu erhöhen. Vielmehr sollten umgekehrt die Hochschulen politisch davon profitieren, verstärkt mit der fortschrittlich orientierten Arbeiterklasse in Berührung zu kommen. Die Öffnung der Universitäten geschah demnach nicht vorrangig in der aufklärerischen Absicht, die unteren Schichten zu bilden, sondern vollzog sich in den Mustern des Denkhorizonts des Marxismus-Leninismus. Sie war ein strategischer Schritt im »Klassenkampf«, ein Schritt in Richtung der sozialistischen Übergangsphase zum Kommunismus, die ganz im Zeichen der Unterdrückung der bürgerlichen Klasse durch die Arbeiterklasse stehen sollte. Es galt, wie Anton Ackermann es auf den Punkt brachte, »fortschrittliche« Teile der Bevölkerung aus dem Produktionsprozess an die Universitäten umzuleiten.¹⁷ Zur »proletarischen Auffrischung« der Universitäten und Hochschulen sollten künftig auch Bewerber ohne Hochschulreife zum Studium zugelassen werden. Zu diesem Zweck wurden spezifische Vorstudienanstalten eingeführt, die ausgewählte Sprösslinge aus der Arbeiterschaft fachlich wie ideologisch auf den Besuch der Universität vorbereiten sollten.¹⁸ Der Versuch von DVV und SED, massenhaft Nicht-Abiturienten an die Hochschulen zu entsenden, stieß jedoch auf den entschiedenen Widerstand von Universitätsverwaltung und Lehrkörper, die das Vorhaben mehr

¹² Ebd.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Jordan, *Kaderschmiede*, S. 23.

¹⁶ Kowalczyk, *Hochschulpolitik*, S. 262.

¹⁷ Ebd., S. 265.

¹⁸ John/Faludi, *Geistige Einheit*, S. 157 f.

oder weniger offen missbilligten und nach Kräften behinderten.¹⁹ Intern beklagten SED-Funktionäre, dass sie ihre Ziele oft nur mit Hilfe »von ganz hoher Stelle«, also von der sowjetischen Besatzungsmacht, gegen die Universitätsvertreter in den Zulassungskommissionen durchsetzen konnten.²⁰ Trotz des vehementen Widerstandes der Universitäten gelang es den neuen Machthabern dennoch, den Anteil der Nicht-Abiturienten unter den Studenten je nach Hochschulstandort auf 20 bis 30 Prozent zu steigern.²¹ Doch nicht nur die Universitätsverwaltungen widersetzten sich der Politik der DVV im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Auch die Studenten stellten sich massiv gegen die sozialistische Umgestaltung der Universitäten. Zu Schlüsselinstitutionen der neuen studentischen Opposition wurden vor allem die Studentenräte, die sich als Ausdrucksform studentischer Selbstverwaltung in der SBZ nach 1945 konstituiert hatten.

Die Zerschlagung der freien studentischen Selbstverwaltung in der SBZ

Als die Hochschulen und Universitäten ihren Lehrbetrieb 1945 wieder aufnahmen, hatten sich zeitgleich auch erste zaghafte Ansätze einer hochschulpolitisch aktiven Studentenschaft gezeigt. Das Verhältnis von SED, Deutscher Verwaltung für Volksbildung (DVV) und Sowjetischer Militäradministration (SMAD) zu den ersten studentischen Aktivitäten nach 1945 war jedoch von vornherein schwierig und nicht unbelastet gewesen. Im Sommer 1945 hatte zwar eine Gruppe Studenten der Berliner Universität den kurzlebigen, wenig später wieder aufgelösten Zentralausschuss der deutschen Studentenschaften beim Magistrat gegründet.²² Dass der Zentralausschuss das Misstrauen der Machthaber erregte, resultierte einmal aus der Tatsache, dass diese Initiative selbstständig und »von unten« kam, was grundsätzlich nicht dem gewünschten Strukturprinzip gesellschaftspolitischer Organisation entsprach. Vor allem aber erblickten die deutschen Kommunisten im Zentralausschuss eine Konkurrenzveranstaltung zu den zeitgleich entstandenen Jugendausschüssen.²³

Doch das hochschulpolitische Konfrontationsschema in der Sowjetzone zwischen dem Machtanspruch der Kommunisten in der Universitätslandschaft und dem Bedürfnis der Studenten nach freier studentischer Selbstverwaltung hatte sich damit konstituiert. Im November 1945 starteten KPD und SMAD ihrerseits den

¹⁹ Waldemar Krönig: Studentische Existenz in Ost und West 1945–1961, in: Walter Kertz (Hrsg.): Technische Hochschulen und Studentenschaft in der Nachkriegszeit, Braunschweig 1995, S. 55.

²⁰ Kowalczyk, Hochschulpolitik, S. 263.

²¹ Ebd., S. 263–264.

²² Kowalczyk, Hochschulpolitik, S. 483–485.

²³ Ebd.

Versuch, das Bedürfnis nach studentischer Organisation in gewünschte Bahnen zu lenken, und gründeten an der Berliner Universität die »studentischen Arbeitsgemeinschaften«, die Vorbildcharakter für andere Universitätsstandorte hatten und bald Ableger an anderen Hochschulstandorten schufen.²⁴ Obgleich diese Arbeitsgemeinschaften von der KPD/SED geschaffen worden waren, gehörten ihnen Studenten unterschiedlicher politischer Couleur an. Die Arbeitsgemeinschaften hatten zwar nur eine beratende Funktion gegenüber den Rektoren und der DVV, aber sie boten auf administrativer Ebene ein gewisses Maß an hochschulpolitischen Handlungsspielräumen für die Studenten. Letztlich konnten die Arbeitsgemeinschaften die hochschulpolitischen Bedürfnisse der Studierendenschaften nicht vollständig kanalisieren, weil auch diese Organisationsform ohne freie und geheime Wahl der ihnen angehörenden Studenten auskam und somit keinerlei demokratische Legitimation besaß. Der Druck der Studenten auf die Hochschulverwaltungen, endlich eine studentische Selbstverwaltung zu etablieren, nahm 1946 beträchtlich zu, da sich im Umfeld der Blockparteien parteipolitische Hochschulgruppen konstituiert hatten, die nach politischer Repräsentation und einem demokratisch legitimierten Regelwerk für ihre hochschulpolitische Betätigung verlangten.²⁵

Im Herbst 1946 vollzog sich jedoch eine abrupte Kehrtwende in der Frage der studentischen Selbstverwaltung. Im September 1946 hatte der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (FDJ) die Bildung von Studentenräten an den Universitäten gefordert. Im Anschluss daran wurden im November 1946 die ersten Studentenratswahlen für Februar 1947 ausgerufen.²⁶ Begründet wurde diese Kehrtwende offiziell damit, die »demokratischen Kräfte« unter den Studenten dadurch besser und effektiver formieren und mobilisieren zu können.²⁷ Es spricht jedoch vieles dafür, dass die Einführung demokratisch legitimierter Selbstverwaltungsformen an den Universitäten unter dem Einfluss verstärkter deutschlandpolitischer Systemkonkurrenz geschah und demnach vor allem strategisch motiviert erfolgte. So war der Aufbau demokratischer und föderaler Strukturen in den Westzonen zeitgleich spürbar vorangeschritten und setzte die kommunistischen Machthaber ihrerseits unter Zugzwang, Erscheinungsformen demokratischer Legitimation in der SBZ zu fördern. Vor diesem Hintergrund konstituierten sich Ende 1946 die Landesparlamente in der SBZ, durch die sich die kommunistischen Machthaber eine bessere Einbindung der

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebd., S. 487.

²⁶ Ebd.

²⁷ Günther Heydemann: Die gewaltsame Auflösung einer demokratischen Institution. Der Leipziger Studentenrat unter Wolfgang Natonek 1945–1948, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt am Main 2011, S. 47 (künftig zitiert: Heydemann, Auflösung).

bürgerlichen Opposition mittels der sogenannten Blockpolitik versprochen.²⁸ Folglich ist davon auszugehen, dass die Studentenräte vor allem dazu dienen sollten, ebenso die hochschulpolitischen Pendant der bürgerlichen Opposition, die sich formierenden CDU- und LDP-Hochschulgruppen, wie auch ihre Mutterparteien blockpolitisch einzuhegen.²⁹ Diesem Fernziel war sowohl auf Landes- wie auch auf Hochschulebene vorgeschaltet, dass sich die SED in freien Wahlen den oppositionellen Kräften stellen musste, denen schlimmstenfalls im Anschluss an die Wahlen ein erhebliches Maß an Gestaltungsspielräumen zukommen konnte. Dieses »worst-case«-Szenario sollte tatsächlich eintreten. So wie die SED in den zonenweiten Wahlen von 1946 eine herbe Wahlniederlage einfuhr, gelang es den Kandidaten der SED auch bei den Studentenratswahlen im Februar 1947 an den meisten Hochschulstandorten nicht, die absolute Mehrheit zu erringen. So sahen sie sich anschließend in den Studentenvertretungen der SBZ einer oppositionellen bürgerlichen Mehrheit gegenüber.³⁰ Durch die freien und geheimen Wahlen waren die hochschulpolitischen Spaltungslinien innerhalb der Studierendenschaft offen zu Tage getreten und spiegelten sich nun in den heterogen zusammengesetzten Studentenräten der Universitäten wider. Damit begann in der Folgezeit die kurze Phase der freien studentischen Selbstverwaltung im Hochschulwesen der SBZ. Vor allem die Vertreter der »bürgerlichen« Hochschulgruppen von CDU und LDP nutzten die neugewonnenen Spielräume dazu, offensiv und selbstbewusst Kritik an den geltenden Zulassungsbestimmungen zu üben, die mittlerweile eine automatische Immatrikulation von Arbeiter- und Bauernstudenten nach der Absolvierung der Vorstudienanstalten vorsahen.³¹ Dabei lehnten die Studentenräte eine Erhöhung des Studentenanteils aus nichtbürgerlichen Schichten keineswegs rundweg ab. Beanstandet wurde jedoch die pauschale Bevorzugung von Studienbewerbern aufgrund von tatsächlichen oder vorgeblichen Klassenmerkmalen.³² Besonders vehement trat dem politisch motivierten Zulassungsmodus der Leipziger Studentenrat unter der Führung des LDP-Mitglieds Wolfgang Natonek entgegen: Dieser zweifelte öffentlich an, dass auf diese

²⁸ Michael Bienert: Zwischen Opposition und Blockpolitik. Die »bürgerlichen« Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen (1946–1952), Düsseldorf 2016, S. 540.

²⁹ Ebd.

³⁰ Siegfried Jenkner: Vom demokratischen Neubeginn zur sozialistischen Umgestaltung der Universitäten in der SBZ und früheren DDR, in: Joachim Klose (Hrsg.): Die Belter-Gruppe. Studentischer Widerstand gegen das SED-Regime an der Universität Leipzig, Leipzig 2009, S. 41.

³¹ Günther Heydemann: Aufbruch in eine neue Gesellschaft. Die Geschichte der Studentenräte, in: Joachim Klose (Hrsg.): Ohnmacht der Studentenräte? Wolfgang Natonek und die Studentenräte nach 1945 an der Universität Leipzig, Leipzig 2010, S.35–61, Zitat S. 43 (künftig zitiert: Heydemann, Aufbruch).

³² Ebd.

Weise »historische Gerechtigkeit« erfolgen könne, und prophezeite stattdessen die Schaffung von neuem Unrecht.³³ Dabei zog der Leipziger Studentenratsvorsitzende bewusst Verbindungslinien zur NS-Rassenpolitik: »Es gab mal eine Zeit, in welcher der verhindert war, der eine nicht-arische Großmutter hatte. Wir wollen nicht eine Zeit, in der es dem verhindert wird zu studieren, der nicht über eine proletarische Großmutter verfügt.«³⁴ Der »Halbjude« Natonek, dessen Familie während der NS-Diktatur zahlreichen Repressionen ausgesetzt gewesen war, wusste dabei durchaus, wovon er sprach, als er die Gesinnungs- und Herkunftsschnüffelei hinter der DVV-Zulassungspolitik mit nazistischen Herrschaftsprinzipien verglich.³⁵ Für den charismatischen liberalen Studentenführer und seine Mitstreiter mochte die Zulassungsfrage vorrangig eine reine Sachfrage und eine studentische Angelegenheit sein, doch faktisch zielte diese Kritik auf den Kernbestand der sowjetischen beziehungsweise kommunistischen Bildungspolitik in der sowjetisch besetzten Zone Nachkriegsdeutschlands ab. Damit wiederum gerieten die Studentenvertreter zwangsläufig, und durchaus ungewollt, in die Position einer Fundamentalopposition gegen die sozialistische Umgestaltung der Universitäten und damit der Gesellschaft.

Auf jeden Fall waren im Dezember 1947, als die zweiten Studentenratswahlen anstanden, die Zulassungsbedingungen zum beherrschenden Thema der Hochschulpolitik geworden.³⁶ Die SED reagierte auf die studentischen Proteste mit einer Schmutzkampagne gegen den längst überregional bekannt gewordenen und entsprechendes Ansehen genießenden Wolfgang Natonek. Darüber hinaus versuchten die SED-Machthaber, die Kompetenzen des Leipziger Studentenrates über die landespolitischen Hebel zu verringern und so dessen Ansehen und Einfluss drastisch zu schmälern. So hatte die SED Anfang Dezember, kurz vor den Studentenratswahlen, einen Gesetzesentwurf zur Gründung der »Sozialen Studienhilfe« erfolgreich durch den Sächsischen Landtag gebracht: Demnach sollte die Studienhilfe die soziale Betreuung der Studenten einschließlich der Stipendienvergabe von den Studentenräten übernehmen.³⁷ Damit sollte der Studentenrat seine wichtigste Funktion innerhalb der studentischen Selbstverwaltung verlieren und nachhaltig geschwächt werden.³⁸ Die Proteste des Leipziger Studentenrates gegen dieses Gesetz waren nun auch überregional vernehmbar gewesen. Nicht zuletzt diese durchschaubaren und als unfair empfundenen Maßnahmen wurden mitursächlich dafür, dass die SED bei

³³ Ebd., S. 44.

³⁴ Ebd., S. 45.

³⁵ Zu Natonek und dem Schicksal seiner Familie siehe: Günther Heydemann: Politische Resistenz und Verfolgung in der Leipziger Studentenschaft 1945 bis Anfang der 1950er-Jahre, in: Detlev Brunner/Mario Niemann (Hrsg.): Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung, Paderborn 2001, S. 270 f. (künftig zitiert: Heydemann, Politische Resistenz).

³⁶ Heydemann, Auflösung, S. 50.

³⁷ Ebd., S. 51.

³⁸ Ebd.

den anstehenden Studentenratswahlen im Dezember 1947 ein weiteres Mal eine deaströse Niederlage erleiden sollte:³⁹ Die Kandidaten der SED konnten ihre Stimmenanteile gegenüber der letzten Wahl bestenfalls stabil halten, doch an den meisten Universitätsstandorten mussten die Kommunisten erhebliche Stimmenverluste hinnehmen.⁴⁰ Vor allem an der Universität Leipzig, die sich im Laufe der vorangegangenen Ereignisse im Jahr 1947 zur Hochburg der ostdeutschen Studentenopposition entwickelt hatte und auf der nun ein besonderes Augenmerk lag, büßten die Kandidaten der SED rund ein Drittel ihrer Stimmen ein. Wolfgang Natoneks liberale LDP-Hochschulgruppe hingegen wurde für ihre hartnäckige Oppositionsarbeit von den studentischen Wählern mit deutlichen Stimmenzugewinnen belohnt. Damit verfehlte die SED sogar die Sperrminorität von einem Drittel der Studentenratssitze, die für eine Blockadepolitik des Beschlussunfähigmachens des Studentenrates notwendig gewesen wäre.⁴¹ Wie die Studentenpresse der Westzonen hämisch konstatierte, konnte die SED rein numerisch betrachtet an vielen Universitäten sogar noch nicht einmal ihre Parteigenossen unter den Studenten geschlossen zur Wahl ihrer Kandidaten mobilisieren. Tatsächlich musste etwa in Leipzig, wo 42 Prozent der Studenten formal SED-Mitglieder waren, mindestens ein Drittel von diesen für die parteilosen oder bürgerlichen Kandidaten gestimmt haben. Sowjetische Beobachter führten dieses Phänomen darauf zurück, dass viele Studenten nur pro forma zur Studienplatzerlangung in die SED eingetreten waren und sich kaum an der Parteiarbeit beteiligten.⁴² Der Blick auf die Fakultätsebene wiederum ergab, dass die SED lediglich an den Vorstudienanstalten und den gesellschaftswissenschaftlichen und pädagogischen Fakultäten über eine einigermaßen sichere Position verfügte. Die Fakultäten der Geisteswissenschaftler, der Theologen und vor allem der Mediziner hatten sich hingegen an allen Universitätsstandorten erneut als Hochburgen der bürgerlichen Oppositionsgruppen erwiesen.⁴³ Vor allem im Hinblick auf das Gefälle der Wählerstimmen zwischen den Fakultäten tobte nach Lesart der SMAD an den Universitäten ein Kampf zwischen den Studenten bürgerlicher Herkunft und den Studenten aus der Arbeiterschaft. Dieser, so die Analyse der SMAD-Volksbildungsabteilung, hätte seine Ursache zwar auch in der sozialen Zusammensetzung der Studierendenschaft, seine Intensität aber wäre maßgeblich der ideologisch-politischen Schwäche der SED an den Universitäten geschuldet gewesen. Schlechte Or-

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Kowalczyk, Hochschulpolitik, S. 496.

⁴¹ Johannes Weberling: Christlich-Demokratische Hochschulgruppen in der SBZ/DDR, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt am Main 2001, S. 92.

⁴² Dies stellte auch die Abteilung Volksbildung der SMAD fest: »Aus dem Bericht des stellvertretenden Chefs der Abteilung Volksbildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, in: John/Faludi, »Stellt alles Trennende zurück«, Dok. Nr. 10, S. 147–151.

⁴³ Ebd.

ganisationsstrukturen und geringe Parteiarbeit wurden dabei ebenso beanstandet, wie demgegenüber der politischen Arbeit der bürgerlichen Hochschulgruppen Anerkennung gezollt wurde.⁴⁴ Dies war eine klare Schuldzuweisung an die deutschen »Genossen«, die fortan verstärkt unter Handlungsdruck standen: Schonungs- und illusionslos bilanzierte die SED folglich das Wahlergebnis entsprechend kritisch. So wurde festgestellt, dass die »Hochschulen trotz beachtlicher Veränderungen [...] noch nicht zu Stützpunkten für die demokratische Erneuerung geworden« wären und dass darüber hinaus der »reaktionäre Einfluss noch zu stark« sei.⁴⁵ Ursächlich für die geringen kommunistischen Geländegewinne waren nach Parteieinschätzung die mangelnde ideologische Auseinandersetzung an den Universitäten sowie eine zu geringe Kooperation der Genossen vor Ort mit Massenorganisationen wie der FDJ und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB).⁴⁶ Die SMAD wertete das Wahlergebnis sogar als Indiz dafür, dass sich der Kampf »zwischen dem reaktionären und dem progressiven Teil der Studentenschaft verschärft hat«. Mit welchen Gegenmaßnahmen und Reaktionen die Machthaber aufwarten wollten, formulierte die SED Anfang 1948 in einem streng vertraulichen Strategiepapier. So sollten die Zulassungsrichtlinien noch rigider gehandhabt werden. Immatrikulationsbewerber von den Vorstudienanstalten mussten künftig unmittelbar von der SED bestätigt werden und nicht mehr von den notorisch renitenten Zulassungsausschüssen der Universitäten. Durch diese verstärkte Filterung erhoffte sich die Partei die Rekrutierung neuer Studentenjahrgänge, die »noch nicht ideologisch verseucht waren«.⁴⁷ Diese Maßnahmen entsprachen weitgehend den Planspielen der Volksbildungsabteilung der SMAD zur »Demokratisierung der Studentenschaften« vom Januar 1948. Auch sie sahen eine hochschulpolitische Offensive der SED-Parteiarbeit sowie eine noch schärfere »Kontrolle über die Immatrikulation neuer Studenten« an den Universitäten vor.⁴⁸ Was den Studentenräten blühen sollte, kommunizierte am schärfsten und unmissverständlich die SED-Landesleitung Sachsen. In deren Hoheitsgebiet hatte sich der Leipziger Studentenrat zum überregionalen Sprachrohr der Studentenopposition etablieren können, weshalb die dortigen SED-Funktionäre besonders unter Handlungsdruck standen: »Wir werden [...] einen Kampf führen, wie ihn Genosse Ackermann als [sic] zugespitzte ideologische Auseinandersetzung mit den faschistischen Elementen nannte. Es wird unsere Aufgabe sein, solche Elemente festzustellen

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Kowalczyk, Hochschulpolitik, S. 497.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ »Aus dem Bericht des stellvertretenden Chefs der Abteilung Volksbildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, in: John/Faludi, »Stellt alles Trennende zurück«, Dok. Nr. 10, S. 147–151.

und die entsprechenden Säuberungen vorzunehmen.«⁴⁹ Allein die neue, bis dahin nicht vernommene Zuschreibung der gewählten Studentenvertreter als »faschistische Elemente« ließ bereits erahnen, dass die Auseinandersetzung zwischen Studentenschaften und Machthabern 1948 eine neue Eskalationsstufe erreichen würde. Nachdem SED und DVV mit Hilfe der sowjetischen Besatzer den Klassenkampf erfolgreich in die Universitäten hereingetragen hatten, wurde nun das hochschulpolitische Betätigungsfeld der studentischen Selbstverwaltung per se zunehmend als Feindesland begriffen, das mit Hilfe außeruniversitärer Massenorganisationen wie der FDJ von den Machthabern restlos erobert werden sollte. Tatsächlich stellte das Strategiepapier – rückblickend betrachtet – den Auftakt zu einer verschärften Gangart gegenüber den Studentenräten dar. Nachdem im Jahr 1947 trotz Etablierung des Klassenkampfes an den Universitäten noch eine Expansion studentischer Selbstverwaltung in freilich engen Grenzen geschehen war, sollte im Jahr 1948 die freie studentische Selbstverwaltung in der SBZ vollends beseitigt werden.

Die endgültige Gleichschaltung der Studentenräte folgte in den letzten Monaten des Jahres 1948. Im Vorfeld der dritten Studentenratswahlen im Dezember 1948 änderte die SED das Wählerstatut zu Gunsten der eigenen Kandidaten, um kein drittes Mal vom studentischen Wählerwillen vorgeführt zu werden. So sollten die einzelnen Fakultäten nur noch je drei Vertreter in den Studentenrat wählen dürfen, und zwar unabhängig von der Fakultätsgröße.⁵⁰ Mit Blick auf das schon erwähnte Wählerstimmengefälle zwischen den Fakultäten kam der fakultätsorientierte Wahlmodus vor allem den Kandidaten der SED entgegen, da die Studenten der großen, von bürgerlichen Kräften dominierten Fakultätseinrichtungen der Juristen oder Mediziner nun erheblich weniger Vertreter in die Studentenräte entsenden konnten.⁵¹ Dieser Schachzug darf jedoch nicht allein als Gegenreaktion auf die oppositionelle Arbeit der Studentenräte betrachtet werden: Vielmehr entsprach dieses Vorgehen der Übertragung des Blockpolitik-Prinzips auf die Hochschulpolitik, die wiederum darauf zurückzuführen war, das sich die SED im Sommer 1948 als »Partei neuen Typus« weiterentwickelte.⁵²

Diese neue Lesart betonte vor allem ein verschärftes totalitäres Herrschaftsverständnis der SED, nach der es für die konkurrierenden Machtzentren in der SBZ – etwa die Blockparteien oder die Landtage – keinen unabhängigen Platz mehr geben durfte. In dem Maße, wie im Laufe des Jahres 1948 auch die Blockparteien stärker ins Korsett der SED eingespannt und die Landtage schrittweise entmachtet wurden, sollten auch die freien Studentenräte als Hort der bürgerlichen Opposition und der

⁴⁹ Heydemann, Aufbruch, S. 48.

⁵⁰ Ders., Auflösung, S. 55.

⁵¹ Ebd.

⁵² Siehe hierzu: Andreas Malycha: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996.

Andersdenkenden keine Handlungsspielräume mehr besitzen dürfen und nach dem Vorbild der Landtage im Rahmen der Blockpolitik gleichgeschaltet werden. Eine unmittelbare Abrechnung mit der lautstarken Studentenopposition fand Ende 1948 exemplarisch in Leipzig statt. Im November wurde der Leipziger Studentenratsvorsitzende Wolfgang Natonek, der bereits seit seinem Wahlerfolg im Jahr 1947 unter verschärfter Beobachtung der örtlichen SMA gestanden hatte, verhaftet, vor ein sowjetisches Militärgericht gestellt und wenige Monate später zu 25 Jahren Haft verurteilt.⁵³ Zeitgleich wurden die Leipziger Hochschulgruppe der LDP aufgelöst und den rund 600 Mitgliedern die Stipendien entzogen.⁵⁴ Vergleichbare Repressionsmaßnahmen wurden auch an anderen Universitäten der SBZ vollzogen. Die Doppelstrategie aus Wahlrechtsänderung und gewaltsamer Repression gegen die politisch aktiven Mitglieder der Studentenopposition verschaffte der SED die Hoheit in den Studentenräten und leitete deren Gleichschaltung ein. Die Studentenratswahlen vom Mai 1949 fanden bereits unter massivem politischem Druck statt. Die vierten und letzten Studentenratswahlen im Februar 1950 wurden ausschließlich nur noch über Einheitslisten abgehalten, womit das pluralistische hochschulpolitische Leben an den Universitäten der SBZ/DDR und die freie studentische Selbstverwaltung endgültig zum Erliegen kamen.⁵⁵ Zwischen 1951 und 1953 stellten die zu leblosen Körperschaften herabgesunkenen Studentenräte ihre Arbeit endgültig ein und übergaben die letzten Überreste ihrer Kompetenzen an die FDJ-Hochschulgruppen.⁵⁶ Dies war das endgültige Ende der studentischen Selbstverwaltung und der freien Hochschulpolitik an den Universitäten der DDR.

Studentenopposition in Berlin und die Gründung der Freien Universität 1948

Neuartige Aktionsformate – Die Studentenzeitschrift »Colloquium« und das Informationsbüro der Deutschen Studentenschaft (IDS)

Zum Jahreswechsel 1947/48 verlagerte sich der geografische Schwerpunkt der Studentenopposition von Leipzig nach Berlin. Im Nachgang zu den letzten freien Stu-

⁵³ Heydemann, Auflösung, S. 54. Auch in anderen Universitätsstädten kam es zu vergleichbaren Verhaftungswellen. Zu den Ereignissen in Rostock siehe: „Freiheit ist zunächst einmal die Abwesenheit von Unterdrückung!“, <https://www.dokumentationsstelle.uni-rostock.de/publikationen/online-edition-arno-esch/online-edition-arno-esch/> (05.05.2025).

⁵⁴ Heydemann: Politische Resistenz, S. 268.

⁵⁵ Kowalczuk, Hochschulpolitik, S. 507–509.

⁵⁶ Ebd., S. 511–513.

denratswahlen von 1947 hatte sich im Windschatten der lautstarken Leipziger Opposition an der Berliner Universität (Unter den Linden) ein widerständiges Netzwerk herausgebildet, das zwar im Umfeld des Studentenrates entstanden und personell verflochten, nicht aber unmittelbar identisch mit diesem gewesen war. Hatte die Leipziger Studentenopposition um Wolfgang Natonek vor ihrer gewaltsamen Zerschlagung noch ganz auf die institutionelle Wirkungsmacht des Studentenrates gesetzt, konzentrierte die Berliner Studentenschaft ihre oppositionelle Energie hingegen auf neuartige publizistische Aktionsformate abseits der offiziellen hochschulpolitischen Institutionen. Zu diesen zählten die Studentenzeitschrift *Colloquium* und das Informationsbüro der deutschen Studentenschaft (IDS), die im Umfeld des Studentenrates der Linden-Universität eine demokratische Gegenöffentlichkeit zur sozialistischen Umgestaltung der Universitäten herzustellen versuchten. Ausstrahlung und Durchschlagskraft dieses strategischen Ansatzes resultierten dabei aus dem Umstand, dass diese hochschulpolitische Gegenoffensive ihren Ursprung nicht offiziell im Studentenrat hatte, sondern von zwei formal unabhängigen, im amerikanischen Sektor lizenzierten Institutionen ausging: Das *Colloquium* wurde im März 1947 von Studenten der Berliner Universität gegründet, um der kurz zuvor von der DVV herausgegebenen Zeitschrift *Forum* eine studentische Publikation entgegenzusetzen.⁵⁷ Die »Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen«, wie sich das *Forum* titulierte, war gewissermaßen das »Wahlgeschenk der DVV« an die zeitgleich gewählten Studentenräte gewesen.⁵⁸ Tatsächlich ist davon auszugehen, dass das Blatt sich als hochschulpolitisches Sprachrohr der offiziellen DVV-Politik etablieren und die hochschulpolitische Debatte zu Gunsten der offiziellen SED-Linie beeinflussen sollte.⁵⁹ Um die publizistische Gegenmaßnahme der Studentenschaften hierzu abzusichern, ließen die studentischen Gründerredakteure das *Colloquium* unter amerikanischer Lizenz erscheinen. Dies war insofern ein Novum, weil damit erstmals die amerikanische Besatzungsmacht in die hochschulpolitische Auseinandersetzung zwischen den Studentenschaften und dem Triumvirat aus SED, DVV und SMAD hineingezogen wurde.⁶⁰ Dieser Schachzug war freilich nur vor dem Hintergrund des Berliner Besatzungsstatus möglich und zudem eine Folge einer beachtlichen Nähe zwischen den hochschulpolitisch aktiven Studenten der Berliner Linden-Universität und Vertretern der US-Alliierten, die sich im Verlauf des Jahres 1947 herausgebildet hatte: Als Schlüsselfiguren dabei dienten zurückgekehrte deutsche Exilanten wie Fritz Karsen oder der Osteuropa-Spezialist Fritz T. Epstein, die als amerikanische Staatsbürger mit den US-Truppen nach Berlin zurückgekehrt waren und dort als umtriebige Netzwerker Kontakte zwi-

⁵⁷ Jordan: Kaderschmiede, S. 30 f.

⁵⁸ Ebd., S. 29.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Ebd.

schen Angehörigen der Berliner Studentenschaft, wie etwa Otto Heß oder Horst Hartwich, und Mitarbeitern der Abteilungen der US-Militärregierung mit bildungspolitischer Zuständigkeit herstellten. Diese Zusammentreffen fanden meist im privaten Rahmen statt, etwa in den Wohnungen der Exilanten, und verließen anfangs kaum die informelle und private Ebene.⁶¹ Gleichwohl übten sie offenbar einen denkbar großen Einfluss auf die Studentenvertreter aus, die im Rahmen dieser ungewohnt großzügigen Salonatmosphäre mit ranghohen Mitgliedern etwa der »education branch« auf formal gleicher Augenhöhe ins Gespräch kamen.⁶² Obgleich die *Colloquiums*-Redaktion ab März 1947 aus der amerikanischen Deckung heraus agieren konnte, blieb das Blatt bis Ende des Jahres 1947 erstaunlich zahm. Kritik an der Politik der SMAD oder DVV hielt sich in engen Grenzen, möglicherweise auch deshalb, weil sich das *Forum* im selben Zeitraum seinerseits noch relativ offen gegenüber der studentischen Selbstverwaltung zeigte und Studentenvertreter im Blatt zu Wort kommen ließ.⁶³ Doch im Verlauf des Jahres 1947 verschärfte sowohl das *Forum* als auch das *Colloquium* ihre Tonart. Im Zusammenhang der Verhaftung von Studenten der Berliner Universität wegen angeblicher antidemokratischer Aktivitäten durch die SMAD sprach das *Forum* erstmals von »faschistischen und militaristischen Elementen«.⁶⁴ Das *Colloquium* wiederum verschärfte ab Januar 1948, angespornt durch die Wahlergebnisse der 2. Studentenratswahlen im Dezember 1947, seine kritische Linie gegen die Bildungspolitik der DVV, indem es eine regelmäßig erscheinende Kolumne (»Wie lange noch? – Kampf um die Universität«) ins Leben rief, in der die staatlichen Angriffe auf die studentische Selbstverwaltung und die akademische Freiheit in Berlin und anderswo kritisch thematisiert wurden.⁶⁵ Zeitgleich mit der verschärften kritischen Berichterstattung des *Colloquiums* begann ab Januar 1948 auch der neugewählte Berliner Studentenrat eine hochschulpolitische Offensive gegen die zunehmenden Spaltungstendenzen im deutschen Hochschulwesen und für die Freiheit der studentischen Selbstverwaltung. Für das gesteigerte Selbstbewusstsein der Berliner Studentenvertreter, das aus dieser Offensive herauszulesen war, gab es gute Gründe. Zum einen hatten sie ihre informellen Beziehungen zu den Amerikanern im Westteil der Stadt gefestigt und die Amerikaner spätestens seit der Lizenzierung des *Colloquiums* als Bündnispartner für ihre Hochschulpolitik gewinnen können. Zum anderen hatte das desaströse Abschneiden der SED bei den vorangegangenen Studentenratswahlen den kritisch-oppositio-

⁶¹ Kristallisationspunkt dieses informellen Networkings war z.B. der sogenannte Salon Epstein im Wohnhaus von Fritz Epstein, siehe hierzu Näheres bei Tent, *Freie Universität*, S. 84–86.

⁶² Ebd., S. 85.

⁶³ Jordan, *Kaderschmiede*, S. 29.

⁶⁴ Zitiert nach: Ebd.

⁶⁵ Tent, *Freie Universität*, S. 92.

nellen Kurs der Studentenräte in Berlin und in der SBZ klar bestätigt.⁶⁶ Es war also nicht vermessen, dass der Studentenrat der Berliner Universität den studentischen Wählerwillen als Kampfauftrag gegen die übergriffige Klassenkampfpolitik der DVV interpretierte. Doch über die Weiterführung der Studentenopposition gegen die Politik der DVV hinaus hegte der Berliner Studentenrat auch Ambitionen, sich zur Führungsinstitution einer neuen, gesamtdeutsch orientierten, interzonalen Hochschulpolitik aufzuschwingen. In enger Kooperation mit dem Studentenausschuss der im britischen Sektor gelegenen TU Berlin und im Auftrag der deutschen Studentenvertretungen initiierte der Berliner Studentenrat den ersten Interzonalen Studentenkongress in Berlin, aus dem schließlich das Informationsbüro der deutschen Studentenschaft (IDS) hervorgehen sollte.⁶⁷ Die Studentenvertreter der beiden Berliner Universitäten hatten alle deutschen Studentenvertretungen nach Berlin zusammengerufen, um für die Studentenschaften Richtlinien und Ausgangspunkte für eine interzonal koordinierte gesamtdeutsche Hochschulpolitik zu entwerfen und die Probleme der zonalen Spaltung des deutschen Hochschulwesens zu besprechen. In einer abschließenden Erklärung kritisierten die anwesenden Studentenvertreter die Tendenzen eines Auseinanderdriftens im deutschen Hochschulwesen, die sie überraschend deutlich auf die Politik der Besatzungsmächte zurückführten.⁶⁸ Die Liste der Vorwürfe war lang: Beanstandet wurden sowohl der Kontrollratsbeschluss zur Einschränkung der studentischen Freizügigkeit als auch die »kalten Reparationen« in Form der »unkontrollierten Ausfuhr von Kulturgütern und wissenschaftlichen Leistungen«.⁶⁹ Auch ein Missbrauch der Entnazifizierung »zur Ausschaltung politischer Gegner« und die mangelnde Kooperation der Besatzungsmächte und Zonenverwaltungen auf hochschulpolitischem Gebiet wurden offen kritisiert.⁷⁰ Die Studentenschaften erkannten zwar das Kontrollrecht der Besatzungsmächte an, erblickten darin jedoch »kein Recht, von irgendeiner Seite Zwang auf die kulturelle Entwicklung auszuüben«. Sie erinnerten die Besatzungsmächte an ihren Grundsatz, dem unterworfenen Deutschland »keine politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Formen (aufzuzwingen), die nicht organisch aus Gegebenheiten unseres Landes und Volkes erwachsen«.⁷¹ Der Einfluss der Besatzungsmächte sollte laut den Studentenvertretern lediglich »als befruchtender Strom ausländischer Geistigkeit« auf das

⁶⁶ So konnte die SED auch an der Berliner Universität ihren Stimmenanteil nicht steigern und verharnte bei zehn Prozent der Stimmen; Kowalczyk, Hochschulpolitik, S. 496.

⁶⁷ Mitteilung des Informationsbüros der deutschen Studentenschaft vom 23.1.1948, in: John/Faludi, »Stellt alles Trennende zurück!«, S. 157 f.

⁶⁸ Denkschrift der deutschen Studentenschaft vom 25.1.1948, in: John/Faludi, »Stellt alles Trennende zurück«, S. 163 f.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Ebd.

kulturelle Leben Deutschlands beschränkt bleiben.⁷² Zwischen den Zeilen gelesen und mit Blick auf die aktive Rolle gerade der SMAD auf die Politik der DVV, kam diese Erklärung einer Fundamentalkritik an der sozialistischen Umgestaltungspolitik in der SBZ gleich, die augenscheinlich weit mehr als nur eine »anregende Befruchtung« sein wollte. Umso erstaunlicher ist es rückblickend, dass die Westpresse die Tagung rundweg als eine rein symbolpolitisch aufgeladene und folgenlose Veranstaltung politisch nicht satisfaktionsfähiger Studenten beurteilte. Selbst der in West-Berlin ansässige *Tagesspiegel*, der den Aktivitäten Berliner Studentenschaften stets reges Interesse entgegenbrachte, fokussierte seine Berichterstattung vor allem auf die Ohnmacht der Studentenvertreter auf interzonomaler Ebene.⁷³ So zutreffend dieser Befund in rein formaler Hinsicht auch war, übersah er dabei die offenkundige Bereitschaft der Berliner Studentenvertreter, die Studentenschaften zu selbstbewussten Akteuren in der deutschen Frage werden zu lassen und Forderungen an die Besatzungsmächte zu richten. Dementsprechend wurde auch die Gründung des Informationsbüros der deutschen Studentenschaften (IDS) als wichtigstes Ereignis während der Tagung gänzlich übersehen.⁷⁴ Das IDS war ein Kooperationsprojekt zwischen dem Studentenrat der Berliner Universität und dem Studentenausschuss der TU in Charlottenburg, wo das Büro bezeichnenderweise auch seinen Sitz haben sollte. Der strategische Ansatz der Berliner Studentenschaft, die von ihnen geschaffenen hochschulpolitischen Institutionen in den Westsektoren anzusiedeln und damit aus dem sowjetischen Hoheitsgebiet auszulagern, hatte sich bereits bei der Zeitschrift *Colloquium* bestens bewährt. Mit dem IDS entstand nun abermals eine hochschulpolitische Institution der Studentenschaften, die zur Entstehung einer hochschulpolitischen Gegenöffentlichkeit gerade in der SBZ beitragen und nicht zufällig von dem *Colloquium*-Redakteur Otto Hess geleitet werden sollte. Von seinem Sitz an der TU Berlin aus war das IDS dazu angehalten, Nachrichten aus dem Hochschulleben Deutschlands zentral zu sammeln, auszuwerten und an alle »interessierten Kreise« und in der Presse zu verbreiten.⁷⁵ Darüber hinaus sollte das IDS mit allen Studentenschaften korrespondieren und diese über Tendenzen einer Auseinanderentwicklung des deutschen Hochschulwesens aufklären. Damit verfügte die deutsche Studentenschaft – so es sie angesichts der zonalen Zerteilung des Landes denn noch gab – über eine institutionalisierte, von allen Studentenvertretern Deutschlands legitimierte studentische Einrichtung, die allen Studentenvertretern als Informationsquelle und Publikationsmedium gleichermaßen offenstand und wichtige

⁷² Ebd.

⁷³ *Tagesspiegel* vom 25.1.1949 zum Berliner Studententag, in: John/Faludi, »Stellt alles Trennende zurück«, S. 167 f.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Mitteilung des Informationsbüros der deutschen Studentenschaft zu seiner Gründung vom 23.1.1948, abgedruckt in: John/Faludi, »Stellt alles Trennende zurück«, S. 159.

interzonale »Übersetzungsarbeit« leisten konnte. Vor allem für die Studentenvertreter der SBZ bot das IDS durch seine offizielle Legitimation ein niedrighschwelliges Angebot, welches diese weitgehend gefahrlos zur zonenübergreifenden Informationsverbreitung nutzen konnten. Eine Korrespondenz etwa mit dem *Colloquium* dürfte für ostdeutsche Studentenratsmitglieder spätestens nach den Entwicklungen im Herbst 1947 weitaus weniger problematisch gewesen sein.

Diesen Vorgaben gemäß nahm das IDS seine Arbeit Anfang 1948 auf. Über seine Funktion als Informationsverteilermedium und Monitoring-Stelle für die Spaltungsprozesse im deutschen Hochschulwesen hinaus, diente das IDS den Studentenvertretern auch als Stichwortgeber für die hochschulpolitische Debatte in Deutschland. So rief das Büro im Vorfeld der Währungsreform im April 1948 die Studentenvertreter dazu auf, die sozialen Folgen und Auswirkungen der Währungsreform auf die Studenten zu diskutieren und dem IDS Vorschläge zur Abmilderung und Unterstützung zuzusenden. Auf dieser Grundlage beabsichtigte das Büro, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen und diesen den Universitätsverwaltungen zuzusenden.⁷⁶ Dies ging über die Arbeit eines reinen Informationsbüros freilich weit hinaus und beanspruchte de facto die Rolle einer zentralen, gesamtdeutschen Studentenvertretung. Das IDS beabsichtigte offenkundig, zum Sprachrohr, zur »pressure group« der deutschen Studentenschaften zu werden und diese mit einer Stimme sprechen zu lassen. Das war ambitioniert, denn die hochschulpolitischen Realitäten bewegten sich zu diesem Zeitpunkt sichtlich in eine andere Richtung. Die Zeichen standen auf Spaltung, nicht auf Vereinigung. Durch diese Attitüde geriet auch das IDS im Nachgang der Berliner Relegationskrise in das Zielfeuer kommunistischer Kritik. Gleichwohl war die Strategie der publizistischen Gegenaufklärung nicht nur darauf zurückzuführen, dass der Studentenrat der Berliner Universität die besatzungsrechtlichen Nischen der Vier-Sektoren-Stadt Berlin clever auszuschöpfen verstand. Die Berliner Studentenopposition profitierte auch maßgeblich davon, dass in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik im Jahr 1947 ein bedeutender Paradigmenwechsel stattgefunden hatte: Im Zuge der Kongresswahlen von 1946 war der Begriff »Containment-Policy« in die amerikanische Öffentlichkeit gelangt.⁷⁷ Diese »Eindämmungspolitik« zielte darauf ab, dem Expansionsbestreben der UdSSR auf allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ebenen entschiedene Grenzen zu setzen. Die im Jahr 1947 veröffentlichte Leitlinie einer »Rollback-Policy« führte den eindämmungspolitischen Strategieansatz offensiv aus. Demnach sollte nicht nur die Expansion des Sowjetkommunismus über seine Grenzen hinaus gestoppt

⁷⁶ Informationsdienst V/48 des IDS vom 28. 4. 1948, abgedruckt in: John/Faludi, »Stellt alles Trennende zurück«, S. 233.

⁷⁷ Bernd Stöver: Politik der Befreiung? Private Organisationen des Kalten Krieges. Das Beispiel Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), (künftig zitiert: Stöver, Politik der Befreiung?), in: Kreuzberger/ Hoffmann, »Geistige Gefahr«, S. 216.

werden. Auch die Konsolidierung der kommunistischen Marionettenregime in Ost- und Mitteleuropa sollte mittels diverser Destabilisierungsmaßnahmen von westlicher Seite verhindert oder zumindest erschwert werden.⁷⁸ Beabsichtigt war damit, die Etablierung der sowjetischen Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa langfristig unmöglich zu machen und die dortigen Staaten aus dem sowjetischen Machtbereich zu holen.⁷⁹ Obgleich hinter den strategischen Begriffen »Containment« und »Roll-back« zu keinem Zeitpunkt eine konkrete militärische Doktrin oder eine ausgefeilte sicherheitspolitische Konzeption stand, entwickelten sich diese Ideen im Jahr 1947 zu Strukturprinzipien des außen- und sicherheitspolitischen Komplexes der USA: Durch den »National Security Act« wurde der gesamte Sicherheitsapparat der USA an die Bedingungen und Anforderungen des Kalten Krieges angepasst.⁸⁰ Der Anpassungsprozess umfasste nicht nur die verbesserte Koordination bestehender militärischer Infrastruktur, sondern auch den systematischen Aufbau eines neuen und effizienten Geheimdienstapparates. Zu dessen nachrichtendienstlichen Instrumentarium sollten vor allem Methoden der politischen und psychologischen Kriegsführung auch unterhalb der militärischen Ebene gehören.⁸¹ Die publizistischen Gegenauklärungsaktivitäten der Berliner Studentenopposition entsprachen dabei ganz dem Geist dieser eindämmungspolitischen Strategie. Die Kritik von *Colloquium* und IDS am Versuch der kommunistischen Herrschaft, die Studentenräte vor den Karren der Blockpolitik zu spannen, richtete sich letztlich gegen eine Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft im ostdeutschen Hochschulwesen. Dadurch dass die Berliner Studentenopposition ihre wichtigsten Institutionen – das *Colloquium* und das IDS – in den amerikanisch-britischen Herrschaftsraum West-Berlins ausgelagert hatte, waren diese dem direkten Zugriff der sowjetischen Repression entzogen. Dennoch sollten die sowjetischen Machthaber und ihre deutschen Verbündeten 1948 im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen die Berliner Studentenopposition und deren Führungspersonen vorgehen.

Die Berliner Relegations-Krise

Im April 1948 entschied sich die DVV für die noch einzig verbleibende Maßnahme, um gegen die Studentenopposition an der Linden-Universität vorzugehen. Um die ungeliebte Studentenzeitschrift *Colloquium* personell zu enthaupen, sollten ihre führenden Redakteure von der Universität verwiesen werden. Noch im selben Monat erhielten die Redakteure Otto Stolz, Otto Hess und Joachim Schwarz

⁷⁸ Stöver, Politik der Befreiung?, S. 217.

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Ebd., S. 218 f.

⁸¹ Ebd.

einen gleichlautenden Brief, der ihnen mitteilte, dass die DVV ihre Zulassung zum Studium zurückgenommen habe. Begründet wurde die Maßnahme mit den publizistischen Aktivitäten, mit denen die Studenten die Würde und den Anstand der Universität verletzt hätten.⁸² Die DVV bezog sich damit auf die Statuten der Universität, die tatsächlich einen Passus enthielten, wonach Studenten der Universität verwiesen werden konnten, wenn sie einen nicht näher beschriebenen Anstand verletzten. Dazu zählte aber nicht dezidiert die publizistische Betätigung im Rahmen einer Studentenzeitung. Vorboten dieser repressiven Maßnahme gab es durchaus. Bereits im März 1948 hatte der Leiter der Volksbildungsabteilung der SMAD, Generalleutnant Pjotr Solotuchin, Vertreter des Berliner Studentenrates einberufen und ihnen mangelndes Engagement beim Aufbau des Sozialismus vorgeworfen.⁸³ Zudem verbat sich Solotuchin weitere Recherchen des Studentenrates zu den verhafteten Studenten und forderte von den Studentenvertretern ein Bekenntnis zu den Blockparteien.⁸⁴ Damit machte der sowjetische Hochschuloffizier unmissverständlich deutlich, dass die SMAD in Zukunft keine freie studentische Selbstverwaltung mehr außerhalb der Blockpolitik vorsah. Demnach war die Relegation der Redaktionsstudenten keine isolierte Gegenreaktion auf das Verhalten der Berliner Studentenopposition, sondern Bestandteil einer umfassenderen Strategie der sowjetischen Herrschaftssicherung. Anfang 1948 war offensichtlich geworden, dass die UdSSR beabsichtigte, ihre Herrschaft und die ihrer Marionettenregime in Ost- und Mitteleuropa auszubauen und zu festigen. So verhalf die UdSSR den tschechoslowakischen Kommunisten Anfang 1948 mittels eines Staatsstreiches in den Sattel – ein Ereignis, an dem die Berliner Studentenschaft publizistisch regen Anteil nahm und ihre Solidarität mit dem studentischen Widerstand in Prag gegen den Putsch bekundete.⁸⁵ Ebenso verschärfte Moskau den Kampf gegen die auf nationale Unabhängigkeit fixierte Kommunismus-Variante des Titoismus, die von Jugoslawien aus auf das übrige Osteuropa auszustrahlen drohte.⁸⁶ Auch die amerikanischen Bemühungen zur Konsolidierung ihres Einflussbereiches mittels Instrumenten wie dem Marshallplan oder der Bizonen-Gründung wurden genau registriert. Die »volksdemokratische Umgestaltung« der ostdeutschen Universitäten und die blockpolitische Einhegung der Parteien – einschließlich ihrer Hochschulorganisationen – sind in diesem Rahmen als Maßnahmen zur sowjetisch-kommunistischen Herrschaftssi-

⁸² Kubicki/Lönnendonker, Freie Universität, S. 231.

⁸³ Helmut Coper: Freie Universität Berlin. Erinnerungen eines Gründungsstudenten, aufgezogen und bearbeitet von Petra Klein, Berlin 2014, S. 78, (künftig zitiert: Coper, Erinnerungen).

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Tent, Freie Universität, S. 94 f.

⁸⁶ Wilfried Loth: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 2002, S. 195–200 (künftig zitiert: Loth, Teilung der Welt).

cherung im ostdeutschen Raum zu bewerten. Die publizistischen Attacken, die die Berliner Studentenschaften aus dem vergleichsweise sicheren Hinterland der Westsektoren Berlins abfeuerten, richteten sich folglich gegen nichts weniger als gegen den sowjetischen Herrschaftsanspruch in Mitteleuropa.

Der Versuch, der publizistischen Oppositionsarbeit des Berliner Studentenrates die Häupter abzuschlagen, löste einen heftigen Protest der Kommilitonen aus. Der Berliner Studentenrat hielt diese Maßnahme nicht nur für unverhältnismäßig, sondern auch für im Kern unrechtmäßig, da kein offizielles Disziplinarverfahren eingeleitet wurde und auch der Studentenrat nicht zu den Vorgängen angehört worden war.⁸⁷ Tatsächlich wäre dies der den Statuten entsprechende Weg gewesen.⁸⁸ Der Studentenrat forderte die DVV auf, die Maßnahme zu überdenken. Schützenhilfe bei seinem Protest erhielt der Studentenrat von der Berliner Tagespresse in den Westzonen, die an den Ereignissen regen Anteil nahmen.⁸⁹ Als die DVV auf die Forderungen nicht reagierte, riefen die Hochschulgruppen aller demokratischen Parteien an der Berliner Linden-Universität zu einem Studentestreik auf.⁹⁰ Am 23. April 1948, so der Aufruf, sollten alle Studenten, die ihre Grundrechte verteidigen wollten, dem Vorlesungsbetrieb fernbleiben und sich zu einer Protestversammlung im West-Berliner Esplanade-Hotel einfinden.⁹¹ Die Resonanz auf den Streikaufruf war überwältigend. Die Versammlung geriet zu einem medial vielbeachteten Massenspektakel.⁹² Auf dieser Versammlung wurden erstmals Rufe nach der Gründung einer Freien Universität in den Westsektoren laut.

Die öffentlichkeitswirksame Forderung der Ost-Berliner Studenten nach einer Freien Universität im Westteil der Stadt stieß die Gründung der Freien Universität in West-Berlin an. Vor dem Hintergrund der Kampagnen der Berliner Studentenopposition ist wohl auch der Mythos der Freien Universität als einer von Studenten gegründeten Universität entstanden, der angesichts späterer Forschungsarbeiten jedoch nicht aufrecht zu erhalten ist. Tatsächlich hatten Amerikaner und Briten bereits Monate zuvor angesichts des sich verschärfenden Kalten Krieges mit der Gründung einer Universität in den Westsektoren geliebäugelt und hierzu mehr oder weniger detailliertere Pläne entworfen. Dass diese nicht umgehend verwirklicht wurden, lag einerseits am allgemeinen Ressourcenmangel und andererseits daran, dass sich Amerikaner und Briten nicht über den Standort einig werden konnten.

⁸⁷ Tent, *Freie Universität*, S. 97.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Kubicki/Lönnendonker, *Freie Universität*, S. 239.

⁹¹ Tent, *Freie Universität*, S. 98–99.

⁹² Die exakte Teilnehmerzahl kann nicht mehr ermittelt werden. Die SED-Presse sprach von 300 Teilnehmern, die westlichen Zeitungen bezifferten die Teilnehmerzahl auf 2.000 Personen. Gesichert sind lediglich die Zeitzeugenaussagen, die der Versammlung einhellig den Charakter einer Massenkundgebung zusprachen. Tent, *Freie Universität*, S. 99.

Nach britischen Vorstellungen sollte die Technische Universität in Charlottenburg zu einer Volluniversität ausgebaut werden, wohingegen die Amerikaner eine komplette Neugründung im Umfeld der bereits bestehenden Infrastruktur der Dahlemer Deutschen Forschungshochschule favorisierten.⁹³

Im Frühjahr 1948 jedoch stieß das studentische Begehren zur Gründung einer westsektoralen Universität auf einen wohlwollenden Resonanzboden, denn Universitäts- und Hochschulpolitik hatten bei den Amerikanern eine neue Priorität bekommen.⁹⁴ Ursächlich für diesen Wandel war in erster Linie, dass sich im Frühjahr 1948 die geopolitischen Ereignisse überschlagen hatten und die Zeichen auf Verschärfung der Blockkonfrontation standen. Als Konsequenz aus der im Dezember 1947 gescheiterten Londoner Außenministerkonferenz war im Februar 1948 die Sechs-Mächte-Konferenz gegründet worden, als deren Ergebnis im April mit der Westunion erstmals ein gegen die UdSSR gerichtetes Bündnis geschmiedet wurde. In dem Maße, wie die UdSSR ihrerseits mit der Festigung ihres Machtbereichs begonnen hatte, betrieben die Amerikaner nun ebenso entschlossen die Konsolidierung ihres westeuropäischen und vor allem westdeutschen Einflussgebietes. Mit Hilfe des Marshall-Planes und einer Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands sollten der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas vorangetrieben und de facto erste Grundzüge einer deutschen Staatlichkeit vorgezeichnet werden.⁹⁵ Mit der beiderseitigen Konsolidierung ihres Herrschaftsraumes gingen die Großmächte zwangsläufig auf Konfrontationskurs zueinander und forcierten damit die Teilung der Welt, Europas und vor allem Deutschlands. Dieser Prozess wirkte besonders in Berlin verheerend. Die Einbeziehung der Berliner Westsektoren in den Gültigkeitsbereich der neugeschaffenen D-Mark bedeutete nichts weniger als die Teilung der Stadt. Die Sowjetunion, die bereits im März desselben Jahres den Alliierten Kontrollrat verlassen hatte, kündigte daraufhin auch ihre Arbeit in der Alliierten Kommandantur auf und begann die Berlin-Blockade, die West-Berlin von allen wichtigen Versorgungswegen abschnitt. Die Amerikaner standen nun unter Zugzwang, diesen sowjetischen Zugriff auf die gesamte Stadt entschieden abzuwehren und für die Überlebensfähigkeit ihres schutzlosen Westteils zu sorgen. Für die sicherheitspolitische Konzeption der Eindämmungspolitik, die seit 1947 den Anspruch erhob, als Strukturprinzip amerikanischer Außenpolitik zu gelten, war dieses Ereignis Prüfstein und Praxistauglichkeitstest zugleich. Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage jedenfalls verabschiedete das Berliner Abgeordnetenhaus am 4. November 1948 die Satzung der Freien Universität.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Loth, *Teilung der Welt*, S. 170.

Auch wenn letztlich die geopolitischen Entwicklungen des Jahres 1948 ausschlaggebend für die amerikanische Bereitschaft zur Universitätsgründung waren, kam den Studenten ein erheblicher Einfluss beim Aufbau der neuen Universitätsstrukturen zu. Bereits im Juni 1948 hatte sich ein »studentischer Vorbereitungsausschuss für die Gründung einer Freien Universität« gegründet, der größtenteils aus Mitgliedern der *Colloquiums*-Redaktion und den ehemaligen Mitgliedern des Studentenrates der Linden-Universität bestand.⁹⁶ Dieser Ausschuss war maßgeblich für die Ausgestaltung der Universitätssatzung zuständig, die als »Berliner Modell« neue Maßstäbe vor allem hinsichtlich studentischer Mitbestimmung schuf und mit der hierarchischen Ordnung herkömmlicher Ordinariuniversitäten brach.⁹⁷ So wurde den Studenten der Freien Universität im Gegensatz zu ihren Kommilitonen in Westdeutschland Einfluss in allen Organen und Gremien der universitären Selbstverwaltung und Mitspracherecht eingeräumt. Sowohl in den Fakultäten als auch in den Kuratorien oder dem Senat sollte je ein Studentenvertreter sitzen.⁹⁸ Kernstück der neuen studentischen Handlungsmacht war jedoch die erweiterte Funktion des AStA. Diesem oblagen nicht nur die Aufgabenbereiche der studentischen Selbstverwaltung im sozialen oder kulturellen Bereich, er regierte auch über die Studentenvertreter in die übrigen Universitätsorgane hinein. Vor allem aber sollte der AStA als Exekutivorgan des Universitätskonvents fungieren, der seinerseits unter der parlamentarischen Kontrolle der Studierendenschaft stand.⁹⁹ Dies machte ihn zu einem, wenn nicht gar zu dem zentralen Akteur innerhalb der Universität, der auch berechtigt sein konnte, als Repräsentant der Universität zu sprechen und diese nach außen hin zu repräsentieren. Für das AGSF und die gesamtdeutschen Studentenfragen sollte dieser Berliner Sonderweg entscheidend sein.

Der Verband Deutscher Studentenschaft und die Gründung des »Referates Ost« an der Freien Universität Berlin

Gründung des VDS

Ogleich die Gründung der Freien Universität im Nachgang der Berliner Relegationskrise einen Erfolg für die Berliner Studentenopposition darstellte, erschwerte sie auf gesamtdeutscher Ebene den Wiederaufbau eines einheitlichen Studentenverbandes. Seit 1946 hatten vor allem die Studentenvertretungen in den Westzonen mit

⁹⁶ Kubicki/Lönnendonker, *Freie Universität*, S. 32.

⁹⁷ Ebd., S. 33 f.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Ebd.

ihrer Wiederentstehung auf dieses Ziel beharrlich hingearbeitet. An den Universitäten der westlichen Besatzungszonen wurden im Jahr 1946 erstmals Studentenvertretungen frei gewählt – und zwar relativ spät, da vor allem die amerikanischen und britischen Militärregierungen angesichts der nazistischen Umtriebe der ehemaligen »Deutschen Studentenschaft« wenig Sympathie für eigene hochschulpolitische Impulse der Studenten hatten. Doch seit der raschen Konsolidierung der freien studentischen Selbstverwaltung vor allem in der britischen Zone begannen auch die ersten Bemühungen um zonenübergreifende Kooperation der Studentenvertreter mit dem Fernziel einer gesamtdeutschen Studentenvertretung beziehungsweise dem Zusammenschluss der studentischen Zonenverbände. Diese Bemühungen machten bald sichtliche Fortschritte: Die ersten zonenübergreifenden Studentenschaftstreffen fanden auf dem 1. Studententag der britischen Zone im Juli 1946 in Göttingen statt, bei dem auch Studentenvertreter aus der amerikanischen und der sowjetischen Zone anwesend waren.¹⁰⁰ Das Treffen diente den Studentenvertretern aller Zonen dazu, auf Tuchfühlung zueinander zu gehen und gemeinsam Fragen des Wiederaufbaus der deutschen Universitäten zu besprechen. Dazu zählten erst einmal vor allem logistische Fragen des vorpolitischen Raumes wie Probleme der sozialen Betreuung, der akademischen Nachwuchslenkung und Zulassungsfragen.¹⁰¹ Von diesem Studententag gingen auch die ersten Impulse zu einer gesamtdeutschen, zonenübergreifenden Kooperation der Studentenschaften aus. So bekannten sich die anwesenden Studentenvertreter zur staatlich-territorialen Einheit Deutschlands und sprachen sich entschieden gegen »separatistische Bestrebungen« und für eine stärkere interzonale Zusammenarbeit der Studentenvertreter aus.¹⁰²

Das darauffolgende Jahr 1947 stand im Zeichen mehrerer zentraler Studententage, auf denen erfolgreich Schritte zur Schaffung einer deutschen studentischen Gesamtvertretung eingeleitet wurden. Im Jahr 1947 wurden in der amerikanischen, britischen und sowjetischen Zone mehrere Studententage abgehalten, auf denen sich die Studentenräte als zonenweite Gesamtvertretungen konstituierten.¹⁰³ Auf dem 2. Studententag der britischen Zone in Hamburg Anfang des Jahres 1947 gingen die anwesenden Studentenvertreter einen Schritt weiter und beschlossen die Bildung eines Koordinierungsausschusses in Berlin.¹⁰⁴ Dieser Ausschuss, dem je zwei Vertreter jeder Zone und Berlins angehören sollten, war beauftragt, »Material über die in den Zonen verschiedener Handhabung studentischer Angelegenheiten« zu

¹⁰⁰ Rohwedder, *Kalter Krieg und VDS*, S. 34.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² John, *Geistige Einheit Deutschlands?*, S. 88.

¹⁰³ E. Detlev Otto: *Studenten im geteilten Berlin, Ein Bericht über die Beziehungen zwischen den Studentenschaften in Ost- und Westdeutschland 1945 bis 1958*, Berlin (West) 1959, S. 10 f. (künftig zitiert: *Otto, Studenten im geteilten Deutschland*).

¹⁰⁴ John, *Geistige Einheit*, S. 44 f.

sammeln und einen gesamtdeutschen Studententag vorzubereiten.¹⁰⁵ Als schließlich im September 1947 die Studentenvertreter der amerikanischen Zone zu ihrem 2. Studententag einluden, schien das Ziel eines gesamtdeutschen Studentenverbandes endlich zum Greifen nahe zu sein: Mit großer Mehrheit, die sich überwiegend aus Studentenvertretern der amerikanischen und britischen Zone zusammensetzte, wurde auf dem Studententag die alte »Deutsche Studentenschaft« der Vorkriegszeit wieder ins Leben gerufen.¹⁰⁶ Da jedoch die amerikanische Militärregierung jede Anknüpfungspunkte an die hochschulpolitische Vergangenheit untersagte und deshalb den Namen »Deutsche Studentenschaft« nicht tolerierte, einigten sich die Studentenvertreter auf den Namen »Verband Deutscher Studentenschaften« und die jeweilige Zone als Zusatz.¹⁰⁷ Der nächste Schritt bestand nun darin, die bestehenden Zonenräte beziehungsweise Zonenverbände der vier Besatzungsgebiete zu einem gesamtdeutschen Verband zusammenzuführen. Doch die geopolitischen Entwicklungen in der ersten Jahreshälfte 1948 bereiteten dem Vereinigungsprozess der Vorjahre ein jähes Ende. Die Berliner Relegationskrise, die Ansätze zur Gründung der Freien Universität Berlin sowie die Gleichschaltung der ostdeutschen Studentenräte waren vor allem im Jahr 1948 deutlich fortgeschritten. Die ostdeutsche Studentenschaft stand im April 1949 soweit unter kommunistischer Kontrolle, dass der Zonenrat der SBZ bereits den Beschluss zur Gründung des Verbandes Deutscher Studentenschaften sowie die Gründung der Freien Universität offen als unzulässige Spaltungstendenzen kritisierte. Der Vorwurf war insofern nicht zutreffend, als der Zonenrat der SBZ ausdrücklich zum Beitritt aufgefordert worden war. Dieser zog daraus die Konsequenzen, zu dem Studententag der amerikanischen Zone im Mai 1948 keine Vertreter zu entsenden, was ihn zum ersten Studententag ohne Beteiligung der SBZ-Studentenräte machte.¹⁰⁸ Bereits zu diesem Zeitpunkt wuchsen in den westdeutschen Studentenschaften mehr und mehr die Zweifel, ob es angesichts der Zustände an den Universitäten der SBZ überhaupt noch eine gemeinsame Basis für eine Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Verband geben könne.¹⁰⁹

Nichtsdestotrotz blieb die Schaffung eines gemeinsamen Verbandes das erklärte Ziel der westzonalen Studentenvertreter. Für Januar 1949 wurde von den westdeutschen Studentenvertretern eine Vorsitzenden-Konferenz aller Deutscher Studentenschaften in Marburg einberufen.¹¹⁰ Dort sollte über eine Gesamtvertretung der gesamtdeutschen Studentenschaft beraten werden. Auch die Vertreter der SBZ hatten ihr Kommen zugesagt. Doch zwei Tage vor der Konferenz sagten diese wieder ab.

¹⁰⁵ Gesamtdeutsche Studentenbeziehungen, in: Hochschul-Informationen (1963), Nr. 6–7, S. 2.

¹⁰⁶ John, Geistige Einheit, S. 88.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Gesamtdeutsche Studentenbeziehungen, in: Hochschul-Informationen (1963), Nr. 6–7, S. 3.

¹⁰⁹ Rohwedder, Kalter Krieg und VDS, S. 44.

¹¹⁰ Ebd., S. 45.

In der telegrafischen Begründung hieß es, dass die voraussichtliche »Teilnahme der Spalteruniversität Berlins« den Ausschlag für ihr Fernbleiben gegeben hätte.¹¹¹ Die SBZ-Vertreter weigerten sich, die Studentenvertreter der FU als Verhandlungspartner anzuerkennen.

Die in Marburg anwesenden Studentenvertreter der westlichen Besatzungszonen zeigten sich uneins, wie angesichts der Abwesenheit der ostdeutschen Seite fortzufahren sei und ob dennoch die Gründung eines gesamtdeutschen Studentenverbandes proklamiert werden sollte.¹¹² Befürworter dieser Lösung argumentierten mit der Aussichtslosigkeit des Vorhabens, die Studentenvertreter der SBZ in diesen Verband zu integrieren.¹¹³ Die Gegner wiederum befürchteten den Vorwurf der Gegenseite, mit einer einseitigen Verbandsproklamation separatistischen Tendenzen Vorschub leisten zu wollen.¹¹⁴ Letztlich setzten sich die Befürworter einer Verbandsgründung durch. So schlossen sich die Studentenvertreter der drei westlichen Zonen im Januar 1949 zum Verband Deutscher Studentenschaften zusammen.¹¹⁵ Auch ohne Beteiligung der ostdeutschen Studentenvertretungen war die Zusammenführung der westlichen Zonenräte keine einfache Geburt gewesen.

Vor allem die Integration der Studentenvertretungen der französischen Besatzungszone gestaltete sich schwierig, weil die französische Militärregierung zentralistischen Bestrebungen auf hochschulpolitischer Ebene ähnlich skeptisch gegenüberstand wie auf allgemeiner politischer Ebene.¹¹⁶ Darüber hinaus befürchteten auch die Studentenvertretungen der französischen Zone, nicht ausreichend im VDS repräsentiert zu werden, da sich im Vergleich zur britischen und amerikanischen Zone nur wenige Universitätsstandorte in der französischen Zone befanden.¹¹⁷ Zudem kam die Abseitsposition, in der sich die französischen Studentenvertreter im Vergleich zu ihren Kollegen aus der britischen und amerikanischen Zone befunden hatten. Letztere hatten sich nicht nur früher auf Zonenebene konsolidieren können als die Kommilitonen in der französischen Zone, sondern konnten aufgrund der politischen Bedingungen in der Bizone auch mehr Erfahrung in der Einübung zonenübergreifender Kooperation sammeln.¹¹⁸ Um die Bedenken der französischen Militärregierung sowie der Studentenvertretungen in der französischen Zone zu zerstreuen, gab es weitreichende Zugeständnisse, die eine starke Föderalisierung des

¹¹¹ Ebd., S. 47.

¹¹² Ebd., S. 45.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ So fand der erste Studententag der französischen Besatzungszone erst im April 1947 und damit ein Jahr nach dem Studententag der britischen Zone statt. Gesamtdeutsche Studentenbeziehungen, in: Hochschul-Informationen (1963), Nr. 6–7, S. 2.

Verbandes beschleunigten: So wurde einem Antrag des Freiburger AStA-Vorsitzenden zugestimmt, wonach die Meinungsbildung im Verband nicht allein von einer Mitgliederversammlung bestehend aus den AStA-Vorsitzenden bestimmt werden durfte, sondern von der Delegiertenkonferenz, zu der die Landesverbände Delegierte nach einem ausgleichsorientierten Verteilungsschlüssel entsenden konnten.¹¹⁹ Auf diese Weise wurde das Gewicht der Studentenvertreter aus der an Universitätsstandorten armen französischen Zone künstlich erhöht. Der Sitz des Verbandes sollte die Stadt Bonn sein, in der der Parlamentarische Rat residierte und die sich anschickte, Regierungssitz eines künftigen westdeutschen Teilstaates zu werden.¹²⁰ Von hier aus sollte der von den AStA-Vorsitzenden in der Mitgliederversammlung gewählte Verbandsvorstand die hochschulpolitische Gesamtvertretung der Studentenschaften ausüben. Nach der Gründung des VDS in Marburg forderte der SBZ-Zonenrat eine erneute Konferenz zur Verbandsgründung ohne Beteiligung der FU-Studentenschaft. Doch diese Bedingung wollte und konnte der VDS-Vorsitzende Helmut Glaszinski nach den Statuten des VDS nicht erfüllen, da sich der VDS verpflichtet hatte, jede Studentenschaft einer ordentlichen Hochschule aufzunehmen.¹²¹

Doch nicht die Tatsache, dass die Statuten eine Erfüllung der ostdeutschen Minimalbedingungen nicht zuließen, verunmöglichte die Aussichten auf eine baldige Vereinigung der deutschen Studentenschaften, sondern die politischen Umstände. Die Gleichschaltung der Studentenräte in der SBZ und die Verhaftung Natoneks, aber auch die Währungsreform und die Berlin-Blockade machten deutlich, wie wenig Handlungsspielraum den Studentenvertretern für eine Vereinigung der deutschen Studentenschaft geblieben war. Vor diesem Hintergrund ging es den Beteiligten offensichtlich nur noch darum, die absehbare institutionelle Spaltung der deutschen Studentenschaften beziehungsweise ihre Zementierung so zu vollziehen, dass ein maximaler strategisch-propagandistischer Wert dabei herausprang. Dieser Logik folgend, bot der VDS-Vorstand dem Zonenrat an, im Rahmen der 150-Jahr-Feier der TU Charlottenburg zu einem erneuten Gespräch zusammenzukommen, um über die Beteiligung der SBZ-Studentenschaften zu sprechen. Dieser Austausch kam in der Nacht vom 19. zum 20. März 1949 zustande, blieb aber ergebnislos. An der Minimalforderung des Zonenrates, der Ausschluss der FU, hatte sich nichts geändert, und auch die Bereitschaft des VDS hierzu war nicht größer geworden. Überdies hatte der VDS-Vorstand durch seine Gesprächsbereitschaft mit dem Zonenrat die Kritik der Berliner Studentenschaften auf sich gezogen. Der FU-AStA missbilligte das Vorgehen des VDS-Vorstandes und warnte diesen eindringlich davor, durch seine Gesprächsbereitschaft in die Falle einer kommunistischen

¹¹⁹ Rohwedder, *Kalter Krieg und VDS*, S. 45.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Ebd., S. 47.

Volkskongress-Strategie zu geraten.¹²² Ungeachtet dieser Sorge fanden im Juni 1949 in Rittmarshausen bei Göttingen erneut Gespräche mit Vertretern des SBZ-Zonenrates statt.¹²³ Eingeladen hatte der Göttinger AStA, der dem VDS bis dahin noch nicht beigetreten war und sich daher in einer Mittlerrolle zwischen Ost und West sah.¹²⁴ Diese Gespräche führten jedoch lediglich zu der Vereinbarung, dass die ostdeutsche Seite Abgesandte auf eine außerordentliche Delegiertenkonferenz des VDS im Juli 1949 ins bayerische Seeshaupt schicken würde.¹²⁵ Bestandteil dieser Abmachung war, dass Vertreter aller politischen Kräfte unter den Studentenschaften der SBZ nach Seeshaupt entsandt werden würden.¹²⁶ Das Zusammentreffen im bayerischen Seeshaupt sollte das letzte zwischen ostdeutschen Studentenvertretern und dem VDS für lange Zeit werden und die Spaltung der deutschen Studentenschaften markieren. Der VDS-Vorstand sah dem Treffen mit Anspannung entgegen und bereitete die Delegiertenkonferenz akribisch vor. Der Verbandsvorstand wollte um jeden Preis die Zügel in der Hand behalten, um den ostdeutschen Vertretern nicht die Gelegenheit zu geben, die Delegiertenkonferenz zur Bühne ihrer Volksfrontstrategie zu verwandeln. Nach erwartungsgemäß ergebnislosen Diskussionen standen die beteiligten Verhandlungspartner in Seeshaupt vor dem Scherbenhaufen, der einmal die Hoffnung auf einen gesamtdeutschen Studentenverband dargestellt hatte. Statt gemeinsamer Erklärungen oder Kompromissformeln dominierten gegenseitige Schuldzuweisungen das Ende und den Nachgang der Tagung. Der VDS-Vorstand kritisierte die Missachtung akademischer Freiheit im SBZ-Hochschulwesen durch politische Pflichtvorlesungen und die unfreie Durchführung der letzten Studentenratswahlen im Herbst 1948. Zonenratsvorsitzender Werner Turski hingegen warf dem VDS mangelnde Verständigungsbereitschaft vor und ebenso die unverhandelbaren Bedingungen der westdeutschen Studentenvertreter für eine Aufnahme der Studentenschaften der SBZ.

Die »Seeshaupter Beschlüsse«

In seiner Abschlusserklärung begründete der VDS den Abbruch der Verhandlungen. Neben der Abwesenheit der Studentenvertretungen aus der bürgerlichen Opposition nannte der VDS vor allem das undemokratische System an den Hochschulen der

¹²² Gegen Studentischen Volkskongreß. Berliner Verhandlungen westdeutscher Vertreter – mangelnder Instinkt, in: Der Kurier 23.3.1949.

¹²³ Rohwedder, Kalter Krieg und VDS, S. 51.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Gesamtdeutsche Studentenbeziehungen, in: Hochschul-Informationen (1963), Nr. 6–7, S. 3.

¹²⁶ Rohwedder, Kalter Krieg und VDS, S. 52 f.

SBZ als ausschlaggebenden Grund.¹²⁷ Die dortigen Zustände, so das Resümee des Verbandes aus den Gesprächen von Seeshaupt, würden offensichtlich nicht den demokratischen Grundsätzen entsprechen, nach denen auch der VDS gegliedert sei.¹²⁸ Aus dieser Erkenntnis zog der VDS eine weitreichende und folgenschwere Konsequenz. Im Namen der westdeutschen Studentenschaften erklärte er die Nicht-Anerkennung der Studentenvertretungen des Zonenrates durch den VDS und lehnte bis auf Weiteres jede offizielle Beziehung zu offiziellen Studentenvertretern aus der SBZ ab.¹²⁹ Erneute Gespräche sollten erst nach einer Behebung der genannten Missstände wieder aufgenommen werden. Der Abbruch der Beziehungen zu den ostdeutschen Studentenvertretungen war vor dem Hintergrund der vorangegangenen Entwicklungen nur folgerichtig gewesen. Die Tendenzen zur staatlichen Spaltung Deutschlands und Berlins hatten spätestens mit der Ausschaltung der freien studentischen Selbstverwaltung in der SBZ und der Gründung der Freien Universität als Gegenuniversität auch die Studentenschaften endgültig erreicht. Die Folge war die Existenz zweier völlig konträrer studentenschaftlicher Modelle, die, eingebettet in die politischen Strukturen ihrer im Entstehen begriffenen Bezugsstaaten, schon im Hinblick auf innerorganisatorische Macht- und Entscheidungsstrukturen unmöglich in einen gemeinsamen Studentenverband hätten zusammengefasst werden können. Die Spaltung der deutschen Studentenschaft war somit nicht etwa das Ergebnis von fehlendem Verhandlungsgeschick der beteiligten Akteure, sondern Ausdruck des heraufziehenden Kalten Krieges, dem sich die Studentenschaften nolens volens fügen mussten.

Eine andere Frage war die nach der Bewertung der Konsequenzen des Beziehungsabbruchs. Über den strategischen Mehrwert dieser Entscheidung konnte trefflich gestritten werden. Zweifelsohne trugen die westdeutschen Studentenschaften der Ausschaltung einer freien studentischen Selbstverwaltung in der SBZ Rechnung, indem sie den kommunistischen Usurpatoren der ostdeutschen Studentenräte die hochschulpolitische Legitimation und das Recht auf Repräsentation der Studenten absprachen. Gleichwohl war diese Strategie ein zweischneidiges Schwert: Denn so sehr sich der VDS mit dieser Entscheidung der faktischen Macht des deutschen Teilungsprozesses beugte, musste er sich doch vorwerfen lassen, zur Teilung des Landes im Rahmen seiner Möglichkeiten als politischer Akteur aktiv beizutragen und eine Entfremdung der Studenten zwischen Ost und West zu forcieren. Deshalb ergänzten die anwesenden Studentenvertreter die »Seeshaupter Beschlüsse« um einen zusätzlichen Passus, der die Deutschlandpolitik des Verbandes maßgeblich beeinflussen würde. So wurde beschlossen, ein sogenanntes Referat Ost einzurichten, das sich

¹²⁷ Ebd., S. 56 f.

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Ebd.

im Auftrag der Studentenschaften des VDS mit allen Problemen und Herausforderungen befassen sollte, die sich für die Studentenschaften künftig auf dem Feld der Deutschlandpolitik und aus den Fragen der gesamtdeutschen Studentenkontakte ergeben sollten.¹³⁰

Der Verband begründete diesen Schritt damit, zwar den Kontakt zu den amtierenden Studentenräten der SBZ, nicht aber zu den dortigen Studenten abbrechen zu wollen.¹³¹ Dies bedeutete zwangsläufig den Aufbau informeller Verbindungs- und Kommunikationskanäle zu den ostdeutschen Studenten unterhalb der offiziellen Ebene der gleichgeschalteten Studentenräte und der Jugendorganisation FDJ. Dieser hochschulpolitischen Doktrin folgend, sollte das Referat Ost drei Aufgabenbereiche übernehmen:

- Verbindung zu den Studentenschaften der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands auf wissenschaftlicher und kultureller Grundlage
- Unterstützung von Studenten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands
- Nachrichtenaustausch¹³².

Mit den »Seeshaupter Beschlüssen« schufen die westdeutschen AStA ein hochschulpolitisches Äquivalent zu dem, was später auf bundespolitischer Ebene als »Hallstein-Doktrin« präzise umschrieben wurde: also eine Politik, die einerseits auf strikte Nicht-Anerkennung gegenüber der DDR und deren illegitimen, weil nicht frei gewählten Institutionen und Repräsentanten setzte, andererseits jedoch, dem Alleinvertretungsanspruch Rechnung tragend, die Bevölkerung Ostdeutschlands stets einzubeziehen versuchte. In der Praxis lief dies auf den Drahtseilakt hinaus, keine offiziellen Kontakte zu Repräsentanten und Institutionen der DDR zu unterhalten, zugleich aber unterhalb dieser Maßgabe möglichst viele inoffizielle, private Kontakte »nach drüben« aufzubauen und zu pflegen. Deshalb sollte das »Referat Ost« seinen Standort in West-Berlin haben und im hochschulpolitischen Umfeld der Freien Universität und dessen AStA angesiedelt sein, um von dort aus als Brückenkopf zu den Studenten in der DDR im Sinne der Seeshaupter Beschlüsse zu wirken.¹³³

¹³⁰ »Er [der VDS] hat weiterhin beschlossen, ein »Referat Ost« einzurichten, welches sich mit allen Fragen beschäftigt wird, die sich bei der Verhandlung mit Vertretern der Studentenschaften der sowjetischen Besatzungszone ergeben haben.« Zusatz zum »Seeshaupter Beschluss« des VDS vom 10.7.1949, in: FU Berlin, UA, AStA, Box 147, Sammlung der gesamtdeutschen Beschlüsse des Verbandes Deutscher Studentenschaften von der 1. o. DK bis zur 47. o. DK bzw. 13. MV, S. 28.

¹³¹ Rohwedder, *Kalter Krieg und VDS*, S. 57.

¹³² Siehe Kommuniké der Seeshaupter Erklärung vom 11.7.1949, abgedruckt in: Helmut Glaszinski: *Die Beziehungen zwischen den Studentenschaften Westdeutschlands und Westberlins und den Studentenschaften der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands*, 1952, S. 40.

¹³³ Rohwedder, *Terror*, S. 92.

Die Entscheidung für West-Berlin, das wenige Monate zuvor noch Gefahr gelaufen war, in den Machtbereich der Sowjetunion einverleibt zu werden und nun – wirtschaftlich ausblutend und verkehrstechnisch schlecht erreichbar – als »Insel im Roten Meer« dahinsiechte, war auf den ersten Blick wenig einleuchtend. Möglicherweise hatten die Sieges euphorie im Nachgang der überstandenen Berlin-Blockade sowie die Hochachtung für den Berliner Durchhaltewillen die Standortentscheidung mit beeinflusst. Doch auch unabhängig davon konnte die »Frontstadt des Kalten Krieges« einige handfeste Standortvorteile aufweisen, um als Fundament für einen »gesamtdeutschen Brückenkopf« der westdeutschen Studentenschaften zur DDR zu dienen.¹³⁴ Die geografischen Vorteile lagen dabei auf der Hand. Der Vier-Mächte-Status und die relative Durchlässigkeit der innerstädtischen Sektorengrenzen garantierten einen weitgehend ungehinderten Zugang zu den Studenten der DDR und gewährleisteten umgekehrt, dass auch die Oststudenten das »Referat Ost« als niedrigschwelliges Anlauf- und Beratungsangebot nutzen konnten. Die Angliederung des Referats Ost an den AstA der FU mit seinen in Deutschland einmalig weitreichenden Befugnissen ließ sich ebenfalls gut begründen. Der im Februar 1949 frei gewählten Studentenvertretung gehörten vorrangig jene Studenten an, die bereits im Umfeld des Studentenrates der »Linden-Universität« 1947/48 aktiv gewesen waren und als Betroffene der Berliner Relegations-Krise sowie aktive Mitglieder des studentischen Gründungsausschusses der FU Hochschulpolitik aus der östlichen und westlichen Perspektive kennengelernt hatten. Zu den hochschulpolitischen Aktivisten dieser ersten Stunden gehörten auch prägende Persönlichkeiten des späteren Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen, wie zum Beispiel Dietrich Spangenberg, Horst Rögner-Francke, Helmut Coper oder Lieselotte Berger.

Doch nicht allein die Präsenz der Westalliierten und die hohe intrinsische Motivation der FU-Studentenvertreter in »gesamtdeutschen Studentenfragen« bestimmten die Entscheidung des Verbandes, sein Referat Ost im hochschulpolitischen Umfeld der Freien Universität zu installieren. Ausschlaggebend war auch, dass der AstA der FU bereits 1949 mehr als jede andere Studentenvertretung in Westdeutschland eigene »ostpolitische Erfahrungen« hatte sammeln können, die den Ansprüchen und Zielen der Seeshaupter Beschlüsse entsprachen. Mehr noch: So wie sich West-Berlin zum Labor und Experimentierfeld für ostpolitische Strategien und antikommunistische Aktionsformen entwickelte, war auch die West-Berliner Studentenschaft zur Pionierin einer ost- und deutschlandpolitisch orientierten Hochschulpolitik herangereift. So hatte der AstA schon im März erfolgreich dafür gesorgt, dass in West-Berlin lebende FU-Studenten ostzonaler Herkunft in die Lohnausgleichskasse des

¹³⁴ Ebd.

Magistrates¹³⁵ aufgenommen wurden und wie erwerbstätige Grenzgänger maximal 80 Ostmark zum Kurs von 1:1 in Westmark umtauschen durften.¹³⁶ Soziale Unterstützung erhielten Grenzgänger- und Flüchtlingsstudenten vom AStA auch bei der Beschaffung und Vermittlung von Wohnraum, was angesichts des kriegsbedingten Wohnraummangels in West-Berlin gewiss keine dankbare Aufgabe war.¹³⁷ Auch eine fachliche und politische Überprüfung zuzugswilliger Oststudenten im Vorfeld ihrer Immatrikulation an der Freien Universität führte der AStA bereits seit Anfang 1949 durch.¹³⁸ Noch bevor er hierfür dem Referat Ost zu Diensten stand, überprüfte Helmut Coper in seiner Funktion als zuständiger AStA-Referent die fachliche und charakterliche Eignung von Studienbewerbern aus der SBZ oder Ost-Berlin.¹³⁹ Hintergrund dieser Tätigkeit war der Protest des AStA gegen die Pläne von Oberbürgermeister Ernst Reuter und der amerikanischen Militärregierung, den Zuzug von Oststudenten nach West-Berlin aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage West-Berlins massiv einzuschränken.¹⁴⁰

Geradezu innovativ und eine kaum zu überschätzende Voraussetzung für die spätere AGSF-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ab 1951 war die Arbeit des AStA-Pressereferates unter der Leitung von Lieselotte Berger. Berger, die ab 1951 auch die Presse- und Westabteilung des AGSF leiten sollte, hatte 1949 das AStA-Pressereferat übernommen und zu einem gut funktionierenden Instrument einer modernen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gemacht: Dieses verstand sich in erster Linie als Mittler zwischen Ost und West und sollte als vorzeigbare Auskunftsstelle für gesamtdeutsche Studentenangelegenheiten dienen.¹⁴¹ Praktisch bedeutete dies, dass sich das Pressereferat über den systematischen Aufbau von Kontakten zu den Universitätsreportern Zugang zu den wichtigsten Tageszeitungen West-Berlins und auch Westdeutschlands verschaffte und diese mit Material über die Zustände an den Universitäten der DDR und die Lage von Flüchtlingsstudenten versorgte.¹⁴² Auch die Eröffnung eines eigenen Medienarchives, das für Journalisten begehbar und schwerpunktmäßig auf gesamtdeutsche Studentenfragen ausgerichtet war, gehörte

¹³⁵ Zur Lohnausgleichskasse und den West-Berliner Lohnausgleichsverfahren für Grenzgänger siehe: Frank Roggenbach: *Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau*, Berlin 2008, S. 53–66 (künftig zitiert: Roggenbach, Grenzgängerproblem).

¹³⁶ Coper, *Erinnerungen*, S. 136 f.

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Kubicki/Lönnendonker, *Freie Universität*, S. 151.

¹³⁹ So wurde z.B. auch der spätere AGSF-Mitarbeiter Carl Heinz Evers im Januar 1950 von Coper befragt und überprüft. FU Berlin, UA, Immatrikulationsbüro, *Studentenakte Carl Heinz Evers*, Fragebogen.

¹⁴⁰ Coper, *Erinnerungen*, S. 139.

¹⁴¹ FU, Berlin, Konvent, Protokoll der 22. Ordentlichen Sitzung des 1. Konvents am 4.11.1950, Bericht von Lieselotte Berger, S. 11.

¹⁴² Ebd.

zu Bergers Neuerungen.¹⁴³ Spätestens im Verlauf des Jahres 1950 verfügte der AStA damit über einen direkten Kanal für hochschulpolitische Nachrichten zur Berliner Medienlandschaft. Neben dem Geschick Bergers kamen der Pressearbeit des AStAs freilich auch die Verbindungen der Freien Universität zur *Tagesspiegel*-Redaktion über Erwin Redslob zugute.¹⁴⁴ Förderlich für den Standort West-Berlin war weiterhin, dass die FU und ihr AStA sich im Laufe des Jahres 1949 anschickten, sich einen festen Platz auf allen Bühnen und »Hinterzimmern« des Kalten Krieges zu erarbeiten, und sich mit den dortigen Akteuren vernetzten. Die Nähe zu einschlägigen amerikanischen Akteuren wie der Ford-Foundation lag freilich vor dem Hintergrund der FU-Gründungsgeschichte auf der Hand. Darüber hinaus jedoch hatten engagierte Studenten der Gründungskohorte enge Kontakte zu gewichtigen Akteuren im Kampf gegen den Kommunismus hergestellt. Mit Gerhard Löwenthal verfügte der AStA über einen Mitarbeiter im Rundfunksender RIAS, der sich immens für die hochschulpolitischen Aktivitäten der FU interessierte.¹⁴⁵ Der Jurastudent und Vorsitzende der Jungen Union Ernst Benda wirkte wiederum aktiv an der Gründung von Ernst Tillichs Widerstandsorganisation »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« mit,¹⁴⁶ der seinerseits den FU-Gründungsausschusssitzungen beigewohnt hatte und ab Dezember 1948 als Abteilungsleiter der Deutschen Hochschule für Politik wirkte.¹⁴⁷ In diesem Umfeld gründete sich das Referat Ost, das bald in Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen (AGSF) umbenannt werden sollte.

Erste Gehversuche – die schwierige Anfangsphase des Referates Ost an der Freien Universität Berlin

Flüchtlingsbetreuung

Am 6. September 1949 nahm das AGSF als Referat Ost unter höchst provisorischen Umständen seine Arbeit auf.¹⁴⁸ In einer alten Gründerzeitvilla in der Dahlemer Boltzmannstrasse, in der auch die Universitätsverwaltung vorläufig untergebracht war, hatte die Universität dem AGSF ein Dienstzimmer zur Verfügung gestellt.¹⁴⁹ In die-

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ Tent, Freie Universität, S. 143–145.

¹⁴⁵ Kathrin Gerlof: *Gegenspieler*. Karl-Eduard von Schnitzler – Gerhard Löwenthal, Frankfurt am Main 1999, S. 41.

¹⁴⁶ Heitzer, KgU, S. 44 f.

¹⁴⁷ Zu Tillichs Verbindungen zur FU siehe: Allen, Befragung, S. 59–63.

¹⁴⁸ »Vier Jahre studentische Arbeit zwischen Ost und West«, in: *Hochschul-Informationen* (1953), Sondernummer, S. 2.

¹⁴⁹ Ebd.

ser Räumlichkeit, die den Mitarbeitern auch als Büro diente, hielt das Amt seine Flüchtlingsberatung ab. Kaum waren die Pforten der Beratungsstelle geöffnet, sahen sich die Referatsmitarbeiter, darunter der Zulassungsreferent des FU-AStA, Helmut Coper, einem Ansturm von Flüchtlingsstudenten ausgesetzt.¹⁵⁰ Studenten aus Leipzig, Halle oder Rostock drängten sich in Schlangen auf der schmalen Wendeltreppe der alten Gründerzeitvilla, um ihre unterschiedlichsten Hilfeersuchen vorzutragen.¹⁵¹ Der erste Flüchtlingsansturm auf die Beratungsstelle war so gewaltig, dass er die spärlichen Ressourcen des jungen AGSF vollständig in Beschlag nahm und dieses bis auf Weiteres eine Flüchtlingsberatungsstelle bleiben sollte.¹⁵² Doch nicht nur das AGSF hatte damit zu kämpfen, mit geringen Ressourcen ein immenses Flüchtlingsproblem zu bewältigen. Auch West-Berlin musste dem Flüchtlingsproblem zu einem denkbar schwierigen Zeitpunkt Herr werden.

Die Lebenswirklichkeit der Frontstadt West-Berlin im Herbst 1949 war kläglich: Die Stadt hatte die Zeit der Blockade zwar erfolgreich überstanden und der Supermacht UdSSR mit amerikanischer Unterstützung die Stirn geboten. Doch nach der Euphorie über diesen Sieg setzte bald die Ernüchterung ein, denn die Wirtschaft des erfolgreich verteidigten »Vorpostens der freien Welt« befand sich seit 1948 im freien Fall: Durch die Teilung Deutschlands war der Westteil der Stadt seines natürlichen Umlandes beraubt worden, aus dem bislang Nahrungsmittel und andere Waren des täglichen Bedarfs unter geringen Transportkosten bezogen wurden. All dies musste nun über kostspieligere, weil längere Transportwege aus Westdeutschland angeliefert werden.¹⁵³ Zwar waren die Zufahrtswege nach Berlin, deren Verwundbarkeit die Sowjets während der Blockade eindrucksvoll demonstriert hatten, wieder frei, allerdings noch nicht vertraglich abgesichert. Deshalb kam es dort auch immer wieder zu schikanösen »kleinen Blockaden«.¹⁵⁴ Für große, logistikintensive Industriebetriebe war der ungesicherte Rechtsstatus der ohnehin weiten Anfahrtswege ein kaum ausgleichender Wettbewerbsnachteil. Infolge der Blockade hatten namhafte Berliner Traditionsfirmen wie Siemens, die Knorr-Bremse AG, der Allianz-Versicherungskonzern sowie der traditionell in Berlin ansässige Bankensektor angesichts dieser Standortbedingungen weit ins westdeutsche Hinterland übersiedelt, wo sie vorzugsweise Großstädten wie München und Frankfurt am Main zu bislang nicht gekanntem Wohlstand verhelfen sollten.¹⁵⁵ Überdies hatte der Wegfall der Hauptstadtfunction ein Arbeitslosenheer von ehemaligen Regierungsbeamten

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² BArch, B 166, Akte 1257, Schreiben von Carl Heinz Evers an den VDS-Vorstand vom 22.7.1952 zu den Gründen seiner Kündigung.

¹⁵³ Lemke, *Vor der Mauer*, S. 267.

¹⁵⁴ Wilfried Rott: *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990*, München 2009, S. 49.

¹⁵⁵ Ebd., S. 56.

hinterlassen.¹⁵⁶ Da außerdem das Besatzungsstatut die Eingliederung West-Berlins ins föderale System der Bundesrepublik untersagte, manifestierte sich die geographische Abseitsstellung Berlins auch politisch-administrativ: Die Teilstadt wurde so in eine ohnmächtige Bittstellerposition gegenüber dem bundesdeutschen Bezugsstaat abgedrängt.¹⁵⁷ Die sozialen Folgen dieser Entwicklung waren bereits im Herbst 1949 unübersehbar. Der Wegfall der Handelsstrukturen hatte das alltägliche Leben in Berlin spürbar verteuert und die Kaufkraft der Berliner signifikant verringert. Verheerender noch wirkte die Massenarbeitslosigkeit, die durch den industriellen Aderlass seit 1948 beständig stieg und im Herbst/Winter 1949/50 ihren Höhepunkt erreichte. Rund ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung war beschäftigungslos, was Erinnerungen an die Instabilität zu Weimarer Zeiten weckte.¹⁵⁸

Zum wirtschaftlichen Niedergang hinzu kam eine stark ansteigende Zahl von Ostzonenflüchtlingen, die sich in der Frontstadt ab 1949 niederließen und zusätzlichen Druck auf den zusammengebrochenen Arbeits- und Wohnungsmarkt der Stadt ausübten.¹⁵⁹ Dies war ein neues Phänomen. Bis zum Jahr 1948 hatte es kein nennenswertes Flüchtlingsproblem in Berlin gegeben.¹⁶⁰ Doch seit dem Ende der Blockade und der Gründung der beiden deutschen Staaten war eine deutlich anschwellende Flüchtlingsbewegung von Ost nach West entstanden.¹⁶¹ In der politischen Behandlung des Flüchtlingsproblems verfolgten der Berliner Magistrat und die Westalliierten zwei konträre Ansätze und gerieten darüber in heftige Konflikte. Die Amerikaner favorisierten die Eindämmung der ost/westdeutschen Binnenmigration über Berlin aus sicherheitspolitischen Erwägungen. Sie betonten dabei die destabilisierende Wirkung, die von einer sozial und wirtschaftlich nicht integrierbaren Flüchtlingsmasse für West-Berlin ausgehen konnte, sowie die Möglichkeiten der Gegenseite, umstandslos Agenten und Provokateure in den Westteil der Stadt einschleusen zu können.¹⁶² Vor diesem Hintergrund hatte die Alliierte Kommandantur im März 1949 eine »Obergrenze« für Zuzugsgenehmigungen für anerkannte politische Flüchtlinge verhängt.¹⁶³ Der Berliner Magistrat hingegen verfolgte einen gegenteiligen Ansatz: Aus karitativen Erwägungen, aber auch um dem Primat der Freizügigkeit für alle Deutschen Geltung zu verschaffen, sprach er sich für eine möglichst großzügige Aufnahmepraxis in der Flüchtlingsfrage aus.¹⁶⁴ Weil der Magistrat die Anordnungen der Alliierten freilich nicht außer Kraft setzen konnte, wies er die

¹⁵⁶ Ebd., S. 55.

¹⁵⁷ Ebd., S. 59.

¹⁵⁸ Roggenbach, *Grenzgängerproblem*, S. 105.

¹⁵⁹ Lemke, *Mauer*, S. 268 f.

¹⁶⁰ Allen, *Befragung*, S. 25 f.

¹⁶¹ Ebd.

¹⁶² Ebd., S. 28–31.

¹⁶³ Ebd.

¹⁶⁴ Ebd.

im Januar 1949 gegründete Flüchtlingsstelle an, die Quotenvorgaben der Alliierten mittels »Familienzusammenführungen« und diversen »Härtefallregelungen für Angehörige wichtiger Berufsgruppen« systematisch zu unterlaufen.¹⁶⁵ Auf diese Weise wurden die Vorgaben der Alliierten um über 20.000 Personen überschritten, und West-Berlin füllte sich im Laufe des Jahres mit Flüchtlingen.¹⁶⁶ Unter diesen waren auch mehrere tausend Flüchtlingsstudenten und studienberechtigte Abiturienten, die angesichts der Verhältnisse an den Universitäten der DDR ihre Studien im westlichen Deutschland fortführen oder beginnen wollten, aber gänzlich mittellos in West-Berlin ankamen.

Bei den Erstberatungsgesprächen beim AGSF ging es folglich zunächst einmal um Belange des alltäglichen Überlebens. Viele der Flüchtlingsstudenten, besonders jene, die angesichts drohender Repressionen die DDR hatten verlassen müssen, waren geflohen, »wie sie aus dem Hörsaal gekommen waren«, und besaßen kaum mehr als die Kleidung, die sie an ihrem Leib trugen, als sie in der Beratungsstelle des AGSF vorstellig wurden.¹⁶⁷ Da sie in aller Regel keine polizeilichen Führungszeugnisse, Exmatrikulationsurkunden oder Leistungsnachweise ihrer ostdeutschen Herkunftsuniversitäten bei sich hatten, war ihnen ein Weiterstudium in West-Berlin oder Westdeutschland nach gängigem Prozedere nicht ohne Weiteres möglich.¹⁶⁸ Als in der DDR immatrikulierte Studenten hatten die meisten Flüchtlingsstudenten ohnehin kein Anrecht auf Sozialleistungen in West-Berlin. Darüber hinaus verstellten Studentenstatus und fehlende Zuzugsgenehmigung den Zugang zum sowieso überlaufenen West-Berliner Arbeitsmarkt, und das Währungsgefälle zwischen der DDR und West-Berlin, das seit 1948 zum Gültigkeitsbereich der D-Mark gehörte, ließ die Kaufkraft möglicher elterlicher Zuwendungen rapide abschmelzen.¹⁶⁹ Vor diesem Hintergrund stand neben der Studienberatung die soziale Versorgung an erster Stelle. In enger Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat des FU-AStA half das AGSF bei der Beschaffung von Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten und zahlte den ankommenden Flüchtlingsstudenten eine finanzielle Überbrückungshilfe von 10 bis 20 D-Mark pro Kopf aus.¹⁷⁰ Diese Summe deckte zwar nicht das Existenzminimum ab, linderte aber zumindest etwas die akute Not der Betroffenen. Über die karitative Erstversorgung hinaus beriet das AGSF die Neuankömmlinge bei den Planungen

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ FU Berlin, Rektorat, 1489, RIAS-Sendeprotokoll: »5 Jahre Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« vom 6.10.1954, S. 9.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Zur sozialen Lage der Grenzgänger- und Flüchtlingsstudenten siehe: Coper, Erinnerungen, S. 136–138.

¹⁷⁰ FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der 5. VDS-DK im Februar 1950, S. 30.

für eine Wiederaufnahme ihres Studiums im Westen.¹⁷¹ Hier ging es darum, gangbare Wege zu Studienplätzen auszuloten oder bereits getätigte Leistungsnachweise anerkennen zu lassen, was 1949/50 – also vor Vollendung der »sozialistischen Umgestaltung« der Universitäten der DDR ab 1951 – noch ohne größere Probleme möglich war. Beratungsbedarf bestand überdies nicht nur bei bereits geflüchteten Studenten. Auch DDR-Studenten ohne konkrete Fluchtabsicht wurden in der Beratungsstelle vorstellig, etwa um sich über grundsätzliche Möglichkeiten eines Studienwechsels an eine West-Berliner oder bundesdeutsche Universität zu informieren oder um Erkundigungen über inhaftierte Kommilitonen oder Familienangehörige einzuholen.¹⁷² Bereits die zwanglose Aufnahme solcher Beratungsgespräche zu Informationszwecken konnte den Betroffenen als Boykotttätze gegen die DDR sowie als strafbare Handlung im Sinne des Kontrollratsgesetzes ausgelegt und mit Zuchthausstrafen geahndet werden.¹⁷³ Auch Besucher aus West-Berlin oder Westdeutschland sowie Journalisten der Tagespresse frequentierten die Beratungsstelle zu Informationszwecken.¹⁷⁴

Bevorzugtes Ziel der meisten Flüchtlingsstudenten war die Freie Universität im Westteil der Stadt. Anziehungskraft übte die Freie Universität nicht nur mittels ihres Gründungsmythos als »Studentenuniversität« aus, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass viele Flüchtlingsstudenten von West-Berlin aus die Kontakte zu ihren Fa-

¹⁷¹ »Vier Jahre studentische Arbeit zwischen Ost und West«, in: Hochschul-Informationen (1953), Sondernummer, S. 2.

¹⁷² Zwischen April 1952 und März 1953 kamen rund 20 Prozent der Besucher vorrangig, um sich in »Verhafteten-Angelegenheiten« beraten zu lassen. BArch, B 166, Akte 1220, AGSF in Zahlen 1.4.1952–31.3.1953. Für die Zeit davor liegen keine Besucherstatistiken vor. Angesichts der Tatsachen, dass sowohl das AGSF als auch die jüngsten Forschungsarbeiten den Höhepunkt der Verhaftung von Studenten der Universitäten der DDR und West-Berlins in den Jahren 1950/51 identifizierten, ist auch für diesen Zeitraum anzunehmen, dass Anfragen bezüglich Verhaftungen nicht seltener waren. Benjamin Schröder: Gegen Hitler und Ulbricht. Zum Selbstverständnis von Studierenden der Freien Universität 1948–1968, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt am Main 2011, S. 165–191.

¹⁷³ So geschehen im Falle eines Jura-Studenten der Humboldt-Universität im Jahre 1958. Dieser hatte sich vor dem Hintergrund einer drohenden Exmatrikulation aufgrund »studentenunwürdigen Verhaltens« an das AGSF gewandt, um einen Wechsel an die FU auszuloten. Ein Gericht verurteilte ihn wegen »Verbindungsaufnahme zu Dienststellen im Sinne des § 16 STEG« zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten. BStU, MFS AU Nr. 1989/58 Bd. 3, Bl. 66–68

¹⁷⁴ Ab 1952, als die Besucherzahlen genauer aufgeschlüsselt wurden, machten Besucher aus West-Berlin, der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland je nach Quartal 20–35 Prozent des Gesamtbesucheraufkommens in der Beratungsstelle aus. BArch, B 166, Akte 1220, »AGSF in Zahlen« für die Quartale 1.–4.1952. Für die Zeit vor 1951 liegen keine detaillierten Besucherzahlen oder Statistiken vor.

milien und Heimatorten besser pflegen und weiterhin aufrechterhalten konnten.¹⁷⁵ Überdies bestand die Studierendenschaft der »Flüchtlingsuniversität« FU zum großen Teil aus Zonenflüchtlingsen, innerhalb derer Neuankömmlinge aus Jena, Halle oder Leipzig oftmals ehemalige, bereits zuvor geflohene Kommilitonen oder ganze Personennetzwerke von ihren Heimatuniversitäten wieder antreffen konnten. Weil die FU jedoch angesichts der sich stauenden Flüchtlingsstudenten längst nicht mehr alle von ihnen zu immatrikulieren vermochte, verlegte sich das AGSF schon bald auf die Vermittlung und Eingliederung von Flüchtlingsstudenten in die Universitäten der Bundesrepublik. Doch anders als an der Flüchtlingsuniversität FU, wo Universitätsverwaltung und die einflussreiche wie lokalpolitisch gut vernetzte Studentenvertretung der Flüchtlingsstudenten-Problematik höchste Priorität einräumten, war die Eingliederung in den bundesdeutschen Universitätsbetrieb ungleich schwieriger. Hier bestanden die ersten Arbeitsschritte des AGSF darin, die Universitätsverwaltungen für die Belange und Nöte der Flüchtlingsstudenten zu sensibilisieren, die an der Freien Universität längst bekannt waren. Das AGSF hatte im Bundesgebiet oft mit Immatrikulationsbüros zu kämpfen, die kaum Kenntnisse über die neuen gesamtdeutschen Studentenfragen besaßen und bisweilen wenig Fingerspitzengefühl beim Umgang mit Flüchtlingsstudenten zeigten. So geschah es oft, dass die Mitarbeiter der Universitätsverwaltungen sich schriftlich an die Elternadressen oder Heimatuniversitäten der Flüchtlingsstudenten in der DDR mit der Bitte um persönliche Dokumente wandten und damit den Aufenthaltsort von politisch anerkannten Flüchtlingen fahrlässig den DDR-Behörden preisgaben.¹⁷⁶ Doch nicht nur in den Niederungen der Universitätsbürokratie herrschte mangelndes Interesse an den Belangen der Flüchtlingsstudenten vor. Auch auf höchster politischer Ebene war die Erfüllung ihrer Bedürfnisse noch längst nicht als gesamtdeutsche Frage verstanden worden. So sollte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen noch im September 1950 mit der Einführung des West-Berliner Währungsbeihilfemodells auf Bundesebene am Widerstand der Länder und des Bundesfinanzministeriums scheitern.¹⁷⁷ Gleichwohl waren die Bemühungen des AGSF nicht ergebnislos: Auf

¹⁷⁵ Dieses Motiv beschreibt etwa der Flüchtlingsstudent Wilfried Seiring, dessen Mutter in Frankfurt/Oder lebte und ihren Sohn regelmäßig in West-Berlin besuchte. Zeitzeugeninterview mit Wilfried Seiring am 8.3.2016.

¹⁷⁶ FU Berlin, UA, AStA Box 130, Protokoll der 3. VDS-Mitgliederversammlung im April 1951, S. 29 f.

¹⁷⁷ BArch, B 137, Akte 1137, Vermerk des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen vom 25.10.1950, S. 3 f. Das Modell der Währungsstipendien wurde im August 1950 vom West-Berliner Magistrat beschlossen. Es sah vor, Flüchtlingsstudenten aus der DDR und sogenannten Grenzgängern, die in Ost-Berlin oder dem Brandenburger Umland wohnhaft waren, eine monatliche Unterstützungssumme von höchstens 80 D-Mark zukommen zu lassen. Damit sollte dem Umstand Rechnung getragen werden, dass diese Studenten aufgrund des Währungsgefälles zwischen beiden deutschen Staaten kaum elterliche Unterstützung erhalten konnten.

dessen Initiative – und mit tatkräftiger Hilfe des VDS-Vorstandes – gelang es in den folgenden Monaten, den Zugang zu den bundesdeutschen Universitäten für Flüchtlingsstudenten deutlich barrierefreier zu machen. Die Abschaffung des Numerus clausus für Flüchtlingsstudenten etwa war eine Erleichterung, die aber nur für jene galt, die alle notwendigen Reifezeugnisse und Leistungsnachweise über die Zonen-grenze mitnehmen konnten.¹⁷⁸ Doch auch für die übrigen Personen – und das waren nach AGSF-Angaben bis zu 99 Prozent der Flüchtlingsstudenten¹⁷⁹ – konnten den Kultusministern und Universitätsverwaltungen Sonderregelungen abgerungen werden. Bayerische Universitätsstandorte etwa akzeptierten mangels eines vorhandenen Abitur- oder Reifezeugnisses auch eine eidesstattliche Erklärung der Betroffenen für die Immatrikulation.¹⁸⁰ In Nordrhein-Westfalen konnten notariell beglaubigte Aussagen von ehemaligen Lehrern oder Klassenkameraden ab 1950/51 die Hochschulreife bezeugen.¹⁸¹ Mit dem zunehmenden Auseinanderdriften der Lehrpläne und Curricula vor allem ab 1951, dem Jahr der Hochschulreform in der DDR, wurden diese Sonderregelungen nach und nach zurückgenommen. An deren Stelle traten Prüfungen und gezielte Vorbereitungskurse zur Angleichung an den bundesdeutschen Wissensstand.¹⁸²

Finanzielle Probleme und eine ungewisse Zukunft – die Stagnationsphase 1949/50

Nach den erfolgreichen ersten Monaten in der Flüchtlingsberatung wuchsen ab April 1950 die Probleme. Die Zahl der Flüchtlingsstudenten nahm spürbar zu.¹⁸³ Der Anstieg war zwar teilweise saisonal bedingt, da im April ein neues Semester begann. Andererseits hatten sich auch die repressiven Tendenzen an den Universitäten der DDR vor dem Hintergrund der Agitation für die Volkskammerwahl 1950 verstärkt.¹⁸⁴ Überdies ist davon auszugehen, dass das FDJ-Pfingsttreffen im Mai 1950

BArch, B 137, Akte 1137, Durchführungsbestimmungen zu den Rahmenvorschriften über die Gewährung von Währungsbeihilfen für Studierende und Schüler im Haushaltsjahr 1950. Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 4.8.1950 – Drucksache Nr. 924 – und Magistratsbeschluß Nr. 1696 vom 7.8.1950, S. 3–10.

¹⁷⁸ BArch, B 166, Akte 1261, Protokoll der 2. Tagung der Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen am 5. und 6.11.1952 in Berlin, S. 8–10.

¹⁷⁹ Ebd.

¹⁸⁰ Ebd.

¹⁸¹ Ebd.

¹⁸² Siehe hierzu das Teilkapitel »Flüchtlingsarbeit«.

¹⁸³ FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der 1. VDS-Mitgliederversammlung im April 1950, S. 13.

¹⁸⁴ Kowalczyk, Hochschulpolitik, S. 507 f.

seine Schatten vorauswarf und ähnlich wie bei anderen Berufsgruppen auch bei Studenten die Fluchtbereitschaft im Frühjahr 1950 akut erhöht hatte.¹⁸⁵ Denn nicht nur die Zahl der Flüchtlingsstudenten, sondern ebenso die allgemeinen Flüchtlingszahlen schnellten im Vorfeld des angekündigten propagandistischen Massenaufmarsches der FDJ rasant in die Höhe, so dass die West-Berliner Stadträtin für Sozialwesen Marie-Elisabeth Lüders eine Schließung der Flüchtlingsaufnahmestellen im Mai 1950 anordnen musste.¹⁸⁶ Die Vermittlungsschwierigkeiten bei der Weiterleitung der Studenten ins Bundesgebiet waren indes vorrangig auf Streitigkeiten zwischen Magistrat und Alliierten zurückzuführen. So hatten die Westalliierten im März – mehr oder weniger stillschweigend – die kostenlosen Überflüge von anerkannten Flüchtlingen von West-Berlin ins Bundesgebiet eingestellt.¹⁸⁷ Damit antwortete die Alliierte Kommandantur auf die renitente Flüchtlingspolitik des Magistrates, der seit Monaten schon die Quotenvorgaben der Alliierten systematisch unterließ.¹⁸⁸ Die Alliierten verschlossen die Ausweichventile für eine vom Magistrat favorisierte Politik der offenen Tür. Unter den Leidtragenden dieses Schlagabtausches befanden sich nicht nur Zehntausende Zonenflüchtlinge, sondern auch das AGSF, das die Vermittlung der Flüchtlingsstudenten auf eigene Kosten betreiben musste, wenn es die Unterstützungs- und Solidaritätsgebote der Seeshaupter Beschlüsse ernst nehmen wollte. Die Kosten für Flüge von West-Berlin ins Bundesgebiet beliefen sich auf ungefähr 130 D-Mark pro Person¹⁸⁹ – eine für die Ost-Studenten ohne jede elterliche Unterstützung kaum erschwingliche Summe.¹⁹⁰ Die Überfahrt per Eisenbahn war für viele anerkannte politische Flüchtlingsstudenten nicht ungefährlich, weil diese häufig in den Fahndungsbüchern der Volkspolizei vermerkt waren und daher die Passkontrollen an den Zonengrenzen fürchten mussten.¹⁹¹ Bei durchschnittlich 20 zu vermittelnden Studenten pro Monat konnte das AGSF die Kosten schließlich nicht mehr schultern.¹⁹² Vielmehr drohte sich das Projekt der Flüchtlingsstudentenvermittlung zum existenzgefährdenden Groschengrab für das Referat zu entwickeln. So wurde im April 1950 auf der Mitgliederversammlung des VDS die baldige Zahlungsun-

¹⁸⁵ Allen, Befragung, S. 35.

¹⁸⁶ Ebd.

¹⁸⁷ Ebd., S. 30.

¹⁸⁸ Ebd.

¹⁸⁹ BArch, B 166, Akte 1257, Kurzbericht vom VDS-Vorsitzenden Horst Rögner-Francke vom Januar 1951 über die Tätigkeit des AGSF im zurückliegenden Jahr, S. 1.

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ Dies galt z.B. für den AGSF-Mitarbeiter Carl Heinz Evers, der 1950 aus Halle floh und bei der Immatrikulation an der FU aus diesem Grund kein Führungszeugnis vorlegen konnte. FU Berlin, UA, Studentenakten, Box 35, 5186, Akte Carl Heinz Evers.

¹⁹² BArch, B 137, Akte 1137, Vermerk des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen vom 25.10.1950, S. 3 f.

fähigkeit des AGSF in Aussicht gestellt.¹⁹³ Die prekäre finanzielle Lage blieb für das gesamte Jahr 1950 bestehen. Folglich trat das AGSF im Hinblick auf seine Tätigkeiten auf der Stelle. Aufgrund des starken Arbeitsanfalls in der Flüchtlingsstudentenbetreuung war das AGSF über den Status einer bloßen Flüchtlingsvermittlungsstelle noch nicht hinausgekommen. Andere Tätigkeitsfelder lagen brach. Ernüchternd hatte im Februar 1950 ein resignierter VDS-Vorstand seinen Studentenvertretern gegenüber eingestanden, dass etwa von der in Seeshaupt geplanten Verbindungsaufnahme zu den ostdeutschen Kommilitonen »auf wissenschaftlicher und kultureller Basis« sowie dem »Nachrichtenaustausch« aufgrund fehlender Unterstützung »noch keine Rede sein« konnte.¹⁹⁴

Die fehlende Unterstützung bezog sich nicht nur auf die finanzielle Ebene: Ebenso litt die Handlungsfähigkeit des AGSF Anfang 1950 unter der verbandsinternen Uneinigkeit der AStA bezüglich der Frage, wie die »Seeshaupter Beschlüsse« im Detail umgesetzt werden sollten. Die Selbstverpflichtung der AStA, keine Kontakte zu den offiziellen Studentenvertretungen in der DDR aufzubauen, bezog sich ausdrücklich auf die ostdeutschen Studentenräte und die FDJ. Bezogen auf die Teilnahme von Studentenvertretern an wissenschaftlichen oder kulturellen Veranstaltungen an DDR-Universitäten jedoch weigerten sich einige Studentenvertretungen, die »Seeshaupter Beschlüsse« auch auf diese Bereiche auszudehnen.¹⁹⁵ Der Hamburger AStA etwa betrachtete diese Vorgabe des VDS als »in keiner Weise verbindlich« für sich und behielt sich auch in Zukunft das Recht vor, offizielle Vertreter zu kulturellen und rein wissenschaftlichen Tagungen zu entsenden.¹⁹⁶ Einen ähnlichen Entschluss fasste zeitgleich auch die Bonner Studentenvertretung.¹⁹⁷ Am weitesten gingen die Göttinger Studentenvertreter, die darauf bestanden, ihre Patenschaft mit der Universität Leipzig trotz der Seeshaupter Beschlüsse weiterhin aufrechtzuerhalten.¹⁹⁸ Der Berliner FU-AStA, der jegliche offiziellen Beziehungen zu Universitäten und studentenschaftlichen Institutionen der DDR am entschiedensten ablehnte, fand daher keine flächendeckende Gefolgschaft für seine radikale Linie und geriet in Gegensatz zu den einflussreichen AStA sowie in die politische Isolation.¹⁹⁹ Der VDS versuch-

¹⁹³ FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der 1. VDS-Mitgliederversammlung im April 1950, S. 13: »Wir werden bald nicht mehr in der Lage sein, die nach Berlin kommenden Studenten nach dem Westen weiterzuleiten, wenn die Geldmittel, die uns der AStA Köln ... zur Verfügung stellen liess, aufgebraucht sind.«

¹⁹⁴ FU Berlin, UA, Box 135, Protokoll der 5. VDS-DK im Februar 1950, S. 29.

¹⁹⁵ »Gesamtdeutsche Studentenbeziehungen«, in: Hochschul-Informationen (1963), Nr. 6–7, S. 3.

¹⁹⁶ Ebd.

¹⁹⁷ Ebd.

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Die politische Isolation der Berliner Studentenschaft im VDS im Jahr 1950 betonte auch der VDS-Vorsitzende Horst Rögner-Francke: »Die Berliner Haltung innerhalb der gesamten Deutschen Studentenschaft ist nicht immer anerkannt worden, so dass wir einer Opposition

te zwar, eine gemeinsame Linie zu finden, und empfahl als Kompromisslösung auf seiner Delegiertenkonferenz im Februar 1950, dass Kontaktaufnahmeversuche der AStA nach Osten zuvor durch Urabstimmungen in der Studentenschaft des Universitätsstandortes legitimiert werden müssten.²⁰⁰ Doch auch dieser Zusatz schaffte vorerst keine einheitliche Handhabung der »Seeshaupter Beschlüsse«. Weil diese aber den Handlungsrahmen des jungen AGSF bildeten, war deren Unbestimmtheit nicht dazu geeignet, dem AGSF den nötigen Rückhalt im Verband dafür zu geben, weitere Tätigkeitsbereiche über die Flüchtlingsbetreuung hinaus in Angriff zu nehmen. Eng mit dem AStA der FU verflochten, geriet das Amt vielmehr ebenfalls in die verbandsinterne Isolation.

Wenn das AGSF mehr als eine bloße Flüchtlingsvermittlungsstelle werden und zu einer den Ostbüros der Parteien vergleichbaren deutschlandpolitischen Organisation heranreifen sollte, musste es die Kinderschuhe verlassen und drei Problemfelder in Angriff nehmen: Zuerst musste das AGSF sich stetig professionalisieren und seine Position innerhalb des Verbandes verbessern. Zweitens war es notwendig, staatliche und nicht-staatliche Bündnispartner zur Finanzierung und institutionellen Aufwertung zu rekrutieren. Von dieser Basis ausgehend schließlich sollte das AGSF – drittens – seinen Aktionsradius über die Flüchtlingsbetreuung und West-Berlin hinaus erweitern und sich nach Maßgabe der Seeshaupter Beschlüsse verstärkt den Studentenschaften in der DDR zuwenden. Im Verlauf des Jahres 1950 sollten diese Probleme offensiv und erfolgreich angegangen werden.

gegenüberstanden. Erst in den letzten Monaten unterscheidet sich die Berliner Haltung nicht mehr wesentlich von den übrigen.« FU Berlin, UA, Konvent, 22. Ordentliche Sitzung des 1. Konvents am 4.11.1950, unpaginiert.

²⁰⁰ »Gesamtdeutsche Studentenbeziehungen«, in: Hochschul-Informationen (1963), Nr. 6–7, S. 3.

Von der »bloßen Flüchtlingsvermittlungsstelle« zum »Hauptquartier der studentischen Resistance« – Organisation, Finanzen und Vernetzung

Konsolidierungsphase

Umbenennung des Referats Ost in »Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen« (RGSF)

In den ersten Monaten war für Außenstehende kaum erkennbar gewesen, dass das Referat Ost mit dem VDS institutionell verbunden war. Dem Augenschein und der personellen Besetzung nach schien es lediglich ein Referat des umtriebigen AStA der Freien Universität (FU) zu sein, das sich, ähnlich wie etwa auch das dortige Sozialreferat, um die Belange der Flüchtlingsstudenten kümmerte.¹ Doch schon im November 1949 begann der VDS erstmals damit, das Referat Ost demonstrativ enger an den Dachverband zu binden. Schon um dies äußerlich kenntlich zu machen, setzte die VDS-Delegiertenkonferenz im November 1949 die Umbenennung des Referats Ost in »Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen« (RGSF) um.² Strukturelle Reformen flankierten die Umbenennung. So wurde das RGSF direkt dem VDS-Vorstand unterstellt, der fortan die Verantwortung für das Referat und dessen Arbeit tragen sollte. Auch den föderalen, noch an den Zonengrenzen orientierten Verbandsstrukturen trugen die Studentenvertreter Rechnung, indem der Verband das RGSF geografisch aufteilte. Dem VDS-Vorstand in Bonn wurde je ein Mitarbeiter an der Universität Karlsruhe und der Freien Universität in West-Berlin zur Seite gestellt, die die Arbeit des Referats koordinieren sollten.³ Damit war der Kopf des RGSF de

¹ Coper, Erinnerung S. 136 f.

² FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der 5. VDS-Delegiertenkonferenz im Februar 1950, TOP 8 »Ost-West-Probleme«, S. 31.

³ FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der 5. VDS-Delegiertenkonferenz im Februar 1950, S. 30.

facto beim VDS-Vorstand in Bonn angegliedert. West-Berlin und Karlsruhe fungierten damit nunmehr offiziell die »Außenstellen« des Referats für gesamtdeutsche Studentenfragen. Die Arbeitsteilung zwischen Berlin und Karlsruhe sah vor, dass die Außenstelle Berlin für die Beratung und Vermittlung der Flüchtlingsstudenten, die Außenstelle Karlsruhe hingegen für deren Unterbringung zuständig sein sollte.⁴ Die Leitlinien der Referatsarbeit auf Basis der Seeshaupter Beschlüsse überwachte weiterhin die Mitgliederversammlung des VDS, die in diesem Zusammenhang auch unvermittelt die parteipolitische Neutralität des Referates beschloss und diesem untersagte, zu hochschulpolitischen oder parteipolitischen Konflikten im Verband Stellung zu beziehen.⁵ Wie noch zu zeigen sein wird, sollte sich dieses Gebot in späteren Jahren als Hemmschuh für das Referat erweisen.

Obgleich diese Umstrukturierung das Ergebnis einer verbandsinternen Mehrheitsentscheidung gewesen war, provozierten die Degradierung West-Berlins zur Außenstelle und die Zentralisierung den Unmut einer lautstarken Minderheit unter den Studentenvertretern. Die Kritiker sahen die Regeln der studentischen Selbstverwaltung verletzt, konnten diese Behauptung jedoch nicht glaubhaft begründen.⁶ Überdies wurden auch erstmals Befürchtungen laut, das Referat würde zu einem »Spionagebetrieb« ausgebaut werden, der sich »gegen die Obrigkeit« richten sollte.⁷ Auch der FU-AStA stand dem Versuch des VDS, das Referat aus dem hochschulpolitischen Umfeld der FU herauszulösen, sichtlich skeptisch gegenüber.⁸ Eine Revision des Vorhabens konnten die Kritiker dieses Schrittes jedoch nicht erwirken.

Im Laufe der ersten Jahreshälfte 1950 offenbarten sich die Gewinne und Verluste der vorangegangenen Reform. Zweifellos war das Referat durch seine Anbindung an den VDS-Vorstand aufgewertet worden und hatte zudem einen direkteren Zugang zum hochschulpolitischen Herrschaftszentrum des Dachverbandes erlangt. Doch mehr noch erwies sich die zwanghafte Anpassung des Referates an die föderalen Verbandsstrukturen als hochgradig ineffizient. Die Weiterleitung der Flüchtlingsstudenten zwischen Berlin und Karlsruhe hatte noch einigermaßen reibungslos funk-

⁴ FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Protokoll der 3. VDS-Mitgliederversammlung im April 1950, S. 29.

⁵ FU Berlin, UA, AStA, Box 147, Sammlung der gesamtdeutschen Beschlüsse des Verbandes Deutscher Studentenschaften von der 1. o. DK bis zur 47. o. DK bzw. 13. MV, S. 21. Der genaue Wortlaut des mit 18 zu 4 Stimmen angenommenen Antrages lautete: »Der VDS erklärt ausdrücklich, dass er das in Seeshaupt gegründete Referat Ost zu keiner Zeit als politische Institution angesehen hat, noch das jetzt bestehende Referat für gesamtdeutsche studentische Fragen als solches ansieht.«

⁶ FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der 5. VDS-Delegiertenkonferenz im Februar 1950, TOP 8 »Ost-West-Probleme«, S. 31 und 27.

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

tioniert, doch die direkte Anleitung beider Außenstellen durch den VDS-Vorstand in Bonn konnte auf die Entfernung kaum gewährleistet werden. Neben der schlechten Finanzlage des Referates war diese geografische und funktionale Zersplitterung der Standorte und Verantwortlichkeiten mit ausschlaggebend dafür gewesen, dass sich das Referat über die Flüchtlingsbetreuung hinaus kaum entwickeln konnte. Wie der VDS-Vorstand im April 1950 den anwesenden Studentenvertretern auf einer Delegiertenkonferenz resigniert eingestand, lag die in den Seeshaupter Beschlüssen geplante Verbindungsaufnahme auf »kultureller und wissenschaftlicher Basis« noch weitgehend brach, und auch von einem »Nachrichtenaustausch« zwischen Ost und West konnte aufgrund fehlender materieller Unterstützung »noch keine Rede sein«.⁹ Zu diesem Zeitpunkt hatte das RGSF seinen Tiefpunkt erreicht und sah zudem angesichts finanzieller Nöte einer ungewissen Zukunft entgegen.

Der Wendepunkt: Die Entstehung des antikommunistischen Konsenses in den Studentenschaften

Der Wendepunkt, der den Aufstieg des späteren Amts für Gesamtdeutsche Studentenfragen (AGSF) einleitete, war im September 1950 auf der 2. VDS-Mitgliederversammlung erreicht, als die anwesenden AStA-Vorsitzenden den in gesamtdeutschen Studentenfragen stets glücklos agierenden Johannes Schwartländer abwählten und stattdessen den FU-Gründungsstudenten Horst Rögner-Francke zum 1. VDS-Vorsitzenden ins Amt brachten.¹⁰ Dass mit Rögner-Francke ein Berliner Studentenvertreter und eingefleischter Antikommunist zum VDS-Vorsitzenden gewählt wurde, war kein Zufall und ist vor dem Hintergrund des Jahres 1950 zu sehen, das rückblickend als »Achsenjahr« von »cold war culture« und Antikommunismus interpretiert werden kann.¹¹ Die weltweite Ausbreitung des Kommunismus hatte sich seit Mao Tse-tungs Sieg in China nunmehr über ein Drittel der Weltbevölkerung erstreckt, und der Ausbruch des Koreakrieges bezeugte vor der Weltöffentlichkeit den expansiven und aggressiven Charakter des Sowjetkommunismus.¹² Dieses Bedrohungsszenario forcierte in den Staaten des Westens, vor allem in seinen Frontstaaten und den USA, die Entstehung eines universellen politischen Antikommunismus, der sämtliche gesellschaftspolitische Bereiche erfasste und mitunter auch dominier-

⁹ FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der 5. VDS-DK im Februar 1950, S. 29.

¹⁰ Rohwedder, *Kalter Krieg und VDS*, S. 171.

¹¹ Der Begriff des Achsenjahres lehnt sich an Jaspers' – umstrittenes – geschichtsphilosophisches Konzept der Achsenzeit zum Überblick größere historischer Zusammenhänge an. Karl Jaspers: *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte*, München, 1949.

¹² Loth, *Teilung der Welt*, S. 272.

te.¹³ Exemplarische Ausdrucksformen dieses innenpolitischen Kulturwandels waren in den USA etwa die Aktivitäten von Senator Robert McCarthy.¹⁴ In der jungen korporatistischen Bundesrepublik ließ sich dieser politische Kulturwandel besonders auf zivilgesellschaftlicher und lokaler Ebene beobachten, wo Parteien, Verwaltungen und diverse gesellschaftspolitische Organisationen ab 1950 verstärkt gegen kommunistische Einflüsse in ihren Reihen zu Felde zogen.¹⁵ Dieser innenpolitische Paradigmenwechsel hatte im September 1950 schließlich auch die hochschulpolitischen Kreise erreicht und dort eine Sensibilisierung für das Ausmaß der kommunistischen Bedrohung herbeigeführt, die Horst Rögner-Francke zum Wahlsieg verhalf. Darüber hinaus hatten sich die Studentenschaften auf der Mitgliederversammlung im September 1950 erstmals geschlossen gegen den kommunistischen Gegner in Stellung gebracht. So sprach sich die Mitgliederversammlung einhellig gegen »die Ideen und das Wesen der FDJ« aus und missbilligte deren Methoden und Ziele, die der »freiheitlichen Demokratie« widersprächen und mit der »akademischen Freiheit« unvereinbar seien.¹⁶ Überdies gab die Mitgliederversammlung mit 93 zu 3 Stimmen fast einstimmig die Empfehlung an die AStAs heraus, diese Erwägungen bei den Zulassungsverfahren politischer Gruppierungen an den Universitäten zu berücksichtigen.¹⁷ De facto kam dies einem Unvereinbarkeitsbeschluss, bezogen auf die FDJ und die Statuten der studentischen Selbstverwaltung des VDS, gleich und war der erste großangelegte Versuch des VDS, kommunistische Einflüsse aus den Universitäten zu verdrängen.

Für die Belange des AGSF wiederum erwies sich die Wahl Rögner-Franckes rückblickend als wahrer Glücksfall. Kein anderer VDS-Vorsitzender sollte den gesamtdeutschen Studentenfragen größere Priorität einräumen, was vor allem der Biografie von Rögner-Francke geschuldet war. Bevor er 1948 dem studentischen Gründungsausschuss der FU beigetreten war, hatte der gebürtige Berliner und ehemalige Frontsoldat Rögner-Francke seit 1946 an der Zahnmedizinischen Fakultät der »Linden-Universität« studiert.¹⁸ Dort gehörte er ab 1947 als parteiloser Stell-

¹³ Lindenberger, Massenmedien im Kalten Krieg, S. 12.

¹⁴ Siehe hierzu: Thomas Mergel: »The Enemy in Our Midst«. Antikommunismus und Amerikanismus in der Ära McCarthy, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 51 (2003), S. 237–257.

¹⁵ Zur antikommunistischen Praxis in der westdeutschen Gesellschaft unterhalb der politischen Eliten siehe Till Kössler: Die Grenzen der Demokratie. Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik, in: Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): »Geistige Gefahr« und »Immunisierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 229–250.

¹⁶ FU Berlin, UA, AStA, Box 147, Sammlung der gesamtdeutschen Beschlüsse des Verbandes Deutscher Studentenschaften von der 1. o. DK bis zur 47. o. DK bzw. 13. MV, S. 6 f.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Privatarchiv René Rögner-Francke, Lebenslauf von Horst Rögner-Francke.

vertretender Vorsitzender dem Studentenrat an,¹⁹ der 1948 aus Protest gegen die Relegation der *Colloquiums*-Redakteure Otto Stolz, Otto Hess und Joachim Schwarz zurücktrat und den Anstoß zur Gründung der Freien Universität geben sollte, deren erstem AStA Rögner-Francke von 1949 bis 1950 angehörte. Der angehende Dentist Rögner-Francke hatte die Gleichschaltung der Studentenräte in der SBZ am eigenen Leibe erfahren und kannte als ehemaliges AStA-Mitglied auch die hochschulpolitischen Verhältnisse an der FU. Beides sollte sich als förderlich für das AGSF erweisen, zumal Rögner-Francke seine Verwurzelung im hochschulpolitischen Umfeld der FU offen bekannte, die frühere politische Isolation der Berliner Studentenvertreter im Verband beklagte und für die Zukunft stattdessen eine politische Führungsrolle für die FU-Studentenschaft im VDS einforderte.²⁰

»Wenn ich in Bonn bleibe, bildet Berlin, und insbesondere die Freie Universität, die Basis, von der ich ausging und meine Rückendeckung. Vieles, was ich vorhabe, geht konform mit dem, was wir in Berlin für richtig halten [...]. Das, was in Berlin geschieht, muss auch weiter für die Kommilitonen Westdeutschlands richtunggebend bleiben.«²¹

Die Wahl Rögner-Franckes sowie der VDS-Beschluss zur FDJ markierten die Geburtsstunde des antikommunistischen Konsenses innerhalb der vereinigten Studentenschaften und schufen ein für das AGSF günstiges Arbeitsklima innerhalb des Verbandes. Erst vor diesem Hintergrund konnte das AGSF damit beginnen, die Grundlagen für die Erschließung weiterer Tätigkeitsbereiche über die Flüchtlingsbetreuung hinaus zu schaffen. Eine der ersten Amtshandlungen Rögner-Franckes bestand darin, den Einfluss und die Präsenz des AGSF in den westdeutschen Studentenschaften zu stärken. So beantragte er die flächendeckende Aufstellung von speziellen »Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen« in allen AStAs im Bundesgebiet.²² Diese sollten als Vertrauensmänner und Außenstellen des AGSF an den Universitätsstandorten fungieren und den örtlichen AStA-Vorständen in allen gesamtdeutschen Studentenfragen beratend zur Seite stehen.²³ Da die AStA-Vorsitzenden in den beschlussfassenden Gremien des Verbandes über die Richtlinien des RGSF zu entscheiden hatten, diente dies auch dazu, das Wohlwollen der Mitglieder-

¹⁹ Kubicki/Lönnendonker, Freie Universität, S. 215.

²⁰ »Die Berliner Haltung innerhalb der gesamten Deutschen Studentenschaft ist nicht immer anerkannt worden, so dass wir einer Opposition gegenüberstanden. Erst in den letzten Monaten unterscheidet sich die Berliner Haltung nicht mehr wesentlich von den übrigen.« FU Berlin, UA, Konvent, 22. Ordentliche Sitzung des 1. Konvents am 4.11.1950, unpaginiert.

²¹ FU Berlin, UA, Konvent, Protokoll der 22. Ordentlichen Sitzung des 1. Konvents am 4.11.1950, unpaginiert.

²² FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Protokoll der 8. VDS-Delegiertenkonferenz vom 22. bis 24.11.1950, S. 12.

²³ BArch, B 137, Akte 1113, Protokoll der 7. Tagung der Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen des VDS in Berlin am 17. 5. 1957, S. 3.

versammlung gegenüber dem RGSF sicherzustellen. Überdies hatten die Referenten als »gesamtdeutsches Gewissen« der studentischen Selbstverwaltung zu fungieren und die Einhaltung der Seeshaupter Beschlüsse zu überwachen sowie dem RGSF sämtliche Anzeichen von eigenmächtigen Ost-West-Kontakten an ihren Universitätsstandorten zu melden.²⁴ Auch Informationen über kommunistische und rechts-extreme Aktivitäten an den Hochschulen sollten von den Referenten an das AGSF übermittelt werden.²⁵ Exemplarisch für die neue Stellung des AGSF war sein Durchbruch bei der Solidaritätssammlung der Studentenschaften. Hatten noch im April 1950 viele Studentenvertreter dem Plan zu einer großangelegten Spendenakquise skeptisch gegenüber gestanden, gaben sie im November desselben Jahres mit großer Mehrheit grünes Licht für die Aktion.²⁶ Ebenfalls förderlich für die Politik des AGSF war, dass die Studentenvertreter auf der Hamburger VDS-Delegiertenkonferenz im Januar 1951 noch einmal den Geist der Seeshaupter Beschlüsse einstimmig bekräftigten und das SED-Regime dazu aufriefen, die freie studentische Selbstverwaltung im DDR-Hochschulwesen wiederherzustellen.²⁷ Rögner-Franckes Plan, den Verband auf die kämpferische deutschlandpolitische Linie der Berliner Studentenschaft einzuschwören, war offensichtlich aufgegangen. Sogar der Göttinger AStA hatte schließlich auf Druck des Verbandes seine Patenschaft zur Universität Leipzig im Herbst 1950 aufgelöst.²⁸ Im Windschatten der Berliner Studentenvertreter hatte sich auch das AGSF aus der verbandsinternen Isolation befreien können und war mit Hilfe Rögner-Franckes sogar in eine politische Führungsrolle gelangt. Von den Erfolgen des Jahres 1950 ausgehend, versprach das Jahr 1951 ein erfolgreiches für das AGSF zu werden.

²⁴ Ebd.

²⁵ Dass dies zum Aufgabenrepertoire der gesamtdeutschen Referenten gehörte, zeigt ein Gedächtnisprotokoll des Berliner Referenten Fritz K. vom Januar 1952 über ein Briefing von Carl Heinz Evers über die Aufgaben eines Referenten für gesamtdeutsche Fragen vom 14.1.1951. FU Berlin, UA, AStA, Box 22, 1.–2. Konvent der FU, Gedächtnisprotokoll von Fritz K., Berlin, 14.1.1952.

²⁶ FU Berlin, UA, AStA, Box 147, Sammlung der gesamtdeutschen Beschlüsse des Verbandes Deutscher Studentenschaften von der 1. o. DK bis zur 47. o. DK bzw. 13. MV, S. 28. Wörtlich hieß es im Beschluss: »Den örtlichen AStA wird die Durchführung einer Solidaritätssammlung für freiheitliche Studenten in der Ostzone und politische Flüchtlinge aus dem Osten empfohlen. Die Sammlung soll die Verbundenheit der westlichen Studentenschaft mit unseren unterdrückten Kommilitonen zum Ausdruck bringen. Die eingehenden Mittel sollen zum Teil zur Betreuung politischer Flüchtlinge, zum anderen Teil zu einer Unterstützung freiheitlicher Kräfte in der Ostzone über das Gesamtdeutsche Referat in Berlin verwendet werden.«

²⁷ Es handelte sich dabei um die »Hamburger Beschlüsse«. FU Berlin, UA, AStA, Box 147, Sammlung der gesamtdeutschen Beschlüsse des Verbandes Deutscher Studentenschaften von der 1. o. DK bis zur 47. o. DK bzw. 13. MV, S. 7 f.

²⁸ »Gesamtdeutsche Studentenbeziehungen«, in: Hochschul-Informationen (1963), Nr. 6–7 (Sondernummer).

Im März 1951 wurde das »Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen« in »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« (AGSF) umbenannt.²⁹ Damit sollte das größere Gewicht des Referats auch optisch nach außen sichtbar werden.³⁰ Doch ähnlich wie bei der ersten Umbenennung ging auch diese Neufirmierung mit internen Umbauarbeiten einher. Die neue Bezeichnung »Amt« verdeutlichte die Zugehörigkeit zum VDS. Vergleichbar dem Sozialamt oder dem Auslandsamt des VDS, war nun auch das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen zuvorderst ein studentisches Amt, eine Dienststelle des VDS, die dem Vorstand gegenüber verantwortlich und den Beschlüssen der Mitgliederversammlung unterworfen sein sollte.³¹ Damit war das AGSF endgültig abgetrennt vom FU-AStA, dessen gesamtdeutsche Arbeit zuvor derart deckungsgleich mit dem RGSF gewesen war, dass bis März 1951 darauf verzichtet wurde, zwei getrennte Tätigkeitsberichte zu erstellen.³² Ungeachtet der verstärkten Integration des neuen Amtes in den VDS wurde zugleich die Autonomie des AGSF vor Ort gestärkt, und auch der Standort West-Berlin erfuhr eine Aufwertung: Zwar war das AGSF auch weiterhin dem VDS-Vorsitzenden und dessen Finanzreferenten rechenschaftspflichtig, doch die unmittelbare Leitung des Amtes sollte nunmehr an einen Geschäftsführer vor Ort übergehen.³³ Begründet hatten führende Studentenvertreter diesen Schritt mit der räumlichen Entfernung des in Bonn residierenden VDS-Vorstandes und dem stärkeren Arbeitsanfall vor Ort in West-Berlin.³⁴ Darüber hinaus wurde auch die lähmende und ineffiziente föderale Gliederung des RGSF zerschlagen. Die Außenstelle Karlsruhe wurde geschlossen, die freiwerdenden Ressourcen kamen dem Standort West-Berlin zu Gute, der seinerseits künftig auf den Zusatz »Außenstelle« verzichten konnte.³⁵ Für das AGSF bedeutete dies eine erhebliche Vergrößerung seiner Handlungsspielräume in der alltäglichen Arbeit, da nun nicht mehr jeder Schritt durch »Bonn« abgesegnet werden musste. Die Konzentration auf den Standort West-Berlin war diesbezüglich ebenso förderlich. Das neuernannte AGSF genoss die größtmögliche Rückendeckung der Studentenschaften und des Verbandes und hatte zugleich ein bisher ungekanntes Maß an Eigenständigkeit und Handlungsautonomie eingeräumt bekommen.

Mit dem Umbenennungsprozess war es dem AGSF gelungen, seine verbandsinterne Stellung erheblich zu verbessern und den Rückhalt in den Studentenschaf-

²⁹ FU Berlin, UA, AStA, Box 239, Tätigkeitsbericht des RGSF für die Zeit vom 1.7.1951 bis 31.10.1951, S. 1.

³⁰ Ebd.

³¹ Zu den Ämtern des VDS und ihren Funktionen siehe Rohwedder, VDS, S. 68–70.

³² FU Berlin, UA, AStA, Box 239, Schreiben von Carl Heinz Evers an den ersten Sekretär des FU-AStAs Edmund Mattig vom 10.5.1951.

³³ FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Protokoll der 3. MV des VDS, 27.–28. 4. 1951, S. 8 f.

³⁴ Ebd.

³⁵ Der Zusatz »Außenstelle« verschwand ab April 1951 auch aus der Überschrift der *Hochschul-Informationen*. Siehe: Hochschul-Informationen (1951), Nr. 8.

ten auszubauen. Diese hatten sich zudem mittlerweile bei der Auslegung der Seeshaupter Beschlüsse an der strengen Lesart der Berliner Studentenvertreter orientiert. Die Beschlüsse des VDS bezüglich offizieller Kontakte zu Studentenschaften und Universitäten der DDR auf offizieller Ebene waren nunmehr bindend für alle AStA. Und auch im Hinblick auf die prekäre Finanzlage des AGSF schien sich das Blatt ab dem Frühjahr 1951 zu wenden.

Im »Netzwerk des Kalten Krieges« – finanzielle Sanierung und Vernetzung

Die Solidaritätsgroschensammlung

Auch wenn sich die Stellung des AGSF innerhalb des Verbandes in der zweiten Jahreshälfte 1950 sichtlich verbessert hatte, blieb die Finanzlage weiterhin prekär. Nachdem die Anschubfinanzierung des Kölner AStAs aufgebraucht war, konnte eine Zahlungsunfähigkeit des damaligen Referats Ost nur durch die Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Rücklagefonds des Haushaltsausschusses abgewendet werden.³⁶ Dass die »Außenstelle Berlin« 1950 überhaupt noch den Arbeitsanfall bewältigte, war dem ehrenamtlichen Engagement der dortigen Mitarbeiter zu verdanken gewesen, die mehrheitlich unentgeltlich und unter Zurückstellung ihres beruflichen Vorankommens als formal eingeschriebene Studenten weiter im Dienst des AGSF standen.³⁷ Noch im November 1950 bat der FU-AStA erfolglos die westdeutschen Studentenschaften um eine kleine Aufwandsentschädigung für die Berliner Referatsmitarbeiter, da der FU-AStA sich nicht mehr zur Finanzierung etwa der Fahrt- und anderer Unkosten in der Lage sah.³⁸

Eine Besserung der finanziellen Situation trat erst im Winter 1950/1951 ein, als eine bundesweite Spendensammlung unter den Studenten die »Kriegskasse« des AGSF auffüllte. Diese bereits zuvor erwähnte Aktionsform, die unter dem Namen »Solidaritätsgroschensammlung der deutschen Studentenschaft« noch bis 1963 durchgeführt werden sollte, ging auf eine strategische Planungsoffensive des AGSF vom Sommer 1950 zurück. Zum damaligen Zeitpunkt, inmitten des Achsenjahres des deutschen und weltweiten Antikommunismus, schien das AGSF die Talsohle seiner Stagnationsphase durchschritten zu haben und von neuen Lebensgeistern besetzt worden zu sein: So ging das AGSF dazu über, konkrete Pläne zu entwerfen,

³⁶ FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Protokoll der 8. VDS-Delegiertenkonferenz vom 22. bis 24.11.1950, S. 11.

³⁷ Ebd.

³⁸ Ebd.

seinen Aktionsradius über die Flüchtlingsbetreuung in West-Berlin hinaus auf andere Bereiche auszudehnen und einen Weg aus der finanziellen Misere zu finden. Ausgangspunkt dieser »Sommeroffensive« im August 1950 war die Planung der Aktionsform der Solidaritätsgroschensammlung.³⁹ In deren Rahmen, so der Plan, sollten unter den Studenten Westdeutschlands Spenden im großen Stil akquiriert werden. Die Spendengelder sollten der Unterstützung der freiheitlichen Studenten der Sowjetzone in Form von Lebensmitteln, Finanzbeihilfen und Medikamenten zu Gute kommen. Das bedeutete eine punktgenaue Unterstützung vor allem für die Angehörigen der Hochschulgruppen der bürgerlichen Parteien an den Universitäten der DDR, denen in den Jahren zuvor mehrheitlich die Stipendien gestrichen wurden und die häufig über kein Auskommen mehr verfügten.⁴⁰ Darüber hinaus war vorgesehen, die Spendengelder zur Beschaffung von in der DDR verbotenen Zeitschriften und nicht erhältlichlicher, aber studienrelevanter Fachliteratur einzusetzen und über West-Berlin unter den Studenten der DDR zu verteilen. Um diese Aktion werbewirksam zu flankieren, beschloss das AGSF die Gründung einer eigenen Zeitung.⁴¹ Die *Hochschul-Informationen* sollten mittels sachlicher Berichterstattung über die Lage der Universitäten und Studenten in der DDR unterrichten. Als Nebeneffekt konnten sie zur Sensibilisierung der bundesdeutschen Studenten für die deutsche Frage im Universitätswesen beitragen sowie deren Spendenbereitschaft für die Solidaritätsgroschensammlung erhöhen.⁴² Somit war die Solidaritätsgroschensammlung nicht nur die Geburtsstunde der AGSF-Ostarbeit, sondern leitete zugleich auch den Anfang der umfangreichen publizistischen Aufklärungsarbeit zu gesamtdeutschen Fragen des AGSF im Bundesgebiet in die Wege.

Das innovative Format der Solidaritätsgroschensammlung und die befreiungspolitische Ausrichtung des AGSF, die von ihr ausging, waren maßgeblich auf den Einfluss von Carl Heinz Evers zurückzuführen. Der Lehramtsstudent aus Halle und spätere Berliner Bildungssenator war im Laufe des Jahres 1950 zum AGSF gekommen und dort rasch zum stellvertretenden Vorsitzenden aufgestiegen. Wie für die ersten Jahrgänge der FU-Studenten typisch, war auch Evers' politische Biografie geprägt von doppelter Diktaturerfahrung und der Zerschlagung der freien studentischen Selbstverwaltung in der SBZ/DDR, was seine kompromisslose antitotalitäre Gesinnung und auch seinen entschlossenen Kampfeswillen gegen das SED-Regime hinreichend erklärte.

³⁹ BArch, B 166, Akte 1257, Schreiben von Carl Heinz Evers an den VDS-Vorstand vom 22.7.1952 zu den Gründen seiner Kündigung.

⁴⁰ Kowalczyk, Hochschulpolitik, S. 278.

⁴¹ BArch, B 166, Akte 1257, Schreiben von Carl Heinz Evers an den VDS-Vorstand vom 22.7.1952 zu den Gründen seiner Kündigung.

⁴² »Vier Jahre studentischer Arbeit zwischen Ost und West«, in: *Hochschul-Informationen* (1953), Sondernummer zum vierjährigen Jubiläum des AGSF, S. 4.

Bereits als Wehrmachtssoldat hatte Evers die Nähe zu religiösen Kameraden und zu einem Militärseelsorger gesucht, die der Bekennenden Kirche nahestanden, was beim jungen Soldaten erste Zweifel am Nationalsozialismus und am »Endsieg« wachsen ließ.⁴³ Chronisch am Herzmuskel erkrankt und nach eigenen Aussagen »halb verhungert« aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassen – Evers wog nach eigenen Aussagen bei der Entlassung gerade einmal 50 Kilogramm⁴⁴ –, trat er im Geiste des Neuanfangs der SPD bei, wodurch er zwangsvereinigungsbedingt ab 1946 der SED angehörte und Zeuge von Verhaftungen und Deportationen widerständiger Sozialdemokraten wurde.⁴⁵ Als Lehramtsstudent der Universität Halle erlebte er ab 1947 die rabiate Herrschaftsdurchsetzung der Kommunisten im unmittelbaren universitären Umfeld anfänglich vor allem klimatisch. An linientreue Marxismus-Leninismus-Dozenten erinnerte er sich später, die ihre Autorität unter den mehrheitlich kritischen Studenten nur dank aggressiver Claqueure in den Vorlesungssälen aufrecht erhalten konnten.⁴⁶ Zeitgleich erfuhr er von den Gewalterfahrungen, die seine Frau und seine Mutter durch Angehörige der Roten Armee gemacht hatten.⁴⁷ Hiervon verstört und in Zweifel gestürzt, reagierte Evers abermals mit einem Rückzug in den Glauben und besuchte verstärkt kirchliche Studentengruppen und Bibelgruppen.⁴⁸ Diese Erfahrungen, aber auch seine Bewunderung für den linkskatholischen NS-Widerstandskämpfer Eugen Kogon nach der Lektüre von dessen Buch »Der SS-Staat«, bewogen ihn zum Verlassen der SED und zum Eintritt in die CDU.⁴⁹ Dort machte Evers rasch Karriere, wurde zum Leiter der CDU-Betriebsgruppe und 1949 zum 2. Vorsitzenden des Hochschulausschusses des CDU-Zonenverbandes gewählt.⁵⁰ Dies war eine neue Erfahrung für den kriegsversehrten Studenten, der offenbar nie ein Gruppenmensch gewesen ist, sich selbst einen Hang zum Nonkonformismus bescheinigte und auch in der Wehrmacht ungeachtet seines höheren Bildungsgrades Fähnrich blieb und nie in Offiziersränge befördert wurde.⁵¹ Als leitendes Mitglied des Hochschulausschusses kritisierte Evers die Zulassungsverordnungen für die Absolventen der Arbeiter- und Bauernfakultäten sowie

⁴³ Carl Heinz Evers: Generationen lernen Frieden, in: Bernhard Nolz/Wolfgang Popp (Hrsg.): Erinnerungsarbeit. Grundlage einer Kultur des Friedens, Münster 2000, S. 12 (künftig zitiert: Evers, Generationen).

⁴⁴ Evers, Generationen, S. 11 f.

⁴⁵ Evers, Zwischen-Fälle, S. 123 f.

⁴⁶ Ebd., S. 134 f.

⁴⁷ Ebd., S. 128.

⁴⁸ Ebd., S. 137.

⁴⁹ Ebd., S. 142.

⁵⁰ Ebd., S. 146 f.

⁵¹ BStU, MfS HA XX AP 26332/9, Bl. 120, Kopie des Fragebogens als Grundlage für die Zulassung der Studierenden an der Universität Halle vom 26.8.1946.

die sich abzeichnende Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.⁵² Wahrscheinlich deshalb geriet Evers ins Visier der örtlichen Parteiorganisation, die ihn über die Wandzeitungen der Universität öffentlich attackierte.⁵³

Anlässlich einer anonymen Warnung über seine angeblich bevorstehende Verhaftung floh Evers zum Jahreswechsel 1950/51 nach West-Berlin – »im Zuge der Reinigung der CDU«, wie das MfS später intern vermerkte⁵⁴ – und entging so tatsächlich einer anschließenden Verhaftungswelle an der Universität Halle, von der 38 Studenten betroffen waren.⁵⁵ In West-Berlin angekommen, setzte er nach der Flüchtlingsbegutachtung durch das AGSF sein Lehramtsstudium und sein politisches Engagement fort. Er wurde Mitglied der Exil-CDU und deren Sprecher im Deutschlandrat der Jungen Union.⁵⁶ Seine Versuche, die christdemokratische Jugendorganisation zu befreiungspolitischen Aktionen zu bewegen, scheiterten, und auch seine Aufrufe auf dem Parteitag der Exil-CDU zu »offenen Aktionen auf DDR-Territorium« verhallten offenbar ungehört, wie er resigniert feststellte.⁵⁷ Deutlich mehr Resonanz auf diese befreiungspolitischen Impulse sollte Evers hingegen im AGSF erhalten, das überdies von Evers' Kontakten in das West-Berliner Netzwerk des Kalten Krieges, etwa zum Kongress für kulturelle Freiheit (CCF) oder zum Deutsch-Russischen Freiheitsbund, profitieren konnte.⁵⁸

Doch nicht nur der Entschlossenheit des ambitionierten Neuzugangs Evers war es geschuldet, dass das AGSF nach Monaten der Stagnation im Sommer 1950 zu neuer Tatkraft fand. Kaum weniger Ausschlag gab das hochschulpolitisch günstige Umfeld, das sich im Laufe des Sommers 1950 in den Studentenschaften herausgebildet hatte. Dieses neue Umfeld war geprägt von einem antikommunistischen Konsens, der in der Wahl des Veteranen der Berliner Studentenopposition, Horst

⁵² Evers, Zwischen-Fälle, S. 146 f.

⁵³ FU Berlin, UA, Studentenakten, Box 35, 5186, Akte Carl Heinz Evers, Fragebogen des AGSF, Lfd.-39, 14.1.1950. Dass die örtliche Parteiorganisation Evers wegen seiner Äußerungen zur Oder-Neiße-Grenze ins Visier genommen hatte, geht aus den MfS-Quellen hervor. Siehe BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 11-13, Anfrage an das Ministerium für Staatssicherheit, z. Hd. Gen. Staatssekretär Mielke vom 1.7.1953.

⁵⁴ BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Ermittlungsschreiben zu Evers, Carl Heinz (republikflüchtig), Abteilung V/1, Halle/S., 25.2.1957, Bl. 18.

⁵⁵ Die genauen Gründe für den Anstieg der Repressionen sind unklar. Mutmaßlich war dies eine Reaktion auf die Proteste gegen die Bedingungen der Studentenratswahlen im Februar 1950. Siehe Sybille Gerstengarbe: Widerstand und Verfolgung an der Universität Halle, in: Schröder/Staadt, Unter Hammer und Zirkel, S. 131.

⁵⁶ ACDB, Nachlass Peter Scholz, 01-296-001/2 Schreiben von Evers an Peter Scholz vom 31.7.1951, S. 1.

⁵⁷ Ebd.: »Es lohnt sich offenbar nicht, in einer so sterilen Gruppe in Bezug auf eine aktive Ostpolitik irgendwelche konkreten Vorschläge zu machen.«

⁵⁸ Hochschul-Informationen, Nr. 9, Mai 1951, S. 2. Zu Evers' Aktivitäten als Leiter der Hochschul-exekutive des CCF siehe: Michael Hochgeschwender: Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 375 f.

Rögner-Francke, sowie in dem Beschluss gegen die Gründung von FDJ-Hochschulgruppen in der Bundesrepublik seinen Ausdruck fand. Erst auf dieser Grundlage ließ sich ein Vorhaben wie die Solidaritätsgroschensammlung überhaupt verwirklichen. Überlegungen für einen Transfer verbotener Fachliteratur waren seitens der West-Berliner Studentenschaften bereits im Frühjahr 1950 formuliert worden, doch konnten sich die im Verband isolierten Berliner Studentenschaften nicht bei den bundesdeutschen Studentenvertretern durchsetzen, weil diese nicht an eine große Spendenbereitschaft der westdeutschen Studenten glauben wollten.⁵⁹ Außerdem wurde entgegengehalten, dass selbst viele westdeutsche Studenten sich ihre Fachbücher aus Kostengründen in der Ostzone besorgten und es deshalb widersinnig sei, diese dorthin zurückzusenden.⁶⁰ Vergeblich versuchte AGSF-Mitarbeiter und FU-Studentenvertreter Helmut Coper die Studentenvertreter darüber aufzuklären, dass viele Fachbücher und andere Literatur in der »Sowjetzone« gar nicht erst nicht erhältlich beziehungsweise ausgesondert und/oder der Zensur zum Opfer gefallen seien und sich deshalb die Frage nach einem Preisvergleich nicht stellte.⁶¹ Dieser Umstand zeigt einmal mehr, wie wenig die bundesdeutschen Studentenvertreter zu diesem Zeitpunkt über die genaue Lage der Studenten und deren Studienbedingungen in der DDR informiert gewesen waren.

Die Zweifel über einen ausbleibenden Erfolg einer Spendensammlung waren indes angesichts der grassierenden Studentenarmut in der Bundesrepublik und West-Berlin durchaus nachvollziehbar. Denn tatsächlich sah die materielle Situation der westdeutschen und West-Berliner Studierendenschaft Anfang der 1950er-Jahre kaum besser aus als die der DDR-Studenten. So waren laut einer Erhebung des Studentenwerkes Anfang des Jahres 1951 60 Prozent der deutschen Studenten auf Werks- oder Gelegenheitsarbeiten angewiesen, um ihr Studium finanzieren zu können.⁶² Auch die Kaufkraft der Studenten war gering: Rund zwei Drittel der Studenten hatten ein monatliches Einkommen von weniger als 100 D-Mark. 20 Prozent mussten sich sogar mit weniger als 50 D-Mark monatlich begnügen, von denen auch die Lehrbücher bezahlt werden mussten.⁶³ Auch andere Vergünstigungen, die der heutigen Studentengeneration selbstverständlich erscheinen, etwa Fahrpreisermäßigungen für Eisenbahn und Nahverkehr, wurden erst im Frühjahr 1952 eingeführt.⁶⁴ War die Lage der bundesdeutschen Studenten schon schlecht, so ist sie für die Studenten im Notstandsgebiet West-Berlin den dortigen Verhältnissen entspre-

⁵⁹ FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der 1. MV des VDS im April 1950, S. 16.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd.

⁶² »Wirkliche Not – Keine Mitleidspropaganda«, in: Deutsche Studentenzeitung (DSZ) (1951), Nov./Dez.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ »Ermäßigte Fahrpreise in Aussicht gestellt«, in: DSZ (1952), Mai.

chend geradezu katastrophal gewesen. Hier mussten nach Angaben des Studentenwerkes noch 1952 über 80 Prozent der Studenten von weniger als 100 D-Mark monatlich leben.⁶⁵ Elterliche Unterstützung war kaum zu erwarten, da gut ein Viertel der FU-Studenten (26,2 Prozent) keine Väter mehr hatte und circa fünf Prozent sich sogar als Vollwaisen durch das Studentenleben schlagen mussten. Wem der Krieg kein Elternteil geraubt hatte, musste mit einer im Bundesvergleich ungleich höheren Wahrscheinlichkeit damit rechnen, einen Arbeitslosen oder frühverrenteten Vater zu haben (19 Prozent der Studenten). Nur 54 Prozent der Väter waren überhaupt erwerbstätig.⁶⁶ Die Möglichkeiten studentischer Nebenerwerbstätigkeit als Alternative zur mangelnden elterlichen Unterstützung waren in West-Berlin zudem begrenzter als irgendwo sonst im Bundesgebiet. Schließlich wies West-Berlin eine besonders hohe Arbeitslosigkeit auf. Besonders die vielen »Zonenflüchtlinge«, die oft in stiller Verzweiflung auf ihre Weitervermittlung nach Westdeutschland warteten, übten Druck auf das sogenannte einfache Arbeitsmarktsegment der Gelegenheitsarbeiten aus.⁶⁷ Das Fass zum Überlaufen brachten zudem die vielen Grenzgänger aus Ost-Berlin oder dem Brandenburger Umland, die aufgrund der für sie günstigen Wechselkurse bereit waren, jede noch so schlecht entlohnte Arbeit anzunehmen, und damit eine Lohnspirale für einfache Tätigkeiten nach unten auszulösen drohten.⁶⁸ Kein Wunder also, dass es vor den Türen der Arbeitsvermittlungsgagenturen für Gelegenheitsarbeiten, den später besungenen »Sklavenhändlern«, häufig zu Schlägereien zwischen Ost- und West-Berlinern gekommen war.⁶⁹ So sah, kurz skizziert, das zähe wirtschaftliche und raue arbeitsmarktpolitische Umfeld aus, in dem sich die Mehrheit der West-Berliner Studenten zu behaupten hatte, wenn sie mit ihren eigenen Händen ihr Studium erarbeiten mussten.

Doch anders als im Frühjahr 1950 war die Mehrheit der Studentenvertreter im Herbst desselben Jahres über jeden Zweifel an der mangelnden Spendenbereitschaft ihrer Kommilitonen erhaben und gab auf der Delegiertenkonferenz des VDS im November 1950 grünes Licht für die Durchführung der Solidaritätsgroschensammlung für Dezember.⁷⁰ Die Aktion sollte ein durchschlagender Erfolg werden. Mehr

⁶⁵ FU Berlin, UA, Rektorat, 1225, Bericht des Studentenwerkes vom 21.1.1952, unpaginiert.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Zu diesem Phänomen siehe: Roggenbach, Grenzgängerproblem, S. 101–107.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Von solchen regelmäßigen und handfesten Auseinandersetzungen zwischen Ost- und West-Berlinern im unteren Arbeitsmarktsegment berichtet auch der spätere RAF-Terrorist Till Meyer in seinen Erinnerungen: Till Meyer, Staatsfeind. Erinnerungen, Hamburg 1996, S. 89.

⁷⁰ FU Berlin, UA, AStA, Box 147, Sammlung der gesamtdeutschen Beschlüsse des Verbandes Deutscher Studentenschaften von der 1. o. DK bis zur 47. o. DK bzw. 13. MV, S. 28. Der genaue Wortlaut des Beschlusses: »Den örtlichen AStA wird die Durchführung einer Solidaritätssammlung für freiheitliche Studenten in der Ostzone und politische Flüchtlinge aus dem Osten empfohlen. Die Sammlung soll die Verbundenheit der westlichen Studentenschaft mit

als 11.395 D-Mark wurden eingesammelt und standen dem AGSF zukünftig als ›Kriegskasse‹ für seine Aktivitäten auf DDR-Territorium zur Verfügung.⁷¹ Dieser beachtliche Anfangserfolg konnte aber nur ein erster Schritt in Richtung finanzieller Konsolidierung sein.

Amerikanische Förderer

Die Absicht des AGSF, seine finanzielle Genesung ganz in die Hände der Studentenschaften zu legen, schien anfänglich aufgrund der großen Studentenarmut zwar wenig aussichtsreich, war aber im Jahr 1950 noch weitgehend alternativlos. Die Bereitschaft staatlicher Akteure, dem AGSF bei seiner Flüchtlingsarbeit unter die Arme zu greifen, war daher noch wenig ausgeprägt. Anfragen des AGSF bei amerikanischen Stellen zur Unterstützung der gesamtdeutschen Studentenfragen blieben lange unbearbeitet – angeblich aufgrund von personellen Umbesetzungen in den Behörden oder wegen Kompetenzunklarheiten,⁷² tatsächlich aber sicher auch ob der rigiden amerikanischen Haltung zur West-Berliner Flüchtlingspolitik. Kaum entgegenkommender waren die bundesdeutschen Stellen. Auch ein zwangsloser Meinungsaustausch mit Vertretern des gesamtdeutschen Ministeriums über die Lage der Flüchtlingsstudenten im informellen Umfeld der FU-Mensa, zu dem Berliner Studentenvertreter Mitarbeiter des BMG im Mai 1950 überredet hatten, blieb offenbar in finanzieller Hinsicht erst einmal folgenlos.⁷³ Doch im November 1950, als die Flüchtlingstransportkosten des AGSF sich auf über 3.000 D-Mark beliefen,⁷⁴ wandte sich das AGSF erneut an das gesamtdeutsche Ministerium. Diesmal traten nicht einzelne Studentenvertreter ans Ministerium heran. Zusammen mit dem VDS-Vorstand um Rögner-Francke und mit offizieller Billigung der nunmehr für gesamtdeutsche Studentenfragen sensibilisierten Verbandsmehrheit beantragte das AGSF beim gesamtdeutschen Ministerium einen Zuschuss für seine Flüchtlingsarbeit.⁷⁵

Mit dem Geld, so der Plan, sollten zuallererst die Transportkosten von Berlin nach Westdeutschland gedeckt werden.⁷⁶ Überdies konnten dadurch auch die Auf-

unseren unterdrückten Kommilitonen zum Ausdruck bringen. Die eingehenden Mittel sollen zum Teil zur Betreuung politischer Flüchtlinge, zum anderen Teil zu einer Unterstützung freier Kräfte in der Ostzone über das Gesamtdeutsche Referat in Berlin verwendet werden.«

⁷¹ Erste Abrechnung, in: DSZ (1951), Nov./Dez.

⁷² FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Protokoll der 8. VDS-DK im November 1950, S. 9.

⁷³ BArch, B 137, Akte 1112, Vermerk des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen (I 5-221-8304/57) vom 28.2.1957, S. 2 f.

⁷⁴ FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Protokoll der 8. VDS-DK im November 1950, S. 9.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Ebd.

klärung und Unterrichtung der westdeutschen AStA für die Wiedereingliederung der Flüchtlingsstudenten in Form von Vorträgen und Schulungen finanziert werden.⁷⁷ Damit folgte man ganz dem Konzept der »Sommeroffensive«, die die Geldbeschaffung durch die Solidaritätssammlung ebenfalls mit einer publizistischen Informationskampagne (mittels der *Hochschul-Informationen*) flankiert hatte. Das BMG bewilligte im Herbst 1950 diesen Zuschuss, ohne konkrete Angaben über die Höhe zu machen.⁷⁸ Das war ein wichtiger Anfangserfolg, aber noch kein Durchbruch. Dieser gelang erst in der Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen im Frühjahr 1951, nachdem das RGSF in »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« umbenannt, vollständig in den VDS integriert wurde und der US-amerikanische »High Commissioner of Germany« (HICOG) und das BMG ihre dauerhafte finanzielle Hilfe zusagten.⁷⁹

Mit der großzügigen finanziellen Unterstützung durch die Amerikaner und durch »Bonn« fuhr das AGSF gleichsam die Rendite für seine positive Entwicklung seit der »Sommeroffensive« von 1950 ein. Die systematische Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen war zudem eine logische Folge, ein notwendig gewordener zweiter Schritt, nachdem das Amt im März 1951 seine Konsolidierung abgeschlossen und beachtliche Fortschritte in der Professionalisierung gemacht hatte: Seit dem Start seiner »Sommeroffensive« im August 1950 hatte das AGSF seinen Willen bekundet, künftig mehr sein zu wollen als eine bloße Vermittlungsstelle von Flüchtlingsstudenten, und sich zudem unmissverständlich für »offene Aktionen von Studenten auf DDR-Territorium« ausgesprochen.⁸⁰ Mit der zeitgleich geplanten und im Dezember darauf durchgeführten Solidaritätsgroschensammlung hatte das Amt diese feste Absicht tatkräftig untermauert und zugleich gut sichtbar seine Mobilisierungskompetenz und Kampagnenfähigkeit auch über die Grenzen West-Berlins hinaus unter Beweis gestellt. Mit der Strukturreform und Umbenennung im März 1951 schließlich konnte sich das AGSF weitreichende Eigenständigkeit in seinem Alltagsgeschäft sichern. Damit war das Amt vergleichbar gut aufgestellt wie etwa die Ostbüros der politischen Parteien, die gleichsam fest verankert in ihren Mutterparteien diesen formal auch weisungsgebunden waren und dennoch große Handlungsspielräume bei der Umsetzung der Vorgaben vor Ort in West-Berlin besaßen.⁸¹ Die weitere Expansion des AGSF und seiner Aktivitäten in West und Ost benötigte nun jedoch die Unterstützung staatlicher Akteure. Insbesondere die geplanten Aktivitäten zur verstärkten Kontaktaufnahme zu den »freiheitlichen Studenten der Sow-

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Auf die bedeutsamen Beziehungen zwischen BMG und AGSF wird im folgenden Teilkapitel detaillierter eingegangen.

⁸⁰ BStU, MfS-HA IX/11 PA 2143, Bl. 34, Aufklärungsbericht über Carl Heinz Evers, undatiert.

⁸¹ Buschfort, Parteien im Kalten Krieg, S. 240.

jetzone« im Rahmen der Solidaritätssammlung waren sicherheitspolitisch so brisant, dass sie nicht ohne die Rückendeckung staatlicher und vor allem westallierter Stellen durchgeführt werden durften. Doch auch der geplante – und ab 1951 begonnene – Ausbau der Aufklärungsarbeit im Westen versprach derart kostspielig zu werden, dass weder das AGSF noch der Mutterverband VDS diesen aus eigener Kraft hätten bezahlen können. Die Zusammenarbeit mit staatlichen und westalliierten Stellen durfte sich demzufolge nicht allein auf eine ideelle Schirmherrschaft beschränken, sondern musste sich auch in finanzieller Hinsicht bezahlt machen. Dies war im Frühjahr 1951 ganz offensichtlich der Fall gewesen: Das BMG versprach eine monatliche Zahlung von 3.000 D-Mark für die Dauer eines Jahres mit anschließender Option zur Verlängerung.⁸² Die HICOG sagte vorerst eine einmalige Zahlung von 8.000 D-Mark zu.⁸³ Das war ein Vielfaches dessen, womit das AGSF in den Monaten zuvor seine Arbeit hatte bestreiten müssen.⁸⁴ Einer kräftigen Ausweitung der Aktivitäten in allen Bereichen stand nun nichts mehr im Wege.

Die Bereitschaft der HICOG und des BMG, in die Finanzierung des AGSF einzusteigen, war jedoch nicht allein auf dessen raschen Professionalisierungsprozess oder die erfolgreich verlaufende Solidaritätssammlung zurückzuführen. Vielmehr hatte die veränderte geo- und deutschlandpolitische Großwetterlage die Amerikaner und das BMG dazu veranlasst, den Kampf gegen den Kommunismus nun auch auf zivilgesellschaftliche Bereiche auszuweiten und dabei verstärkt nichtstaatliche Akteure in ihre strategischen Planungen mit einzubeziehen.⁸⁵ Diese »Ausweitung der Kampfzone« betraf dabei ab Winter 1950/51 in besonderer Weise auch die Jugend- und hochschulpolitischen Felder, weil das SED-Regime das Hochschulwesen der DDR und die westdeutsche Jugend zeitgleich verschärft ins Visier nahm. So hatte das SED-Regime im November 1950 eine umfassende Hochschulreform angekündigt, die das DDR-Hochschulwesen nach sowjetischem Vorbild umformen sollte: Kernelemente der Reform waren die flächendeckende Einführung eines verpflichtenden gesellschaftspolitischen Grundstudiums sowie die Zusammenführung der Studenten in klassenverbandsartigen Lernkollektiven. Das lief de facto auf die Abschaffung des herkömmlichen Humboldtschen Ideals eines freien Selbststudiums hinaus, welches bis dahin Leitidee und Strukturprinzip des deutschen Universitätswesens gewesen war.⁸⁶ Parallel dazu setzte sich die expansiv wachsende FDJ als füh-

⁸² BArch, B 166, Akte 1257, Haushaltsplan des AGSF vom 1.10.1951.

⁸³ BArch, B 166, Akte 1257, Vertrag über die Bedingungen der Unterstützungsbewilligung der HICOG an das AGSF vom 11. 6.1951, unpaginiert.

⁸⁴ Die Höhe der Anschubfinanzierung durch den AstA der Universität Köln ist zwar unbekannt. Doch angesichts der Summen, mit denen das RGSF 1949/50 in der Flüchtlingsbetreuung hantierte, dürften monatlich kaum mehr als wenige hundert D-Mark als Budget zur Verfügung gestanden haben.

⁸⁵ Stöver, *Politik der Befreiung*, S. 219.

⁸⁶ Schulz, *Sozialistische Wissenschaft*, S. 59.

rende Massenorganisationen unter den Studenten mehr und mehr durch, nachdem 1950/51 auch die letzten Reste der studentischen Selbstverwaltung nach und nach beseitigt beziehungsweise an die FDJ angeschlossen worden waren.⁸⁷ Mit der Ankündigung der Hochschulreform hatte der »Sturm auf die Festung Wissenschaften« eine sichtlich höhere Windstärke erreicht. Bei westdeutschen Beobachtern wuchs die Wahrscheinlichkeit, dass zukünftig eine politisch indoktrinierte und vom wissenschaftlichen Diskurs isolierte Studentengeneration herangezogen werden würde, die sich allzu willfährig und ohne jeden Widerstand in das Konzept der sozialistischen Intelligenz einfügen würde. Wollte die westliche Seite dieser Entwicklung nicht tatenlos zuschauen, bestand dringender Handlungsbedarf im Hinblick auf die Kontakte und Beziehungen zu den Studierenden der DDR.⁸⁸

Als mindestens ebenso wichtiger Katalysator für die Aufwertung des AGSF in den Augen staatlicher Akteure wirkte die Ankündigung des sozialistisch ausgerichteten Weltbundes der demokratischen Jugend, Berlin zum Austragungsort der »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« im Sommer 1951 zu erklären.⁸⁹ Diese Ankündigung weckte bei Amerikanern und bundesdeutschen Politikern Erinnerungen an das Berliner FDJ-Pfingsttreffen im Jahr zuvor. Bereits damals hatte das SED-Regime die Stadt Berlin als Schaubühne für ihre jugendpolitische Großveranstaltung zu nutzen gewusst und die hilflose Passivität zuständiger amerikanischer und bundesdeutscher Stellen offen zu Tage treten lassen. Der »Sturm der freien deutschen Jugend auf Berlin«, den die FDJ musikalisch im Vorfeld angekündigt und der Westen befürchtet hatte, war zwar letztlich ausgeblieben.⁹⁰ Doch hatten zwischenzeitlich die Nerven bei sämtlichen sicherheitspolitischen Stellen der Stadt blank gelegen, was nicht nur an der absichtlich inszenierten Drohkulisse des Massenaufmarsches lag, sondern auch daran, dass weder deutsche noch amerikanische Stellen ein durchdachtes und systematisch aufgezoogenes Abwehrkonzept hatten, um dieser propagandistischen Herausforderung adäquat zu begegnen. Dies sollte sich nicht wiederholen. Deshalb entwickelte das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen frühzeitig eine umfangreiche und breitgefächerte Abwehrstrategie, eine konzertierte Aktion antikommunistischer Kräfte, in der, dem Anlass entsprechend, vor allem jugendpolitische Kräfte, darunter auch der VDS, aktiv in die Planungen der

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Stefan Creuzberger: Kampf gegen den inneren Feind. Das gesamtdeutsche Ministerium und der staatlich gelenkte Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland, (künftig zitiert: Kampf gegen inneren Feind), in: Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 87–105, hier S. 95.

⁸⁹ Lemke, Vor der Mauer, S. 145.

⁹⁰ Ebd., S. 143.

Abwehr- und Gegenmaßnahmen einbezogen wurden.⁹¹ Auch vor diesem Hintergrund bedeutete eine Förderung des AGSF, das seit 1949, spätestens aber seit März 1951 zum legitimen Ostbüro der deutschen Studentenschaft avanciert war, das strategische Gebot der Stunde.⁹²

Die grundsätzliche Bereitschaft der Amerikaner, mit Organisationen wie dem AGSF verstärkt zusammenzuarbeiten und diese zu finanzieren, setzte sich gegen Ende 1950 durch, als die politisch-strategischen Konzepte von »Containment« und »Rollback-Policy« die Alltagsgeschäfte amerikanischer Stellen in West-Berlin und der Bundesrepublik zu bestimmen begannen. Geboren im Jahr 1946 aus dem innenpolitischen Schlagabtausch von Republikanern und Demokraten, die sich einander mangelnde Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den Gegnern im beginnenden Kalten Krieg vorwarfen, dienten diese Konzepte dazu, den expansiven sowjetischen Kommunismus als außen- und sicherheitspolitische Bedrohung wirksam und systematisch zu bekämpfen.⁹³ Die beiden Konzeptionen entstanden in wellenförmigen Steigerungen, die sich an der Dynamik amerikanischer Kongress- und Präsidentschaftswahlen ausrichteten.⁹⁴ Das eher defensiv strukturierte Konzept der Eindämmungspolitik sah vor allem die wirtschaftliche und politische Konsolidierung von Front- und Schlüsselstaaten wie etwa der Bundesrepublik vor.⁹⁵ Der Marshall-Plan entsprach demnach ganz dem Geist dieses strategischen Ansatzes. Die davon kaum abgrenzbare »Rollback«-Politik hingegen erweiterte diesen Ansatz um systematische Destabilisierungsstrategien, mit denen die Herrschaftskonsolidierung des Sowjetkommunismus insbesondere in Ost- und Mitteleuropa sukzessive untergraben werden sollte.⁹⁶ Mittelfristig sollte die UdSSR dadurch die Kontrolle über ihren europäischen Herrschaftsraum verlieren und die dortigen Staaten »in ein paar Jahren ausspeien«.⁹⁷

Westdeutschland und West-Berlin galten den führenden Strategen einer »Containment«- und »Rollback«-Politik von Anfang an als Hauptschauplätze dieser Politik. Deren wirtschaftliche und politische Konsolidierung war nicht nur im Sinne der Eindämmungspolitik als stabiles Bollwerk gegen eine weitere Ausbreitung des Kommunismus zu nutzen. Vielmehr ließ sie sich auch im Rahmen der »Rollback«-Politik strategisch einsetzen, indem sie eine Magnetwirkung auf die ostdeutsche

⁹¹ So rief der VDS im Herbst 1950 zur Verbreitung der Plakate der BMG-Aktion »Freiheit der Jugend« auf. Mitteilungsblatt des VDS, Nr. 8 vom 26.10.1950, FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Akte Nr. 611.

⁹² Zu den Details der Zusammenarbeit von VDS/AGSF und BMG im Rahmen der Weltfestspiele siehe das Teilkapitel »Abwehrarbeit«.

⁹³ Stöver, Politik der Befreiung, S. 216–219.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Ebd.

Bevölkerung entfalten und tagtäglich die wirtschaftliche, kulturelle und politische Überlegenheit des westlichen Systems demonstrieren sollte.⁹⁸ Auf diese Wirkung und exponierte Lage Westdeutschlands und vor allem West-Berlins setzend, präzisierten die Amerikaner Ende 1950 ihre Vorstellungen, die Frontstadt zur Widerstandszentrale gegen die DDR auszubauen.⁹⁹ So war vorgesehen, vor allem zivilgesellschaftliche Strukturen und Organisationen der Deutschen einzubinden, um verstärkt Druck auf den sowjetischen Machtbereich ausüben zu können.¹⁰⁰ Ostbüros der Parteien, Radiostationen, Kirchen, Vertriebenenverbände oder, ausdrücklich benannt, auch die Hochschulen sollten als Informations- und Anlaufstellen für die DDR-Bevölkerung fungieren und mit einem Aktivitätenmix aus Beratung, Information und diversen Hilfsleistungen den bereits vorhandenen Widerstandswillen stärken.¹⁰¹

Dem strategischen Ansatz, deutsche »pressure groups« in den antikommunistischen Kampf systematisch mit einzubeziehen, lag durchaus eine realistische Einschätzung der deutschen Zustände zugrunde: Das Verbands- und Parteienwesen der traditionell korporatistischen deutschen Gesellschaft hatte sich bereits zu diesem Zeitpunkt durchweg deutschlandpolitisch klar aufgestellt und eine dezidiert antikommunistische Schlagseite gezeigt: Fast allen nennenswerten gesellschaftspolitischen Kräften war ein »Ostbüro« oder ein »gesamtdeutsches Referat« angegliedert, die in der Regel in West-Berlin residierten und sich mit gesamtdeutschen Fragen und Probleme befassen, die im Zusammenhang mit der deutschen Teilung für ihren Gesellschaftsbereich angefallen waren. Zu den zivilgesellschaftlich fest verankerten »Ostbüros« und »gesamtdeutschen Referaten« kam noch eine unüberschaubare Zahl an privaten Vereinen oder Kampfbünden hinzu, die ohne Anbindung an eine nennenswerte politische Kraft unter »freier Flagge« für die deutsche Wiedervereinigung und gegen die kommunistische Bedrohung segelten und nicht selten von Hasardeuren zweifelhaften Rufs geleitet wurden. Zum Teil gingen sie auf Gründungsinitiativen westlicher Geheimdienste zurück, wie etwa der UFJ, oder flogen später als kommunistische Tarnorganisationen auf.¹⁰² Selbst Ernst Tillich, der langjährige Leiter der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«, beklagte rückblickend die Unübersichtlichkeit und Unbeständigkeit dieser antikommunistischen Szene in West-Berlin:

»Es gab mindestens zehn Vereine, die sich den Namen ›Kampfgruppe‹ oder ›Kampfbund‹ zulegten, mit den entsprechenden Nachsätzen wie etwa ›gegen den Eisernen Vorhang‹, ›gegen die fünfte Kolonne‹, ›gegen die kommunistische Zerset-

⁹⁸ Stöver, *Befreiung vom Kommunismus*, S. 195.

⁹⁹ Ebd., S. 196 f.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Allen, *Befragung*, S. 128 f.

zung«, »für Frieden und Freiheit«, »für Einigkeit und Recht und Freiheit« und so fort in beliebiger Reihenfolge.«¹⁰³

Mit dem AGSF besaßen ab Frühjahr 1951 nun auch die Studentenschaften ein eigenes Äquivalent zu den Ostbüros der Parteien, das für diese amerikanische Strategie anschlussfähig war.

Vor dem Hintergrund dieser Schilderungen ist es kaum verwunderlich, dass die Amerikaner ihrer strategischen Intention entsprechend Auflagen an die Unterstützungsbewilligung für das AGSF knüpften. Die amerikanischen Gelder stammten aus den Mitteln des »student employer program«. Formal diente dieser Fördertopf dazu, dringend erforderliche Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen des Werkstudententums für die in Armut lebende westdeutsche und vor allem West-Berliner Studierendenschaft zu schaffen.¹⁰⁴ Doch die schriftliche Vereinbarung, welche die HICOG das AGSF im Zuge der Finanzierungshilfe unterschreiben ließ, legt überdies den Schluss nahe, dass der Fördertopf auch dazu diente, nachrichtendienstliche Dienstleistungen zu honorieren. So verpflichtete sich das AGSF dazu, die Mittel zur Förderung der Ziele der »U.S.-Information« zu nutzen.¹⁰⁵ Konkret sollte das AGSF 20 studentische Mitarbeiter einstellen, die als »Reporter, Kuriere und Sachbearbeiter« die Informationssammlung über die Situation der Jugend an den Universitäten der Sowjetzone unterstützen und auch anderes einschlägiges Material über die Jugendarbeit sammeln sollten.¹⁰⁶ Informationsbeschaffung über die Universitäten der DDR war also die Gegenleistung. Und zwar ausschließlich, denn zugleich musste sich das AGSF verpflichten, die Gelder dezidiert nicht für seine anderen Arbeitsbereiche – etwa die Flüchtlingsüberführung oder für Reisen in die Bundesrepublik – zu nutzen.¹⁰⁷ Es ist in diesem Zusammenhang auch bezeichnend, dass die Amerikaner den karitativen Tätigkeitsbereich der Flüchtlingsvermittlung offenbar überhaupt nicht als unterstützenswert ansahen. Das fügt sich jedoch ohne Weiteres in ein größeres Bild ein, wonach die US-Alliierten 1950 sämtliche Aktivitäten zur Begünstigung des Flüchtlingsstromes durch West-Berlin als Sicherheitsrisiko rundweg ablehnten.¹⁰⁸ Auch dieser Umstand legt nahe, wie wichtig es für die Zusammenarbeit mit den Amerikanern gewesen war, dass das AGSF sich im Vorfeld auf den West-Berliner Raum konzentriert und mit der Solidaritätssammlung den Aufbau einer Ostarbeit eigenständig vorangetrieben hatte. Denn offensichtlich waren nur unter diesem Ge-

¹⁰³ BArch, B 289, Akte 7, Manuskript zum Aufsatz »Antikommunistische Organisationen« von Ernst Tillich für die Zeitschrift »Das Freie Wort« vom 19.1.1952, S. 2.

¹⁰⁴ »Student employer program, in: DSZ (1951), Nov./Dez.

¹⁰⁵ BArch, B 166, Akte 1257, Vertrag über die Bedingungen der Unterstützungsbewilligung der HICOG an das AGSF vom 11. 6.1951, unpaginiert.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Zur negativen Bewertung der Flüchtlingsströme durch die US-Alliierten und zum Konflikt mit der Freizügigkeitspolitik des Magistrates siehe: Allen, Befragung, S. 25–35.

sichtspunkt die Amerikaner an einer Zusammenarbeit mit dem Amt interessiert. Damit besaß die Zusammenarbeit zwischen Amerikanern und AGSF von Anfang an eine dezidiert nachrichtendienstliche Schlagseite.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen schwenkte erst im Laufe des Jahres 1950 auf die eindämmungspolitische Linie der USA und verband dies ebenfalls mit einer gezielten Strategie, die vor allem auf die Zusammenarbeit und Anleitung von privaten politischen Organisationen setzte, die sich deutschlandpolitischen und antikommunistischen Zielen verschrieben hatten.¹⁰⁹ Nicht nur der Wunsch nach einem Schulterchluss mit den Amerikanern trieb das BMG bei der Partnersuche in das Unterholz der Zivilgesellschaft und ins unüberschaubare Geflecht der antikommunistischen »Graswurzelorganisationen«. Es hatte seine Ursachen darüber hinaus in den begrenzten Handlungsoptionen des jungen Ministeriums in der »großen Politik«. Hier hatten das Bundeskanzleramt und die anderen Ministerien ihre Zuständigkeitsbereiche gegenüber dem BMG abgesichert und erfolgreich dessen Pläne verhindert, ein Superministerium mit Federführung für sämtliche deutschlandpolitische Aspekte auf allen Politikfeldern zu etablieren.¹¹⁰ Besonders Bundeskanzler Konrad Adenauer befürchtete die Entstehung eines zweiten deutschlandpolitischen Machtzentrums neben dem Bundeskanzleramt, das, angeführt von fanatischen Nationalisten, die Westintegration der Bundesrepublik gefährden würde.¹¹¹ Hinzu kamen überdies verfassungsrechtliche Beschränkungen: Aktivitäten zur Abwehr kommunistischer Infiltrationsversuche etwa berührten rasch polizeiliche Ermittlungen, die den nachgeordneten Behörden des Innenministeriums oblagen und dem BMG nach rechtsstaatlichem Ermessen nicht ansatzweise zustanden. Aktivitäten in der DDR und gegen sie wiederum fielen in den Bereich der – aufgrund von alliierten Vorbehaltsrechten – ohnehin eng eingegrenzten Außenpolitik, über die das Bundeskanzleramt wachte.¹¹² Letzteres hatte überdies jede Propagandaaktivität auf DDR-Territorium aus sicherheitspolitischen Erwägungen rundweg verboten. Sogar die zivile Betreuung und Behandlung der Ostzonenflüchtlinge oblag dem Vertriebenenministerium.¹¹³

Vor diesem Hintergrund gewannen die amerikanischen Konzepte von »Containment« und »Rollback« an Attraktivität für das unterforderte Ministerium, das fortan

¹⁰⁹ Kreuzberger, Kampf gegen den inneren Feind, S. 89–91.

¹¹⁰ Kreuzberger, BMG, S. 529.

¹¹¹ Kreuzberger, Kampf gegen den inneren Feind, S. 89.

¹¹² Kreuzberger, BMG, S. 59.

¹¹³ Ebd.

Planspiele zu einer »Deutschlandpolitik von unten« betrieb, bei der vorrangig auf die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren gesetzt wurde. Diverse »antikommunistische Kampfbünde« und Vereinigungen sowie sämtliche »Ostbüros« und »gesamtdeutschen Referate«, die das bundesdeutsche Parteien- und Verbandswesen hervorgebracht hatte, sollten als privatrechtlich organisierte Hilfstruppen des Ministeriums diese »Deutschlandpolitik von unten« sowohl in Westdeutschland als auch auf DDR-Territorium umsetzen.¹¹⁴ Harte politische Ergebnisse in Form von Gesetzen oder Verordnungen ließen sich dadurch nicht erzielen. Doch unterhalb der offiziellen politischen Ebene konnte die gesellschaftspolitische Kultur der jungen Bundesrepublik antikommunistisch eingefärbt und gegen die kommunistische Bedrohung »immunisiert« werden.¹¹⁵ Darüber hinaus bot die Strategie dem BMG eine Fülle an Möglichkeiten, operativ auf DDR-Territorium aktiv zu werden, ohne dabei das diesbezügliche Bundeskanzleramtsverbot direkt zu missachten. Mit Hilfe der Privatorganisationen und in enger Absprache mit diesen beabsichtigte das Ministerium, die Entstehung eines kommunistischen ostdeutschen Teilstaates von West-Berlin aus zu sabotieren beziehungsweise die kommunistische Herrschaftskonsolidierung auf allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebenen massiv zu stören und zu erschweren.¹¹⁶ Die Maßnahmen, die dem BMG und seinen privatrechtlich organisierten Hilfstruppen im Berliner Raum zur Verfügung stehen sollten, reichten von Aufklärung und Propaganda bis hin zu regelrechten Sabotageaktionen und gezielten Desinformationskampagnen.¹¹⁷ Auf diese Weise, so das strategische Szenario, sollte der Widerstands- und Durchhaltewille der ostdeutschen Bevölkerung wachgehalten beziehungsweise mobilisiert werden, auf dass sich dieser kurz- oder mittelfristig in einem Volksaufstand zur Selbstbefreiung von der kommunistisch-sowjetischen Herrschaft ergießen werde. Dieser »Tag X« war das ersehnte Endziel all dieser Bemühungen.

Jenseits der operativen Maßnahmen auf DDR-Territorium galt es auch, gegen den »inneren Feind« im westdeutschen Hinterland zu Felde zu ziehen und die Aktivitäten kommunistischer Kräfte oder deren Vorfeldorganisationen in der Bundesrepublik systematisch zu bekämpfen. Hintergrund dieser »Kommunistenjagd« waren Annahmen, nach denen das SED-Regime auf einen »Sturz des Adenauerregimes« im Rahmen einer putschistischen Machtübernahme-Strategie wie 1948 in der ČSSR hinarbeiten würde.¹¹⁸ Auch hierbei sollten, nach dem Willen des gesamtdeutschen Ministeriums, nichtstaatliche Akteure eine wesentliche Rolle spielen und kommunistischen Infiltrationsversuchen gegenüber gesellschaftspolitisch

¹¹⁴ Creuzberger, Kampf gegen den inneren Feind, S. 89.

¹¹⁵ Creuzberger, BMG, S. 529.

¹¹⁶ Creuzberger, Kampf gegen den inneren Feind, S. 89.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Ebd., S. 87.

relevanten Institutionen frühzeitig auf politischem Weg oder mittels Meldung bei den Sicherheitsbehörden entgegentreten. Indem das BMG private Organisationen dazwischenschaltete und für sich arbeiten ließ, konnte es jene verfassungsrechtlichen Beschränkungen umgehen, die dem Ministerium diese inlandsgeheimdienstlichen Aktivitäten untersagten. Weitere Vorteile, die sich aus der Zusammenarbeit mit privatrechtlichen Vereinigungen ergaben, bestanden darin, dass das BMG die politischen Risiken, die mit der Ost- und Abwehrarbeit einhergingen, an externe Akteure auslagern konnte. Im Zweifelsfall war das BMG dadurch in der Lage, sich von skandalträchtigen oder gescheiterten Missionen etwa auf DDR-Territorium zu distanzieren und diese den jeweiligen ausführenden Organisationen anzulasten.

Schlüsselperson für die Umsetzung dieser Strategie war Staatssekretär Franz Thedieck. Seine berufliche Vita machte den gebürtigen Rheinländer zum richtigen Mann dafür. Thedieck hatte bereits während der Weimarer Republik die preußische Abwehrstelle gegen separatistische Tendenzen im Rheinland geleitet und in diesem Rahmen auch Propagandaaktionen gegen die französischen und britischen Besatzer im Ruhrkampf verantwortet.¹¹⁹ Darüber hinaus war er dienstlich damit befasst gewesen, die Herrschaft des belgischen Staates im deutschsprachigen Gebiet um Eupen und Malmedy durch gezielte Mobilisierung und Unterstützung des Widerstandes der dort lebenden Deutschen zu destabilisieren.¹²⁰ Zentrale Elemente der deutschlandpolitischen BMG-Strategie – destabilisierende Sabotage und Propagandaaktionen sowie die Fähigkeit, unterhalb des Radars einer feindlichen »Besatzungsmacht« Widerstandspotentiale auszuloten und zu mobilisieren – dürfte der irredentistische Grenzlandpolitiker Franz Thedieck bereits vor 1933 erprobt haben. Zuständig für die realpolitische Umsetzung dieser Hausstrategie war die in Berlin ansässige Abteilung II des Ministeriums.

Die Entscheidung für eine West-Berliner Außenstelle des Ministeriums fiel vor dem Hintergrund symbolpolitischer Überlegungen, nach denen das Ministerium in der Hauptstadt des geteilten Deutschlands schon aus Gründen der Glaubwürdigkeit in irgendeiner Weise vertreten sein musste.¹²¹ Doch für den Standort West-Berlin sprachen noch weit gewichtigere Gründe: Dank der relativ durchlässigen Sektorengrenzen war es nirgendwo einfacher als hier, weitgehend ungehinderten Zugang zu den Menschen in der DDR und zu deren antikommunistischem Bevölkerungspotential zu bekommen. Darüber hinaus galt West-Berlin als unbestrittenes Hoheitsgebiet der Westalliierten. Eine unter der amerikanischen Ägide arbeitende BMG-Zweigstelle verfügte demnach unter Umständen über größere Handlungsspielräume bei der Planausführung, da die hemmenden verfassungsrechtlichen Beschränkungen

¹¹⁹ Creuzberger, BMG, S. 67.

¹²⁰ Ebd., S. 66.

¹²¹ Ebd., S. 125.

sowie die Zuständigkeiten anderer Bundesministerien hier nur sehr eingeschränkt oder gar nicht wirksam waren. Vor dem Hintergrund der permanenten Bedrohung hatte sich zudem im Westteil der Stadt mehr als anderswo auf der Welt eine politische Kultur des Antikommunismus herausgebildet, so dass ein betont antikommunistischer Grundkonsens das gesamte Parteienspektrum und die »Lokalpolitik« der Stadt dominierte. Aus diesen Gründen hatte auch eine Vielzahl der für die BMG-Strategie interessanten Ostbüros, gesamtdeutschen Referate und anderen antikommunistischen Vereinigungen hier Quartier bezogen, von wo aus sie ihre Geschäfte in den Graubereichen zwischen Nachrichtenbeschaffung, Flüchtlingsbetreuung und Widerstandsaktionen auf dem nahe gelegenen DDR-Territorium betrieben. Nirgendwo sonst boten sich dem Ministerium derartig viele Kooperationspartner an. Mit der Errichtung einer eigenen Dependance begab sich das BMG bewusst in die Nähe dieses Netzwerks des Kalten Krieges und trug seinerseits zur antikommunistischen Cluster-Bildung erheblich bei, indem es als Förderer dieser Organisationen auftreten sollte. Dass es dem AGSF 1951 gelang, sich mit staatlichen Akteuren zu vernetzen, verdankte es den eindämmungspolitischen Strategien, denen sich BMG und Alliierte verschrieben hatten. Diese Strategie bildete das Hintergrundrauschen der Kooperation und bestimmte auch zukünftig die Qualität der Beziehungen zwischen dem AGSF und seinen staatlichen Partnern.

Finanzielle Lage des AGSF

Im Verlauf des Jahres 1951 hatte sich die finanzielle Lage für das AGSF deutlich verbessert. Die eingangs erwähnten, bedrückenden finanziellen Schwierigkeiten der Anfangsphase waren überwunden. Aus der studentischen Flüchtlingsvermittlungsstelle, die sich aufgrund von Flugkosten in Höhe von einigen hundert D-Mark einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt sah, war binnen eines Jahres eine schlagkräftige und finanziell gut ausgestattete »cold warrior-Truppe« geworden. Das »Amt« empfing seine studentischen Besucher nunmehr in einer eigenen Dienstvilla inmitten der Dahlemer Universitätslandschaft und besaß für seine tägliche Arbeit zudem ein eigenes Dienstfahrzeug sowie einen abhörsicheren Telefonanschluss.¹²² Schon diesem äußeren Schein nach hatte sich das Bündnis mit dem BMG und den Amerikanern bezahlt gemacht. Noch deutlicher zeigen dies die Haushaltsunterlagen vom Herbst 1951, die ein monatliches Gesamtbudget von 9.800 D-Mark auswiesen, das zu über 80 Prozent vom BMG und den amerikanischen Stellen bereitgestellt wurde.¹²³ Zusätzlich der Summe von 11.395 D-Mark aus der ersten Solidaritätssammlung, die

¹²² Hurwitz, *Der heimliche Leser*, S. 137.

¹²³ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Haushaltspläne vom Oktober 1951, unpaginiert.

zwar nicht Teil des Budgets war, über die das AGSF jedoch weitgehend frei für seine Ostarbeit verfügen konnte, stand dem Amt eine Summe von über 130.000 D-Mark im Jahr zur Verfügung.

Nach 1951 reduzierte sich das Übergewicht amerikanischer Förderer, als die HICOG sich aus der Finanzierung des AGSF zurückzog und die Finanzierung einer ominösen »Stiftung zur Förderung eines vereinten und demokratischen Deutschland in einem geeinten Europa« (Foundation for a Unified and Democratic Germany in a United Europe) überließ. Von da an machten amerikanische Gelder nur noch rund ein Drittel des AGSF-Gesamtbudgets aus. Die Foundation zeigte sich vordergründig als ein von wohlhabenden Deutsch-Amerikanern gegründeter Thinktank, der sich der Förderung der Wiedervereinigung und des europäischen Einigungsgedankens in der jungen Bundesrepublik verschrieben hatte.¹²⁴ Tatsächlich, wie neuere Forschungsarbeiten gezeigt haben, war die Stiftung eine CIA-Tarnorganisation, die unter dem Zeichen von »Containment«- und »Rollback«-Politik in der Bundesrepublik agierte und über die die Finanzierung von hierzu relevanten Organisationen und Gruppierungen abgewickelt wurde.¹²⁵ Das AGSF war nicht die einzige Organisation, die in den Genuss finanzieller Zuwendungen durch die Foundation kam: Auch der Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen erhielt Gelder in maßgeblicher Höhe von dieser Stiftung.¹²⁶ Der langjährige Leiter der »Juristen«, Horst Erdmann, vermutete rückblickend, dass die Foundation als verlängerter Arm des US-Militärs in Deutschland fungierte.¹²⁷ Nicht nur hatte der UFJ über die Vermittlung der amerikanischen Militärregierung zur Foundation gefunden, auch das Führungspersonal der ominösen amerikanischen Stiftung bestand Erdmanns Aussagen zufolge ausschließlich aus Regierungsbeamten und Offizieren.¹²⁸ Diese Beobachtungen treffen zumindest auf Franklin Littell, den zuständigen Verbindungsmann der Foundation zum AGSF, zu: Littell, der als junger Methodistenprediger 1939 Nazideutschland bereist hatte, war von 1949 bis 1953 »Officer for religious Affairs« in der »Religious Branch« des Office of Military Government for Germany (OMGUS).¹²⁹

Das AGSF hatte die amerikanische Stiftung erstmals im März 1952 kontaktiert, um wegen eines finanziellen Zuschusses für die englischsprachige Publikation der *Hochschul-Informationen* anzufragen.¹³⁰ Erwähnenswert in diesem Zusammenhang

¹²⁴ Rohwedder, Terror, S. 97.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Frank Hagemann: Der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen 1949–1969, Frankfurt am Main 1994, S. 36 f. (künftig zitiert: Hagemann, Uff).

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Franklin Littell, Scholar of Holocaust, Dies at 91, <https://www.nytimes.com/2009/05/30/us/30littell.html> (05.05.2025).

¹³⁰ BArch, B 166, Akte 1257, Vermerk zur Finanzierung der Informationsabteilung des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen vom 25.3.1952, S. 1.

ist die Tatsache, dass das AGSF das BMG in transparenter Weise über diesen Schritt umgehend informierte.¹³¹ Das war nicht selbstverständlich. Der UFJ etwa hatte dem gesamtdeutschen Ministerium seine Kanäle zur Foundation über einen längeren Zeitraum verschwiegen. Selbst der hochrangige BMG-Stratege Franz Thedieck besaß bis zum Sommer 1952 keine Kenntnis über die Finanzierung des UFJ durch die Foundation.¹³² Ab Januar 1953 unterstützte die amerikanische Stiftung das AGSF regelmäßig mit mindestens 2.500 D-Mark monatlich.¹³³ Auch andere Projekte des VDS wurden von der Foundation seitdem finanziell gefördert – darunter mit über 5.000 D-Mark jährlich auch die Publikation der *Deutschen Studentenzeitung*, der Hauspostille des Verbandes.¹³⁴ Insgesamt flossen offenbar allein zwischen Januar 1953 und April 1955 rund 400.000 D-Mark an Stiftungsgeldern in die Arbeit der Studentenschaften.¹³⁵ Überdies investierte die Stiftung im selben Zeitraum angeblich weitere 500.000 DM in Projekte der deutschen Jugendarbeit – ein Tätigkeitsfeld, aus dem sich die HICOG nach 1951 mehr und mehr zurückgezogen hatte und damit Spielräume für – vermeintlich – nichtstaatliche Akteure wie die Foundation frei machte.¹³⁶ Gerade weil es sich bei der Stiftung um eine CIA-Tarnorganisation handelte, legte sie großen Wert darauf, möglichst geräuschlos und ohne größere Außenwirkung zu arbeiten. Wie dies praktisch geschah, lässt sich anhand des UFJ bereits gut beobachten: Hier hatte die Foundation ihre Zahlungen ausschließlich in bar oder über Schweizer Nummernkonten an die »Juristen« weitergeleitet und diese offenbar zu höchster Verschwiegenheit selbst gegenüber dem BMG angehalten.¹³⁷ In Bezug auf das AGSF ließ sich diese Diskretion deutlich schwerer herstellen: Als ein in den VDS integriertes »Amt« war es dem Vorstand und den Studentenvertretern der Basis in den beschlussfassenden Gremien grundsätzlich rechenschaftspflichtig. Dies widersprach jedoch dem starken Sicherheitsbedürfnis der Foundation, die deshalb im Vorfeld ihres regelmäßigen finanziellen Engagements auf einen diskreteren Finanzierungsmodus drängte, der zumindest die Studentenvertreter in den Delegiertenkonferenzen und Mitgliederversammlungen von einer breiten Kenntnis der Vorgänge ausschloss. Die Amerikaner schlugen stattdessen vor, den ehemaligen VDS-Vorsitzenden Horst Rögner-Francke nach 1952 in das AGSF institutionell einzubinden und über ihn als vertrauensvollen Mittelsmann der Stiftung das Amt

¹³¹ Ebd., S. 2.

¹³² Hagemann, UFJ, S. 36.

¹³³ Rohwedder, Terror, S. 97.

¹³⁴ BArch, B 166, Akte 1254, Öffentliche Sitzung des Ost-Westausschusses und des Rechtsausschusses der MV des VDS in Köln am 22.4.1955, S. 8 f.

¹³⁵ Ebd., S. 4.

¹³⁶ Ebd., S. 8.

¹³⁷ Hagemann, UFJ, S. 37.

direkt und an den beschlussfassenden Gremien vorbei zu finanzieren.¹³⁸ Das lehnte der VDS-Vorstand jedoch mit Verweis auf die Verbandsstatuten ab.¹³⁹ An Rögner-Francke als Mittelsmann wollte die Foundation jedoch festhalten. Als Mitglied des erlesenen Kreises der FU-Gründungsstudenten kannten die Amerikaner ihn als zuverlässigen Bündnispartner. Überdies hatte er als VDS-Vorsitzender in seiner Amtszeit maßgeblich dafür gesorgt, die dezidiert antikommunistische Linie der Berliner Studentenschaften als politisches Leitmotiv des Verbandes bundesweit durchzusetzen.

Daher einigten sich Foundation, VDS-Vorstand und AGSF-Geschäftsführer auf folgenden Finanzierungsmodus: Rögner-Francke wurde als freier Berater für Fragen der Jugendarbeit bei der Foundation angestellt. Zu seinen Aufgaben gehörte die Prüfung und Begutachtung aller Projekte, die sich das AGSF von der Foundation zusätzlich zum monatlichen Zuschuss finanzieren lassen wollte.¹⁴⁰ Über ihn sollten die Gelder direkt an das AGSF geleitet werden. Lediglich der VDS-Vorstandsvorsitzende sollte davon Kenntnis besitzen. Die beschlussfassenden Gremien wurden hingegen nicht eingeweiht.¹⁴¹ Auch wenn der Modus vorrangig von der Foundation eingefordert und auf deren Sicherheitsbedürfnisse zugeschnitten war, hatte auch das AGSF ein veritables Interesse daran, seine Zusammenarbeit mit der Foundation verbandsintern nicht an die große Glocke zu hängen: Schließlich lehnte das Amt jegliche Kooperation mit alliierten Geheimdienststellen offiziell ab.¹⁴² Ob das AGSF im Hinblick auf die Foundation dem entsprochen oder eine rote Linie überschritten hatte, war zumindest eine Frage der Auslegung, die das Amt freilich nicht in den Studentenschaften erörtert sehen wollte.

Im Sommer 1955 schließlich zogen sich die Amerikaner aufgrund der politischen Entwicklungen im VDS ganz aus der Finanzierung des AGSF zurück.¹⁴³ In der Folge stieg die Bedeutung des gesamtdeutschen Ministeriums, das als einziger externer Financier mit seinen Zuwendungen nunmehr rund 95 Prozent des AGSF-Budgets bereitstellte.¹⁴⁴ Diese hohe »Staatsquote« des Amtes war zweifelsohne lukrativ. Das Budget blieb über 1955 hinaus bei über 100.000 D-Mark jährlich.¹⁴⁵ Zu den Schattenseiten gehörte jedoch eine im Hinblick auf die eigenen Handlungs-

¹³⁸ BArch, B 166, Akte 1254, Öffentliche Sitzung des Ost-Westausschusses und des Rechtsausschusses der MV des VDS in Köln am 22.4.1955, S. 4.

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Protokoll der 13. VDS-Delegiertenkonferenz im März 1952, S. 54.

¹⁴³ Rohwedder, Terror, S. 97.

¹⁴⁴ Ebd., S. 98.

¹⁴⁵ Ebd.

spielräume ungünstige Abhängigkeit von einem einzigen Akteur. Zudem nahmen ab 1955 die Studentenvertreter im VDS zunehmend mehr Anstoß an der staatlichen Fremdfinanzierung der formalen Verbandsabteilung AGSF.¹⁴⁶ Dass es dem AGSF dennoch über einen so langen Zeitraum gelang, sich sowohl die Zustimmung der Studentenschaften zu sichern als auch das BMG als strategischen Partner zu halten, war auch dem persönlichen Geschick der führenden AGSF-Mitarbeiter zu verdanken gewesen.

Nicht in Haushaltsplänen verzeichnet waren überdies auch Zuwendungen, die das Amt unregelmäßig, aber offenbar mehr als einmal vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und anderen »deutschen Geheimstellen« bezog. Wie oft und in welcher Regelmäßigkeit dies vorkam, lässt sich nicht mehr exakt rekonstruieren, weil die Überlieferungen diesbezüglich nur lückenhaft sind. Konkrete Zahlungen etwa des Bundesverfassungsschutzes an das AGSF, die über den VDS-Vorstand verliefen, lassen sich jedoch in zwei Fällen für einen ungefähren Zeitraum nachweisen. So hatte nach Aussagen von Wolfgang Bente, der unter dem Vorsitz von Johannes Reinhold zwischen Mai 1952 und April 1953 das Amt des VDS-Finanzreferenten innehatte, das BfV in diesem Zeitraum dem AGSF einmalig eine Summe von 4.000 D-Mark zukommen lassen.¹⁴⁷ Die Mittel sollten, so Bente rückblickend, »minderbemittelten Studenten« zufließen, so etwa einer Studentin, die Ende der 1940er-Jahre zusammen mit ihrem Vater, einem hochrangigen Wissenschaftler, in die UdSSR verschleppt und dort an der Pädagogischen Hochschule in Moskau immatrikuliert wurde, ehe sie in die Bundesrepublik übersiedelte.¹⁴⁸ Der karitative Zweck hätte demnach darin bestanden, dieser Frau das Studium zu finanzieren, da sie mit ihrer Familie nach der Rückkehr aus der UdSSR in Haft genommen worden und daher ohne Erwerbsmöglichkeit gewesen wäre.¹⁴⁹ Es ist jedoch in diesem Zusammenhang anzunehmen, dass mit diesen Geldern auch die Informationsweitergabe der besagten Studentin über ihre Erfahrungen in Moskau honoriert wurde. Die Befragung von deutschen Staatsbürgern, die aufgrund von Gefangenschaft oder Verschleppung Einblick in den Alltag der sowjetischen Wirtschaft, Gesellschaft oder – in diesem Fall – in das dortige Bildungswesen erhalten hatten, war vor allem in den 1950er-Jahren gängige Praxis und eine Hauptinformationsquelle deutscher Nachrichtendienste.¹⁵⁰ Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass der VDS beziehungsweise

¹⁴⁶ Zum Konflikt zwischen dem AGSF und Teilen des VDS über die Rolle der Amerikaner und des BMG siehe drittes Kapitel.

¹⁴⁷ BArch, B 166, Akte 1261, Schreiben des ehemaligen VDS-Finanzreferenten Wolfgang Bente an den damaligen FU-AStA-Vorsitzenden Klaus Kundt vom 23.5.1955, S. 2.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Zur nachrichtendienstlichen Instrumentalisierung von Flüchtlingsbefragungen etwa durch alliierte Geheimdienste siehe: Allen, Befragung, S. 163–213. Zur herausragenden Bedeutung der Befragung von ehemaligen Kriegsgefangenen und verschleppten Zivilisten als Informations-

das AGSF hier als Mittlerorganisation diente, über die der Verfassungsschutz gezielt Honorare an Personen weiterleitete, die über relevante Informationen im Hochschulwesen der DDR oder anderer Ostblockstaaten verfügten. Dass das AGSF auf diese Weise in die Verwaltung und Nutzung von »human-intelligence resources« nicht nur deutscher Geheimdienststellen einbezogen war (wie noch zu zeigen sein wird), stützt diese Annahme.¹⁵¹

Zudem gab es bereits im Vorfeld dieses Ereignisses Kontakte des VDS beziehungsweise AGSF zu »deutschen Geheimstellen«, wie der ehemalige VDS-Vorsitzende Rögner-Francke Studentenvertretern in einer Ausschusssitzung im Jahr 1955 offenbarte.¹⁵² So hatte der VDS-Vorstand nach eigener Aussage ebenfalls eine Einmalzahlung von 2.000 D-Mark erhalten, die der VDS-Vorstand »in die Personalkosten des AGSF« investierte.¹⁵³ Der genaue Zeitpunkt dieser Zahlung ist ebenso unklar wie deren konkrete Verwendung. Doch die Zeugenschaft Rögner-Franckes legt nahe, dass dies vor Ablauf seiner Amtszeit im Mai 1952 stattgefunden haben muss. Diesen Zeitrahmen lassen auch die Umstände um das Zustandekommen der Zahlung vermuten. Danach hatte der VDS vor dem Hintergrund von Überlegungen, den Verband stärker in die antikommunistische Abwehrarbeit zu integrieren, Kontakt zu einer »deutschen Geheimstelle« aufgenommen und – wenn auch letztlich erfolglos – die stattliche Summe von 50.000 D-Mark zum Zwecke der studentischen Abwehr kommunistischer Infiltrationen im bundesdeutschen Hochschulwesen erbeten.¹⁵⁴

Die Überlegungen des VDS gingen dabei offenbar so weit, dass eine vollständige Finanzierung des AGSF durch Mittel des Verfassungsschutzes erwogen wurde.¹⁵⁵ Auch wenn diese Erörterungen den »grünen Tisch« offenbar nie verlassen haben, zeigt dies doch deutlich, welchen Stellenwert die antikommunistische Abwehrarbeit für den Verband und das AGSF in der Amtszeit Rögner-Franckes hatte. Über diese Vorfälle hinaus, die allesamt vor Mai 1952 zu datieren sind, finden sich keine Indizien oder Belege für eine dauerhafte Finanzierung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz oder andere deutsche Nachrichtendienste.

Obgleich die Unterstützung durch die Verfassungsschutzbehörden längst nicht die vom Verband und AGSF gewünschte Dimension erreichte, hatte das Amt im Jahr 1951 stabile Beziehungen zum BMG, zu alliierten Dienststellen und mit der re-

quelle für den BND siehe: Saskia Henze/Johann Knigge: Stets zu Diensten. Der BND zwischen faschistischen Wurzeln und neuer Weltordnung, Hamburg/Münster 1997, S. 59 f.

¹⁵¹ Hierzu siehe die Teilkapitel »Ostarbeit« und »Abwehrarbeit« dieser Untersuchung.

¹⁵² BArch, B 166, Akte 1254, Öffentliche Sitzung des Ost-West-Ausschusses und Rechtsausschusses der MV des VDS in Köln am 22.4.1955, S. 13.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Rohwedder, Terror, S. 96.

gelmäßigen Solidaritätsgroschensammlung auch zu den Studentenschaften geschaffen, die auch in finanzieller Hinsicht tragfähig und gewinnbringend waren. Nur vor diesem Hintergrund gelang es dem AGSE, seine Tätigkeitsbereiche in den folgenden Jahren nach und nach auszubauen.

Tätigkeitsbereiche des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen

Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik, in West-Berlin und im westlichen Ausland

Informationsgewinnung und Dokumentation von Repressionen

Die Westarbeit des AGSF richtete sich auf das Bundesgebiet und später auch auf das westliche Ausland und umfasste im Wesentlichen alle damals gängigen Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Dabei bediente sich das Amt unterschiedlicher Wege und Methoden, um die anfänglich studentische Öffentlichkeit zu erreichen. Die Studentenschaften legitimierten dieses Vorhaben durch das Gebot der »Seeshaupter Beschlüsse«, für einen Informationsaustausch zwischen Ost und West zu sorgen. Zuständig für die Aufklärungsarbeit und den Informationsaustausch war die »Abteilung West (W)« des AGSF.¹ Der Schwerpunkt der Arbeit bestand darin, die sozialistische Umgestaltung der DDR-Hochschullandschaft und ihre Folgen für Studenten und Lehrkörper umfassend zu dokumentieren und in der westlichen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die notwendige Informationsgrundlage hierfür verschaffte sich das AGSF über verschiedene Kanäle. Neben der Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen, wie Zeitungen oder Gesetzestexte, waren vor allem die Gespräche mit DDR-Studenten ergiebig, die aus unterschiedlichsten Gründen in großer Zahl in der Beratungsstelle des AGSF stattfanden. So empfing das Amt allein zwischen Oktober 1950 und März 1951 täglich rund 40 bis 50 Rat suchende Studenten, die überwiegend aus der DDR oder Ost-Berlin stammten.² Zwischen Mai 1951 und Juli 1953 schließlich wurden 12.539 Besucher aus der DDR in der Beratungsstelle vorstellig.³ In den Gesprächen kamen die Besucher nicht nur ihren Beratungsbedürfnissen nach, sondern

¹ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.4. bis zum 30.6.1951, S. 9.

² FU Berlin, UA, AStA, Box 239, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.10. 1950 bis 31.3.1951, S. 5. Zur Aufschlüsselung der Besucherzahlen nach Herkunft siehe: BArch, B 166, Akte 1220, AGSF in Zahlen.

³ »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen. Vier Jahre studentischer Arbeit zwischen Ost und West«, in: Hochschul-Informationen(1953), Sondernummer, S. 2-4.

gaben ihren Gastgebern fakultätsinterne Informationen, die nicht aus öffentlich zugänglichen Quellen zu erfahren waren.⁴ Solche internen Schilderungen, etwa über die örtlichen Aktivitäten der FDJ oder den Durchsetzungsgrad des Lehrkörpers mit SED-Mitgliedern, halfen dem Amt dabei, rasch ein umfassendes Bild über die DDR-Hochschullandschaft zeichnen zu können.⁵ Darüber hinaus griff das Amt auf sein gut ausgebautes Informantennetzwerk zurück, das sich offenbar schon frühzeitig über sämtliche Hochschulstandorte der DDR erstreckte.⁶ Vor allem bei Unklarheiten oder für gezielte Nachrecherchen wurden Kurierere zu »Einsatzfahrten« in die DDR geschickt beziehungsweise dort ansässige Informanten aktiviert.⁷

Diese Praktiken der Informationsgewinnung, besonders aber die Methode, beratungsbedürftige Besucher vermutlich ohne ihr Wissen »abzuschöpfen«, ist, zumindest rückblickend betrachtet, kritisch zu bewerten. Die Weitergabe von Informationen an das AGSF, aber auch bloße Unmutsbekundungen über die politischen Verhältnisse an den Universitäten der DDR konnten von den sowjetischen oder ostdeutschen Sicherheitsbehörden als »Kontaktaufnahme zu Agentenorganisationen« oder als »Boykotthetze« interpretiert werden.⁸ Solche Anschuldigungen konnten in vielen Fällen lange Zuchthausstrafen oder gar die Deportation in Arbeitslager der UdSSR und Todesstrafen nach sich ziehen. Gleichwohl muss die Kritik, das AGSF und vergleichbare Organisationen hätten hierbei »eine Grenze überschritten«, mit dem Hinweis versehen werden, dass diese »klare Grenze« aufgrund der »Gummiparagraphen« sowohl im »Recht« der sowjetischen Besatzungsmacht wie auch später in der DDR eben nicht existierte. Dieser Willkür entsprechend wurde das Prädikat »Agentenzentrale« großzügig verteilt und beschränkte sich nicht nur auf Organisationen wie das AGSF. So war etwa auch die Freie Universität in diesem Sinne als feindliche Institution definiert worden. Einen Studienplatz an der FU bekam nur zugesprochen, so die Lesart des Regimes, wer feindliche Akte gegen die DDR nachweisen konnte.⁹ Im Umkehrschluss konnten die Immatrikulation an der Freien Universität oder auch der Erhalt eines »Währungsstipendiums« von östlichen Gerichten

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ BAArch, B 137, Akte 1137, interner Vermerk vom 25.10.1950, Betr. Die Lage der Studenten aus der sowjetischen Besatzungszone und ihre Überprüfung, S. 1.

⁷ Zur Funktion und Arbeitsweise des Kurier- und Informantennetzwerks siehe das Teilkapitel »Ostarbeit« dieser Untersuchung.

⁸ Zum Tatbestand der Boykotthetze des Artikel 6 der DDR-Verfassung siehe: Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 168 f.

⁹ So wurde etwa 1955 ein ehemaliger Leipziger Flüchtlingsstudent während eines DDR-Besuches inhaftiert und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil dem Gericht der Umstand, dass der Angeklagte an der FU immatrikuliert wurde und ein Währungsstipendium erhielt, als hinreichender Beweis für eine staatsfeindliche Straftat gemäß Kontrollratsdirektive 38 galt. Siehe: BStU, MfS, AU, Nr. 68/55, Bd. 2, Bl. 70–72.

als Beweise für die Durchführung von staatsfeindlichen Tätigkeiten in der Vergangenheit erhalten.¹⁰ Vergegenwärtigt man sich die längst gut erforschte Funktion und Methodik dieser Gummiparagraphen im DDR-Repressionssystem, zerbröselte die Annahme, eine zurückhaltender agierende Informationsbeschaffungspolitik des AGSF und anderer Organisationen hätte die Verfolgungsintensität im DDR-Hochschulwesen abgemildert.

So fragwürdig die unscharfe Trennung von Studentenberatung und Informationsgewinnung auch gewesen sein mochte, unüblich war sie in jenen Jahren keinesfalls. So bedienten sich auch die meisten offen oder verdeckt nachrichtendienstlich arbeitenden Geheimstellen der massenhaften und systematischen Befragung von »Deutschen aus dem Osten« – seien es Zonenflüchtlinge, Vertriebene, Spätaussiedler oder ehemalige sowjetische Kriegsgefangene, sogenannte Spätheimkehrer –, um an Informationen zu gelangen.¹¹ Die Attraktivität dieser Methode liegt angesichts noch fehlender Satellitentechnik und der Einsatzschwierigkeiten von »Human intelligence resources« in hochgradig überwachten, totalitären Gesellschaften auf der Hand. Die befragten Personen lieferten zwar nur Einzelbeobachtungen und kleine, geografisch wie soziologisch beschränkte Ausschnitte der Verhältnisse, die sich ihnen als Alltagserfahrungen offenbart hatten. Doch zusammengefügt ließen diese Einzelaussagen ein aussagekräftiges Gesamtbild über die wirtschaftlichen, militärischen oder eben universitären Verhältnisse im östlichen Aufklärungsgebiet entstehen. Dementsprechend gewinnbringend war diese Massenbefragung von DDR-Studenten für die Informationsabteilung des AGSF.

Ungeachtet dessen lief die Westarbeit, wie die meisten Tätigkeitbereiche, nur schleppend an. Das lag einerseits am Geldmangel, andererseits aber auch an der geografischen und politischen Isolation, in der die Berliner Studentenschaft in den Jahren 1949/50 sich noch befand.¹² Ein weiterer Grund war die Arbeitsüberlastung der zuständigen Informationsabteilung, die in den ersten Monaten ihres Bestehens vorwiegend mit der Registrierung von verhafteten und verschleppten Studenten

¹⁰ Ebd.

¹¹ Mit am anschaulichsten ist dieses Phänomen durch Keith R. Allen erforscht worden. Siehe: Keith R. Allen: *Interrogation Nation. Refugees and Spies in cold war Germany*, London 2017. Die Befragung von Aussiedlern und deutschen Spätaussiedlern durch die Hauptstelle Befragungswesen oder mit Beteiligung von Vertretern landmannschaftlicher Verbände ist noch weitgehend ein Desiderat der Forschung. Wie lohnenswert eine Untersuchung dieses Kapitels deutsch-deutscher Geschichte sein könnte, legen die Erinnerungen der rumäniendeutschen Nobelpreisträgerin Herta Müller nahe, die ein wenig vertrauenserweckendes Bild etwa der Rumäniendeutschen Landsmannschaften in dieser Angelegenheit zeichnet. Siehe: Herta Müller: *Mein Vaterland war ein Apfelkern. Ein Gespräch*, München 2014, S. 191–193.

¹² Resigniert hatte der VDS-Vorstand 1950 gegenüber Studentenvertretern eingestanden, dass vom anvisierten »Nachrichtenaustausch« noch »keine Rede sein könne« FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der 5. VDS-DK im Februar 1950, S. 29.

und Professoren beschäftigt gewesen war. Hier wies das AGSF eine inhaltliche Nähe zu vielen seiner Schwesterorganisationen auf. Auch die KgU arbeitete in ihrer Anfangszeit als Such- und Hilfsdienst für vermisste, mutmaßlich inhaftierte oder in die Sowjetunion verschleppte Personen.¹³ Und ähnlich wie die KgU versuchte sich auch das AGSF als »Registratur des Unrechts« zu etablieren, wobei der Fokus naturgemäß auf den ostdeutschen Universitäten lag.¹⁴ Der gewaltsame Gleichschaltungsprozess und die Durchsetzung des SED-Herrschaftsmonopols in Ostdeutschland gingen auch an den Universitäten Hand in Hand mit einem hohen Repressionsgrad. Vor allem die Zerschlagung der studentischen Selbstverwaltung vor 1950 und die anschließende Kriminalisierung politischer Hochschulgruppen zogen die Inhaftierung zahlreicher Studenten nach sich. In welchem Umfang die Säuberung, die Verhaftungen und Verurteilungen von Studenten aus politischen Gründen in der SBZ und frühen DDR bis 1962 stattfanden, ist auch heute noch nicht exakt zu ermitteln.¹⁵ Die Größenordnung von 617 verhafteten Studenten und Studentinnen, die der Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) auch auf Grundlage der AGSF-Ermittlungen 1994 aktualisierte, muss jedenfalls angesichts seither bekannt gewordener Fälle nach oben korrigiert werden.¹⁶ Bemerkenswert und maßgeblich verantwortlich für die unbekanntere Größenordnung war der Umstand, dass die verhafteten Studenten mehrheitlich (in circa 70 Prozent der Fälle) von sowjetischen Militärtribunalen in Gewahrsam genommen und abgeurteilt wurden.¹⁷ Die Kriterien, ob sowjetische oder deutsche Behörden den Fall zugewiesen bekamen, sind bis heute unklar – ein Umstand, der auf die Rechtsstaatswidrigkeit der Verhaftungen hinweist.¹⁸ Im Rahmen des Informationsaustausches, der in Seeshaupt 1949 gefordert worden war, sollte das AGSF die studentische Öffentlichkeit über die gewaltsame Umgestaltung der Universitäten und Verfolgung der studentischen Opposition in der DDR informieren. Anfänglich geschah dies vor allem durch Sichtbarmachung von Einzelschicksalen, die das Amt den Lesern etwa der Studentenzeitung *Colloquium* in der Rubrik »Vergesst sie nicht!« regelmäßig nahebrachte. So enthielten die

¹³ Merz, *Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand*, S. 48–54.

¹⁴ Zum Begriff der Registratur des Unrechts siehe: Heitzer, KgU, S. 39.

¹⁵ Zu diesem Problem siehe auch: Benjamin Schröder: *Gegen Hitler und Ulbricht. Zum Selbstverständnis von Studierenden der Freien Universität, 1948–1968*, in: Schröder/Staadt, *Unter Hammer und Zirkel*, S. 187 f.

¹⁶ *Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) (Hrsg.): Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten Professoren und Studenten, erweiterter, ergänzter und überarbeiteter Nachdruck der Dokumentation des Verbandes Deutscher Studentenschaften von 1962*, Rostock 1994.

¹⁷ Siegfried Jenkner: *Opposition, Widerstand und Verfolgung an den Universitäten in der SBZ und frühen DDR*, in: Tobias Kaiser/Heinz Mestrup (Hrsg.): *Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945 bis 1989. Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflektionen zur Vergangenheitsklärung*, Berlin 2012, S. 93.

¹⁸ Ebd.

Gastbeiträge ein Porträtfoto des Opfers sowie einen kurzen Lebenslauf, der meist abrupt mit der Verhaftung und Inhaftierung endete.¹⁹

Hochschul-Informationen

Einen routinierten Charakter bekam die Aufklärungsarbeit erst ab Herbst 1950, als das AGSF mit den *Hochschul-Informationen* (HI) eine eigene Zeitung herausgab, um über die Entwicklungen im DDR-Hochschulwesen aufmerksam zu machen. Die *Hochschul-Informationen* unterschieden sich von den »Konterblättern« und den Pressezeugnissen der meisten ihrer Schwesterorganisationen durch ihren Anspruch, ihre Leser betont sachlich über die Entwicklungen im ostdeutschen Hochschulwesen zu informieren.²⁰ Statt polemischer Sprache oder reißerischer Aufmachung beherrschte eine nüchterne Tonlage die Berichterstattung, die dementsprechend oft auch Originaldokumente oder DDR-Gesetzestexte mit bildungspolitischer Relevanz abdruckte.²¹ Die sachliche Nüchternheit der Berichterstattung zu pflegen, war als Bekenntnis zu jenem »bürgerlichen Subjektivismus« zu werten, den das SED-Regime aus Lehre und Wissenschaft herausdrängen wollte. Tatsächlich zeichneten die *Hochschul-Informationen* ein überaus genaues Bild von der »sozialistischen Umgestaltung« im DDR-Hochschulwesen. Ideologisch motivierte Veränderungen in den Lehrplänen und die Fluktuationen im Lehrkörper²² wurden ebenso detailliert und kenntnisreich geschildert wie die Immatrikulationsbestimmungen²³ oder die wirtschaftliche Lage der Studenten.²⁴ Auch verstand es das Blatt, die Entwicklungen im DDR-Hochschulwesen in größere Zusammenhänge einzuordnen. Werbungen von Studenten zur »Gesellschaft für Sport und Technik« (GST),²⁵ Modalitäten vormilitärischer Ausbildungen²⁶ oder die Gründung der wehrmedizinischen Fakultät an der Universität Greifswald²⁷ wurden dabei ebenso als Zeichen einer Remilitarisierung

¹⁹ Zum Beispiel in: Colloquium, Nr. 2 (1952), S. 14.

²⁰ FU Berlin, UA, AStA, Box 239, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.10.1950 bis 31.3.1951, S. 3.

²¹ Derart etwa die Anweisung Nr. 50 des Staatssekretariats für Hochschulwesen über die Ablegung der Sonderreifeprüfung vom 22.6.1954, in: Hochschul-Informationen (1954), Nr. 9, S. 8.

²² So unterrichtete die Rubrik »Personal« die Leser über Neuberufungen und Entlassungen und deren Hintergründe. Siehe: Nachrichten aus dem Hochschulleben der Sowjetzone, in: Hochschul-Informationen (1953), Nr. 3, S. 4.

²³ Siehe: Zum neuen Studienjahr, in: Hochschul-Informationen (1954), Nr. 7, S. 1.

²⁴ Etwa über die Stipendienregelungen, siehe z.B. »Soziale (Un)gerechtigkeit«, in: Hochschul-Informationen (1954), Nr. 7, S. 3.

²⁵ Siehe etwa »Nationalarmee«, in: Hochschul-Informationen (1952), Nr. 21/22, S. 8.

²⁶ Siehe z.B. »Bis zum letzten Blutstropfen?«, in: Hochschul-Informationen (1952), Nr. 19, S. 4.

²⁷ Zum Bericht über die Vorgänge an der Universität Greifswald siehe: »Greifswald«, in: Hochschul-Informationen (1955), Nr. 4, S. 1 f.

gedeutet wie deutsch-sowjetische Kooperationen auf dem Gebiet der nuklearen Forschung.²⁸ Auch wenn ungeklärt bleibt, ob und wie westliche Nachrichtendienste die *Hochschul-Informationen* als offene Quelle rezipierten, zeigt sich an solchen Beispielen die Nähe gesamtdeutscher Studentenfragen zu sicherheitspolitischen Aspekten. Aufschlussreich waren (und sind) zudem die anekdotischen Berichte über die alltäglichen Erscheinungsformen von Widerstand, Repression und Herrschaftsdurchsetzung an den Universitäten der DDR, die in der Kolumne »Politische Situation« geschildert wurden. So gaben die HI mehrfach Fälle von öffentlichen Denunziationen von Studenten durch FDJ-Funktionäre wieder. Zur Zielscheibe wurde etwa eine Potsdamer FDJ-Funktionärin, weil sie sich Lebensmittelpakete in West-Berlin besorgte.²⁹ In einem anderen Fall führte das Tragen eines »Texas-Hemdes« eines Leipziger Studenten der dortigen Juristischen Fakultät dazu, dass dieser namentlich an der Wandzeitung der Fakultät beschimpft wurde.³⁰ Ebenso eindrücklich schilderte das Blatt seinen Lesern das Klima der »verstärkten Wachsamkeit« an den DDR-Universitäten im Jahr 1952/53, das sich durch Wachdienste, »Arbeitermilizen«³¹, Campus-Abriegelungen oder Studentenausweiskontrollen an Fakultätseingängen im Studienalltag niederschlug.

Die ersten Ausgaben der *Hochschul-Informationen* hatten im September 1950 das Licht der studentischen Öffentlichkeit erblickt.³² Schon äußerlich offenbarten sich dem Leser auf den ersten Blick der Geldmangel der studentischen Herausgeber und die prekäre wirtschaftliche Situation des Notstandsgebietes West-Berlin. Die Startausgaben umfassten kaum mehr als acht lose zusammengeheftete Seiten. Ein wenig ansprechendes Layout und schlechte Lesbarkeit fielen dem Leser sofort ins Auge. Wie sehr die ersten Ausgaben »dilettantisch aussahen« und der Leser Mühe hatte, »sich durch die acht Seiten schlechten Papiers durchzulesen«, gestand auch das AGSF rückblickend ein.³³ Doch selbst die Herstellung und Verbreitung einer Zeitung von minderer gestalterischer Qualität wurde eine schwere Geburt für das junge AGSF. Dass sie überhaupt gelang, war nur der Hilfe der Rundfunkanstalten RIAS und NWDR zu verdanken, die eine Abzugsmaschine zur Verfügung stellten und die Studenten mit ausreichenden Mengen an Papier versorgten.³⁴ Die Publikation der ersten Ausgabe diente ursprünglich dem Zweck, die für Dezember geplante

²⁸ »Atomwissenschaft in der ›DDR‹«, in: *Hochschul-Informationen* (1959), Nr. 12, S.3-5.

²⁹ »Politische Situation«, in: *Hochschul-Informationen* (1953), Nr. 8, S. 7.

³⁰ »Texashemd im Hörsaal«, in: *Hochschul-Informationen* (1953), Nr. 9, S. 4.

³¹ »Politische Situation«, in: *Hochschul-Informationen* (1953), Nr. 8, S. 7.

³² »Vier Jahre Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen«, in: *Hochschul-Informationen* (1953), Nr. 8, S. 4.

³³ FU Berlin, UA, Rektorat, 1489 RIAS-Sendeprotokoll: »5 Jahre Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« vom 6.10.1954, S. 9.

³⁴ »Vier Jahre Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen«, in: *Hochschul-Informationen* (1953), Nr. 8, S. 4.

Solidaritätsgroschensammlung unter westdeutschen Studenten zu bewerben und publizistisch zu flankieren.³⁵ Die dauerhafte Publikation einer eigenen Zeitung hatte das Amt ursprünglich nicht vorgesehen, auch weil die Gründung der verbandseigenen DSZ bevorstand, die das AGSF als Forum nutzen konnte. Überdies gab es mit *Colloquium*, in dessen Redaktionsausschuss das AGSF ebenfalls saß, schon eine Studentenzeitung in West-Berlin, die bereits schwerpunktmäßig über gesamtdeutsche Studentenfragen berichtete und mit einer Reichweite von über 10.000 Lesern im ganzen Bundesgebiet geradezu konkurrenzlos war.³⁶

Ausschlaggebend für die Entscheidung, mit einer eigenen Zeitung an die Öffentlichkeit zu gehen, war die produktive Arbeit der Informationsabteilung. Die Beratungsgespräche mit Flüchtlingsstudenten und der Informantenapparat hatten immer mehr Informationen über das DDR-Hochschulwesen gesammelt, die zu detailliert und hochwertig waren, um sie in Form von Gastkolumnen in anderen Studentenzeitungen etc. in die Öffentlichkeit zu bringen.³⁷ Trotz der vergleichsweise geringen Druckauflage des Blattes, die 1953 auf 12.000 Exemplare anstieg und sich dort bis 1963 einpendelte,³⁸ blieb die Finanzierung stets ungesichert. Der finanzielle Zuschuss des BMG, der offenbar ab Mai 1951 einsetzte und die Verbesserung des Layouts und eine Auflagensteigerung ermöglicht hatte, reichte offenbar nicht aus, um das Blatt kostendeckend zu produzieren. Erst eine gesonderte Finanzierung des Blattes offenbar im Hinblick auf die »Weltfestspiele der Jugend und Studenten«, zu der Herbert Wehner (SPD) in seiner Funktion als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen dem AGSF geraten hatte, verschaffte hier bis Anfang 1952 Luft.³⁹ Als das AGSF 1952 sich erneut um die Finanzierung bemühte, setzte es das BMG mit der Ankündigung unter Zugzwang, im Falle einer Nichtgewährung finanzieller Beihilfen die amerikanische Foundation als Financier für die Informationsabteilung ins Boot zu holen.⁴⁰ Eine finanzielle Beteiligung amerikanischer Akteure bei AGSF-Aktivitäten in der Bundesrepublik hätte jedoch dem strik-

³⁵ BArch, B 166, Akte 1257, Schreiben von Carl Heinz Evers an den VDS-Vorstand vom 22.7.1952 zu den Gründen seiner Kündigung, unpaginiert.

³⁶ Welche herausragende Stellung das *Colloquium* innerhalb der Studentenpresse einnahm, ist daran ablesbar, dass die Auflage des Blattes zwischen 1947 und 1951 zwischen 10.000 und 29.000 Druckexemplaren schwankte und die Gesamtauflage aller Studentenblätter 1947–1949 bei 34.000–149.000 Druckexemplaren lag. Folglich hatte das *Colloquium* einen »Marktanteil« von 20 bis 50 Prozent, je nach Jahr. Vgl. Hans Bohrmann: Strukturwandel der deutschen Studentenpresse: Studentenpolitik und Studentenzeitschriften 1848–1974, München 1975, S. 132–135.

³⁷ BArch, B 166, Akte 1257, Schreiben von Carl Heinz Evers an den VDS-Vorstand vom 22.7.1952 zu den Gründen seiner Kündigung, unpaginiert.

³⁸ Siehe AGSF-Tätigkeitsberichte von 1953 bis 1963.

³⁹ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis zum 30.6.1951, S. 7.

⁴⁰ BArch, B 166, Akte 1257, Finanzierung der Informationsabteilung des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen, 25.3.1952, S. 1 f.

ten Aufteilungsmodus widersprochen, den das BMG und die Amerikaner seit 1951 bei der Unterstützung des AGSF praktizierten. Ob dieses Manöver den Ausschlag dafür gab, dass das BMG weitere Unterstützungen zusagte und eine Vervierfachung der Druckauflage auf 12.000 Exemplare ermöglichte, ist unklar.

Mit steigender Auflage veränderte sich offenbar auch der Adressatenkreis der *Hochschul-Informationen*. Anfänglich sollte das Blatt vorrangig Leser aus dem studentischen und universitären Umfeld ansprechen.⁴¹ Welche Reichweite die deutschsprachigen *Hochschul-Informationen* in den studentischen Kreisen tatsächlich besaßen, wurde seitens des AGSF niemals gründlich untersucht und ist nicht mehr zu rekonstruieren. Die Behauptung des Amtes, 1953 zehn Prozent der Studenten durch das Blatt zu erreichen, war allenfalls numerisch zutreffend.⁴² Denn mit den Jahren, so deuten es die Quellen an, wurden die HI zunehmend weniger als Studentenblatt wahrgenommen, sondern vermehrt als Fachblatt für das ostdeutsche Hochschulwesen außerhalb der universitären Welt rezipiert. Großabnehmer der Auflage waren demnach Bundes- und Landesbehörden, politische Parteien, Presseverlage und Rundfunkanstalten sowie kulturelle und karitative Organisationen.⁴³ Die Fokussierung auf vorrangig nichtstudentische Kreise war offenbar beabsichtigt. Ausdrücklich wies das Amt seine gesamtdeutschen Referenten dazu an, das Blatt vor allem an geeignete Multiplikatoren auszuteilen, die ihrerseits den Inhalt angemessen rezipierten und größeren Kreisen zugänglich machen könnten.⁴⁴ Offenbar war die Sorge groß, die Auflage könnte am Campus ungelesen versickern. Forderungen von Studentenvertretern nach einer »interessanteren Gestaltung« des Blattes wurden hingegen vom Amt mit dem Hinweis auf die erfolgreiche Rezeption des »ausgesprochenen Informationsblattes« durch die Tagespresse abgelehnt.⁴⁵ Im Jahr 1963 schließlich gingen nicht einmal mehr 20 Prozent der Auflage an Adressaten aus den Studentenschaften.⁴⁶ In jedem Fall richteten sich die *Hochschul-Informationen* in erster Linie, wenn nicht gar ausschließlich, an ein westliches Publikum. Nirgends finden sich Hinweise auf einen systematischen Vertrieb des Blattes durch den AGSF-Kurierdienst im studentischen Milieu Ostdeutschlands. Der Westorientierung der *Hochschul-Informationen* entsprechend gab das Amt ab 1951 auch eine englisch-

⁴¹ FU Berlin, UA, AStA, Box 239, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.10.1950 bis zum 31.03.1951, S. 3.

⁴² FU Berlin, UA, AStA, Box 226, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1953, S. 4.

⁴³ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 14.

⁴⁴ UA Mainz, Best. 40, Nr. 531, Schreiben des AGSF an den Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen des AStA der Universität Mainz, 6.6.1953.

⁴⁵ BArch, B 166, Akte 1220, Protokoll der 4. Tagung und 1. Studienwoche der Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen vom 23. bis 30.5.1954, S. 6.

⁴⁶ BArch, B 137, Akte 15547, Internes Schreiben der Abt. II. an das Bonner Referat Z 2, Betr.: Verband Deutscher Studentenschaften, 16.3.1963, S. 5.

sprachige Ausgabe mit einer Startauflage von 300 Druckexemplaren heraus.⁴⁷ Finanziert wurden die *University News* bis 1952 offenbar direkt durch die HICOG.⁴⁸ Nach einer kurzzeitigen, finanziell bedingten Einstellung im Jahr 1952 stieg ihre Auflage bis 1957 auf 5.000 Druckexemplare an.⁴⁹ Übersetzungen der *Hochschul-Informationen* ins Französische, Spanische und sogar ins Arabische wurden vom AGSF anvisiert, aber aus Kostengründen offenbar nicht verwirklicht.⁵⁰

Vortragsreisen

Zur Information und Aufklärung nutzte das AGSF nicht nur publizistische Wege. Ebenso griff es auf örtliche Großveranstaltungen, wie etwa Vortragsreisen, zurück, die zwischen 1951 und 1953 an fast allen Hochschulstandorten des Bundesgebietes durchgeführt wurden. Ziel dieses Veranstaltungsformates, welches das AGSF zu Beginn noch mit Unterstützung des UFJ durchführte, war die Aufklärung der Studenten über die schicksalhafte Lage ihrer Kommilitonen in der DDR und der Universitäten insgesamt.⁵¹ Ein besonderer Schwerpunkt lag jedoch auf der Aufklärung über die propagandistischen Methoden, mit denen die kommunistischen Herrscher in Ostdeutschland vor allem auf die Jugend einwirkten. So besaß dieses Format mehr als andere Aufklärungsaktivitäten des Amtes eine Immunisierungsfunktion. Speziell zu diesem Zweck nutzte das Amt Filmvorführungen, bei denen vorzugsweise Filmkompilationen des BMG zum Einsatz kamen.⁵² Streifen wie »Der Blick hinter den Eisernen Vorhang« und die Vorführung von filmischen Originaldokumenten aus den DDR-Wochenschauen boten Zuschauern Einblicke in den medial-propagandistischen Alltag der DDR-Bürger, die in der Medienlandschaft der jungen Bundesrepublik 1951/52 ansonsten kaum zu sehen waren. Flächendeckende Fernsehprogramme der späteren öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nahmen erst ab 1952 langsam ihren Betrieb auf. Die »Aktualitätenkinos« westdeutscher Mit-

⁴⁷ FU Berlin, UA, AStA, Box 239, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.10.1950 bis 31.3.1951, S. 3.

⁴⁸ BArch, B 166, Akte 7, Protokoll der 6. MV des VDS im Mai 1954, Jahresbericht des Geschäftsführenden Leiters des AGSF, S. 95.

⁴⁹ BArch, B 166, Akte 1253, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4.1956 bis zum 31.3.1957, S. 10.

⁵⁰ FU Berlin, UA, AStA, Box 193, Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden für die Zeit vom 15.3. bis 30.6. 1959 erstattet auf der 42. Ordentlichen Delegiertenkonferenz in Würzburg, undatiert, S. 4.

⁵¹ Der Titel der Veranstaltung lautete: »Der Kampf gegen das Unrecht in der Sowjetzone«. Die folgenden Vortragsreisen führte das AGSF allein, ohne Beteiligung der »Juristen« durch. BArch, B 166, Akte 1255, Bericht über die 2. Vortragsreise des AGSF in der Zeit vom 12.11. bis 10.12.1951, S. 2.

⁵² BArch, B 166, Akte 1255, Bericht über die 3. Vortragsreise des AGSF in der Zeit vom 10.11. bis 14.12.1952, S. 4.

tel- und Großstädte, oft in anrühiger Bahnhofsnähe angesiedelt, führten zwar noch ihre Wochenschautradition fort, doch ansonsten dominierten auch dort vorpolitische Filmzeugnisse. Selbst zu Hochzeiten bundesdeutscher »cold war culture« weigerten sich die meisten Filmverleihfirmen, antikommunistische Erzeugnisse in ihr Programm aufzunehmen, da sie befürchteten, sich an derart heißen Themen die Finger zu verbrennen.⁵³ Die Chancen von Studenten altehrwürdiger westdeutscher Universitätsstädte, mittels visueller Kommunikationsmittel etwas über die Lage der Studenten in der DDR zu erfahren oder von geflohenen Kommilitonen Gehörtes einmal »mit eigenen Augen« abzugleichen, waren 1951/52 denkbar schlecht.

Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, weshalb die AGSF-Vortragsveranstaltungen fast durchweg dankbar angenommen und entsprechend gut besucht wurden. Allein die 3. Vortragsreise, die erfolgreichste, umfasste Veranstaltungen in 32 Universitätsstandorten, die von insgesamt 10.829 Personen besucht wurden.⁵⁴ 10.140 davon waren Studenten, der Rest setzte sich aus Angehörigen des Lehrkörpers, Pressemitarbeitern oder Vertretern der lokalen Politik zusammen.⁵⁵ Legt man die offiziellen Zahlen aller immatrikulierten Studenten der Jahre 1951/52 zugrunde, erreichte allein die Vortragsreise im Juni 1952 knapp acht Prozent der Studenten in der Bundesrepublik.⁵⁶ An manchen Hochschulstandorten, wie etwa Gießen, waren rund 50 Prozent der örtlichen Studenten bei der Veranstaltung anwesend.⁵⁷ Je nach Universitätsstandort lagen die Besucherzahlen zwischen 100 und 750 Zuschauern, was der Auslastung mittlerer Kinosäle entsprach.⁵⁸ Entsprechend zufrieden konstatierte das AGSF die fast durchweg positive Rezeption der Besucher. Ablehnende Reaktionen oder auch Provokationen örtlicher FDJ-Kader blieben offenbar die Ausnahme. Bedenken gab es bisweilen seitens der Rektorate, die eine unverhältnismäßige Politisierung beziehungsweise ein Eindringen der Politik in ihre Universität

⁵³ »Blick hinter den Vorhang«, in: Der Spiegel, 13.8.1952. Über die überraschend schwache Präsenz antikommunistischer Stoffe im westdeutschen Film und Fernsehen der 1950er Jahre berichtet auch Christoph Classen: Antikommunismus in Film und Fernsehen der frühen Bundesrepublik, in: Kreuzberger/ Hoffmann, »Geistige Gefahr«, S. 277.

⁵⁴ BArch, B 166, Akte 1255, Bericht über die 3. Vortragsreise des AGSF in der Zeit vom 10.11. bis 14.12.1952, S. 19.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Die Zahl aller immatrikulierten Studenten lag 1951/52 bei 130.000 Studenten. Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, zitiert nach Helge Kleifeld: »Wende zum Geist«?: Bildungs- und hochschulpolitische Aktivitäten der überkonfessionellen studentischen Korporationen an westdeutschen Hochschulen 1945 – 1961, Köln 2002, S.475 (künftig zitiert: Kleifeld, Wende zum Geist?).

⁵⁷ BArch, B 137, 1112, Bericht über die 3. Vortragsreise des AGSF in der Zeit vom 1.6. bis 27.6.1952, S. 10.

⁵⁸ BArch, B 166, Akte 1255, Bericht über die 3. Vortragsreise des AGSF in der Zeit vom 10.11. bis 14.12.1952, S. 19.

befürchteten.⁵⁹ Kirchliche Hochschulen und theologische Fakultäten hingegen sorgten sich um mögliche negative Auswirkungen auf ihre Verbindungen in die DDR.⁶⁰ Inhaltlich-ideologische Ablehnung erfuhren die AGSF-Veranstaltungen gelegentlich aus dem studentischen Umfeld jener kirchlich-evangelischen Hochschulen, die »offensichtlich unter dem Eindruck der Heinemann-Wessel-Bewegung standen«.⁶¹ In Wuppertal war eine ganze Veranstaltung von der ablehnenden Stimmung kirchlicher Hochschul­er geprägt, die der neutralistischen Bewegung nahestanden.⁶² Sel­terer hingegen kamen gezielte Störungen etwa durch Angehörige der FDJ-Hochschulgruppen vor.⁶³ Lediglich in Hamburg verzeichnete das Amt vereinzelt verbale Störversuche und Flugblattverteilungen durch FDJ-Studenten.⁶⁴

Der logistische Aufwand, dessen es 1951/52 bedurfte, um eine Vortragsreise mit filmischen Einspielern in über 30 Hochschulstandorten zu absolvieren, ist kaum zu überschätzen. Allein der Transportaufwand hinsichtlich des referierenden Personals und des Filmprojektors machte die Beschaffung eines Pkw notwendig sowie dessen aufwendige Überführung von West-Berlin ins Bundesgebiet. Hier erhielt das Amt Unterstützung von der HICOG, die nicht nur das Auto und das Filmvorführgerät zur Verfügung stellte, sondern sich auch um die Überführung ins Bundesgebiet kümmerte.⁶⁵ Nur aufgrund dieser, für studentische Belange ungewöhnlich hochwertigen technischen Ausrüstung konnten die Mitarbeiter ihre Vortragsreise mit einer Gesamtlänge von 5.700 Kilometern überhaupt bewältigen.⁶⁶ Während die Amerikaner die technische Unterstützung gewährten, war die Anregung zu der überregionalen Veranstaltungsreihe ursprünglich vom BMG gekommen. Offenbar hatte das Ministerium angesichts der »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« beabsichtigt, die deutsche Teilung verstärkt unter westdeutschen Studenten zu thematisieren.⁶⁷ Demnach fungierten auch die Vortragsreisen als »Gegenveranstaltungen«, auf denen überdies Anregungen zu »Einwirkungsmöglichkeiten des Westens« gegeben werden sollten, wie es etwas wolkig hieß.⁶⁸ Das Veranstaltungsformat wurde bis 1953 viermal durchgeführt. 1953 sanken die Besucherzahlen, was das AGSF auf

⁵⁹ BArch, B 166, Akte 1255, Bericht über die 3. Vortragsreise des AGSF in der Zeit vom 10.11. bis 14.12.1952, S. 20.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ BArch, B 166, Akte 1255, Bericht über die 3. Vortragsreise des AGSF in der Zeit vom 10.11. bis 14.12.1952, S. 21.

⁶² BArch, B 166, Akte 1255, Bericht über die 3. Vortragsreise des AGSF in der Zeit vom 10.11. bis 14.12.1952, S. 21.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Ebd.S. 24 f.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ BArch, B 166, Akte, 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 5 f.

⁶⁸ Ebd.

die Temperaturen sowie auf mangelhafte Vorarbeiten der örtlichen AStA zurückführte.⁶⁹ Warum die Vortragsreisen trotz der relativ starken Resonanz nach 1954 nicht mehr fortgeführt wurden, ist unklar. Möglicherweise war das Format nach dreifacher Wiederholung ausgereizt und mit seinen filmischen Einspielern auch nicht mehr so attraktiv angesichts der sich stark verbreitenden Rundfunkmedien. Begründet wurde dies damit, dass die gesamtdeutsche Arbeit besser »im kleinen Kreis« funktioniert und Massen- und Großveranstaltungen keinen Mehrwert hinsichtlich »nachhaltiger Erfolge« bereithielten.⁷⁰ Tatsächlich waren die Vortragsreisen eine überaus ressourcenintensive Form der Aufklärungsarbeit. Allein aufgrund der Reises Strapazen, die mit den Pkw-Touren durchs Bundesgebiet einhergingen, hatte das AGSF offenbar zunehmend Schwierigkeiten, Vortragsredner mit einer gewissen Prominenz zu rekrutieren.⁷¹ Jedenfalls konzentrierte sich die Aufklärungsarbeit jenseits der Publizistik ab 1954 verstärkt auf kleinere Veranstaltungsformate in West-Berlin.

Die V-Aktion

Größeres Aufsehen als mit den an Studenten adressierten Vortragsreisen erregte das AGSF mit der Gedenkstunde für die Geschwister Scholl, die zeitgleich zu den Ost-Berliner »Weltfestspielen der Jugend und Studenten« an den zwei Standorten Bonn und West-Berlin stattfanden. Die eigentliche »Feierstunde für die Professoren und Studenten« fand am 20. Juli 1951 im Auditorium Maximum der Freien Universität statt. Auf der Veranstaltung sprachen der Rektor der Freien Universität, Hans Kress von Kressenstein, Inge Scholl, die Schwester von Hans und Sophie Scholl, Ernst Reuter, Regierender Bürgermeister von Berlin, Herbert Wehner, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, und Dietrich Spangenberg in seiner Funktion als Leiter des AGSF.⁷² Spangenberg übergab in diesem Rahmen dem Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter die Denkschrift mit den seit 1945 in der SBZ verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten. Zeitgleich überreichte Spangenbergs Stellvertreter Carl Heinz Evers in Bonn auf einer Pressekonferenz im Bundeshaus dem Bundesminister Jakob Kaiser dieselbe Denkschrift.⁷³ Von

⁶⁹ BAarch, B 166, Akte, 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht von April 1954 bis März 1955, S. 9.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der 19. Ordentlichen VDS-Delegiertenkonferenz 9.–11. November 1953, Punkt 14 der Tagesordnung: Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen, Tätigkeitsbericht des geschäftsführenden Leiters, S. 51.

⁷² »20. Juli 1951. Tag des Gedenkens an die Opfer der nationalsozialistischen und stalinistischen Willkür«, in: Hochschul-Informationen (1951), Nr. 11 (Juli/August).

⁷³ Ebd.

beiden Orten aus forderte das AGSF die Bundesregierung, den Europarat und die Vereinten Nationen dazu auf, »sich des Schicksals dieser Studenten und Professoren anzunehmen«. ⁷⁴

Als Format der West- und Öffentlichkeitsarbeit des AGSF erfüllte die Gedenkstunde gleich mehrere Funktionen. Formal diente sie dazu, Politik und Öffentlichkeit gleichermaßen an die Opfer der gewaltsamen Umgestaltung der Universitätslandschaft in der DDR zu erinnern. Doch darüber hinaus, und das unterschied die intern als »V-Aktion« bezeichnete Veranstaltung von den anderen Veranstaltungsformaten, ging es auch darum, mit erinnerungskulturellen und geschichtspolitischen Methoden das antitotalitäre Selbstverständnis des Verbandes herauszustellen beziehungsweise zu festigen. Die Bezugnahme auf den 20. Juli und die Geschwister Scholl setzte den studentischen Widerstand östlich der Elbe in eine direkte Traditionslinie mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Dieses Strukturprinzip der doppelten Abgrenzung war keineswegs nur strategisch motiviert, sondern entsprach nachweislich den Erfahrungswelten der ersten Studentenkohorten der Freien Universität. Verfolgt an der »Linden-Universität« und geflohen von anderen ostdeutschen Universitätsstandorten, hatten sie die gewaltsame Zerschlagung freier studentischer Selbstverwaltung und den Aufbau der SED-Diktatur als zweite Diktaturerfahrung in ihrem jungen Leben am eigenen Leibe erfahren.

Überdies konnten nicht wenige Flüchtlingsstudenten der ersten Jahrgänge Benachteiligungs- oder sogar Widerstandserfahrungen in der NS-Zeit nachweisen, was ihnen die Zulassung zum Studium in der SBZ ermöglicht hatte. Dies galt nicht nur für ehemals »rassisch Verfolgte« wie Helmut Coper oder Wolfgang Natonek, sondern mit Einschränkungen auch für Carl Heinz Evers, der in seinen verhassten Wehrmachtjahren die Nähe zu Mitgliedern der Bekennenden Kirche gesucht hatte, wenn auch ohne deshalb Repressionen erlitten zu haben. ⁷⁵ Dieses biografisch bedingte doppelte Abgrenzungsbedürfnis prägte den Geist der Studentenschaft der Freien Universität. Als Kind dieses Umfeldes formt es auch das AGSF und überdies auch den amtierenden VDS-Vorstandsvorsitzenden Horst Rögner-Francke, der es sich als Berliner AStA-Gewächs zur Hauptaufgabe gemacht hatte, diesen Berliner Geist in den VDS zu tragen. Die Gedenkstunde trug all diesen Bedürfnissen und Zielen sichtbar Rechnung.

Mit der Bezugnahme der V-Aktion auf den militärischen Widerstand gegen das NS-Regime rannte das AGSF in der bundesdeutschen Gesellschaft des Jahres 1951 keinesfalls offene Türen ein. Gerade einmal 40 Prozent der Bundesbürger, so belegten es Umfragen etwa des Forschungsinstituts Allensbach, bewerteten die Ereignisse

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Ebd.

des 20. Juli 1944 damals positiv.⁷⁶ Die Mehrheit stand ihnen negativ oder indifferent gegenüber.⁷⁷ Besonders unter ehemaligen Wehrmachtssoldaten überwogen ablehnende Gefühle.⁷⁸ Mehr noch: Nicht wenige Bundesdeutsche hielten die Ereignisse sogar für kriegsentscheidend. So nahmen ganze 36 Prozent der Westdeutschen an, dass das Deutsche Reich den Krieg ohne internen militärischen Widerstand sicher oder möglicherweise gewonnen hätte.⁷⁹ Die Studenten bildeten hier mutmaßlich keine Ausnahme. Wenngleich eine vergleichbar belastbare Datengrundlage für die Studenten der Bundesrepublik nicht erhoben worden ist, geben Indizien darüber Aufschluss, dass auch unter den Studenten das Meinungsbild ähnlich gelagert gewesen sein dürfte. Eine Interview-Umfrage der Liberalen Hochschulgruppe unter nicht-korporierten Studenten der Universität München von 1954 förderte ein Meinungsbild zu Tage, dass kaum von den Allensbach-Zahlen von 1951 abwich: Danach werteten 36 Prozent der Studenten das Ereignis als negativ, 42 Prozent als positiv und 22 Prozent äußerten sich unentschieden.⁸⁰ Vor allem rechtsextreme Kreise, die das polarisierende Potential des »20. Juli« erkannt hatten, machten massiv Stimmung gegen die »Verschwörer«, wobei sie durchaus mit heftigen Gegenreaktionen seitens des Staates rechnen mussten. Als der ehemalige Wehrmachtsoffizier und Funktionär der rechtsextremistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) Otto Ernst Remer, den Putschversuch als eine vom Ausland bezahlte Verschwörung verunglimpfte, folgte stante pede einer der aufsehenerregendsten Beleidigungsprozesse der jungen Bundesrepublik.⁸¹ Dabei ging es der anklagenden Partei, also Bundesinnenminister Robert Lehr und dem hessischen Staatsanwalt Fritz Bauer stellvertretend für die politische Klasse der Bundesrepublik, weniger um das »persönliche Andenken« der Widerständler.⁸² Vielmehr sollte der Entstehung einer neuen Dolchstoßlegende entgegengewirkt werden, mittels derer die zweite deutsche Republik entwürdigt und delegitimiert werden würde.⁸³ Vor diesem Hintergrund wird verständlich, welchen strategischen Wert es für die anklagende Bundesregierung in dieser Situation besaß, dass das AGSF und der VDS den 20. Juli demonstrativ in ihre studentischen Traditionsbestände aufnahmen und entsprechend würdigten. So bezog sich Spangenberg in seiner Rede auch in aller Deutlichkeit auf den »Remer-Prozess«:

»In einer Zeit, in der rechtsradikale Gruppen die Widerstandskraft gegen Hitler als gemeine Landesverräter bezeichnen, kommt es uns darauf an, durch Aufzeigen

⁷⁶ Tobias Baur: Das ungeliebte Erbe. Ein Vergleich der zivilen und militärischen Rezeption des 20. Juli 1944 im Westdeutschland der Nachkriegszeit, Frankfurt am Main 2007, S. 86 f.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Ebd., S. 115.

⁸¹ Ebd., S. 88 f.

⁸² Ebd.

⁸³ Ebd.

der Gleichartigkeit des Widerstandes gegen die nationalsozialistische und stalinistische Willkür beide in ihrem verantwortungsvollen Kampf um die Freiheit zu ehren und ihres Opfers zu gedenken. [...] Wir übergeben heute, am 20. Juli 1951 – sieben Jahre nach dem deutschen Aufstand gegen Hitlers Diktatur der Unmenschlichkeit – der Öffentlichkeit diese Namen und rufen das Gewissen der Welt.«⁸⁴

Dass ausgerechnet Dietrich Spangenberg die V-Aktion rhetorisch in Bezug zum 20. Juli setzte, besaß durchaus eine persönliche Konnotation. Denn Spangenberg hatte nicht nur, wie viele in den ersten FU-Studentenjahrgängen, die Zerschlagung der studentischen Selbstverwaltung in der SBZ/DDR hautnah erlebt. Darüber hinaus wies seine Biografie, ähnlich wie die des Bundesinnenministers Robert Lehr, direkte Bezugspunkte zu den Ereignissen vom 20. Juli 1944 auf. So war Spangenberg im Nachgang des gescheiterten Attentates auf Hitler 1944 wegen »wehrkraftzeretzender Äußerungen« degradiert und ins berüchtigte Strafbataillon 999 zwangsversetzt worden, nachdem er bereits zuvor antinazistische Äußerungen und des Abhörens von »Feindsendern« verdächtigt wurde.⁸⁵ Den studentischen Widerstand in der DDR mit dem studentischen und militärischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu verknüpfen, war vor diesem Hintergrund mehr als eine simple »Gleichsetzung« der deutschen Diktaturen im Rahmen eines strategischen Schachzuges im Kampf gegen den Kommunismus – zumal das Bekenntnis zu den »Verschwörern« um Stauffenberg nicht gerade automatischen Rückenwind durch die öffentliche Meinung versprach, wie die Umfragen deutlich machten. Vielmehr diente das Vorgehen dazu, auch in den innenpolitischen Deutungskämpfen um die Ereignisse vom 20. Juli als Studentenschaft klar Stellung zu beziehen und sich dabei sichtbar an die Seite des Bundesinnenministers zu stellen. Vor allem aber entsprach die antitotalitäre Sichtweise den persönlichen Erfahrungswerten vieler Studenten an der hochschulpolitisch tonangebenden Freien Universität, die in ihrem jungen Leben oftmals die Schrecken beider Diktaturen hautnah erlebt hatten.

Doch jenseits dieser Erwägungen fungierte die Gedenkstunde unmittelbar natürlich auch als Gegenveranstaltung zu den kommunistischen »Weltfestspielen der Jugend und Studenten« in Ost-Berlin. In diesem Zusammenhang ist die demonstrative Bezugnahme auf den 20. Juli und die Geschwister Scholl auch als strategisches Manöver im Kampf um studentische Traditionsbestände zu bewerten, der wenige Monate zuvor ausgebrochen war. So hatte die Münchener FDJ-Hochschulgruppe mittels Gedenkveranstaltungen im Lichthof der Universität München mehrfach

⁸⁴ BArch, B 166, Akte 1219, Sendemanuskript des RIAS Berlin mit den Reden von Spangenberg, Prof. von Kress, Inge Scholl, Herbert Wehner und Ernst Reuter.

⁸⁵ »Wat so'n Minsch allerlewen deiht«. Bonner Köpfe: Der Chef des Bundespräsidialamtes Dietrich Spangenberg, in: Unser Mecklenburg. Zeitung für Mecklenburger und Vorpommern, Juli/August 1969.

versucht, die Taten der Geschwister Scholl in ihrem Sinne umzudeuten.⁸⁶ Dies rief das AGSF auf den Plan, welches nach anfangs erfolglosen Interventionen versuchte, Inge Scholl, die jüngste Schwester von Hans und Sophie, zu juristischen Interventionen zu bewegen.⁸⁷ Weil diese sich naturgemäß hinzogen (und schließlich durch das FDJ-Verbot kurz darauf gegenstandslos wurden), überzeugte das AGSF Inge Scholl davon, im Rahmen der AGSF-Arbeit gegen die Instrumentalisierung ihrer Geschwister zu Felde zu ziehen.⁸⁸ Inge Scholls Teilnahme an der Gedenkstunde und der Abdruck ihres offenen Briefes in den *Hochschul-Informationen* folgten hieraus.⁸⁹ Gleichwohl hatte sie über die posthume Geschwistersolidarität hinaus noch andere, sehr viel handfestere Gründe für einen demonstrativen Schulterchluss mit dem AGSF. Durch anonyme Denunziationen war sie zuvor der Sympathien mit dem Kommunismus verdächtigt worden.⁹⁰ Diese Anschuldigungen riefen sogar den Verfassungsschutz auf den Plan, der ihr eine öffentliche Distanzierung vom Kommunismus empfahl. Auch amerikanische Dienststellen gingen auf Distanz.⁹¹ Inge Scholl, die 1951 im Begriff war, ihre Hochschule für Gestaltung in Ulm zu gründen, fürchtete angesichts dieser Verdächtigungen nachvollziehbarerweise um ihr Herzensprojekt.⁹² Die Kooperation mit dem AGSF und die Teilnahme an der Gedenkveranstaltung in West-Berlin boten Scholl die ideale Gelegenheit, sich glaubhaft und öffentlich gut sichtbar vom Kommunismus zu distanzieren, wie es der Verfassungsschutz geraten hatte.

⁸⁶ Zum Versuch der Münchener FDJ-Hochschulgruppe, das Andenken an die Geschwister Scholl politisch zu besetzen, siehe Simon Oelgemöllers Biografie über den Theologen Karl Forster, der 1950/51 AStA-Vorsitzender an der Universität München war; Simon Oelgemöller: *Karl Forster (1928–1981). Katholizismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Paderborn 2019, S. 40–47.

⁸⁷ Bereits 1950 hatte der AStA der Freien Universität, mit dem das RGSF zu dem Zeitpunkt deckungsgleich gewesen war, den Münchener AStA über diese FDJ-Aktivitäten informiert. FU Berlin, UA, Konvent, Protokoll der 9. Außerordentlichen Sitzung des Konvents am 12.7.1950, S. 3.

⁸⁸ BArch, B 166, Akte, 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1951, S. 8.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Christine Hikel: *Sophies Schwester. Inge Scholl und die Weiße Rose*, München 2013, S. 124, (künftig zitiert: Hikel, *Sophies Schwester*).

⁹¹ Ebd. Dass bundesdeutsche Nachrichtendienste ehemaligen Widerstandskämpfern und deren Angehörigen in der frühen Bundesrepublik häufig kommunistische Sympathien unterstellten und schnell bereit waren, in ihnen ein Sicherheitsrisiko zu sehen, ist mittlerweile gut erforscht. Siehe hierzu: Gerhard Sälter: *Phantome des Kalten Krieges. Die Organisationen Gehlen und die Wiederbelebung des Feinbildes »Rote Kapelle«*. Veröffentlichung der unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968, Berlin 2016.

⁹² Hikel, *Sophies Schwester*, S. 124.

Pläne für die Neuorganisation der ostdeutschen Universitäten nach dem »Tag X«

Nachdem das AGSF die ersten zwei Jahre vornehmlich die studentische Öffentlichkeit über die Vorgänge im DDR-Hochschulwesen unterrichtet hatte, wurde seine Expertise mehr und mehr auch für bildungspolitische Akteure in der Bundesrepublik interessant. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Divergenz der Bildungssysteme beider deutscher Staaten, besonders seit Einsetzen der 2. DDR-Hochschulreform 1951, hatte das Amt die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) erfolgreich dazu gedrängt, sich systematisch mit der Frage der Examensanerkennung von Flüchtlingsstudenten auseinanderzusetzen.⁹³ Als Entscheidungsgrundlage für das Vorgehen der WRK in dieser Angelegenheit sollten die Informationen dienen, die das AGSF zur Verfügung stellte.⁹⁴ Folglich galt es, das sozialistisch umgewandelte Hochschulwesen der DDR systematischer als bisher zu erfassen. Im Rahmen dieses Politikberatungsprojektes begann die neugegründete Wissenschaftsabteilung des AGSF damit, alle verfügbaren Originalmaterialien und Informationen zu erlangen, die Aufschluss über die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung, die Prüfungsbedingungen und die Lehrkörper an den einzelnen Universitäten und Fakultäten in der DDR gaben.⁹⁵ Um dieser Originalmaterialien habhaft zu werden, bediente sich das Amt bevorzugt seines Mitarbeiterstabes in der DDR.⁹⁶ Leitmotiv hinter dieser Arbeit war einmal das Bestreben, klare Regeln für die Immatrikulationsbedingungen von Flüchtlingsstudenten zu erwirken, deren Integration bis dahin eher willkürlich geschah. Andererseits wollte das Amt auf diese Weise auch einem »Absinken des Wertes deutscher Examina«, bedingt durch die deutsche Teilung, entgegenreten.⁹⁷

Doch nicht nur, weil sie die operative Informantenarbeit auf DDR-Gebiet forcierte, hatte die Arbeit der »Abteilung Wissenschaften« unverkennbar eine befreiungspolitische Schlagseite. Ebenso diente sie nachweislich der Vorbereitung einer Wiedervereinigung nach dem erhofften Volksaufstand am »Tag X«, wenn die Universitäten der DDR wieder in ein gesamtdeutsches Bildungswesen eingegliedert werden sollten. Solche befreiungspolitisch motivierten Vorbauleistungen waren in

⁹³ »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen. Vier Jahre studentischer Arbeit zwischen Ost und West«, in: Hochschul-Informationen (1953), Sondernummer, S. 4.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ So weisen die Abrechnungsunterlagen von 1952 des AGSF-Kurierdienstes darauf hin, dass Einsatzfahrten sehr oft zwecks Materialgewinnung stattfanden, etwa für Vorlesungsverzeichnisse. BArch, B 166, Akte 2016, Abrechnungsunterlagen des Monats Mai 1952. Zur Funktionsweise des Kurier- und Informantennetzwerks siehe das Teilkapitel »Ostarbeit« der Untersuchung.

⁹⁷ »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen. Vier Jahre studentischer Arbeit zwischen Ost und West«, in: Hochschul-Informationen (1953), Sondernummer, S. 4.

den Anfangsjahren der Bundesrepublik keine Seltenheit. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen wurden in vergleichbare Überlegungen mit einbezogen. Bekanntestes Beispiel auf wirtschaftspolitischem Feld ist der »Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung«.⁹⁸ Doch auch auf kulturpolitischen Ebenen fanden solche Überlegungen statt, wobei federführende bundespolitische Akteure hier gewichtige Unterscheidungen vornahmen. So hieß es im Bundestagsausschuss für gesamtdeutsche Fragen hierzu:

»Anders als auf wirtschaftlichem Gebiet, für das, wie sie wissen, der Forschungsbeirat tätig ist, werden die Vorbereitungen der Wiedervereinigung auf allen Bereichen des kulturellen Lebens nicht so sehr in Erarbeitung von Thesen und Richtlinien von Wichtigkeit sein, sondern vielmehr in der Gewinnung personeller Unterlagen, auf die für den Tag der Wiedervereinigung zurückgegriffen werden kann.«⁹⁹

Dass das AGSF hierbei eine führende Rolle einnehmen sollte, galt dort offenbar als ausgemacht:

»Wie in den anderen Referaten so gehört [dazu ...] die Gewinnung von Unterlagen zur Unterrichtung der westdeutschen Öffentlichkeit und ebenso die Gewinnung von Materialien für die Vorbereitung der Wiedervereinigung. In diesem Zusammenhang kann als Beispiel das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen erwähnt werden, das als Einrichtung des Verbandes Deutscher Studentenschaften mit unserer Unterstützung arbeitet.«¹⁰⁰

Vor diesem Hintergrund arbeitete das Amt eifrig an einer detaillierten Bestandsaufnahme der universitären Lehrkörper in der DDR, in der zugleich Informationen zu fachlichen, aber auch politisch-charakterlichen Merkmalen der Lehrkörperangehörigen erfasst wurden.¹⁰¹ Es sammelte auch die Namen und Anschriften bereits in den Westen geflohener Wissenschaftler, die nach dem »Tage X« im Rahmen der Reorganisationen der DDR-Hochschullandschaft nach Möglichkeit wieder in den Dienst ihrer Heimathochschule eintreten sollten.¹⁰² Diese Daten der »Wissenschaftlichen Bestandsaufnahme« des DDR-Hochschulwesens sollten abschließend gemäß Vereinbarung dem BMG übergeben werden.¹⁰³ In Zusammenarbeit mit dem BMG erstellte das AGSF dann bis 1954 Planungen darüber, wie die Angleichung der beiden

⁹⁸ Siehe hierzu: Markus Gloe: Planung für die deutsche Einheit. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung 1952 bis 1975, Wiesbaden 2005.

⁹⁹ Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen 1. WP. Bericht über Aufgaben und Tätigkeit der Abteilung II. des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, erstattet von Margen. Vertraulich, 11.2.1953, in: Andreas Biefang: Der Gesamtdeutsche Ausschuss. Sitzungsprotokolle des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages 1949–1953, Düsseldorf 1998, S. 620 f.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ BArch, B 166, Akte, 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.1. bis zum 31.3.1952, S. 1.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Ebd.

Universitätssysteme im Wiedervereinigungsfall verlaufen sollte. Wenngleich nicht rekonstruiert werden kann, ob und wie diese Planungen vom BMG und dem Bundestagsausschuss für gesamtdeutsche Fragen rezipiert wurden, sind sie gleichwohl auf zwei Bedeutungsebenen aufschlussreich. Einmal als Zeugnis der Verschränkung des befreiungspolitischen Denkens mit der bundesdeutschen Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Zugleich zeigt sich, welche Vorstellungen von Diktatur-Aufarbeitung in den Studentenschaften, und mithin den Köpfen der bundesdeutschen Nachwuchseliten, existierten.

Grundsätzlich favorisierte das AGSF die Übernahme des bundesdeutschen Studienmodells. Im DDR-Bildungssystem sah das AGSF, wenig überraschend, kaum etwas Bewahrenswertes. Eigentümlichkeiten wie das zehnmonatige Studienjahr oder das Kollektivprinzip in Lehre und Forschung sollten nach AGSF-Vorstellungen keine Zukunft in einem gesamtdeutschen Bildungswesen haben.¹⁰⁴ Auch hinsichtlich der Abschaffung der Arbeiter- und Bauernfakultäten bestand zwischen AGSF und BMG Übereinstimmung.¹⁰⁵ Eine milde Behandlung sollten hingegen die Studenten der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten (ABF) erfahren, denen ein Weiterstudium an normalen Universitäten gestattet werden sollte, sofern speziell eingesetzte Fachkommissionen ihre fachliche Tauglichkeit, ungeachtet politischer Ansichten, bestätigen würden.¹⁰⁶ In diesem Zusammenhang plädierten AGSF und BMG jedoch auch für die Einrichtung eines Institutes, das »begabte Jugendliche aller Bevölkerungsschichten« auf ein Universitätsstudium vorbereiten sollte.¹⁰⁷ Auch hinsichtlich des umfassenden Stipendienwesens im DDR-Hochschulwesen sollten großzügige Übergangsregelungen für bereits immatrikulierte Studenten an den DDR-Universitäten gelten, da angesichts volkswirtschaftlicher Spannungen in der Transformationszeit keine Nebenerwerbsmöglichkeiten möglich sein würden.¹⁰⁸ So gesehen wurden durchaus Impulse aus dem DDR-Hochschulwesen, zumindest indirekt, aufgenommen. Überhaupt sollte der Reorganisationsprozess für die DDR-Studenten, als deren Fürsprecher sich das AGSF verstand, möglichst reibungslos verlaufen. Grundsätzlich sollten alle Studenten wieder zum Studium zugelassen werden.¹⁰⁹ Ausnahmen sollten lediglich für jene gelten, denen Taten nachgewiesen werden konnten, die auch nach

¹⁰⁴ BArch, B 166, Akte 1254, Diskussionsvorschlag des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen zur Wiederherstellung der Einheit im deutschen Akademischen Bildungswesen, Juni 1954, S. 7.

¹⁰⁵ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.1. bis zum 31.3.1952, S. 2 f.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ BArch, B 166, Akte 1254, Diskussionsvorschlag des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen zur Wiederherstellung der Einheit im deutschen akademischen Bildungswesen, Juni 1954, S. 16 f.

¹⁰⁹ Diskussionsvorschlag, S. 1 f.

Maßgabe bundesdeutscher Universitätsdisziplinarordnungen exmatrikulationsrelevant waren,¹¹⁰ ebenso für Studenten, die nachweislich Kommilitonen aus politischen Gründen, etwa durch Denunziation, Schaden zugefügt hätten.¹¹¹ Ermittlungsgrundlage sollten die Studenten- und Personalakten sowie Materialien der Universitätsverwaltungen sein, die deshalb unmittelbar nach dem »Tag X« umgehend gesichert werden müssten.¹¹² Die nominelle Mitgliedschaft in Partei und Massenorganisationen hingegen durfte kein Ausschlusskriterium per se sein. Mehrfach betonte das Amt, dass mit dem Reorganisationsprozess keine »Ent-SEDfizierung« nach dem Modell der »Entnazifizierung« einhergehen dürfte.¹¹³ Ungeachtet dieser Modalitäten prognostizierte das AGSF im Falle einer Wiedervereinigung gleichwohl einen Rückgang der Studentenzahlen von 30 Prozent an den ostdeutschen Universitätsstandorten¹¹⁴ – und zwar weniger aufgrund von Exmatrikulationen politisch belasteter Studenten, sondern vorrangig wegen der Stilllegung der ABF und der »erwarteten Abwanderung wissenschaftsfremder Personen«, die nur aus politischen Gründen, etwa auf Willen der Partei, zum Studium delegiert wurden.¹¹⁵

Deutlich höhere Hürden als für die Studenten wollte das Amt für die Dozenten und Professoren nach dem »Tag X« errichtet wissen. Als ungeeignet für die universitäre Lehre im wiedervereinigten Deutschland galten dem AGSF Lehrkörperangehörige, die sich »freiwillig« und »nachhaltig« für das Regime eingesetzt hätten.¹¹⁶ Ausgenommen von dieser Einschätzung wäre lediglich, wer nachweislich Widerstand geleistet oder Gefahren von Studenten und Kollegen abgewendet hätte.¹¹⁷ Entsprechende Einschätzungen sollten zwar von den regulären Berufungskommissionen, aber auf Grundlage der Professorenkarteien des AGSF getroffen werden.¹¹⁸ In diesem Zusammenhang plädierte das Amt für die Erstellung einer »Vorbelastetenkartei« für jeden Universitätsstandort als vorbereitende Maßnahme.¹¹⁹ Bei den flächendeckenden Stellenneubesetzungen, die sich nach einer Wiedervereinigung ergeben hätten, sollte Wissenschaftspersonal mit Fluchterfahrung bevorzugt berücksichtigt werden.¹²⁰ Ihnen unterstellte das Amt eine größere Sensibilität für die marxistisch-

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Ebd.

¹¹² Ebd., S. 3.

¹¹³ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.1. bis zum 31.3.1952, S. 4.

¹¹⁴ Diskussionsvorschlag, S. 11.

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Ebd., S. 4.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd., S. 5.

¹²⁰ Ebd., S. 13.

leninistisch indoktrinierten Bildungsbiografien in den Studentenh Jahrgängen unmittelbar nach einer Wiedervereinigung.¹²¹

Obwohl das Amt der studentischen Öffentlichkeit gegenüber stets verkündete, mit Freude seiner eigenen Überflüssigkeit nach erfolgter Wiedervereinigung entgegenzusehen, wies es sich für die Neuerrichtung der studentischen Selbstverwaltung in der Transformationsphase eine wesentliche Rolle zu. So erwartete das AGSF nach dem »Tag X« die rasche Wiedererrichtung der vormals »kaltgestellten« Hochschulgruppen der CDU und LDP.¹²² Mit den neugewählten Vorsitzenden wollte das Amt anschließend »so schnell wie möglich« in Kontakt treten, um in Zusammenarbeit mit ihnen Organisationskomitees zum Aufbau studentischer Selbstverwaltungsstrukturen zu bilden.¹²³ Diese Komitees sollten je zur Hälfte mit Vertretern der LDP und CDU und aus Vertrauens- beziehungsweise Verbindungsleuten des AGSF, offenbar also ehemalige Informanten, besetzt werden.¹²⁴ Die Komitees sollten dann für die Delegitimierung und Marginalisierung der noch bestehenden FDJ auf den Campus sorgen und die Idee einer frei und geheim gewählten Studentenvertretung unter den Studenten popularisieren.¹²⁵ Dabei ging das Amt offenbar nicht vom Verbot der SED oder FDJ aus, denn die Beteiligung von FDJ oder SED-Mitgliedern in den Organisationskomitees sollte zwar möglichst vermieden, aber keineswegs grundsätzlich ausgeschlossen werden.¹²⁶ Bezeichnenderweise plädierte das Amt für einen späten Wahltermin, um möglichst vielen rückkehrwilligen Flüchtlingsstudenten das aktive und passive Wahlrecht bei den Studentenratswahlen zu ermöglichen.¹²⁷ Geprägt offenbar vom befreiungspolitischen Selbstverständnis der Freien Universität, die sich ihren Flüchtlingsstudenten als Kadenschmiede und Rückhaltebecken für die befreite, postsowjetische akademische Elite Ostdeutschlands sah, wollte das AGSF das studentische Mitbestimmungsmodell der FU auf Ostdeutschland übertragen.¹²⁸ Den Schlussstein seiner Reorganisationspläne sah das Amt im Beitritt der freigewählten ostdeutschen Studentenvertretungen in den VDS, der daraufhin als gesamtdeutscher Studentenverband seinen Sitz von Bonn nach Berlin verlegen sollte.¹²⁹ 1954 schlug das Amt dem Vorstandsvorsitzenden seine Pläne als Diskussionsgrundlage vor.¹³⁰ Dass eine Erörterung der Wiedervereinigung des deutschen Hochschulwesens nach

¹²¹ Ebd.

¹²² Ebd., S. 20–23.

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Ebd., S. 23.

¹²⁸ Ebd., S. 19.

¹²⁹ Ebd., S. 25.

¹³⁰ BArch, B 166, Akte 1254, Schreiben von Dietrich Spangenberg an den kurz zuvor gewählten VDS-Vorstandsvorsitzenden Edmund Sawall, 1.7.1954.

einer Wiedervereinigung durch Studentenvertretungen nicht mehr erfolgte, lag an der krisenhaften Verfassung des Verbandes. Überdies wirkten derartige befreiungspolitisch motivierte Konzeptionen spätestens nach dem gescheiterten Volksaufstand am 17. Juni 1953 bereits wie »aus der Zeit gefallen«. Das galt erst recht für den VDS, der ab 1954 vor allem um deutschlandpolitische Ansätze jenseits einer befreiungspolitisch ausgerichteten »Politik der Stärke« ringen sollte.¹³¹

Auslandsarbeit und »Saarfrage«

Ab 1952 begann das AGSF seine Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit auf das westliche Ausland auszudehnen. Das verstärkte Engagement im Westen war eine Reaktion auf die eskalierende Systemkonkurrenz, die sich auch auf dem Feld der internationalen Hochschulpolitik und Studentenbewegungen mehr und mehr bemerkbar machte. In aller Deutlichkeit begründete das Amt den Anstieg der Auslandsaktivitäten mit dem zunehmenden propagandistischen Druck durch den Internationalen Studentenverband (IUS).¹³² Als vorgeblich politisch neutraler Dachverband nationaler Studentenverbände 1945 in London gegründet, war der Studentenverband zunehmend in den Sog sowjetischer Interessenpolitik geraten.¹³³ Als Reaktion auf dieses Treiben hatten die nationalen Studentenorganisationen westlicher Länder ihren Austritt und die Gründung eines neuen Dachverbandes verkündet. So wurde 1952 der ISC als prowestliche, und dem Anspruch nach, politisch neutrale Variante eines Internationalen Studentendachverbandes gegründet, der vor allem von britischen und US-amerikanischen Verbänden getragen wurde.¹³⁴ Nachdem die bipolare Frontstellung des Kalten Krieges damit auch die internationale Studentenbewegung erreicht hatte, folgte ein regelrechter Wettlauf von IUS und ISC um die Seelen der noch nicht international organisierten nationalen Studentenverbände, vorzugsweise in den Ländern der »Dritten Welt«.¹³⁵ Um ihrem Selbstverständnis als Brückenkopf zu den Studenten der DDR gerecht zu werden, verstand sich das AGSF auch als Bindeglied zwischen den freiheitlich gesinnten Studenten der DDR mit der freien Welt.¹³⁶

¹³¹ Zur Frage des deutschlandpolitischen Kurses des VDS siehe viertes Kapitel der Untersuchung.

¹³² BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.4. bis 30.6.1952, S. 4.

¹³³ Zum Konkurrenzverhältnis zwischen IUS und ISC und zu den internationalen Studentenbewegungen im Kalten Krieg siehe auch: Louis Vos: Studentische Bewegungen, in: Walter Rüegg (Hrsg.): Geschichte der Universität in Europa, Bd. IV: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, München 2020, S. 250f (künftig zitiert: Vos, Studentische Bewegungen).

¹³⁴ Ebd., S. 251 f.

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ BArch, B 166, Akte 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.1. bis zum 31.3.1953, S. 6.

Die Auslandsarbeit des AGSF hatte von Beginn an unübersehbar ihren Schwerpunkt auf den USA. Ob dies strategischen Bedürfnissen entsprach, gezielt im Stammland des wichtigsten Verbündeten für die gesamtdeutschen Studentenfragen zu trommeln, oder ob die Nähe des Amtes und der Freien Universität zu amerikanischen Stellen hier entsprechende Pfadabhängigkeiten schuf, geht aus den Quellen nicht eindeutig hervor. In jedem Fall hatte das Amt gezielt »bestimmte Akademische Zentren« ausgewählt, auf die sich die Auslandsarbeit konzentrierte.¹³⁷ Dazu gehörte neben den Universitäten Harvard, Stanford und Denver auch die Universität Michigan.¹³⁸ Letztere war Heimstatt von Franklin Littell und James K. Pollock gewesen, die führende Funktionen in der Foundation innehatten, die das AGSF ab März 1952 finanziell unterstützte.¹³⁹ Zumindest dieser Umstand legt nahe, dass die Auswahl der »akademischen Zentren« in enger Absprache beziehungsweise mit tatkräftiger Unterstützung der neuen amerikanischen Partner erfolgte. Für die studentische Öffentlichkeit der genannten Universitätsstandorte publizierte das AGSF Aufklärungsmaterial in englischer Sprache.¹⁴⁰ Auch Originaldokumente aus der DDR, etwa die Universitäten betreffende Gesetzestexte und Verordnungen, machte das Amt den Studentenschaften jenseits des Atlantiks durch Übersetzungen zugänglich.¹⁴¹ Für deren Hochschulfunk produzierte das Amt mit Unterstützung des RIAS mehrmals Rundfunkbeiträge, welche die studentischen Hörer über die repressive sozialistische Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens unterrichteten.¹⁴² Die Studentenschaften der Universität Michigan stellten umgekehrt deutschsprachige Rundfunkbeiträge her, in denen sie den Studenten jenseits des Eisernen Vorhangs die Solidarität der freien Welt mit ihnen versicherten.¹⁴³ Die Rundfunkbeiträge wurden als Bestandteil des RIAS-Hochschulfunks von West-Berlin aus in die DDR ausgestrahlt.¹⁴⁴ Bemerkenswert vor allem hinsichtlich des massiven Wohlstandsgefälles zwischen deutschen und amerikanischen Studenten jener Jahre waren Ausmaß und Inhalt der Spenden, die im Rahmen der AGSF-Auslandsarbeit an amerikanischen Universitäten akquiriert wurden. So stellte allein die North Park University in Chi-

¹³⁷ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.4. bis 30.6.1952, S. 4.

¹³⁸ BArch, B 166, Akte 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.1. bis zum 31.3.1953, S. 6.

¹³⁹ Franklin K. Pollock war Vorsitzender der Foundation und zeitgleich Professor an der University of Michigan Ann Arbor, siehe hierzu: Rohwedder, Terror, S. 97. Auch Franklin H. Littell, ebenfalls wichtiger Mittelsmann zwischen AGSF und Foundation, war bis 1949 »Director of Religious Affairs« der University of Michigan Ann Arbor gewesen, siehe: https://library.temple.edu/finding_aids/franklin-h-littell-papers-timeline.

¹⁴⁰ BArch, B 166, Akte 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.1. bis zum 31.3.1953, S. 6.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ FU Berlin, UA, AStA, Box, 226, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.4. bis 30.6.1953, S. 5.

¹⁴⁴ Ebd.

cago dem AGSF 900 Kilogramm Bekleidung zur Verfügung.¹⁴⁵ Zum erweiterten Aufgabenbereich der Auslandsabteilung gehörten auch der Empfang und die Betreuung ausländischer Studentengruppen und Journalisten in der AGSF-Zentrale in Berlin-Dahlem, deren Frequenz offenbar ab 1953 stark anstieg. Hatten bis Mitte des Jahres 1953 quartalsweise gerade einmal 25 bis 50 ausländische Besucher die AGSF-Zentrale in Berlin-Dahlem aufgesucht, stieg die Zahl im Herbst desselben Jahres auf 128, um sich ab 1955/56 auf dem hohen Niveau von 460 pro Quartal einzupendeln.¹⁴⁶

So offensichtlich die amerikanische Schlagseite der Auslandsarbeit gewesen war, so bemerkenswert ist rückblickend auch, dass es demgegenüber kaum Kontakte zu französischen Studentenschaften seitens des AGSF gab. Obwohl der erste VDS-Vorsitzende Rögner-Francke, der so präsent wie kaum einer seiner Nachfolger und zudem höchst prägend für Verband und AGSF gewesen war, zeitlebens als ausgewiesener Frankophiler galt, finden sich keine Hinweise für deutsch-französische Beziehungen im AGSF.¹⁴⁷ Grund hierfür dürfte unter anderem die bis 1955 ungelöste Saarfrage gewesen sein, die sich in wenig bekannter Weise auch auf hochschulpolitische Ebene niederschlug. So war die Saarbrücker Studentenschaft nicht im VDS organisiert. Wie stark auch die hochschulpolitische Abtrennung des Saarlandes wirkte, zeigt anschaulich der Umstand, dass der VDS erst im Sommer 1951 im Rahmen seiner Beziehungsaufnahme zu britischen und belgischen Studentenschaften nun auch offizielle Beziehungen zur Studentenschaft der Universität Saarbrücken aufnehmen beziehungsweise aufnehmen konnte.¹⁴⁸ Mindestens bis 1953 wurde das Saarland vom VDS-Auslandsamt als »Ausland« definiert.¹⁴⁹ Auch an den Solidaritätsgroschensammlungen durften die saarländischen Studenten anfänglich nicht teilnehmen.¹⁵⁰ Die Isolation von den bundesdeutschen Studentenschaften, wie sie hinsichtlich der Berliner Studenten 1950 beklagt wurde, galt offenbar für die saarländische Studentenschaft noch viel stärker und länger. Vor diesem Hintergrund war es wenig verwunderlich, dass einige Studentenvertreter Parallelen zur Situation der Kommilitonen in der DDR sahen und eine Einbeziehung des Saarlandes in das Operationsgebiet des AGSF forderten: Ein AStA-Mitglied und Referent für gesamtdeutsche Studentenfragen der Universität Tübingen fasste diese Empfindungen und Forderung exemplarisch und anschaulich zusammen:

¹⁴⁵ BArch, B 166, Akte 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.1. bis zum 31.3.1953, S. 6.

¹⁴⁶ Eigene Berechnungen aufgrund der AGSF-Tätigkeitsberichte jener Jahre. Für die Jahre 1952/53 siehe auch BArch, B 166, Akte 1220, »AGSF in Zahlen«, unpaginiert.

¹⁴⁷ Ein leidenschaftlicher Demokrat, <https://userpage.fu-berlin.de/~fupresse/FUN/2001/1-2-01/leute/leute4.html> (05.05.2025).

¹⁴⁸ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 16.

¹⁴⁹ FU Berlin, UA, AStA, Box 226, Protokoll der 3. Tagung der Referenten für gesamtdeutsche Fragen am 16./17. Mai 1953 in Berlin, S. 36 f.

¹⁵⁰ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 16.

»Ich bin der Ansicht, wir können unsere Arbeit als Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen [...] sehr schlecht als gesamtdeutsch bezeichnen, wenn wir nicht das Saargebiet in die Arbeit einbeziehen. Ich war eine Woche lang in Saarbrücken und habe Gelegenheit gehabt, mit Studenten der Saarbrücker Universität zu sprechen. Ich wurde immer wieder gebeten, darauf hinzuweisen, dass auch die Saar und besonders die Saarbrücker Universität ihre Probleme hat, die gar nicht so verschieden sind von den Problemen, die wir in der Ostzone zu sehen haben [...]. ich weiss das die Gefahr besteht, dass sich ein Student, der sich politisch exponiert hat, vor der Konsequenz befindet, ohne weiteres relegiert zu werden.«¹⁵¹

Unterstützt wurde diese Lesart und Forderung besonders von den bayerischen Studentenvertretern aus München und Erlangen.¹⁵² Unerklärt, jedenfalls in offenen Worten, blieb indes, weshalb VDS-Vorstand und AGSF sich diese Anschauung nicht zu Eigen gemacht hatten. Der VDS-Vorstandsvorsitzende Phillip Gassert warnte in diesem Zusammenhang lediglich vor der Gleichsetzung der französischen Besatzung mit der sowjetischen in Ostdeutschland. Überdies, so Gassert, wäre eine Hinwendung des AGSF zum Saargebiet übertrieben, »nicht opportun« und »würde das Verhältnis zu den ausländischen Nationalverbänden trüben«. Bei den staatlichen Partnerorganisationen des AGSF war das Bild weniger eindeutig. Eine »Hinwendung des AGSF zum Saargebiet« hätte zumindest inhaltlich dem Hausgeist des BMG jener Jahre entsprochen, wo eine eigens für die Saarfrage gegründete »Abteilung für Grenzlandfragen« eine heftige Propaganda-Kampagne zur Wiedereingliederung des Saarlandes fuhr.¹⁵³ Ob hingegen die amerikanischen Verbündeten, allen voran die Foundation, etwas Vergleichbares im VDS/AGSF unterstützt hätten, ist wiederum zu bezweifeln. Dem Prinzip der »doppelten Eindämmung«¹⁵⁴ entsprechend hatte die Foundation ihre Unterstützungszusage gegenüber dem VDS und AGSF u.a. von einer strikten proeuropäischen Politik und deren überzeugender Außendarstellung abhängig gemacht.¹⁵⁵ Die kämpferische Einbeziehung des Saarlandes in die gesamtdeutsche Politik des Verbandes und in das AGSF-Operationsgebiet hätte diesem Anspruch, und mithin wohl auch den sicherheitspolitischen Bedürfnissen der französischen Verbündeten, entgegengestanden. Vor dem Hintergrund dieser Aspekte

¹⁵¹ FU Berlin, UA, AStA, Box 226, Protokoll der 3. Tagung der Referenten für gesamtdeutsche Fragen am 16./17. Mai 1953 in Berlin, S. 36 f.

¹⁵² Ebd.

¹⁵³ Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1999, S. 287–289 (künftig zitiert: Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik).

¹⁵⁴ Eine anschauliche Darstellung über die »doppelte Eindämmungsstrategie« der USA gegenüber der Bundesrepublik findet sich bei Josef Foschepoth: Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2012, S. 21 f.

¹⁵⁵ Wie strikt die Foundation auf der Einhaltung dieses Grundsatzes beharrte, zeigte sich 1955, als die Amerikaner die Finanzierung der VDS-Zeitung DSZ wegen mangelnden proeuropäischen Engagements einzustellen drohten. Siehe dazu viertes Kapitel der Untersuchung.

war die Dethematisierung der Saarlandfrage samt damit verbundener hochschulpolitischer Konsequenzen die strategisch günstigste Position für AGSF und VDS.

Wie andere Tätigkeitsbereiche auch, schien das AGSF seine Auslandsarbeit ab 1955 zurückzufahren. Grund hierfür war zum einen der Umstand, dass der VDS-Vorstand ab diesem Zeitpunkt auf diesem Feld mehr Kompetenz übernahm und das AGSF in die Rolle eines wenig selbstständig wirkenden Zulieferers drängte.¹⁵⁶ Zum anderen hatten sich die Frontverläufe auf internationaler Ebene zwischen IUS und ISC zwar nicht grundlegend verändert, aber offenbar doch etwas konsolidiert.¹⁵⁷ Der Weggang der amerikanischen Partner im Jahr 1955, die die AGSF-Auslandsarbeit maßgeblich finanziert hatten, wirkte sich naturgemäß ebenfalls dämpfend aus.¹⁵⁸ Dass der Mutterverband ab 1955 offenbar daran interessiert war, das AGSF aus der Auslandsarbeit herauszuhalten, wurde spätestens 1959 offensichtlich, als die Auslandsabteilung des AGSF im Rahmen einer Neuordnung auf Wunsch des VDS vorläufig ganz aufgelöst wurde.¹⁵⁹ In diesem Jahr war auch die Zahl ausländischer Besucher von ehemals 150 auf rund 60 pro Monat zurückgegangen.¹⁶⁰ Im Herbst 1961 wurde die Auslandsabteilung wiedererrichtet, konnte jedoch in der noch verbleibenden Zeit nicht mehr an das Aktivitätsniveau der Zeit vor 1955 anknüpfen.¹⁶¹

»Offene Aktionen auf dem Gebiet der DDR« – die Ostarbeit des AGSF

Ziele und Ausgangsbedingungen der Ostarbeit im Jahr 1950/51

Das Gebot, die »freiheitlichen Professoren und Studenten in der Sowjetzone aktiv zu unterstützen«, war bereits ein erklärtes Ziel der Seeshaupter Beschlüsse gewesen. Dennoch sollte es noch dauern, bis das Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen, wie das AGSF bis zum März 1951 hieß, diese Vorgabe in die Praxis umsetzen konnte. Die Verzögerung war vorrangig auf die Startschwierigkeiten des Referats

¹⁵⁶ BArch, B 137, Akte 1112, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.4.1955 bis 31.3.1956, S. 8.

¹⁵⁷ Vos, Studentische Bewegung, S. 252 f.

¹⁵⁸ Zum Ende der Zusammenarbeit zwischen AGSF und Foundation siehe viertes Kapitel der Untersuchung.

¹⁵⁹ BArch, B 285, Akte 877, Tätigkeitsbericht des gesamtdeutschen Referates für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.1961, S. 6.

¹⁶⁰ FU Berlin, UA, AStA, Box 193, Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden für die Zeit vom 15.5.1958 bis 9.3.1959 erstattet der 11. ordentlichen Mitgliederversammlung in Marburg, S. 7.

¹⁶¹ BArch, B 285, Akte 877, Tätigkeitsbericht des gesamtdeutschen Referates für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.1961, S. 6.

zurückzuführen: Da waren zum einen die geringen Ressourcen, die dem Referat anfänglich zur Verfügung standen und fast vollständig von der Flüchtlingsbetreuung absorbiert wurden. Zum anderen hatten offenbar auch der Vorstand und die beschlussfassenden Gremien der AStA-Vertreter bis zum Sommer 1950 nur wenig Interesse daran, die »Ostarbeit« des Verbandes signifikant zu fördern. Weil überdies jede erdenkliche Variante der Einwirkung in die DDR mittels Formen der Ostarbeit sicherheitspolitische Aspekte berührte, war auch die Rückendeckung durch bundesdeutsche bzw. amerikanische Stellen notwendig geworden. Diese war jedoch in der ersten Jahreshälfte 1950 noch nicht in Sicht. Bewegung in die Angelegenheit kam erst im September 1950, als sich die strikte antikommunistische Haltung des AGSF und der Berliner Studentenschaft auch im VDS als Leitgedanke durchsetzte. Ausdruck fand dieser Stimmungswechsel vor allem in der Wahl von Horst Rögner-Francke zum Ersten VDS-Vorsitzenden. Mit Rögner-Francke stand nun ein Mann an der Verbandsspitze, der mehr als jeder andere die Brisanz gesamtdeutscher Studentenfragen personifizierte. Als Student der Medizinischen Fakultät der Ost-Berliner Linden-Universität und Pressesprecher des Studentenrates hatte der gebürtige Berliner und versehrte Frontsoldat zum harten Kern der Ost-Berliner Studentenopposition gehört und die brutale Gleichschaltung der ostdeutschen Universitäten und deren studentischer Selbstverwaltung hautnah miterlebt. Überdies gehörte er dem ehrwürdigen Kreis der FU-Gründungsstudenten an, die 1948 entscheidend am Aufbau der Freien Universität mitgewirkt hatten. Vor diesem Hintergrund genossen die gesamtdeutschen Studentenfragen und die Umsetzung der Seeshaupter Beschlüsse unter seiner »Regentschaft« eine deutlich größere Priorität, als dies unter seinem Vorgänger, dem Tübinger Philosophiestudenten Johannes Schwartlaender, der Fall gewesen war. Diese günstigen Umstände gaben nun auch dem AGSF den nötigen Raum, die Frage der Ostarbeit und ihrer praktischen Ausgestaltung offensiv anzugehen. Treibende Kraft in dieser Sache war der neue Mitarbeiter Carl Heinz Evers, dessen strategisches Geschick sich, neben der Wahl Rögner-Franckes, als zweiter großer Glücksfall für das AGSF erwies. Als geistiger Vater der Solidaritätsgroschen-sammlung hatte Evers nicht nur eine Methode gefunden, rasch die Kriegskassen mit den nötigen Geldern für die Ostarbeit zu füllen, sondern darüber hinaus damit eine überaus wirksame Kampagne ersonnen, über die die Studentenschaften Westdeutschlands aktiv als Geldgeber mit in die operative Arbeit des Referates auf DDR-Territorium einbezogen wurden. Die erfolgreiche Durchführung der Aktion im Dezember 1950 bescherte dem Referat nicht nur eine stattliche Summe, sondern auch die Gewissheit, dass ein großer Teil der westdeutschen Studentenschaften die Ziele und Absichten teilte, für die das AGSF die Gelder verwenden wollte.

Erklärtes Ziel der Ostarbeit war es, Zugang zu den »freiheitlich gesinnten Studenten der Sowjetzone« zu bekommen und diese mit allem zu versorgen, woran es ihnen in der DDR mangelte: Das umfasste neben Lebensmitteln und Medikamen-

ten auch immaterielle Güter wie zum Beispiel rechtliche Beratung im Falle einer Inhaftierung. Vor allem aber ging es darum, der ideologischen Indoktrination der Studenten durch die mehr und mehr sozialistisch umgestalteten Universitäten etwas entgegenzusetzen und der »geistigen Isolation« der ostdeutschen Studenten etwa mit der gezielten Zufuhr geistiger Nahrung in Form von verbotenen oder nicht erhältlichen Zeitschriften und Büchern entgegenzuwirken.¹⁶² Im Vordergrund stand dabei nicht die Propagierung des westlichen oder bundesrepublikanischen Gesellschafts- und Staatsmodells, sondern die Verteidigung der akademischen Freiheit mit subversiven Mitteln. Passgenau orientiert an den ideologischen Zielen der sozialistischen Universität, deren größter ideologischer und wissenschaftspolitischer Feind der »bürgerliche Objektivismus« war, ging es dem AGSF darum, genau diese objektive geistige Perspektive unter den Studenten wachzuhalten.¹⁶³ Konsequenz zu Ende gedacht, bestand das Nahziel der Ostarbeit darin, den Aufbau einer sozialistischen Intelligenz und zukünftigen Herrschaftselite durch das SED-Regime zu sabotieren. Mittel- und langfristig wiederum ging es darum, den Widerstandswillen der Studentenopposition in der DDR für den Freiheitskampf um die Wiedervereinigung Deutschlands am prognostizierten »Tag X« am Leben zu halten.¹⁶⁴ Präzise brachte AGSF-Leiter Dietrich Spangenberg die strategische Absicht der Ostarbeit auf den Punkt:

»Durch einen solchen helfenden Kontakt mit den Menschen der Sowjetzone dürfte es möglich sein, die potentielle Widerstandskraft zu erhöhen und eines Tages mit einer aktiven Ostpolitik, d.h. mit einem sinnvollen Freiheitskampf, der in verschiedenen vorbereitenden Stufen durchzuführen ist, zu beginnen.«¹⁶⁵

Tatsächlich konnte die Studentenopposition in der DDR des Jahres 1950/51 jede externe Hilfe gebrauchen, denn über den legalen Status der Jahre 1947/48 verfügte sie längst nicht mehr. Die Studentenräte waren mit ihrer erzwungenen Selbstauflösung im August 1950 vollends zerschlagen.¹⁶⁶ Die liberalen oder christdemokratischen Hochschulgruppen, die in den Jahren der freien Studentenratswahlen die Studentenräte an fast allen Universitätsstandorten in gemeinsamen Koalitionen regiert hatten, waren im Rahmen der blockpolitischen Offensive des SED-Regimes in den Jahren zuvor ebenso wie ihre Mutterparteien eingehegt und gleichgeschaltet worden.¹⁶⁷ Auch die führenden und überregional bekannten persönlichen Akteure der

¹⁶² BAarch, B 166, Akte 1257, Tätigkeitsbericht des AGSF vom 1.4. bis 30.6.1951, S. 1 f.

¹⁶³ Ebd. Zum Kampf des SED-Regimes gegen den »bürgerlichen Objektivismus« an den Universitäten siehe: Andreas Malycha: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30–31/2001, S. 14–21.

¹⁶⁴ Ebd.

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Heydemann, Politische Resistenz, S. 269.

¹⁶⁷ Kowalczyk, Hochschulpolitik, S. 509.

Studentenopposition, wie der Leipziger Studentenratsvorsitzende Wolfgang Natonek oder der Rostocker Student Arno Esch, waren durch Inhaftierung oder Ermordung ausgeschaltet. Andere Persönlichkeiten, wie etwa die Berliner *Colloquiums*-Redakteure, hatten durch Flucht nach Westdeutschland oder an die neugegründete Freie Universität in West-Berlin das Feld geräumt. Darüber hinaus hatte die FDJ ihre Präsenz und Herrschaft an den Universitäten sichtlich verstärkt. Bezeichnete Politbüromitglied Hermann Axen noch 1946 die Hochschularbeit der FDJ als »Achillesferse« der Jugendgewinnung, war es dem kommunistischen Jugendverband bis 1950 dank der Durchsetzung einer undemokratischen Einheitsliste gelungen, bei den Studentenratswahlen handstreichartig alle Studentenräte zu besetzen und offizielle FDJ-Hochschulgruppen zu bilden.¹⁶⁸ Auch wenn die FDJ-Mitgliedschaft noch immer nicht die Regel an den Universitäten darstellte, waren die Erfassung der studentischen Jugend und vor allem die kommunistische Herrschaft an den Universitäten damit deutlich vorangeschritten. Das Schulsystem des sich konsolidierenden SED-Staates generierte überdies mehr und mehr ideologisch einseitig gebildete Studienanwärter, für die zudem noch eine immer rigidere Zulassungsprozedur galt. Darüber hinaus verbesserte die sozialistische Hochschulreform Anfang 1951 mit ihrer Vereinheitlichung des Studiums und der Zusammenfassung der Studenten in feste überschaubare Seminargruppen die Überwachungsmöglichkeiten an den Universitäten. Dies wiederum verschlechterte die Ausgangsbedingungen für eigenständiges hochschulpolitisches oder oppositionelles Handeln, da eine hierfür förderliche Anonymität nicht mehr bestand.¹⁶⁹

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist es nicht weiter erstaunlich, dass auch das AGSF wenig Anlass für Optimismus sah und Geschäftsführer Spangenberg vor Studentenvertretern das baldige Ende des studentischen Widerstandes an den Universitäten der DDR nach dem Jahr 1951 prognostizierte.¹⁷⁰ Gleichwohl waren diese Befürchtungen vorerst unbegründet, denn nach wie vor existierte 1951 an den Universitätsstandorten der DDR ein nennenswertes Studentenmilieu, das der SED fern und der bürgerlichen Studentenopposition nahe stand. Sichtbares Anzeichen hierfür war etwa die Tatsache, dass bei den Studentenratswahlen von 1950 je nach Universitätsstandort bis zu 20 oder gar 30 Prozent der Wähler aus Protest ungültige Stimmen abgegeben hatten, anstatt für die Einheitslisten zu stimmen.¹⁷¹ Auch

¹⁶⁸ Ulrich Mählert: Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Von den »Antifaschistischen Jugendausschüssen« zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der sowjetischen Besatzungszone, Paderborn u.a. 1995, S. 339–340. Zum Fall Arno Esch an der Universität Rostock siehe: „Freiheit ist zunächst einmal die Abwesenheit von Unterdrückung!“, <https://www.dokumentationsstelle.uni-rostock.de/publikationen/online-edition-arno-esch/online-edition-arno-esch/> (05.05.2025).

¹⁶⁹ Hurwitz, *Der heimliche Leser*, S. 135.

¹⁷⁰ FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der VDS-DK im Februar 1951, S. 13.

¹⁷¹ Kowalczyk, *Hochschulpolitik*, S. 509.

blieben trotz der Zerschlagung der liberalen und christlichen Hochschulgruppen die meisten ihrer ehemaligen Mitglieder nach wie vor an den Universitäten immatrikuliert, wenngleich sie unter Repressionen wie dem Entzug der Stipendien litten. Der Möglichkeit beraubt, sich in legalen Hochschulgruppen zu organisieren, fanden die ehemaligen Angehörigen der bürgerlichen Hochschulgruppen jedoch nicht selten in informellen Zirkeln und Gesprächskreisen zusammen, die lose miteinander in Kontakt standen.¹⁷² Dasselbe galt für den strategisch wichtigen Lehrkörper und die Universitätsverwaltungen. Auch dort war Anfang der 1950er-Jahre trotz politischer Säuberungen im Zuge bzw. unter dem Deckmantel der Entnazifizierung die vollständige Durchdringung des SED-Herrschaftsanspruches noch längst nicht erreicht.¹⁷³ Das Universitätssystem der DDR insgesamt befand sich folglich in einem Übergangszustand, der von den Realitäten des »verschärften Klassenkampfes« des SED-Regimes gegen die noch bestehenden bürgerlichen Reststrukturen bestimmt wurde, zugleich aber noch über signifikante Resistenzpotentiale verfügte. Die Herausforderung für die Studentenopposition und deren West-Berliner Unterstützer bestand darin, auf die veränderten Bedingungen zu reagieren. Die Studentenopposition wandelte sich von einer legalen Opposition, die Handlungsspielräume durch freie Wahlen und Studentenvertretungen gewohnt war, in eine lose organisierte illegale Studentenopposition, die mit Instrumenten klandestiner Subversion Widerstand leisten musste.¹⁷⁴ Die im Rahmen der Solidaritätsgroschensammlung angekündigten Aktivitäten des AGSF dienten dabei als Kooperationsangebot und als Unterstützungsform, die den gewandelten Realitäten der Studentenopposition an den Universitäten der DDR passgenau Rechnung tragen sollten.

Informationsbeschaffung

Anfänglich, bevor die Solidaritätssammlung neue Mittel akquirierte, dienten die Verbindungen des AGSF zu den Studenten der DDR vorrangig der Informationsbeschaffung. Wertvoll waren vor allem jene Informationen, die sich nicht aus den

¹⁷² Zum informellen Charakter der bürgerlichen Studentenopposition siehe: Thomas Ammer: Die Gedanken sind frei. Widerstand an den Universitäten 1945 bis 1961 in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 152 f. (künftig zitiert: Ammer, Gedanken sind frei).

¹⁷³ Nach den Recherchen Ralph Jessens etwa lag der Anteil von SED-Mitgliedern im Lehrkörper 1951 DDR-weit bei etwa 23 Prozent. Siehe hierzu: Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999, S.101 (künftig zitiert: Jessen, Akademische Elite).

¹⁷⁴ Zum veränderten Profil der Studentenopposition 1950/51 siehe: Ammer, Gedanken sind frei, S. 152 f.

im Westen offen zugänglichen Quellen speisten und dem AGSF Einblicke in die sich rasant vollziehende sozialistische Umgestaltung der Universitäten ermöglichten. So überbrachten die Kuriere aktuelle Vorlesungsverzeichnisse der Fakultäten, die Aufschluss über reformierte Studiengänge, Lehrpläne oder den Umfang politischer Schulungen gaben.¹⁷⁵ In das Beuteschema der AGSF-Informanten fielen auch sämtliche Zeugnisse von politischen Aktivitäten etwa der FDJ-Hochschulgruppen oder SED-Betriebsgruppen an den Universitätsstandorten, darunter vielfach Flugblätter oder Bekanntmachungen von »schwarzen Brettern«.¹⁷⁶ Auch die sicherheitspolitisch nicht unbedeutenden Aktivitäten der »Gesellschaft für Sport und Technik« (GST) oder Werbungsoffensiven der Volkspolizei im universitären Umfeld wurden übermittelt.¹⁷⁷ Darüber hinaus beauftragte das AGSF seine Kuriere damit, schriftliche Dossiers, sogenannte Charakteristiken, über Professoren, Dozenten und Studenten anzufertigen, die ein exaktes Bild über die fachlichen und politischen Neigungen der Personen zeichneten.¹⁷⁸ Auf diese Weise sammelte das AGSF persönliche Daten von Tausenden Studenten und Professoren in gesonderten Karteien, die ihrerseits die Grundlage für die erfolgreiche Arbeit des AGSF als Gutachter im Bundesnotaufnahmeverfahren und bei der Abwehr kommunistischer Infiltration schufen.¹⁷⁹ Bei der Informationsgewinnung arbeitete das AGSF eng mit anderen Akteuren zusammen. Vom UFJ etwa bezog das Amt wichtige Interna aus den Universitätsverwaltungen¹⁸⁰ und den Professorenkreisen.¹⁸¹ Die antikommunistische »Aktionsgruppe Baader«¹⁸² wiederum bezog vom AGSF Aufklärungsliteratur und leitete als Gegenleistung alle

¹⁷⁵ Die Übergaben von Vorlesungsverzeichnissen werden in den Abrechnungen der Kurier-einsatzfahrten erwähnt. BArch, B 166, Akte 2016, Die MfS-Berichte bestätigen dies. BSTU, MfS BV Lpz AIM 142/82, Schlussbericht im Untersuchungsvorgang »Altmann« und andere, 29.6.1957, Bl. 137 f.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ Ebd.

¹⁷⁸ Ebd. Der Begriff »Charakteristik« wurde auch vom AGSF verwendet, was die Glaubwürdigkeit der Aussagen »Altmanns« gegenüber der Stasi unterstützt. BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1951, S. 6.

¹⁷⁹ Siehe hierzu das Teilkapitel »Abwehrarbeit«.

¹⁸⁰ FU Berlin, UA, Rektorat, 1489, Schreiben Spangenberg an den Leiter des Flüchtlingsausschusses für Hochschullehrer und Assistenten, Prof. Dr. Ernst E. Hirsch, vom 24.11.1954.

¹⁸¹ FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der 5. Ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS vom April 1953, S. 72.

¹⁸² Die Aktionsgruppe Baader war ein Zusammenschluss von »idealistischen jungen Journalisten«, die eigene Zeitungen zu Propagandazwecken erstellte und über einen eigenen Kurierapparat in die DDR transferierte. Das BMG förderte diese Gruppierung ab 1950 indirekt über den Volksbund für Frieden und Freiheit. 1953 stoppte das gesamtdeutsche Ministerium die Zahlungen aufgrund personeller Querelen in der Führungsriege und deren persönliche Abhängigkeiten von »alliierten Stellen«. BArch, B 137, Akte 2381, Schreiben von Ministerialrat Baumann an von Dellingshausen vom 8.9.1953.

relevanten, also die Universitäten betreffenden Erkenntnisse an das Amt weiter.¹⁸³ Durch die Informationsbeschaffung mittels des Kurierapparates betrieb das Amt eine nachrichtendienstlich anmutende Grundlagenforschung, welche die Arbeit seiner anderen Abteilungen beförderte und die maßgeblich die unumstrittene Expertise des AGSF in gesamtdeutschen Hochschul- und Studentenfragen generierte. Die Quellen zeigen, dass diese Expertise von höchsten Stellen nachgefragt wurde und auch nachrichtendienstlich von Wert war. So fungierte das AGSF mehrfach als Auskunftsstelle für die britische Geheimdienststelle Stitib, die ihren Fokus auf die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft gerichtet hatte.¹⁸⁴ Amerikanische Stellen informierte das AGSF noch 1956 über die Ausmaße deutsch-sowjetischer Wissenschaftsbeziehungen und die Anzahl der an sowjetischen Universitäten lehrenden und lernenden deutschen Professoren und Studenten.¹⁸⁵ Die nachrichten- und letztlich auch sicherheitspolitische Bedeutung der hochschul- und wissenschaftspolitischen Expertise des AGSF wird vollends vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen und technischen Dimensionen des Kalten Krieges deutlich. Die Bedeutung der Informationsgewinnung für die anderen Abteilungen des AGSF sowie ihre vielseitige nachrichtendienstliche Verwendbarkeit waren der Grund dafür, dass die Ostarbeit die Königsdisziplin des AGSF blieb.

»Liebesgaben« aus West-Berlin – karitative Aktivitäten im Rahmen der Ostarbeit

Ein Schwerpunkt der karitativen Ostarbeit lag auf der Versorgung der DDR-Studentenschaft mit Medikamenten. Die mangelhafte pharmazeutische Versorgung war keineswegs auf studentische Kreise beschränkt, sondern ein flächendeckendes Phänomen. Die Teilung Deutschlands hatte den ostdeutschen Teilstaat von den Clusterregionen der chemischen und pharmazeutischen Industrie abgeschnitten, die schon in Vorkriegszeiten vorzugsweise entlang des Rheins lagen. Als das AGSF 1950 im Rahmen der Vorbereitungen der Solidaritätssammlung den karitativen Medikamententransfer erstmals geplant hatte, musste die DDR etwa 90 Prozent ihres Bedarfs an pharmazeutischen Erzeugnissen über teure Westimporte decken.¹⁸⁶ Auch der rasche Aufbau eigener Produktionsstandorte sowie der Bezug von Medikamen-

¹⁸³ BArch, B 137, Akte 2381, Gutachten der Aktionsgruppe Baader über die Möglichkeiten der Entwicklung der illegalen Aufklärungsarbeit in der SBZ vom 28.2.1951, unpaginiert.

¹⁸⁴ Allen, Befragung, S. 198.

¹⁸⁵ BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben der amerikanischen Botschaft ans Gesamtdeutsche Ministerium vom 25.2.1956

¹⁸⁶ Melanie Arndt: Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948 bis 1961 (= Zeithistorische Studien, Bd. 43), Köln u.a. 2009, S. 203 (künftig zitiert: Arndt, Gesundheitspolitik).

ten aus der UdSSR, die ihrerseits dabei oft auf deutsche Beutebestände zurückgriff, konnten die Folgen der für die DDR ungünstigen industriellen Standortverteilung kaum kompensieren.¹⁸⁷ Verschärfend wirkte sich ab 1949 zudem die Sowjetisierung des deutschen Gesundheitswesens aus, die die historisch gewachsene Infrastruktur inhabergeführter Apotheken nach und nach zerstörte und damit die Zahl der Verkaufsstellen für Medikamente drastisch reduzierte.¹⁸⁸ Diese offenkundige Unterlegenheit und Abhängigkeit des DDR-Staates in einem so elementaren Lebensbereich bot für Maßnahmen der psychologischen Kriegsführung eine ideale Angriffsfläche. Das gesamtdeutsche Ministerium sah die demonstrative Versorgung der DDR-Bevölkerung mit westlichen Pharmazeutika durch informelle Netzwerke seiner verbündeten Privatorganisationen daher mit größtem Wohlwollen und interpretierte sie als wichtigen Beitrag zur Erhaltung einer ostdeutschen Widerstandskraft im Hinblick auf das Ziel der endgültigen Selbstbefreiung Ostdeutschlands von der sowjetischen Vorherrschaft.¹⁸⁹ Medikamente eigneten sich jedoch nicht nur aufgrund ihrer widerstandskraftfördernden Wirkung bestens als Gegenstände der Ostarbeit. Vorteilhaft war auch, dass sich das AGSF ebenso auf die Distributionswirkung und Kooperationsbereitschaft medizinischer Akteure in der DDR verlassen konnte. So wurden mittels Kurieren gezielt ausgesuchte Krankenhäuser oder Vertrauensärzte mit Medikamenten beliefert, die ihrerseits chronisch kranke Studenten und Professoren mit zum Teil lebensnotwendigen West-Pharmazeutika diskret behandelten.¹⁹⁰ Auch beriet das AGSF erkrankte Studenten bei der Auswahl von vertrauenswürdigen Ärzten und Krankenhäusern, die keinen politischen Druck auf die Studenten ausüben würden.¹⁹¹ Die Kooperationsbereitschaft von Angehörigen des DDR-Gesundheitswesens mit dem AGSF resultierte, abgesehen von ideellen Motiven der zumeist keineswegs regimetreuen Mediziner, auch daraus, dass der private Bezug von Westmedikamenten gesetzlich nicht eindeutig geregelt war und keine allzu große Märtyrerbereitschaft voraussetzte, um für das AGSF als Verbindungsarzt zu fungieren.¹⁹² So bestand anfänglich weder ein Besitz- oder Einfuhrverbot für westliche Medikamente, und viele Ärzte und Krankenhäuser nutzten häufig informelle Wege – zum Beispiel den massenhaften Bezug von Ärztemustern zu Werbezwecken –, um an begehrte Westimporte heranzukommen.¹⁹³ Vor allem Ärzte in Ost-Berlin hatten aufgrund des Viermächtestatus und angesichts der sehr durchlässigen Sektoren-

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Ebd., S. 209.

¹⁸⁹ Ebd., S. 210.

¹⁹⁰ BArch, B 166, Akte 1255, Protokoll über die zweite Sitzung des Kuratoriums für die Solidaritätssammlung der freien deutschen Studentenschaft am 13.7.1953, S. 2.

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² Arndt, Gesundheitspolitik, S. 204.

¹⁹³ Ebd., S. 206.

grenzen kaum Restriktionen zu befürchten. Erst allmählich verschärfte das SED-Regime hier seinen Kurs und setzte vermehrt Ärzte und Apotheker unter Druck, keine Westimporte mehr zu verwenden bzw. »unterm Ladentisch« zu verkaufen.¹⁹⁴ Auffallend häufig zielte der AGSF-Medikamententransfer auf die Tuberkulosebekämpfung ab. Auch wenn keine epidemiologischen Daten für die Tuberkuloseverbreitung unter DDR-Studenten vorliegen, zeigen sich in den Quellen des AGSF Indizien, dass noch zu Beginn der 1950er-Jahre diese hochaggressive Lungenkrankheit im universitären Umfeld stark verbreitet gewesen sein muss. So erhielt das AGSF 1952 monatlich etwa 20 »Hilferufe nach Streptomycin«, einem neuartigen Tuberkulose-Therapeutikum aus den USA, das in der DDR kaum erhältlich war.¹⁹⁵ Da allein die Beschaffung dieses neuartigen Therapeutikums für diese 20 Fälle den Jahresetat der Solidaritätssammlungsgelder vollständig in Anspruch genommen hätte, kooperierte das AGSF mit Großspendern aus der Pharmabranche. Auch mit dem Apothekerverband stand das AGSF in Kontakt.¹⁹⁶ Offenbar häufiger als in anderen Bereichen arbeitete das Amt beim Medikamententransfer mit der »Jungen Gemeinde« und dem Evangelischen Hilfswerk zusammen.¹⁹⁷

Neben Medikamenten belieferte das AGSF die »freiheitlich gesinnten Studenten und Professoren der Sowjetzone« auch mit Nahrungsmitteln. Anfänglich vielfach Grundnahrungsmittel, gehörten in späteren Jahren, nachdem sich die Versorgungslage in der DDR spürbar gebessert hatte, vor allem hochwertige Waren wie Kakao, Schokolade, Südfrüchte oder exquisites Fleisch- und Wursterzeugnisse, die in der reglementierten Planwirtschaft knapp waren, zu den gespendeten Gütern.¹⁹⁸ Der Umfang der Lebensmittelspenden lässt sich aus den Statistiken der Solidaritätssammlung etwas genauer ableiten als etwa bei den Medikamentenspenden, da bei Lebensmitteln das externe Spendenaufkommen durch Firmen und andere offenbar eine geringere Rolle spielte. Demnach wurden ab Anfang 1952 regelmäßige Gelder aus den Solidaritätsgeldern für den Kauf von Lebensmitteln verwendet.¹⁹⁹ Diese Monatswerte blieben über die Jahre hinweg weitgehend konstant und stiegen für die Jahre 1956/57 sogar auf circa 2.000 D-Mark an – ein Anstieg, der möglicherweise aber auch den natürlichen Preissteigerungen während des westdeutschen Wirtschaftswunders geschuldet sein konnte.²⁰⁰ Die auffällige Kontinuität bei den

¹⁹⁴ Ebd., S. 213.

¹⁹⁵ FU Berlin, UA, Rektorat, 1225, Bericht des AGSF über seine karitativen Aktivitäten, unbetitelt und undatiert, etwa von 1952/53, S. 3.

¹⁹⁶ BArch, B 166, Akte 132, AGSF-Jahresbericht für die Legislaturperiode 1951/1952, S. 3.

¹⁹⁷ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.1.1952 bis 31.3.1952, S. 10.

¹⁹⁸ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 12 f.

¹⁹⁹ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1951, S. 2.

²⁰⁰ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten zu den Solidaritätssammlungen. Das AGSF veröffentlichte die Ergebnisse seiner Solidaritätssammlungen z.T. in der VDS-eigenen *Deutschen Studentenzeitung* oder in Tätigkeitsberichten.

Lebensmittelspenden war auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass Lebensmittelspenden – im Gegensatz zu Büchern oder Medikamenten – weitgehend gefahrlos postalisch zugesandt werden konnten und damit als einziger Gegenstand der karitativen Arbeit nicht ausschließlich von der Leistungsfähigkeit des Kurierapparates abhing. Der Empfängerkreis lag zumindest für die Jahre 1952/53 bei etwa 500 Personen, was jedoch auch den mangelnden Ressourcen geschuldet war.²⁰¹ Der prognostizierte Empfängerkreis, den das AGSF zu bedienen gedachte, wurde 1952/53 immerhin etwa doppelt so groß eingeschätzt.²⁰² Adressaten der studentischen Lebensmittelspenden waren vorrangig chronisch kranke Studenten und Professoren, die eine akkurat abgestimmte – zum Beispiel vitaminreiche – Nahrungsaufnahme medizinisch benötigten, aber vom unzuverlässig vorhandenen Warenangebot der Mangelwirtschaft nicht zuverlässig oder sogar überhaupt nicht gewährleistet werden konnte.²⁰³ Zumindest für das Jahr 1951 ist ferner überliefert, dass auch 150 im Examen stehende Studenten Lebensmittelpakete aus der Solidaritätssammlung erhielten, die bezeichnenderweise auch Zigaretten und Kaffee enthielten.²⁰⁴ Gesichert ist jedoch ebenfalls, dass das AGSF mit den Lebensmittelspenden auch seine Kurierere und Informanten in der DDR – etwa in Form von Weihnachtsgratifikationen – auf diesem Wege vergütete.²⁰⁵ Die Gelder der Solidaritätssammlung wurden zudem vom AGSF dazu genutzt, bedürftigen Studenten finanziell unter die Arme zu greifen.²⁰⁶ Der Gesamtumfang des Finanztransfers belief sich auf 700 bis 2.000 D-Mark monatlich und nahm tendenziell mit den Jahren zu, wobei berücksichtigt werden muss, dass ab 1953 auch in West-Berlin und der Bundesrepublik ankommende Flüchtlingsstudenten aus Mitteln der Solidaritätssammlung mitversorgt wurden.²⁰⁷

Zum Empfängerkreis der Spendengüter zählten auch inhaftierte Studenten. Ab September 1951, nachdem das Amt öffentlichkeitswirksam in seiner V-Aktion auf die Massenverhaftungen im oppositionellen Studentenmilieu hingewiesen hatte, begann das AGSF damit, auch inhaftierte Studenten karitativ durch die Mittel der Solidaritätssammlung zu betreuen.²⁰⁸ Die Belieferung inhaftierter Studenten erfolgte

²⁰¹ FU Berlin, UA, Rektorat, 1225, Bericht des AGSF über seine karitativen Aktivitäten, unbetitelt und undatiert, etwa von 1952/53, S. 3.

²⁰² Ebd.

²⁰³ Ebd.

²⁰⁴ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 12.

²⁰⁵ BArch, B 166, Akte 1216, Abrechnungsunterlagen für die Einsatzfahrten der Kurierdienste vom Mai 1951, unpaginiert.

²⁰⁶ BArch, B 166, Akte 1255, Protokoll über die zweite Sitzung des Kuratoriums für die Solidaritätssammlung der freien deutschen Studentenschaft am 13.7.1953, S. 3.

²⁰⁷ So wurde spätestens ab 1955 ein Drittel der Solidaritätssammlung für ankommende Flüchtlingsstudenten reserviert. BArch, B 166, Akte 1255, Protokoll der Sitzung des Kuratoriums für die Solidaritätssammlung der deutschen Studentenschaft vom 14.4.1955, S. 2.

²⁰⁸ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 12.

aus Sicherheitsgründen nicht über den Postweg. Stattdessen wurden die vorzugsweise finanziellen Beihilfen und Lebensmittelpakete mittels Kurieren der Betreuungsgruppen an Angehörige übergeben.²⁰⁹ Da auch den Angehörigen die Aushändigung von Medikamenten an inhaftierte Studenten verboten war, versuchte das AGSF im Rahmen der Lebensmittelspenden dieses Verbot zu unterlaufen. So ging das Amt dazu über, zum Beispiel hochkonzentrierte Vitamine oder Dextroenergen in pulverisierter Form herstellen zu lassen, um sie Angehörigen von Inhaftierten mit entsprechenden Gebrauchsanweisungen, in welchen Mengen diese Präparate in Lebensmitteln wie Zucker oder Butter untergemischt werden sollte, zu übergeben.²¹⁰ Damit hoffte das AGSF der chronischen und vielfach lebensgefährlichen Mangelernährung von Häftlingen in DDR-Strafvollzugsanstalten zu begegnen. Bemerkenswert, aber bedauerlicherweise kaum im Detail rekonstruierbar waren auch die Versuche des AGSF, inhaftierten Studenten und Professoren unter den Bedingungen eines Unrechtsstaates rechtlichen Beistand zukommen zu lassen und auf Prozessverläufe Einfluss zu nehmen. So kooperierte das Amt mit ausgesuchten West-Berliner Rechtsanwaltskanzleien, die sich auf illegalem Wege die Prozessakten oder Abschriften davon beschafft hatten, um auf deren Grundlage juristische Vorteile zu Gunsten der Angeklagten herauszuholen.²¹¹ Bis zum Frühjahr 1953 konnte das AGSF auf diesem Wege in fünf Fällen für angeklagte Studenten eine Freilassung erwirken.²¹²

Literaturtransfer und geistige Gegenöffentlichkeit

Die Sowjetisierung der Universitäten und Hochschulen seit 1945 hatte nicht nur die freie studentische Selbstverwaltung zerstört, sondern auch die Freiheit der Lehre und Wissenschaften dem Aufbau einer Diktatur geopfert. Freie hochschulpolitische Diskurse über Wissenschaftspolitik oder Studieninhalte konnten auch auf Studentenratsebene nicht mehr geführt werden, seit die Studentenvertretungen zu Befehlsempfängern der Partei degradiert worden waren oder als Instrumente der FDJ-Herrschaftsdurchsetzung an den Universitäten dienten. Unabhängige Studentenzeitungen existierten nicht mehr, und die FDJ hatte durch das *Forum* ein Meinungsbildungsmonopol mit konkurrenzlos großer Reichweite errichtet. Auch auf wissenschaftlicher Ebene schritt die Konsolidierung der kommunistischen Diktatur sichtlich voran.

²⁰⁹ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.4. bis 30.6.1951, S. 5.

²¹⁰ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 13.

²¹¹ FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Protokoll der 13. VDS-Delegiertenkonferenz im März 1953, S. 55.

²¹² Ebd.

Nachdem bereits eine großzügig angelegte Entnazifizierungspraxis den Titelbestand der Fach- und Universitätsbibliotheken der SBZ erheblich reduziert hatte, setzte mit der Gründung der DDR 1949 ein wahrer Büchersturm ein, der den Auftakt zur Sowjetisierung der wissenschaftlichen Bibliothekslandschaft Ost- und Mitteldeutschlands gab:²¹³ Reihenweise gerieten westliche Autoren aller Disziplinen, darunter unumstrittene Koryphäen ihres Fachgebietes, unter politischen Verdacht und wurden aus den Bibliotheken ausgesondert und durch Werke sowjetischer Autoren ersetzt. Die systematische Verbannung westlicher Publikationen aus den Bibliotheken riss erhebliche Lücken von bis zu 50 Prozent in die Bestände universitärer und außeruniversitärer Forschungsliteratur.²¹⁴ Er drohte einen massiven Qualitätsverlust in der Lehre und Forschung zu verursachen, weil Professoren und Studenten damit auch der Zugang zu den neuesten Forschungserkenntnissen beispielsweise amerikanischer oder englischer Wissenschaftler verwehrt blieb. Selbst Lehrbücher von Professoren an DDR-Universitäten erschienen nicht selten – und noch lange nach der DDR-Gründung, etwa aufgrund noch bestehender Verträge – in Verlagen der Bundesrepublik und waren für die studentischen Hörer oft nicht zu beziehen.²¹⁵ Obgleich es Studenten und dem Bibliothekspersonal bisweilen gelang, diese Lücken über antiquarische Zukäufe teilweise auszugleichen, drohten dennoch ganze akademische Jahrgänge Ostdeutschlands vom weltweiten wissenschaftlichen Diskurs abgehängt zu werden. Der Büchersturm an den Bibliotheken der jungen DDR war Teil des Kampfes gegen den bürgerlichen Objektivismus, der den kommunistischen Machthabern als klassenindifferente Wissenschaftsmethode bürgerlicher Kräfte galt.²¹⁶ Der reaktionäre Charakter des bürgerlichen Objektivismus in der Wissenschaft offenbarte sich – nach marxistisch-leninistischer Lesart – in seinem Festhalten an empirischer Neutralität und seinem Bemühen um Unabhängigkeit von weltanschaulichen Grundpositionen.²¹⁷ Die materialistische Wissenschaftsmethode des Marxismus-Leninismus – die der SED als wissenschaftliches Strukturprinzip bei der sozialistischen Umgestaltung der Universitäten diene – betonte hingegen das Prinzip der Parteilichkeit der Wissenschaften und verpflichtete Forschende wie Lernende stets dazu, den Standpunkt einer bestimmten Gesellschaftsklasse einzu-

²¹³ Zur Bibliothekspolitik des SED-Regimes und zum »Traditionsbruch im wissenschaftlichen Bibliothekswesen« siehe: Hans-Peter Müller: Umerziehung durch rote Bibliotheken. SED-Bibliothekspolitik 1945/46 bis zum Ende der 1960er Jahre, Berlin 2020, S. 320–331.

²¹⁴ Dietrich Löffler: Buch und Lesen in der DDR, Berlin 2011, S. 248.

²¹⁵ FU Berlin, UA, AStA, Box 344, Solidaritätssammlungen 1952, Schreiben des Kuratoriums für die Solidaritätssammlung der deutschen Studentenschaft an die Referenten für gesamtdeutsche Fragen vom 25.5. 1962, S. 4.

²¹⁶ Georg Klaus/Manfred Buhr (Hrsg.): Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie, Reinbek bei Hamburg 1972 (ungekürzter Nachdruck der Leipziger Originalausgabe von 1964), S. 802.

²¹⁷ Ebd.

nehmen.²¹⁸ Das AGSF registrierte Anzeichen und Tendenzen dieser ideologischen Umwälzung im Bereich der Bibliothekspolitik zeitnah und sehr genau: Bereits im Januar 1951 stellte es intern fest, dass die Isolierung auf geistigem Gebiet immer größere Ausmaße angenommen hätte und den Studenten zum vergleichenden Studium keinerlei Literatur zur Verfügung mehr stünde, die »vom Dogma des dialektischen Materialismus abweichen« würde.²¹⁹ Besonders in den Naturwissenschaften, der Psychologie sowie in den Geschichts- und Sprachwissenschaften nahm das Amt eine flächendeckende Aussonderung westlicher Publikationen zu Gunsten sowjetischer Titel wahr.²²⁰

Dem großangelegten Versuch der neuen kommunistischen Machthaber, die ostdeutsche Universitäts- und Wissenschaftslandschaft samt Studenten und Lehrkörper den geistigen Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu unterwerfen, wollte das AGSF mit der Erzeugung und Bereitstellung einer wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Gegenöffentlichkeit entgegentreten. Teil dieser Strategie war es, den Studenten und Professoren geistige Nahrung in Form von Fachliteratur, Aufklärungsmaterial etc. zuzuführen und dadurch das Fundament jenes bürgerlich-objektiven Bewusstseins zu schärfen und zu stabilisieren, welches das Regime an den Universitäten beseitigen wollte. Das ist keineswegs als ex-post-Interpretation zu verstehen. Das AGSF selbst verortete diese Aktionsform im Kontext des Kalten Krieges auf wissenschaftlicher und geistig-intellektueller Grundlage und sah deren vornehmstes Ziel darin, das Projekt der Erziehung zum sozialistischen Menschen an seiner empfindlichsten Stelle zu treffen, den Widerstandsgeist wachzuhalten und die Heranbildung einer sozialistischen Intelligenz zu sabotieren. Geradezu beispielhaft und offenerherzig erklärte AGSF-Geschäftsführer Spangenberg dieses Anliegen vor Studentenvertretern:

»Für die Sowjetzone kann allein ein Widerstand auf lange Sicht sinnvoll sein, welcher den einzelnen Menschen und seine Bewahrung vor kritikloser Verblendung in den Mittelpunkt der Arbeit stellt [...]. Indem wir insbesondere die akademische Jugend zu ›Objektivisten‹ zu erziehen versuchen, arbeiten wir dem Kampf der SED gegen Objektivismus an seiner empfindlichsten Stelle entgegen.«²²¹

Der Aufbau eines systematisch betriebenen Literaturtransfers zu diesem Zweck begann schon Ende 1950 beziehungsweise im Frühjahr 1951, nachdem eine geschlossen hinter dem AGSF stehende Studentenschaft die erste Solidaritätsgroschen-sammlung erfolg- und ertragreich durchgeführt hatte. Bereits bis Juni 1951 hatte das

²¹⁸ Ebd.

²¹⁹ BArch, B 166, Akte 1257, Kurzbericht über die Tätigkeiten des AGSF von VDS-Vorsitzendem Horst Rögner-Francke vom Januar 1951, S. 1.

²²⁰ Ebd.

²²¹ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1951, S. 2.

AGSF mindestens 1.000 Fachbücher in die DDR transferiert.²²² Den entscheidenden Schub erlebte der Literaturtransfer ab Sommer 1951, als das Amt im Vorfeld und während der »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« in Ost-Berlin Fachbücher sowie vermehrt Aufklärungsmaterial in großer Zahl in die Studierendenschaft der DDR einschleuste.²²³ Auch hier erwies sich das jugendpolitische Propaganda-Großereignis als hilfreicher Katalysator für das AGSF. Neben mehreren Tausend Fachbüchern, die das Amt zumeist auf dem Postweg Studenten und Professoren »ungefragt« zusandte, wurden im Auftrag des BMG auch rund 12.000 Exemplare der Schrift »Das stand nicht im Neuen Deutschland« verteilt.²²⁴ Überhaupt war der explosionsartige Anstieg des Literaturtransfers im Rahmen der »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« vor allem auf die Sonderauftragsfahrten für das BMG zurückzuführen. Das gesamtdeutsche Ministerium, dass die Bedeutung des jugend- und hochschulpolitischen Feldes als Austragungsort des Kalten Krieges in den Monaten zuvor erkannt hatte, nutzte die Infrastruktur des AGSF-Kurierapparates im Rahmen einer propagandistischen Gegenoffensive während der Weltfestspiele dazu, eigene Aufklärungsschriften und Broschüren in großer Auflage unter die Jugend der DDR zu bringen.²²⁵ Über 18.000 Exemplare von Hermann Brills »Die Freie Deutsche Jugend« oder »Deutsche Einheit« machte der AGSF-Kurierapparat den Studenten der DDR auf diese Weise zugänglich und wurde dadurch bis an die Grenzen seiner Auslastung gebracht.²²⁶ Die massive Inanspruchnahme des AGSF-Kurierapparates durch das gesamtdeutsche Ministerium war eine Ausnahmerecheinung und kann als Indiz für die große Bedeutung der Weltfestspiele für das BMG gewertet werden. Ungewöhnlich war dabei nicht die Bereitstellung von Literatur für die AGSF-Ostarbeit per se. Bücherspenden größeren Ausmaßes wurden auch nach 1951 vom Ministerium den Studentenschaften übergeben.²²⁷ Bemerkenswert hingegen war, dass sich das BMG im Sommer 1951 darüber hinaus auch direkt an der finanziellen Unterstützung des Kurierapparates beteiligte.²²⁸ Nach den Haushaltsplänen des AGSF oblag die Finanzierung des Kurierapparates einzig und allein amerikanischen Geldgebern, die ih-

²²² Ebd., S. 5.

²²³ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 7.

²²⁴ Ebd.

²²⁵ BArch, B 166, Akte 1257, Abrechnung des Zuschusses des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen an das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen des VDS für die Zeit vom 1.4. bis zum 30.6.1951, S. 1.

²²⁶ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1951, S. 5.

²²⁷ Ab 1952 griff das AGSF für seinen Literaturtransfer fast ausschließlich auf Bücherspenden des BMG zurück. Siehe: »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen. Vier Jahre studentischer Arbeit zwischen Ost und West«, in: Hochschul-Informationen (1953), Sondernummer, S. 3.

²²⁸ BArch, B 166, Akte 1257, Abrechnung des Zuschusses des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen an das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen des VDS für die Zeit vom 1.4. bis zum 30.6.1951, S. 1.

rerseits auf die ausschließliche Verwendung ihrer Zuwendungen für die Ostarbeit Wert legten.²²⁹ Zudem hatte das Bundeskanzleramt allen staatlichen Stellen Propagandaaktivitäten auf DDR-Territorium eigentlich strengstens untersagt.²³⁰ Folgerichtig rechnete das AGSF die Auftragssonderfahrten seines Kurierdienstes für das BMG für Außenstehende wenig transparent als spezielle »Sonderzuschüsse« ab, die sich bezeichnenderweise nicht in den Haushaltsplänen des Amtes wiederfanden.²³¹ Ob diese Sonderauftragsfahrten vom Bundeskanzleramt vor dem Hintergrund der besonderen Situation während der »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« stillschweigend gebilligt wurden oder ob AGSF und Kaiser-Ministerium hier am Bundeskanzleramt vorbei agierten, kann nicht abschließend geklärt werden.

Das gesamtdeutsche Ministerium war nicht der einzige Kooperationspartner des AGSF beim Literaturtransfer. Auch die evangelische Kirche, die Ford-Foundation oder private Firmen betätigten sich gegenüber dem AGSF als Großspender für Bücher und Zeitschriften.²³² Eine dauerhafte Zusammenarbeit betrieb das AGSF mit dem deutschen Ableger des »Congress for Cultural Freedom« (CCF), dessen Zeitschrift *Der Monat* das Amt über Jahre hinweg regelmäßig in die DDR vertrieb. Auch an diesem Beispiel lässt sich die rasche Ausweitung des Literaturtransfers im Jahre 1951 exemplarisch nachvollziehen. Hatte das Referat Ost im November 1949 vom CCF erstmals 100 Exemplare des *Monats* überwiegend zur Auslage in seiner Dahlemer Beratungsstelle bekommen, stieg diese Zahl 1951 auf 500 Exemplare.²³³ Bis Ende 1951 war das AGSF mit über 9.000 verteilten Exemplaren zum wichtigsten Distributionsmedium der CCF-Zeitschrift aufgestiegen.²³⁴ Weder die Ostbüros der Parteien noch die umtriebige und personalstarke KgU hatten eine vergleichbare Funktion als Outlet des *Monats*.²³⁵ Rund 40 Kuriere waren 1951 ausschließlich mit der Verteilung des Periodikums beauftragt worden, die ihrerseits rund 50 lokal operierende Oppositionsgruppen in der DDR belieferten.²³⁶ Zudem hatte das AGSF mindestens vor 1952/53 damit begonnen, an einzelnen Hochschulstandorten der DDR klandestine Handbibliotheken mit »streng wissenschaftlichen« Titeln aufzubauen, die in der DDR nicht zu bekommen waren. Diese Handbibliotheken wurden von ausgesuchten und »zuverlässigen Professoren und Studenten« betreut und nach

²²⁹ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Haushaltsplan vom Oktober 1951, unpaginiert.

²³⁰ Klaus Körner: »Die rote Gefahr«. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950–2000, Hamburg 2003, S. 24.

²³¹ BArch, B 166, Akte 1257, Abrechnung des Zuschusses des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen an das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen des VDS für die Zeit vom 1.4. bis zum 30.6.1951, S. 1.

²³² BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 7 und 13.

²³³ Hurwitz, *Der heimliche Leser*, S. 134 f.

²³⁴ Ebd., S. 134.

²³⁵ Ebd.

²³⁶ Ebd.

und nach einem größer werdenden Kreis von Studenten zugänglich gemacht.²³⁷ Aufgrund beschränkter Mittel konnten diese Handbibliotheken bis 1952/53 nur an einigen wenigen Hochschulstandorten aufgebaut werden, erfreuten sich dort jedoch reger Nachfrage. Das AGSF registrierte in diesem Zusammenhang einen »Hunger der jungen Menschen nach derartigen Einrichtungen«.²³⁸ Der Erfolg und die Ausmaße dieser Einrichtungen sind im Nachhinein jedoch nicht zu messen.

Im Herbst 1951 nutzte das AGSF auch seine Kontakte zum RIAS, um seine Strategie der Gegenöffentlichkeit verstärkt auf den Rundfunkbereich auszuweiten.²³⁹ Die Beziehungen des RIAS zur Berliner Studentenschaft hatten eine längere Vorgeschichte. Bereits 1948/49 war die Berliner Studentenschaft über den ASTa der FU ein enges Vertrauensverhältnis mit dem RIAS eingegangen, nachdem dieser die Berliner Relegationskrise publizistisch aufmerksam begleitet hatte.²⁴⁰ Überdies hatte der RIAS im August 1950, mitten in der von Papierknappheit geprägten West-Berliner Notstandsphase, logistische Mittel für die Publikation der *Hochschul-Informationen* bereitgestellt und somit einen wichtigen Beitrag zur Etablierung des AGSF geleistet.²⁴¹ Im November 1951 einigte man sich darauf, das AGSF dauerhaft in die Programmgestaltung der RIAS-Morgensendungen einzubeziehen und es eigene Beiträge ausstrahlen zu lassen.²⁴² Die wenigen erhaltenen Sendeprotokolle zeigen, dass das Amt diese Möglichkeiten vor allem dazu nutzte, seinen Bekanntheitsgrad in der DDR zu erhöhen, und die studentischen Hörer für die Mitwirkung an den AGSF-Aktivitäten und zu Oppositionsarbeiten mobilisierte. Regelmäßig, vor allem zu seinen runden Geburtstagen, stellte sich das Amt den Hörern vor und erhöhte auf diese Weise seinen Bekanntheitsgrad unter der DDR-Studentenschaft beziehungsweise setzte diese unter Umständen überhaupt erst in Kenntnis über die Existenz seiner Beratungsstelle in West-Berlin.²⁴³ Darüber hinaus rief es die Hörer über den Äther dazu auf, der AGSF-Beratungsstelle in West-Berlin Verhaftungen von Studenten oder Professoren zu melden, und trug somit dazu bei, das AGSF als anerkannte

²³⁷ FU Berlin, UA, Rektorat, 1225, Bericht des AGSF über seine karitativen Aktivitäten, undatiert und unbetitelt, etwa 1952/53, S. 2 f.

²³⁸ Ebd.

²³⁹ Das AGSF war hierbei kein Einzelfall. Auch die Ostbüros der Parteien und die KgU nutzten den RIAS zur Informationsweitergabe bzw. wiesen die ostdeutschen Hörer über den Äther auf die Arbeit ihrer Flüchtlingsbetreuungsstellen hin. Das SPD-Ostbüro etwa überließ dem RIAS im Gegenzug Erkenntnisse aus der operativen Arbeit in der DDR. Ob das AGSF ähnlich verfuhr, ist nicht bekannt. Zum Verhältnis vom RIAS zur KgU und den Ostbüros siehe: Stöver, *Politik der Befreiung*, S. 34.

²⁴⁰ Tent, *Freie Universität*, S. 151.

²⁴¹ »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen. Vier Jahre studentischer Arbeit zwischen Ost und West«, in: *Hochschul-Informationen* (1953), Sondernummer, S. 3.

²⁴² BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 14.

²⁴³ FU Berlin, UA, Rektorat, 1489, RIAS-Sendeprotokoll »5 Jahre Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« vom 6.10.1954.

Monitoring-Stelle für Repressionen im DDR-Hochschulwesen zu etablieren.²⁴⁴ In Neujahrsansprachen wandte sich Geschäftsführer Spangenberg mehrfach an die »freiheitlich gesinnten Studenten und Professoren der Sowjetzone«, beschwor ihren Widerstandswillen und rief die Unzufriedenen zum Kampf gegen das Regime auf.²⁴⁵ Bezeichnenderweise regte Spangenberg in einer dieser Reden seine Hörer nicht dazu an, die DDR auf dem Fluchtwege gen Westen zu verlassen, um den Pool der oppositionellen Kräfte nicht auszutrocknen – was dem Vorwurf der systematischen Fachkräfteabwerbung, erhoben durch die DDR-Propaganda, widerspricht.²⁴⁶

Auch mittels des Sendeformates »RIAS-Funkuniversität« richtete sich das AGSF an die studentischen Hörer in der DDR. Das Konzept der Funkuniversität, die vom ehemaligen FU-Gründungsstudenten Gerhard Löwenthal geleitet wurde, war in den Tagen der FU-Gründung von dem Mediziner Dr. Thomas Eckert entwickelt worden, um angesichts der nicht ausreichenden Anzahl an Studienplätzen das Bildungsbedürfnis der vielen Studieninteressenten auf dem Rundfunkwege zu stillen.²⁴⁷ Nach der Gründung der DDR richtete sich dieses Sendeformat zunehmend an ostdeutsche Hörer, denen auf diese Weise die Möglichkeit gegeben werden sollte, »am wissenschaftlichen und akademischen Leben der freien Welt teilzunehmen«.²⁴⁸ Das AGSF beriet bei der Programmgestaltung dieses Sendeformates und entwickelte auch hierzu eigene Beiträge. Die Kooperation mit dem RIAS war für die Qualität der Ostarbeit trotz der Tätigkeit von Störsendern überaus wertvoll. Schließlich bot sich dem Amt auf diese Weise eine Möglichkeit, gegenöffentlichkeitswirksam und mittels größerer Reichweite in die DDR-Universitätslandschaft einzuwirken, ohne seine Mitarbeiter auf lebensgefährliche Einsatzfahrten schicken zu müssen oder Schriftsergebnisse auf logistisch aufwendige Weise in die DDR zu transferieren.

Der Kurierapparat

Hauptinstrument des AGSF, um den Kontakt zu den »freiheitlichen Studenten der Sowjetzone« aufrechtzuerhalten und in die DDR-Universitätslandschaft hineinzuwirken, blieb jedoch das große Netzwerk von Informanten und Kurieren, das sich über das gesamte DDR-Hochschulwesen erstreckte. Der genaue Entstehungszeitpunkt des umfangreichen Netzwerkes von informellen Mitarbeitern ist nicht ex-

²⁴⁴ BArch, B 285, RIAS-Sendeprotokoll. Aufruf des AGSF zur Registrierung von Verhafteten vom 5.6.1951.

²⁴⁵ FU Berlin, UA, AStA, Box 226, Protokolle der 3.Tagung der Referenten für gesamtdeutsche Fragen am 16./17. Mai 1953, S. 46.

²⁴⁶ Ebd.

²⁴⁷ »Ein Jahr RIAS-Funkuniversität«, in: Colloquium (1951), Nr. 5.

²⁴⁸ Ebd.

akt zu ermitteln. Informelle Kontakte zu Studenten in der DDR unterhielt bereits der AStA der FU vor der Gründung des Referats Ost im Herbst 1949. Nach Einschätzung des BMG besaß das AGSF jedoch bereits im Oktober 1950, also noch vor Umsetzung der Solidaritätsgroschensammlung, umfangreiche »Auskunftsöglichkeiten an allen Schulen der DDR«, was auf die Existenz eines weitreichenden Informantenapparates zu diesem frühen Zeitpunkt schließen lässt.²⁴⁹ Nachdem das Netzwerk aus Kurieren und Informanten im Winter 1950/51 ausgebaut und systematisiert wurde, begann es spätestens ab dem Frühjahr 1951, dank der Kooperationen mit dem BMG und den Amerikanern, expansiv zu wachsen.²⁵⁰ So konnte das AGSF mittels der amerikanischen »Harrison-Gelder« rund 100 eingeschlafene Verbindungen zu Studenten in der DDR wiederbeleben und für seine Ostarbeit nutzbar machen.²⁵¹ Als Wachstumstreiber erwiesen sich auch hier die anstehenden »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« im August 1951, in deren Vorfeld das gesamtdeutsche Ministerium den AGSF-Kurierapparat für die massenhafte Verteilung von Propagandamaterial einspannte und fast die Hälfte des Kurierapparates mit dieser Aktion auslastete.²⁵² Unklar bleibt jedoch, wie das AGSF seine Kuriere und Informanten gewann. Die Details der Rekrutierungspraxis liegen weitgehend im Dunkeln, weil das Amt eine konsequente Anonymisierung seiner Kuriere und Informanten betrieb. Ihre wahren Identitäten lagerten in einem Safe in der Dahlemer AGSF-Zentrale, waren nur ausgewählten Führungsmitarbeitern zugänglich und wurden von Decknamen wie »Dachs«, »Foxterrier« oder »Altmann« verschleiert.²⁵³ Auch finden sich keine Hinweise darauf, dass das AGSF eine bestimmte Vorgehensweise zur Rekrutierung neuer Kuriere und Informanten verfolgt hätte. Die wenigen rekonstruierbaren Fälle weisen jedoch darauf hin, dass Rekrutierungsbemühungen seitens des AGSF vor allem im Rahmen von Großereignissen wie den »Weltfestspielen der Jugend und Studenten«, den FDJ-Pfingsttreffen oder der »Grünen Woche« stattgefunden haben. So gibt etwa der langjährige Kurier »Altmann« an, in Berlin im Rahmen der kommunistischen Weltjugendfestspiele angeworben worden zu sein.²⁵⁴ Günter Jähne wiederum bezeugt, auf der »Grünen Woche« an einem Infostand der Studentenzeitschrift *Colloquium* für das AGSF kontaktiert worden zu sein.²⁵⁵

²⁴⁹ BArch, B 137, Akte 1137, Interner Vermerk vom 25.10.1950, Betr. Die Lage der Studenten aus der sowjetischen Besatzungszone und ihre Überprüfung, S. 1.

²⁵⁰ FU Berlin, UA, AStA, Box 239, AGSF-Tätigkeitsbericht für den Zeitraum vom 1.10.1950 bis 31.3.1951, S. 4.

²⁵¹ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Haushaltsplan vom 1.10.1951.

²⁵² BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1951.

²⁵³ BArch, B 166, Akte 1216, Abrechnungsunterlagen über die Einsatzfahrten der Kuriere und Informanten 1951, unpaginiert.

²⁵⁴ BSTU, MfS BV Lpz AIM 142/82, Bl. 135.

²⁵⁵ Jähne, In der Nacht, als die Stasi kam, S. 300.

Die massenweise Neurekrutierung veränderte offenbar auch das soziologische Profil der inoffiziellen AGSF-Mitarbeiterschaft in der DDR. Hatten bis 1951 vor allem Angehörige und Sympathisanten der bürgerlichen Studentenopposition aus dem Umfeld der Hochschulgruppen von LDP und CDU das Bild dominiert, traten im Zuge der Expansion von 1951 auch vermehrt Angehörige der FDJ und SED-Betriebsgruppen sowie Studenten der Arbeiter- und Bauernfakultäten in den Dienst des AGSF.²⁵⁶ Gründe hierfür dürften einmal das langsame Verschwinden des Milieus der bürgerlichen Studentenopposition nach der Zerschlagung der Studentenräte gewesen sein sowie ferner die Tatsache, dass ab 1951 die Erfassung der Studierendenschaft in die FDJ und andere Massenorganisationen des SED-Regimes spürbar fortgeschritten war.²⁵⁷ Darüber hinaus finden sich auch Hinweise, dass bisweilen auch Dozenten oder Professoren als Informanten oder Kuriere des AGSF dienten.²⁵⁸ Anzuzweifeln hingegen ist die Annahme des MfS, wonach das AGSF seine Kuriere gezielt im Umfeld des rechtsextremen Bunds Deutscher Jugend (BDJ) rekrutierte bzw. deren Kuriere direkt übernahm.²⁵⁹ In den Überlieferungen finden sich keine Hinweise auf irgendwelche Kontakte zum BDJ, geschweige denn Indizien, die auf eine Kooperation oder einen Informationsaustausch hinweisen, wie sie das AGSF etwa mit der Zeitschrift *Colloquium* oder der »Aktionsgruppe Baader« zeitweise betrieb. Stattdessen dürften der strikte Antitotalitarismus des VDS, aber auch die Aktivitäten der FU-Studentenschaft gegen rechtsextreme Aktivitäten seitens der Burschenschaften oder der Deutschen Partei im Umfeld der Berliner Universitäten eine gehörige Distanz zwischen AGSF und dem Umfeld des BDJ geschaffen haben.²⁶⁰

Welche Motive im Einzelnen den Ausschlag für die Aufnahme einer mitunter lebensgefährlichen Tätigkeit für das AGSF gegeben haben, ist nicht flächendeckend zu rekonstruieren. Politische Überzeugungen dürften dabei ebenso eine Rolle gespielt haben wie materielle Entlohnung. So bezeugen die Quellen, dass auch das AGSF sich nicht ausschließlich auf die intrinsischen Motive seiner Kuriere verließ und ebenso wie die KgU auf materielle Entlohnungen setzte, um die Kuriere und Informanten für ihre lebensgefährlichen Dienste zu entschädigen. So bekamen diese nicht nur sehr großzügig Fahrgeld und Ausgaben für eventuell anfallende Sachmittel zurückerstattet, sondern erhielten auch pro Einsatzfahrt Honorare in Höhe von fünf bis zwölf D-Mark, ebenso wie Tagesspesen in Höhe von fünf bis sieben D-Mark,²⁶¹ »um

²⁵⁶ Hurwitz, *Der heimliche Leser*, S. 135.

²⁵⁷ Krönig/Müller, *Anpassung, Widerstand, Verfolgung*. S. 168–172.

²⁵⁸ Kurier »Altmann« etwa belieferte das AGSF auch nach Abschluss seines Studiums als Dozent. BStU, MfS BV Lpz AIM 142/82.

²⁵⁹ BStU, MfS AP 1824/55, Bl. 76.

²⁶⁰ Zum Verhältnis von Studentenschaften und Kooperationen siehe Tent, *Freie Universität*, S. 224 f.

²⁶¹ BArch, B 166, Akte 1216, Abrechnungsunterlagen für den Kurierdienst vom Mai 1951, unpaginiert.

sich einmal ein Paar Schuhe oder andere Dinge kaufen zu können«, wie Spangenberg die karitativen Zahlungen begründete.²⁶² Berücksichtigt man den Wechselkurs von 1:4 sowie den häufig fehlenden Stipendienbezug gerade bei Studenten »bürgerlicher Herkunft«, war eine Tätigkeit für das AGSF durchaus lukrativ.²⁶³ Allein die maximal zwölf D-Mark Honorar pro Einsatzfahrt ließen sich auf 48 Ostmark »umrubeln« – eventuelle Überschüsse aus den großzügig bemessenen Tagesspesen oder Fahrgeldern nicht mit eingerechnet. Das entsprach immerhin knapp der Hälfte des gängigen Höchststipendienatzes für DDR-Studenten und stellte durchaus ein beträchtliches Zubrot dar. Gleichwohl sollte der finanzielle Anreiz nicht überbewertet werden. In den wenigen rekonstruierbaren Biografien von Kurieren und Informanten ist durchweg ein Bezug zum Umfeld politisch-oppositioneller Studentenkreise ersichtlich, was für die Dominanz der ideellen Motivation spricht.²⁶⁴

Durch die vom BMG und den amerikanischen Partnern getragene Expansion erreichte der Kurierapparat gegen Ende 1951/Anfang 1952 den Höhepunkt seiner Ausdehnung. Ende 1951 standen 231 inoffizielle Mitarbeiter an allen DDR-Universitätsstandorten in Verbindung zum AGSF.²⁶⁵ Die Dahlemer Zentrale wurde monatlich von 75 Kurieren und Informanten – 50 aus der DDR sowie 25 mit Wohnsitz in Ost-Berlin – aufgesucht.²⁶⁶ Die Bezifferung des Personennetzwerks von Organisationen wie dem AGSF ist naturgemäß schwierig, da für diesen klandestinen Bereich kaum Parallelüberlieferungen zur Verfügung stehen. Herkömmliche Methoden zur Schätzung, wie die von Erich Schmidt-Eenboom und Ulrich Stoll, die die von der KgU registrierten Verhaftetenzahlen als Datengrundlage nehmen, sind nur wenig zuverlässig.²⁶⁷ Denn erstens variierte die Qualität der Sicherheits- und Schutzmaßnahmen der einzelnen Organisationen für ihre Mitarbeiter beträchtlich, und zweitens hing die Zahl der Verhaftungen auch von der Verfolgungsintensität ostdeutscher und sowjetischer Sicherheitsapparate ab, die ihrerseits zeitlichen Konjunkturen unterlag. Die Größenangaben des AGSF über seinen Kurierapparat sind jedoch – zieht man die Zahlen gut erforschter Schwesterorganisationen als Vergleichsgrößen heran – durchaus realistisch und glaubwürdig. Demnach verfügte die

²⁶² BArch, B 166, Akte 1260, Schreiben von Spangenberg an Herrn Dr. Littell bezüglich des Zusätzlichen Haushaltsplanes des AGSF am 24.11.1953.

²⁶³ Roggenbuch, Grenzgängerproblem, S. 40.

²⁶⁴ So waren sowohl der Kurier »Altmann« als auch Günter Jaehne bereits vor Verbindungsaufnahme zum AGSF in Gruppierungen der Studentenopposition aktiv gewesen. Siehe zu »Altmann« BSTU, MfS BV Lpz AIM 142/82, Bl. 79. Zu Jaehne: Jaehne, In der Nacht, als die Stasi kam, S. 296–310.

²⁶⁵ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1951, S. 6.

²⁶⁶ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Haushaltsvoranschlag vom Oktober 1951, unpaginiert.

²⁶⁷ Erich Schmidt-Eenboom/Ulrich Stoll: Die Partisanen der NATO: Stay-Behind-Organisationen in Deutschland 1946–1991, Berlin 2015, S. 66–68, künftig zitiert: Schmidt-Eenboom/Stoll, Partisanen).

KgU als größte Privatorganisation im »Netzwerk des Kalten Krieges« in ihrem Spitzenjahr 1952 über rund 600 Verbindungspersonen auf DDR-Territorium,²⁶⁸ kleinere Organisationen, wie etwa der umstrittene und politisch weitgehend isolierte BDJ, nach CIA-Einschätzung über circa 40 Personen.²⁶⁹ Auch hier bestätigt sich demnach das Bild vom AGSF als eine mittelgroße Organisation innerhalb des »Netzwerk des Kalten Krieges« West-Berlins.

Für den Zenit des AGSF-Kurierapparates um das Jahr 1951 lassen sich zudem auch Aussagen über geografische Schwerpunkte seiner Aktivitäten machen. So verweisen die Quellen darauf, dass der Apparat auffallend häufig Einsatzfahrten in die mitteldeutschen Universitätsstädte Jena, Halle und Leipzig durchführte, wo auch die Hochburgen der Studentenopposition um die bürgerlichen Hochschulgruppen bis 1951 lagen.²⁷⁰ Dies ist ein deutliches Indiz dafür, dass der AGSF-Kurierapparat zu diesem Zeitpunkt noch eng mit den informell agierenden Reststrukturen der bürgerlichen Studentenopposition verflochten war.²⁷¹ Das expansive Wachstum des Kurierapparates zwang das AGSF dazu, diesen weiter zu systematisieren. Ab Oktober 1951 wurden die inoffiziellen Mitarbeiter im DDR-Gebiet in speziellen Gruppen zusammengefasst.²⁷² Die Angehörigen der »Informationsgruppen« sammelten Erkenntnisse über die Entwicklungen im DDR-Hochschulwesen und suchten monatlich die Berliner AGSF-Zentrale auf.²⁷³ Für den Transfer der durch die Gelder der Solidaritätssammlungen beschafften Güter sowie für die Versorgung der inhaftierten Studenten und Professoren waren die Mitglieder der Betreuungsgruppen zuständig.²⁷⁴ Die Unterstützung der aktiven Studentenopposition in der DDR wurde über die F-Gruppen gewährleistet. Die »F-Gruppen« arbeiteten nur nach genauer Anweisung und fuhren aus Sicherheitsgründen nur ungefähr dreimal im Jahr nach West-Berlin, wo sie aktionsgebundene Anweisungen erhielten oder mit Material wie Flugblättern etc. versorgt wurden.²⁷⁵ 1951 waren insgesamt 72 Informations- und Betreuungsgruppen an allen Universitätsstandorten der DDR vertreten.²⁷⁶

²⁶⁸ Heitzer, KgU, S. 207–208.

²⁶⁹ Schmidt-Eenboom, Partisanen, S. 66–68.

²⁷⁰ BArch, B 166, Akte 1216–1217, Berechnung auf Grundlager der Abrechnungsunterlagen für die Einsatzfahrten der Kurier- und Informanten, unpaginiert.

²⁷¹ Zum informellen Charakter der Studentenopposition nach 1951 siehe: Ammer, Gedanken, S. 152.

²⁷² BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 7.

²⁷³ Ebd.

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Ebd.

²⁷⁶ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1951, S. 6.

Niedergang der Ostarbeit

Schon bald stieß der rasch expandierende AGSF-Kurierapparat an seine Grenzen. So konnte das Amt bereits 1952 die Verteilung des *Monats* nur noch unter großen Schwierigkeiten wahrnehmen.²⁷⁷ Auch die Anzahl der Kuriere und Informanten, die monatlich die AGSF-Zentrale in Dahlem aufsuchten, sank von 40 im Jahr 1951/52²⁷⁸ auf 15 bis 18 im Jahr 1953.²⁷⁹ Harold Hurwitz vermutete eine veränderte Prioritätensetzung des AGSF zu Gunsten der West- und Auslandsabteilungen als Grund für den schwächelnden Kurierapparat.²⁸⁰ Das ist zu bezweifeln. Denn auch wenn der Befund zutrifft, dass das Amt 1952 mit dem Ausbau seiner Auslands- und Wissenschaftsabteilungen befasst gewesen war, zeigen die Haushaltsunterlagen dennoch, dass der »Abteilung Sowjetzone« bzw. dem Kurierapparat bis 1953 deswegen keine Mittel entzogen wurden.²⁸¹ Dass die Intensität des Kurierapparates stagnierte und ab 1952 nachließ, hatte demnach keine endogenen Ursachen. Dass sich das Mitarbeiternetz an den Hochschulen der DDR ab 1952 massiv auszudünnen begann und die Ostarbeit behinderte, war vielmehr Resultat der vielen Fluchten von AGSF-Verbindungsleuten in die Bundesrepublik infolge von Massenrelegationen politisch andersdenkender Studenten in der DDR. So deuten Indizien darauf hin, dass die stark angestiegenen Flüchtlingszahlen bei Studenten, die die AGSF-Beratungsstelle vor allem im zweiten Halbjahr 1952 registrierte, auch das Netz an Vertrauensleuten und informellen Mitarbeitern an den DDR-Universitätsstandorten ausdünneten. Unter den Flüchtlingsstudenten befand sich offenbar eine große Zahl an Personen, die in der DDR als Kuriere oder Informanten in Diensten des AGSF gestanden hatten. Unterfüttert wird diese Annahme durch die Tatsache, dass sich der Flüchtlingsausschuss der FU im Juni 1952 darüber beschwerte, dass unter den vom AGSF begutachteten Flüchtlingsstudenten auffallend viele AGSF-Mitarbeiter waren.²⁸² Der Vorwurf lautete, das AGSF missbrauche seine Gutachterposition dazu, seine gefährdeten Mitarbeiter in den sicheren West-Berliner Hafen der Freien Universität heimzuholen.²⁸³ Ob der Vorwurf zutreffend war, geht aus den Quellen nicht hervor. Doch die Existenz eines solchen Vorwurfs und der Konflikt zwischen Überprüfungsausschuss

²⁷⁷ Hurwitz, *Der heimliche Leser*, S. 135.

²⁷⁸ BArch, B 166, Akte 1216, Monatliche Abrechnungsunterlagen der Kuriereinsätze.

²⁷⁹ BArch, B 166, Akte 1260, Aktennotiz des AGSF über eine Unterredung mit Mr. Dr. Littell und Mr. Connells von der Foundation am 19.11.1953, unpaginiert.

²⁸⁰ Hurwitz, *Der heimliche Leser*, S. 135.

²⁸¹ Einen drastischen Budgetrückgang verzeichnete der Posten »Kurierdienst« erst ab dem Haushaltsjahr 1954/55, als ihm nur noch 450 statt 700 D-Mark im Vorjahr zustanden.

²⁸² BArch, B 166, Akte 1257, Protokoll der Sitzung des VDS-Vorstandes mit Vertretern des AGSF, FU-AStA und Colloquium am 16.6.1952 im Haus des Ringes politischer Jugend in Steglitz, S. 23 f.

²⁸³ Ebd.

und AGSF im Nachgang legen nahe, dass es sich nicht nur um wenige Einzelfälle handelte. Tatsächlich dürfte vielen oppositionell eingestellten Studenten und AGSF-Mitarbeitern im Laufe des Jahres 1952 der Boden an den DDR-Hochschulen zu heiß geworden sein, wodurch sich das Umfeld für die Ostarbeit sichtbar verschlechterte. Folgt man der Einschätzung des AGSF, so stand das Jahr 1952 im Zeichen einer »neuen Welle systematischer Jagd auf [a]ndersdenkende« Studenten im DDR-Universitätswesen.²⁸⁴ Im Fokus der verschärften Gangart standen demnach insbesondere die Jungen Gemeinden, die nach einem Parteitagsbeschluss im Juli 1952 an den Universitäten aufgelöst werden sollten.²⁸⁵ Zuvor hatte Walter Ulbricht höchstpersönlich die FDJ zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber »Agenten und Spionen« aufgerufen, die als »Vertreter der christlichen Bewegung« im Auftrag »West-Berliner Zentralen feindliche Tätigkeiten« durchzuführen beabsichtigt hätten.²⁸⁶ Die erhöhte Wachsamkeit von FDJ und SED an den Fakultäten fand ihren Ausdruck etwa in der Einführung von Wachschutzpersonal und Taschenkontrollen am Eingang von Universitäts- oder Bibliotheksgebäuden, was den Transfer von Literatur oder westlichen Publikationen in die Universitätsgebäude erschwerte und der Kurierarbeit die notwendige Atmosphäre der Anonymität entzog.²⁸⁷ Darüber hinaus wurde mit der Zerschlagung der letzten liberaldemokratischen Hochschulgruppen im selben Jahr sowie mit der Verhaftung des gesamten Jenaer LDP-Hochschulgruppenvorstandes ein wichtiger Rekrutierungspool für den Kurierapparat in dessen Schwerpunktgebiet trockengelegt.²⁸⁸

Doch nicht allein FDJ und SED hatten ihre Wachsamkeit gegenüber oppositionellen Studentenmilieus verstärkt und die AGSF-Ostarbeit dadurch erschwert. Auch die sowjetischen Sicherheitsbehörden setzten ab 1952 dem Kurierapparat des AGSF stark zu. Im Februar verhaftete der sowjetische Geheimdienst in Ost-Berlin einen FU-Studenten, der unter dem Decknamen »Hoffmann« im Raum Berlin als Kurier und Resident für das AGSF sowie als Informant für die Zeitschrift *Colloquium* gearbeitet hatte. Diese erste Verhaftung eines AGSF-Kuriers hatte die Aufdeckung und den Ausfall von circa neun weiteren AGSF-Verbindungsleuten zur Folge, die teilweise verhaftet wurden oder sich durch rasche Flucht nach West-Berlin dem Zugriff der Behörden noch rechtzeitig entziehen konnten.²⁸⁹ Nur kurze Zeit später gab auch der spätere Stasi-Chef Erich Mielke erstmals die offizielle Anweisung, das AGSF zu-

²⁸⁴ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1952, S. 9.

²⁸⁵ Ebd.

²⁸⁶ Ebd.

²⁸⁷ Ebd. Die mangelnde Anonymität der Universitätsgebäude wird auch von Harold Hurwitz als Hindernis für die AGSF-Ostarbeit hervorgehoben. Hurwitz, *Der heimliche Leser*, S. 135.

²⁸⁸ Buschfort, *Parteien im Kalten Krieg*, S. 150. Die Verhaftung des gesamten Vorstandes der Jenaer LDP-Hochschulgruppe registrierte auch das AGSF zeitgleich im Tätigkeitsbericht: BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1952, S. 10.

²⁸⁹ Rohwedder, *Terror*, S. 99.

sammen mit anderen Organisationen aus dem West-Berliner Raum ins Visier zu nehmen.²⁹⁰ Doch sollte es noch bis zum Jahr 1954 dauern, bis sich das MfS verstärkt am AGSF abarbeiten sollte. Noch Anfang 1954 besaß das Ministerium für Staatssicherheit kaum nennenswerte Informationen über das Amt und noch weniger über den Kurierapparat.²⁹¹ Die spät einsetzende Bekämpfung durch das MfS – auf die zu einem späteren Zeitpunkt noch einzugehen sein wird – war einerseits der langsamen Konsolidierung des DDR-Inlandsgeheimdienstes geschuldet, die sich ab 1952 aber dann sichtlich beschleunigte.²⁹² Andererseits ist die blanke Unkenntnis der DDR-Sicherheitsbehörden in den frühen 1950er-Jahren auch ein klares Indiz dafür, dass sowjetische Nachrichtendienste ihre Informationen über das AGSF, die sie durch Aktionen wie die Verhaftung von »Hoffmann« im Mai 1952 generiert hatten, offenbar nicht vollständig an die deutschen Genossen weitergaben.²⁹³ Doch ab 1954 begann das MfS systematisch Informationen über die AGSF-Aktivitäten auf DDR-Gebiet zu sammeln und erstellte rasch auch ein recht detailliertes Bild über Umfang und Arbeitsweise des Kurierapparates. So wusste die Stasi etwa von den Unterteilungen des Kurierapparates in Informations-, Betreuungs- und F-Gruppen.²⁹⁴ Auch das »Korrespondenzprinzip«, wonach die Aktionsgruppen des Amtes die losen studentischen Oppositionszirkel mit Material versorgten, wurde vom MfS identifiziert.²⁹⁵ Folglich häuften sich in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre die Verhaftungen von Kurieren und Informanten unter den Studenten der DDR. Exemplarisch diesbezüglich war die Verhaftung eines AGSF-Mitarbeiters mit dem Decknamen »Altmann« im Leipziger Raum 1957. Der Kurier »Altmann«, dessen Existenz auch die Unterlagen des AGSF bestätigen,²⁹⁶ war im Sommer 1951 im Rahmen der »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« in Ost-Berlin vom AGSF angeworben worden.²⁹⁷ Als Mitglied der Informationsgruppen im Raum Leipzig recherchierte er in den folgenden sechs Jahren Informationen über das politische Umfeld an der Juristischen Fakultät der Universität Leipzig, wo Altmann studierte und vor 1951 der dortigen

²⁹⁰ Buschfort, *Parteien im Kalten Krieg*, S. 150.

²⁹¹ BSTU, MfS Allg. P./1824/55, Bericht über das »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« vom 9.1.1954, unpaginiert.

²⁹² Jens Giesecke: *Die Stasi 1945–1990*. München 2011, S. 56 (künftig zitiert: Giesecke; Stasi).

²⁹³ Die Begrenzung des MfS durch die Sowjets hat auch Wolfgang Buschfort in Bezug auf die Bekämpfung der Ostbüros festgestellt. Buschfort, *Parteien im Kalten Krieg*, S. 143.

²⁹⁴ BStU, MfS Allg. P./1824/55, Bericht über das »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« vom 9.1.1954.

²⁹⁵ Ebd.

²⁹⁶ BArch, B 166, Akte 1216, Abrechnungsunterlagen über die Einsatzfahrten der Kuriere vom Mai 1952, unpaginiert.

²⁹⁷ BStU, MfS BV Lpz AIM 142/82, Bl. 135.

LDP-Hochschulgruppe angehört hatte.²⁹⁸ 1957 wurde er wegen Agententätigkeit zu zwölf Jahren Haft verurteilt.²⁹⁹

Das AGSF war stets bemüht gewesen, Verhaftungen von Kurieren zu vermeiden, und hatte deren Arbeitsweise daher mit diversen Sicherheitsmaßnahmen versehen. Ihre personenbezogenen Daten, wie es heute heißen würde, bewahrte das Amt in seiner Dahlemer Zentrale in einem Safe auf. Sie konnten nur von wenigen hochrangigen Mitarbeitern eingesehen werden. Auch erhielten die Kuriere die strikte Anweisung, sich ausschließlich unter ihrem Decknamen beim AGSF zu melden, um heimliche Treffen für Informations- oder Materialübergaben in West-Berlin zu vereinbaren.³⁰⁰ Wert legte das Amt auch darauf, dass die Kuriere nicht die wahre Identität anderer Kuriere kannten, um diese nicht in möglichen Verhören bei sowjetischen oder ostdeutschen Geheimdiensten zu gefährden.³⁰¹ Verhaftungen waren aber auch deshalb dringend zu vermeiden, weil das AGSF darauf bedacht war, möglichst skandalfrei zu arbeiten und seine auf den Kurierapparat gestützte Ostarbeit nicht zum Gegenstand irgendwelcher öffentlicher oder verbandsinterner Kontroversen werden zu lassen. Anschauungsmaterial dafür, wie eine hohe Ausfallrate im Kurierapparat das Image einer antikommunistischen Organisation in Mitleidenschaft ziehen konnte, lieferte hingegen die KgU.³⁰² Diese war nach 1950 mehr und mehr in den Ruf geraten, ihre Mitarbeiter fahrlässig in lebensgefährlichen Himmelfahrtskommandos zu verheizen, weswegen sich staatliche Stellen und zivilgesellschaftliche Akteure zunehmend von der schlagkräftigen »Cold-Warrior«-Truppe um den streitbaren Ernst Tillich distanzierten.³⁰³ Doch was sich für die KgU allenfalls rufschädigend auswirkte, konnte für das AGSF geradezu existenzbedrohend werden. Denn im Gegensatz zum AGSF war die KgU eine zivilgesellschaftlich ungebundene Organisation, die vorrangig von amerikanischen Geheimdiensten und militärischen Stellen finanziert wurde, die bekanntlich ein dickes Fell gegenüber militärischen oder paramilitärischen Verlusten von »human intelligence resources« besaßen. Doch beim AGSF lagen die Verhältnisse anders, schließlich war das Amt im VDS inkorporiert und diente damit einer zivilgesellschaftlichen Studentenorganisation als Ostbüro

²⁹⁸ BStU, MfS BV Lpz AIM 142/82, Bl. 122, Teilweiser Auszug aus dem Schlussbericht im Untersuchungsvorgang gegen »Altmann« und andere vom 29.6.1957.

²⁹⁹ BStU, MfS BV Lpz AIM 142/82, Bl. 139, Schreiben des MfS, Bezirksverwaltung Potsdam, Kreisdienststelle Rathenow an den Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam zur vorzeitigen Haftentlassung von »Altmann« vom 7.11.1961.

³⁰⁰ BArch, B 166, Akte 1260, Aktennotiz des AGSF über den unangekündigten Besuch von Dr. Pagel vom BMG am 13.11.1953, S. 2.

³⁰¹ BArch, B 137, Akte 1136, Vortrag von Dietrich Spangenberg auf einer Studententagung in Bad Homburg »Studenten diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs« vom 14. bis 16.6.1952, S. 9.

³⁰² Heitzer, KgU, S. 474.

³⁰³ Ebd., S. 193.

und deutschlandpolitische Abteilung. Die Handlungsspielräume der Ostarbeit waren demnach nicht nur sicherheitspolitischen Erwägungen, sondern vor allem anderen der Willensbildung innerhalb der Studentenschaften unterworfen. Es galt also nicht vorrangig die Gunst von Militärs oder Geheimdienstspezialisten zu erlangen, sondern schlicht darum, die Mehrheit der AStA-Vorsitzenden nicht gegen das Projekt der Ostarbeit aufzubringen. Für die reihenweisen Inhaftierungen von ost- oder westdeutschen Studenten durch AGSF-Aktionen hätten die beschlussfassenden Gremien des VDS weniger Verständnis aufgebracht als westalliierte Militärs. Die Studentenschaft war nicht die einzige Anspruchsgruppe, der gegenüber das AGSF skandalfrei arbeiten musste. Auch die Foundation, die ab 1952 die Ostarbeit und den Kurierapparat mitfinanzierte und um ihre zivilgesellschaftliche Tarnung bemüht war, erwartete vom AGSF eine möglichst geräuschlose und skandalfreie Arbeit auf DDR-Gebiet.³⁰⁴ Doch all dies verhinderte nicht, dass das AGSF Anfang 1952 im Nachgang der Verhaftung des bereits erwähnten Kuriers »Hoffmann« in die Kritik geriet. Die Frankfurter Studentenzeitung *Die Kernfrage* titelte im Mai 1952 unversehens:

»Opfer der Bürokratie: 12 ostdeutsche Studenten durch SSD verhaftet – Büro-Bosse des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen verschliefen Warnung – Colloquium-Mitarbeiter hielt nicht dicht.«³⁰⁵

Was war geschehen? Im Februar des Jahres 1952 war der FU-Student und Konventsmitglied Hoffmann während einer privaten Reise in Ost-Berlin vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und in der Zentrale der Besatzungsmacht in Berlin-Karlshorst verhört worden.³⁰⁶ Hoffmann, der bis 1949 in Leipzig studierte und dort der Ost-CDU angehört hatte, arbeitete nach seiner Flucht nach West-Berlin als SBZ-Fachmann bei der Studentenzeitung *Colloquium*.³⁰⁷ Zu seinen Aufgaben dort gehörte unter anderem die Koordination der Informanten und Kuriere, die das Blatt in der DDR unterhielt. Im Rahmen dieser Tätigkeiten hatte Hoffmann Kontakt zum AGSF, das er bisweilen mit Informationen versorgte. Als Ausgleich für diese Tätigkeit erhielt Hoffmann vom AGSF Mittel aus den Solidaritätsfonds des Amtes, etwa Fachbücher oder Medikamente, die er über das *Colloquium*-Kuriernetzwerk in die Sowjetzone weiterleitete.³⁰⁸ Nachdem der sowjetische Geheimdienst Hoffmann ausgiebig verhört hatte, unterschrieb dieser eine Kooperationsverpflichtung und kehrte wieder nach West-Berlin zurück. Dort informierte er die Leitung des AGSF, Spangenberg und Evers, zwar über seine Verhaftung, verschwieg jedoch, dass er im Verhör Studenten in der DDR stark belastet hatte, die in Verbindung zum AGSF standen.

³⁰⁴ BArch, B 166, Akte 1260, Aktennotiz über einen Besuch von Mr. Connells vom 29.1.1953.

³⁰⁵ Zitiert nach: Jaehne, *Die Nacht, als die Stasi kam*, S. 302.

³⁰⁶ Rohwedder, *Terror*, S. 99.

³⁰⁷ Ebd.

³⁰⁸ Ebd.

Im Unwissen hierüber gelassen, informierte das AGSF die *Colloquiums*-Redaktion nur spärlich über den Vorfall, da das AGSF keinerlei Gefährdung für Personen in der DDR sah. Stattdessen rieten sie Hoffmann dazu, den sowjetischen Geheimdienst im Glauben über seine Kooperationswilligkeit zu lassen und weiterhin zu den Treffen mit seinen sowjetischen Führungsoffizieren zu gehen, um Absichten und Ziele des sowjetischen Geheimdienstes in Erfahrung zu bringen.³⁰⁹ Offenkundig wollte das AGSF die Panne dazu nutzen, sich mit Hoffmann einen regelrechten Doppelagenten in den Reihen des sowjetischen Geheimdienstes heranzuziehen. Vor allem aber versprach sich das AGSF von den weiteren Treffen Hoffmanns mit dem sowjetischen Geheimdienst Informationen über die von Hoffmann erwähnten Personen, damit das AGSF deren Gefährdungsgrad einschätzen könne.³¹⁰ Vier Wochen später zweifelte das AGSF an Hoffmanns Aussagen beim sowjetischen Geheimdienst, informierte das *Colloquium* nun doch vollständig über den Zwischenfall und warnte eiligst alle AGSF-Studenten, die mit Hoffmann in Verbindung standen. Einige der betroffenen Studenten konnten sich noch rechtzeitig nach West-Berlin absetzen, andere jedoch erreichte die Warnung zu spät. Im Endergebnis wurden nicht nur die neun Studenten in der DDR verhaftet, sondern auch die in Leipzig lebenden Eltern von Hoffmann.³¹¹

Auf seine schlechte Presse reagierte das AGSF mit höchst unglücklichem Krisenmanagement. Es verlangte von der Redaktion der *Kernfrage* eine Gegendarstellung und erwoog gegenüber dem VDS-Vorstand, das BMG und die Rechtsschutzstelle darüber zu informieren und zur Einflussnahme zu drängen.³¹² Diese hemdsärmelige, ja grobe Umgangspraxis entsprach nicht den studentenschaftlichen Gepflogenheiten, durchaus allerdings der Vorgehensweise des AGSF. Schon ein Jahr zuvor hatte sich der Chefredakteur der verbandseigenen *Deutschen Studentenzeitung* (DSZ) über die Androhung von AGSF-Vize Evers beschwert, über das BMG eine Entziehung der Fördergelder für die *Deutsche Studentenzeitung* zu erwirken, wenn die DSZ-Redaktion den inhaltlichen Gestaltungswünschen des AGSF nicht nachgeben würde.³¹³ Die Auswirkungen der Veröffentlichungen ließen nicht lange auf sich warten. Noch im April desselben Jahres ging etwa die verbündete »Aktionsgruppe Baader« auf Distanz zum AGSF, beschränkte die Zusammenarbeit fortan auf die Informations-

³⁰⁹ Ebd.

³¹⁰ BArch, B 166, Akte 1257, Abschrift des Tatherganges, adressiert an Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling vom 7.4.1952, S. 4.

³¹¹ Ebd.

³¹² BArch, B 166, Akte 1257, Schreiben von Spangenberg an den 1. VDS-Vorsitzenden Johannes Reinhold vom 30.7.1952.

³¹³ BArch, B 166, Akte 1257, Aktennotiz des DSZ-Chefredakteurs Dieter Wellershoff über den Vorfall vom 21.8.1951.

weitergabe nur rein »studentische[r] Fragen« und verwies wenig später gegenüber dem BMG auf die »großen Verluste« des AGSF-Kurierapparates.³¹⁴

Bedeutend schlimmer als die schlechte Presse und die wachsende Distanz verbündeter Organisationen war jedoch, dass auch die Studentenvertretung der FU sich angesichts des Vorfalles vom AGSF distanzierte. Der AStA der Freien Universität setzte sich umgehend mit der Berliner Staatsanwaltschaft in Verbindung, formulierte eine Anzeige gegen »Hoffmann« und verwies insbesondere auf die Rolle, die »Angehörige des AGSF« in diesem Fall gespielt hätten.³¹⁵ Zudem forderte der AStA den VDS dazu auf, eine Untersuchungskommission zu den Vorgängen einzuberufen und die in der Affäre um »Hoffmann« beteiligten AGSF-Mitarbeiter bis auf Weiteres zu suspendieren.³¹⁶ Dieser Untersuchungsausschuss trat im Juni 1952 zusammen. Ihm gehörten der FU-AStA, der VDS-Vorstand, das AGSF und die *Colloquiums*-Redaktion an, deren Kurier »Hoffmann« vorrangig gewesen war.³¹⁷ Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Frage, ob das AGSF sich im Fall Hoffmann fahrlässig verhalten habe und inwieweit die Ostarbeit auf DDR-Gebiet mittels des Kurier- und Informantenapparats überhaupt im Einklang mit den Seeshaupter Beschlüssen stünde.³¹⁸ Im Zusammenhang mit der Affäre um »Hoffmann« blieb der AStA bei seinen Vorwürfen. Kritisiert wurde, dass die Sicherheitsmaßnahmen des AGSF nicht gründlich funktioniert hätten und damit die Verhaftungen der neun DDR-Studenten im Anschluss von Hoffmanns Belastungen ermöglicht worden wären.³¹⁹ Tatsächlich räumten die anwesenden AGSF-Mitarbeiter ein, dass die Warnmöglichkeiten aufgrund der Semesterferien und der Anonymisierungsmaßnahmen nur eingeschränkt und unzureichend funktioniert hätten.³²⁰ Nichtsdestotrotz sahen die anwesenden Studentenvertreter die operative Ostarbeit grundsätzlich durch die Seeshaupter Beschlüsse gedeckt und sprachen dem AGSF das Vertrauen aus. Allerdings wurde die Art der Durchführung der bisherigen Ostarbeit beanstandet. »Geheimnistuerei« des Amtes gegenüber anderen Organisationen und der Umstand, dass das AGSF und andere kleine Gruppen »auf eigene Faust Ostarbeit betrieben« und dabei »dilettantisch« vorgingen, erregten auch weiterhin das Missfallen der Studentenvertreter.³²¹ Vor diesem Hintergrund wurde angeregt, die Ostarbeit voll-

³¹⁴ BArch, B 137, Akte 2381, Gedächtnisprotokoll des BMG von einer Unterredung mit AB-Mitgliedern im Bundeshaus vom 3.7.1952.

³¹⁵ BArch, B 166, Akte 1257, Schreiben des FU-AStA an den VDS-Vorstand vom 10.6.1952.

³¹⁶ Ebd.

³¹⁷ BArch, B 166, Akte 1257, Protokoll der Sitzung des VDS-Vorstandes mit Vertretern des AGSF, FU-AStA und Colloquium am 16.6.1952 in Berlin-Steglitz, S. 7 (im Folgenden abgekürzt als Protokoll).

³¹⁸ Ebd.

³¹⁹ Protokoll, S. 9.

³²⁰ BArch, B 166, Akte 1257, Berichtigung des AGSF zum Vorfall Hoffmann, undatiert, S. 1.

³²¹ Protokoll, S. 7.

ständig auf karitative Bereiche einzuschränken.³²² Das Ansinnen lehnte das AGSF jedoch mit dem Hinweis auf den Informationsauftrag der Seeshaupter Beschlüsse ab.³²³ Letztlich stellte der Ausschuss die Arbeit mit der Betonung auf das fehlerhafte Verhalten aller Beteiligten ein.³²⁴

Das weitere Schicksal von »Hoffmann« geht aus den Akten nicht hervor. Wie ein Schreiben des AGSF an einen Anwalt erhellt, hatte das Amt für seinen Doppelagenten Hoffmann nach der Verhaftung seiner Eltern vorgesehen, ihn angesichts der Gefahr des Menschenraubes durch die Sowjets in die Bundesrepublik auszufliegen und dort ein Weiterstudium zu ermöglichen. Hierzu hatte das AGSF erste Schritte eingeleitet und Vereinbarungen mit *Colloquiums*-Redakteur Otto Hess und dem amerikanischen Geheimdienst CIC getroffen – was die stets bestrittene, aber oft unterstellte Nähe des AGSF zu alliierten Geheimdiensten belegt.³²⁵ Bezeichnenderweise blieb dieses geplante Arrangement, das nach Bekanntwerden von Hoffmanns Aussagen beim sowjetischen Geheimdienst in Karlshorst fallengelassen wieder obsolet war,³²⁶ gegenüber den Studentenvertretern der FU und dem VDS-Vorstand unerwähnt. Wohl auch, weil diese Verbindung der Studentenschaft bekannt wurde, sollte das AGSF mit dem sprichwörtlichen blauen Auge aus der Affäre hervorgehen. Die Ostarbeit und die zuständige »Abteilung Sowjetzone« blieben bestehen und wurden auch nicht verkleinert oder in ihren Handlungsspielräumen nennenswert eingeschränkt. Dies verdankte das Amt allerdings nicht dem nach wie vor bestehenden Rückhalt im Verband und in den Studentenschaften, sondern vor allem der Tatsache, dass die weitgefassten Seeshaupter Beschlüsse der Ostarbeit ein hinreichend großes Rechtfertigungsfundament zur Verfügung stellten. Hieraus bezogen das AGSF und seine »Abteilung Sowjetzone« ihre großen Handlungsspielräume. Gleichwohl hatte der Ausschuss das Verhalten des AGSF nicht umstandslos gebilligt. Die ambivalente Beurteilung der Lage zog Konsequenzen nach sich, die für die weitere Ostarbeit in den Jahren nach 1952 bedeutsam sein sollten.

So legte der FU-ASTA dem Stellvertretenden Vorsitzenden des AGSF, Carl Heinz Evers, den Rücktritt nahe.³²⁷ Er wurde für die Kommunikationspanne und das Versagen des Warnapparates maßgeblich verantwortlich gemacht. Evers trat im Sep-

³²² Ebd., S. 32.

³²³ Ebd.

³²⁴ BArch, B 166, Akte 1257, Erklärung des VDS-Vorstandes zum »Fall Hoffmann« vom 17.6.1952, unpaginiert.

³²⁵ BArch, B 166, Akte 1257, Schreiben des AGSF-Leiters an den Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling in der Sache Hoffmann vom 7.4.1952, S. 8.

³²⁶ Ebd.

³²⁷ BArch, B 166, Akte 1257, Schriftliche Zusammenfassung einer Besprechung zwischen dem Vorstand des VDS und der Studentenvertretung der Freien Universität, Betr. Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen am 4. 11.1952 im Klubhaus der FU, S. 1.

tember 1952 auf Druck des FU-AStA von allen Ämtern im AGSF zurück.³²⁸ Damit verlor das AGSF den Vater und Motor der AGSF-Ostarbeit. Als geistiger Urheber der Solidaritätssammlung hatte er die Grundlagen für die Aktivitäten des AGSF auf DDR-Territorium geschaffen. Und auch der Aufbau und die Systematisierung des Kurier- und Informantenapparates trugen unverkennbar die Handschrift des einstigen Hallenser Flüchtlingsstudenten.³²⁹ Gleichwohl fiel Evers nicht von ungefähr die Rolle des Bauernopfers zu. Denn ebenso offensichtlich wie seine Verdienste um die AGSF-Aufbauphase waren Evers' Talent für Feindschaft, seine Angewohnheit, Dinge auf die grobe Tour durchzusetzen, sowie sein Hang zu sprunghaften Alleingängen und Nonkonformismus.³³⁰ Diese Charakterzüge schlossen eine Befähigung zum Amt keineswegs aus und kamen dem Aufbau des AGSF zeitweise sogar zu Gute. Doch Charaktereigenschaften, die unter den Bedingungen von Stagnation, Ausweglosigkeit und Lethargie, wie sie 1950 im VDS herrschten, fruchtbaren Pioniergeist und Macher-Qualitäten freisetzen, konnten sich 1952 unter den gewandelten Bedingungen eines konsolidierten und vielfach mit sensiblen Anspruchsgruppen vernetzten AGSF nachteilig, ja sogar destruktiv auswirken. Und so hatte Evers in den knapp zwei Jahren seiner Stellvertreterschaft erstaunlich viel Porzellan bei allen möglichen Partnern zerschlagen und an Popularität und Ansehen eingebüßt.

Auch bei den amerikanischen Verbündeten, die sich trotz ihrer einflussreichen Stellung im »Hoffmann-Skandal« und den nachfolgenden verbandsinternen Streitigkeiten diskret zurückgehalten hatten, war Evers offenbar als Sicherheitsleck in Verruf geraten. So verdächtigten amerikanische Geheimdienstkreise den streitbaren AGSF-Vize im Frühjahr 1952, bewusst oder versehentlich Fehlinformationen über den Gesundheitszustand des KgU-Gründers Rainer Hildebrandt an die norddeutsche Presse weitergeleitet zu haben.³³¹

Ob all diese Vorwürfe, die sich allerdings durchaus in das skizzierte Psychogramm einfügen, zutrafen, ist unklar. Doch die Summe aus all diesen Fällen hatte dazu beigetragen, dass Evers' Stuhl bereits vor dem Ausbruch des Hoffmann-Skandals erheblich wackelte und nur noch eines Anstoßes durch einen leichtfertigen Kurier zum Sturz bedurfte. Das Gerücht, AGSF-Leiter Spangenberg hätte die Affäre zur Ausschaltung seines Konkurrenten Evers genutzt, kann nicht mehr auf seinen

³²⁸ BArch, B 166, Akte 1257, Schreiben von Carl Heinz Evers an den VDS-Vorstand vom 22.7.1952 zu den Gründen seiner Kündigung.

³²⁹ Ebd.

³³⁰ Evers selbst sprach rückblickend von einem »Hang zum Unkonventionellem, zum Nonkonformismus« bei sich selbst. Lutz van Dick/Georg Hansen (Hrsg.): Heute noch! Carl Heinz Evers. Eine politisch-pädagogische Biografie, Weinheim 1987, S. 28.

³³¹ Geheimes Schreiben an den Chief of mission in Frankfurt/Main über ein Sicherheitsleck im Deutsch-Russischen Freiheitsbund vom 31.01.1952, https://www.cia.gov/readingroom/docs/DTLINEN_0040.pdf (07.07.2023).

Wahrheitsgehalt hin überprüft werden.³³² Jedenfalls ging auch der charismatische und maßvoll agierende Spangenberg, der als Antipode zu Evers wirkte, keineswegs mit Gewinn aus der Affäre hervor. Das Amt des Leiters – und das war nach Evers' Rücktritt die zweite Maßnahme – sollte zukünftig nicht mehr in der Weise unabhängig vom Bonner Vorstand agieren können, wie es im März 1951 beschlossen worden war. Stattdessen musste nun der 1. Vorstandsvorsitzende des Verbandes die direkte Leitung und vor allem die »persönliche Verantwortung« für das AGSF übernehmen und dafür Sorge tragen, dass »die Arbeit des AGSF in Übereinstimmung mit dem Verband und den anderen Organen des VDS« vollzogen werde.³³³ Der vormalige Leiter des AGSF Spangenberg wurde zum ausführenden Geschäftsführer degradiert.³³⁴ Rückblickend unklar ist, inwieweit diese Anbindung des AGSF an den Verband de facto eine Einschränkung der Ostarbeit darstellte. Denn solange das Amt des 1. VDS-Vorsitzenden von Horst Rögner-Francke ausgeübt werden sollte, dem stets verständnisvollen und loyalen Protegé des AGSF und dessen Ostarbeit, gab es diesbezüglich wenig Anlass zur Sorge. Selbst das gesamtdeutsche Ministerium, das die Affäre sehr genau beobachtet hatte und den größeren Einfluss der Studentenschaften auf das AGSF naturgemäß fürchtete, begrüßte diese Maßnahme.³³⁵ Neben der Wahrung der personellen Kontinuität durch Geschäftsführer Spangenberg wurde auch dessen Anbindung an den VDS-Vorstand positiv eingestuft, durch die der Geschäftsführer Spangenberg nun »nicht mehr vom Votum seiner studentischen Wähler abhängig« war.³³⁶ Dass dies sich zumindest teilweise als Fehleinschätzung erweisen sollte, zeigen die Jahre nach 1952. Denn die Nachfolger Rögner-Franckes im VDS-Vorstand brachten weitaus weniger Verständnis für die Ostarbeit auf als der Berliner Gründungsstudent und Spangenberg-Vertraute.

Spätestens in der Amtszeit Heinrich Wittnebens ab 1956, der ebenso wie sein Nachfolger Klaus Meschkat die Ostarbeit für »unverantwortliche Spielereien hielt«, fehlte dem AGSF die Rückendeckung des Vorstands für seine operativen Aktionen auf DDR-Gebiet.³³⁷ Wie wenig Rückhalt die durch den Kurierapparat gestützte Ostarbeit in den Studentenschaften 1957 noch besaß, verdeutlichen auch die Bestrebungen des BMG gegenüber dem Vorstand, angesichts studentenschaftlicher Kritik die bisherige Bezeichnung des Haushaltspostens »Kurierdienst« in den Etatplänen

³³² Dies behauptet jedenfalls eine MfS-Quelle: BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 151, Auszug aus einem Bericht über die »gesamtdeutsche Arbeit« des RSDS [sic], undatiert.

³³³ BArch, B 166, Akte 1257, Erklärung des VDS-Vorstandes vom 17.6.1952.

³³⁴ Ebd.

³³⁵ BArch, B 137, Akte 1136, Bericht von Dr. Murawski über die 16. VDS-Delegiertenkonferenz in Kiel im November 1952, S. 1.

³³⁶ Ebd.

³³⁷ Zeitzeugeninterview mit Klaus Meschkat am 9.1.2017.

durch den Euphemismus »Dispositionsfonds« zu ersetzen.³³⁸ Der Imageverlust quasinachrichtendienstlicher Aktivitäten im »Feindesland« war jedoch kein isoliertes Phänomen, das sich auf den hochschulpolitischen Bereich beschränkte. Auch außerhalb der AStAs gab es für diese Aktionsformen in der bundesdeutschen Politik und Gesellschaft immer weniger Zuspruch, wie auch der vergleichende Blick auf Schwesterinstitutionen beweist. So hatten ebenso die Ostbüros der Parteien ihr Engagement in diesem Bereich bis Mitte der 1950er-Jahre deutlich zurückgefahren.³³⁹ Dass die Organisationen des antikommunistischen Netzwerkes im Umfeld des BMG ihre Operationen ab 1955 stark verringerten, lag auch daran, dass in Bonn und Washington sich die Perspektive auf diese Vorgehensweisen verändert hatte. Das Potential, das Anfang der 1950er-Jahre in den Strategien von »Containment« und »Rollback« vermutet wurde, konnte nicht ausgeschöpft werden. Selbst ehemalige geistige Väter der »Rollback«-Politik wie George F. Kennan spielten nach 1955 nicht die Rolle des Lordsiegelbewahrs ihrer einstigen Konzeptionen und distanzierten sich angesichts erwiesener Untauglichkeit von ihren früheren Ideen.³⁴⁰ Die antikommunistischen Aufstände in der DDR 1953 und in Ungarn 1956 machten die Grenzen dieser Strategie im Hinblick auf eine mögliche Selbstbefreiung der Völker am »Tage X« deutlich. Die UdSSR hatte ihren Herrschaftsbereich in Ost- und Mitteleuropa sichtlich konsolidiert. Hinzu kam auch, dass ab 1957 neue Reisebeschränkungen die Grenzdurchlässigkeit für Studenten einschränkten und somit Kurieren und Residenten Grenzüberfahrten in die Dahlemer AGSF-Zentrale massiv erschwert wurden. Auch die zunehmende Unterwanderung der Universitäten durch das MfS ab 1956/57 dürfte die operative Ostarbeit unter den Studenten der DDR erschwert haben.³⁴¹ Inwieweit bereits vor dem Bau der Mauer noch regelmäßige Kurierfahrten in die DDR stattfanden, ist unklar. Zumindest der VDS-Vorsitzende der Jahre 1958/59, Klaus Meschkat, schließt dies für die Zeit seiner Amtszeit ab 1958 kategorisch aus.³⁴² Spätestens mit dem Bau der Mauer 1961 wurde die Ostarbeit mittels eines Kurierapparates auch jenseits aller politischen Fragen zur logistischen Unmöglichkeit und fand zweifelsfrei ihr Ende.

³³⁸ BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben von Staatssekretär Thedieck an den VDS-Vorstand am 17.5.1957.

³³⁹ Siehe hierzu: Buschfort, Parteien im Kalten Krieg.

³⁴⁰ Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte. Vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 194 (künftig zitiert: Winkler, Westen).

³⁴¹ Siehe hierzu: Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957 (= Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 6), 3. Auflage, Berlin 2006, S. 26 f. (künftig zitiert: Kowalczyk, Niederschlagung).

³⁴² Zeitzeugeninterview mit Klaus Meschkat am 9.1.2017.

»Ermittlung und Abwehr« kommunistischer Infiltration

Ausgangslage

Wie vergleichbare »Privatorganisationen des Kalten Krieges« beteiligte sich auch das AGSF in den frühen 1950er-Jahren an der Enttarnung von »Ostagenten« und der Abwehr von »kommunistischen Infiltrationen«. Unter den AGSF-Tätigkeitsbereichen nahm die Arbeit der hierfür zuständigen Abteilung »Ermittlung und Abwehr« von Anfang an eine Sonderstellung ein: Denn anders als die Ostarbeit, die Flüchtlingsbetreuung oder die Aufklärungsarbeit ließ sich die Abwehrarbeit nicht unmittelbar – oder nur bei sehr großzügiger Auslegung – aus den Seeshaupter Beschlüssen ableiten. Zudem berührte die Abwehrarbeit auch die Kompetenz- und Hoheitsbereiche staatlicher Sicherheitsbehörden. Ungewöhnlich war dieses Engagement gleichwohl nicht. Viele Privatorganisationen, Ostbüros und gesamtdeutsche Referate waren spätestens ab 1950 in ein mehr oder weniger nachrichtendienstliches Gefüge eingebunden, das die Einschleusung von Agenten und die kommunistische Infiltration bundesdeutscher Institutionen verhindern sollte. Diese Erscheinungsform einer antikommunistischen konzertierten Aktion, bei der ein Netz privater Organisationen als »Zulieferbetriebe« für die staatlichen Sicherheitsbehörden fungierte, war Ausdruck einer ab 1950 um sich greifenden »Kommunistenfurcht« und Unterwanderungsangst. Sie wurzelte in der beginnenden Systemkonfrontation sowie in den Zweifeln hinsichtlich der Stabilität der jungen und verteidigungsschwachen bundesdeutschen Demokratie.³⁴³ Diese bundesdeutsche Variante der »red scare« folgte weniger einem nazistischen Kontinuitäts-Antikommunismus, sondern entstand erst allmählich aus den Dynamiken des Kalten Krieges und der deutschen Teilung.

Die kollektiven Erinnerungen an die – erinnerungskulturell oft kritisch beleuchtete – Kommunistenfurcht der 1950er-Jahre überdecken bisweilen, welche tatsächliche Rolle kommunistische Kräfte in der Politik und Gesellschaft im Nachkriegsdeutschland eingenommen hatten. Denn wie neuere Forschungsarbeiten längst aufgezeigt haben, waren etwa die KPD und ihre Umfeldorganisationen nach 1945 politisch oder gesellschaftlich keineswegs so umfassend isoliert gewesen, wie zeitgenössische erinnerungskulturelle Zeugnisse dies bisweilen vermitteln.³⁴⁴ In den

³⁴³ Zur Rolle privater Organisationen in der politischen Kultur des Kalten Krieges und deren Anleitung durch die Bundespolitik siehe vor allem: Creuzberger, BMG.

³⁴⁴ Zur Position der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Nachkriegsdeutschland siehe: Till Kössler: Die Grenzen der Demokratie. Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik, in: Creuzberger/Hoffmann, »Geistige Gefahr«, S. 229–250, (künftig zitiert: Kössler, Grenzen der Demokratie).

Jahren nach 1945 hatten die Zeichen vielmehr auf gesellschaftliche Integration, teilweise sogar auf Expansion der kommunistischen Kräfte gestanden. So gelang es der KPD, 1946/47 in fast alle Landtage Westdeutschlands einzuziehen und dabei zum Teil zweistellige Stimmenanteile zu erreichen.³⁴⁵ Vor allem ihre starke Position in den alten Wählerhochburgen in den Zechenstädten entlang von Rhein und Ruhr verwiesen auf eine erfolgreiche Remobilisierung des alten sozial-moralischen Arbeitermilieus der Vorkriegszeit. Tatsächlich hatten in den Arbeiterquartieren der Ruhrgebietsstädte ganze kommunistisch dominierte Straßenzüge und Häuserblocks den NS-Terror scheinbar unbeschadet überlebt, wo nach 1945 auf Straßenfesten die Traditionen der kommunistischen Arbeiterbewegung familienfreundlich, unbehelligt und offen gefeiert wurden.³⁴⁶ Entsprechend selbstverständlich fanden kommunistische Akteure Zugang zur Landes- und Kommunalpolitik. In Niedersachsen war die KPD an der Landesregierung beteiligt und stellte den Gesundheitsminister. In der britischen Zone gehörten ihre Mitglieder sogar den sicherheitspolitisch brisanten städtischen Polizeiausschüssen an.³⁴⁷ In den Betrieben herrschte ein ähnliches Bild. Kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre besetzten vielfach Betriebsratsposten in Industrieunternehmen, anfänglich ohne auf die leisesten Restriktionen zu stoßen. In den Branchen Bergbau und Metallindustrie stellten »die Kommunisten« 1946/47 circa ein Drittel aller Betriebsräte.³⁴⁸ Auch die Vorfeldorganisation FDJ saß fest verankert in allen städtischen Jugendringen Nordrhein-Westfalens und besaß ungehinderten Zugang zu Fördergeldern und öffentlichen Veranstaltungsräumen.³⁴⁹ Die Partei selbst, so schien es, hatte es nach 1945 verstanden, ihr angestammtes Milieu nach erfolgreicher Remobilisierung zu verlassen und neue Bevölkerungsschichten an sich zu binden. So stieg auch die Mitgliederzahl rasch auf 300.000 Personen, und auch Stadtbezirke jenseits der klassischen Arbeiterquartiere wurden stärker als je zuvor durch Ortsgruppengründungen erschlossen.³⁵⁰

Die Gründe für die expansive Entwicklung des westdeutschen Nachkriegs-Kommunismus waren vielfältig. So hatten sich die KPD und vor allem viele ihrer Funktionäre im Widerstand gegen das NS-Regime verdient gemacht. Dies verschaffte ihr nicht nur den Schutz der anfangs noch stark entnazifizierungsorientierten Westalliierten. Es schuf auch einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund mit anderen politischen Kräften. Zahlreiche Christdemokraten und Sozialdemokraten hatten

³⁴⁵ So z.B. in Nordrhein-Westfalen 1947: <https://www.wahlen-in-deutschland.de/blNRW.htm> (05.05.2025).

³⁴⁶ Kössler, Grenzen der Demokratie, S. 231.

³⁴⁷ Ebd., S. 231.

³⁴⁸ Till Kössler: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 143), Düsseldorf 2005, S. 187, (künftig zitiert: Kössler, Abschied von der Revolution).

³⁴⁹ Kössler, Grenzen der Demokratie, S. 231.

³⁵⁰ Kössler, Abschied von der Revolution, S. 57.

eine vergleichbare Widerstands-Vita vorzuweisen, was gegenseitige Sympathie oder Schulterschlüsse etwa in kommunalpolitischen Sachfragen erleichterte.³⁵¹ Überdies erwiesen sich auch viele politische Kernpositionen der KPD in der unmittelbaren Nachkriegsgesellschaft als anschlussfähig. So konnte mit der kompromisslosen Ablehnung der alliierten Demontage-Politik nicht nur die eigene Kernklientel Arbeiterschaft der Schwerindustrie mobilisiert werden. Überdies bildete sie auch die Grundlage für einen Schulterchluss mit national-konservativen, wirtschaftsliberalen Kräften, die die Demontage-Politik ebenso vehement ablehnten.³⁵² Doch spätestens nach Gründung der DDR verringerte sich die Akzeptanz kommunistischer Kräfte in der westdeutschen Politik und Gesellschaft spürbar. Ursächlich waren nicht zuletzt die mehr oder weniger offenen Expansionsbestrebungen der DDR, die in ihrer deutschlandpolitischen »Illusionsphase« vom Wunsch angetrieben waren, die »antifaschistisch-demokratische Umwälzung« mittels der »Einheit der Arbeiterklasse« auf Westdeutschland auszudehnen.³⁵³ Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte diese »Wiedervereinigungspolitik von links« im Herbst 1950, als das SED-Regime der Bundesregierung, begleitet von einer gigantischen Propagandaoffensive, den Weg zur Wiedervereinigung über einen Gesamtdeutschen Rat vorschlug.³⁵⁴ Erst im Nachgang dieses Ereignisses rückten alle nennenswerten politischen Kräfte der Bundesrepublik lagerübergreifend zusammen, um entschieden gegen die kommunistische Bedrohung des jungen westdeutschen Staates vorzugehen. Damit schlug die Stunde der Ostbüros und gesamtdeutschen Referate diverser Organisationen.³⁵⁵ Erst deren Einbeziehung verankerte den antikommunistischen Konsens und den Abwehrgedanken in den Sphären der Zivilgesellschaft, zu der auch die Universitäten und Studentenschaften gehörten.³⁵⁶

³⁵¹ Kössler, Grenzen der Demokratie, S. 231.

³⁵² So ließen z.B. die alliierten Pläne zur Herauslösung des Ruhrgebiets aus Deutschland KPD, SPD und CDU enger zusammenrücken. Kössler, Abschied von der Revolution, S. 152.

³⁵³ Michael Lemke: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln u.a. 2001, S. 505.

³⁵⁴ Hermann Wentker: Antikommunismus in der frühen Bonner Republik. Dimension eines zentralen Elements politischer Kultur im Ost-West-Konflikt, in: Creuzberger/Hoffmann, »Geistige Gefahr«, S. 359.

³⁵⁵ Der Wert der Ostbüros und der gesamtdeutschen Referate lag erheblich darin begründet, dass sie jene Aufgaben übernehmen konnten, für die es in den Ministerien und Behörden der jungen Bundesrepublik noch keinen geeigneten administrativen Unterbau gab. Zu den Ostbüros siehe: Buschfort, Parteien im Kalten Krieg.

³⁵⁶ Zur »antikommunistischen Einfärbung« der bundesdeutschen Zivilgesellschaft durch den Privatapparat des Kalten Krieges und dessen Anleitung durch die Bundespolitik siehe vor allem: Creuzberger, BMG.

Entstehung des studentischen Antikommunismus

Diese Entwicklung vollzog sich an den Universitäten weitgehend synchron. So bildete sich auch in den Studentenschaften ein exklusiver Antikommunismus erst allmählich im Laufe der Nachkriegsjahre heraus. Mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss der VDS-Mitgliederversammlung im September 1950 gegenüber FDJ-Gruppierungen erreichte er seinen vorläufigen Höhepunkt. Mit diesem Beschluss erhielt die AGSF-Abwehrarbeit innerhalb der Studentenschaften jene Legitimationsgrundlage, die durch die Seeshaupter Beschlüsse noch nicht vollständig gegeben war. Der Mehrheitsbeschluss, der die FDJ und ihre Arbeit als unvereinbar mit den Zielen der parlamentarischen Demokratie und den Werten einer freien unabhängigen Studentenschaft erklärte, gab den Startschuss für die AGSF-Abwehrarbeit. Trotz dieser Zäsur besaß der studentische Antikommunismus bereits einen Vorlauf, weswegen ein kurzer Rückblick lohnt.

Erste nennenswerte Ansätze antikommunistischer Abwehrmaßnahmen in der Hochschulpolitik lassen sich auf das Jahr 1947 zurückdatieren. In diesem Jahr hatte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) mittels der »Bielefelder Beschlüsse« die Unvereinbarkeit von KPD-Mitgliedschaft und den Zielen des demokratischen Sozialismus festgelegt und sich von seinen kommunistischen Mitgliedern getrennt.³⁵⁷ Niemand Geringeres als der SDS-Bundesvorsitzende und spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt beschwor auf der Bielefelder Konferenz die »Gefahr einer Infiltration des SDS« durch kommunistische Kräfte und plädierte für ein entschlossenes Vorgehen des SDS-Vorstandes in konkreten Gefährdungs- und Verdachtsfällen.³⁵⁸ Treibende Kraft hinter diesen Abwehrmaßnahmen war vor allem der Berliner SDS-Landesverband, dessen Mitglieder – darunter auch der spätere AGSF-Leiter Dietrich Spangenberg – vor der Gründung der Freien Universität noch ausnahmslos der Technischen Universität in Charlottenburg oder der Ost-Berliner »Linden-Universität« angehört hatten. Die Hartnäckigkeit, mit der die Berliner einen antikommunistischen Konsens im SDS-Bundesverband befördern wollten, zeigte sich darin, dass der Berliner Landesverband die Frage seines Beitritts zum SDS-Bundesverband von dieser Frage abhängig machte.³⁵⁹ Erst 1948, als die »Bielefelder Beschlüsse« im SDS bundesweit angenommen wurden, signalisierten die 300 Berliner SDS-Mitglieder ihre Bereitschaft, geschlossen dem Bundesverband beizutreten.³⁶⁰ Dies verdeutlicht erneut die führende Rolle der Berliner Studentenschaften

³⁵⁷ Uwe Rohwedder: Helmut Schmidt und der SDS. Die Anfänge des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes nach dem Zweiten Weltkrieg, Bremen 2007, S. 45–49 (künftig zitiert: Rohwedder; SDS).

³⁵⁸ Ebd.

³⁵⁹ Rohwedder, SDS, S. 49

³⁶⁰ Ebd.

im Jahr 1947/48 als treibende Kraft und Geburtshelfer eines hochschulpolitischen Antikommunismus – und zwar nicht nur in Berlin, sondern auch mit Außenwirkung auf die Studentenschaft in den westlichen Besatzungszonen. Doch darüber hinaus scheinen die Vorgänge auch als Blaupause für den Hinwendungsprozess im VDS zum Unvereinbarkeitsbeschluss im September 1950 gedient zu haben. Auch dieser ging maßgeblich auf die Berliner Studentenschaften und den Berliner VDS-Vorsitzenden Rögner-Francke zurück, der die Orientierung an der Berliner Studentenschaft in gesamtdeutschen Fragen geradezu als Kernbestand für sein Amt des VDS-Vorsitzenden verstand.

Der kämpferische studentische Antikommunismus der Berliner war freilich eine Frucht seines städtischen Umfeldes. Das spezifische Treibhausklima der Systemkonfrontation, das spätestens mit dem Einsetzen der Berlin-Blockade entstand, prägte auch das universitäre Leben der Stadt. Mehr noch als die Gefechtschitze der »Frontstadt des Kalten Krieges« erlebten die Berliner Studenten aller Sektoren die Auswirkungen der sowjetischen Gewaltherrschaft über die Bildungseinrichtungen hautnah mit. An der »Linden-Universität« war die gewaltsame Ausschaltung der studentischen Selbstverwaltung zu diesem Zeitpunkt schon im vollen Gange und zeigte sich in Verhaftungen und Verschleppungen von Studenten.³⁶¹ In Folge griffen Angst vor einem Zugriff durch sowjetische Geheimdienste sowie eine Spitzelfurcht unter den Studenten um sich. Bereits im April 1947 hatte die SPD-Hochschulgruppe unter ihrem Vorsitzenden Otto Scholz die Kommilitonen »vor einem stark anwachsenden Spitzelapparat als Folge der Intensivierung des sowjetischen Nervenkrieges in Berlin« gewarnt³⁶² und angekündigt, die Namen von spitzelnden Studenten zu veröffentlichen.³⁶³ Auch nach Gründung der Freien Universität 1948 gehörte die Angst vor Spitzeln dort zum Studentenalltag: Regelmäßige Warnungen zur Wachsamkeit gegenüber verdächtigen Kommilitonen wurden von AStA und Konvent herausgegeben. Doch zugleich vergifteten üble Nachreden und Verleumdungen kaum weniger das Campus-Klima der jungen Universität und beschäftigten sowohl den AStA als auch den Konvent mehrfach als Schlichtungsinstanz.³⁶⁴ Zusätzlich angeheizt wurde der Furor vor dem sowjetischen Zugriff besonders durch die Entführungen und Menschenraubaktionen, von denen die Öffentlichkeit der Frontstadt erfuhr und die

³⁶¹ Jordan, Kaderschmiede, S. 29 f.

³⁶² HU, UA, Rektorat, Einführung und Durchsetzung der Disziplinarordnung für Studenten 1946–1949, Bd. 1, Bl. 86.

³⁶³ Ebd.

³⁶⁴ In einem Fall etwa wurde ein Student als Spitzel von seinen Kommilitonen verdächtigt, weil er nach Aussagen anderer Studenten auffallend oft in der SBZ gesichtet wurde. Diese Verdächtigungen zogen ein Disziplinarverfahren nach sich. FU Berlin, UA, AStA, Box 122, Protokoll des AStA-Schlichtungsverfahrens mit den beteiligten Studenten Ö. und H., undatiert.

auch vor Studenten nicht haltmachten.³⁶⁵ Allein im Jahr 1948/49 wurden elf Studenten der FU von West-Berlin aus oder während Besuchen in der SBZ verhaftet und teilweise in die Sowjetzone verschleppt.³⁶⁶ Während also in Westdeutschland Freiheit von Lehre und Forschung sich rasch verfestigten und Reminiszenzen alter Burschenschaftsherrlichkeit das akademische Klima altehrwürdiger Universitätsstädte erneut einfärbten, wirkte der Studentenalltag in der West-Berliner Frontstadt bisweilen schlicht lebensbedrohlich. Folglich war auch die Perspektive auf Ausmaß und Qualität möglicher kommunistischer Bedrohungen in Berlin deutlich schärfer als anderswo.

Das Angstklima an West-Berliner Universitäten und Hochschulen erzeugte gegenüber dem AGSF Handlungsdruck. Zumindest in West-Berlin bestand daher ein Aspekt der Abwehrarbeit anfänglich darin, ein Frühwarnsystem zu etablieren, um konkrete Gefahrenlagen für Verhaftungen oder Entführungen durch die sowjetisch-ostdeutsche Seite einschätzen zu können. Die erste größere Warnaktion tätigte das AGSF um die Weihnachtszeit 1950. »Aus zuverlässigen Quellen« hatte das Amt konkrete Hinweise auf eine bevorstehende Verhaftungswelle gegenüber FU-Studenten erhalten.³⁶⁷ Volkspolizei und sowjetische Sicherheitsbehörden hätten demnach beabsichtigt, FU-Studenten auf Familienurlaub in der DDR kurzzeitig mit dem Ziel festzusetzen, diese für Spitzeldienste zu rekrutieren.³⁶⁸ Besonders FU-Studenten mit Wohnsitz in der DDR, die gegen gültige Melde- und Passvorschriften verstießen, hätten demnach im Visier der DDR-Behörden gestanden, weshalb das Referat die betreffenden Studenten zu Beratungszwecken in seine »Sprechstunden« einlud, um sich dort über die genauen Vorschriften zu informieren.³⁶⁹ Der Wahrheitsgehalt dieser Einschätzung bleibt unüberprüfbar, da diese Verhaftungswelle ausblieb, was das Referat auf seine öffentlichkeitswirksame Warnungskampagne unter FU-Studenten im Vorfeld der Weihnachtszeit zurückführte.³⁷⁰ Ob Volkspolizei und Sowjets wirklich deswegen diese Verhaftungsaktion abgesagt hatten, ist ebenso ungesichert wie die Herkunft der Informationen. Angeblich hatten Verbindungsleute des AGSF die Planungen rund um die Verhaftungsaktion übermittelt.³⁷¹ Dass diese Informanten

³⁶⁵ Zu den Entführungen von Menschen aus West-Berlin siehe: Susanne Muhle: Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Göttingen 2015.

³⁶⁶ Benjamin Schröder: Gegen Hitler und Ulbricht. Zum Selbstverständnis von Studierenden der Freien Universität 1948–1968, in: Schröder/Staadt, Unter Hammer und Zirkel, S. 179.

³⁶⁷ FU Berlin, UA, Konvent, Protokolle der 4. Ordentlichen Sitzung am 20.12.1950, S. 5.

³⁶⁸ Ebd.

³⁶⁹ FU Berlin, UA, AStA, Box 239, Bericht des FU-Referates für gesamtdeutsche Studentenfragen vom 13.10.1954, S. 1.

³⁷⁰ FU Berlin, UA, AStA, Box 239, Vierteljahresbericht des Referates für gesamtdeutsche Studentenfragen vom 1.11.1950 bis 31.1.1951, S. 1.

³⁷¹ Ebd.

Teil des AGSF-Kurierapparates gewesen waren, ist unwahrscheinlich. Zwar verfügte das AGSF nachweislich schon zu diesem Zeitpunkt über ein engmaschiges Informantennetzwerk in der DDR, doch beschränkte sich dieses auf die Universitäten und Hochschulen und nicht auf die DDR-Sicherheitsorgane.³⁷² In jedem Fall hatte das AGSF über seine gesamtdeutschen Referenten Warnungen herausgegeben und eine Abmeldestelle eingerichtet, bei der sich Studenten mit Reiseabsicht in die DDR ab- und nach Rückkehr auch wieder anmelden konnten. Darüber hinaus bot das AGSF besonders gefährdeten Studenten an, sich detailliert über die Meldevorschriften in der DDR sowie den persönlichen Gefährdungsgrad informieren zu lassen.³⁷³

Beginn der bundesweiten operativen Abwehrarbeit

Spätestens ab dem Jahreswechsel 1950/51 beschränkte sich die Abwehrarbeit des AGSF nicht mehr auf das Aussprechen von Reisewarnungen im Raum Berlin. Stattdessen fokussierte sich das Referat auf die Abwehr kommunistischer Infiltration der Universitäten in der Bundesrepublik. Bereits ab Herbst 1950, unmittelbar nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss des VDS, lassen sich vermehrt Hinweise für die systematische Bekämpfung von kommunistischen Aktivitäten an bundesdeutschen Hochschulen ausmachen. So unterrichtete das AGSF im September/Oktober 1950 das BMG über zwei Leipziger Studenten, die verdächtigt wurden, Kurierfahrten in die Bundesrepublik zu unternehmen, um dort gezielt Kontakte zu bundesdeutschen Studentenkreisen aufzubauen.³⁷⁴ Ziel solcher Aktivitäten war es, »kommunistische Infiltrationen nach Westdeutschland abzuwehren und sowjetische Agenten unter den Studenten und Dozenten festzustellen«, wie das Referat gegenüber den Studentenvertretern offen kommunizierte.³⁷⁵ Dass dabei besonders die FDJ und ihre Westarbeit ins Visier gerieten, war nicht nur auf den Unvereinbarkeitsbeschluss des VDS zurückzuführen, sondern fügte sich auch in ein größeres sicherheitspolitisches Bild ein. Denn ab Sommer 1950 hatte auch das BMG die vom Osten gelenkte Jugendarbeit im Westen verstärkt auf dem Schirm gehabt.³⁷⁶ Das martialisch-paramilitärische Pfingsttreffen der FDJ im Mai desselben Jahres hatte Invasionsängste auf westlicher Seite geschürt.³⁷⁷ Zunehmend selbstbewusst und immer unverhohlener propagierte

³⁷² BArch, B 137, Akte 1137, Interner Vermerk vom 25.10.1950, Betr. Die Lage der Studenten aus der sowjetischen Besatzungszone und ihre Überprüfung, S. 1.

³⁷³ FU Berlin, UA, AStA, Box 239, Vierteljahresbericht des Referates für gesamtdeutsche Studentenfragen vom 1.11.1950 bis 31.1.1951, S. 1.

³⁷⁴ BArch, B 137, Akte 1137, Interner Vermerk vom 25.10.1950, Betr. Die Lage der Studenten aus der sowjetischen Besatzungszone und ihre Überprüfung, S. 2.

³⁷⁵ FU Berlin, UA, AStA, 239, Tätigkeitsbericht des AGSF vom 1.10.1950 bis 31.3.1951, S. 3.

³⁷⁶ Creuzberger, Kampf gegen den inneren Feind, S. 95.

³⁷⁷ Ebd.

das SED-Regime den »Sturz des Adenauer-Regimes« in der Bundesrepublik.³⁷⁸ Und als größter gesamtdeutsch aufgestellter kommunistischer Verband war die FDJ wie kaum eine andere Organisation dafür geeignet gewesen, jene »vorrevolutionären Zustände« auf den Straßen Westdeutschlands herzustellen, die Lenin als notwendige Vorfeldsituation für eine kommunistische Machtergreifung betrachtet hatte. Niemand Geringeres als der Ex-Kommunist Herbert Wehner befürchtete zeitgleich, kommunistische Kräfte würden bürgerkriegsähnliche Zustände in Westdeutschland herbeiführen wollen, um eine Situation zu schaffen, in der die Macht auf der Straße läge.³⁷⁹

Vor diesem Hintergrund schien es keineswegs übertrieben, wenn BMG-Chef Jakob Kaiser der FDJ große Gefährlichkeit bescheinigte und sie als »gefährlichsten Stoßtrupp des Kommunismus in der Bundesrepublik« bezeichnete.³⁸⁰ Diese Einschätzung teilte auch das AGSF und forcierte die systematische Überwachung der FDJ und ihrer Organisationen im universitären Umfeld Westdeutschlands. Das Amt sah darin eine »wichtige vorbereitende Maßnahme« für den eventuell kommenden Tag, »an dem die Kommunisten in die Illegalität gehen« und zu Sabotageakten schreiten würden.³⁸¹ So ging das AGSF davon aus, dass westdeutsche FDJ-Gruppen Anweisungen für die Vorbereitung zielgerichteter Sabotageaktionen an Universitäten und Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik erhalten hätten.³⁸² Um für diesen prophezeiten kommunistischen »Tag X« in der Bundesrepublik gewappnet zu sein, sollte der in Frage kommende »Personenkreis festliegen«, also bekannt sein.³⁸³ Deshalb setzte das AGSF zum Jahreswechsel 1950/51 alles daran, sich einen systematischen Überblick über die kommunistische Szene an den Universitäten und Hochschulen West-Berlins und der Bundesrepublik zu verschaffen. Für das junge Referat, das gerade erst die Startlöcher und den Tiefpunkt seiner Existenzkrise verlassen hatte, war dies eine beachtliche logistische und administrative Herausforderung.

Daher mussten zuallererst geeignete Strukturen für eine bundesweite Überwachungsarbeit etabliert werden. Im April des Jahres 1951 ging das zum AGSF umbenannte Referat deshalb dazu über, gezielt den Aufbau bundesweit agierender Ak-

³⁷⁸ Ebd., S. 87.

³⁷⁹ August H. Leugers-Scherzberg: Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition, Berlin/München, 2002, S. 116.

³⁸⁰ Zitiert nach: »Kommentiert. FDJ-Hochschulgruppen?«, in: Hochschul-Informationen (1950), Nr. 17/18 (September), S. 5.

³⁸¹ FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Protokoll der 3. VDS-Mitgliederversammlung vom 27.4.1951, S. 26.

³⁸² Ebd.

³⁸³ Ebd.

tionsgruppen voranzutreiben.³⁸⁴ Diese sollten vorrangig aus Flüchtlingsstudenten bestehen, die an westdeutsche Universitäten vermittelt worden waren und zu denen das AGSF im Rahmen seiner karitativen Flüchtlingsarbeit im Jahr zuvor einen vertrauenswürdigen Kontakt aufgebaut hatte.³⁸⁵ Auf diese Weise wollte das AGSF die aus der karitativen Flüchtlingsarbeit gewonnenen Kontakte auch für seine Abwehrarbeit nutzbar machen.³⁸⁶ Der Aufgabe entsprechend definierte das AGSF das Anforderungsprofil: Die A-Gruppen mussten sämtliche politisch-agitatorischen Aktivitäten der FDJ und der Gruppen der Nationalen Front systematisch erfassen und alle zwei Wochen in Form eines Berichtes der AGSF-Zentrale in West-Berlin übermitteln.³⁸⁷ Auch Originalzeugnisse kommunistischer Propaganda, etwa Flugblätter und Plakate, sollten zusammen mit den Berichten das AGSF erreichen.³⁸⁸ Überdies waren die Aktionsgruppen damit beauftragt, konkrete Infiltrationsbestrebungen an den Universitäten und eingeschleuste Agenten ausfindig zu machen, aufzudecken und dem AGSF unverzüglich mitzuteilen.³⁸⁹ Nach erfolgter Identifizierung von FDJ-Agitatoren durch die Aktionsgruppenmitglieder sollten diese auch weiterhin betont defensiv agieren, um diese nicht »kopfscheu« zu machen.³⁹⁰ Es galt nun, weiterhin Material über die Personen zu sammeln und ihnen – wie es hieß – »die Basis einer Aktivität« zu entziehen.³⁹¹ So sollten die A-Gruppenmitglieder die Personen in deren Umfeld warnen und gezielt gegen die kommunistische Agitation mittels Gegenargumentation immunisieren.³⁹² »Es kommt nicht so sehr darauf an, den Gegner, sondern vor allem die Zuhörer zu überzeugen und dem Agitator Irrtümer nachzuweisen«, lautete hierbei die Regel.³⁹³ Für diese heikle Aufgabe – denn das AGSF hielt die FDJ-Agitatoren für »glänzend dialektisch geschult« – wären wiederum vorzugsweise »Oststudenten« geeignet, da diese die entsprechende Terminologie be-

³⁸⁴ BArch, B 166, Akte 1257, Interne Arbeitsabsprache des AGSF zum Aufbau von Aktionsgruppen, 13.4.1951, S. 1.

³⁸⁵ Ebd.

³⁸⁶ Es folgte damit einer Strategie, die bereits von der KgU erfolgreich praktiziert wurde und dort die Erschließung anderer Tätigkeitsfelder jenseits der Flüchtlingsbetreuung ebenfalls vorangetrieben hatte. Zu den Synergie-Effekten, die die KgU aus der Verknüpfung von karitativer Flüchtlingsarbeit und Abwehrarbeit zog, siehe: Heitzer, KgU, S. 472.

³⁸⁷ BArch, B 166, Akte 1257, Arbeitsabsprache zum Aufbau von Aktionsgruppen in der Bundesrepublik vom 13.4.1951, S. 1 f.

³⁸⁸ Ebd.

³⁸⁹ FU Berlin, UA, AStA, Box 226, Protokolle der 3. Tagung der Referenten für gesamtdeutsche Fragen am 16./17. Mai 1953, S. 9.

³⁹⁰ BArch, B 137, Akte 1136, Ergebnisprotokoll der Arbeitsgruppe »FDJ und Abwehr von Infiltrationen« auf der Studententagung »Studenten diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs«. Veranstaltet von den gesamtdeutschen Referenten der Universität Marburg 14.–16. Juni 1952 in Bad Homburg, unpaginiert.

³⁹¹ Ebd.

³⁹² Ebd.

³⁹³ Ebd.

herrschen würden und sich »derselben Argumentationsweise bedienen« könnten.³⁹⁴ Entsprechendes »Aufklärungsmaterial« erhielten die A-Gruppen offenbar durch das BMG und den »Kongress für Kulturelle Freiheit« (CCF).³⁹⁵ Ursprünglich hatte das AGSF überdies zusammen mit der internationalen Studentenorganisation ISSF geplant, dass die Aktionsgruppen zugleich als »offizielle Stützpunkte« des antikomunistischen CCF an bundesdeutschen Universitäten fungieren sollten.³⁹⁶ Doch scheinen diese Planungen nie über den »grünen Tisch« hinausgekommen zu sein.

Basierend auf der Vorarbeit der Aktionsgruppen und der gesamtdeutschen Referenten begann das Amt Anfang 1951 auch mit dem Aufbau einer speziellen Verdächtigenkartei.³⁹⁷ Hier wurden alle bekannten Personen namentlich erfasst, die irgendeinen Zusammenhang mit links- oder rechtsextremistischen Kreisen aufwiesen.³⁹⁸ Das betraf nicht nur Studenten. Auch Professoren und Dozenten gerieten so ins Visier des AGSF und konnten in der Verdächtigenkartei registriert werden.³⁹⁹ Die Aufnahme von Angehörigen des akademischen Lehrkörpers in diese Registratur war innerhalb des VDS nicht unumstritten gewesen. Von Anfang an sah sich das AGSF dem Vorwurf ausgesetzt, Gesinnungsschnüffelei und Spionage unter den Professoren zu forcieren.⁴⁰⁰ Tatsächlich erinnerte dieses Vorgehen an das sogenannte black-listing, mit denen zeitgleich in den USA McCarthys Komitee »un-amerikanische Aktivitäten« bekämpfte.⁴⁰¹ Das Amt rechtfertigte sein Vorgehen mit Sicherheitslücken im Lehrkörper und verwies auf Vorfälle, in denen Professoren im

³⁹⁴ Ebd. Die Gründung der A-Gruppen war offenbar auch eine Folge davon, dass das AGSF unzufrieden mit der Hochschularbeit der Vertriebenen-Verbände war. Diese wären, so ätzte das AGSF, »in ihrer egoistischen Arbeit« stecken geblieben, »ohne ihre sozialen Probleme mit politischer Verantwortung und Initiative zu verbinden«. Worauf das Amt mit seiner Kritik anspielte, ist nicht klar zu rekonstruieren. Möglicherweise hatten sich die Vertriebenenverbände geweigert, studentische Ostzonenflüchtlinge in politischen Gruppierungen mit diesem Aufgabenprofil zu organisieren. Das AGSF glaubte zudem, dass die Arbeit der A-Gruppen im Kontext des mitgliederstarken VDS stärker legitimiert werden würde als bei den ohnehin mitgliederschwachen universitären Vertriebenenverbänden. Außerdem würden die Anregungen durch die A-Gruppen im VDS sich besser entfalten können. BArch, B 166, Akte 1257, Arbeitsabsprache zum Aufbau von Aktionsgruppen in der Bundesrepublik vom 13.4.1951, S. 1.

³⁹⁵ Ebd., S. 2.

³⁹⁶ Ebd. Diese Planungen wurden offenbar nicht weiterverfolgt, verdeutlichen aber die starke Vernetzung des AGSF zu diesem Zeitpunkt.

³⁹⁷ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis zum 30.9.1951, S. 9.

³⁹⁸ Ebd.

³⁹⁹ BArch, B 166, Akte 6, Protokoll der 5. Ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS am 13. bis 15. 4. 1953, S. 71 f.

⁴⁰⁰ Auf eine solche Kritik reagierte AGSF-Geschäftsführer Spangenberg mit dem Hinweis auf mutmaßliche Datenlecks in den Professorenschaften, über die Senats- und Fakultätsgeheimnisse in die DDR gelangt wären. Siehe ebd.

⁴⁰¹ Olaf Stieglitz: »What I'd done was correct, but was it right?« Öffentliche Rechtfertigungen von Denunziationen während der McCarthy-Ära, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 4 (2007), S. 46.

Verdacht standen, personenbezogene Daten von Flüchtlingsstudenten in die DDR transferiert zu haben.⁴⁰² In Bezug auf die Professoren- und Dozentenschaft fürchtete das AGSF vor allem das Rückversicherertum, das es auf diese Weise bekämpfen wollte.⁴⁰³ Bis Mitte des Jahres 1951 umfasste die Verdächtigenkartei rund 258 Studenten und Professoren, mit dem Zweck, diese und ihre Tätigkeiten »jederzeit unter Kontrolle zu halten«.⁴⁰⁴ Die Hinweise kamen teils von den Aktionsgruppen und den gesamtdeutschen AStA-Referenten. In 143 Fällen traten auch die Universitätsverwaltungen an das AGSF heran, um verdächtige Studenten zu melden bzw. Auskunft über diese vom Amt zu erbeten.⁴⁰⁵ Auch kooperierte das AGSF in diesen Fällen mit der operativen Abteilung der KgU, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und der Kriminalpolizei.⁴⁰⁶ Über die Konsequenzen für die betroffenen Personen ist nichts bekannt. Wenngleich Carl Heinz Evers gegenüber Kollegen des CDU-Ostbüros von einem »verblüffenden Erfolg« sprach, war die Abwehrarbeit zumindest hinsichtlich juristisch verwertbarer Indizien nur wenig ergiebig.⁴⁰⁷ In lediglich vier Fällen reichte die Indizienlast als Grundlage für staatsanwaltschaftliche Ermittlungen aus, deren Resultate jedoch nicht bekannt sind.⁴⁰⁸ Eine blindwütige, antikommunistische Säuberung fand an den Universitäten folglich ebenso wenig statt wie in anderen Gesellschaftsbereichen der Bundesrepublik.⁴⁰⁹

Ursächlich für die relativ magere Ausbeute war offenbar auch, dass das AGSF das Bedrohungspotential der FDJ-Hochschulgruppen massiv überschätzte.⁴¹⁰ Denn

⁴⁰² BArch, B 166, Akte 6, Protokoll der 5. Ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS, 13.–15.4.1953, S. 71 f.

⁴⁰³ Die »Rückversicherer-Hysterie« war eine kurzlebige Erscheinungsform der Kommunistenfurcht in der bundesdeutschen Gesellschaft, die ihren Höhepunkt mutmaßlich im Herbst 1950 hatte. Demnach wurden zahlreiche Personen, besonders Geschäftsleute, verdächtig, Gefälligkeiten, Spitzeldienste oder sonstige kleine Aufträge aus Ost-Berlin anzunehmen, um im Falle einer sowjetischen Invasion »auf der richtigen Seite« zu stehen und sich gegen eventuelle Repressionen frühzeitig abzusichern. Siehe hierzu: Kössler, Abschied von der Revolution, S. 275 f.

⁴⁰⁴ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis zum 30.9.1951, S. 9.

⁴⁰⁵ Ebd.

⁴⁰⁶ Ebd.

⁴⁰⁷ ACDP, Nachlass Peter Scholz, 01-296-001/2, Schreiben von Carl Heinz Evers an Peter Scholz von der Jungen Union im Exil vom 28.4.1951, S. 3. In diesem Schreiben regte Evers die Gründung vergleichbarer Aktionsgruppen in der Jungen Union an.

⁴⁰⁸ Ebd.

⁴⁰⁹ Zu diesem Ergebnis kommt auch Till Kössler hinsichtlich der Gewerkschaften, wobei die Zahl der tatsächlich ausgeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder ungleich geringer war als die Zahl der potentiell verdächtigen Kommunisten. Siehe: Kössler, Die Grenzen der Demokratie, S. 248.

⁴¹⁰ Dieser Fehleinschätzung unterlagen auch die zuständigen Behörden im Hinblick auf die »reale Stärke« der West-FDJ insgesamt, siehe: Michael Herms: Hinter den Linien. Westarbeit der FDJ 1945–1956, Berlin 2001, S. 228, (künftig zitiert: Herms: Hinter den Linien).

tatsächlich war die Position der FDJ an den Hochschulen Westdeutschlands nach Gründung der Bundesrepublik denkbar schwach. Erst im Wintersemester 1949/50 hatte das Zentralbüro der FDJ eine »Abteilung Schulen-Hochschulen« gegründet, in dessen Folge sich erste FDJ-Hochschulgruppen überhaupt konstituierten.⁴¹¹ Deren numerische Größe blieb allerdings überschaubar: Mitte 1950 hatten alle FDJ-Hochschulgruppen zusammengenommen gerade einmal circa 110 Mitglieder.⁴¹² Schwerpunkte bildeten dabei die Universität Hamburg mit 20 und die Universitäten München und Göttingen mit jeweils 15 Mitgliedern. Die übrigen Hochschulgruppen verharrten in nahezu bedeutungsloser Einstelligkeit.⁴¹³ Dies war, verglichen mit anderen Studentenorganisationen, ausnehmend wenig. Allein die Berliner Landesverbände des SDS und des RCDS zählten Ende der 1940er-Jahre bzw. 1951 jeweils über 300 Mitglieder.⁴¹⁴ Dementsprechend bescheiden blieben auch die Mobilisierungserwartungen der FDJ gegenüber den Hochschulgruppen, die zudem nur lose, häufig nur über ein einziges Mitglied, an den Gesamtverband angeschlossen waren: Im Rahmen der Unterschriftensammlung gegen die Atombombe etwa – laut FDJ-Zentralbüro eine der Hauptaufgaben des Jahres 1950 – sollten laut Vorgaben gerade einmal 200 Unterschriften von der mitgliederstärksten Gruppe in Hamburg akquiriert werden.⁴¹⁵ Vor dem Hintergrund der Volksfront-Strategie, die planmäßig vorsah, Querfronten in Remilitarisierungsfragen zu bilden, um sich dann an die Spitze der Bewegung zu stellen, war dies eine ausnehmend dürftige Ambition. Tatsächlich aber trug diese Bescheidenheit auf realitätsnahe Weise den Misserfolgen Rechnung, welche die FDJ-Hochschulgruppen im Verlauf des Jahres 1950 an den Universitäten Westdeutschlands erlitten. So konnten – wie in Göttingen geschehen – aus Gesprächen mit 300 Studenten gerade einmal ein Student zur Hergabe seiner Unterschrift überzeugt werden.⁴¹⁶ Auch sonst traten die Hochschulgruppen nach Ansicht der Abteilung Schulen-Hochschulen zu defensiv in der politischen Arbeit auf und ließen sich regelmäßig von »administrativen Maßnahmen seitens

⁴¹¹ SAPMO-BArch, DY/24 11804, Bericht der Abt. Schulen-Hochschulen im Zentralbüro der FDJ über die Arbeit der Hochschulgruppen der FDJ im Sommersemester 1950, S. 1.

⁴¹² Ebd.

⁴¹³ Ebd.

⁴¹⁴ Für die Zahlen zum SDS siehe: Willy Albrecht: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994, S. 82. Zu den 300 gezählten RCDS-Mitgliedern im Jahr 1951 in Berlin siehe: Sitzungsbericht der ersten Bundestagung des Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Bonn, 25.–27.4. 1951, https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=66f52c0b-797e-4122-3b1a-1fd1ff46fbc1&groupId=252038 (07.07.2023).

⁴¹⁵ SAPMO-BArch, DY/24 11804, Arbeitsplan für die Hochschulen und Universitäten Westdeutschlands vom 18.7.1950, unpaginiert.

⁴¹⁶ SAPMO-BArch, DY/24 11804, Bericht der Abt. Schulen-Hochschulen im Zentralbüro der FDJ über die Arbeit der Hochschulgruppen der FDJ im Sommersemester 1950, S. 8.

der Behörden« einschüchtern.⁴¹⁷ Über einzelne Achtungserfolge, wie ein Stimmenanteil von 17 Prozent eines FDJ-Kandidaten bei der Mainzer AStA-Wahl, kamen die FDJ-Hochschulgruppen letztlich kaum hinaus.⁴¹⁸ Nach Einschätzung des Zentralbüros war dies auf Startschwierigkeiten der politischen Arbeit vor dem Hintergrund des späten Aufbaus der Hochschulgruppen zurückzuführen.⁴¹⁹ In der Tat hatten sich andere Studentenorganisationen, wie etwa der SDS, sehr viel früher gegründet und im studentischen Umfeld konstituiert.⁴²⁰ Zwar waren die Claims der hochschulpolitischen Szene 1950 noch längst nicht abgesteckt, doch um eine gewünschte Vorreiterrolle einzunehmen, waren die FDJ-Hochschulgruppen zu spät auf der Bühne erschienen. Den Schwung der Nachkriegsjahre, den die Kommunisten in den Jahren nach 1945 etwa in Gewerkschaften oder Bundesjugendringen erhielten, hatte man in Bezug auf die Universitäten folglich nicht mehr mitnehmen können.

Darüber hinaus beklagte das Zentralbüro die schwache Anbindung der Hochschulgruppen an den FDJ-Gesamtverband und die ideologische Schwäche der Mitgliederschaft:⁴²¹ ein Umstand, der die vom AGSF unterstellte starke dialektische Schulung der FDJ-Kader stark kontrastiert. Der Mangel an gut geschulten Kadern und zuverlässigen Personen, die eine stabile Verbindung zwischen den Hochschulgruppen und dem FDJ-Gesamtverband hätten herstellen können, war möglicherweise auch die Folge der ideologischen Säuberungen gewesen, mit denen das SED-Regime mittels seiner Westkommissionen in den Monaten und Jahren zuvor die KPD und deren Umfeldorganisationen überzogen hatte.⁴²² Vielleicht fehlten einfach auch die für eine Kaderbildung notwendigen Traditionslinien im studentischen Milieu. Untersuchungen zufolge kamen rund 80 Prozent der FDJ-Kader in der Bundesrepublik aus kommunistischen Elternhäusern.⁴²³ Wie viele Sprösslinge dieser meist proletarischen Elternhäuser an die Universität gelangten, wo sie die Kader der Hochschulgruppen hätten stellen können, ist angesichts der geringen sozialen Durchlässigkeit des bundesdeutschen Bildungssystems fraglich. Auch die relativ späte Geburtsstunde der FDJ-Hochschularbeit dürfte auf den Umstand zurückzu-

⁴¹⁷ Ebd.

⁴¹⁸ SAPMO-BArch, DY/24 11804, Bericht der Abt. Schulen-Hochschulen im Zentralbüro der FDJ über die Arbeit der Hochschulgruppen der FDJ im Sommersemester 1950, S. 2.

⁴¹⁹ Ebd., S. 9.

⁴²⁰ Der SDS war bereits im Jahr 1946 von neu immatrikulierten Kriegsheimkehrern gegründet worden. Siehe hierzu: Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker: Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund 1946–1970, Bielefeld 2018, S. 38–40.

⁴²¹ SAPMO-BArch, DY/24 11804, Bericht der Abt. Schulen-Hochschulen im Zentralbüro der FDJ über die Arbeit der Hochschulgruppen der FDJ im Sommersemester 1950, S. 9.

⁴²² Lemke, *Einheit oder Sozialismus?*, S. 55.

⁴²³ Wie wenig Sympathien mit dem Kommunismus in höheren Bildungsschichten der frühen deutschen Nachkriegsgesellschaft zu finden war, betont auch Kössler in: *Abschied von der Revolution*, S. 138 f.

führen sein, dass die partei- und verbandsinternen Säuberungen die Kapazitäten der Westarbeit bis 1950 zu einem großen Teil absorbiert hatten.⁴²⁴ Welche Triebkräfte die deutschen Kommunisten für ihre Milieugrenzen überschreitende Expansionsphase nach 1945 auch nutzen konnten, für eine Eroberung der akademisch-universitären Sphäre reichten sie nicht ansatzweise aus.⁴²⁵ Folglich galt: Für eine auf Infiltration ausgerichtete FDJ-Hochschulpolitik in Westdeutschland bestand eine schlechte Ausgangslage. Der »gefährlichste Stoßtrupp des Kommunismus«, wie Minister Jakob Kaiser es 1950 beschworen hatte, war die FDJ, zumindest an den Universitäten der Bundesrepublik, gewiss nicht.

Zur Abwehr kommunistischer Umtriebe an den Universitäten gehörte nach dem Verständnis des Amtes auch, die Einhaltung der Seeshaupter Beschlüsse auf Ebene der AStA zu überwachen. Mittels der gesamtdeutschen AStA-Referenten sollten demnach frühzeitig alle eigenständigen Ansätze deutsch-deutscher Kontakte von Studentenvertretungen oder -vereinigungen registriert werden.⁴²⁶ Ausdrücklich waren die gesamtdeutschen Referenten und die Aktionsgruppen dazu aufgefordert, die Entstehung irgendwelcher Patenschaften oder Einladungen zu scheinbar unpolitischen Veranstaltungen wissenschaftlicher oder universitärer Art dem AGSF mitzuteilen.⁴²⁷ Auch Informationen über Reisen von westdeutschen Studenten an Universitäten der DDR sollten dem AGSF frühzeitig übermittelt werden.⁴²⁸ Damit

⁴²⁴ Michael Lemke: *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*, Köln u.a. 2001, S. 56 (künftig zitiert: Lemke, *Einheit oder Sozialismus?*).

⁴²⁵ Wie wenig kommunistische Kräfte auf dem Campus Fuß fassen konnten, illustriert auch der Umstand, dass sich der »Studentenzirkel zum Studium des Marxismus« wegen seiner Mitgliederschwäche im Sommersemester 1950 selbst auflöste. Siehe hierzu: Bodo Hechelhammer: »On her Majesty's Secret Service«: Heinz Felfe und seine nachrichtendienstliche Tätigkeit für den britischen Geheimdienst gegen die KPD (1947–1950), in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2016, S. 87.

⁴²⁶ Nach einem VDS-Beschluss wurden alle Reisen von westdeutschen Studenten auf Einladung der FDJ in die DDR missbilligt. Siehe: FU Berlin, UA, AStA, Box 147, Sammlung der gesamtdeutschen Beschlüsse des Verbandes Deutscher Studentenschaften von der 1. o. DK bis zur 47. o. DK bzw. 13. MV, S. 9.

⁴²⁷ So hieß es im »briefing« für den angehenden gesamtdeutschen Referenten an der Freien Universität etwa: »Das Amt ist über alle politischen Geschehnisse an der FU, soweit sie den Ost-West-Fragenkreis berühren, sowie über Briefe und Aktionen sowjetdeutscher Universitäten oder Hochschulgruppen, die an die FU gerichtet sind oder sie betreffen, zu unterrichten. Auch das Aufkommen linksradikaler Strömungen unter der Studentenschaft ist zu beobachten und dem Amt mitzuteilen.« FU Berlin, UA, AStA, Box 22, 1.–2. Konvent der FU, Gedächtnisprotokoll von Fritz Klauck über die Belehrung über die Aufgaben der gesamtdeutschen Referenten, 14.1.1951.

⁴²⁸ So ermahnte das AGSF die AStA-Vorsitzenden: »Sie müssen uns benachrichtigen, wenn ein Student an eine ostdeutsche Universität fährt. Gerade bei konfessionellen Gruppen findet noch ein Austausch statt [...]. Generell sollten Besuche in die Ostzone abgelehnt werden, da sie unseren Leuten schaden und für uns hier eine große Gefahr bedeuten.« BAArch, B 166, Akte 4, Protokoll der 3. Ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS vom 27.–28. 4.1951, S. 31.

vollzog das AGSF durchaus den Verbandswillen. Nach den Mehrheitsbeschlüssen der Delegiertenkonferenzen und Mitgliederversammlungen waren die Seeshaupter Beschlüsse ab 1950 so eng ausgelegt worden, dass jeder offizielle Kontakt westdeutscher Studentenschaften zu Universitäten der DDR verboten war und geächtet werden sollte.⁴²⁹ Das umfasste ausdrücklich auch scheinbar unpolitische Patenschaften mit Universitäten, wie sie der Göttinger AStA lange mit der Universität Leipzig unterhalten, gegen den erstarkenden antikommunistischen Konsens im Verband verteidigt und doch letztlich auf Druck des VDS-Vorstandes hin 1950 beendet hatte.⁴³⁰ Jenseits rein operativer Infiltrationsabwehr verfolgte das AGSF damit auch ein innerverbandliches Projekt, das vor allem den Berliner Studentenvertretern rund um den neuen Vorsitzenden Rögner-Francke am Herzen lag und von diesen im Verband durchgesetzt wurde. Indem das AGSF deutsch-deutsche Kontaktabstimmungen frühzeitig registrierte und dem Vorstand und den beschlussfassenden Gremien des Verbandes zur politischen Einordnung weiterleitete, schirmte es nicht nur die Universitäten von feindlich-kommunistischen Einflüssen ab, sondern verteidigte auch den antikommunistischen Konsens als verbandspolitischen Status quo. Vor diesem Hintergrund informierten die gesamtdeutschen Referenten und Aktionsgruppen das AGSF über entsprechende verdächtige Aktivitäten: Aus Freiburg ließ sich das AGSF berichten, ein Herr U. von der Juristischen Fakultät habe heimlich und unter Umgehung der »bestehenden Bestimmungen« an der Universität Freiburg systematisch kommunistisches Propagandamaterial an die Studierendenschaft verteilt.⁴³¹ Ferner sei er verantwortlich für Versuche, Reisen von Freiburger in die »Ostzone« zu organisieren. In diesem Sinne habe er drei Freiburger Studenten in die »Ostzone« gebracht, von denen einer »als wackerer Friedenskämpfer zurückkehrte«. Auch dieser Student wurde dem AGSF namentlich mitgeteilt.⁴³² Aus Tübingen bekam das Amt die Meldung über einen Studenten H., der für die »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« in Ost-Berlin im August 1951 unter den Studenten warb.⁴³³

⁴²⁹ Konkret hatte der VDS auf seiner Delegiertenkonferenz im Februar 1950 entschieden, jedwede Beziehungsaufnahme eines AStAs im Vorfeld durch eine örtliche Urabstimmung der Studierendenschaft zu legitimieren. Damit wurden de facto die Handlungsspielräume der einzelnen Studentenvertreter in dieser Frage begrenzt, was hinsichtlich der Seeshaupter Beschlüsse disziplinierend wirkte. Siehe Beschluss auf der 5. ordentlichen DK des VDS 8. bis 10.2.1950, abgedruckt in: E. Detlev Otto: Studenten im geteilten Berlin. Ein Bericht über die Beziehungen zwischen den Studentenschaften in Ost- und Westdeutschland 1945 bis 1958, Berlin (West) 1959, S. 101 (künftig zitiert: Otto, Studenten im geteilten Berlin).

⁴³⁰ Hochschul-Informationen, Heft 6–7, 1963, »Gesamtdeutsche Studentenbeziehungen (Sondernummer)«.

⁴³¹ Name vom Verfasser anonymisiert.

⁴³² BArch, B 166, Akte 1257, Geheime Aktennotiz von Liselotte Berger über Berichte über bestehende oder geplante Ost-West Verbindungen, 2.5.1951, S. 4.

⁴³³ Ebd.

Im Hinblick auf die im August 1951 geplanten kommunistischen »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« waren auch VDS und AGSF in die umfangreichen Abwehrmaßnahmen eingebunden, mit denen die Bundesregierung und der Berliner Senat dem propagandistischen Jugendspektakel begegnen wollten.⁴³⁴ Federführend innerhalb des Amtes in dieser Sache war die Abteilung »Ermittlung und Abwehr«.⁴³⁵ Ihr Leiter, der stellvertretende AGSF-Geschäftsführer Carl Heinz Evers, koordinierte als Einsatzleiter der West-Berliner Hochschulen deren Maßnahmen und Aktionen im Rahmen der Gegenveranstaltungen.⁴³⁶ In dieser Funktion kümmerte er sich um die »sicherheitsmäßige Betreuung der Hochschulen« und war beratendes Mitglied des Berliner Jugendbüros.⁴³⁷ Über Evers war das AGSF auch im Aktionsausschuss des BMG integriert, in dem auch Vertreter des UFJ, des NWDR und des RIAS sowie Vertreter der Parteien und des Berliner Senates saßen.⁴³⁸ Dem Amt gelang es überdies offenbar auch, »Verbindungen zu einflussreichen Dienststellen« in Ost-Berlin aufzunehmen, um so Informationen über Verhaftungen von Studenten im Rahmen des Großereignisses erhalten zu können.⁴³⁹ Welchen Einfluss das AGSF in dieser konzertierten Abwehraktion besaß, ist im Detail nicht mehr zu rekonstruieren.⁴⁴⁰ Für die haarsträubenden »Erkenntnisse« des MfS, nach denen das AGSF gezielt »Artenkristalle zum Erbrechen« unter den studentischen Teilnehmern der Festspiele ausgegeben hätte, finden sich jedoch keinerlei parallel überlieferte Belege.⁴⁴¹

⁴³⁴ Die umfangreichen Aktionsprogramme und Maßnahmen, die von westlicher Seite gegen die Weltfestspiele und deren propagandistischen Effekt ins Feld geführt wurden, können hier aus Platzgründen kaum erörtert werden. Das Strukturprinzip der Abwehrmaßnahmen entsprang jedoch durchweg den Strategien von »soft power« und psychologischer Kriegsführung. Ziel war es, die ostdeutschen Gäste in West-Berlin freundlich zu empfangen und ihnen reichhaltige Kultur- und Konsumangebote bereitzustellen. Der Ansatz ist in der Forschung treffend als »Kaffee-und-Kuchen-Strategie« zusammengefasst worden. Siehe: Michael Lemke: Die »Gegenspiele«. Weltjugendfestival und FDJ-Deutschlandtreffen in der Systemkonkurrenz 1950–1954, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Die DDR und Europa – zwischen Isolation und Öffnung, Münster 2006, S. 452–505.

⁴³⁵ BArch, B 166, 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7.1951 bis 30.9.1951, S. 6.

⁴³⁶ BArch, B 137, Akte 1143, Protokoll für die Sitzung des Aktionsausschusses am 23.2.1951.

⁴³⁷ Ebd.

⁴³⁸ Ebd. .

⁴³⁹ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis zum 30.9.1951, S. 9.

⁴⁴⁰ Vor allem deshalb nicht, weil der Abschlussbericht über die AGSF-Tätigkeiten im Rahmen der Weltfestspiele, den das Amt für das BMG verfasste, nicht mehr überliefert ist. FU Berlin, UA, AStA, Box 239, Tätigkeitsbericht des Referenten für gesamtdeutsche Fragen der Freien Universität Berlin vom 1.7.1951 bis 31.10.1951.

⁴⁴¹ BStU, MfS Allg. P. 1824/55, Bericht über das »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« vom 9.1.1954.

Abwehrarbeit gegen rechtsextreme Umtriebe

Der antitotalitären Ausrichtung des Verbandes entsprechend richtete sich die Abwehrarbeit offiziell auch gegen rechtsextreme Tendenzen und Umtriebe in den Studentenschaften. Das »briefing«, das die gesamtdeutschen AStA-Referenten vom AGSF zu Beginn der Tätigkeit erhielten, enthielt sogar ausdrücklich die Order, sämtliche rechtsextreme Umtriebe an den Universitäten ebenso gewissenhaft zu melden wie die der Kommunisten und ihrer Tarnorganisationen.⁴⁴² Im VDS und in den Studentenschaften hatte es an Abgrenzungsritualen gegenüber allem Rechtslastigen nicht gefehlt. Allein der Anspruch des Verbandes, sich und seine gesamtdeutsche Arbeit in die Tradition des gegen den Nationalsozialismus gerichteten Widerstands von »Weißer Rose« und den »Verschwörern« des 20. Juli zu setzen, war geeignet, sich der Gegnerschaft, wenn nicht gar der Feindschaft eines rechtskonservativen Milieus auszusetzen. Die konkrete, praktische Seite der Abgrenzung gegenüber der politischen Rechten fand ihren Ausdruck vor allem im Kampf gegen die Studentenkorporationen, also die waffen- und farbentragenden Studentenverbindungen. Der Verband lehnte das schlagende Verbindungswesen als Relikt obrigkeitstaatlicher und undemokratischer Traditionspflege entschieden ab und versuchte besonders in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre, das Verbindungswesen aus den Universitäten zu entfernen und von den Organen der studentischen Selbstverwaltung fernzuhalten.⁴⁴³ Die Vorgehensweise ähnelte dabei auffallend der gegenüber kommunistischen Tendenzen. So forderte der VDS die Veröffentlichung sämtlicher bekanntgewordener Mensurfälle im FU-Umfeld durch die Verbandszeitung DSZ mit Hilfe des Sozialreferates des FU-AStAS.⁴⁴⁴ Dabei verwiesen die Autoren ganz explizit auf vergleichbare Praktiken im Kampf gegen die kommunistische Infiltration der Universitäten. Der Vorschlag wurde als unwürdige Gesinnungsschnüffelei vom Konvent letztlich abgelehnt.⁴⁴⁵

Gerade an der Freien Universität, immerhin unmittelbare Wirkungsstätte des AGSF, war diese Abgrenzung »gegen Rechts« spürbar. Nicht nur der Konvent hatte sogar der Hochschulgruppe der »Deutschen Partei« die Zulassung verweigert, auch die gegnerische Haltung gegen die »Korporierten« durchzog nahezu das gesamte Regelwerk und Wirken der studentischen Selbstverwaltung.⁴⁴⁶ So war die Mitglied-

⁴⁴² FU Berlin, UA, AStA, Box 22, 1.–2. Konvent der FU, Gedächtnisprotokoll von Fritz Klauk über die Belehrung über die Aufgaben der gesamtdeutschen Referenten, 14.1.1951.

⁴⁴³ Dies bezog sich nur auf die sogenannten farben- und waffentragenden Verbindungen. Nichtschlagende Verbindungen, etwa die des Kartellverbandes Katholischer Studentenverbindungen, waren davon ausgenommen. Siehe hierzu: Tent, Freie Universität, S. 227.

⁴⁴⁴ FU Berlin, UA, AStA, Box 15, Konvent, Schriftwechsel, Schreiben vom Konventsvorsitzenden Laubrinus an DSZ-Redakteur Kersting vom 27.2.1953.

⁴⁴⁵ Ebd. .

⁴⁴⁶ FU, Berlin, Konvent, Protokoll der 8. Ordentlichen Sitzung des Konvents am 28.2.1951, S. 5.

schaft in schlagenden Verbindungen nicht nur ein handfestes Immatrikulationshemmnis. Auch die Mitgliedschaft im Konvent und in den anderen Exekutivgremien der FU-Studentenschaft war mit einer Verbindungsmitgliedschaft unvereinbar gewesen, sofern es sich um eine farben- und waffentragende Verbindung handelte.⁴⁴⁷ Sogar die ärztliche Versorgung von Mensurverletzungen war dezidiert nicht vom Leistungskatalog der ansonsten großzügigen studentischen Krankenversicherung abgedeckt.⁴⁴⁸ FU-Studenten, die mit verdächtigen Gesichtsverletzungen auf dem Campus erschienen, gerieten schnell unter Rechtfertigungsdruck.⁴⁴⁹ Wer sich tatsächlich solche Mensurverletzungen bei heimlichen Duellen zuzog, dem blieb oft nichts anderes übrig, als sich von sympathisierenden Professoren der Medizinischen Fakultät – oft selbst »alte Herren« – verarzten zu lassen.⁴⁵⁰ Solche Vorgehensweisen reichten aus, um Ermittlungen durch den Konvent gegen die Betroffenen einzuleiten, und konnten eine Exmatrikulation nach sich ziehen. Erst ab Mitte der 1950er Jahre, als das Verbindungswesen wieder an Popularität gewann und das Bundesverfassungsgericht seine Präsenzrechte an den Universitäten stärkte, relativierte auch der VDS seine harte Haltung gegenüber den Korporationen.⁴⁵¹ Dass der FU-AStA ab 1959 mit (dem späteren Berliner Regierenden Bürgermeister) Eberhard Diepgen von einem Korporationsstudenten geleitet wurde, war bezeichnend für diesen Paradigmenwechsel.⁴⁵² Angesichts des heftigen Kampfes des Verbandes gegen die Korporationen ist es erstaunlich, wie wenig die Arbeit des AGSF in diese Auseinandersetzungen eingebunden war.

In den Tätigkeitsberichten finden sich allenfalls vereinzelt Hinweise auf Ermittlungen gegen rechtsextreme Umtriebe im Umfeld der Korporationen. So informierte das AGSF im Juni 1951 den VDS-Vorstand offenbar mündlich über die »Vorgänge

⁴⁴⁷ FU Berlin, UA, AStA, Box 15, Schreiben des Konventsvorsitzenden Laubrinus an den DSZ-Chefredakteur Herr Simon, 4.3.1953.

⁴⁴⁸ FU Berlin, UA, AStA, Box 15, Konvent Schriftwechsel. Erklärung von Wolfgang Richter, 2. Vorsitzender des FU-Konventes, undatiert, vermutlich 1952.

⁴⁴⁹ In einem Fall musste ein Student sich die Bestätigung eines Arztes holen, wonach die Schnittwunden die Folge eines Autounfalls gewesen wären. FU Berlin, UA, Box 122, Schreiben von Universitätsprofessor und Arzt Harry Prinz an den AStA der FU zu der Gesichtsverletzung des Herrn G. am 20.10.1952.

⁴⁵⁰ Ebd.

⁴⁵¹ Kleifeld, *Wende zum Geist?*, S.101. Im Laufe der 1950er-Jahre stieg die Zahl der Verbindungsstudenten stark an: So verdreifachten sich die Mitgliederzahlen des großen Schwarzburgbundes, eine Dachorganisation von 22 schlagenden und nicht-schlagenden Verbindungen, zwischen 1950 und 1960. Erst zwischen 1968 und 1975 gingen die Mitgliederzahlen stark nach unten, <https://de.wikipedia.org/wiki/Schwarzburgbund> (07.07.2023).

⁴⁵² Diepgen war dabei kein Sonderfall: 1962 gehörten 30 Prozent der männlichen Studenten einer Verbindung irgendeines Typs an. Vgl. *Die Krise der Deutschen*, <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/studentische-verbindungen-die-krise-der-deutschen-burschenschaft-12795301.html> (05.05.2025).

in Berlin betr. der Deutschen Sozialistischen Partei«. ⁴⁵³ Grund für diese Zurückhaltung war möglicherweise der Umstand, dass die Korpsstudenten sich überdurchschnittlich stark als Spender an den Solidaritätssammlungen und als Besucher an AGSF-Veranstaltungen beteiligten. ⁴⁵⁴ Eine weitere Einbeziehung korporierter Kreise in die gesamtdeutschen Studentenfragen fand jedoch ansonsten nicht statt. Mit der Distanzierung gegenüber den Korporationen verzichtete das Amt allerdings auch auf die Nutzung deutsch-deutscher Kontakte und Beziehungsgeflechte der Verbindungen für seine Ostarbeit, wenngleich Größe und Umfang dieses Potentials nicht exakt ermittelt werden können. Gesamtdeutsche Aktivitäten der Korporationen hingegen fanden im Umkehrschluss unter Ausschluss von VDS und AGSF statt. ⁴⁵⁵ Die einzige Abwehraktivität gegenüber rechtsextremistischen Umtrieben, in die das Amt nachweislich involviert war, bestand in der Anfertigung einer Aufstellung aller Korporationszeitschriften – eine Auftragsarbeit für den »Kongress für kulturelle Freiheit« im Jahr 1952. ⁴⁵⁶ Die Berliner Hochschulexekutive des CCF, die zu diesem Zeitpunkt bereits vom AGSF-Vize Carl Heinz Evers geleitet wurde, nutzte diese Aufstellung im Rahmen des »Arbeitskreises zur Analyse von Korporationen«. ⁴⁵⁷ Auch

⁴⁵³ BArch, B 166, Akte 1257, Aktennotiz über eine Besprechung zwischen Herrn Rögner-Francke und Fräulein Berger am 1.6.1951, S. 2. Die Deutsche Sozialistische Partei war eine rechtsnationale Splittergruppe, die im April 1951 von den Westalliierten verboten wurde. Dennis L. Bark: Die Berlin-Frage 1949–1955. Verhandlungsgrundlagen und Eindämmungspolitik, Berlin (West)/New York 1972, S. 197.

⁴⁵⁴ Ebenso hatten die Korporationen der Arbeit des AGSF gegenüber dem VDS einstimmig Anerkennung gezollt. FU Berlin, UA, Box 10, Schriftwechsel AStA 1.–4. Konvent. Memorandum des FU-AStA zur Frage der Korporationen, S. 2.

⁴⁵⁵ Tatsächlich hatte es auch im Umfeld der Korporationen gesamtdeutsche Aktivitäten gegeben, die denen von VDS und AGSF vergleichbar waren: So gab es Bemühungen, ehemalige Verbindungsbrüder an den DDR-Universitäten zu unterstützen. Auch gesamtdeutsche Tagungen, an denen ebenso Verbindungsstudenten aus der DDR teilnahmen, lassen sich belegen. Im November 1952 fand in West-Berlin die Tagung der Deutschen Burschenschaften statt. Das Motto lautete »Der deutsche Osten«. Der Burschenschaftlertag hatte wirklich gesamtdeutschen Charakter, da unter den 1.500 Teilnehmern auch Verbindungsstudenten aus der DDR waren. Damit legte der Burschenschaftlertag ähnliche thematische Schwerpunkte wie der Studententag in Berlin wenige Monate zuvor. AGSF und VDS blieben der Veranstaltung trotz thematischer Überschneidungen demonstrativ fern, weshalb auch der RIAS-Mitarbeiter Gundeler die Aufgabe übernahm, die Zuhörerschaft über die Verhältnisse im DDR-Hochschulwesen zu unterrichten. Dabei regte er zudem eine Zusammenarbeit der Burschenschaften mit dem VDS an, was aufgrund der ablehnenden Haltung des VDS auf wenig Resonanz stieß. Das BMG, das deutlich weniger Berührungspunkte kannte, war durch seinen Leiter des Pressereferates vertreten, die FU durch Prof. Ginst, der die Stellung der Burschenschaften an der FU kritisierte und auch die Zeitschrift *Colloquium* in dieser Frage scharf angriff. Siehe: »Der deutsche Osten«, in: Hamburger Studentenzeitung (1952), Nr. 28, unpaginiert.

⁴⁵⁶ BArch, B 166, Akte 1229, Schreiben von Carl Heinz Evers an VDS-Vorsitzenden Johannes Reinhold vom 22.7.1952 und vom 3.8.1952, S. 1.

⁴⁵⁷ Ebd.

andere Privatorganisationen waren zeitgleich zu Aktionen gegen rechtsgerichtete Kreise vom CCF aufgefordert worden.⁴⁵⁸ Grundsätzlich jedoch hatte die Abwehrarbeit des Amtes, trotz des antitotalitären Bekenntnisses des VDS, unstrittig eine dezidiert antikommunistische Grundausrichtung.

Ausweitung der Abwehrarbeit auf »Neutralisten« und Wiederbewaffnungsgegner

Hauptgegner und wichtigstes Aufklärungsobjekt der Abwehrarbeit blieb freilich die FDJ. Zur großen Überraschung und zum Missfallen des AGSF setzte die Bundesregierung im Juni 1951 ein umfassendes Verbot der Freien Deutschen Jugend durch. Begründet wurde der Schritt mit der engen Verbindung der FDJ zur SED sowie mit der gezielten Störung der Amtsausübung von Organen der Bundesregierung.⁴⁵⁹ Im Lichte der eskalierenden Systemkonkurrenz betrachtet, lagen jedoch vorrangig strategische Motive diesem Verbot zugrunde. Nicht zufällig war das Verbot im Vorfeld der Weltfestspiele in Ost-Berlin ausgesprochen worden. Zu groß war die Angst bundespolitischer Akteure vor einer massenhaften Mobilisierung von westdeutschen FDJ-Mitgliedern und Sympathisanten zum Berliner Austragungsort des Massenspektakels, das sicherheitspolitische Stellen bereits als Auftaktveranstaltung zu einer paramilitärischen Okkupation West-Berlins interpretierten.⁴⁶⁰ Das Verbot der kommunistischen Umfeldorganisation gab der Bundesregierung nun eine rechtliche Handhabe, die sicherheitspolitisch bedenkliche Massenmobilisierung bundesdeutscher Jugendlicher nach Berlin umfassend zu unterbinden. Auch das SED-Regime interpretierte das Verbot ihres wohl wichtigsten westdeutschen Stoßtrupps vor allem aus sicherheitspolitischer Perspektive im Zusammenhang mit einer von den Amerikanern initiierten Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.⁴⁶¹ Hier zeigte sich erneut, wie eng Jugendpolitik mit Sicherheitspolitik zumindest in der Wahrnehmung der handelnden Akteure verwoben war.

Die bis dahin prosperierende AGSF-Abwehrarbeit traf das FDJ-Verbot völlig unvorbereitet und stieß im VDS und AGSF auf Kritik. Zum einen widersprach diese Vorgehensweise dem strategischen Strukturprinzip des VDS, wonach vorrangig auf Information und Aufklärung und nicht auf Repression gesetzt werden sollte.⁴⁶² Zum anderen beklagte das Amt, nicht zuvor von staatlichen Stellen als Beratungsinstanz

⁴⁵⁸ So etwa die KgU, die sich aber der Zusammenarbeit verweigerte. Siehe: Heitzer, KgU, S. 195.

⁴⁵⁹ Protestchronik, Band I, S. 450.

⁴⁶⁰ Lemke, Vor der Mauer, S. 143.

⁴⁶¹ Protestchronik, Band I, S. 450.

⁴⁶² FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Protokoll der VDS-Delegiertenkonferenz am 18. bis 20.8.1951, S. 16.

in dieser Frage angehört worden zu sein.⁴⁶³ Doch darüber hinaus gab es auch organisationsinterne Gründe, weshalb das AGSF diesen Schritt skeptisch sehen musste. Zwar war die Abwehrarbeit in den Monaten zuvor erfolgreich angelaufen, doch mit gerade einmal knapp 300 Personen war die Verdächtigenkartei noch recht übersichtlich und damit noch kein Pfund, mit dem das AGSF gegenüber Verfassungsschutz und Nachrichtendiensten wuchern konnte.⁴⁶⁴ Andere Organisationen, in deren Liga das AGSF erst noch aufsteigen musste, etwa der UFJ, KgU und die Ostbüros, hatten zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich umfangreichere Datensätze angesammelt.⁴⁶⁵ Das Amt hingegen war 1951 noch dabei, sich einen Überblick über die kommunistische Szene an den Universitäten zu verschaffen. Nach dem FDJ-Verbot befürchtete das AGSF einen massenhaften Gang dieser Personen in die Illegalität, von wo aus sie Anschläge und Sabotageaktionen gegen Universitäten und Wissenschaftler tätigen würden.⁴⁶⁶ Für diesen »Tag X« sah das Amt die Universitäten sowie den eigenen Abwehrapparat offenbar noch nicht gewappnet bzw. etabliert genug.

Die Annahme, FDJ-Mitglieder würden nach dem Verbot den Schritt in die Illegalität vollziehen, war kein exklusives Szenario des AGSF. Auch andere Stellen erwarteten eine ausgefeilte Illegalitätsstrategie der Kommunisten als Reaktion auf diesen juristischen Erstschlag der Bundesregierung. So ging auch das BMG davon aus, dass sich der Gegner als Reaktion auf das FDJ-Verbot zukünftig für seine Subversionsarbeit verstärkt Tarnorganisationen bedienen würde.⁴⁶⁷ Vor allem Gruppierungen, die sich mit den Fragen der Wiederbewaffnung befassten, waren dieser Lesart zufolge Infiltrations- und Ursurpationsobjekte ersten Ranges.

Gefahrenpotential für das gesellschaftspolitische Gefüge der jungen Bundesrepublik bargen diese Strömungen in mehrfacher Hinsicht. Der betont bürgerlich-protestantische Hintergrund der Bewegung und ihrer Führungspersonlichkeiten drohte jene konfessionelle Sammlungspolitik zu behindern, die ihrerseits eine tragende Säule des stabilen antikommunistischen Bollwerks namens Bundesrepublik darstellte.⁴⁶⁸ Auch die konsequente Westintegrationspolitik von Bundeskanzler Konrad Adenauer war hierdurch bedroht, da antiwestliche Zungenschläge für ein unüberhörbares Hintergrundrauschen in der Bewegung sorgten und sich bisweilen mit antikatholischen Ressentiments verbanden. Als »im Vatikan gezeugt und in Wa-

⁴⁶³ Ebd.

⁴⁶⁴ BAArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.7 bis 30.9.1951, S. 8.

⁴⁶⁵ Zum Umfang der KgU-Abwehrarbeit im Bundesgebiet und West-Berlin siehe: Heitzer, KgU, S. 174–180.

⁴⁶⁶ FU Berlin, UA, AStA, Box 130, Protokoll der VDS-Mitgliederversammlung vom 27.4.1951, S. 26.

⁴⁶⁷ Kreuzberger, Kampf gegen den inneren Feind, S. 93 f.

⁴⁶⁸ Über die Schwierigkeiten der überkonfessionellen Sammlungspolitik der CDU und ihre gesellschaftspolitische Bedeutung siehe: Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, Stuttgart/München 2001.

shington geboren« hatte etwa der prominente wiederbewaffnungskritische Theologe Martin Niemöller die Bundesrepublik bezeichnet.⁴⁶⁹ Doch erst als diese anfänglich losen Strömungen sich anschickten, bürgerlich-protestantische Konkurrenzparteien zur CDU zu gründen, wuchs die Sorge vor deren Instrumentalisierung durch kommunistische Kräfte diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. Mittels Infiltration der Parteien bzw. durch geschickte Bündnispolitik hätten kommunistische Kreise ihre neue Paria-Position verlassen und mittelbar Einfluss auf bürgerliche Kreise der Bundesrepublik nehmen können, so das Schreckensszenario. Mit den Mitteln der Verbotspolitik konnte die Bundesregierung gegen dieses kulturprotestantische Elitenprojekt nicht agieren, da die Positionen der Wiederbewaffnungsgegner und Neutralisten weit von jeder Verfassungswidrigkeit entfernt blieben. Strategisch geboten war daher, deren agitatorischen Einfluss auf die bundesdeutsche Gesellschaft mit Methoden der psychologischen Kriegsführung nach Kräften einzudämmen.⁴⁷⁰ Hierfür eigneten sich jene Gruppierungen, die mit dem BMG zusammenarbeiteten und längst dessen organisatorischen Unterbau bildeten.⁴⁷¹ Für den hochschulpolitischen Bereich war dies in erster Linie das AGSF, welches seinerseits 1951 damit beginnen sollte, gegen die Einfluss der Wiederbewaffnungsgegner in den Studentenschaften zu Felde zu ziehen.

Die Versuche des AGSF, neutralistische Gruppen und Wiederbewaffnungsgegner ins Visier eigener Abwehraktivitäten zu nehmen, waren jedoch in verbandspolitischer Hinsicht heikel. Denn im Gegensatz zu den personell schwach besetzten FDJ-Hochschulgruppen, die ohnehin nur am Narrensaum der Studierendenschaft ihr isoliertes Dasein fristeten, waren die Positionen der Wiederbewaffnungsgegner unter den Studierenden durchaus mehrheitsfähig: Unter den Studenten der Universität Erlangen etwa lehnten im Februar 1951 88,2 Prozent der Befragten eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik »zum jetzigen Zeitpunkt« ab.⁴⁷² Knapp ein Drittel sprach sich sogar grundsätzlich gegen eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands aus,⁴⁷³ gegen eine allgemeine Wehrpflicht taten dies über 70 Prozent.⁴⁷⁴ Auch

⁴⁶⁹ Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S. 190. Zum kulturprotestantischen Einfluss insbesondere der Bruderräte auf die Wiederbewaffnungs- und Neutralistenbewegung siehe: Michael Klein: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Beiträge zur historischen Theologie, Tübingen 2005.

⁴⁷⁰ Ziel war vor allem, Parteien wie die GVP mit diesen Methoden zu isolieren und damit unter die ab 1953 existierende Fünf-Prozent-Hürde zu drücken. Kreuzberger, Kampf gegen den inneren Feind, S. 97.

⁴⁷¹ Vor allem der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF) richtete seine Aktivitäten auffällig stark gegen neutralistische Gruppen aus.

⁴⁷² Die Befragung wurde vom »Forum Politicum« durchgeführt. Kraushaar, Protestchronik, Band I, S. 385.

⁴⁷³ Ebd.

⁴⁷⁴ Ebd.

an der Freien Universität, wo die Studierendenschaft der Bedrohung aus dem Osten näher war als anderswo, sah das Meinungsbild ähnlich aus. Zwar hielten hier 92 Prozent der befragten Studenten einen Staatsnotstand als Reaktion auf das »Vorgehen des Bolschewismus« für gerechtfertigt, doch zugleich lehnten immerhin 35 bis 36 Prozent der Studenten die Aufstellung deutscher Truppen im nationalen wie im europäischen Rahmen ab.⁴⁷⁵ Vor dem Hintergrund dieses uneinheitlichen Meinungsbildes hatte der VDS davon Abstand genommen, in dieser Frage als Verband repräsentativ Stellung zu nehmen.⁴⁷⁶ Anders als in Bezug etwa auf irgendwelche deutsch-deutschen Studentenkontakte, die durch die Seeshaupter Beschlüsse rundweg untersagt waren, gab es in diesen Fragen erheblichen Ermessensspielraum für die örtlichen Studentenvertretungen. Für das AGSF bedeutete dies wiederum, dass es damit streng genommen kein Mandat besaß, um gegen Wiederbewaffnungsgegner an den Universitäten vorzugehen.

Konflikträchtig wurde die Ausdehnung der Abwehrarbeit auf die Wiederbewaffnungsgegner im Oktober 1951, als das AGSF in einem Rundschreiben die AStA vor den Aktivitäten der »Aktionsgruppe Darmstadt« (AD) warnte.⁴⁷⁷ Die AD war eine Studentenvereinigung, die sich um den charismatischen Darmstädter Studentenpfarrer und Niemöller-Vertrauten Herbert Mochalski gruppiert hatte und gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik protestierte.⁴⁷⁸ Im Herbst 1951 hatte sich die AD rapide ausgebreitet und Ableger an den Universitäten Tübingen, Freiburg, Heidelberg, Mainz und Frankfurt etabliert.⁴⁷⁹ Ob und inwieweit die Aktionsgruppe Darmstadt Gegenstand kommunistischer Infiltration gewesen ist, bleibt nach wie vor unklar. Die zeitgenössischen Einschätzungen gingen hier weit auseinander. Nach Einschätzung des hessischen Volksbildungsministers galt die Gruppe als unverdächtig, weil alle beteiligten Personen in Westdeutschland geboren worden waren, keinerlei kommunistische Vorprägung, aber dafür »verwandschaftliche Beziehungen zu kirchlichen Kreisen« besaßen.⁴⁸⁰ Auch der AStA der Darmstädter TH versicherte dem BMG gegenüber, dass dort weder »kommunistische Elemente« beteiligt seien noch »prokommunistische Propaganda betrieben« werde.⁴⁸¹ Andere

⁴⁷⁵ Die Umfrage wurde in der Studentenzeitung *Colloquium* veröffentlicht, Kraushaar, Protestchronik, Band I, S. 373.

⁴⁷⁶ »Wir stellen anheim«, in: Göttinger Universitätszeitung (1951), Heft 19 (Oktober 1951), S. 4.

⁴⁷⁷ Ebd.

⁴⁷⁸ Zur kaum erforschten Aktionsgruppe Darmstadt und zur Person Herbert Mochalski siehe: Klein, Westdeutscher Protestantismus, S. 267.

⁴⁷⁹ BArch, B 137, Akte 1357, SOPADE-Informationsdienst. Denkschriften 44. Die »Darmstädter Aktionsgruppe«, undatiert (wahrscheinlich 1952), S. 3.

⁴⁸⁰ BArch, B 137, Akte 1357, Abschrift des Schreibens des hessischen Volksbildungsministers an den Rektor der TH Darmstadt vom 27.8.1951, unpaginiert.

⁴⁸¹ BArch, B 137, Akte 1357, Schreiben des AStA der TH Darmstadt an das BMG vom 13.9.1951, unpaginiert.

Stellen hingegen teilten die Bedenken des AGSF. So stellte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) wenig später auffällig unklare Finanzierungsquellen der AD fest, da sie keinerlei Gelder von der Bundesregierung, dem Bundesjugendplan oder aus anderen, üblichen Töpfen bezog.⁴⁸² Darüber hinaus wusste das BfV über ein Frankfurter Mitglied zu berichten, dass es im Frühjahr 1951 an einem »Führerlehrgang der Nationalen Front in Bantikow« teilgenommen hatte und eine Zeit lang im brandenburgischen Kyritz »im sowjetzonalen Sinne geschult« worden war.⁴⁸³ Auffällig häufig wurden überdies Flugblätter der AD zusammen mit »kommunistischem Propagandamaterial« verteilt.⁴⁸⁴

In jedem Fall stieß die Warnung des AGSF vor der AD auf heftige Kritik. In einem Schreiben an die Studentenschaft hatte die AD die Bevölkerung einem Wehrgesetz den Gehorsam zu verweigern.⁴⁸⁵ In einem Rundschreiben warf das AGSF der AD und ihren Sympathisanten deshalb vor, »vielleicht in bester Absicht [...] den Kommunisten in die Hände zu spielen«.⁴⁸⁶ Vor diesem Hintergrund forderte das AGSF die Studentenvertreter auf, Stellung hierzu zu nehmen und ähnliche Bestrebungen an ihren Hochschulstandorten aufmerksam zu beobachten.⁴⁸⁷ Dieser Ratsschlag stieß jedoch auf Kritik aus den Studentenschaften. Vor allem der Göttinger AStA kritisierte diese Empfehlung des AGSF als unangemessene Einmischung in die studentische Meinungsfreiheit.⁴⁸⁸ Gegenüber dem VDS drängten die Göttinger darauf, deutlich zu machen, dass das Rundschreiben nicht als offizielle Haltung des VDS zur Remilitarisierungsfrage missverstanden werden solle.⁴⁸⁹ Gegenüber der studentischen Öffentlichkeit warfen die Göttinger Studentenvertreter über ihre Hauspostille, die *Göttinger Universitätszeitung*, dem AGSF vor, eine Spielart des Antikommunismus vorzuführen, der in der Gefahr stünde, antidemokratisch zu werden.⁴⁹⁰ Der Vorfall zeigte deutlich auf, wie eng die Grenzen für das AGSF bei der Einbeziehung der Wiederbewaffnungsgegner in die Abwehrarbeit waren. Allein den rhetorischen Ankündigungen, solche Gruppen verstärkt ins Visier zu nehmen bzw. diesen gegenüber wachsam zu sein, wurde von studentischer Seite entschieden entgegengetreten. Mochten auch alte Rechnungen hinter der Göttinger Kritik stehen, verfehlte sie

⁴⁸² BArch, B 137, Akte 1357, Abschrift eines Schreibens des Bundesinnenministers an das BfV am 20.8.1952, unpaginiert.

⁴⁸³ BArch, B 137, Akte 1357, Schreiben des BfV an das BMG vom 22.4.1952, unpaginiert.

⁴⁸⁴ BArch, B 137, Akte 1357, Schreiben des BfV an das BMG vom 11.12.1951, unpaginiert.

⁴⁸⁵ Kraushaar, *Protestchronik*, Band I, S. 459.

⁴⁸⁶ »Wir stellen anheim«, in: *Göttinger Universitätszeitung* (1951), Heft 19 (Oktober), S. 4.

⁴⁸⁷ Ebd.

⁴⁸⁸ BArch, B 166, Akte 130, Protokoll der 12. VDS-Delegiertenkonferenz vom 16. bis 19.11.1951, S. 38 f.

⁴⁸⁹ Ebd.

⁴⁹⁰ »Wir stellen anheim«, in: *Göttinger Universitätszeitung* (1951), Heft 19 (Oktober), S. 4.

doch ihre Wirkung nicht.⁴⁹¹ Nach dem Oktober 1951 schien die operative Abwehrarbeit des AGSF an den bundesdeutschen Universitäten zum Erliegen gekommen oder aber vollständig verdeckt betrieben worden zu sein. Ab Ende 1951 finden sich in den Unterlagen jedenfalls keine Hinweise mehr auf derartige nachrichtendienstliche Vorgehensweisen im universitären Hinterland der Bundesrepublik.

Grund für das wahrscheinliche Ende dieser Abwehrtätigkeiten war nicht nur die Kritik aus den Reihen der Studentenvertreter. Auch der Umstand, dass im Laufe des Jahres 1951 zuständige Sicherheitsbehörden gegründet und in ihren Kompetenzen klar definiert wurden, legt die Vermutung nahe, dass das staatliche Interesse am Bezug nachrichtendienstlicher Leistungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren spürbar nachließ. Zudem dämpfte der Misserfolg sowohl der KPD als auch der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) bei den Bundestagswahlen 1953 deren Bedrohungspotential. Gleichwohl bedeutete dies nicht das Ende der AGSF-Abwehrarbeit insgesamt. In dem Maße, wie das Amt seine Ermittlungen im Bundesgebiet zurückfuhr, verlagerte es seine Abwehrmaßnahmen auf die Überprüfung von Flüchtlingsstudenten, die ab 1952 deutlich an Fahrt aufnehmen sollte.

Flüchtlingsarbeit

Überprüfung von Flüchtlingsstudenten

Die Flüchtlingsarbeit gehörte mit zu den ersten Aufgaben, die sich dem Amt vom ersten Tage an aufdrängten. Schon bei ihrer Eröffnung wurde die Beratungsstelle des »Referates Ost« in Berlin-Dahlem von ratsuchenden Oststudenten und Flüchtlingen förmlich überrannt.⁴⁹² Dieser Zustand änderte sich bis zum Bau der Mauer 1961 nicht mehr. Zwar schwankte die Zahl der registrierten Flüchtlingsstudenten beträchtlich und war offenkundig von Konjunkturen geprägt, doch letztlich riss der Flüchtlingsstudentenstrom nicht mehr ab. Die Dauerhaftigkeit der Flüchtlingsfrage

⁴⁹¹ Der Göttinger AStA war ein geradezu notorischer Befürworter einer möglichst großzügigen Auslegung der Seeshaupter Beschlüsse und damit zwangsläufig ein Widersacher des AGSF, der zusammen mit den bayerischen und Berliner VDS-Landesverbänden stets eine enge Auslegung favorisierte. Der Göttinger AStA hatte noch 1950 versucht, eine Patenschaftsbeziehung zum Leipziger Studentenrat aufzunehmen, und musste im Juni 1950 auf allgemeinen Druck der westdeutschen Studentenschaften diese wieder auflösen. Dies kam einer Niederlage gleich. Fortan bildeten die Konflikte zwischen den Göttinger und Frankfurter AStA einerseits und dem AGSF und den »Berlinern« andererseits eine Konstante in den »Ost-West-Fragen« des Verbandes. Siehe hierzu: Otto, Studenten im geteilten Deutschland, S. 48–53.

⁴⁹² Sondernummer »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen. Vier Jahre studentische Arbeit zwischen Ost und West«, in: Hochschul-Informationen (1953), Sondernummer, S. 2.

unterschied das AGSF von vergleichbaren Organisationen, wie etwa den Ostbüros der Parteien. Bei diesen entspannte sich der Andrang im Laufe der 1950er-Jahre, da die ursprünglichen resistenten Teile der Mitgliederpools der sozialdemokratischen, christdemokratischen und liberalen Parteien der DDR im Zuge der Gleichschaltung mit der Zeit austrockneten.⁴⁹³ Das Reservoir der Studenten hingegen versiegte nicht, da beständig neuer Nachwuchs an die Universitäten kam. Pessimistische Prognosen des AGSF, nach denen ab 1951 die studentische Opposition an den Universitäten der DDR aufgrund neuer, schulisch stärker indoktrинierter Jahrgänge zum Erliegen kommen würde, bestätigten sich nicht.⁴⁹⁴ Neue Studentenjahrgänge brachten neue Unzufriedenheit und »Anpassungsschwierigkeiten« mit in die Universitäten. Einzelne Universitätsstandorte blieben auch nach Zerschlagung der Studentenopposition Horte oppositionellen Denkens und färbten diesbezüglich auf nachkommende Studentengenerationen ab.⁴⁹⁵ Darüber hinaus erwies sich die Gleichschaltung der Universitäten als deutlich schwieriger als die Gleichschaltung etwa der Parteien, weshalb sie sich über die ganzen 1950er-Jahre hinzog und entsprechend zeitverzögert beständig neue Repressionsopfer bewirkte. So blieb die Behandlung der Flüchtlingsfrage für das AGSF und den VDS stets eine Hauptaufgabe.

Im Westen angelangt, stellten die Flüchtlingsstudenten die Universitäten hinsichtlich ihrer Versorgung und Eingliederung vor große Herausforderungen. Ihre soziale und materielle Erstversorgung war oft ungeklärt, da sie aufgrund ihres Studentenstatus formal häufig nicht fürsorgeberechtigt waren.⁴⁹⁶ Mangels Informationsaustausches zwischen den Universitätsverwaltungen der DDR und der Bundesrepublik fehlten zudem häufig notwendige Unterlagen oder fachliche Informationen für eine reibungslose Immatrikulation.⁴⁹⁷ Hinzu kamen mehr und mehr sicherheitspolitische Ansprüche in Bezug auf die politische Zuverlässigkeit der Flüchtlinge, ihr politisches Vorleben und den konkreten Fluchtgrund. All diese Fragen zu klären,

⁴⁹³ So wurde etwa das Büro des FDP-Ostbüros Mitte 1958 nur noch von zwei bis acht Besuchern pro Monat aufgesucht. Siehe Buschfort, *Parteien im Kalten Krieg*, S. 225.

⁴⁹⁴ Spangenberg rechnete gegenüber Studentenvertretern mit einem Ende des studentischen Widerstandes im Jahr 1951. FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der VDS-DK im Februar 1951, S. 13.

⁴⁹⁵ So blieben etwa die Universitäten Jena und Leipzig auch in späteren Jahren ein Schwerpunkt studentischer Opposition. Siehe hierzu etwa die Beurteilungen über Disziplinarstrafen und Verhaftungen von Studenten an den Universitäten nach dem Mauerbau 1961 von Anita Krätzner-Ebert: *Der Mauerbau und die Universitäten der DDR*, in: *Die Hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung*, 1/2015, S. 18.

⁴⁹⁶ BArch, B 137, Akte 1136, Zusammengefasste Niederschrift über die 2. Sitzung des Ständigen Ausschusses für Studentenfragen am 7. Februar 1953 in Bonn, S. 4.

⁴⁹⁷ Auch hatten die Flüchtlingsstudenten keine Leistungsnachweise und Zeugnisse in den Westen mitnehmen können, besonders wenn sie aufgrund akuter Gefährdung rasch hatten fliehen müssen. FU Berlin, UA, Rektorat, 1489, RIAS-Sendeprotokoll: »5 Jahre Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« vom 6.10.1954, S. 9.

sollte zum Gegenstand der AGSF-Flüchtlingsüberprüfung werden, die ab 1950 an der Freien Universität ihren Anfang nahm.

Die ersten Flüchtlingsstudenten überprüfte das AGSF offenbar bereits ab Januar 1950.⁴⁹⁸ Noch weitgehend identisch mit dem gesamtdeutschen AStA-Referat, begutachtete es im Rahmen des Zulassungsverfahrens an der Freien Universität die fachliche und politische Eignung von Flüchtlingsstudenten.⁴⁹⁹ In einem Fragebogen wurden Daten zum Ausbildungsgang sowie zum politischen Werdegang der Bewerber abgefragt.⁵⁰⁰ Angegeben werden mussten neben parteipolitischen Mitgliedschaften sämtliche Ämter und Funktionen innerhalb der studentischen Selbstverwaltung seit 1945.⁵⁰¹ Hinsichtlich der Zeit vor 1945 wurden nur Angaben zu einer eventuellen NSDAP-Mitgliedschaft erfragt.⁵⁰² Nicht durchleuchtet hingegen blieb die militärische Vita der Studienbewerber. Offiziersränge in der Wehrmacht, Ort und Zeitraum der Kriegsgefangenschaft, Mitgliedschaften in der Waffen-SS, in Strafbataillonen oder sonstige Desertationserfahrungen spielten für das Immatrikulationsverfahren offenbar keine Rolle.⁵⁰³ Über diese Angaben hinaus mussten die Studienbewerber ihre »Gründe zum Verlassen der Ostzone« schriftlich darlegen.⁵⁰⁴ In das Überprüfungsverfahren einbezogen war neben dem »Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen, Außenstelle Berlin« die Magistratsflüchtlingsbetreuungsstelle und die »Kampfgruppe Hildebrandt«, also die KgU.⁵⁰⁵ Nach eigenen Angaben zählte das AGSF im Laufe des Jahres 1950 über 1.000 Flüchtlingsstudenten aus der Sowjetzone.⁵⁰⁶ 403 Studenten erkannte die Prüfungskommission des Berliner Magistrates, in der ebenfalls die KgU und das AGSF beteiligt waren, als politische Flüchtlinge an.⁵⁰⁷ Rund 300 wurden an der FU zugelassen, ca. 100 weitere Studenten vom AGSF

⁴⁹⁸ So wurde Carl Heinz Evers, der spätere stellvertretende Leiter des AGSF, am 14.1.1950 vom RGSF befragt. Fragebogen des Verbandes Deutscher Studentenschaften. Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen, Außenstelle Berlin, Lfd.-Nr. 39. Ausgefüllt von Carl Heinz Evers am 14.1.1950, FU Berlin, UA, Immatrikulationsbüro, Studentenakte Carl Heinz Evers.

⁴⁹⁹ Zur Flüchtlingsarbeit des ersten AStA der FU siehe: Coper, Erinnerungen, S. 134.

⁵⁰⁰ Fragebogen des Verbandes Deutscher Studentenschaften. Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen, Außenstelle Berlin, Lfd.-Nr. 39. Ausgefüllt von Carl Heinz Evers am 14.1.1950, FU Berlin, UA, Immatrikulationsbüro, Studentenakte Carl Heinz Evers.

⁵⁰¹ Ebd.

⁵⁰² Ebd.

⁵⁰³ Ebd.

⁵⁰⁴ Ebd.

⁵⁰⁵ Ebd. Die Beziehungen zwischen der Freien Universität und der KgU sind noch weitgehend unerforscht. KgU-Leiter Paul Tillich hatte 1950 kurzzeitig einen Lehrauftrag an der FU, und auch der FU-AStA-Mitglied und Junge Union-Mitbegründer Ernst Benda war Lizenzträger der KgU.

⁵⁰⁶ BArch, B 166, Akte 1257, Kurzbericht von VDS-Vorstandsvorsitzendem Horst Rögner-Francke von Januar 1951 über die Tätigkeit des RGSF, S. 1.

⁵⁰⁷ Ebd.

an Universitätsstandorte in der Bundesrepublik weitervermittelt.⁵⁰⁸ Darüber hinaus fertigte das AGSF im Winter 1950/51 »politische Gutachten« für die Hochschulabteilung des Volksbildungsamtes an. Dies betraf circa 30 Grenzgänger-Studenten der FU, die in Ost-Berlin oder dem Brandenburger Umland wohnten und eine Zuzugsgenehmigung für West-Berlin beantragt hatten.⁵⁰⁹ Zur selben Zeit fand offenbar auch eine weitere Systematisierung der AGSF-Flüchtlingsüberprüfung statt. So formulierte das Amt im Januar 1951 in Absprache mit dem VDS-Vorstand erstmals einen festen Kriterienkatalog für die Überprüfung von Flüchtlingsstudenten.⁵¹⁰ Die Richtlinien für die Kategorisierung galten seit dem 1. Januar 1951 und dienten der Eingliederung der Flüchtlingsstudenten in die westdeutsche Universitätslandschaft.⁵¹¹ Danach gab es vier Kategorien von Flüchtlingsstudenten.

In die Kategorie I fielen Studenten, die aktiv im Widerstand gegen das SED-Regime tätig waren. In diesen Fällen zog das AGSF alle ihm zur Verfügung stehenden Register, um diese Studenten optimal zu unterstützen. Das Amt vermittelte ihnen direkt einen Studienplatz an einer West-Berliner oder westdeutschen Universität – auch wenn eine normale »Zulassung« aufgrund verstrichener Bewerbungsfristen nicht mehr möglich war oder das Semester bereits lief. Sogar die Flugkosten in die Bundesrepublik wurden in diesen Fällen vom Amt bezahlt, da interzonale Reisen über den Landweg für diese oft polizeilich gesuchten Widerstandsaktivisten lebensgefährlich sein konnten.⁵¹²

Die Kategorie II umfasste jene Studenten, die zwar nicht im Widerstand gegen das SED-Regime gestanden hatten, aber dennoch – etwa aufgrund »unbedachter Äußerungen« – ins Visier der DDR-Behörden geraten waren. Es handelte sich dabei zumeist um Studenten, die »ohne zwingende Gefährdung für Leben und Freiheit aus gewissenmäßigen Gründen« zur Flucht genötigt wurden. In diesen Fällen prüfte das AGSF lediglich die »politische Unbedenklichkeit«. Diese Unbedenklichkeitsbescheinigung konnte den Bewerbungsunterlagen für eine westdeutsche Universität beigelegt werden. Ferner zahlte das Amt diesen Personen im Falle sozialer Bedürftigkeit einen Zuschuss zum Überflug in die Bundesrepublik.⁵¹³

In Gruppe III fielen Studenten, die ohne jede Repressionserfahrung oder direkte Bedrohung ihrer Person die DDR verlassen hatten. Diese wurden vom AGSF zwar ebenfalls begutachtet, jedoch verhielt sich das Referat in diesen Fällen neutral hin-

⁵⁰⁸ FU Berlin, UA, AStA, Box 135, Protokoll der VDS-Delegiertenkonferenz im Februar 1951 in Hamburg, S. 12.

⁵⁰⁹ FU Berlin, UA, AStA, Box 239, Vierteljahresbericht des Referates für gesamtdeutsche Studienfragen der FU (Zeitraum 1.11.1950–31.1.1951), S. 3.

⁵¹⁰ FU Berlin, UA, AStA, Box 239, Tätigkeitsbericht des AGSF vom 1.10.1950 bis 31.3.1951, S. 2.

⁵¹¹ Ebd.

⁵¹² Ebd.

⁵¹³ Ebd.

sichtlich der Immatrikulationsempfehlung.⁵¹⁴ Die Gruppe IV schließlich umfasste Studenten, die das AGSF negativ begutachtete. In diesen Fällen lehnte das Amt die Vermittlung und Immatrikulation der Betroffenen an bundesdeutsche Universitäten ab und setzte sämtliche Universitätsverwaltungen »unter Angabe der genauen Gründe« über die negative Einschätzung in Kenntnis.⁵¹⁵

Wie sich die vier Gruppen gewichteten, ist nur für einen kurzen Folgezeitraum überliefert, nicht aber für die gesamte Zeitspanne der Flüchtlingsüberprüfung bis 1963. Von den 221 Flüchtlingsstudenten, die das (seit Mai umbenannte) AGSF im Sommer 1951 überprüfte, fielen 156 Studenten in die Gruppe III: Sie wurden demnach neutral bewertet, weil dem Amt keinerlei Informationen vorlagen.⁵¹⁶ Weitere 22 Studenten wurden aus »politischen Gründen« und vier aus »charakterlichen bzw. kriminellen Gründen« negativ beurteilt, fielen also in die Gruppe IV.⁵¹⁷ Positive Beurteilungen im Rahmen der Kategorien I und II erhielten lediglich 56 Antragsteller auf Immatrikulation bzw. Zuzugsgenehmigung.⁵¹⁸

Die Entscheidungsgrundlage für die Einstufung bildete die Studentenkartei. In dieser sammelte die Abteilung »Ermittlung und Abwehr« fachliche, politische und sogenannte charakterliche Merkmale möglichst vieler Studenten und Professoren an Hochschulen der DDR.⁵¹⁹ Anfang 1952 bekannte das AGSF, 21.000 Studenten und Professoren in der DDR auf diese Weise registriert zu haben.⁵²⁰ Damit hatte das Amt die Studentenschaft und den akademischen Lehrkörper in der DDR zu über zwei Dritteln erfasst.⁵²¹ Das bemerkenswerte Ausmaß und die Geschwindigkeit der Datenerfassung lassen sich schlüssig erklären. So nutzte das Amt die Beratungsgespräche mit Besuchern oder Flüchtlingsstudenten als Informationsquelle.⁵²² Angesichts mehrerer tausend Gespräche, die das Amt in den ersten Jahren seines Bestehens mit Studenten aus der DDR bereits geführt hatte, kann eine entsprechend hohe Informationsausbeute angenommen werden.⁵²³ Unklar ist, ob das Amt die Flüchtlinge und Besucher über diese Art der »Zweitverwertung« der Beratungsgespräche aufklärte oder sie ohne ihr Mitwissen als Quelle »abschöpfte«. Ebenso nutzte das Amt für die Informationsgewinnung seinen Kurier- und Informantenapparat, der in den

⁵¹⁴ Ebd.

⁵¹⁵ Ebd.

⁵¹⁶ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 8.

⁵¹⁷ Ebd.

⁵¹⁸ Ebd.

⁵¹⁹ BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 8.

⁵²⁰ BArch, B 166, Akte 132, AGSF-Jahresbericht für die Legislaturperiode 1951/52, S. 4.

⁵²¹ Ebd.

⁵²² BArch, B 166, Akte 1260, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.7. bis 30.9.1951, S. 11.

⁵²³ Allein zwischen Mai 1951 und September 1953 hatten in der Beratungsstelle 12.539 Personen aus der DDR oder Ost-Berlin vorgesprochen. »Vier Jahre studentischer Arbeit zwischen Ost und West«, in: Hochschul-Informationen (1953), Sondernummer, S. 2.

Jahren 1951/52 auf dem Höhepunkt seiner Leistungsfähigkeit operierte und um die 231 Personen zählte.⁵²⁴ Die Kurierere wurden gezielt für nachgeordnete Recherchen zu persönlichen Daten herangezogen, etwa wenn Rückfragen von Universitätsverwaltungen zu Flüchtlingsstudenten an das AGSF gerichtet wurden.⁵²⁵ Die Möglichkeit, den Kurier- und Informantenapparat fallweise gezielt zu Recherchezwecken auf DDR-Gebiet einzusetzen, bestand mindestens seit Oktober 1950⁵²⁶ und wurde nachweislich bis mindestens 1957 genutzt.⁵²⁷

Das AGSF war sich offenbar frühzeitig darüber bewusst, dass es sich hierbei auf sensiblem Terrain bewegte. Schließlich ließ sich die abwehrpolitisch motivierte Überprüfung von Flüchtlingsstudenten nicht so umstandslos aus den Seeshaupter Beschlüssen ableiten wie andere Tätigkeitsfelder.⁵²⁸ Bereits die Abwehrarbeit gegen neutralistische Gruppen an westdeutschen Universitäten war unter Studenten hochumstritten gewesen und hatte in den Studentenschaften für Empörung gesorgt.⁵²⁹ Die Anreicherung der Flüchtlingsarbeit mit quasi-nachrichtendienstlichen Methoden bedurfte daher einer schlüssigen Begründung seitens des AGSF, um der Kritik aus den Reihen der Studentenschaften präventiv zu begegnen. Es galt demnach, ein Selbstverständnis als Gutachterinstanz zu entwickeln, das sich auch in der Außenkommunikation mit der Funktion des Amtes als Organ der studentischen Selbstverwaltung widerspruchsfrei vertragen. In rückblickend erstaunlicher Offenheit schilderte das Amt daher seine Absichten in der Studentenpresse. So plädierte es vehement für die Überprüfung von Flüchtlingsstudenten als Bestandteil einer notwendigen Abwehr gegen kommunistische Infiltrationsversuche von bundesdeutschen Universitäten.⁵³⁰ Auf diese Weise, so die Argumentation, konnten »Agenten mit Aufträgen aus Ostberlin« daran gehindert werden, in die Universitäten und Studentenschaften West-Berlins und der Bundesrepublik einzudringen.⁵³¹ Alle Studenten sollten ein Interesse daran haben, so die Lesart weiter, dass auf diese Weise Schaden von den Uni-

⁵²⁴ BAArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Haushaltsplan vom 1.10.1951, unpaginiert.

⁵²⁵ BAArch, B 166, Akte 132, Teilbericht des AGSF-Tätigkeitsberichtes auf der 13. VDS-Delegiertenkonferenz in Oberursel im März 1952, unpaginiert.

⁵²⁶ Das BMG lobte im Oktober 1950 ausdrücklich die Möglichkeiten des Amtes, »Rückfragen« an allen Universitätsstandorten der DDR stellen zu können. BAArch, B 137, Akte 1137, Interner BMG-Vermerk vom 25.10.1950, Betr.: Die Lage der Studenten aus der sowjetischen Besatzungszone und ihre Überprüfung, S. 1.

⁵²⁷ So hatte etwa der AGSF-Kurier »Altmann« gestanden, noch im Februar 1957 mit der Erstellung von Charakteristiken von Studenten und Professoren der Universität Leipzig beauftragt worden zu sein. BSTU, MfS BV Lpz AIM 142/82, Bl. 190.

⁵²⁸ Die Seeshaupter Beschlüsse sahen allerdings den »Informationsaustausch zwischen Ost und West« vor, was natürlich Interpretationsspielräume zuließ.

⁵²⁹ Siehe hierzu das Teilkapitel »Abwehrarbeit«.

⁵³⁰ »Agenten?«, in: DSZ (1951), Sept./Okt.

⁵³¹ Ebd.

versitäten und Studenten abgewendet werden würde.⁵³² Darüber hinaus galt es, »die Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik vor [...] kriminell vorbelasteten Personen zu schützen«, die sich die Teilung Deutschlands zu Nutze machen und sich durch Flucht dem gerechten Zugriff der Justiz entziehen wollten.⁵³³ Zugleich versicherte das AGSF gegenüber den Studentenschaften, dabei eine maßvolle Vorgehensweise an den Tag zu legen und keine unverhältnismäßige »Gesinnungsschnüflei« zu betreiben. In deutlichen Worten bekannte Dietrich Spangenberg hierzu:

»Ich wehre mich dagegen, [...] daß ich eine Neuauflage der »Entnazifizierung« schaffen will. Das kommt nicht in die [sic] Frage. Es ist kein Kriterium für mich, daß ein Student Mitglied der SED oder FDJ war [...]. Wir sollten nur von unseren Hochschulen Leute fernhalten, die gegen die gesellschaftlichen Regeln verstoßen haben und alle diejenigen eliminieren, bzw. nicht zulassen, die irgendwie mit dem Gesetz der Freiheit und Menschenwürde zusammengestoßen sind.«⁵³⁴

Demnach war die einfache Mitgliedschaft in Massenorganisationen des SED-Staates kein alleiniger Grund für eine negative Stellungnahme des Amtes. Ausschlaggebend für eine negative Beurteilung war allein, wenn der Betreffende nachweislich entweder im politischen Auftrag als Agent etc. in die Bundesrepublik geschickt worden wäre oder gegen die »Gebote der Menschlichkeit verstoßen« hätte. Letzteres wäre der Fall gewesen, wenn das AGSF etwa Informationen darüber erlangt hätte, dass der Betreffende seinen Kommilitonen geschadet oder durch Denunziation zu ihrer Relegation oder Verhaftung beigetragen hätte.⁵³⁵ Doch auch in solchen Fällen bedeutete dies nicht zwingend, dass das AGSF sich generell gegen die Vergabe des Status »politischer Flüchtling« ausgesprochen hätte, sofern der Betreffende anschließend selbst in eine Zwangslage gekommen war. Allerdings hätte das Amt in einem solchen Fall keine Immatrikulationsempfehlung ausgesprochen.⁵³⁶ Auch genügte es nicht, wenn bloß eine einzige Aussage zur Person vorlag. »Ausschlaggebende Informationen«, wie das Amt es nannte, mussten in jedem Fall von mehreren voneinander unabhängigen Zeugen stammen, die ihre Aussagen auch vor einem ordentlichen Gericht wiederholen würden.⁵³⁷ Zeugen wurden auch direkt für die Begutachtung hinzugezogen. Bisweilen gaben diese auch Bürgschaftserklärungen ab. So sprachen im ersten Quartal 1952 circa 850 Personen im AGSF als Zeugen für insgesamt 487

⁵³² Ebd.

⁵³³ Ebd.

⁵³⁴ BArch, B 166, Akte 140, Protokoll der 27. VDS-DK im Februar 1954, S. 84.

⁵³⁵ FU Berlin, UA, AStA, Box 226, Protokoll der 3. Tagung der Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen, 16./17. Mai 1953, S. 7.

⁵³⁶ FU Berlin, UA, AStA, Box 226, Protokoll der 3. Tagung der Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen, 16./17. 5. 1953, S. 28 f.

⁵³⁷ BArch, B 137, Akte 1112, 5. Referententagung, Mai 1955, unpaginiert.

Begutachtungen vor. Damit kam auf zwei Zeugenaussagen bzw. Bürgschaftserklärungen ein Gutachten.⁵³⁸

Wie schon bei den Planungen zur Integration der ostdeutschen Universitäten nach einer eventuellen Wiedervereinigung fällt auch bezüglich der Flüchtlingsüberprüfungspraxis auf, wie sehr sich das AGSF bemühte, diese qualitativ von der Entnazifizierungspraxis scharf abzugrenzen, was abermals auf die geringe Popularität dieser Maßnahmen in der bundesdeutschen Bevölkerung verweist. Nicht zufällig wurde Ernst von Salomons Abrechnungsbuch »Der Fragebogen« zu einem Bestseller. Die skeptische bis ablehnende Grundhaltung gegenüber der Entnazifizierungspraxis war jedoch als Massenphänomen mit verbliebener Verbundenheit mit dem NS-Regime allein nicht zu erklären. Hinzu kam ein diffuses Unwohlsein gegenüber einer Beurteilungspraxis, die nach dichotomem Ja-Nein-Schema befragte und schwerpunktartig Belastungen nach Organisationszugehörigkeiten einstuftete, aber die komplexen Motivlagen unterbelichtet ließ, die für die zu entnazifizierenden Personen möglicherweise handlungsleitend waren.⁵³⁹

Dass sich gerade Dietrich Spangenberg hervortat und für Milde gegenüber Studenten oder Dozenten plädierte, die lediglich der SED oder anderen Massenorganisationen angehört hatten, ließ sich ebenfalls biografisch begründen. Dass jemand Mitglied einer herrschenden Partei und zugleich Opfer ihrer repressiven Verfolger sein konnte, wusste niemand besser als Spangenberg, dessen Weg in die Nähe des militärischen Widerstandes des 20. Juli 1944 keineswegs gradlinig vorgezeichnet verlief. Zumal musste auch er nach 1945 seine Lebensplanung unter Berücksichtigung einer entstehenden Diktatur den äußeren Rahmenbedingungen abringen. Seine Sozialisation in einer betont christlich-bürgerlichen Familie, in dem »die Naziideologie« »abgelehnt und bekämpft wurde«, wie ein jüdischer Freund der Familie nach 1945 dieser bescheinigte⁵⁴⁰, hatte weder Spangenbergs Mitgliedschaft in der HJ noch dessen Beitritt in die NSDAP im September 1940 verhindert.⁵⁴¹ Ob dies aus Überzeugung geschah oder eine strategische Vorleistung für das angestrebte Medizinstudium des 18-jährigen Abiturienten Spangenberg war, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Allerdings geriet Spangenberg nur wenige Monate nach dem Parteieintritt ins Visier der Gestapo, die den jungen Gymnasiasten »kirchlich-politischer Umtriebe«, der Beleidigung Heinrich Himmlers und des Abhörens von ausländischen Ra-

⁵³⁸ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.1.1952 bis zum 31.3.1952, S. 6.

⁵³⁹ Zum Phänomen, dass die Entnazifizierungspraxis in der deutschen Bevölkerung mehrheitlich und quer durch die politischen Lager negativ bewertet wurde, siehe: Joachim Szodrzynski: Entnazifizierung – am Beispiel Hamburgs, Hamburg 2014, S. 36 f.

⁵⁴⁰ HU, UA, Studentenakte Spangenberg, Bl. 16, Schriftliche Erklärung von Konrad Geldmacher gegenüber dem Dömitzer Bürgermeister vom 2.4.1946.

⁵⁴¹ BAB, Berlin Document Center, R 9361 IX V0074.

diosendern (sogenannten Feindsendern) verdächtigte.⁵⁴² Wenngleich die Vorwürfe mangels Beweisen ohne Konsequenzen blieben, ist es möglich, dass Spangenberg deshalb bereits »angezählt« war, als er 1944 offenbar aufgrund von Denunziationen eines Stabsarztes in das »Strafbataillon 999« zwangsversetzt wurde.⁵⁴³ Die Auflösung des Strafbataillons im November 1944 führte Spangenberg glücklicherweise nicht, wie viele andere des Bataillons, in die SS-Sonderformation Oskar Dirlewanger, die im Raum Polen zu ausnehmend grausamen Sonder- und Strafaktionen eingesetzt wurde.⁵⁴⁴ Stattdessen geriet er im März 1945 als Bataillonssanitäter im Raum Danzig in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er nach sechs Monaten Zwangsarbeit in der Rüstungswirtschaft im Uralgebirge in die Heimat entlassen wurde.⁵⁴⁵

Als vorteilhaft für die Zulassung zum Medizinstudium in der SBZ nach Kriegsende erwies sich Spangenbergs Vergangenheit jedoch allenfalls erst im zweiten Anlauf. Noch 1946 war er, trotz bescheinigter fachlicher Eignung, aufgrund negativer politischer Bewertung zurückgestellt worden.⁵⁴⁶ Spangenberg hatte nach eigenen Aussagen den Prüferkreis politisch nicht einschätzen können und deswegen in der mündlichen Befragung vorsichtig agiert.⁵⁴⁷ Nach erneuter Bewerbung im Frühjahr 1947 wurde er zum Medizinstudium an der späteren Berliner Humboldt-Universität zugelassen. Begründet wurde dies mit den Repressionserfahrungen Spangenbergs während der NS-Zeit und seinem Engagement im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) der Vormonate.⁵⁴⁸ Tatsächlich ausschlaggebend für die Zulassung Spangenbergs war aber offenbar die strategische Erwägung der Universitätsverwaltung, das aufgeheizte und politisch unzuverlässige Klima an der Berliner medizinischen Fakultät mit der gezielten Delegation »antifaschistisch-fortschrittlicher« Studenten abzukühlen.⁵⁴⁹ Freilich schlug dieser Versuch fehl. Statt zu einem linientreuen Studenten zu werden, ließ sich der junge Medizinstudent Spangenberg vom

⁵⁴² HU, UA, Studentenakte Spangenberg, Lebenslauf, Bl. 5 f.

⁵⁴³ Ebd.

⁵⁴⁴ Klausch, »Wehrunwürdige«, S. 81. Für eine Überführung Spangenbergs in die Waffen-SS finden sich keine Belege.

⁵⁴⁵ »Wat so'n Minsch allerlewen deiht«. Bonner Köpfe: Der Chef des Bundespräsidialamtes Dietrich Spangenberg, in: Unser Mecklenburg. Zeitung für Mecklenburger und Vorpommern (1969), Juli/August 1969,

⁵⁴⁶ HU, UA, Studentenakte Spangenberg, Prüfungsprotokoll vom 16.9.1946, Bl. 8.

⁵⁴⁷ HU, UA, Studentenakte Spangenberg, Schreiben des Personalreferenten (Schömming?) an Herrn Dr. Peck vom 31.1.1947, Bl. 11.

⁵⁴⁸ HU, UA, Studentenakte Spangenberg, Schreiben von Personalrat (Schömming?) der Universität Berlin an Herrn Dr. Peck vom 31.1.1947, Bl. 11.

⁵⁴⁹ So hieß es wörtlich in der Begründung: »Ich würde eine Zulassung des Herrn Sp. zum Sommersemester (Medizin) wärmstens befürworten, besonders da es in dieser Fakultät, wie ja die Wahlversammlungen der Studenten zeigten, scheinbar noch an dem wirklich antifaschistischen-fortschrittlichen Geiste fehlt.« HU, UA, Studentenakte Spangenberg, Schreiben von Personalrat (Schömming?) der Universität Berlin an Herrn Dr. Peck vom 31.1.1947, Bl. 11.

oppositionellen Geist der Berliner Studentenopposition anstecken, trat dem schon frühzeitig antikommunistisch orientierten Berliner SDS bei und gehörte schließlich nach der »Relegationskrise« von 1948 zur studentischen Gründerkohorte der Freien Universität, wo ihn die hochschulpolitische Betätigung im FU-AStA 1951 schließlich in die Leitungsebene des AGSF führte.⁵⁵⁰ Allein dieser Ausblick auf die Einflussfaktoren von Spangenberg's politischem Werdegang der Jahre 1940 bis 1948 erhellt nicht nur anschaulich die doppelte Diktaturerfahrung. Er zeigt vielmehr auch, weshalb die Beurteilung politischer Werdegänge aufgrund von Organisationszugehörigkeit und Befragungen unter Studenten wie auch in der bundesdeutschen Bevölkerung sehr ambivalent erlebt werden konnten und weshalb das AGSF unter seiner Leitung für Milde etwa bei SED-Mitgliedschaften plädierte – eine Milde, die im Kontrast zum kämpferischen Antikommunismus stand und von heutiger Warte aus nicht selbsterklärend erscheint.

Im Sommer 1951 versuchte das AGSF seine Flüchtlingsüberprüfung von West-Berlin auf das Bundesgebiet auszuweiten. Dies geschah mit Rückendeckung der Studentenschaften. So forderten die Delegierten der 11. VDS-Delegiertenkonferenz alle AStA im Bundesgebiet per Beschluss dazu auf, darauf hinzuwirken, dass die lokalen Zulassungsstellen und Auswahlausschüsse über alle Studienbewerber aus der DDR grundsätzlich ein Gutachten des AGSF anfordern sollten.⁵⁵¹ Initiator des Beschlusses war das AGSF selbst gewesen, das hierzu einen Eilantrag eingereicht hatte.⁵⁵² Das AGSF nutzte dabei nicht nur den natürlichen Überrumpelungseffekt des Eilantragsverfahrens. Unterstützend wirkte auch die Gunst der Stunde und des Ortes, die bewusst als Gegenveranstaltung zu den »Weltfestspielen der Jugend und Studenten« zeitgleich nach Berlin verlegt worden war.⁵⁵³ Auch auf dem Feld der Flüchtlingsarbeit hatte sich damit offenbar erfüllt, was der VDS-Vorstandsvorsitzende Horst Rögner-Francke zuvor als Hauptziel seiner Amtszeit formulierte: nämlich die Berliner Position und Haltung in den gesamtdeutschen Studentenfragen zur gesamtdeutschen Position des Verbandes zu machen. In diesem Sinne sollte die Überprüfungspraxis, wie sie an der FU im Vorfeld von Immatrikulationen eingeführt und erprobt worden

⁵⁵⁰ Der Berliner SDS hatte sich schon früher als der Verband im Bundesgebiet den Kampf gegen den Kommunismus auf die Fahnen geschrieben. Siehe: Rohwedder, Helmut Schmidt und der SDS, S. 42–45.

⁵⁵¹ Wörtlich hieß es im Beschluss: »Den AStA wird empfohlen, auf die lokalen Zulassungsstellen und Auswahlausschüsse einzuwirken, daß über alle Studienbewerber aus der Sowjetzone grundsätzlich ein Gutachten des AGSF eingeholt wird.« Vgl. FU Berlin, UA, AStA, Box 147, Sammlung der gesamtdeutschen Beschlüsse des Verbandes Deutscher Studentenschaften von der 1. o. DK bis zur 47. o. DK bzw. 13. MV, S. 30.

⁵⁵² Ebd.

⁵⁵³ Otto, Studenten im geteilten Berlin, S. 56.

war, auch an allen westdeutschen Universitätsstandorten vollzogen werden.⁵⁵⁴ Tatsächlich registrierte das AGSF in den Folgemonaten verstärkt Anfragen von Universitätsverwaltungen zu Studienbewerbern aus der DDR.⁵⁵⁵ Ab Frühjahr 1953 wurde das AGSF offenbar regelmäßig von bundesdeutschen Universitätsverwaltungen im Vorfeld von Immatrikulationen von Flüchtlingsstudenten konsultiert.⁵⁵⁶

Das AGSF im Bundesnotaufnahmeverfahren

In den Jahren 1952 und 1953 baute das AGSF die Flüchtlingsüberprüfung sukzessive weiter aus. Mit Unterstützung des BMG verschaffte sich das Amt Zugang zum Bundesnotaufnahmeverfahren, das ab Februar 1952 auf West-Berlin ausgeweitet worden war. Dort wurde das Amt von den zuständigen Behörden verstärkt als Auskunftsstelle für Flüchtlingsstudenten konsultiert. Um diesbezügliche Informationen im Notaufnahmeverfahren zu erhalten, bedurfte es der Expertise nichtstaatlicher Organisationen, die auf bestimmte Berufsgruppen oder gesellschaftliche Milieus gleichsam spezialisiert waren. In der Folge stieg der Wert von Organisationen wie den Ostbüros der Parteien oder den »freiheitlichen Juristen« für die Notaufnahmebehörden.⁵⁵⁷ Die Gutachtertätigkeit der bis dahin einflussreichen KgU nahm hingegen stetig ab, da sie als »Generalistin« keine vergleichbare Spezialisierung auf Bevölkerungsgruppen oder Branchen vorweisen konnte.⁵⁵⁸ Gleichwohl deuten die Quellen an, dass das AGSF Anfangsschwierigkeiten hatte, sich im konkurrenzbetonten Umfeld des Bundesnotaufnahmeverfahrens (BNAV) als Auskunftsstelle Gehör zu verschaffen. Erst die erbetene Intervention des BMG, in der das Ministerium den Berliner Notaufnahmeleiter auf die hohe Qualität und Seriosität der Informationsarbeit des AGSF hinwies, diente schließlich als ultimativer Türöffner ins staatliche

⁵⁵⁴ Die Ausrichtung seiner Amtsführung an den Positionen der Berliner Studentenschaft formulierte Rögner-Francke wie folgt: »Wenn ich in Bonn bleibe, bildet Berlin, und insbesondere die Freie Universität, die Basis, von der ich ausging und meine Rückendeckung. Vieles, was ich vorhabe, geht konform mit dem, was wir in Berlin für richtig halten [...]. Das, was in Berlin geschieht, muss auch weiter für die Kommilitonen Westdeutschlands richtunggebend bleiben.« FU Berlin, UA, Konvent, Protokoll der 22. Ordentlichen Sitzung des 1. Konvents am 4.11.1950, unpaginiert.

⁵⁵⁵ BArch, B 166, Akte 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. 10. bis 31. 12. 1952, S. 2.

⁵⁵⁶ BArch, B 166, Akte 132, Teilbericht des AGSF-Tätigkeitsberichtes auf der 13. VDS-Delegiertenkonferenz in Oberursel im März 1952, unpaginiert.

⁵⁵⁷ Allen, Befragung, S. 109 f.

⁵⁵⁸ Offenbar kam der KgU dieser Schritt jedoch nicht nur ungelegen, da es angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen und Überprüfungsfälle in West-Berlin 1952/53 den Überblick verloren hatte. Allen, Befragung, S. 110.

Flüchtlingsüberprüfungswesen.⁵⁵⁹ So stellte das Amt anschließend zufrieden fest, dass dank einer »persönlichen Fühlungnahme mit dem Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin« dieser fast »allen Befürwortungen des AGSF für Studenten in der SBZ entsprochen« hatte.⁵⁶⁰

Förderlich für die stärkere Beteiligung am Notaufnahmeverfahren wirkten sich gleichwohl noch andere Umstände aus. Weil die DDR-Regierung 1952 auf Stalins Geheiß die innerdeutsche Grenze abgeriegelt hatte, konzentrierte sich der Flüchtlingsstrom nun auf das »Schlupfloch« Berlin, dessen Grenzen aufgrund des Vier-Mächte-Status immer noch eine relativ große Durchlässigkeit aufwiesen.⁵⁶¹ Verschärfend hinzu kam, dass die Westalliierten im Februar 1952 ihre Zuzugsquoten für West-Berlin endgültig aufgehoben hatten.⁵⁶² Folglich vollzog sich die Fluchtbewegung zu 90 Prozent über Berlin.⁵⁶³ Dies führte zu einer Verdreifachung der Flüchtlingszahlen und übte enormen Druck auf die Infrastruktur der geteilten Stadt aus.⁵⁶⁴ Die Arbeits- und Wohnungsmärkte der »Frontstadt« lagen bedingt durch den Teilungsschock noch immer danieder und konnten die ankommenden Massen kaum absorbieren. Zwar war seit der Einbeziehung Berlins in das Bundesnotaufnahmeverfahren die Weiterleitung von anerkannten Flüchtlingen in das Bundesgebiet nach einem Verteilungsschlüssel geregelt, doch dies galt nur für die anerkannten Flüchtlinge, die das Verfahren erfolgreich durchlaufen hatten.⁵⁶⁵ Die vielen nicht anerkannten illegalen »Zonenflüchtlinge« saßen somit in West-Berlin fest. Eine Rückkehr in die DDR war aufgrund der rigiden Pass- und Republikfluchtgesetze nicht gefahrlos möglich. Es drohten der Stadt soziale Verwerfungen in einem bedrohlichen Ausmaß. Hilfesuchend wandte sich der West-Berliner Senat an Bonn. Eine großzügigere Vergabe des Flüchtlingsstatuts oder eine Generalamnestie lehnte die Bundesregierung jedoch ab, um keine zusätzlichen Fluchtanreize zu schaffen.⁵⁶⁶ Als Kompromisslösung wurde jedoch vereinbart, sämtliche Zonenflüchtlinge nach Westdeutschland auszufliegen,

⁵⁵⁹ BArch, B 150, Akte 4114, Bd. 1, Schreiben des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen an den Bundesminister für Vertriebene am 21.2.1952, unpaginiert.

⁵⁶⁰ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.4. bis 30.6.1952, S. 2.

⁵⁶¹ Manfred Wilke: Der Weg zur Mauer, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): Eine Mauer für den SED-Staat. Berlin 1961 und die Folgen. Berlin 2012, S. 19. Sowie: Kreuzberger, Stefan: Abschirmungspolitik gegenüber dem westlichen Deutschland im Jahr 1952, in: Wettig, Gerhard (Hrsg.): Die Sowjetische Deutschlandpolitik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 12-37.

⁵⁶² Grund dafür war offenbar die Einbeziehung Berlin in das Bundesnotaufnahmegesetz; Allen, Befragung, S. 45.

⁵⁶³ Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961: Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 100), Düsseldorf 1994, S. 139 (künftig zitiert: Heidemeyer, Flucht).

⁵⁶⁴ Ebd., S. 133.

⁵⁶⁵ Ebd., S. 143.

⁵⁶⁶ Ebd., S. 163.

sofern keine politischen oder strafrechtlichen Verdachtsmomente gegen sie vorlagen.⁵⁶⁷ Der massive Handlungsdruck, die Flüchtlingsmassen möglichst reibungslos, aber mit Rücksicht auf sicherheitspolitische Belange durch West-Berlin zu schleusen, verschaffte privaten Organisationen wie dem AGSF verstärkt Zugang zum BNAV. Ende 1952 fällte das Berliner Notaufnahmeverfahren hinsichtlich der Flüchtlingsstudenten offenbar keine Entscheidung mehr, ohne im Vorfeld ein Gutachten des AGSF angefordert zu haben.⁵⁶⁸ Überdies forderten die Notaufnahmebehörden neben »sachlichen Angaben« vermehrt direkte Beratung bei konkreten Fallentscheidungen.⁵⁶⁹ Dies schlug sich in den Statistiken nieder. Hatte das Amt im ersten Jahresquartal gerade einmal 42 Gutachten für das BNAV angefertigt, verzehnfachte sich die Zahl im dritten Quartal auf 425 Stellungnahmen.⁵⁷⁰ Im darauffolgenden Jahr erntete das AGSF weitere Früchte seiner offenbar professionellen Vorarbeit für das BNAV. Die zuständigen Behörden ernannten das Amt zur generellen Gutachterstelle für alle aus der DDR eintreffenden Studenten und Abiturienten, sofern diese eine Notaufnahme beantragten.⁵⁷¹ Konkret bedeutete dies, dass alle Flüchtlingsstudenten nach ihrer Ankunft in Berlin automatisch ans AGSF weitergeleitet wurden und dort ein Gutachten erhielten, das per Kurier an die Notaufnahmebehörden ging.⁵⁷²

Das AGSF führte den Anstieg der Flüchtlingszahlen 1952 vorrangig auf die Verschärfung des repressiven Kurses in der DDR zurück.⁵⁷³ Tatsächlich hatte im Nachgang der 2. SED-Parteikonferenz ein »verschärfter Klassenkampf« für den »Aufbau des Sozialismus« das Land mit Terror und Gewalt überzogen. Rund zwei Millionen Selbstständige wurden aus der Kranken- und Sozialversicherung ausgeschlossen und bekamen die Lebensmittelkarten entzogen.⁵⁷⁴ Die beginnende Kollektivierung der Landwirtschaft trieb Tausende Bauern in die Flucht nach Westen.⁵⁷⁵ Der Ausbau der Schwerindustrie auf Kosten der Konsumgüterindustrie verschlimmerte zudem bestehende Versorgungsengpässe, und 11.000 Menschen wurden binnen weniger Stunden in der »Aktion Ungeziefer« aus ihrem Wohnumfeld nahe der innerdeutschen Grenze vertrieben.⁵⁷⁶ Dieses »schlimmste Jahr der DDR«, wie der

⁵⁶⁷ Ebd.

⁵⁶⁸ BArch, B 166, Akte 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.10. bis 31.12.1952, S. 2.

⁵⁶⁹ Ebd.

⁵⁷⁰ Eigene Berechnungen auf Grundlage der AGSF-Tätigkeitsberichte des Jahres 1952.

⁵⁷¹ BArch, B 166, Akte 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.7. bis 31.10.1953, S. 5.

⁵⁷² FU Berlin, UA, AStA, Box 226, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.4. bis 30.6.1953, S. 2–3.

⁵⁷³ BArch, B 166, Akte 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.10. bis 31.12.1952, S. 1.

⁵⁷⁴ Siehe hierzu: André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 77.

⁵⁷⁵ Jens Schöne: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, Berlin 2005, S. 118 f.

⁵⁷⁶ Rolf Steininger: 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende der DDR, München 2003, S. 30.

Bürgerrechtler Richard Schröder das Jahr 1952 rückblickend nannte, verschonte auch die Universitäten nicht.⁵⁷⁷ Dort richteten sich die Repressionen vor allem gegen die studentischen Mitglieder der »Jungen Gemeinde«.⁵⁷⁸ Nachdem die liberalen und christdemokratischen Hochschulgruppen der bürgerlichen Studentopposition zerschlagen worden waren, blieb die Junge Gemeinde die einzige freie Organisationsform jenseits der staatlichen Massenorganisationen. Damit blockierte sie zwangsläufig die angestrebte Monopolstellung der FDJ an den Universitäten, die wiederum eine Grundvoraussetzung für die Durchsetzung der Parteiherrschaft an den Universitäten war.⁵⁷⁹ Zum Missfallen des Regimes war die Junge Gemeinde in der Studentenschaft und sogar in den Reihen der FDJ fest verankert.⁵⁸⁰ Erklärtes Ziel der SED wurde demnach nicht nur die Säuberung der Universitäten, sondern auch der FDJ von Mitgliedern der Jungen Gemeinde.⁵⁸¹ Wie auch das AGSF zutreffend analysierte, gab Walter Ulbrichts Rede auf dem IV. Parlament der FDJ im Mai 1952 den Startschuss für die Verfolgung der Jungen Gemeinde. In dieser hieß es unmissverständlich:

»Es ist Agenten und Spionen gelungen, in die Leitungen der FDJ-Gruppen, in einigen Fakultäten an den Universitäten einzudringen und von innen heraus die feindliche Tätigkeit im Auftrage Westberliner Zentralen durchzuführen. In einer Reihe von Fällen haben sich diese Agenten als Vertreter einer christlichen Bewegung getarnt. Das zeigt, daß in der FDJ noch eine größere Wachsamkeit geübt werden muß. Warum nehmen wir nicht offen den Kampf gegen diese Elemente auf und entlarven sie als das, was sie sind? Ist es nicht an der Zeit, daß man endlich schnell und schmerzlos diese Agenten von den Hochschulen jagt?«⁵⁸²

Die Konsequenzen von Ulbrichts Kampfansage für einzelne Studenten hielt das AGSF in seinen Akten fest: Das Amt benannte eine bis dahin beispiellose Säuberungsaktion gegenüber »andersdenkenden Studenten«, die vor allem in umfangreichen Massenrelegationen ihren Ausdruck fand. Es handelte sich um eine Repressionswelle, die nicht nur oppositionell eingestellte Studenten, sondern vielfach Studenten der Arbeiter- und Bauernfakultäten und reihenweise FDJ-Mitglieder und SED-Mitglieder erfasste.⁵⁸³ Allein an der Universität Halle – die das AGSF als

⁵⁷⁷ Siehe Schröders Gedenkrede im Deutschen Bundestag zum Volksaufstand am 17. Juni 1953, Juni 2009.

⁵⁷⁸ Hermann Wentker: Kirchenkampf in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950 bis 1953, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 42 (1994), S. 105.

⁵⁷⁹ Ebd., S. 109 f.

⁵⁸⁰ Ebd.

⁵⁸¹ Ebd.

⁵⁸² Zitiert nach: BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4.1952 bis 30.6.1952, S. 8.

⁵⁸³ Ebd., S. 9.

einen Schwerpunkt der »Säuberungen« ausmachte⁵⁸⁴ – verzeichnete das AGSF rund 200 Zwangsexmatrikulationen.⁵⁸⁵ 120 davon betrafen Studenten der Arbeiter- und Bauernfakultät.⁵⁸⁶ Ebenso berichteten Flüchtlingsstudenten dem Amt von öffentlichen Anprangerungen unbotmäßiger Studenten auf Fakultätsversammlungen als »minderwertige Subjekte« sowie von Schauprozessen und Massenrelegationen.⁵⁸⁷ Aus Jena wusste das Amt von der Verhaftung des gesamten Vorstandes der liberalen Hochschulgruppe zu berichten.⁵⁸⁸

Die Ankunft und Eingliederung von Studenten, die vor dem Hintergrund dieser Ereignisse nach West-Berlin flohen, führten ausgerechnet an der Freien Universität Berlin zu Konflikten zwischen dem AGSF und dem Zulassungshauptausschuss. Letzterer hatte sich Ende 1951 für einen generellen Aufnahmestopp von aus dem Osten stammenden Studenten ausgesprochen und warf dem AGSF nun vor, seine geflohenen Kurier- und Informanten an DDR-Hochschulstandorten gezielt durch Vergabe wohlwollender Gutachten in den Immatrikulationsverfahren der FU zu bevorzugen.⁵⁸⁹ Ob diese Vorwürfe zutrafen, geht aus den Quellen nicht hervor. Dass die Repressionen und Verhaftungswellen des Jahres 1952 auch den Kurier- und Informantenapparat in Mitleidenschaft gezogen und personell ausgedünnt hatten, ist jedoch anzunehmen. Schließlich rekrutierte das Amt seine Verbindungsmänner größtenteils in den verbliebenen Reservoirs der studentischen Opposition, also im Umfeld der Jungen Gemeinde oder in den noch informell bestehenden Reststrukturen der liberalen und christdemokratischen Hochschulgruppen⁵⁹⁰ – studentische Gruppierungen also, die in den Monaten zuvor besonders ins Visier der Verfolgung geraten waren. Allerdings legen die überlieferten Quellen der Begutachtungspraxis auch nahe, dass das AGSF Flüchtlingsstudenten auch nicht-existierende Verbindungen zum AGSF bescheinigte, um dem Übersiedlungsbegehre Nachdruck zu verleihen. Das folgende Fallbeispiel des Flüchtlingsstudenten Wilfried Seiring bezeugt diese Praxis.

⁵⁸⁴ Dass Halle 1952 überdurchschnittlich stark vom Kirchenkampf betroffen war, berichtet auch Christina Müller: Die Jungen Gemeinden in der DDR am Beispiel der evangelischen Studentengemeinde Halle, in: Hallesche Beiträge zur Zeitgeschichte, Heft 13 (2003), S. 88.

⁵⁸⁵ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4.1952 bis 30.6.1952, S. 10.

⁵⁸⁶ Ebd.

⁵⁸⁷ Ebd.

⁵⁸⁸ Ebd.

⁵⁸⁹ BArch, B 166, Akte 1257, Protokoll der Sitzung des VDS-Vorstandes mit Vertretern des AGSF, AStA FU und Colloquium am 16.6.1952 im Haus des Ringes politischer Jugend in Steglitz, S. 23 f.

⁵⁹⁰ Zum Kurier- und Informantenapparat des AGSF siehe das Teilkapitel »Ostarbeit«.

Überprüfungspraxis – der Fall Wilfried Seiring

Wie das AGSF grundsätzlich seine Gutachten verfasste, ist im Detail nicht mehr zu rekonstruieren. Das ist vor allem der schlechten Quellenlage geschuldet, da die AGSF-Gutachten den Notaufnahmekarten beiliegen, die aufgrund hoher datenschutzrechtlicher Barrieren nicht systematisch ausgewertet werden können.⁵⁹¹ Daher können nur Einzelfälle näher beleuchtet werden, die jedoch wertvolle – wenngleich nur unsystematische – Einblicke in die Begutachtungspraxis des AGSF geben. Der Fall des Flüchtlingsstudenten Wilfried Seiring bietet sich in ganz besonderer Weise dafür an, weil dieser vom Amt weder als potentieller Agent oder »Krimineller« gehandelt wurde noch den verbliebenen Reststrukturen der bürgerlichen Studentenopposition zuzurechnen war. Vielmehr gehörte er als Funktionär und SED-Anwärter zur künftigen »sozialistischen Elite«, die von den Universitäten herangezogen werden sollte.

Der Greifswalder Student Wilfried Seiring wurde am 21. Mai 1957 in der Beratungsstelle des AGSF vorstellig. Die Flucht nach West-Berlin war kurz zuvor erfolgt, um eine einjährige Bewährungsstrafe in der Produktion zu umgehen, die dem 22-jährigen Studenten seitens der Greifswalder Universitätsleitung angeordnet worden war.⁵⁹² Zweifellos gehörte Seiring zu den Profiteuren der sozialistischen Umgestaltung des Bildungswesens: Aufgewachsen als Sohn einer kriegsverwitweten Landarbeiterin bei Frankfurt/Oder, übte besonders die propagandistische Inszenierung Stalins als »Vater aller Völker« frühzeitig eine starke Wirkung auf den halbverwaisten Jungen aus.⁵⁹³ Die Mitgliedschaft in der FDJ und die Teilnahme an den »Weltfestspielen der Jugend und Studenten« 1951 in Berlin festigten sein regimetreues Weltbild.⁵⁹⁴ Seine Begabung und seine proletarische Herkunft ebneten ihm 1955 den Weg an die Universität Greifswald. Den Zugang zur Welt der Bildung und Wissenschaft empfand er als befreiend, was seine Regimetreue vorerst weiter stabilisierte. Gleichwohl ließ das neue akademische Umfeld erste Risse in Seirings politischem Weltbild entstehen.⁵⁹⁵ Ursächlich waren die Begegnungen mit Studenten aus anderen Sozialisationsmilieus, meist Söhne aus protestantisch-bürgerlichen Familien der Region. Mit ihnen freundete sich Seiring schnell an und lernte das Debat-

⁵⁹¹ Dieses Problem thematisiert auch Arne Hoffrichter in seiner Dissertation. Arne Hoffrichter: Verwaltung, Politik, Geheimdienste. Das Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm im Prozess der Zuwanderung aus SBZ und DDR 1945–1963 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, Bd. 297), Göttingen 2018, S. 25.

⁵⁹² Zeitzeugengespräch mit Wilfried Seiring am 8.3.2016.

⁵⁹³ Wilfried Seiring führte seine Anfälligkeit für die propagandistische Inszenierung von Stalin als »Vater aller Völker« auf seinen kriegsbedingten Väterverlust zurück. Zeitzeugengespräch mit Wilfried Seiring am 8.3.2016.

⁵⁹⁴ Ebd.

⁵⁹⁵ Ebd.

tieren, das Verstehen und Geltenlassen anderer gesellschaftspolitischer Standpunkte kennen, ohne von seinen eigenen Überzeugungen grundsätzlich abzurücken.⁵⁹⁶ Zugleich erfreute sich Seiring eigenen Angaben zufolge großer Beliebtheit bei seinen nicht-kommunistischen Kommilitonen, denn er galt ihnen als undogmatisch und menschlich umgänglich. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen sprach sich Seiring 1957 während einer FDJ-Sitzung in seiner Funktion als Gruppensekretär für die Zulassung von nicht-kommunistischen, aber antifaschistisch orientierten Gruppen innerhalb der FDJ aus.⁵⁹⁷ Zuvor hatte er sich mit anderen Kommilitonen solidarisch mit den ungarischen Studenten des dortigen Aufstandes im November 1956 erklärt. Damit zog sich der vielversprechende Nachwuchskommunist den Groll der Universitätsleitung zu. Ein Ausschluss vom Studium und eine anschließende einjährige Bewährung in der Produktion sollten den Nachwuchsfunktionär wieder auf Parteilinie zurückführen.⁵⁹⁸ Seiring flüchtete daraufhin im Mai 1957 nach West-Berlin und gelangte ins Auffanglager Marienfelde.⁵⁹⁹ Der Überführung ins Bundesgebiet, wie im Rahmen des BNAV üblich, wollte der gebürtige Brandenburger jedoch entgehen. Stattdessen wünschte er in West-Berlin sein Studium fortzuführen, um nahe bei seiner Familie sein zu können, die nach wie vor im Oderbruch lebte. Ein Lagerinsasse verwies ihn daher an die AGSF-Beratungsstelle in Berlin-Dahlem, wo er Gelegenheit bekam, von AGSF-Geschäftsführer Spangenberg persönlich beraten zu werden.⁶⁰⁰ Das Beratungsgespräch und die Überprüfung beschreibt Seiring rückblickend als ausnehmend wohlwollend und frei von misstrauischen Befragungen etwa zu seiner SED-Mitgliedschaft. Bezeichnenderweise berichtete auch Seiring von Spangenbergs charismatischem Auftreten.⁶⁰¹ Überrascht war er dort von der Tatsache, dass das AGSF bereits detaillierte Kenntnisse von den Vorgängen um seine Person besaß und »schon auf ihn gewartet« hatte.⁶⁰² Offenbar umstandslos bescheinigte das Amt Seiring eine Zwangslage und stellte ihm eine positive Stellungnahme für das BNAV aus:

»An den Leiter des Notaufnahmeverfahrens in Berlin
Betr. Seiring, Wilfried, geb. 9.5.35 Akt.z.: 523 490

Herr Seiring hat seit September 1954 an der Universität Greifswald studiert. Nach seinen Unterlagen ist er am 16.4. 1957 vom Disziplinarausschuß der Universität Greifswald vorläufig vom Studium ausgeschlossen worden. Wie aus dem Text der Mitteilung des Disziplinarausschusses hervorgeht, liegt dieser Maßnahme die

⁵⁹⁶ Ebd.

⁵⁹⁷ Ebd.

⁵⁹⁸ Ebd.

⁵⁹⁹ Ebd.

⁶⁰⁰ Ebd.

⁶⁰¹ Ebd.

⁶⁰² Ebd.

politische Haltung von Herrn Seiring zu Grunde. Darüber hinaus sind wir über die politische Tätigkeit des Antragsstellers während seines Studiums genau unterrichtet; er hat zeitweilig über einen Mittelsmann mit uns in Verbindung gestanden. Die Vorgänge, die zu dem Disziplinarverfahren führten (Einsatz für den gemäßregelten Professor Marquardt, öffentliches Eintreten für die Gründung eines Studentenverbandes anstelle der FDJ) waren uns bekannt.

Der Satz in dem Beschluss des Disziplinarausschusses, der Herrn Seiring »bei Nachweis einer erfolgreichen Tätigkeit in einem Volkseigenen Betrieb« die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Studiums in Aussicht stellt, ist nach unseren Erfahrungen nichts weiter als eine Phrase. Unter erfolgreicher Tätigkeit wird selbstverständlich eine aktive politische Betätigung im Sinne der SED erwartet. Wir sind der Auffassung, daß sich Herr Seiring beim Verlassen der SBZ in einer besonderen Zwangslage gemäß § 1 Abs. 2 NAG befunden hat.

Gez. Spangenberg«⁶⁰³

Bemerkenswert ist der Verweis von Spangenberg, Seiring habe »über einen Mittelsmann« mit dem AGSF in Verbindung gestanden. Dieser bestreitet jedoch, Teil des AGSF-Informantenapparates gewesen zu sein oder irgendeinen AGSF-Mittelsmann bewusst gekannt zu haben.⁶⁰⁴ Möglicherweise hatte Seiring an der Universität Greifswald unwissentlich Kontakt zu Kommilitonen, die ihrerseits dem Amt als Informanten dienten. Denkbar ist außerdem, dass das Amt diese Fehlinformation wissentlich verwendete, um Seirings Aufnahmeersuchen Nachdruck zu verleihen.⁶⁰⁵ Ob eine derartige »Dienstleistungsmentalität« der Gutachtenproduktion durchgängig zugrunde lag, ist nicht belegbar. Die großzügige und wenig misstrauische Überprüfungspraxis folgte jedenfalls dem Trend der Jahre, denn ab 1957 gab es im Rahmen des BNAV kaum noch signifikante Ablehnungsquoten.⁶⁰⁶

Die Hintergründe und der Verlauf des Falles Seiring sind in mehrerer Hinsicht interessant. Einmal zeigt er auf, wie funktionstüchtig der Kurier- und Informantenapparat (zumindest hinsichtlich der Universität Greifswald) 1957 noch gewesen ist. Darüber hinaus macht der Fall deutlich, dass die selbstaufgelegten Gebote des Amtes hinsichtlich einer differenzierten Arbeitsweise (in diesem Fall) offenbar eingehalten wurden. Das Amt nahm weder an Seirings SED-Anwärterschaft noch an seiner Position als FDJ-Gruppenfunktionär Anstoß. Sie standen einer positiven Begutachtung nicht im Wege. Die Beteuerungen, wonach nicht die politische Einstellung, die Zugehörigkeit zu SED oder FDJ oder der Rang, den die Betroffenen dort

⁶⁰³ Privataarchiv Wilfried Seiring.

⁶⁰⁴ Zeitzeugengespräch mit Wilfried Seiring am 8.3.2016.

⁶⁰⁵ Seiring selbst vermutet, dass diese Fehlinformation dazu diene, seine Chancen auf Immatrikulation an der Freien Universität zu erhöhen. Zeitzeugengespräch mit Wilfried Seiring am 8.3.2016.

⁶⁰⁶ Heidemeyer, Flucht, S. 45.

bekleideten, per se eine negative Stellungnahme nach sich ziehen würden, schlugen sich offenbar auch in der Begutachtungspraxis nieder. Sie war demnach nicht nur bloße Rhetorik, keine reine Schutzbehauptung in der Kommunikation mit der studentischen Öffentlichkeit.

Der Flüchtlingsausschuss für Hochschullehrer und Assistenten

Differenzierte Bewertungsmaßstäbe zeigte das AGSF offenbar auch im Umgang mit geflüchteten Professoren und Dozenten. Seit Dezember 1953 war das »Amt« in die Überprüfung von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern von Fakultäten und Instituten der DDR-Universitäten eingebunden.⁶⁰⁷ Formal war zwar ein eigenständiger »Flüchtlingsausschuss für Hochschullehrer und Assistenten« hierfür zuständig.⁶⁰⁸ Die Quellen bezeugen jedoch eine enge, kaum zu trennende Anbindung des Ausschusses an das AGSF. So praktizierte der Ausschuss in den Räumen des AGSF in Berlin-Dahlem, erstellte seine Gutachten auf Grundlage der Professorenkartei und wurde vom AGSF-Geschäftsführer Spangenberg in die Überprüfungsvorgänge eingewiesen und angeleitet.⁶⁰⁹ Damit war der Ausschuss zwar formal unabhängig, aber auf die Vor- und Zuarbeiten des AGSF so stark angewiesen, dass von dessen federführender Beteiligung in der Überprüfung von DDR-Wissenschaftlern und Hochschullehrern gesprochen werden kann.

Bereits 1952 hatte das AGSF die Westdeutsche Rektorenkonferenz dazu aufgefordert, sich neben dem Problem der Anerkennung von »sowjetzonalen Examina« auch mit den geflüchteten Professoren und Dozenten auseinanderzusetzen. Dass nicht nur Studenten, sondern auch Professoren und Dozenten in größerer Zahl aus der DDR gen Bundesrepublik flüchteten, hatte das AGSF schon im April 1950 registriert. Allerdings wurden diese noch nicht gesondert vom AGSF in gleicher Weise wie die Studenten betreut, sondern als »Härtefälle« rasch von westdeutschen Universitäten aufgenommen.⁶¹⁰ Doch ab dem ersten Quartal des Jahres 1953 registrierte das AGSF einen deutlichen Anstieg von Anfragen seitens der Universitätsrektorate bezüglich der Begutachtung von Professoren.⁶¹¹ Rückenwind für seine Beteiligung bekam das Amt im Juni 1953 durch eine Vereinbarung von VDS und dem Bundes-

⁶⁰⁷ FU, Berlin, UA, Rektorat, Nr. 1489, Aktennotiz vom 8.12.1953 über die Gründung des Flüchtlingsausschusses für Hochschullehrer und Assistenten, unpaginiert.

⁶⁰⁸ Ebd.

⁶⁰⁹ Ebd.

⁶¹⁰ FU Berlin, UA, Box 135, Protokoll der 1. MV des VDS im April 1950, TOP 10: Bericht des Referates für gesamtdeutsche Studentenfragen, S. 13.

⁶¹¹ BAArch, B 166, Akte 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. 1953, S. 3.

ministerium für Vertriebene, nach der alle geflohenen Universitätsbedienstete im Rahmen der Vorprüfung des BNAV sich beim AGSF zu melden hätten.⁶¹²

Als Grundlage für die führende Rolle des AGSF im Flüchtlingsausschuss der Hochschullehrer und Assistenten diente, wie schon bei der Überprüfung von Flüchtlingsstudenten, die umfangreiche Kartei. Mitte 1953 hatte das AGSF Daten von 2.300 Professoren und Dozenten in seiner Professorenkartei gesammelt und damit den Lehrkörper des DDR-Hochschulwesens offenbar nahezu vollständig erfasst.⁶¹³ Von den 2.252 Lehrkörperangehörigen im Sommersemester 1952/53 kategorisierte das AGSF 371 als »unbedingte Anhänger und Förderer des kommunistischen Systems«.⁶¹⁴ Denen standen 325 Personen gegenüber, die das Amt als »offene Gegner des kommunistischen Systems« ausmachte.⁶¹⁵ Die größte, 1.556 Dozenten und Professoren umfassende Gruppe stand jedoch »in der Mitte«, hielt sich politisch zurück und war politisch weitgehend indifferent.⁶¹⁶ Den Anteil der SED-Mitglieder schätzte das Amt auf knapp über zehn Prozent (227 von insgesamt 2.252 Professoren):⁶¹⁷ offenbar eine Fehleinschätzung. Neueren Forschungsarbeiten zufolge hatten zwischen 1951 und 1954 23,1 bis 28,8 Prozent der Professoren ein SED-Parteibuch besessen. Bei den Dozenten lag dieser Anteil sogar bei 53 bis 54 Prozent.⁶¹⁸ Die Gründe für die starke Abweichung sind unklar. Möglicherweise fehlten offene Bekenntnisse vieler Professoren, weshalb diese Informationen auch nicht etwa über den Informantenapparat generiert werden konnten. Eventuell hielten manche Flüchtlingsstudenten oder DDR-Studenten, die die AGSF-Zentrale als Besucher aufsuchten, diesbezügliche Informationen bewusst zurück, um Lehrende ihres Hochschulstandortes aus persönlichen Gründen beziehungsweise menschlichen Erwägungen nicht anzuschwärzen oder zu belasten.

Gleichwohl lassen die Charakteristiken der Professorenkartei – die im Gegensatz zur Studentenkartei glücklicherweise in Teilen erhalten geblieben ist – nicht den Eindruck entstehen, dass das AGSF auf deren Grundlage ein denunziatorisches »black-listing« betreiben wollte. Stattdessen dominierten differenzierte Personenbeschreibungen, in denen Zwischentöne, feine Abstufungen und Ambivalenzen durchaus Platz haben konnten. Parteizugehörigkeit und politische Gesinnung stan-

⁶¹² BArch, B 137, Akte 1136, interner Vermerk des BMG, 10.6.1953, S. 2.

⁶¹³ BArch, B 137, Akte 1136, Protokoll der VDS-Delegiertenkonferenz im November 1953, TOP 8: Tätigkeitsbericht des Geschäftsführenden Leiters Dietrich Spangenberg, S. 30.

⁶¹⁴ Ebd.

⁶¹⁵ Ebd.

⁶¹⁶ Ebd.

⁶¹⁷ BArch, B 137, Akte 1136, Protokoll der VDS-Delegiertenkonferenz im November 1953, TOP 8: Tätigkeitsbericht des Geschäftsführenden Leiters Dietrich Spangenberg, S. 30.

Ebd.

⁶¹⁸ Zur SED-Mitgliedschaft des Lehrkörpers der DDR-Universitäten siehe Jessen, Akademische Elite, S. 401.

den nicht »für sich«, sondern wurden dezidiert mit dem menschlichen Verhalten in Beziehung gesetzt. So hieß es über einen Berliner Lehrstuhlinhaber und Sprachwissenschaftler etwa: »Mitglied der SED. Überzeugter Kommunist, der sich jedoch vor Übertreibungen hütet. Er ist gegen radikale Durchsetzung der Parteilinie [...]. Fachlich anerkannt.«⁶¹⁹ Einem Bulgarisch-Lektor der PH Potsdam bescheinigte das Amt wiederum, dass »man ihm in vielen Dingen Vertrauen schenken« konnte, trotz einer nachweislich kommunistischen Grundüberzeugung.⁶²⁰ Und über einen Mathematik-Dozenten der Arbeiter- und Bauern-Fakultät Jena lautete die Einschätzung: »Mitglied der SED, sehr anständig, positiv. Gibt Informationen an Kollegen weiter, die gegen sie gerichtet sind [...]. Wird lediglich aus fachlichen Gründen an der ABF gehalten.«⁶²¹ Positive, also einwandfreie Charakterisierungen fielen betont kurz und nüchtern aus. »Politisch vollkommen einwandfrei« hieß es dann in solchen Fällen.⁶²² Ausnehmend negative Einschätzungen beruhten offenbar vor allem auf dem Verhalten der Lehrkörperangehörigen gegenüber Kollegen und Studenten: Als Scharfmacher beispielsweise kam ein Angehöriger der Juristischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität schlecht weg, denn über ihn hieß es: »Mitglied der SED [...]. Bemüht, jede ideologische Kursschwankung mitzumachen [...]. Geht radikal gegen oppositionelle Studenten vor. Einer der schärfsten Kämpfer für die Parteiherrschaft an der Universität.«⁶²³

Insgesamt überwiegen Differenzierungen. Viele Charakteristiken sind sogar auffällig wohlwollend formuliert. Ein denunziatorisches, manichäisches Weltbild, eine undifferenzierte »Gut-Böse«-Einteilung, war offensichtlich nicht das Strukturprinzip, nach dem die Karteien erstellt worden waren. Zumindest die überlieferte Professorenkartei war weniger Waffe für die »Kommunistenjagd«, sondern stellte das Verhalten von Professoren und Dozenten in den Ermittlungsvordergrund. Diese Karteikarteninhalte legen abermals nahe, dass eine differenzierte, einzelfallorientierte Überprüfungspraxis auch hinsichtlich der Lehrkörperangehörigen tatsächlich betrieben und nicht nur vom AGSF in seiner Außenkommunikation zur Beschwichtigung von Kritikern behauptet wurde. Allerdings fällt auf, dass die Informationsquellen oft nur aus wenigen Personen bestanden, denn bisweilen vermerkte das AGSF die Namen der Informanten auf den Karteikarten. Die Einschätzungen zum Lehrkörper der Arbeiter- und Bauern-Fakultät Jena etwa stammten vornehm-

⁶¹⁹ BAArch, B 285, Akte 938/939, Namenskartei des Lehrkörpers der Arbeiter- und Bauernfakultäten der einzelnen Hochschulen unter Angabe des Studienfaches und zum Teil personenbezogener Angaben, Buchstabe A–G (ca. 1950–1958).

⁶²⁰ Ebd.

⁶²¹ Ebd.

⁶²² Ebd.

⁶²³ Ebd.

lich von gerade einmal zwei Dozenten.⁶²⁴ Der Wahrheitsgehalt der in den Charakteristiken enthaltenen Behauptungen ist aufgrund der Quellensituation schwer zu überprüfen. Doch anhand einiger »prominenterer« Personen, deren politische Biografien durch die Forschung erschlossen wurden, können die Ergebnisse zumindest ansatzweise abgeglichen werden. So ist z.B. die Charakteristik über den früheren Rektor der Berliner Humboldt-Universität Johannes Stroux überliefert. In dieser heißt es resigniert, aber durchaus zutreffend: »Stroux hat sich zum Parteigänger des kommunistischen Regimes stempeln lassen.«⁶²⁵

Eine zuverlässige Prognose gab es auch über das Karriereende des ehemaligen Innenministers der DDR, Karl Steinhoff, der nach dem Ausscheiden aus dem Amt 1952 eine Professur an der Humboldt-Universität innehatte. Über ihn vermeldete die Kartei: »Mitglied der SED, früher SPD. Im Frühjahr 52 aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Es besteht die Vermutung, dass St. wegen bürgerlicher Tendenz in absehbarer Zeit die Professur entzogen werden könnte, da in Parteikreisen keine gute Meinung über ihn herrscht. Fachlich anerkannt [...]. Seit Mai oder Juni 1953 auf ein Jahr wegen angeblicher Krankheit beurlaubt, in Wirklichkeit traut ihm die Partei nicht mehr.«⁶²⁶ Vor dem Hintergrund des heutigen Forschungsstandes war diese Einschätzung im Wesentlichen zutreffend, denn tatsächlich musste Steinhoff 1953 seinen Lehrstuhl wegen von der FDJ »inszenierter Zwischenfälle« räumen.⁶²⁷ Ein weiteres Indiz dafür, dass die Professorenkartei gehaltvolle Informationen bereithielt, war das erfolglose Bemühen des BMG, den Inhalt der Professorenkartei in seinen Besitz zu überführen.⁶²⁸ Das Amt lehnte das Ansinnen seines Brotherrn je-

⁶²⁴ Ebd.

⁶²⁵ Ebd.

⁶²⁶ Ebd.

⁶²⁷ Rosemarie Will: Die juristische Fakultät in der DDR, in: Stefan Grundmann/Michael Klopfer/Christoph G. Paulus/Rainer Schröder/Gerhard Werle (Hrsg.): Festschrift 200 Jahre Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Geschichte, Gegenwart und Zukunft, Berlin/New York 2010, S. 804.

⁶²⁸ Im November 1953, kurz vor der Gründung des Flüchtlingsausschusses für Hochschullehrer und Assistenten, beabsichtigte das Ministerium, die Karteien abzufotografieren. Die so gewonnenen Informationen sollten jenen Experten zur Verfügung gestellt werden, die mit den Planungen zur Eingliederung des DDR-Hochschulwesens nach einer künftigen Wiedervereinigung betraut worden waren. Nach zähen Verhandlungen unter Vermittlung des VDS-Vorstands gestattete das AGSF dem BMG die Auswertung der Professorenkartei, allerdings nur unter Zusicherung strengster Vertraulichkeit und Datensicherheit. Weitere Bedingung des Amtes war die Weitergabe der Gutachten jener Experten an das AGSF und die Zusicherung, weiterhin in die Planungen für den Aufbau des ostdeutschen Hochschulwesens nach einer Wiedervereinigung einbezogen zu werden. BArch, B 166, Akte 1260, Aktennotiz über das Gespräch zwischen Dr. Pagel, Herrn Spangenberg, Herrn Gassert und Frau Jungbluth am 19. bis 20.11.1953, S. 1 f.

doch ab, da es einen immensen Bedeutungsverlust befürchtete, sobald es nicht mehr die alleinige Verfügungsgewalt über »Informationen aus der Sowjetzone« besäße.⁶²⁹

Überprüfungspraxis – Fallbeispiel Dr. H.

Wie sehr der Ausschuss für Hochschullehrer und Assistenten sich in seiner Arbeit auf die Ermittlungsergebnisse des Amtes bezog, zeigt der Fall des Hochschuldozenten Dr. H. aus Berlin. Wie das Fallbeispiel des Flüchtlingsstudenten Seiring kann auch dieser Vorgang, mangels einer signifikanten Zahl von Vergleichsfällen, nicht als exemplarisch gelten. Zudem handelt es sich nicht um eine offizielle Stellungnahme im Rahmen des BNAV, sondern um eine informelle Stellungnahme an den Ausschuss für Hochschullehrer und Assistenten. Gleichwohl zeigt der Fall die – offenbar eher seltene – Ablehnung eines Ersuchens.

Unmittelbar nach seiner Flucht war Dr. H. in der AGSF-Beratungsstelle vorstellig geworden.⁶³⁰ Dr. H. war zuvor von 1951 bis zum Herbst 1953 Habilitand an der Medizinischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität gewesen.⁶³¹ Im September 1953 schließlich wurde er vom NKWD verhaftet und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.⁶³² Unmittelbar nach seiner Haftentlassung flüchtete Dr. H. nach West-Berlin, wo er am 11. Dezember 1954 die Beratungsstelle des AGSF aufsuchte.⁶³³ Dort bat er um Unterstützung für seinen weiteren akademischen Werdegang. Konkret beabsichtigte Dr. H. seine Habilitation an der Universität Münster bei einem Berufskollegen seines früheren Betreuers fortzusetzen.⁶³⁴ Nach Angaben von Dr. H. hätte das AGSF ihm seine Unterstützung hierfür versichert.⁶³⁵ Nachdem er wenige Tage später als anerkannter politischer Flüchtling ins westfälische Unna ausgeflogen wurde, konsultierte er den Flüchtlingsausschuss für Hochschullehrer und Assistenten, um ein fachliches Gutachten zu seiner Person zu erbitten. Der Ausschuss wiederum wandte sich an das AGSF mit der Bitte um eine umfassende Einschätzung seiner Person. Das AGSF teilte dem Ausschuss daraufhin mit, dass der ehemalige Sozialdemokrat Dr. H. im Rahmen der Zwangsvereinigung von KPD und

⁶²⁹ Ebd.

⁶³⁰ Vom Verfasser anonymisiert.

⁶³¹ FU Berlin, UA, Rektorat, 1489, Schreiben von Dr. H. an den Leiter des Flüchtlingsausschusses für Hochschullehrer und Assistenten, Prof. Dr. Ernst E. Hirsch, vom 25. Januar 1955, unpaginiert.

⁶³² Ebd.

⁶³³ Ebd.

⁶³⁴ Ebd.

⁶³⁵ Ebd.

SPD 1946 SED-Mitglied wurde.⁶³⁶ Schließlich den Ausschlag gebende Zweifel hegte das Amt aber vor allem hinsichtlich seiner Haftgründe. So hätte seine Inhaftierung nicht, wie angegeben, im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 17. Juni 1953 gestanden.⁶³⁷ Nach Ermittlung des AGSF war Dr. H. »offenbar aufgrund persönlicher Auseinandersetzungen mit den leitenden Funktionären des Gesundheitswesens in der sowjetischen Besatzungszone« ins Visier der Behörden geraten.⁶³⁸ Das AGSF leitete das Begehren des Dr. H. nach Unterstützung durch den Flüchtlingsausschuss zwar weiter, kam aber zu einer grundsätzlich negativen Einschätzung seiner Person: »Wir müssen jedoch hinzufügen, dass Herr Dr. H. sowohl bei uns wie auch bei dem medizinischen Ausschuss des Untersuchungsausschusses freier Juristen persönlich keinen sehr günstigen Eindruck hinterlassen hat.«⁶³⁹ Auf Grundlage dieser Einschätzung verweigerten der Ausschussleiter und seine Kommission es, Herrn Dr. H. an der Universität Münster zu empfehlen.⁶⁴⁰ Der weitere Ausgang des Falles ist nicht überliefert.

Entwicklung der Flüchtlingsarbeit nach 1953

Nicht nur wegen der Einbeziehung geflohener Professoren und Dozenten stieg die Fallzahl der Gutachten auch nach 1953 weiter an. Grund war auch die Abtrennung des Notaufnahmeverfahrens vom Anerkennungsverfahren als politischer Flüchtling, die 1953 beschlossen wurde.⁶⁴¹ Weil der VDS durch seinen Einfluss auf die Bundespolitik die Einschaltung des AGSF im Notaufnahmeverfahren und im neuen Flüchtlingsanerkennungsverfahren sicherstellte,⁶⁴² stieg die Zahl der verfassten Gutachten im Jahreszeitraum auf insgesamt über 3.000 an.⁶⁴³ Das AGSF war nun Gutachterstelle für Immatrikulationsverfahren, Bundesnotaufnahmeverfahren und Anerkennungsverfahren für den politischen Flüchtlingsstatus der Landesflüchtlingsverwaltungen, dabei zuständig für Studenten, Abiturienten sowie Angehörige des Lehrkörpers. Daher brachte auch der Umstand, dass die hohen Flüchtlingszahlen nach 1953 mit Beginn des »Neuen Kurses« in der DDR wieder sanken, keine

⁶³⁶ FU Berlin, UA, Rektorat, 1489, Schreiben von Dietrich Spangenberg an den Leiter des Flüchtlingsausschusses für Hochschullehrer und Assistenten, Prof. Ernst. E. Hirsch, am 16.12.1954, unpaginiert.

⁶³⁷ Ebd.

⁶³⁸ Ebd.

⁶³⁹ Ebd.

⁶⁴⁰ Ebd.

⁶⁴¹ BArch, B 166, Akte 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.7. bis 31.10.1953, S. 5 f.

⁶⁴² Ebd.

⁶⁴³ BArch, B 137, Akte 1112, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.4.1955 bis 31.3.1956, S. 2.

Entlastung bei der gutachterlichen Arbeit mit sich.⁶⁴⁴ Dieser massive Anstieg der Flüchtlingszahlen und der Gutachtenanfragen brachte die zuständige Abteilung des Amtes an ihre Belastungsgrenze. Daher bezog der VDS-Vorstand das Sozialamt des Verbandes mehr und mehr in die Flüchtlingsarbeit ein. 1952 hatte der Vorstand den Studentenvertreter und Flüchtlingsaktivisten Theo Tupetz mit dem Aufbau einer zentralen Flüchtlingsberatungsstelle beauftragt.⁶⁴⁵ Diese Stelle sollte dem AGSF unterstützend zuarbeiten und sich um Belange kümmern, die das AGSF aufgrund der immensen Zahl an Gutachtenanfragen nicht mehr bearbeiten konnte. Dazu zählte vor allem die Eingliederung der Flüchtlingsstudenten, besonders der sogenannten B-Fälle, an den westdeutschen Hochschulstandorten. Darüber hinaus sollten Tupetz und seine Mitarbeiter Daten über die soziale Lage der Flüchtlingsstudenten zusammentragen und damit Vorarbeiten für die vom VDS angestrebte studentische Sozialpolitik leisten.⁶⁴⁶ So entlastend die Auslagerung solcher Tätigkeiten für das AGSF auch war, mit der Einbeziehung des VDS-Sozialamtes in die Flüchtlingsarbeit wuchs sichtlich auch eine hausinterne Konkurrenz heran. Deutlich wurde dies spätestens 1953, als es dem Sozialamtsleiter Theo Tupetz gelang, das Bundesinnenministerium als Financier für die Flüchtlingsberatungsstelle heranzuziehen und diese an den Bundesstudentenring anzugliedern.⁶⁴⁷ Nun verfügte nicht mehr allein das AGSF als einziges VDS-Verbandsamt über einen direkten Draht zu einem Bundesministerium. Derart aufgewertet, kritisierte das VDS-Sozialamt verstärkt die Verquickung von Flüchtlingsbetreuung und Begutachtung und forderte eine striktere Trennung beider Aufgabenbereiche.⁶⁴⁸ 1955 schließlich einigten sich AGSF, Sozialamt und VDS-Vorstand auf eine klare Abgrenzung der Arbeitsgebiete, um Kompetenzgerangel zu vermeiden. Danach blieb das AGSF allein zuständig für die Bearbeitung der C-Fälle, also der Begutachtung und Überprüfung von Flüchtlingsfällen im Rahmen des BNAV.⁶⁴⁹

⁶⁴⁴ Das AGSF führte den Rückgang der Flüchtlingszahlen auf die »Entspannung« nach den Ereignissen des 17. Juni zurück. BArch, B 166, Akte 1220, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7. bis 31.10.1953, S. 2.

⁶⁴⁵ Hans Reich/Uwe Rohwedder: Von der Hilfe für Flüchtlinge zur Förderung der Teilhabegesellschaft – Geschichte der Otto Benecke-Stiftung e.V. 1965–2015, in: Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.): Integration stiften! – 50 Jahre OBS – Engagement für Qualifikation und Partizipation, Göttingen 2015, S. 12, (künftig zitiert: Reich/Rohwedder, Geschichte der Otto-Benecke-Stiftung).

⁶⁴⁶ Reich/Rohwedder, Geschichte der Otto Benecke-Stiftung, S. 12 f.

⁶⁴⁷ Ebd., S. 12.

⁶⁴⁸ Rohwedder, Terror, S. 101.

⁶⁴⁹ BArch, B 166, Akte 1254, Aktennotiz über die am 6. November 1955 in Göttingen stattgefundene Arbeitsbesprechung zwischen dem Sozialamt und dem AGSF des Verbandes Deutscher Studentenschaften, S. 1 f.

Soweit es das BNAV betraf, war das AGSF dem VDS-Sozialamt nicht auskunftspflichtig.⁶⁵⁰ Doch damit war der Konflikt um die Kompetenzen längst nicht beigelegt. Im Verlauf der Jahre 1955 und 1956 stieg der Unmut über die Beteiligung von nachrichtendienstlichen Stellen im Notaufnahmeverfahren sowohl in der Bevölkerung als auch in den Studentenschaften merklich an. Die Gesellschaft der (nahezu) souverän gewordenen Bundesrepublik war offensichtlich weniger als Jahre zuvor gewillt, Aktivitäten ausländischer Geheimdienste auf dem eigenen Territorium zu dulden. So hatten sich West-Berliner Senatsstellen und die dortigen evangelischen Kirchengemeinden bei der Alliierten Kommandantur über nachrichtendienstliche Anwerbeversuche im Rahmen des BNAV beschwert.⁶⁵¹ Ebenso wies der Bundestagsausschuss für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen Anfang 1956 offen auf die »Unzuträglichkeiten« hin, »die durch die Tätigkeit der Nachrichtendienste der verbündeten westlichen Mächte in den Flüchtlingslagern, insbesondere im Flüchtlingslager Berlin-Marienfelde bestünden«.⁶⁵² Innerhalb der Studentenschaften drohte das Bundesnotaufnahmeverfahren per se in Verruf zu geraten. In den Studentenzeitungen wurden Stimmen lauter, die keine Reform, sondern schlicht die Abschaffung des Verfahrens forderten.⁶⁵³ Der Berliner Landesverband des VDS sprach sich 1956 grundsätzlich gegen die Einbeziehung von West-Berliner Studenten ostzonaler Herkunft in das BNAV aus.⁶⁵⁴ Kritisiert wurde der Modus, da nach Ansicht der Berliner Studentenvertreter dadurch die betreffenden Studenten zu »Gegnern des Regimes in Mitteldeutschland abgestempelt würden«.⁶⁵⁵ Auch Rückkehrabsichten in die DDR blieben somit erschwert werden.⁶⁵⁶ Die immer populärer werdende Lesart, nach der das BNAV durch seine Nähe zu Geheimdienststellen zur Gefährdung von Flüchtlingsstudenten beitrüge, bedrohte vor allem das AGSF, das zu diesem Zeitpunkt enger denn je mit den BNAV-Behörden verwoben gewesen war. Stellte das BNAV eine Gefährdung für Flüchtlingsstudenten dar, dann galt dies, so die naheliegende Logik, auch für die Berührung mit dem AGSF. Tatsächlich sollte es nicht lange dauern, bis

⁶⁵⁰ Ebd.

⁶⁵¹ Allen, Befragung, S. 190.

⁶⁵² Ebd., S. 191.

⁶⁵³ Sogar die FU-Studentenzeitung *Colloquium* nannte 1957 das Notaufnahmeverfahren »überholt« und bezeichnete die Vorprüfungen durch Ostbüros und AGSF als »Unglück« und »Alptraum« für die betroffenen Flüchtlingsstudenten. Vgl. »Der lange Weg. Überholtes Notaufnahmeverfahren«, in: *Colloquium*, (1957), Nr. 5.

⁶⁵⁴ BAArch, B 166, Akte 1261, Schreiben des AGSF an den VDS-Vorstand vom 16.2.1956, S. 1 f.

⁶⁵⁵ Ebd.

⁶⁵⁶ Eine Rückkehr in die DDR war offenbar keine Ausnahme, wenn man den Angaben des Berliner VDS-Landesverbandes Glauben schenken will: Von den zehn Absolventen der Hochschule für Musik etwa kehrten sieben wieder in die DDR zurück – die Absolventen der Kirchlichen Hochschule (KiHO) gingen zu 85 Prozent in die DDR. Ebd.

die Gegner des AGSF sich dieser Argumentation bedienen, um das Amt aus der Flüchtlingsarbeit herauszudrängen:

Als im Frühjahr 1956 VDS und BMG planten, die zentrale Flüchtlingsberatungsstelle des Bundesstudentenrings in den Räumlichkeiten des AGSF unterzubringen, stieß dies auf massive Kritik in den Studentenschaften. Besonders die Studentenwerke lehnten das Ansinnen mit Verweis auf das AGSF ab, intervenierten diesbezüglich beim Bundesinnenministerium⁶⁵⁷ und beschuldigten das AGSF, alliierten Dienststellen regelmäßig Flüchtlingsakten zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen.⁶⁵⁸ Explizit verwiesen die Studentenwerke auch auf den »mehr als engen Zusammenhang« des Amtes mit einer »amerikanischen Stiftung«.⁶⁵⁹ Weil das AGSF in der DDR als Spionageorganisation eingestuft worden sei, hielten die Studentenwerke eine Beteiligung des AGSF bei der Betreuung von Flüchtlingsstudenten für unannehmbar.⁶⁶⁰

Wie zutreffend diese Unterstellungen letztlich waren, muss ungeklärt bleiben. Zumindest bis zum Sommer 1955 kooperierte das AGSF nachweislich mit amerikanischen Stellen. Ebenso war bereits die Unterstützungsbewilligung des HICOG von 1951 eindeutig an die Weitergabe von Informationen gekoppelt.⁶⁶¹ Erwiesen ist auch, dass die britische »Scientific and Technical Intelligence Branch« (STITIB) noch 1955 Informationen über Professoren aus der DDR vom AGSF erhalten hatte.⁶⁶² Ob das AGSF allerdings noch im Sommer 1956 diese Praxis betrieb, ist zweifelhaft. Die Kooperation mit amerikanischen Dienststellen war schließlich im August 1955 beendet worden, und Gelder flossen dem AGSF aus diesen Quellen nicht mehr zu.⁶⁶³ Folglich gab es keinen Anreiz mehr für derart heikle Aktionen. Auch das VDS-Vorstandsmitglied Klaus Meschkat hielt eine Datenweitergabe durch das

⁶⁵⁷ BAarch, B 137, Akte 1112, Abschrift eines Schreibens von Nitschke an den Bundesminister des Inneren, Abt. III, bezugnehmend auf eine Besprechung bei Ministerialrat Dr. Scheidemann am 4.7.1956, S. 2 f.

⁶⁵⁸ Ebd.

⁶⁵⁹ Ebd.

⁶⁶⁰ Ebd.

⁶⁶¹ So hatte sich das AGSF dazu verpflichtet, die Mittel »zur Förderung der Ziele der U.S.-Information« zu nutzen. BAarch, B 166, Akte 1257, Vertrag über die Bedingungen der Unterstützungsbewilligung der HICOG an das AGSF vom 11.6.1951, unpaginiert.

⁶⁶² Zu den Verbindungen von AGSF-Geschäftsführer Spangenberg und der STITIB siehe: Allen, *Interrogation Nation*, S. 98. Die »Scientific and Technical Intelligence Branch« (STIB) war eine Abteilung der Control Commission for Germany (British Element). Ihre Funktion war es, mittels Flüchtlingsbefragungen Informationen über die technische und wissenschaftliche Kriegsvorbereitung des Ostens zu gewinnen. Siehe: Allen, *Befragung*, S. 198.

⁶⁶³ Zum skandalträchtigen Ende der Zusammenarbeit von AGSF und Foundation siehe viertes Kapitel der Untersuchung.

AGSF, gerade vor dem Hintergrund der Konkurrenz mit dem VDS-Sozialamt, für »eher unwahrscheinlich«. ⁶⁶⁴

Die Vorwürfe der Studentenwerke verfehlten jedoch nicht ihre beabsichtigte Wirkung. So zeigte sich wenig später auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) skeptisch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem AGSF in Flüchtlingsangelegenheiten. Die WRK befürchtete ebenfalls eine Gefährdung der Oststudenten, da das BMG und »die meisten von ihm unterstützten Stellen [...] von den Gerichten der SBZ als Spionagestellen beurteilt werden«. ⁶⁶⁵ Auch das Bundesinnenministerium ließ sich von den Einwänden der Studentenwerke überzeugen und forderte den VDS dazu auf, die Flüchtlingsberatungsstelle aus Sicherheitsgründen nicht in den Gebäuden des Amtes unterzubringen. ⁶⁶⁶ Konkret bezog es sich dabei auf den Fall einer 26-jährigen Studentin, die angeblich wegen Kontaktaufnahme zum AGSF nach ihrer Rückkehr in die DDR zu 15 Jahren Haft verurteilt worden war. ⁶⁶⁷ Das Amt dementierte die Existenz dieses Falles und bekam Rückendeckung vom BMG. So bestritt das BMG, dass Kontakte zum AGSF zur Verurteilung der Studentin geführt hätten. ⁶⁶⁸ Letztlich konnten sich AGSF, VDS und BMG nicht gegen die Phalanx aus Sozialamt, Studentenwerke und Bundesinnenministerium durchsetzen. Die zentrale Flüchtlingsberatungsstelle wurde schließlich nicht, wie ursprünglich geplant, in den Räumlichkeiten des AGSF untergebracht. ⁶⁶⁹

Aus dem Kompetenzgerangel zwischen AGSF, VDS-Sozialamt und Studentenwerken war rasch ein Stellvertreterkonflikt zwischen dem BMI und dem BMG geworden. Neben dem offensichtlichen Kampf um institutionelle Einflussmöglichkeiten standen sich dabei auch divergierende flüchtlingspolitische Ansätze gegenüber. Fassten VDS-Sozialamt, Studentenwerke und BMI die Flüchtlingsfrage rein karitativ auf, interpretierten das AGSF und das BMG diese nach wie vor im Kontext der Systemkonfrontation. Nach dieser Lesart waren die »engen Beziehungen« zwischen dem AGSF und den Studenten und Professoren der DDR eine Grundvoraussetzung für die Beratungs- und Überprüfungscompetenz des AGSF, wie man im gesamtdeutschen Ministerium in Bonn treffend feststellte. ⁶⁷⁰ Durchsetzen konnte sich diese Interpretation nicht, da BMG und AGSF Befürchtungen hinsichtlich der

⁶⁶⁴ Zeitzeugeninterview mit Klaus Meschkat am 9.1.2017.

⁶⁶⁵ BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben der Kommission für Mitteldeutsche Hochschulfragen der Westdeutschen Rektorenkonferenz an das BMG, 30.10.1956, Bl. 1 f.

⁶⁶⁶ BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben von Ministerialdirigent Dr. Scheidemann an den VDS-Vorsitzenden Jösch am 25.9.1956, unpaginierte Abschrift.

⁶⁶⁷ Ebd.

⁶⁶⁸ BArch, B 137, Akte 1112, Interner Vermerk des BMG, Abteilung I 5-222-208/56, Bonn, 2.10.1956, S. 2.

⁶⁶⁹ Reich/Rohwedder, Geschichte der Otto Benecke-Stiftung, S. 16.

⁶⁷⁰ BArch, B 137, Akte 1112, Interner Vermerk des BMG, Abteilung I 5-222-208/56, Bonn, 2.10.1956, S. 2.

Gefährdung von Flüchtlingsstudenten bei Kontakten zum AGSF nicht ausräumen konnten. Die Entscheidung, die zentrale Flüchtlingsberatungsstelle des Bundesstudentenringes nicht räumlich beim AGSF anzusiedeln, trieb die Distanzierung von AGSF und Studentenschaften weiter voran. Zudem geriet die Flüchtlingsarbeit des AGSF insgesamt nach 1956 in eine wenig komfortable Defensivposition. Eine Folge davon war, dass das Amt ab 1956 verstärkt den karitativen Wert seiner Gutachter-tätigkeit hervorhob und deren Funktion bei der Abwehr kommunistischer Infiltrationen nicht mehr öffentlich thematisierte. So verlautbarte das AGSF gegenüber den Studentenvertretern:

»Es wird Wert darauf gelegt, [...] dass die gutachterliche Tätigkeit [...] im Rahmen des Bundesnotaufnahmeverfahrens den Charakter einer reinen Unterstützung der Argumente der Notaufnahme Suchenden hat.«⁶⁷¹

Noch 1951 hingegen hatte das AGSF die Überprüfung von Flüchtlingsstudenten in erster Linie mit der Abwehr von Agenten und »kriminellen Elementen« offen begründet.⁶⁷² Dieser Paradigmenwechsel in seiner Außenkommunikation konnte das Misstrauen gleichwohl nicht endgültig zerstreuen, weshalb die AGSF-Flüchtlingsarbeit nicht mehr aus ihrer Defensivposition herausfinden sollte. Auf das »operative Geschäft« hatte der Stimmungsumschwung in den Studentenschaften jedoch erstaunlich wenig Auswirkungen. Die Fallzahlen der Gutachten sanken nicht, sondern stiegen ab 1957 aufgrund der Herbststunruhen an den DDR-Universitäten und der neuen Reisebeschränkungen für Studenten sogar weiter an. So verdoppelten sich die Flüchtlingszahlen im Laufe des Jahres 1957 in Bezug auf die Vorjahreswerte und erreichten damit sogar den Stand der Monate vor dem 17. Juni 1953.⁶⁷³ Dies ist ein deutlicher Indikator dafür, dass der »Neue Kurs« und die anschließende Tauwetterperiode an den DDR-Universitäten, die zwischenzeitlich den Flüchtlingsstudentenstrom hatten abschwellen lassen, endgültig an ihr Ende gekommen waren.⁶⁷⁴

Ebenso registrierte das AGSF eine auffällige Verschiebung der Fluchtmotive unter den Studenten. Hatten in den Monaten vor Herbst 1956 wirtschaftliche Beweggründe bzw. berufliche Perspektiven der Flüchtlingsstudenten noch eine maßgebliche Rolle gespielt, gaben nun wieder rund 50 Prozent der Flüchtlingsstudenten akute Gefährdung oder politische Zwangslagen als Fluchtgründe an.⁶⁷⁵ Das Amt führte den Anstieg der akut gefährdeten Studenten auf die politisch be-

⁶⁷¹ BArch, B 166, Akte 1253, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 31.3.1957 bis 1.4.1958, S. 3.

⁶⁷² BArch, B 166, Akte 132, Jahresbericht des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen für die Legislaturperiode 1951/52, S. 3.

⁶⁷³ BArch, B 137, Akte 1112, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7.1957 bis 31.10.1957, S. 1.

⁶⁷⁴ Zur Darstellung der Tauwetter-Periode und dessen Ende an den Universitäten und Intelligenz der DDR siehe auch: Guntolf Herberg: Anpassen und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58, Berlin 2006.

⁶⁷⁵ BArch, B 166, Akte, Akte 1253, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4.1956 bis 31.3.1957, S. 4.

wegten Herbstmonate 1956 zurück.⁶⁷⁶ Auffallend viele Studenten gaben zudem an, ihren Studienplatz aufgrund nicht bestandener Zwischenprüfungen im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium verloren zu haben.⁶⁷⁷ Nach der 3. SED-Hochschulkonferenz registrierte das AGSF überdurchschnittlich viele Nachwuchswissenschaftler unter den Flüchtlingen.⁶⁷⁸ Hierfür ursächlich waren laut dem Amt Beschlüsse der 3. Hochschulkonferenz, durch die der akademische Mittelbau stärker als bisher der Indoktrinierung ausgesetzt wäre.⁶⁷⁹ Als das AGSF 1960 die seit 1957 gewonnenen Daten über die Fluchtmotive von Studenten aus der DDR auswertete, zählte es über 32 regelmäßig genannte Fluchtgründe: So nannten – im Jahresdurchschnitt – 11,9 Prozent der befragten Flüchtlingsstudenten den Zwang zur vormilitärischen Ausbildung als maßgeblichen Grund für ihre Flucht.⁶⁸⁰ Am zweithäufigsten wurden »fachliche Schwierigkeiten« vor dem Hintergrund der »sozialistischen Umgestaltung« der Universitäten genannt. Auch Verpflichtungen zu Spitzeldiensten (6,0 Prozent), Gewissenszwang gegen religiöse Überzeugungen (5,8 Prozent) und Anfeindungen bzw. Zwangslagen wegen persönlicher Westkontakte (6,3 Prozent) zu Privatpersonen gehörten zu den vergleichsweise am häufigsten genannten Fluchtmotiven.⁶⁸¹ Eine untergeordnete Rolle spielten dagegen Strafbewahrungen in der Industrie (3,84 Prozent), sogenannte Bewahrungen in der Produktion (zeitgenössisch »B.i.n.d.P.« abgekürzt), eine Disziplinarmaßnahme, die das Regime vorzugsweise gegen »Intelligenzler« einsetzte.⁶⁸² Auch der Stipendienentzug, mit dem in den Jahren von 1948 bis 1950 gegen Angehörige der bürgerlichen Studentenopposition vorgegangen wurde und der das AGSF zur Solidaritätsgroschensammlung inspiriert hatte, spielte nach 1957 offenbar kaum noch eine Rolle (2,84 Prozent).⁶⁸³ Ab 1958/59 sank die Zahl der Gutachten, die das AGSF im Rahmen des BNAV ausstell-

⁶⁷⁶ Ebd.

⁶⁷⁷ BArch, B 137, Akte 1112, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.7.1957 bis 31.10.1957, S. 2 f.

⁶⁷⁸ Allein zwischen April 1957 und März 1958 registrierte das AGFSF rund 400 geflohene Angehörige des »wissenschaftlichen Nachwuchses« (Hilfsassistenten, Assistenten, wissenschaftliche Aspiranten). BArch, B 166, Akte 1253, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 31.3.1957 bis 1.4.1958, S. 3.

⁶⁷⁹ Diese Annahme wird durch die Forschung bestätigt. Tatsächlich erhöhte sich der politische Druck auf Professoren und Hochschullehrer besonders im Hinblick auf Loyalitätsbekundungen gegenüber Partei und Staat. Auch eine stärkere Durchdringung des Lehrkörpers durch die SED wird als Folge davon angesehen. Siehe: Kowalczyk, Hochschulpolitik, S. 255.

⁶⁸⁰ »Flucht der Studenten«, in: Hochschul-Informationen (1961), April/Mai, S. 9.

⁶⁸¹ Ebd.

⁶⁸² B.i.n.d.P. (»Bewahrung in die Produktion«) war eine Sanktionsmaßnahme des DDR-Arbeitsrechts, das in den ersten Jahrzehnten der DDR der Disziplinierung von Angehörigen der Intelligenz diente, aber auch gegen Künstler gerichtet war. Siehe: Andreas Tampe: Kultur und Medien, in: Matthias Judt (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Arbeitszeugnisse, Berlin 1997, S. 298.

⁶⁸³ »Flucht der Studenten«, in: Hochschul-Informationen (1961), April/Mai, S. 9.

te, weil die Behörden die Aufnahme großzügiger handhabten und mehr und mehr auf die bis dahin üblichen Sachverständigenbefragungen des AGSF verzichteten.⁶⁸⁴ Mit dem Bau der Mauer 1961 riss der Flüchtlingsstudentenstrom abrupt ab. Hatte das AGSF im Jahr 1961 noch insgesamt 1.594 Gutachten für geflohene Studenten und Lehrkörperangehörige verfasst, sank die Zahl 1962 auf 183.⁶⁸⁵ Dabei handelte es sich vorrangig um Studenten höherer Semester sowie um die letzten verbliebenen Grenzgängerstudenten Berlins.⁶⁸⁶ Das »Gesamtdeutsche Referat des VDS«, wie das AGSF seit 1957 offiziell hieß, zog die Konsequenzen aus der vollständigen Grenzabriegelung und schloss die Pforten seiner Außenstelle im Flüchtlingslager Berlin-Marienfelde.⁶⁸⁷ Die wenigen noch ankommenden Flüchtlingsstudenten ließen sich, wie zu Beginn der Flüchtlingsarbeit 1949, wieder in der Dahlemer Zentrale in Empfang nehmen.⁶⁸⁸ Insgesamt hatte das AGSF seit seiner Gründung im Oktober 1949 mindestens 27.608 Gutachten und Stellungnahmen für diverse staatliche Stellen und Universitätsverwaltungen verfasst.⁶⁸⁹ War die Flüchtlingsüberprüfung durch das AGSF in den Jahren 1950 bis 1952 vor allem mit der Abwehrarbeit verbunden, verlagerte sich mit den Jahren der Schwerpunkt auf karitative Motive.

⁶⁸⁴ FU Berlin, UA, Box 193, Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden für die Zeit vom 15. März bis 30. Juni 1959, erstattet auf der 42. Ordentlichen Delegiertenkonferenz in Würzburg, undatiert, S. 1.

⁶⁸⁵ BArch, B 285, Akte 877, Tätigkeitsbericht des Gesamtdeutschen Referates für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.1962, S. 2.

⁶⁸⁶ Ebd., S. 2.

⁶⁸⁷ Ebd., S. 1.

⁶⁸⁸ Ebd.

⁶⁸⁹ Eigene Berechnungen auf Grundlage der AGSF-Tätigkeitsberichte im Zeitraum 1950–1963. Die Zahlen sind Mindestwerte, da einige AGSF-Tätigkeitsberichte (4. Quartal 1951; 3. Quartal 1953) nicht überliefert sind.

Gegenwind und Niedergang des antikommunistischen Konsenses

Auf dem Höhepunkt des Erfolgs – das AGSF als etabliertes Verbandsamt des VDS und feste Größe im Privatapparat des Kalten Krieges

Fünf Jahre nach seiner Gründung konnte das AGSF 1954 auf eine in jeder Hinsicht erfolgreiche Entwicklung zurückblicken. Als »bloße Flüchtlingsvermittlungsstelle« des geografisch wie politisch isolierten AStA der Freien Universität in West-Berlin gegründet, war es bis Ende 1953 zu einem vielseitig aufgestellten studentischen Ostbüro herangewachsen. Expansiv hatte es sich dabei neue Tätigkeitsbereiche erschlossen, die über die Flüchtlingsbetreuung der Anfangszeit hinausgingen. Dank »seiner« gesamtdeutschen AStA-Referenten war das Amt an nahezu allen westdeutschen Hochschulstandorten präsent und damit fähig, gesamtdeutsche Studentenfragen zu popularisieren und gleichzeitig die Aktivitäten der FDJ und der Nationalen Front vor Ort zu überwachen. Überdies hatte das AGSF seine Flüchtlingsarbeit weiter professionalisiert und sich Zugang zum BNAV verschafft. Vor allem aber konnte es auf DDR-Gebiet ein hinreichend großes Informantennetzwerk aufbauen, das dem Amt beständig neue Informationen über die Vorgänge im DDR-Hochschulwesen lieferte. Dieser beinahe exklusive Zugang zu Informationen über einen Gesellschaftsbe- reich, in dem die neue Elite des sozialistischen Staates herangezogen werden sollte, verschaffte dem AGSF einen Bedeutungszuwachs über die studentische Szene hinaus. Denn nur aufgrund der stetigen Informationsgewinnung und der professionellen Kontaktpflege zu den Studenten der DDR hatte das Amt die Unterstützung von BMG und Amerikanern bekommen. Und so war aus der studentischen Flüchtlingsbetreuungseinrichtung ein gut vernetztes Mitglied des staatlich-zivilgesellschaftlichen Netzwerks des Kalten Krieges geworden, das vorzugsweise von West-Berlin aus wirkte und mit dazu beitrug, die gesellschaftspolitische Kultur der jungen Bundesrepublik antikommunistisch einzufärben.

Gelingen konnte dieser Aufstieg nur dank der Unterstützung der westdeutschen und West-Berliner Studentenschaften, die ihrerseits im Rahmen des VDS zu einem deutschlandpolitisch eindeutigen, antikommunistischen Konsens zusammengefun-

den hatten. Zum Kernbestand dieses Konsenses gehörte die strikte »Nicht-Anerkennung« der FDJ-Studentenräte, was offizielle Gespräche oder Verhandlungen mit ihnen kategorisch ausschloss. Allenfalls die Entlassung der inhaftierten Studentenvertreter sowie die Durchführung freier und geheimer Studentenratswahlen in der DDR, so die Doktrin des VDS, hätten eine Änderung dieses strikten Kurses in der studentischen Deutschlandpolitik des Verbandes herbeiführen können. Die Handlungsspielräume der einzelnen AStA in diesen Fragen waren seit den Seeshaupter Beschlüssen immer enger geworden. Hatten einzelne Studentenschaften, wie etwa der Hamburger oder Göttinger AStA, Patenschaften oder wissenschaftlich-kulturelle Kontakte zu DDR-Universitäten anfänglich noch aufrechterhalten wollen, gaben sie dem Druck des Verbandes schließlich nach und kappten diese Beziehungen. Die im VDS organisierten Studentenschaften zeigten in der Deutschlandpolitik eine in der Studentengeschichte nahezu einmalige politische Geschlossenheit. Weder zuvor noch danach hatten die Studentenschaften zu solch einer einheitlichen Formation zusammengefunden. Diese einmalige, scheinbar unerschütterliche Stabilität der hochschulpolitischen Verhältnisse dieser Jahre hat der »1968er«-Epigone Klaus-Rainer Röhl anschaulich, wenngleich polemisch überspitzt, in schwärzesten Farben geschildert:

»Die Bundesrepublik unter Adenauer steht auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, Antikommunist zu sein ist so selbstverständlich wie gegen Kinderschänder oder Mörder zu sein [...]. An den Hochschulen der Bundesrepublik herrschen schlagende Burschenschaften, katholische Studentenverbände und militante Ostzonenflüchtlinge. Diese beherrschen die AStAs, die Dachverbände in Bonn. Die Studentenorganisation der Sozialdemokratie, der SDS, ist völlig unbedeutend.«¹

Das war im Kern durchaus zutreffend. Denn die praktische Umsetzung des antikommunistischen Konsenses und der Seeshaupter Beschlüsse durch den Campus vor Ort erfolgte maßgeblich über die hochschulpolitisch aktiven Flüchtlingsstudenten. Aus ihren Reihen rekrutierte sich offenbar auch ein Großteil der gesamtdeutschen AStA-Referenten. Diese lieferten dem AGSF wertvolle Informationen über kommunistische Umtriebe am Campus, vollzogen die Aufklärungskampagnen des Amtes vor Ort und halfen bei der Eingliederung der Flüchtlingsstudenten. Überdies konnten die gesamtdeutschen Referenten als AStA-Mitglieder Kontaktaufnahmeversuche aus der DDR oder hochschulpolitische Tendenzen hin zu einer Abkehr von den Seeshaupter Beschlüssen frühzeitig erkennen und gegensteuern bzw. es dem Vorstand und dem AGSF melden. Auch wenn dieses Netzwerk aus angeblich »militanten Ostzonenflüchtlingen« wegen seines ehrenamtlichen Charakters und der hohen personellen Fluktuation nicht immer reibungslos funktionierte: Die Flüchtlingsstudenten bildeten letztlich das personelle Rückgrat des antikommunistischen

¹ Klaus-Rainer Röhl: Fünf Finger sind eine Faust. Erinnerungen, Köln 1974, S. 23 f.

Konsenses an den bundesdeutschen Universitätsstandorten. Für das AGSF, das diese gesamtdeutschen AStA-Referenten anleitete und koordinierte, war dieses Netzwerk ein unverzichtbares Werkzeug, um seine Politik in die AStA der Republik zu tragen und dort zu verankern.

Neben der festen Verankerung in den Studentenschaften hatten auch die Bündnisse mit staatlichen Akteuren den Aufstieg ermöglicht. Weder die Flüchtlingsüberprüfung im Rahmen des BNAV noch die Ostarbeit auf DDR-Gebiet hätten ohne die Rückendeckung und finanzielle Unterstützung durch das BMG und die Amerikaner derart expansiv vorangetrieben werden können. Durch die Beziehungen zu diesen geriet das Amt in eine Scharnierfunktion zwischen Hochschulpolitik und staatlicher Sphäre. Die Vorteile dieser Position lagen auf der Hand. Die enge Anbindung des AGSF an die Studentenschaften stand nach außen hin für glaubwürdige Basisnähe und war der Garant für seine erfolgreiche Informationsbeschaffung, die es für staatliche Akteure interessant machte. Umgekehrt werteten die Bündnisse mit staatlichen und alliierten Dienststellen das AGSF über die hochschulpolitische Szene hinaus auf. Überdies verschafften die finanziellen Zuwendungen dem Amt Gestaltungsmöglichkeiten und garantierten seinen Mitarbeitern ein Maß an finanzieller Stabilität und Kontinuität, das in der hochschulpolitischen Arbeit höchst unüblich war.

Von Anfang an nutzte das Amt diese »strategische Mittellage« zwischen Staat und Studentenschaften eigensinnig für eine »Schaukelpolitik«, welche die Anspruchsgruppen bisweilen gegeneinander auszuspielen versuchte. So instrumentalisierte das AGSF seine Beziehungen zum BMG, um in Verhandlungssituationen Druck auf andere studentische Mitspieler innerhalb des Verbandes auszuüben.² Umgekehrt scheute sich AGSF-Leiter Spangenberg nicht, gegenüber Studentenvertretern Gängelungen des AGSF durch das BMG empört als Angriff auf die studentische Selbstverwaltung anzuprangern und den Vorstand zu Interventionen dagegen aufzufordern.³ Die Nachteile dieser strategischen Mittellage waren ebenso offen-

² So hatte Carl Heinz Evers offenbar der Redaktion der *Deutschen Studentenzeitung* mit Verweis auf die Beziehungen zum BMG damit gedroht, die *Hochschul-Informationen* zu einem Konkurrenzblatt zur DSZ auszubauen, wenn die Redaktion der DSZ dem Amt nicht den gewünschten Raum in der Berichterstattung einräumen würde. BACh, B 166, Akte 1257, Aktennotiz des DSZ-Chefredakteurs Dieter Wellershoff über den Vorfall vom 21.8.1951.

³ So sagte Spangenberg auf einer Delegiertenversammlung hierzu: »In den Verhandlungen habe ich immer wieder festgestellt, daß das Ministerium meint, es könnte mit uns herumspingen, wie es will. Aus dem Grunde möchte ich gerne, daß der Verbandsvorsitzende entscheidend eingreift, und daß der Verband seine Schutzherrschaft mehr als bisher ausübt.« BACh, B 166, Akte 133, Protokoll der 13. VDS-DK Diskussion, S. 53 f. In einem anderen Fall hatte sich das BMG etwa 1953 geweigert, dem AGSF eine Leihgabe, eine durch Kuriere »erbeutete« FDJ-Uniform, nach Gebrauch für eine Aufklärungsaktion wiederzugeben und auf den anschließenden Protest des AGSF mit dem Entzug von Geldern im nächsten Haushaltsjahr gedroht. Erst nach Intervention des VDS-Vorstandsvorsitzenden Johannes Reinhold wurden die Leihgaben wieder übergeben. Spangenberg schilderte diesen Vorfall der VDS-Delegiertenkonfe-

sichtlich: Mehreren Herren zu dienen bedeutete auch, ein hohes Maß an Übersetzungsarbeit zu leisten, die umso mühseliger zu werden drohte, wenn die Positionen der verschiedenen Anspruchsgruppen sich voneinander entfernen sollten. Hatte das Amt bis 1953 vor allem die Vorteile dieser Position auskosten können, sollte es ab 1954 auch die Nachteile zu spüren bekommen.

Konflikte im Verband

Mehr als nur ein Verbandsamt?

Ab 1953/54 machte sich im Verband eine Stimmung breit, die Anstoß an der zunehmenden Staatsnähe des VDS nahm. Es folgte eine verbandsinterne Debatte um den VDS, in der um die Grenzen studentischer Selbstverwaltung gerungen wurde. Die Professionalisierung des VDS und seiner Verbandsämter war keineswegs von allen Studentenvertretern als bruchlose Erfolgsgeschichte gewertet worden. Einige sahen hierin eine gefährliche Entfernung von dem ursprünglichen Ideal der studentischen Selbstverwaltung. Diesem zufolge sollte der VDS ein überparteilicher, politisch neutraler Studentenverband sein. Radikale Dezentralität, Basisnähe sowie Ehrenamtlichkeit und ein gerüttelt Maß an demonstrativer Staatsferne gingen mit diesem Selbstverständnis in den Augen vieler Studentenvertreter unauflösbar einher.⁴ Wie ernst dieses Ideal von vielen Studentenvertretern genommen wurde, zeigt die Ankündigung des Göttinger AStA, im Falle der angekündigten Beitragserhöhung um 22 Pfennig (!) aus dem Verband auszutreten.⁵ Hinter dieser buchstäblichen Pfennigfuchserie stand die Befürchtung, die Verbandsbürokratie unnötig aufzublähen. Bereits vor der schließlich durchgeführten und allseits akzeptierten Beitragserhöhung wurde die »hypertrophe« Verwaltung des Verbandes mehrfach kritisiert.⁶ Sogar die verbandseigene *Deutsche Studentenzeitung* (DSZ) hatte den VDS-Vorstand

renz und insistierte wörtlich: »Ich betone aber, dass ich mich weigere, meine Funktion weiter auszuüben, wenn das Ministerium auf dem Geldweg versucht, in die Interna des Amtes einzusteigen. Wir weigern uns mit Rücksicht auf irgendwelche Gelder einer politischen Richtung zu dienen. [] Herr Reinhold sagt zu, sich um die Angelegenheit zu kümmern.« BArch, B 166, Akte 136, Protokoll der 17. DK des VDS im Februar 1953, S. 34.

⁴ Die Frankfurter Studentenzeitung *Diskus*, die dem dortigen AStA unterstand, sprach von einem »20. Juli in Permanenz« als Leitmotiv eines staatsbürgerlichen Verständnisses. Siehe: »Subvention schafft Verantwortung«, in: *Diskus*. Frankfurter Studentenzeitung (1955), Januar, S. 4.

⁵ »München oder München. Erster Diskussionsbeitrag«, in: *Diskus*. Frankfurter Studentenzeitung, Jg. 4 (1954, April), S. 1.

⁶ Ebd.

als »Wasserkopf« des Verbandes bezeichnet.⁷ Auch hinsichtlich der Verbindungen zu staatlichen Einrichtungen beharrten viele Studentenvertretungen auf maximaler Distanz. So verschob der Verband auf Druck der Basis eine Zusammenarbeit mit dem Technischen Hilfswerk (THW), bis dieses seine Streitigkeiten mit den Gewerkschaften geklärt hatte.⁸ Alles andere wäre von Teilen der Studentenschaft als klare politische Positionierung gegen die Gewerkschaften aufgefasst worden.⁹ Freilich gab es im Verband auch Kritik an dieser verengten Sicht eines »unpolitischen« Studententums. Eine unpolitische Interessenvertretung, so argumentierte etwa die DSZ, könne letztlich nicht mehr leisten als »die Beschaffung verbilligter Theaterkarten und Organisation preisgünstiger Auslandsreisen«.¹⁰ Ebenso verwies der Heidelberger AStA-Vorsitzende Gerhard Grohs darauf, dass jedes Tätigkeitsfeld der Verbandsämter, vom Auslandsamt bis zum AGSF, zwangsläufig politisch aufgeladen wäre, sobald es mit Ministerien und anderen Akteuren der Politik konfrontiert sei.¹¹ Gleichwohl existierte in Teilen der Studentenschaften ein hartnäckiges Misstrauen gegenüber Verflechtungen von Organen der studentischen Selbstverwaltung mit staatlichen Akteuren. Besonders stark vertreten war diese Auffassung in den AStA der Universitäten Hamburg, Göttingen und vor allem in Frankfurt.

Das AGSF bekam diesen Konflikt erstmals Anfang 1954 vollumfänglich zu spüren, als der Frankfurter AStA-Vorsitzende Arnulf von Keußler die Einsetzung eines Überprüfungsausschusses zum AGSF anregte. Dieser Ausschuss sollte das Verhältnis des Amtes zu staatlichen Stellen und dessen Vereinbarkeit mit der Funktion eines Amtes der studentischen Selbstverwaltung überprüfen.¹² In seiner Funktion als Frankfurter AStA-Vorsitzender kritisierte der angehende Jurist von Keußler besonders die intransparenten Abrechnungsmodalitäten zwischen VDS und AGSF.¹³ Beanstandet wurde u.a., dass kein Gesamthaushaltsplan des Amtes existierte und der Abrechnungsverkehr, anders als bei den anderen Verbandsämtern, ausschließlich über die Bonner Vorstandszentrale abgewickelt wurde.¹⁴ Als besonders intransparent bezeichnete von Keußler das komplizierte Abrechnungssystem des Amtes, das die einzelnen Ausgaben den jeweiligen Geldgebern zuordnete.¹⁵ Beanstandet wurde zudem der Umstand, dass die beschlussfassenden Gremien des Verbands, Mitgliederversammlung und Delegiertenkonferenz, keine Einsicht in die ohnehin wenig

⁷ »Wird der VDS zum Wasserkopf?«, in: DSZ (1954), März, S. 3.

⁸ »Die Politik des VDS«, in: DSZ (1954), Januar, S. 4.

⁹ Ebd.

¹⁰ »Eine Grundsatzdebatte«, in: DSZ (1954), Dezember, S. 4.

¹¹ »Die Politik des VDS«, in: DSZ (1954), Januar, S. 4.

¹² BArch, B 166, Akte 7, Protokoll der 6. VDS-Mitgliederversammlung im Mai 1954, S. 99.

¹³ BArch, B 166, Akte 1349, Protokoll der 5. Vorstandssitzung im Amtsjahr 1954/55 am 5.7.1954, S. 3.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd.

aussagekräftigen Haushaltsunterlagen des Amtes bekamen.¹⁶ Der Frankfurter AStA um Arnulf von Keußler beharrte auf dem Standpunkt, dass das AGSF dem VDS genauso transparent gegenüber treten müsse wie die anderen Verbandsämter.¹⁷ Dieser Lesart folgend, berief die 21. VDS-Delegiertenkonferenz einen Überprüfungsausschuss ein, der die Aufgabenbereiche, Arbeitsweisen und Verantwortlichkeiten des AGSF untersuchen sollte.¹⁸

Neben der Untersuchung des Dreiecksverhältnisses von VDS, AGSF und BMG lag das Augenmerk des Ausschusses auf den Studenten- und Professorenkarteien.¹⁹ Diese wollte der Ausschuss einsehen, um sich ein Bild davon zu machen, wie das AGSF jene Informationen generierte, auf deren Grundlage es die Immatrikulation von Flüchtlingsstudenten empfahl oder davon abriet.²⁰ Als der Ausschuss daraufhin seine Überprüfungen vor Ort in der Berliner AGSF-Zentrale aufnehmen wollte, verweigerten ihm die Mitarbeiter jedoch die Einsicht in die Karteien, und zwar mit dem Hinweis auf die Diskretionsbedürfnisse der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK).²¹ Ebenso lehnte es die detaillierte Überprüfung der Haushaltsunterlagen mit der Begründung ab, dass die Gelder aus Bundesmitteln stammten und daher nur durch den Bundesrechnungshof zu prüfen seien.²²

Die Blockadehaltung des Amtes sorgte für erheblichen Unmut unter den Ausschussmitgliedern. Die Überprüfungsarbeit in der Dahlemer AGSF-Zentrale habe in einer »Atmosphäre der Unerquicklichkeit« stattgefunden, »die selbst für einen abgehärteten Delegierten eindrucksvoll war«, resümierte unverhohlen der Hamburger AStA-Vorsitzende Lothar Wiedecke.²³ Außerdem blieb sie letztlich ergebnislos.²⁴ Unverrichteter Dinge musste der Ausschuss Berlin wieder verlassen, konnte lediglich die ungefähre Höhe des AGSF-Etats ermitteln und dabei erstaunt feststellen, dass dieser sogar den der »hypertrophen« Verbandsgeschäftsstelle in Bonn deutlich überstieg.²⁵

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ BArch, B 166, Akte 7, Protokoll der 6. MV. des VDS im Mai 1954, S. 99.

¹⁹ Ebd., S. 101.

²⁰ Ebd., S. 85 f.

²¹ Ebd., S. 111 f.

²² Ebd.

²³ BArch, B 166, Akte 7, Bericht des VDS-Informationsausschusses auf der 6. Mitgliederversammlung des VDS im Mai 1954, S. 99. Tatsächlich gab es 1954/55 offenbar eine Prüfung des AGSF bzw. seiner Beziehungen zum BMG durch den Bundesrechnungshof; BArch, B 137, Akte 15547, Schreiben der Abt. an das Referat Z in Bonn vom 16.3.1963, Betr.: Verband Deutscher Studentenschaften hier: Gesamtdeutsches Referat – Örtliche Prüfung der Geschäftsstelle, S. 3.

²⁴ BArch, B 166, Akte 7, Protokoll der 6. MV des VDS im Mai 1954, S. 99.

²⁵ Ebd., S. 105.

Statt handfester Erkenntnisse, die der Ausschuss den AStA-Vorsitzenden auf der Mitgliederversammlung im Mai 1954 präsentieren wollte, formulierte der Ausschuss lediglich Empfehlungen für den künftigen Umgang mit dem AGSF. So beschwor er die AStA-Vorsitzenden zu erörtern, ob das AGSF stärker als andere Verbandsämter »nichtstudentischen Einflüssen« ausgesetzt sei und ob es Aufgaben übernommen hätte, die »von einem Verbandsamt nicht zu leisten seien«.²⁶ Auch reformerische Eingriffe in das Verhältnis von AGSF und BMG sowie eine stärkere Anbindung des Amtes an den Verbandsvorstand in Bonn wurden von Seiten der Ausschuss-Mitglieder aus Frankfurt und Hamburg angeregt.²⁷ Die Mehrheit der AStA-Vorsitzenden jedoch teilte das Misstrauen der Frankfurter und Hamburger AStA nicht und sprach dem AGSF und seinem geschäftsführenden Leiter Spangenberg mit großer Mehrheit das volle Vertrauen aus.²⁸ Ebenso wurde ein Antrag, der die Einrichtung eines dauerhaften Überprüfungsausschusses für das AGSF vorsah, mit 51 zu 27 Gegenstimmen bzw. Enthaltungen abgewiesen.²⁹

Mit ausschlaggebend dafür, dass das AGSF ins Kreuzfeuer der Kritik geraten war, dürfte neben den strukturellen Fragen auch die bisweilen provokante, elitäre Selbstdarstellung des Amtes durch seine führenden Mitarbeiter gewesen sein. Nicht zufällig nannten Studentenvertreter das AGSF hinter vorgehaltener Hand »Amt Spangenberg« in Analogie zum in wiederbewaffnungskritischen Studentenkreisen wenig populären »Amt Blank«, dem Vorläufer des Bundesverteidigungsministeriums³⁰ – ein Seitenhieb, der auf den nachrichtendienstlichen Charakter, aber auch auf das quasistaatliche Prestige abzielte, von dem das AGSF umgeben war. Andere Studentenvertreter, wie der Hamburger AStA-Vorsitzende Lothar Wiedecke, sprachen stichelnd vom »unsichtbaren Bundesverdienstkreuz, das die Mitarbeiter des Amtes fortwährend mit sich herumtrügen«.³¹ So charismatisch und gewinnend Geschäftsführer Dietrich Spangenberg sein konnte, so überzeugend der ehemalige Offizier offenbar auf Delegiertenkonferenzen gegenüber Studentenvertretern auftrat, galt er vielen zeit lebens offenbar als arrogant und unnahbar.³² Als »norddeutscher Kaltbulle« wurde er aufgrund seiner Charaktereigenschaften später be-

²⁶ Ebd., S. 107.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd., S. 114.

²⁹ Ebd., S. 113.

³⁰ Rohwedder, VDS, S. 87.

³¹ BAArch, B 166, Akte 7, Protokoll der 6. VDS-Mitgliederversammlung im Mai 1954. Diskussion über den Bericht von AGSF-Geschäftsführer Spangenberg, S. 104

³² Charismatische Charaktereigenschaften, aber auch Arroganz und einen Hang zu Überheblichkeit attestierte Spangenberg auch Helmut Reihlen. Zeitzeugeninterview mit Helmut Reihlen am 9.9.2017 in Berlin-Steglitz.

zeichnet.³³ Dass er und besonders sein vormaliger Stellvertreter Carl Heinz Evers es stets verstanden hatten, Amtsinteressen im Verband rigide durchzusetzen, entsprach gewiss dem Stil von Organisationen wie der KgU und dem UFJ, wo man ein gewisses Maß an Durchsetzungsfähigkeit, notfalls auch auf die grobe Tour, durchaus zu schätzen wusste. In der hochschulpolitischen Szene sahen dies jedoch viele als unangemessen an.³⁴ Insbesondere Evers' Verhalten, etwa in der Angelegenheit um den verhafteten Kurier Hoffmann, wurde dem AGSF noch drei Jahre nach dem Vorfall vorgehalten, was den Unmut gegenüber dem streitbaren Stellvertreter Spangenberg eindrucksvoll demonstriert.³⁵ Gleichwohl ist anzunehmen, dass die Antipathie vieler Studentenvertreter gegen leitende AGSF-Mitarbeiter sich schlicht auch auf Neid zurückzuführen ließ. Denn im Gegensatz zu den meisten Studentenvertretern waren sie nicht ehrenamtlich tätig, sondern bezogen feste Monatsgehälter in zum Teil dreistelliger Höhe.³⁶ Dieser Aspekte ungeachtet, war eine Mehrheit der AStA-Vorsitzenden dem AGSF nach wie vor gewogen. Doch die Jahre, in denen Anträge zum AGSF nahezu einstimmig verabschiedet wurden und das AGSF die Deutschlandpolitik des Verbandes quasi im Alleingang umsetzen konnte, waren sichtlich vorbei.

Wie stark der Verband 1954 zerstritten war, zeigte sich an den Schwierigkeiten, einen neuen Vorstand zu wählen. Erst im 11. Wahlgang einigten sich die Studentenvertreter auf den Stuttgarter Edmund Sawall als neuen Vorstandsvorsitzenden.³⁷ Der Elektrotechnikstudent Sawall war vor allem ein Kompromisskandidat und politisch ein unbeschriebenes Blatt.³⁸ Er gehörte keiner politischen Vereinigung an, versprach aber eine liberalere Haltung gegenüber den Korporationen, die ihrem Wachstum entsprechend auch im Verband zunehmend an Einfluss gewannen.³⁹ Auch der Frankfurter AStA-Vorsitzende Arnulf von Keußler wurde in den neuen Vorstand als Finanzreferent gewählt.⁴⁰ Offenbar hatten die Frankfurter AGSF-Kri-

³³ »Wat so'n Minsch allerlewen deiht«. Bonner Köpfe: Der Chef des Bundespräsidialamtes Dietrich Spangenberg, in: Unser Mecklenburg. Zeitung für Mecklenburger und Vorpommern (1969), Juli/August.

³⁴ Diesen divergierenden Kommunikationsstil bestätigt auch Helmut Reihlen zwischen AGSF und Teilen des VDS. Zeitzeugeninterview mit Helmut Reihlen am 9.9.2017 in Berlin-Steglitz.

³⁵ Der Unmut über Evers und dessen Tätigkeit als freier Berater für das AGSF war nach Ansicht des Amtes sogar der eigentliche Hauptgrund für die Einsetzung des Informationsausschusses. BArch, B 285, Akte 918, Wochenreportage. Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen und der McCarthy-Ausschuss des VDS, 10.6.1954, unpaginiert.

³⁶ Geschäftsführer Dietrich Spangenberg etwa bezog bereits 1951 eine monatliche Aufwandsentschädigung von 300 D-Mark. BArch, B 166, Akte 1257, Haushaltsplan, 5.5.1951, S. 2.

³⁷ »Fanal oder Krawall?«, in: Diskus. Frankfurter Studentenzeitung (1954), Mai, S. 1.

³⁸ Ebd.

³⁹ »Interview mit Edmund Sawall«, in: DSZ (1954), April/Mai, S. 6. Zum wachsenden Einfluss der Korporationen im VDS siehe: Kleifeld, Wende zum Geist?, S. 100–104.

⁴⁰ Rohwedder, VDS, S. 193.

tiker trotz ihrer Niederlage in den Abstimmungen mit ihrem Vorgehen gegen das AGSF nachhaltigen Eindruck auf die Studentenvertreter ausgeübt. Dass mit von Keußler erstmals ein ausgewiesener Kritiker des AGSF dem Vorstand angehörte und als Finanzreferent erhebliche Kontrollkompetenzen gegenüber dem AGSF besaß, war keine gute Ausgangslage für das AGSF. Auch die relative Schwäche des neuen Vorstandsvorsitzenden Sawall, der als Vorstandsvorsitzender de jure der Leiter des AGSF war, ließ befürchten, dass das Amt in Zukunft nicht mit dem bislang gewohnten Rückhalt für sich und seine deutschlandpolitischen Positionen rechnen durfte.

Konflikte um gesamtdeutsche Begegnungen im Hochschulsport

Zeitgleich zum Konflikt über die Stellung des AGSF im VDS wuchs in den Studentenschaften die Kritik am deutschlandpolitischen Kurs des Verbandes, der seit den Seeshaupter Beschlüssen 1949 schwerpunktmäßig auf Nichtanerkennung der DDR und der FDJ-Studentenräte setzte. Vor allem im Nachgang der gescheiterten Berliner Außenministerkonferenz im Februar 1954 registrierte das AGSF vermehrt Stimmen in den Studentenschaften, die danach riefen, neue Wege der deutsch-deutschen Annäherung zu beschreiten.⁴¹ Die gescheiterte Konferenz, welche die Aussichten auf eine baldige deutsche Wiedervereinigung eingetrübt und stattdessen die DDR mit erweiterten Souveränitätsrechten ausgestattet hatte, ist neben dem 17. Juni 1953 der zweite große Dämpfer für alle Anhänger der Befreiungspolitik gewesen. Sowohl die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes als auch die verfestigten Fronten der Großmächte hatten die Grenzen der befreiungspolitischen Konzeptionen und der Politik der Stärke, auf denen auch die Seeshaupter Beschlüsse basierten, deutlich aufgezeigt. Auf einen Volksaufstand am »Tag X« zu hoffen oder hinzuarbeiten, blieb sinnlos, solange die Sowjetunion sich bereit zeigte, ihren Herrschaftsraum mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Auch eine nachhaltige Destabilisierung des SED-Regimes war mit herkömmlichen Mitteln der Nichtanerkennungspolitik offensichtlich nicht gelungen.

Zweiter Impulsgeber für den studentischen Reformwillen in deutschlandpolitischen Belangen war der »Neue Kurs« der DDR-Regierung. Im Juli 1953 hatte das SED-Regime auf Drängen des sowjetischen Ministerrates öffentlichkeitswirksam scheinbar weitreichende Kurskorrekturen angeordnet.⁴² Zwangsmaßnahmen und Repressionswellen, die im Zuge des beschleunigten Aufbaus des Sozialismus be-

⁴¹ BArch, B 166, Akte 1254, Denkschrift des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen zum Problem einer Revision der gesamtdeutschen Politik des Verbandes Deutscher Studentenschaften, 20.9.1954, Geheim, S. 4.

⁴² Hermann Weber: Geschichte der DDR, München 1999, S. 212–215 (künftig zitiert: Weber, Geschichte der DDR).

sonders 1952 unter der Bevölkerung gewütet hatten, wurden teilweise rückgängig gemacht.⁴³ Profiteure dieser rein strategisch motivierten Liberalisierungsmaßnahmen waren vor allem die Milieus der Intelligenz und des Bürgertums, aus denen sich Anfang der 1950er-Jahre noch immer ein Großteil der Studenten in der DDR rekrutierte. Selbstständige Kleinunternehmer etwa bekamen wieder Zugang zu Lebensmittelkarten, was ihnen ein Jahr zuvor verwehrt worden war.⁴⁴ Auch ließ der Verfolgungsdruck auf Angehörige der an den Universitäten starken »Jungen Gemeinde«, auf die Walter Ulbricht persönlich ein Jahr zuvor noch offen zur Hatz aufgerufen hatte, spürbar nach.⁴⁵ Überdies wurden zahlreiche Relegationen von Oberschülern rückgängig gemacht.⁴⁶ Die Auswirkungen der Kurskorrekturen erreichten auch die AGSF-Beratungsstelle in West-Berlin, wo die Zahl der Flüchtlingsstudenten Ende des Jahres 1953 spürbar sank. Rückblickend ist längst erforscht, dass der »Neue Kurs« lediglich ein taktisches Manöver war, das der Stabilisierung des SED-Regimes und der Festigung des sowjetischen Herrschaftsanspruches in Ostdeutschland dienen sollte. Das Machtmonopol des SED-Regimes wurde dadurch zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt, sondern unter anderem mittels einer Verfeinerung der Überwachungsmaßnahmen durch den ab dann expansiv wachsenden Staatssicherheitsdienst besser ausgebaut.⁴⁷ Zeitgenössische Beobachter hingegen, darunter auch Teile des VDS, sahen in ihm eine grundsätzliche Wende zum »Besseren«, die der VDS mit einer liberaleren Deutschlandpolitik sogar noch befördern könnte.⁴⁸

Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage fanden die ersten deutschlandpolitischen Kursänderungen des VDS testweise auf hochschulportlicher Ebene statt. Die Delegiertenkonferenz des Verbandes beschloss im Juli 1954, gesamtdeutsche Studentenkontakte auf hochschulportlicher Ebene zu erlauben.⁴⁹ Damit hatte die Delegiertenmehrheit erkennbar eine rote Linie überschritten und das Kontaktverbot der Seeshaupter Beschlüsse ignoriert bzw. auf eine neue Art interpretiert. Handlungsdruck war dabei hauptsächlich von den Sportreferenten der AStA aufgebaut worden, die damit argumentierten, dass die meisten Hochschulsportler als Mitglieder »normaler« Sportvereine ohnehin schon längst »Sportverkehr« mit der

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Gerhard Wettig: Der Aufstand des 17. Juni 1953 in der DDR, in: Manfred Agethen/Günter Buchstab (Hrsg.): Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock, Freiburg (Breisgau) 2003, S. 69.

⁴⁵ Weber, Geschichte der DDR, S. 216.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Giesecke, Stasi, S. 56.

⁴⁸ Otto, Studenten im geteilten Deutschland, S. 58 f.

⁴⁹ Zum genauen Wortlaut des Beschlusses zum »Sportverkehr mit der Zone« siehe: FU Berlin, UA, AStA, Box 147, Sammlung der gesamtdeutschen Beschlüsse des Verbandes Deutscher Studentenschaften von der 1. o. DK bis zur 47. O. DK bzw. 13. MV, S. 13 f.

DDR unterhielten.⁵⁰ Vor dem Hintergrund dieser Argumentation und weil der Verband sich dazu bekannt hatte, »jede Möglichkeit eines menschlichen Kontaktes zwischen den Studenten Mittel- und Westdeutschlands« zu begrüßen, billigten die Delegierten den gegenseitigen Austausch von Universitätssportmannschaften.⁵¹ Dies jedoch nur im Rahmen eng gefasster Richtlinien: So musste auf jede Einladung aus der DDR eine Gegeneinladung erfolgen.⁵² Außerdem durften die Begegnungen keinerlei politischen Zwecken dienen.⁵³

Freilich stieß dieser umstrittene Mehrheitsbeschluss auf vehemente Kritik in den Studentenschaften. Der Berliner Landesverband etwa kritisierte die Naivität der Delegiertenkonferenz und befürchtete ein »neues taktisches Manöver« der Gegenseite mit dem Ziel, »einen Einbruch in die westlichen Fronten zu erreichen«.⁵⁴ Die Haltung des AGSF zur Billigung deutsch-deutscher Begegnungen auf hochschul-sportlicher Ebene war ebenso ablehnend wie eindeutig. Unverhohlen kritisierte das Amt, dass der Vorstand um Edmund Sawall im Vorfeld der Abstimmung den Befürwortern der Sportbeschlüsse nicht deutlicher entgegengetreten war.⁵⁵ Das Amt sah in der Billigung nichts weniger als eine Aufweichung der Seeshaupter Beschlüsse, auch weil die Forderungen des VDS nach einem sichtbaren Entgegenkommen vor der Aufnahme gesamtdeutscher Studentenkontakte – nämlich Freilassung der politischen Gefangenen und frei gewählte Studentenräte in der DDR – im Vorfeld nicht verwirklicht wurden.⁵⁶ Wie der Berliner Landesverband fürchtete das Amt jedoch vor allem die politische und propagandistische Instrumentalisierung der Hochschulsportkontakte durch die Gegenseite:

»Auf allen Lebensgebieten wird von kommunistischer Seite ein sehr geschickter und konzentrierter ›Feldzug‹ betrieben. Unter dem Motto ›Deutsche an einen Tisch‹ wird versucht, einen Keil zwischen Regierung und Volk der Bundesrepublik zu treiben bzw. auf studentischem Gebiet eine Diskrepanz zwischen der gesamtdeutschen Haltung des Verbandes Deutscher Studentenschaften und der von ihm vertretenen Studentenschaft der Bundesrepublik herzustellen. Man hofft, die gesamtdeutsche Konzeption der offiziellen Repräsentanten der Bundesrepublik – in diesem Falle des VDS für die Studentenschaft – durch inoffiziellen Kontakt mit zahllosen Gruppen

⁵⁰ Otto, Studenten im geteilten Deutschland, S. 59–60.

⁵¹ Ebd.

⁵² Ebd.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ BArch, B 166, Akte 1256, Erklärung des VDS-Landesverbandes Berlin zum Antrag »Sportverkehr«, S. 2.

⁵⁵ BArch, B 166, Akte 1254, Denkschrift des AGSF zur Revision der gesamtdeutschen Politik des VDS vom 20.09.1954, Geheim, S. 11. Ebd. einheitlich

⁵⁶ BArch, B 166, Akte 1254, Denkschrift des AGSF zur Revision der gesamtdeutschen Politik des VDS vom 20.09.1954, Geheim, S. 8.

und Einzelpersonen allmählich von innen her zu unterhöhlen, so daß sie schließlich von selbst zusammenbricht.«⁵⁷

Rückblickend betrachtet war diese Einschätzung des AGSF durchaus zutreffend. Denn der strategischen Wandlung des »Neuen Kurses« entsprechend, hatte auch die SED-Westarbeit eine perspektivische Neujustierung erfahren. Statt weiter erfolglose Destabilisierungsmaßnahmen zu unterstützen und offen den »Sturz des Adenauerregimes« voranzutreiben, sollten nunmehr innere Konflikte der bundesdeutschen Gesellschaft, etwa um die Wiederbewaffnung, gezielt für die Festigung einer souveränen DDR genutzt werden.⁵⁸ Die Westarbeit der FDJ vollzog diese Wende mit. Zahlenmäßig schwach aufgestellt und durch das Verbot massiv geschwächt, waren direkte Aktionen von FDJ und Tarnorganisationen der »Nationalen Front« nun keine Option mehr.⁵⁹ Stattdessen suchte die FDJ gezielt den Kontakt zu politisch aufgeschlossenen Jugend- und Studentenorganisationen.⁶⁰ Mit diesen sollten in »freundschaftlichen Gesprächen« in geeigneten politischen Fragen, wie der Wiedervereinigung oder Wiederaufrüstungsbelange, strategisch wertvolle Schulterschlüsse hergestellt werden.⁶¹ Durch den neuen »bündnispolitischen« Ansatz erhoffte sich die FDJ direkte oder indirekte Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungsträger in jugend- und studentenpolitischen Bereichen.⁶² In Bezug auf die Studentenschaften beschränkten die Seeshaupter Beschlüsse noch den Zugang der FDJ zu den Studentenschaften. Doch die Aufweichung des deutschlandpolitischen Verbandskurses, etwa durch die Hochschulsportbeschlüsse, arbeitete der neuen Westarbeit-Strategie der FDJ direkt in die Hände.

Angesichts dieser Ausgangslage intervenierte das AGSF beim VDS-Vorstand, um die drohende Revision des deutschlandpolitischen Kurses des Verbandes wenigstens mittelfristig wieder rückgängig zu machen. Handlungsspielräume ergaben sich dadurch, dass Vorstandsvorsitzender Sawall frühzeitig deutlich gemacht hatte, in Sachen Sportbeschlüsse nicht gegen das AGSF handeln zu wollen.⁶³ Die weitere Entwicklung in der Sache hing somit stark von der Reaktion des Amtes ab, was ei-

⁵⁷ BArch, B 166, Akte 1254, Denkschrift des AGSF zur Revision der gesamtdeutschen Politik des VDS vom 20.09.1954, Geheim, S. 4.

⁵⁸ Die neue SED-Westarbeit nahm hierfür vorzugsweise sozialdemokratische und wiederaufrüstungskritische Organisationen und Persönlichkeiten ins Visier. Siehe: Heike Amos: Die Westpolitik der DDR 1949 bis Mitte der 1960er Jahre. Institutionelle Voraussetzungen, Apparate und politische Konzeptionen, in: Creuzberger/Hoffmann (Hrsg.), »Geistige Gefahr«, S. 53.

⁵⁹ Die Mitgliederzahlen der FDJ in der Bundesrepublik hatten sich zwischen Dezember 1950 und Dezember 1953 auf ca. 9.000 Mitglieder fast halbiert. Herms, Hinter den Linien, S. 254.

⁶⁰ Ebd., S. 289.

⁶¹ Ebd., S. 294 f.

⁶² Ebd., S. 292 f.

⁶³ »Der Sportverkehr darf z.B. nicht unabhängig von der Einstellung des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen gesehen werden.« Interview mit Edmund Sawall, in: DSZ (1954), April/Mai, S. 3.

nem Drahtseilakt gleichkam: Einerseits lehnte das Amt eine Aufweichung der Seeshaupter Beschlüsse strikt ab und drängte den Vorstand, die deutschlandpolitische Grundlinie des Verbandes wieder herzustellen. Andererseits konnten die Reformbestrebungen in den Studentenschaften, die Wünsche nach neuen deutschlandpolitischen Ansätzen, nicht einfach ignoriert werden. In den Beratungen des Vorstandes in dieser Angelegenheit zeigte sich das AGSF deshalb durchaus wohlwollend und ungewohnt selbstkritisch. Verständnisvoll konstatierte das Amt die wachsenden Sorgen der Studentenschaften vor zunehmender Entfremdung zwischen Ost und West.⁶⁴ Selbstkritisch räumte es sogar ein, dass die strikte Nicht-Anerkennungsdoktrin, die auch der VDS verfolgte, das SED-Regime in eine »splendid Isolation« getrieben und zudem die Möglichkeiten der »geistigen Einflussnahme« des Westens auf die Ostdeutschen eingeschränkt hätte.⁶⁵ Die Gefahr einer Spaltung des Verbandes beschwörend, plädierte das Amt daher für ein einheitliches Vorgehen von AGSF und Vorstand. So schlug es zwei optionale Handlungsempfehlungen vor, um auf der nächsten Mitgliederversammlung angemessen reagieren zu können:

Variante 1: Der VDS könne sich an die Spitze der Bewegung stellen, mit den Seeshaupter Beschlüssen brechen und offizielle Kontakte mit der FDJ aufnehmen.⁶⁶

Variante 2: Der Vorstand würde gegenüber den Studentenvertretern auf der bisherigen Leitlinie der strikten Nicht-Anerkennungspolitik beharren und durch sachliche, harte Argumentation die Mehrheit der beschlussfassenden Gremien wieder auf diese gemeinsame Linie zurückbringen. Um den Bedürfnissen nach mehr deutsch-deutschen Studentenkontakten dennoch entgegenzukommen, könnte der Verband neue Begegnungsformate für studentische Ost-West-Kontakte auf rein privater Ebene anbieten.⁶⁷

Das AGSF machte dem Vorstand zugleich deutlich, dass es von ihm die Übernahme der zweiten Option erwarten und keinesfalls für die Aufnahme von Beziehungen zur FDJ votieren würde.⁶⁸ Nachdem Sondierungen des Vorstandes zuvor ergeben hatten, dass es für eine Kontaktaufnahme mit der FDJ auch bei allen nennenswerten politischen Kräften auf bundespolitischer Ebene keinerlei Rückendeckung gab, schwenkte er auf die vom AGSF gewünschte Position um.⁶⁹ Auf der Delegiertenkonferenz im November 1954, ein halbes Jahr nach den Sportbeschlüssen, präsentierten Amt und Vorstand den anwesenden Studentenvertretern die beiden möglichen Wege der Deutschlandpolitik. Vor diese Wahl gestellt, gab es bei

⁶⁴ Otto, Studenten im geteilten Deutschland, S. 61.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ BArch, B 166, Akte 1254, Denkschrift des AGSF zur Revision der gesamtdeutschen Politik des VDS vom 20.09.1954, Geheim, S. 10 f.

⁶⁹ Otto, Studenten im geteilten Deutschland, S. 62.

den Studentenvertretern kaum Bereitschaft dafür, eine Abkehr von den Seeshaupter Beschlüssen ernsthaft zu erwägen. Die Strategie des AGSF, mittels dieser beiden Varianten klar und deutlich den Studentenvertretern die »Pistole auf die Brust zu setzen«, war offensichtlich aufgegangen. Mit großer Mehrheit (18:3 Stimmen) hoben die Delegierten den Beschluss zu den gesamtdeutschen Hochschulsportbegegnungen in der »Berliner Entschließung« wieder auf und sprachen sich überdies für eine symbolische Aktualisierung der Seeshaupter Beschlüsse aus.⁷⁰ Das AGSF hatte sich durchgesetzt und eine Restauration der deutschlandpolitischen Linie im Verband erfolgreich in die Wege geleitet.

Verlierer dieses Prozesses war der Vorstand um Edmund Sawall, der die Aufnahme offizieller Beziehungen zur FDJ durchaus akzeptabel gefunden hatte.⁷¹ Kurz nach der Berliner Delegiertenkonferenz reichte Sawall, offiziell aus gesundheitlichen Gründen, seinen Rücktritt ein. Wenige Tage später fuhr er nach Ost-Berlin, um sich mit dem FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker zum Gespräch zu treffen.⁷² Obwohl Sawall dies ausdrücklich als Privatperson tat, löste sein Besuch in den Studentenschaften Empörung und einhellige Ablehnung aus.⁷³ Der VDS distanzierte sich mit einer schriftlichen Stellungnahme von Sawalls kopflosem Alleingang.⁷⁴ Und selbst der Frankfurter *Diskus*, die Hauspostille des reformorientierten Frankfurter AStA und Hauptkritiker des AGSF, bezeichnete Sawalls Gang nach Ost-Berlin als »Resultat größtmöglicher Dummheit«.⁷⁵

Haltung und Reaktion des AGSF

Auf den ersten Blick waren die Kursschwankungen in der Deutschlandpolitik des Verbandes mit dem Jahresende 1954 beendet. Eine Revision der VDS-Deutschlandpolitik durch die Hintertür des Hochschulsports war erfolgreich abgewendet worden, und die Seeshaupter Beschlüsse hatten wieder ihre Allgemeingültigkeit zurückerlangt. Zudem hatte Sawall mit seinem bizarren Auftritt der Sache der deutschlandpolitischen Revision und ihren Anhängern unter den Studentenvertretern einen Bärenienst erwiesen und diese etwas ernüchtert zurückgelassen. Gleichwohl war in den Monaten zuvor schon in den Abstimmungsergebnissen bei den Mitgliederver-

⁷⁰ Zum genauen Wortlaut der »Berliner Entschließung« siehe: FU Berlin, UA, Box 147, Sammlung der gesamtdeutschen Beschlüsse des Verbandes Deutscher Studentenschaften von der 1. o. DK bis zur 47. o. DK bzw. 13. MV, S. 10.

⁷¹ Otto, Studenten im geteilten Deutschland, S. 64.

⁷² Ebd.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ »Letzte Mitteilung«, in: DSZ (1954), Dezember, S. 5.

⁷⁵ »Sei blind – oder du siehst rot«, in: Diskus. Frankfurter Studentenzeitung (1954), November/Dezember.

sammlungen und Delegiertenkonferenzen sichtbar geworden, wie stark der Wunsch nach neuen Antworten auf gesamtdeutsche Studentenfragen bei einer zumindest großen Minderheit zwischenzeitlich geworden war. Ein bloßes »Weiter so!« nach erfolgter Restauration konnte nicht die Antwort eines VDS-Vorstandes und Verbandsamtes sein, die der freien Willensbildung einer demokratisch verfassten studentischen Selbstverwaltung unterworfen waren. Der Druck auf den VDS, Ansätze für Verständigungs- und Annäherungsformate zu entwickeln, hatte sich seitens der Studentenschaft sichtlich erhöht.

Um diesen Reformwünschen zu begegnen, präsentierte das AGSF im Februar 1955 der Delegiertenkonferenz sein neues Aktionsprogramm zur Aktivierung der gesamtdeutschen Arbeit.⁷⁶ Ziel des Programms war es, Begegnungen von Studenten aus der DDR und der Bundesrepublik auf der – betont inoffiziellen – Ebene privater Einzelkontakte stärker zu fördern.⁷⁷ Hierzu sollten, so der Plan des AGSF, Studenten aus der DDR von Privatpersonen aus dem AStA-Umfeld gezielt zu einer mehrtägigen Besuchsreise in eine beliebige westdeutsche Universitätsstadt eingeladen werden.⁷⁸ Der Besuch sollte im Juli stattfinden, wenn die DDR-Studenten bereits Semesterferien hatten, in der Bundesrepublik jedoch noch Semesterbetrieb herrschte. Auf diese Weise sollten sich die Gäste ein authentisches, objektives Bild vom westdeutschen Studienalltag machen können. Auch die Unterbringung und Bewirtung sollten möglichst privat erfolgen, um das studentische Alltagsleben der bundesdeutschen Kommilitonen außerhalb des Lehrbetriebes hautnah erleben zu können.⁷⁹

Mit diesem Begegnungsformat kam das AGSF den Bedürfnissen in den Studentenschaften nach mehr deutsch-deutscher Annäherung zwar entgegen, zugleich beachtete es die Gebote der Seeshaupter Beschlüsse nach Abgrenzung auf offizieller Ebene. Überdies bediente das Begegnungsformat in Form und Inhalt die Bedürfnisse der AGSF-Aufklärungsarbeit. Denn mittels mehrtägiger Aufenthalte konnte ostdeutschen Studenten eindrücklich Wert und Wirklichkeit einer freien, ideologisch unbelasteten Lehre und Wissenschaft vermittelt werden.

Gleichwohl war das Amt sich darüber im Klaren, welches Gefährdungspotential von dem Begegnungsformat für ostdeutsche Studenten ausging. Schriftliche Einladungen aus dem Westen würden Studenten möglicherweise rasch ins Visier der Behörden treiben. Für in irgendeiner Weise vorbelastete, »angezählte« Personen konnte eine schriftliche Einladung ein Inhaftierungsgrund wegen ungesetzlicher Kontaktaufnahme bedeuten, wenn dieser nicht den hundertprozentigen Anschein einer Privateinladung ausstrahlte. Aus diesem Grund wies das Amt »seine« gesamt-

⁷⁶ BArch, B 166, Akte 1247, Aktionsprogramm zur gesamtdeutschen Arbeit des Verbandes Deutscher Studentenschaften, S. 1 f.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Ebd.

deutschen AStA-Referenten in einem streng geheimen Rundschreiben dazu an, die Einladungsprozeduren der jeweiligen AStA frühzeitig entsprechend abzusichern. So sollte streng auf den privaten Charakter der Einladungen geachtet werden. Die Einladungen durften nur von Privatperson zu Privatperson und keinesfalls durch den AStA als Institution erfolgen.⁸⁰

Als weitere Sicherheitsmaßnahme, aber auch um eine vertrauliche Gesprächsatmosphäre zu erzeugen, insistierte das Amt darauf, dass die Unterbringung der Gäste keinesfalls bei Personen geschehen dürfte, die mit der DDR sympathisierten oder wegen kommunistischer Äußerungen aufgefallen waren.⁸¹ Auch eine Konzentration mehrerer Gäste an ein und demselben Unterbringungsorten sollte verhindert werden, um folgenschwere Spitzeleien unter den DDR-Studenten von vornherein zu verhindern. Überdies durfte die Einladungsaktion so wenig Öffentlichkeit wie möglich erfahren, um nicht Gegenstand unerwünschter und für die Gäste gefährlicher Propagandaaktionen zu werden.⁸²

Bei der Auswahl der Gäste wünschte das AGSF von den AStA einbezogen zu werden, da es genügend geeignete Studenten mit Namen und Adresse kannte, die nicht durch eine schriftliche Einladung gefährdet werden würden.⁸³ Das BMG hingegen äußerte sich verhalten bis ablehnend gegenüber dem neuartigen Begegnungsformat, da es nicht an die Steuerbarkeit des Projektes durch das AGSF glaubte.⁸⁴ Schon dass die Auswahl geeigneter Studenten gelingen würde, hielt das Ministerium für unwahrscheinlich, weswegen es die finanzielle Unterstützung für dieses Vorhaben, welche das AGSF Studentenvertretern gegenüber etwas voreilig in Aussicht gestellt hatte, letztlich nicht gewährte.⁸⁵ Das Projekt musste vollständig vom VDS finanziert werden.⁸⁶

Das Begegnungsformat war eine Konzession des Amtes an den neuen Wind im VDS, der nach deutsch-deutscher Annäherung drängte und weniger denn je an die Politik der Stärke glaubte, die auch die Nichtanerkennungs-Doktrin der Seeshaupter Beschlüsse atmete. Für wie notwendig das AGSF diese Konzession im Hinblick auf den Verbandsfrieden hielt, war auch daran zu erkennen, dass es die Sicherheitsbedenken des BMG in den Wind schlug und damit auf Distanz zum Ministerium ging.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ BArch, B 166, Akte 1220, Schreiben des AGSF an die AStA-Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen. Anlage 1 zum VDS-Rundbrief Nr. 81/54, Streng vertraulich.

⁸² Ebd.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben der Abteilung I an die Abteilung II vom 14.10.1954, Betr.: Sitzung des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, S. 2 f.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ FU Berlin, UA, AStA, Box 226, Protokoll der 6. Tagung der Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen des VDS in Berlin am 26.5.1956, S. 17.

Noch bevor sich das Begegnungsformat vollumfänglich entfalten konnte, holte die Gegenseite schon zum Gegenschlag aus. Das streng vertrauliche Rundschreiben, mit dem das AGSF die gesamtdeutschen Referenten in die Vorbereitung des Einladungsprogrammes einschalten wollte, war offenbar durch eine undichte Stelle im Verband in die Hände der FDJ gekommen. Prompt nutzte sie dies umgehend zur Gegenpropaganda.

Im Mai 1955 veröffentlichte das FDJ-Organ *Forum* unter der Überschrift »Spangenberg weist an: Mit Decknamen arbeiten« einen Artikel, der die Anweisung des Amtes an die gesamtdeutschen AStA-Referenten wörtlich wiedergab und die Privat-einladungen ostdeutscher Studenten als angebliche Agenten-Rekrutierungsaktion des AGSF zu enttarnen beabsichtigte.⁸⁷ Wie das vertrauliche Rundschreiben den Weg in die DDR fand, blieb unklar. Laut *Forum* hätte ein »Frankfurter Studentenvertreter« nach der Lektüre des Rundschreibens empört zur Feder gegriffen und ein Protestschreiben verfasst. Dieses Protestschreiben wäre zusammen mit dem vertraulichen Rundschreiben an die Redaktionen des *Forums* und fünf namhafter bundesdeutscher Studentenzeitungen verschickt worden.⁸⁸ In diesem Protestschreiben empörte sich der anonyme Frankfurter Studentenvertreter über die Einmischung des AGSF in den Ablauf gesamtdeutscher Studentenbegegnungen und leugnete wortreich die vom AGSF befürchtete mögliche Gefährdung von DDR-Studenten durch unvorsichtige Einladungen.⁸⁹ Darüber hinaus warf der Autor dem AGSF vor, DDR-Studenten für die Belange von »Untergrundbewegungen«, der »schmutzigsten Form des Kalten Krieges«, einzuspannen zu wollen.⁹⁰ Die finanzielle Beteiligung des BMG, die das AGSF den AStA-Referenten im Rundschreiben etwas voreilig in Aussicht gestellt hatte, interpretierte der Autor als Beweis dafür, dass das AGSF als »Hilfsorgan der Geheimdienste« fungierte. Mit den Arbeitsweisen der AGSF-Ostarbeit musste der Autor gut vertraut gewesen sein, denn er verwies auf die Studentenkarteien, in denen das Amt die politischen Charakterisierungen von DDR-Studenten sammelte.⁹¹ Der Artikel endete mit der eindringlichen Warnung:

»Wir rufen alle Studenten der DDR auf, erhöhte Wachsamkeit an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen zu üben und nicht zuzulassen, daß Studenten für verbrecherische Tätigkeit westlicher Geheimdienste missbraucht werden.«⁹²

Wie ist das Vorkommnis zu bewerten? Dass das Rundschreiben dem *Forum* aus studentischen Kreisen zugespielt wurde, war wahrscheinlich, da nur die gesamtdeutschen Referenten und der Vorstand Zugriff auf das streng vertrauliche Rundschrei-

⁸⁷ »Spangenberg weist an«: Mit Deckname arbeiten, in: *Forum* (1955), Nr. 14.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Ebd.

⁹² Ebd.

ben hatten. Die Urheberschaft eines Frankfurter Studentenvertreters darf indes aufgrund quellenkritischer Betrachtungen nachträglich in Zweifel gezogen werden. Bereits Terminologie und Stilistik des Schreibens – »Kaiserministerium«, »Spionageorganisationen«, »schmutzigste Form des Kalten Krieges« – sind untypisch für die Terminologie der hochschulpolitischen Szene jener Jahre und legen stattdessen eher eine östliche Urheberschaft nahe. Auch die grundsätzlichen Einwände gegen eine »Einmischung« des AGSF in die studentische Deutschlandpolitik, die empört vehemente und wortreiche Leugnung von Gefährdungen von DDR-Studenten und der feindbildgeschulte Schlussappell zur Wachsamkeit erinnern stilistisch an die Propaganda des SED-Regimes. Überdies entsprach es auch dem Kenntnisstand, den das MfS 1955 über das AGSF erworben hatte. Nachdem noch Ende 1953 kaum nennenswerte Informationen über das Amt vorlagen, hatte das MfS sich ein Jahr später ein genaues Bild über die Ostarbeit, den Aufbau und die Arbeitsweise des Kurierapparates machen können.⁹³ Dieses Wissen konnte nun auch für die Gegenpropaganda genutzt werden, die auch in den nächsten Jahren das AGSF wiederkehrend ins Visier nehmen sollte.

Für das AGSF war der *Forum*-Artikel in jedem Fall ein Desaster. Vor allem der Umstand, dass sich innerhalb des Verbandes oder sogar in den Reihen der gesamtdeutschen Referenten ein Maulwurf befand, verunsicherte die Studentenschaften nachhaltig. Der Vorstand nahm angesichts der Ereignisse Abstand von dem Vorhaben, DDR-Studenten auf privater Ebene in die Bundesrepublik einzuladen.⁹⁴

Gesamtdeutsche Studentenkontakte

Trotz des Wetterleuchtens auf höchster hochschulpolitischer Ebene zwischen FDJ und VDS/AGSF begannen schon im Herbst 1954 die FDJ und bundesdeutsche Studenten, verstärkt Kontakt miteinander aufzunehmen und gegenseitige Besuche, sogenannte Studentenaustausche, zu organisieren. In den nächsten 18 Monaten, bis etwa März 1956, gingen von fast allen großen bundesdeutschen Universitäten derartige Kontaktaufnahmeversuche in die DDR aus.⁹⁵ Die Gesamtzahl solcher Begegnungen ist nicht exakt zu ermitteln. Der VDS zählte im genannten Zeitraum 86

⁹³ Der erste zusammenhängende, aussagekräftige Bericht über das AGSF wurde im Januar 1954 verfasst. Siehe: BSTU, MfS Allg. P./1824/55, »Bericht über das »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« vom 9.1.1954, unpaginiert.

⁹⁴ BArch, B 137, Akte 1112, interner Vermerk der Abt. II 3 des BMG vom 3.6.1955, Betr.: Tagung des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Berlin-Wannsee, unpaginiert.

⁹⁵ BArch, B 137, Akte 1112, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.4.1955 bis 31.3.1956, S. 10.

Begegnungen.⁹⁶ Die Universität Leipzig entsandte allein zwischen November 1954 und April 1955 24 Studentendelegationen an bundesdeutsche Hochschulstandorte und empfing im Gegenzug immerhin elf westdeutsche Studentengruppen.⁹⁷ Wie sehr sich die örtlichen Studentenschaften ungeachtet ihrer großen Eigeninitiative dabei an die Seeshaupter Beschlüsse gebunden fühlten, zeigt der Umstand, dass die Einladungen niemals direkt über die AStA erfolgten, sondern stets von Fachgruppen, Privatpersonen, losen Studentengruppierungen oder Ost-West-Arbeitskreisen ausgesprochen wurden.⁹⁸ Ebenso war die FDJ, die die deutschlandpolitischen Kursschwankungen des VDS im Jahresverlauf 1954 sehr genau registriert hatte, im Herbst 1954 dazu übergegangen, AStA und Studentengruppen direkt zu kontaktieren, nachdem briefliche Gesprächs- und Kooperationsangebote an VDS und Studentenringe nicht den gewünschten Erfolg brachten.⁹⁹ So hatte der FDJ-Zentralrat dem Münchner AStA einen Studentenaustausch offeriert, nicht ohne dezidiert auf den VDS-DK-Beschluss hinzuweisen, wonach der Verband »jede Möglichkeit zwischenmenschlicher Kontaktaufnahme zwischen Studenten Ost- und Mitteldeutschlands« begrüßen würde.¹⁰⁰

Wenngleich die Initiative zur Kontaktaufnahme scheinbar in übereinstimmiger Gegenseitigkeit erfolgte, waren die Absichten dahinter denkbar unterschiedlich gelagert. Ging es den westdeutschen Studentenvertretern, wie schon bei den kassierten Hochschulportbeschlüssen, vorrangig um die Erprobung von Alternativvarianten gesamtdeutscher Hochschulpolitik mit dem Ziel einer Wiederannäherung, dominierten auf der Gegenseite strategische Motive im Lichte der neuen Westarbeit-Konzeption. Kern der neujustierten Westarbeit von SED und FDJ war die Gewinnung von Kooperationspartnern unter innenpolitischen Akteuren Westdeutschlands mittels nachhaltiger Verbindungsaufnahme, um die drohende militärische Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern.¹⁰¹ Von den Akteuren der Westarbeit ins Visier genommen wurden vor diesem Hintergrund vor allem wiederbewaffnungskritische Milieus der Sozialdemokratie, ihrer Umfeldorganisationen oder aus dem

⁹⁶ Otto, *Studenten im geteilten Deutschland*, S. 66.

⁹⁷ SAPMO-Bundesarchiv (BArch), DY/24, 22934, Bericht der FDJ-Hochschulgruppenleitung der Karl-Marx-Universität über die gesamtdeutsche Arbeit, 19.4.1955, S. 1.

⁹⁸ BArch, B 137, Akte 1112, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.4.1955 bis 31.3.1956, S. 10.

⁹⁹ So hatte der FDJ-Zentralrat im Januar sich brieflich an den VDS und Bundesjugendring gewandt und diese aufgefordert, zur Berliner Außenministerkonferenz Stellung zu nehmen und den Bundestag zur Aufnahme gesamtdeutscher Beratungsgespräche mit der DDR aufzufordern. Sowohl der VDS als auch alle dem Bundesjugendring angeschlossenen Jugendverbände lehnten diese Forderung ab. Otto, *Studenten im geteilten Deutschland*, S. 58.

¹⁰⁰ SAPMO-BArch, DY/24, 22937, Brief des Sekretärs für Studentische Angelegenheiten des Zentralrates der FDJ vom 12.11.1954, S. 1 f.

¹⁰¹ Herms, *Hinter den Linien*, S. 290–293.

bürgerlich-protestantischen Lager.¹⁰² Mit diesen sollte auf Tuchfühlung gegangen werden, um über sie, direkt oder indirekt, den innenpolitischen Widerstand in der Bundesrepublik gegen die Einbeziehung der Bundesrepublik in ein westliches Militärbündnis zu unterstützen.¹⁰³ Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage überrascht es nicht, dass die Studentendelegationen, welche die FDJ vorher auswählten, in erster Linie SDS-Hochschulgruppen und evangelische Studentengemeinden ins Visier nahmen. Eine direkte politische Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen oder evangelisch dominierten AStA war jedoch angesichts der Seeshaupter Beschlüsse keine realistische Option für die FDJ. Im Wissen darum wurde stattdessen versucht, gezielt Verbindungen zu einzelnen Studenten oder informelle studentische Freundeskreise aufzubauen, unter denen sich idealerweise auch Funktionsträger im AStA oder in parteipolitischen Hochschulgruppen befanden.¹⁰⁴ Mittels Briefverkehr, Literaturaustausch und Diskussionen bei Gegenbesuchen sollten diese Kontakte dann intensiviert werden, um über diese neu gewonnenen »Freunde« direkt oder indirekt Einfluss auf hochschulpolitische Debatten in relevanten Fragen, etwa über die Haltung des VDS zum westdeutschen »Wehrbeitrag«, nehmen zu können.¹⁰⁵ Innerhalb der SDS-Hochschulgruppen beabsichtigte die FDJ auf diese Weise eine »möglichst geschlossene Gruppe zu schaffen, die in Opposition zur rechtsgesteuerten Leitung steht«.¹⁰⁶ Im Hinblick auf die VDS-Mitgliederversammlungen, bei denen seit November 1954 eine FDJ-Delegation als schweigender Beobachter ohne Rederecht zugelassen war,¹⁰⁷ galt die strategische Devise, »die einzelnen AStA-Vorsitzenden soweit als möglich zu beeinflussen und zu gewinnen, damit sie [...] gegen den Vorstand auftreten«.¹⁰⁸ Es galt also überall, über die Gewinnung von politisch oppositionellen oder indifferenten Studenten die nach wie vor durch die Seeshaupter Beschlüsse deutschlandpolitisch geeinte Studentenschaft von unten her aufzubrechen.

¹⁰² Zum bundesdeutschen Protestantismus zwischen Westanbindung, Wiederbewaffnung und Neutralität siehe z.B.: Miriam Loos: Antikommunistische und anti-antikommunistische Stimmen im evangelischen Kirchenmilieu. Die Debatte um Wiedervereinigung, Westbindung und Wiederbewaffnung, in: Kreuzberger/Hoffmann, »Geistige Gefahr«, S. 199–214.

¹⁰³ Herms, *Hinter den Linien*, S. 290–293.

¹⁰⁴ SAPMO-BArch, DY/24, 22934, Bericht der FDJ-Hochschulgruppenleitung der Karl-Marx-Universität über die gesamtdeutsche Arbeit, 19.4.1955, S. 7.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ SAPMO-BArch, DY/24, 22937, Bericht über die Delegationsreise zum SDS München, undatiert (wahrscheinlich Januar 1956), unpaginiert.

¹⁰⁷ Die FDJ-Delegation war überraschend auf der 24. VDS-DK erschienen. Auf Beschluss des Ältestenrates des Verbandes wurden die FDJ-Funktionäre als Teil der Öffentlichkeit angesehen und deshalb von den öffentlichen Delegiertensitzungen nicht ausgeschlossen. Jedoch erhielten sie kein Rederecht und wurden auch nicht als offizielle Delegation eingestuft. Otto, *Studenten im geteilten Deutschland*, S. 62.

¹⁰⁸ SAPMO-BArch, DY/24 3122, Bericht über die 25. Ordentliche Delegiertenkonferenz des VDS in Freiburg vom 10. bis 12.2.1955, S. 7.

Wie wenig dies gelang, offenbaren die aufschlussreichen Auswertungsberichte, welche die Studentendelegationen nach ihren Besuchen anfertigten.¹⁰⁹

Der Verlauf der Begegnungen kam den strategischen Absichten der FDJ-Delegationen auf den ersten Blick durchaus entgegen. Bei den meist mehrtägigen Aufenthalten fanden sich offenbar vielfältige Gelegenheiten zu privaten Gesprächen mit westdeutschen Studenten. Überdies erhielten die Delegationen tiefere Einblicke in den studentischen Alltag zwischen Lehre und Hochschulpolitik. So besuchten die ostdeutschen Delegationsstudenten regelmäßig als Gasthörer Vorlesungen und Seminare, auch zu geisteswissenschaftlichen Lehrinhalten. Erstaunlich nahe kamen sie an einigen Universitätsstandorten dabei auch der hochschulpolitischen Sphäre, besonders etwa in Tübingen, Frankfurt und Freiburg, wo die Gäste sogar direkt AStA-Sitzungen bzw. einer studentischen Vollversammlung zum Thema »Wehrbeitrag« beiwohnen durften.¹¹⁰

Gemessen an den strategischen Absichten, waren die Erfolge aus östlicher Sicht jedoch nur mäßig. Obwohl die Auswertungsberichte der Delegationen stets die herzliche Gesprächsatmosphäre lobten, beschrieben sie ebenso durchgehend den heftigen politischen Gegenwind, der ihnen bei ihren Aufenthalten an den westdeutschen Universitäten ins Gesicht blies. Wiederholt verwiesen die Berichtersteller dabei auf die Rolle von ehemals »republikflüchtigen Studenten«. Als Teilnehmer einer studentischen Vollversammlung an der Universität Tübingen, die eine Verbindungsaufnahme zwischen der Tübinger und der Jenenser Universität über die Seeshaupter Bestimmungen hinaus thematisierte, registrierte die Jenenser Delegation Widerstand dagegen vor allem von Seiten der »republikflüchtigen« Studenten.¹¹¹ Auch die Münchener SDS-Hochschulgruppe erschien den Berichterstellern als »Auffangorganisation Republikflüchtiger«, in der »ehemalige Studentendeutsche« tonangebend wären, die »einen tiefen Haß gegen die Sowjetunion, die DDR und den Kommunis-

¹⁰⁹ Der Ablauf dieser Begegnungen ist durch die schriftliche Berichterstattung von teilnehmenden FDJ-Studentenkadern zwar nicht durchgängig systematisch, aber doch einigermaßen detailliert beschrieben worden. Quellenkritisch sind die Berichte nicht unproblematisch, da ihnen bisweilen der Druck der Verfasser, die Begegnungen im positiven Licht erscheinen zu lassen, anzumerken ist. Eine drastische Verfälschung dieser Tatsachenberichte ist gleichwohl nicht anzunehmen, weil immer mehr als eine Person über den Ablauf der Begegnungen Bericht erstatten musste. Daher sind die Berichte, trotz dieser quellenkritischen Einschränkungen, aufschlussreiche Zeugnisse über die Erwartungen und Resultate der Studentenaustausche aus FDJ-Sicht.

¹¹⁰ SAPMO-BArch, DY/24 22938, Bericht über den Besuch der Gen. Remer, Böttcher, Kalbe von der Karl-Marx-Universität Leipzig an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg vom 29.1.1955 bis 6.2.1955, verfasst am 11.2.1955, S. 2.

¹¹¹ SAPMO-BArch, DY/24 22937, Bericht vom 9.02.1955 über die Reise der Jenaer Delegation nach Tübingen, S. 4.

mus« hätten.¹¹² Überhaupt stellten die Gäste bei den potentiellen Bündnispartnern der studentischen Sozialdemokratie schnell »unüberwindliche Gegensätze« fest, wie ein Bericht über die Münchener SDS-Gruppe anschaulich zusammenfasste:

»Die Mitglieder des SDS berufen sich zwar bisweilen noch auf Karl Marx, machen aber andererseits keinen Hehl daraus, daß sie ihn im Wesentlichen für überholt halten [...]. Das Hauptargument gegen unsere Republik ist die angeblich herrschende Diktatur und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. [...]. Die ›Autoritäten‹, auf die sich diese Leute stützen, sind Trotzki, Ruth Fischer, Artur Köstler und andere Renegaten. [...] Der fanatische Kommunistenhaß dieser intellektuellen Sozialdemokraten macht Gespräche mit ihnen schwer. Die Aktionseinheit mit Kommunisten und die Zusammenarbeit mit Organisationen in der DDR wird [sic] rundweg abgelehnt.«¹¹³

Kaum besser fiel die Bewertung der studentischen Gewerkschaftsjugend an der Universität München aus. Diese hielt die Berichterstatter schlicht für »reaktionär eingestellt« und missbilligte deren gute Beziehungen zu christlichen Studentenvereinigungen und dem Liberalen Studentenbund.¹¹⁴ Auch die Tübinger SDS-Hochschulgruppe lehnte den Gedanken an eine »proletarische Revolution« konsequent ab, wie die Gaststudenten ernüchert feststellen durften.¹¹⁵ Selbst in Frankfurt und Tübingen, wo die linkssozialdemokratisch und evangelisch dominierten Studentenschaften mehrheitlich eine großzügige Auslegung der Seeshaupter Beschlüsse favorisierten, verliefen die Begegnungen mühsam und wenig fruchtbringend.¹¹⁶ In Frankfurt gelang zwar ein konstruktives Gespräch mit der Redaktion der linkssozialdemokratischen Studentenzeitung *Diskus*, aber der angebahnte Artikelaustausch kam ebenso wenig zustande wie ein vereinbarter Gegenbesuch der *Diskus*-Redakteure in der DDR.¹¹⁷ Überhaupt besaßen die Delegationen wenig Bewegungs- und Gestaltungsmöglichkeiten an den bundesdeutschen Universitätsstandorten. In Freiburg etwa durften die Gäste aus der DDR zwar einer AStA-Sitzung beiwohnen,

¹¹² SAPMO-BArch, DY/24 22937, Bericht über die Delegationsreise zum SDS München, undatiert (wahrscheinlich Januar 1956), S. 3 f.

¹¹³ DY/24 22937, Bericht über die Delegationsreise zum SDS München, undatiert (wahrscheinlich Januar 1956), S. 6.

¹¹⁴ SAPMO-BArch, DY/24, 22937, Bericht der Delegation der Karl-Marx-Universität Leipzig nach München, 9.2.1955, S. 2.

¹¹⁵ SAPMO-BArch, DY/24, 22937, Bericht über die Reise der Jenaer Delegation nach Tübingen vom 9.2.1955, S. 6.

¹¹⁶ Der Tübinger AStA hatte nach FDJ-Informationen sogar kurz zuvor einen Beschluss gefasst, auf breiter Basis Verbindungen mit der Universität Jena aufzunehmen. Sofern diese Information zutreffend war, ist sie jedoch, wahrscheinlich mit Blick auf die Seeshaupter Beschlüsse, nicht in die Praxis umgesetzt worden. SAPMO-BArch, DY/24, 22937, Bericht vom 9.2.1955 über die Reise der Jenaer Delegation nach Tübingen, S. 1.

¹¹⁷ SAPMO-BArch, DY/24, 22934, Bericht der FDJ-Hochschulgruppenleitung der Karl-Marx-Universität über die gesamtdeutsche Arbeit, 19.4.1955, S. 3 f.

mussten dort jedoch erleben, wie ihnen in einer Kampfabstimmung mit 17 zu zwei Gegenstimmen von den Studentenvertretern das Rederecht verweigert wurde.¹¹⁸ Auch ein Empfang der Delegation durch den Rektor wurde offenbar in letzter Minute durch die Intervention des Freiburger AStA-Vorsitzenden »vereitelt«.¹¹⁹ An der Universität Frankfurt verweigerte der dortige AStA den Gästen einen öffentlichen Auftritt, um nicht in den Verdacht zu geraten, er wolle mit »der SED verhandeln«.¹²⁰ Dies kann als Indiz für die stabile Akzeptanz der Seeshaupter Beschlüsse selbst in Frankfurter Studentenkreisen gewertet werden.

Die Gewinnung von Kontakten zu »positiven Kräften«, ein Hauptziel der Reisen von Seiten der DDR, musste folglich unterhalb der offiziellen Ebene stattfinden, etwa am Rande der AStA-Sitzungen, in denen die Gäste zwar anwesend sein durften, aber zu schweigen hatten. Hier war die Erfolgsbilanz immerhin durchwachsen. In München konnte die Delegation 15 Kontakte zu einzelnen Studenten knüpfen.¹²¹ In Frankfurt hingegen gelang es, zumindest der zweiten Delegation nicht mehr, neue, unbekannte Kontakte zu erschließen.¹²² Doch waren diese im Hinblick auf ihre Potentiale für eine tragfähige, politisch zuverlässige Kooperation offenbar wenig vielversprechend. So handelte es sich bei den Personen, die ihre Adresse mitgeteilt und ihre Kontaktbereitschaft erklärt hatten, zum Teil um erklärte Mitglieder der KPD.¹²³ In anderen Fällen waren das zugrunde liegende Motiv der Studenten eine diffuse Absicht, in die DDR übersiedeln zu wollen, Briefwechsel mit Mädchen aus der DDR anzubahnen, oder schlicht der Wunsch, spezielle Literatur zu beziehen.¹²⁴ Politisch zuverlässig und im gewünschten Maße ideologisch gefestigt waren aber offenbar die wenigsten dieser Studenten. In ihrer Gesamteinschätzung kritisierten die Berichterstatter etwa »Unklarheiten über die Verhältnisse in der DDR«, was sich andeutungsweise auf kritische Äußerungen zu fehlender Wahl- und Meinungsfreiheit

¹¹⁸ SAPMO-BArch, DY/24, 22938, Berichterstattung über die Reise der Studentendelegation der Karl-Marx-Universität Leipzig vom 15.11. bis 22.11.1954 an den Universitäten Freiburg, München, Erlangen, 30.11.1954, S. 2.

¹¹⁹ Ebd., S. 1.

¹²⁰ SAPMO-BArch, DY/24, 22939, Bericht der Delegation Halle-Frankfurt/Main am 10.2.1955, S. 9.

¹²¹ SAPMO-BArch, DY/24, 22937, Bericht der Delegation der Karl-Marx-Universität Leipzig nach München, 9.2.1955, S. 6–8.

¹²² SAPMO-BArch, DY/24, 22939, Bericht der Delegation Halle-Frankfurt/Main am 10.2.1955, S. 9.

¹²³ SAPMO-BArch, DY/24, 22937, Bericht der Delegation der Karl-Marx-Universität Leipzig nach München, 9.2.1955, S. 6–8.

¹²⁴ SAPMO-BArch, DY/24, 22938, Bericht über den Besuch der Genossen Remer, Böttcher, Kalbe von der Karl-Marx-Universität Leipzig an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg vom 29.1.1955 bis 6.2.1955, S. 6.

jenseits des Eisernen Vorhangs bezog.¹²⁵ Die Leipziger Studentendelegation musste überdies einräumen, dass die kontakthilligen Studenten etwa in Frankfurt bisweilen nur eine »isolierte Stellung unter den Studenten Frankfurts« einnahmen.¹²⁶ Dem Ziel, politisch aktive Funktionsträger der studentischen Selbstverwaltung oder doch zumindest lose zusammenhängende Personennetzwerke in Hochschulgruppen zu rekrutieren, war man offenbar nicht nähergekommen. Auch die Tatsache, dass nicht wenige der gewonnenen Kontakte bei Folgebesuchen anderer Studentendelegationen infolge von Wohnortwechseln schlicht nicht mehr auffindbar waren, legt die Belanglosigkeit und Beliebigkeit dieser Verbindungen nahe.¹²⁷

Beinahe desaströs verlief der Gegenbesuch einer Tübinger Studentengruppe an der Universität Jena. Dabei stand es um die Ausgangsbedingungen aus östlicher Sicht bei den »Tübingern« noch verhältnismäßig gut. In Tübingen war zuvor die Begegnung mit dem AStA, der eine offizielle Verbindungsaufnahme mit am stärksten favorisiert hatte, vergleichsweise konstruktiv verlaufen, weswegen ein rascher Gegenbesuch vereinbart wurde und auch erfolgte. Außerdem bestand die Gruppe der 28 Tübinger Gaststudenten überwiegend aus SDS-Mitgliedern und »christlich gebundenen« Studenten, mithin jene politischen Milieus, die wiederbewaffnungskritisch und deutschlandpolitisch reformorientiert waren.¹²⁸ Dennoch resümierten die Gastgeber der FDJ resigniert: »Alle Delegationsteilnehmer sind mehr oder weniger getreue Gefolgsleute Adenauers und seiner Regierung.«¹²⁹ In Fragen der Wiederbewaffnung zeigten sich die Gäste wenig ablehnend, einige betonten demonstrativ ihre Gegnerschaft zur DDR, und ein Tübinger Student vertrat beim Besuch der KZ-Gedenkstätte Buchenwald offenbar die Ansicht, »daß die ganze DDR ein KZ sei und wir aus allem Politik machen würden«.¹³⁰

Auch in den bundesdeutschen Studentenschaften fiel die Einschätzung der Begegnungen verhalten aus. Als Erfolg der Treffen bewertete zumindest das AGSF den Umstand, dass es auf diese Weise überhaupt zu zwischenmenschlichen Kontakten zwischen Studenten in Ost- und Westdeutschland gekommen war.¹³¹ Zufrieden konstatierte das Amt ebenso die erfolglosen Werbungsversuche der Studentende-

¹²⁵ SAPMO-BArch, DY/24, 22939, Bericht der Delegation Halle-Frankfurt/Main am 10.2.1955, S. 9.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ So beschwerte sich ein Berichterstatter: »Viel Zeit ging verloren durch vergebliches Aufsuchen einzelner Studenten«. SAPMO-BArch, DY/24, 22939, Bericht der Delegation Halle-Frankfurt/Main am 10.2.1955, S. 9.

¹²⁸ SAPMO-BArch, DY/24, 22937 Bericht über den Aufenthalt einer Tübinger Studentendelegation an der Universität Jena in der Zeit vom 24.2. bis 3.3.1955, S. 1 f.

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ BArch, B 137, Akte 1112, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4.1955 bis 31.3.1956, S. 10 f.

legationen bei christlich oder sozialistisch gebundenen Kommilitonen.¹³² Besorgt zeigte sich das AGSF hingegen über die Diskussionsschwäche politisch indifferenter Kommilitonen im Kontakt mit den Gaststudenten aus der DDR.¹³³

Jedoch hatte sich auch der ursprüngliche strategische Ansatz des AGSF-Aktionsprogrammes nicht bewährt, mittels politischer Diskussionen persönliche Kontakte zu Studenten der DDR aufzubauen. Das Amt führte dies auf die Überwachung der Gaststudenten durch die ihnen zugeteilten »FDJ-Betreuer« zurück.¹³⁴ Überhaupt hatte das AGSF während der Begegnungen einen Trend zur »Verschiebung der Verantwortlichkeit« für die Treffen hin zu den gesamtdeutschen Arbeitsgruppen der FDJ festgestellt. Diese hätten die Gruppen und deren Vorgehen zunehmend stärker kontrolliert, überwacht und in ihrem Diskussionsablauf gelenkt, so dass zwanglose Gespräche zwischen den Studenten kaum mehr möglich gewesen wären.¹³⁵ Die Übernahme der Begegnungen durch »dogmatische Funktionäre« hätte »jedes menschliche Gespräch« letztlich unmöglich gemacht.¹³⁶

Dies war nicht nur die Einschätzung des AGSF, das dem Empfang von Studentendelegationen aus der DDR stets kritisch gegenüberstand. Ein vergleichbar kritisches Resümee zogen auch die Frankfurter Studentenvertreter, die ursprünglich mit am vehementesten für neue Wege in gesamtdeutschen Studentenfragen plädiert hatten. Irritiert waren die Frankfurter über ihre Besucher von der Universität Halle vor allem aufgrund deren kompromisslosen, ideologischen Standpunktes, den auch das Entgegenkommen der Frankfurter Gastgeber mittels wiederbewaffnungskritischer Statements nicht aufzulockern vermochte.¹³⁷ Ernüchert stellten die Frankfurter Studentenvertreter fest:

»Der Gewinn für uns liegt in der Erkenntnis, daß einer hartnäckigen Kompromißlosigkeit nicht kompromißbereit begegnet werden kann.« Und ferner: »Manch einer der Betreuer ging in Erkenntnis [...] nach den ersten Gesprächen nach Hause, um seine gesamtdeutschen Hoffnungen traurig zu begraben.«¹³⁸

Am Ende des Tages hatte der Austausch von Studentendelegationen kaum mehr als Ernüchterung auf beiden Seiten produziert. Das Ziel der FDJ, über Kontaktaufnahmen Einfluss auf die deutschland- und sicherheitspolitische Meinungsbildung oder gar auf die Politik des VDS auszuüben, konnte nicht ansatzweise erreicht werden. Zwar gelang es den Delegationen, die Kontaktdaten von mindestens 100 bis 120 Personen einzuholen, doch waren diese meist hochschulpolitisch zu isoliert, ihre

¹³² Ebd.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ »Besuch aus Halle«, in: Diskus. Frankfurter Studentenzeitung (1955), Nr. 6 (Juli).

¹³⁸ Ebd.

Motivlage zu heterogen und unspezifisch, als dass sie der FDJ als Manövriermasse in der hochschulpolitischen Szene hätten dienen können. Falsch eingeschätzt hatte die FDJ nicht nur die Heftigkeit der antikommunistischen Reflexe besonders in den SDS-Hochschulgruppen, sondern auch den Umstand, wie stabil der Konsens der Seeshaupter Beschlüsse trotz der deutschlandpolitischen Kursschwankungen in den Studentenschaften noch immer war.

Die kurzlebige Welle der deutsch-deutschen Studentenbegegnungen ebte im Verlauf des Jahres 1956 ab, ohne dass konkrete Gründe dafür auszumachen sind. Auf westlicher Seite mögen die ernüchternden Erfahrungen ausschlaggebend gewesen sein. Auf östlicher Seite spielte neben eigener Ernüchterung, wie sie die Berichte offenbarten, wohl eine Rolle, dass mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge im Mai 1955 das Hauptmotiv der neujustierten Westarbeit, die Mobilisierung in der Bundesrepublik gegen die Westintegration, gegenstandslos geworden war. Diese Zäsur unterstreicht auch die neue Angriffslustigkeit der FDJ-Gegenpropaganda etwa gegenüber dem AGSF, die im Mai 1955 mit der Veröffentlichung seiner internen Rundschreiben im *Forum* einsetzte. Ob die vielen Delegationsreisen von DDR-Studenten in die Bundesrepublik ein Ausdruck der Kursunsicherheiten des SED-Regimes im Vorfeld des XX. Parteitags der KPDSU darstellten, wie das AGSF vermutete,¹³⁹ geht aus den Quellen nicht hervor. Spätestens mit den neuen Reisebeschränkungen, die das SED-Regime im Mai 1957 seinen Studenten auferlegte, wurde diesen Begegnungsformaten die Grundlage entzogen. Auch die Tätigkeitsberichte des AGSF über die gesamtdeutsche Arbeit erwähnen einen wechselseitigen Austausch von Studentendelegationen nach 1956 nicht mehr.

Gegenwind von außen

Rückzug der Amerikaner

All diese Vorkommnisse – der deutschlandpolitische Schlingerkurs des Verbandes, die verbandsinternen Angriffe auf das AGSF und das Debakel um das veröffentlichte Rundschreiben – blieben nicht folgenlos für das Ansehen des AGSF außerhalb der studentischen Szene. So zog sich Ende 1955 die amerikanische »Foundation for a Unified and Democratic Germany in a United Europe« aus der Finanzierung des AGSF vollständig zurück, wodurch das Amt in die schwerste finanzielle Krise seit 1950 geriet. Anders als in der Forschung bislang angenommen, zogen sich die Amerikaner weder »ohne erkennbaren Grund« noch auf Druck der Bundesregierung als

¹³⁹ BAArch, B 137, Akte 1112, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4.1955 bis 31.3.1956, S. 10 f.

Geldgeber des AGSF zurück.¹⁴⁰ Ursache waren vielmehr Konflikte mit dem VDS-Vorstand über die Deutschlandpolitik des Verbandes und die Stellung des AGSF im VDS.

Bereits 1954 hatten die Amerikaner die verbandsinternen Konflikte um den deutschlandpolitischen Kurs im Verband argwöhnisch beäugt und unmissverständlich deutlich gemacht, dass »extrem-radikale Strömungen« in den Studentenschaften eine Finanzierung des Verbandes durch die Foundation zunehmend unmöglich machen würden.¹⁴¹ Auch die Austrittsdrohung des Göttinger AStA im Falle von Beitragserhöhungen hatte die Unterstützungsbereitschaft der Amerikaner zusätzlich spürbar sinken lassen.¹⁴² Erste Konsequenzen bekam die *Deutsche Studentenzeitung* zu spüren: Im Januar 1955 stellte die Foundation die Finanzierung der Verbandszeitung ein.¹⁴³ Begründet wurde der Schritt offenbar mit der redaktionellen Gestaltung des Blattes. Demnach wäre dem deutschen und europäischen Einigungsgedanken zu wenig Raum in der Berichterstattung zugestanden worden.¹⁴⁴ Außerdem habe das Blatt eine ablehnende Haltung gegenüber den Korporationen vermissen lassen.¹⁴⁵ Ermahnungen diesbezüglich hatte es wohl schon zuvor gegeben, ebenso direkte Versuche redaktioneller Einflussnahme durch die Foundation.¹⁴⁶ Dies widersprach freilich dem politischen Selbstverständnis des Verbandes, wurde jedoch vom Vorstand zähneknirschend geduldet, da man von deutschen Financiers erheblich stärkere inhaltliche Vorgaben befürchtete.¹⁴⁷

In den Verhandlungen um die weitere Finanzierung der DSZ beklagten die Amerikaner zudem die enge organisatorische Anbindung des AGSF an den VDS-Vor-

¹⁴⁰ Rohwedder, Terror, S. 97, Die Vermutung Rohwedders, das BMG hätte die Foundation zum Rückzug bewogen, ist gleichwohl naheliegend. Tatsächlich gab es seit Mitte der 1950er-Jahre Bestrebungen des Ministeriums, Organisationen wie das AGSF stärker an sich zu binden und konkurrierende amerikanische Finanzquellen auszuschalten. Creuzberger, BMG, S. 141.

¹⁴¹ BArch, B 166, Akte 1254, Protokoll der Öffentlichen Sitzung des Ost-West-Ausschusses und des Rechtsausschusses der Mitgliederversammlung des VDS in Köln am 22.4.1955, S. 6.

¹⁴² BArch, B 166, Akte 1254, Protokoll der Öffentlichen Sitzung des Ost-West-Ausschusses und Rechtsausschusses der Mitgliederversammlung des VDS in Köln am 22.4.1955, S. 10.

¹⁴³ BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben des VDS-Vorstandsvorsitzenden Albrecht Marks an den Präsidenten der »Foundation for a unified and Democratic Germany in a United Europe«, James K. Pollock, vom 30.11.1955, S. 1.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ BArch, B 166, Akte 1254, Protokoll der Öffentlichen Sitzung des Ost-West-Ausschusses und Rechtsausschusses der Mitgliederversammlung des VDS in Köln am 22.4.1955, S. 8 f.

¹⁴⁷ Ebd. Offenbar hatte es auch Versuche der Einflussnahme auf die redaktionelle Berichterstattung der DSZ durch das Bundespresse- und -informationsamt gegeben, von dem die DSZ zeitweise offenbar Geld bekam. So hatte dieses auf die Veröffentlichung bestimmter Artikel gedrängt und mit dem Entzug der Gelder im Falle einer Ablehnung gedroht. BArch, B 166, Akte 1261, Schreiben von Wolfgang Bente an den FU-AStA-Vorsitzenden Klaus Kundt vom 23.5.1955, S. 1.

stand. Vor allem wegen der jährlich wechselnden Vorsitzenden sprachen die Amerikaner dem Vorstand die Kompetenz ab, das AGSF adäquat zu vertreten.¹⁴⁸ Dass die Foundation die »Herrschaft« des Vorstandes über das AGSF kritisch sah, war aus ihrer Sicht nachvollziehbar. Die Gegebenheiten studentischer Politik, Mitgliederentscheide sowie jährlich wechselnde, meist ehrenamtliche Entscheidungsträger waren von außen kaum steuerbare Einflussgrößen und standen den Sicherheits- und Diskretionsbedürfnissen der Amerikaner naturgemäß entgegen. Mit welcher zögerlichen Vorsicht die Foundation ihr Bündnis mit dem AGSF einging, zeigt der Umstand, dass sie sich vom Amt im Vorfeld strengste Diskretion und skandalfreies Arbeiten versichern ließ.¹⁴⁹ Nicht nur die polarisierenden Debatten um die Deutschlandpolitik, sondern vor allem Edmund Sawalls bizarrer Alleingang nach Ost-Berlin waren aus Sicht der Stiftung wenig vertrauenserweckend. Aus Sicht des Verbandes hingegen kam die Kritik der Foundation am Vertretungsanspruch des VDS-Vorstandes bezüglich des AGSF einem Frontalangriff auf die Statuten der freien studentischen Selbstverwaltung gleich. Entsprechend ablehnend reagierte der VDS-Vorstandsvorsitzende Marks, der die amerikanischen Partner auf die Verantwortlichkeit des Vorstandes für alle Verbandsämter hinwies.¹⁵⁰

Die Fronten hatten sich verhärtet und in dieser Situation erfuhr der neue VDS-Vorstand vom eigenwilligen Finanzierungsmodus, den die Foundation hinsichtlich des AGSF praktizierte. Als Rückversicherung gegen studentenpolitische Einflüsse, und wohl auch um der Geheimhaltung willen, leitete die amerikanische Stiftung ihre Gelder nicht direkt, sondern über den ehemaligen VDS-Vorstandsvorsitzenden Horst Rögner-Francke an den Verband und das AGSF weiter.¹⁵¹ Rögner-Francke fungierte hier als Vertrauensinstanz, weil die Foundation dem Vorstand mit seiner dort herrschenden personellen Diskontinuität misstraute. Als Ehrenvorsitzender des VDS konnte er unliebsame verbandspolitische Entwicklungen frühzeitig erkennen, an die Foundation weiterleiten und den Zahlungsfluss gegebenenfalls rechtzeitig stoppen. Vor allem aber verschaffte dieser Modus jene personelle Kontinuität, die die Amerikaner bei den Vorstandsämtern schmerzlich vermissten. An der politischen Zuverlässigkeit Rögner-Franckes hingegen brauchten die Amerikaner nicht zu zweifeln. Die Unbeirrbarkeit seines deutschlandpolitischen Kurses hatte der Berliner Lokalpatriot und eingefleischte Antikommunist in seiner Amtszeit als

¹⁴⁸ BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben des VDS-Vorstandsvorsitzenden Albrecht Marks an den Präsidenten der »Foundation for a unified and Democratic Germany in a United Europe«, James K. Pollock, vom 30.11.1955, S. 2.

¹⁴⁹ BArch, B 166, Akte 1254, Protokoll der Öffentlichen Sitzung des Ost-West-Ausschusses und Rechtsausschusses der Mitgliederversammlung des VDS in Köln am 22.4.1955, S. 8 f.

¹⁵⁰ BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben des VDS-Vorstandsvorsitzenden Albrecht Marks an den Präsidenten der »Foundation for a unified and Democratic Germany in a United Europe«, James K. Pollock, vom 30.11.1955, S. 2.

¹⁵¹ Ebd.

VDS-Vorstandsvorsitzender deutlich unter Beweis gestellt, ebenso wie seine Treue zum AGSF, dessen erfolgreiche Expansionsphase er wohlwollend begleitet hatte.

Über den eigenwilligen Finanzierungsmodus aufgeklärt, zog der Vorstand umgehend Konsequenzen. Ein öffentlicher Rechtsausschuss des Verbandes sollte auf der nächsten Mitgliederversammlung das Dreiecksverhältnis zwischen VDS, Foundation und Rögner-Francke untersuchen. Dies wiederum war eine demonstrative Missachtung der Diskretionsbedürfnisse der Amerikaner. Doch der Vorstand ging noch weiter. Um für die Untersuchung »freie Hand« zu bekommen, sprach der VDS-Vorstand eine fristlose Kündigung von AGSF-Geschäftsführer Spangenberg aus.¹⁵² Ein weiteres erklärtes Ziel der Entlassung war es, durch einen personellen Wechsel das Amt stärker als bisher an den Verband heranzuführen.¹⁵³ Da Spangenberg wie kaum ein anderer für die personelle Kontinuität im AGSF stand, war seine Kündigung nicht nur ein vernichtender Schlag für das AGSF, sondern eine weitere Machtdemonstration des Vorstandes gegenüber den Amerikanern. Weil die fristlose Entlassung Spangenburgs jedoch formaljuristisch unhaltbar war und er das Arbeitsgericht anrief, nahm der Vorstand die Kündigung wenig später in Form einer außergerichtlichen Einigung zurück.¹⁵⁴ Es galt, einen Gesichtsverlust zu vermeiden.¹⁵⁵

Das Tischtuch zwischen Foundation, Rögner-Francke und dem VDS-Vorstand um Albrecht Marks und dem Frankfurter Finanzreferenten Arnulf von Keußler war dennoch endgültig zerschnitten. Offenbar vor diesem Hintergrund setzten die Foundation und Rögner-Francke im April 1955 alles daran, eine neuerliche Wahl des Vorstandes um Marks zu verhindern. Es folgte ein Tauziehen hinter den Kulissen. Auf der Mitgliederversammlung im April 1955 beschwor Rögner-Francke in persönlichen Gesprächen die drohende Zerstörung des Verbandes von linker Seite und die Fortzahlung der Foundation-Gelder bei Wahl eines von ihm gewünschten Kandidaten.¹⁵⁶ Auch schreckten die Amerikaner offenbar nicht vor Denunziationen des Vorstandspersonals zurück. So kamen dem VDS-Vorstand aus dem BMI Informationen zu, der Foundation-Mitarbeiter Franklin Littell habe gegenüber BMI-Referenten Aussagen über Kommunisten im VDS-Vorstand und deren kommunistische Politik getätigt.¹⁵⁷ Der Vorstand um Marks, der ungeachtet dieser Kapriolen

¹⁵² Ebd.

¹⁵³ BArch, B 166, Akte 1254, Protokoll der Öffentlichen Sitzung des Ost-West-Ausschusses und Rechtsausschusses der Mitgliederversammlung des VDS in Köln am 22.4.1955, S. 27.

¹⁵⁴ BArch, B 166, Akte 1254, Protokoll der Öffentlichen Sitzung des Ost-West-Ausschusses und Rechtsausschusses der Mitgliederversammlung des VDS in Köln am 22.4.1955, S. 33.

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben des VDS-Vorstandsvorsitzenden Albrecht Marks an den Präsidenten der »Foundation for a unified and Democratic Germany in a United Europe«, James K. Pollock, vom 30.11.1955, S. 2 f.

wiedergewählt wurde, sah darin einen Versuch direkter Einflussnahme der Amerikaner auf die Vorstandswahl.¹⁵⁸

Ob Rögner-Francke im Auftrag der Foundation oder aus eigenem Antrieb handelte, ist ungewiss. Ein letztes Mal ermahnten die Amerikaner den Vorstand im Juli 1955, die organisatorischen Verhältnisse zwischen AGSF und VDS zu verändern.¹⁵⁹ Der Vorstand ignorierte offenbar diese Mahnung. Überdies, und als neuerliche Abgrenzung gegenüber der Foundation, brach Marks als VDS-Vorsitzender den Bann über die Korporierten und sprach im Juni 1955 als erster VDS-Vorsitzender auf dem Deutschen Burschentag.¹⁶⁰ Im Juli 1955 kündigte die Foundation die endgültige Einstellung ihrer Zahlungen an den VDS und das AGSF zum Oktober des Jahres 1955 an.¹⁶¹

Mit dem Rückzug der Foundation war der Machtkampf um das AGSF zu Gunsten der Studentenschaften ausgegangen. Den Auflagen und Forderungen der amerikanischen Partner hinsichtlich des deutschlandpolitischen Kurses und in der Korporationsfrage wollte und konnte der Verbandsvorstand nicht länger nachkommen. Was den Umgang mit korporierten Studenten anlangte, reagierte der VDS mit seinem Kurs schlicht auf die Zeichen der Zeit, die durchweg auf eine Reintegration des Verbindungswesens an den Universitäten hindeuteten. So waren Erlasse und Bestimmungen der Universitäten und der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die auf die Verdrängung schlagender Verbindungen abgezielt hatten, seit den Göttinger Mensurprozessen von den Gerichten kassiert oder zumindest abgemildert worden.¹⁶² Überdies hatten die schlagenden Verbindungen Kompromissbereitschaft gezeigt, als ihre führenden Vertreter vor Bundespräsident Theodor Heuss dem »Ehrenhändel mit Waffen« abgeschworen und sich damit von elementaren Traditionsbeständen des Verbindungswesens getrennt hatten.¹⁶³ Zudem verzeichneten die Korporationen und Studentenverbindungen einen starken Mitgliederzuwachs, was ihr Gewicht innerhalb der Studentenschaften erhöhte.¹⁶⁴ An den Korporationen wie bisher gewohnt vorbeizuregieren, war neuerdings nicht mehr möglich, wollte der VDS seinem Anspruch als Dachverband aller Studenten weiterhin gerecht werden.

¹⁵⁸ Ebd.

¹⁵⁹ Ebd.

¹⁶⁰ BArch, B 166, Akte 1244, Rede des 1. Vorsitzenden des VDS vor dem Deutschen Burschentag in Landau am 4.6.1955.

¹⁶¹ BArch, B 166, Akte 1261, Abschrift des Schreibens von Franz Thedieck an den VDS, Betr.: Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen, vom 15.8.1955, S. 1.

¹⁶² Rohwedder, VDS, S. 76.

¹⁶³ Zur Haltung der Westdeutschen Rektorenkonferenz gegenüber den Korporationen siehe: Kleifeld, Wende zum Geist?, S. 98 f.

¹⁶⁴ Die Frankfurter Studentenzeitung *Diskus* hatte bereits 1954 ein Vordringen korporierter Studenten in die AStA registriert. Vgl. »München oder München – Erster Diskussionsbeitrag«, in: *Diskus*. Frankfurter Studentenzeitung, Jg. 4 (1954), April, S. 1.

Vor diesem Hintergrund hatte die Delegiertenkonferenz des VDS im Juli 1954 einen Antrag angenommen, mit dem sich der Verband allmählich den Korporationen öffnete.¹⁶⁵ Auch das AGSF mäßigte ungeachtet der Haltung seiner amerikanischen Partner seinen Ton gegenüber den Korporationen. Hatte 1950 noch ein striktes Mitverbot für Angehörige schlagender Verbindungen im AGSF gegolten,¹⁶⁶ betonte Spangenberg fünf Jahre später »die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen VDS und Korporierten«.¹⁶⁷ Dass das Amt eine Annäherung des Verbandes an die Korporationen begrüßte, hatte freilich einen strategischen Hintergrund. So beteiligten sich die korporierten Studenten überdurchschnittlich stark an den Spenden für die AGSF-Solidaritätsgroschensammlung.¹⁶⁸ Zudem waren »die Korporierten« vor allem an den süddeutschen Universitäten stark vertreten, wo das AGSF seine loyalsten Hilfstruppen hatte.¹⁶⁹ Und weil der antikommunistische Konsens an wichtigen Hochschulstandorten wie Frankfurt, Göttingen und Hamburg immer stärker bröckelte und selbst der FU-AStA seit dem Hoffmann-Skandal nicht mehr umstandslos loyal zum AGSF stand, war das Bündnis mit den erstarkenden Korporierten in Süddeutschland lebensnotwendig für das Amt geworden. Nur mit ihnen – zumindest nicht mehr gegen sie – ließen sich auch künftig Mehrheiten in den beschlussfassenden Gremien des VDS im Sinne AGSF organisieren.

Die Kursschwankungen in der Deutschlandpolitik hingegen waren keine Anzeichen einer kommunistischen Unterwanderung, sondern natürliche Erscheinungsformen eines verbandsinternen demokratischen Willensbildungsprozesses. Ungeachtet ihrer Realisierbarkeit oder analytischen Qualität entsprang die Kritik von Studentenvertretern dem Ringen um den »besten Weg« zur Wiedervereinigung Deutschlands. Für eine »kommunistische Unterwanderung« oder gezielte Beeinflussung des VDS durch die FDJ oder das MfS vor 1955 finden sich keine Quellenbelege. Die Konflikte zwischen dem VDS und der Foundation offenbarten vor allem den Unwillen letzterer, eine stärkere politische Heterogenität in den deutschen

¹⁶⁵ Zur einstmals umstrittenen Frage der Messuren hieß es in dem Antrag ausweichend versöhnlich: »Der VDS sieht keine Veranlassung, die Frage der Tradition und der Symbole überzubewerten, obwohl er einzelne Formen nach wie vor ablehnt.« (Siehe: »Hamburger Debatten«, in: DSZ (1954), August/September, S. 5.)

¹⁶⁶ BArch, B 166, Akte 1254, Protokoll der Öffentlichen Sitzung des Ost-West-Ausschusses und Rechtsausschusses der Mitgliederversammlung des VDS in Köln am 22.4.1955, S. 7.

¹⁶⁷ Zitiert nach: »Subvention schafft Verantwortung«, in: Diskus. Frankfurter Studentenzeitung (1955), Januar, S. 1.

¹⁶⁸ Auch die Aufklärungsveranstaltungen des AGSF wurden offenbar überdurchschnittlich stark von Korporierten frequentiert. FU Berlin, UA, Box 10, Schriftwechsel AStA, 1.–4. Konvent. Memorandum des FU-AStA zur Frage der Korporationen, S. 2.

¹⁶⁹ So war etwa die Solidaritätsgroschensammlung auf Initiative des bayerischen VDS-Landesverbandes eingeführt worden, siehe: FU Berlin, UA, AStA, Box 147, Sammlung der gesamtdeutschen Beschlüsse des Verbandes Deutscher Studentenschaften, S. 28.

Studentenschaften zu tolerieren, ohne in einen antikommunistischen Furor zurückzufallen.

Für das AGSF war der Rückzug der amerikanischen Verbündeten jedenfalls ein Desaster. Die Gelder der Foundation hatten circa 30 Prozent des Gesamtbudgets ausgemacht und sollten gemäß Auflage ausschließlich der Finanzierung der nachrichtendienstlich strukturierten Ostarbeit dienen.¹⁷⁰ Faktisch wurde der gesamte Kurier- und Informantenapparat des Amtes durch die amerikanischen Gelder getragen.¹⁷¹ Eine Weiterfinanzierung dieses sensiblen Arbeitsbereiches durch andere Geldgeber erschien auf den ersten Blick wenig aussichtsreich: Der unterfinanzierte VDS fiel als möglicher Financier aus, da er selbst am Unwillen der Studentenschaften litt, Beitragserhöhungen für Verbandsbelange zu akzeptieren. Überdies fehlte es im VDS 1955 auch am politischen Willen, die operativen Aktionen des AGSF auf diese Weise zu unterstützen. Vor allem aber – und das ist vielleicht der entscheidende Punkt – waren operative Aktivitäten auf DDR-Territorium sowie ihre Unterstützung nicht nur gefährlich und in sicherheitspolitischer Hinsicht heikel, sondern auch juristisch problematisch.

Die Bundesregierung hatte derlei Aktivitäten allen staatlichen Einrichtungen unmissverständlich untersagt. Doch auch nichtstaatliche Einrichtungen wie der VDS, der mühevoll gute Beziehungen und Zugang zur Bundespolitik aufgebaut hatte, konnten es kaum wagen, auf eigene Faust befreiungspolitische Aktionen in »freier Trägerschaft« anzubieten oder zu fördern. Demnach brauchten Organisationen, die auf DDR-Gebiet professionell tätig sein wollten, eine Ausgangsbasis im bundespolitisch kaum kontrollierbaren West-Berlin sowie die Rückendeckung der Amerikaner. Die Beteiligung der Foundation war demnach nicht nur in finanzieller Hinsicht wichtig. Sie diente dem AGSF auch als Legitimation und Rückversicherung für ihre umstrittene und sicherheitspolitisch brisante Ostarbeit.

Von einer Anschlussfinanzierung durch das BMG konnte das Amt daher nicht automatisch ausgehen, weil es dem Betätigungsverbot auf DDR-Gebiet durch die Bundesregierung formal ebenso unterworfen war. Tatsächlich hatte sich das BMG seit August 1951, als es kurzzeitig im Rahmen der »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« über das AGSF Broschüren und Literatur in Ost-Berlin verteilt hatte, aus der Finanzierung der AGSF-Ostarbeit strikt herausgehalten.¹⁷² Die leider sehr unsystematisch angelegten Haushaltsunterlagen des AGSF zeigen auffällige Tendenzen, die auf eine Arbeitsteilung zwischen dem BMG und den Amerikanern hin-

¹⁷⁰ Eigene Berechnung nach: Rohwedder, Terror, S. 98.

¹⁷¹ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Haushaltspläne vom Oktober 1951, unpaginiert.

¹⁷² Zu der Nutzung des AGSF-Kurierapparates für das BMG im Rahmen der »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« in Ost-Berlin siehe: BArch, B 166, Akte 1257, Abrechnung des Ausschusses des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen an das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen des VDS für die Zeit vom 1.4. bis zum 30. Juni 1951, S. 1.

deuten. Demnach wurden amerikanische Gelder vorrangig oder ausschließlich für die Ostarbeit verwendet, die Gelder des BMG für Aktivitäten in West-Berlin oder der Bundesrepublik.¹⁷³ Für eine deutsch-amerikanische Arbeitsteilung spricht zudem, dass an amerikanischen Geldern oft die strikte Auflage hing, diese nicht für Aktionen auf Bundesgebiet oder für den Flüchtlingstransfer nach Westdeutschland zu verwenden.¹⁷⁴ Umgekehrt wusste das BMG seit 1952 von der Verbindung des AGSF zur Foundation.¹⁷⁵ Der Vorteil dieser Arbeitsteilung für das BMG lag auf der Hand: Das BMG konnte von der Informationsgewinnung durch die Ostarbeit des AGSF vielfältig profitieren und ihre politisch strittige Finanzierung gleichsam an amerikanische Stellen auslagern. Auf diese Weise ließ sich das Betätigungsverbot auf DDR-Gebiet elegant umgehen.

Vor diesem Hintergrund verbot sich jedoch eine plumpe Anfrage an das Ministerium zwecks Finanzierung der Ostarbeit. Gleichwohl wusste das Amt um seinen Wert beim BMG. Um das Ministerium für die Kompensation der finanziellen Verluste dennoch heranziehen zu können, bediente sich das AGSF einer Vorgehensweise, die das Ministerium rückblickend als »erpresserisch« bezeichnete.¹⁷⁶ Das AGSF informierte das BMG brieflich über den Rückzug der Foundation und kündigte zugleich die Aufgabe ganzer Arbeitsbereiche aufgrund der finanziellen Lage an.¹⁷⁷ Dies betraf die »Abteilung Wissenschaften«, die unter anderem mit der Pflege der Professorenkartei beauftragt war.¹⁷⁸ Ebenso sollten die »informativische Befragung der politischen Flüchtlinge« sowie die gesamte Auslandsabteilung des Amtes eingestellt werden.¹⁷⁹ Um dieser Ankündigung Nachdruck zu verleihen, schickte es dem Ministerium eine Liste mit Mitarbeitern zu, denen das AGSF bereits gekündigt hatte.

Diese subtile »Suizidandrohung« des AGSF zeigte rasch Wirkung. Umgehend wies Staatssekretär Franz Thedieck seine Berliner Abteilung an, die Folgen der Ein-

¹⁷³ BArch, B 166, Akte 1257, AGSF-Haushaltspläne vom Oktober 1951, unpaginiert. Diese enthalten etwa eine Übersicht über den AGSF-Etat und seine detaillierten Verwendungszwecke.

¹⁷⁴ BArch, B 166, Akte 1257, Vertrag über die Bedingungen der Unterstützungsbewilligung der HICOG an das AGSF vom 11.6.1951, unpaginiert.

¹⁷⁵ BArch, B 166, Akte 1257, Vermerk zur Finanzierung der Informationsabteilung des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen vom 25.3.1952, S. 2. Dass das BMG von der Querfinanzierung »seiner« Privatorganisationen durch amerikanische Stellen wusste, war nicht selbstverständlich: So hatte die Foundation ihr finanzielles Engagement beim Untersuchungsausschuss freier Juristen dem BMG nicht gemeldet. Noch 1952 gestand der zuständige Staatssekretär Franz Thedieck intern seine völlige Unkenntnis hinsichtlich der Finanzierungsquellen der »Juristen« ein. Hagemann, UFJ, S. 37.

¹⁷⁶ BArch, B 166, Akte 1261, Protokoll über eine Besprechung zwischen der Berliner Abteilung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen und dem AGSF im Bundeshaus am 26.8.1955.

¹⁷⁷ BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben des AGSF an das BMG vom 9.8.1955.

¹⁷⁸ Ebd.

¹⁷⁹ Ebd.

stellung ganzer Abteilungen für das AGSF auszuloten.¹⁸⁰ Der Staatssekretär zeigte sich »sehr daran interessiert, dass die Auskunfts- und Hilfsmöglichkeiten in Berlin erhalten bleiben«. ¹⁸¹ Bezeichnenderweise versuchte das BMG sogar, die Foundation zur Weiterfinanzierung des AGSF zu bewegen, was die Annahme von der bislang einvernehmlichen, kaum konkurrenzbetonten Arbeitsteilung zwischen BMG und Foundation unterstützt. ¹⁸² Die Bemühungen waren jedoch erfolglos. Die Foundation lehnte das Ansinnen mit dem Hinweis ab, »Washington« sei bereits unterrichtet worden und habe sich der Entscheidung der Foundation angeschlossen: ¹⁸³ ein Indiz dafür, wie eng der vorgeblich zivile Verein »deutsch-amerikanischer Bierbrauer« als CIA-Tarnorganisation mit Sitz in Milwaukee sich mit der Politik in Washington abstimmen musste.

Vor diesem Hintergrund blieben dem BMG nur zwei Optionen: das AGSF eingehen zu lassen, nachdem das Ministerium es unter Einsatz von Geld und Mühe erfolgreich zu einer professionell arbeitenden Abteilung der eigenen »grauen Verwaltung« herangezogen hatte; oder das BMG konnte an die Stelle der Foundation treten, um die finanziellen Einbußen aufzufangen. Das Ministerium entschied sich für die zweite Option. Ausschlaggebend für diesen Schritt waren aber offenbar weniger Pfadabhängigkeiten oder alte Loyalitäten zum AGSF. Vielmehr begründete das Ministerium die Einleitung »lebensverlängernder Maßnahmen« mit aktuellen Entwicklungen in der DDR. So hieß es im internen Schriftverkehr des Ministeriums:

»Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen hat im Laufe des Sommers eine besondere Bedeutung bekommen, weil die Situation der Studenten in der sowjetischen Besatzungszone durch die Neuordnung des Stipendienwesens und die stärkere Aktivität der Gemeinschaft für Sport und Technik sich verschlechtert hat.«¹⁸⁴

Mit dieser Aussage bezog sich das BMG auf die Militarisierungstendenzen in der DDR, die 1954 durch die Aufrüstungspläne beider deutscher Staaten in Gang gesetzt worden waren und 1955 auch die Hochschulen des ostdeutschen Teilstaates erfasst hatten. Die Kasernierte Volkspolizei sollte zur konventionellen Streitkräftearmee umgewandelt und deren Personalstärke ausgebaut werden. Doch die Westabwanderung, der Arbeitskräftemangel sowie die gering ausgeprägte Wehrbereitschaft der relevanten Geburtsjahrgänge erschwerten den expansiven Aufbau der bewaffneten Organe und vor allem deren Offizierskorps.¹⁸⁵ Vor diesem Hintergrund – und weil

¹⁸⁰ BArch, B 166, Akte 1261, Abschrift des Schreibens von Franz Thedieck an den VDS, Betr.: Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen, vom 15.8.1955, S. 1 f.

¹⁸¹ Ebd.

¹⁸² BArch, B 137, Akte 1112, Interner Vermerk des BMGs vom 21.10.1955, S. 1 f.

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ BArch, B 137, Akte 1112, Interner Vermerk des BMG, I 5-222-20245/55, vom 15.8.1955, S. 1.

¹⁸⁵ Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952 bis 1956, Berlin 2001, S. 630.

das SED-Regime sich 1954/55 aus strategischen Gründen noch weigerte, eine allgemeine Wehrpflicht einzuführen – nahm es die Studenten und Abiturienten verstärkt ins Visier der Anwerbung. Darüber hinaus forcierte das Regime die Indienstnahme des Hochschulwesens insgesamt für militärische Zwecke. So wurde versucht, über die »Gesellschaft für Sport und Technik« getarnte paramilitärische Aktivitäten, wie etwa Wehrlager an der Ostsee, ein Klima der Mobilmachung und Verteidigungsbereitschaft an den Universitäten zu erzeugen und zu erhöhen. Auch ganze Fakultäten sollten künftig zu militärischen Zwecken lehren und forschen. So sollte etwa die Medizinische Fakultät der Universität Greifswald Anfang des Jahres 1955 in eine militärärztliche Fakultät umgewandelt werden. Dieser Versuch des Regimes einer strukturellen Militarisierung von Forschung und Lehre an den Universitäten forderte den ungewöhnlich offenen Widerstand der Greifswalder Studierendenschaft heraus, die energisch gegen dieses Vorhaben protestierte.¹⁸⁶

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Verquickung der Universitäten mit der Aufrüstung des DDR-Staates, die das BMG seit 1954 registrierte, hatte die »große Bedeutung« des AGSF und seiner »Auskunfts- und Hilfsmöglichkeiten« vor allem eine sicherheitspolitische und nachrichtendienstliche Komponente. Nicht als Flüchtlingsbetreuungsstelle oder deutschlandpolitische Denkfabrik für die westdeutschen Studentenschaften war das AGSF für die Bundesregierung bedeutend. Nur als hochspezialisierter, nachrichtendienstlicher Zulieferbetrieb für das DDR-Hochschulwesen erwies sich das Amt aus Sicht des Ministeriums als weiterhin förderungswürdig. Die Frage war demnach nicht mehr, ob das BMG das Amt weiterhin unterstützte, sondern zu welchem Preis. Die Verhandlungen, die das BMG mit dem AGSF über die Erhöhung der finanziellen Zuwendungen führte, offenbarten jedoch den Unmut des Ministeriums, mittels erpresserischer Methoden vom AGSF unter Handlungszwang gesetzt worden zu sein.¹⁸⁷ So knüpfte das BMG eine Erhöhung der Mittel an Zusagen des Amtes, massive Einsparungen im laufenden Betrieb vorzunehmen. Bezeichnenderweise betrafen diese Aufforderungen Ausgabenposten jenseits der Ostarbeit, wie etwa den Druck der *Hochschul-Informationen* oder die Mietkosten der AGSF-Zentrale.¹⁸⁸ Unberührt blieben die Ausgaben für den Kurierdienst und dessen Informanten, für die das BMG in den Verhandlungen großes Interesse zeig-

¹⁸⁶ Zum Greifswalder Studentenaufstand siehe: Udo Schagen: Widerstand gegen Partei- und Regierungsbeschluss – der Greifswalder Medizinstudentenstreik 1955. Ein Beitrag zur Historiographie des Kalten Krieges. In: Heinz-Peter Schmiedebach/Karl-Heinz Spiess (Hrsg.): Studentisches Aufbegehren in der frühen DDR. Der Widerstand gegen die Umwandlung der Greifswalder Medizinischen Fakultät in eine Militärmedizinische Ausbildungsstätte im Jahr 1955, Stuttgart 2001, S. 59–103.

¹⁸⁷ BArch, B 166, Akte 1261, Protokoll über eine Besprechung zwischen der Berliner Abteilung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen und dem AGSF im Bundeshaus am 26.8.1955, S. 1 f.

¹⁸⁸ Ebd.

te. Als Evaluation des Kurier- und Informantenapparates ließ sich das BMG davon unterrichten, wie umfangreich etwa das AGSF das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* über die Studentenproteste in Greifswald informiert hatte.¹⁸⁹ Die neue Vorliebe des Ministeriums für die Ostarbeit fiel auch dem AGSF auf. Spitz bemerkte AGSF-Mitarbeiter Edmund Mattig, es sei doch erstaunlich,

»dass das Bundesministerium die Sachgebiete jetzt als die wichtigsten ansieht, die bisher von der Foundation bezahlt worden sind, nachdem es gerade für diese Sachgebiete jede Zahlung bei den vorherigen Haushaltsplanberatungen verweigert hat.«¹⁹⁰

Letztlich hielten sich die Einsparungen offenbar in Grenzen. Das AGSF fuhr seinen Gesamtetat lediglich um zehn Prozent herunter.¹⁹¹ Das BMG stockte seine Zahlungen auf 7.600 D-Mark monatlich auf.¹⁹² Anfang 1956 erhöhte das BMG seinen monatlichen Zuschuss sogar auf 9.860 D-Mark, womit der Wegfall der Foundation-Gelder vollends kompensiert war.¹⁹³ Gleichwohl bedeutete die neue Situation eine Verschlechterung. So machten die Zahlungen des BMG nunmehr 95 Prozent des Gesamtbudgets des AGSF aus, womit das Amt von einer einzigen Stelle stark abhängig war.¹⁹⁴ Weit problematischer jedoch war, dass das AGSF in Zukunft ohne direkte Anbindung und Rückendeckung amerikanischer Stellen von West-Berlin aus in die DDR hineinwirken musste.

Gegenpropaganda – im Visier des MfS

Gerettet, aber eines wichtigen Unterstützers beraubt, ging das AGSF in das Jahr 1956, ein folgenreiches Krisenjahr des Kalten Krieges. Die Spannungen am Suezkanal, aber auch die Entstalinisierungskrise im Nachgang des XX. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPDSU), die den sowjetischen Machtbereich erschütterte, sollten sich auch auf das AGSF auswirken. Auf dem Parteitag hatte Chruschtschow zur Überraschung der Delegierten und der Weltöffentlichkeit schonungslos mit den Herrschaftsmethoden der Stalin-Ära abgerechnet. Im Mittelpunkt seiner Kritik standen vor allem die exzessiven parteiinternen Säuberungen und der Personenkult der vergangenen Jahre. In diesem Zusammenhang rief Chru-

¹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ BArch, B 137, Akte 1112, Internes Schreiben des BMG (dem Staatsminister vorgelegt) vom 25.11.1955.

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben von Dr. Pagel an das Referat I 5 in Bonn am 21.2.1956 bezüglich des Haushaltsplanes des AGSF, S. 1.

¹⁹⁴ Rohwedder, Terror, S. 98.

schtschow in seiner Funktion als Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU zu Reformen auf. Der Personenkult sollte keinen Raum mehr bekommen und auch die »sozialistische Demokratie« entsprechend ihrer Stellung in der sowjetischen Verfassung wiedererstarben.¹⁹⁵ So vage diese Ankündigungen waren, wurden sie doch als Zeichen ungewohnter Selbstkritik des Kremls interpretiert und hatten dementsprechend weitreichende Auswirkungen über die Grenzen der UdSSR hinaus. In nahezu allen kommunistischen Parteien des sowjetischen Machtbereiches und Westeuropas löste Chruschtschows Geheimrede heftige Irritationen und Unsicherheit aus. Gab dies jedoch in Westeuropa den Parteien allenfalls den Anstoß für innenpolitische Weichenstellungen, führte es in den sowjetischen Satellitenstaaten hingegen zu einer Beeinträchtigung der Herrschaftsausübung durch die kommunistischen Staatsparteien. Die Folge davon war, dass in vielen osteuropäischen Staaten hier und dort Freiräume entstanden, die rasch von oppositionellen Kräften genutzt wurden, um Reformen zu fordern oder gar den Alleinherrschaftsanspruch der kommunistischen Parteien in Frage zu stellen.¹⁹⁶ In Polen mündeten diese Entwicklungen in gewaltsamen Aufständen. In Ungarn kumulierten die Aufstände im Herbst 1956 in einem Volksaufstand, der nur mittels sowjetischer Truppen gewaltsam niedergeschlagen werden konnte.¹⁹⁷

Die Krise des sowjetischen Machtbereiches, die der XX. Parteitag der KPdSU angestoßen hatte, fand in einer geopolitisch komplizierten Konstellation statt, denn zeitgleich zum Ungarn-Aufstand brach im Nahen Osten ein Krieg aus, der erhebliches Eskalationspotential besaß: Auslöser der Krise war die gewaltsame Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft durch die ägyptische Regierung, was ein Bündnis aus Frankreich, Großbritannien und Israel mit militärischen Interventionen und der Bombardierung Kairo's beantworteten. Nachdem britische und französische Streitkräfte den weltwirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsamen Suezkanal unter ihre Kontrolle gebracht hatten, drängten die USA aus Sorge um eine weitere Eskalation Frankreich und Großbritannien zum sofortigen Truppenabzug.¹⁹⁸

Die geopolitischen Eruptionen, besonders aber die Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU, erreichten im Herbst 1956 auch die Universitäten der DDR. Unter dem Eindruck der Proteste in Polen und Ungarn kamen an fast allen Hochschulstandorten der DDR Studenten und Angehörige des Lehrkörpers zu Versammlungen und in Diskussionszirkeln zusammen, in denen Missstände an den Universitäten und in der Lehre angeprangert wurden. Hauptforderungen der protestierenden Studenten waren vor allem die Abschaffung des obligatorischen Russisch-

¹⁹⁵ Kraushaar, *Protestchronik*, Band II, S. 1334.

¹⁹⁶ Zu den weltweiten Auswirkungen der Entstalinisierungskrise siehe: Frey, *Vor Achtundsechzig*, S. 84–97.

¹⁹⁷ Ebd.

¹⁹⁸ Kraushaar, *Protestchronik*, Band II, S. 1299.

unterrichts und des verpflichtenden gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums sowie teilweise auch die Gründung unabhängiger Studentenräte und die Auflösung der FDJ-Hochschulgruppen. Kritisiert wurden außerdem die Versuche des SED-Regimes, die Reisen der Studenten insbesondere in die Bundesrepublik und ins westliche Ausland stärker zu unterbinden.¹⁹⁹ Deutlich zeigten diese Proteste erstens, dass die Universitäten der DDR auch fünf Jahre nach ihrer »sozialistischen Umgestaltung« keineswegs zu Horten der Regimetreue geworden waren, und zweitens, dass das Regime keineswegs mehr Herr der Lage an den Universitäten vor Ort war. Die Hochschulleitungen der SED und FDJ waren kaum fähig, den Protesten und Diskussionsversammlungen entgegenzuwirken.²⁰⁰ Diese Handlungsunfähigkeit ebnete dem MfS den Weg in die Universitäten, das jetzt immer häufiger direkt eingreifen musste, um oppositionelle Studentenversammlungen aufzulösen.²⁰¹ Langzeitfolge dieses letztlich erfolglosen Aufstands war, dass das MfS ab 1956 die Universitätsstandorte stärker als zuvor überwachte und mit einem Netz aus Geheimen Mitarbeitern (GI) überzog.²⁰²

Vor dem Hintergrund der Unruhen an den Universitäten traten DDR-Staatssicherheit und FDJ eine bisher nicht gekannte Propagandaoffensive gegen das AGSF los. So bezichtigte das MfS das Amt im Mai 1957 öffentlich, zusammen mit den Geheimdiensten der USA und Frankreichs diese Unruhen herbeigeführt sowie wenige Monate später ein Komplott an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität geschmiedet zu haben.²⁰³ Studentische Mittelsmänner des AGSF, so die Behauptung des MfS, hätten sich im Herbst 1956 an der veterinärmedizinischen Fakultät nach erfolglosen Provokationen nach West-Berlin abgesetzt und dabei politisch indifferente Kommilitonen ebenfalls zur Flucht angestiftet. Von dort aus wären sie von westlichen Geheimdienststellen erneut angestachelt worden, gezielt im Umfeld der veterinärmedizinischen Fakultät oppositionelle Untergrundgruppen aufzubauen und Unruhe zu stiften.²⁰⁴

Die Ereignisse, auf denen diese Propagandaaktion gegen das AGSF beruhte, trugen sich rückblickend freilich etwas anders zu. So waren im Mai 1957 122 Studenten der Veterinärmedizin zwangsweise beurlaubt worden, nachdem diese sich mehrfach

¹⁹⁹ Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonzferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957 (= Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 6), 3. Auflage, Berlin 2006, S. 8 (künftig zitiert: Kowalczyk, Niederschlagung).

²⁰⁰ Ebd., S. 11.

²⁰¹ So zum Beispiel bei mehreren Versammlungen an der Humboldt-Universität am 24. Oktober 1956; vgl. Kraushaar, Protestchronik, Band II, S. 1482.

²⁰² Kowalczyk, Niederschlagung, S. 24.

²⁰³ Ebd., S. 20–22

²⁰⁴ Ebd.

geweigert hatten, sich in die Anwesenheitslisten von Vorlesungen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums einzutragen. Dies war freilich nicht die Ursache, sondern allenfalls der willkommenen Anlass für eine längst geplante Säuberung der Fakultät. Bereits Wochen zuvor hatte das ZK der SED den Beschluss gefasst, Studenten der Tiermedizin vom Studium auszuschließen, die sich gegenüber der Arbeiter- und Bauernmacht ablehnend verhielten.²⁰⁵ Dies deckte sich mit der Analyse des AGSF, nach der das Regime mit dieser Maßnahme beabsichtigt hatte, den Unruheherd der Veterinärmedizinischen Fakultät »zu beseitigen«.²⁰⁶

Auch in den Quellen der AGSF-Ostarbeit finden sich keinerlei Indizien oder gar Belege für eine gezielte Destabilisierungskampagne im Umfeld der Humboldt-Universität. Ebenso fehlen Hinweise auf Kooperationen mit dem französischen Geheimdienst oder den Amerikanern. Darüber hinaus passen die Vorwürfe auch nicht so recht zum Verlauf der Institutionengeschichte des AGSF. Schließlich waren die Verbindungen zu amerikanischen Stellen seit 1955 eingestellt. Der Kurier- und Informantenapparat in der DDR war 1956/57 zwar noch funktionsfähig, aber von Repressionen und Abwanderung stark ausgezehrt und wurde mithin seit Jahren offenbar nur noch zur Informationsgewinnung eingesetzt. Für die Unterstützung von »F-Gruppen«, die an DDR-Hochschulstandorten agierten, durch den Kurierapparat, wie 1951 wohl noch praktiziert, finden sich nach 1951/52 keine Indizien mehr. Überdies ist zu bezweifeln, dass es im deutschlandpolitisch zerstrittenen Verband zu diesem Zeitpunkt noch einen Mehrheitswillen für solche befreiungspolitisch eingefärbten Aktionsformate gegeben hätte. Auch vom BMG war 1957 keine Unterstützung für solche Aktionen mehr zu erwarten, denn derart befreiungspolitisch grundierte Akzente wurden in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre kaum noch gesetzt.

All dies spricht dagegen, dass das AGSF 1956/57 zu einem derartigen Schlag gegen das Hochschulwesen der DDR ausgeholt hat und unter diesen Umständen zur größten Operation in der Geschichte seiner Ostarbeit geblasen hätte. Die Aktion gegen das AGSF erfolgte offenbar auch nicht spontan als Reaktion auf die Ereignisse an der Humboldt-Universität, sondern war eingebettet in geostrategische Überlegungen und beruhte zudem auf langjährigen Vorarbeiten der DDR-Staatssicherheit.

Gegenstand der MfS-Aufklärungsaktivitäten war das Amt schon 1952 geworden, als Erich Mielke es per Befehl zusammen mit anderen »Agentenzentralen« zum Feindobjekt erklärt und der neugegründeten Hauptabteilung V zugewiesen hatte.²⁰⁷

²⁰⁵ Ebd., S. 19.

²⁰⁶ BArch, B 137, Akte 1108, Bericht des AGSF an das BMG über die Vorgänge an der Veterinärmedizinischen Fakultät, undatiert, S. 2.

²⁰⁷ Thomas Auerbach/Matthias Braun/Bernd Eisenfeld,/Gesine von Prittwitz/Clemens Vollnhals: Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden – MfS-Handbuch, Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«, Berlin 2008, S. 44.

Doch wegen der Strukturschwäche der Stasi zu diesem Zeitpunkt, und weil West-Berlin als Aufklärungsort aufgrund des »Vier-Mächte-Status« vorzugsweise von sowjetischen Diensten bearbeitet wurde, blieb Mielkes Anordnung vorerst noch folgenlos für das AGSF. Erst Ende 1953 erzielte die Stasi erste Aufklärungserfolge, die maßgeblich auf der Zuarbeit des GI »Rabe« beruhten.²⁰⁸ Der Student, der sich hinter dem Decknamen verbarg, hatte offenbar nicht freiwillig als Kundschafter beim MfS zu dienen begonnen. Er war zuvor von der Universität Leipzig relegiert worden, nachdem er durch Raufereien und unerwünschte »Damenbesuche« im Studentenwohnheim auffällig geworden war. Derart angezählt versuchte er, wie nicht wenige DDR-Studenten jener Jahre, durch »Republikflucht« an die Freie Universität auszuweichen, die er 1953 zwecks Immatrikulation aufsuchte.²⁰⁹ Bei der Rückkehr aus West-Berlin fing die Transportpolizei den zukünftigen »Geheimen Informanten« ab. Wegen eines Verstoßes gegen die geltenden Passgesetze vom MfS unter Druck gesetzt, verpflichtete er sich, unter dem Decknamen »Rabe« als GI der Staatsicherheit zu arbeiten.²¹⁰ Offenbar mehrfach schickte das MfS diesen 1953 zum AGSF nach West-Berlin, wo er getarnt als ratsuchender DDR-Student die Örtlichkeiten und Vorgehensweisen der AGSF-Beratungsstelle auskundschaftete. Hierdurch erfuhr das MfS erstmals Details über die Praxis der Informationsgewinnung des AGSF in den Beratungsgesprächen und erhielt zudem eine gezeichnete Übersichtsskizze über die Räumlichkeiten und Sicherheitsmaßnahmen der AGSF-Dienstvilla.²¹¹

Den ersten Berichten zufolge, die dem MfS intern Ende 1953/Anfang 1954 vorlagen, war das MfS zu diesem Zeitpunkt auffallend gut mit der Arbeitsweise des Kurier- und Informantenapparats des Amtes vertraut.²¹² Dies legt nahe, dass der GI »Rabe« nicht die einzige oder erste Informationsquelle gewesen sein kann. Hier ist zu vermuten, dass die Stasi auf Vorerkenntnisse sowjetischer Dienste zurückgreifen konnte, die etwa durch die Verhöre von AGSF-Kurieren im Rahmen der »Hoffmann-Affäre« gewonnen wurden.²¹³ Ungeachtet dieser Aufklärungserfolge blieb

²⁰⁸ BStU, MfS. Allg. P./824/55, Bl. 70, Schreiben des Staatssekretariates für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Leipzig – Abteilung V an das Staatssekretariat für Staatssicherheit – Abteilung V, Betr.: Agentenzentrale »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« und »Freie Universität«, 15.10.1953.

²⁰⁹ »Deckname Rabe«, in: FAZ vom 23.10.2019.

²¹⁰ Ebd.

²¹¹ BStU, MfS. Allg. P./1824/55, Bl. 70–72, Schreiben des Staatssekretariates für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Leipzig – Abteilung V an das Staatssekretariat für Staatssicherheit – Abteilung V, Betr.: Agentenzentrale »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« und »Freie Universität«, 15.10.1953.

²¹² BStU, MfS. Allg. P./1824/55 Bl. 75, Bericht über das »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« vom 9.1.1954.

²¹³ Hierbei ist zu beachten, dass sowohl der Kurier »Hoffmann« 1952 vom sowjetischen Geheimdienst verhört wurde und infolgedessen einige AGSF-Mitarbeiter inhaftiert wurden. Zum Hoffmann-Skandal siehe den Abschnitt über die Ostarbeit.

das Innenleben des AGSF den »Tschekisten« noch weitgehend verborgen. Bis auf Dietrich Spangenberg, den es zutreffend als Leiter identifizierte, und sieben weitere Mitarbeiter kannte es weder die Namen noch die Anzahl der übrigen Mitarbeiter.²¹⁴ Auch die Unterstützung durch die amerikanische Foundation, die 1954 noch lief, konnte das MfS nicht aufdecken. In dem Maße, wie das MfS weitere Aufklärungserfolge erzielte – etwa über die Verhöre von festgenommenen AGSF-Kurieren –, erweiterte es offenbar seinen Kenntnisstand vor allem bezüglich der Ostarbeit.

Das neuerwachte Interesse des MfS am Amt, zwei Jahre nach Mielkes Erlass, stand zu diesem Zeitpunkt freilich noch nicht mit den Ereignissen von 1956 in Verbindung. Vielmehr hatte das MfS 1954/55 im Vorfeld der Pariser Verträge damit begonnen, sein »Gesicht nach Westen« zu wenden und verstärkt die »Agentenorganisationen« in West-Berlin und der Bundesrepublik ins Visier zu nehmen.²¹⁵ Neben operativen Gegenschlägen stand dabei vor allem die »Beschaffung von Informationen aus den politischen Zentren« im Vordergrund.²¹⁶ Sämtliche Organisationen des Privatapparates des Kalten Krieges, nicht nur das AGSF, mussten mithin verstärkt mit Observationen und »konzentrierten Schlägen« seitens der DDR-Staatssicherheit rechnen.

Wenngleich die Vorwürfe gegen das AGSF als Mitinitiator der studentischen Herbstunruhen 1956 schon damals absurd schienen, fielen sie im Westen offenbar doch hier und da auf fruchtbaren Boden. So verlangte das sichtlich nervöse BMG wenige Tage nach der Pressekonferenz eine Stellungnahme vom AGSF zu den Vorgängen an der veterinärmedizinischen Fakultät. Das Ministerium war offenbar von »verschiedenen Stellen« auf den Wahrheitsgehalt der Vorwürfe angesprochen worden und befürchtete, dass das »nun eingeschlafene Misstrauen« gegen das AGSF dadurch wieder erwachen könnte.²¹⁷ Diese Befürchtung schien gerade im Hinblick auf das studentische Umfeld des Amtes mehr als berechtigt. Denn seit Bekanntwerden der Kooperation des AGSF mit der Foundation hörte die Gerüchteküche um etwaige nachrichtendienstliche Verbindungen des Amtes nicht mehr auf zu brodeln. Verdächtigungen, die das AGSF der Weitergabe von im Rahmen der Notaufnahmeverprüfung gewonnenen Informationen an alliierte Stellen bezichtigten, rissen

²¹⁴ BStU, MfS. Allg. P./1824/55 Bl. 75, Bericht über das »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« vom 9.1.1954.

²¹⁵ Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann: Konzentrierte Schläge. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998, S. 222 f. (künftig zitiert: Fricke/Engelmann, Konzentrierte Schläge). Ab August 1955 sollten gemäß dieser strategischen Neujustierung die Kapazitäten des MfS zur Hälfte auf die »Verstärkung zum Eindringen in die feindlichen Agentenzentralen im Westen« konzentriert werden. Siehe hierzu: Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, Berlin 2008, S. 35 f.

²¹⁶ Fricke/Engelmann, Konzentrierte Schläge, S. 222 f.

²¹⁷ BArch, B 137, Akte 1108, Schreiben der Abt. I 5-2-9661/57 an das Referat II 3, Berlin, 27.5.1957, Betr.: Pressekonferenz in Ostberlin am 16.5., S. 1.

nicht mehr ab. Die Befürchtungen des BMG hinsichtlich des Rufes des AGSF waren nicht unberechtigt, da zeitgleich auch dessen Schwesterorganisationen des Privatapparats des Kalten Krieges in Unnade der Studentenschaften fielen. So hatte der SDS, der sich noch bis 1952 seine Hauspostille *Unser Standpunkt* von der KGU hatte finanzieren lassen, im Juni 1956 offen ein Verbot von Tillichs »Kampfgruppe« gefordert, weil diese mit ihren »Sabotageaktionen« eine Verständigung mit der DDR von vornherein unmöglich machen würde.²¹⁸

Angesichts dieser Stimmungslage war der Vorwurf des Komplottes von AGSF und westlichen Geheimdiensten durchaus wirksames Wasser auf die Mühlen der AGSF-Kritiker. Wie verhängnisvoll die Gemengelage aus einer Kultur des Misstrauens gegen das Ostbürowesen und die propagandistischen Attacken aus der DDR wirken konnte, ließ sich zeitgleich beispielhaft am Schicksal des FDP-Ostbüros beobachten. Zu dessen Auflösung durch den FDP-Parteivorstand hatte das MfS indirekt maßgeblich beigetragen, indem es durch gezielte Einbrüche in dessen Berliner Zentrale die Daten zahlreicher Verbindungsleute erbeutete und 23 von ihnen daraufhin verhaftete.²¹⁹ Nachdem diese Mission so erfolgreich ausgeführt worden war, lag es nahe, mit ähnlich gelagerten Aktionen auch andere Agentenzentralen in West-Berlin zu kompromittieren und auf deren Entfremdung zu den Mutterorganisationen hinzuarbeiten. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur die Aktion bezüglich des angeblichen Komplottes des AGSF gegen die Humboldt-Universität zu verstehen, sondern auch das publizistische Dauerfeuer, welches die Gegenpropaganda von MfS und FDJ nach dieser Aktion auf das AGSF eröffnete und bis zum Mauerbau 1961 nicht mehr eingestellt.

So folgte im Jahr 1958 eine weitere Propagandaoffensive, als der FDJ-Zentralrat die MfS-Aufklärungserkenntnisse nutzte, um eine umfangreiche schriftliche Dokumentation über das AGSF zu publizieren.²²⁰ Die Schmähschrift war an die Studenten der Bundesrepublik und DDR adressiert und beabsichtigte, diese darüber »aufzuklären«, wie das AGSF als Teil des West-Berliner Agentenorganisationsnetzwerks den »kalten Krieg gegen die Hörsäle [...], Wissenschaftler und Studenten der DDR« führte.²²¹ Die Aktion sollte offenbar das Chruschtschow-Ultimatum propa-

²¹⁸ Kraushaar, *Protestchronik*, Band II, S. 1394. Zur Zusammenarbeit von SDS und KGU in dieser Sache siehe: Albrecht, SDS, S. 98.

²¹⁹ Gregor Schollwer: Die DDR-Staatssicherheit und das Ostbüro der FDP, in: *Deutschland-Archiv*, Januar/Februar 1996, S. 102–105.

²²⁰ Die Broschüre erschien Ende 1958 unter dem offenbar bewusst missverständlichen Titel: *Verband Deutscher Studentenschaften. Gesamtdeutsches Referat für Schüler und Studenten. Eine Dokumentation*, hrsg. von der Studentenkommision des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, o.O. o.J. (ohne Impressum). Der Inhalt stützt sich nahezu ausschließlich auf die in den MfS-Akten enthaltenen Erkenntnisse über das AGSF. Im Folgenden abgekürzt mit: *Dokumentation*.

²²¹ *Dokumentation*, S. 3.

gandistisch flankieren, denn zuvor war das MfS angewiesen worden, gezielt Material über den »Spionagesumpf West-Berlin« zu beschaffen und entsprechend aufzubereiten.²²² Auch die Quellen der FDJ bestätigen diesen in der Forschung vermuteten Zusammenhang mit der »Berlin-Krise«. So hieß es in einer internen Einschätzung des FDJ-Zentralrats:

»Der Vorschlag des V. Parteitags, Berlin zur Stadt des Friedens zu machen, erfordert größte Anstrengungen. Der Parteitag zeigte, daß die Normalisierung der Lage in Berlin durch die Beendigung der Frontstadtspolitik und der Politik des Kalten Krieges seitens der westlichen Behörden erreicht werden kann. Die NATO-Politiker haben Westberlin zu ihrem Brückenkopf im Kampf gegen das sozialistische Lager ausgebaut. In Westberlin wird nicht nur eifrig die NATO-Politik propagiert und verwirklicht, sondern ist hier ebenfalls eine Konzentration von Agentenorganisationen vorgenommen worden, die speziell den Auftrag haben, die Deutsche Demokratische Republik zu unterwühlen. In Westberlin hat z.B. auch das Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen seinen Sitz, das auf studentischem Gebiet die Politik des Kalten Krieges verwirklichen soll.«²²³

In diesem Zusammenhang wurde auch die Publikation einer Broschüre über das AGSF erwogen.²²⁴ Der Inhalt der »Dokumentation über das Gesamtdeutsche Referat für Schüler und Studenten des VDS«, wie die Propagandaschrift offiziell hieß, machte zugleich deutlich, wie umfangreich das Wissen des MfS bezüglich des AGSF mittlerweile war. Denn abgesehen vom ideologisch-denzunziatorisch eingefärbten Stil der Berichterstattung wurden die Tätigkeitsbereiche, der Mitarbeiterstab und die institutionelle Einbettung in den VDS durchaus zutreffend identifiziert und beschrieben. Die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der Broschüre wiederum sind aufschlussreich, weil sie die taktische Komponente dieser Propagandaaktion veranschaulichten. Wiederkehrend stellten die Autoren die Verbindungen des AGSF zum BMG heraus und führten die »schmutzigen Machenschaften« des Amtes stets auf Instrumentalisierung des VDS durch das »Lemmer-Ministerium« (benannt nach Ernst Lemmer, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen ab 1957) zurück.²²⁵ Die Abwerbung von Wissenschaftlern, die Verleitung von Studenten zur Republikflucht sowie das gefügig Machen argloser Studenten mittels finanzieller Zuwendungen zum Zwecke der Spionage, so die tendenziöse Umdeutung der AGSF-Tätigkeiten, wären nur möglich geworden, weil das Bonner Ministerium einst den Studentenver-

²²² Rohwedder, Terror, S. 102.

²²³ SAPMO-BArch, DY 24/22960, Einschätzungen von Studenten und Studentenorganisationen in der BRD. Berlin, 25.7.1958 (Vertraulicher Entwurf), S. 16 bzw. zur Erwähnung der Dokumentation S. 19.

²²⁴ Ebd.

²²⁵ Dokumentation, S. 9–11

band mit Hilfe des AGSF erfolgreich hatte vor seinen Karren spannen können.²²⁶ In diesem Zusammenhang forderte der FDJ-Zentralrat als Resümee der Broschüre den VDS dazu auf, sich vom AGSF zu trennen, um Hindernisse für eine »ehrliche Verständigung und Annäherung« aus dem Wege zu räumen.²²⁷ Das Versprechen, dass der VDS nach Auflösung des AGSF eine »Annäherungsrendite« einfahren würde, war natürlich unhaltbar, weil die Modalitäten einer Verständigungspolitik zwischen VDS und FDJ letztlich von strategischen Absichten Bonns, Washingtons, Ost-Berlins und Moskaus abhingen. Derartige Vorleistungen seitens des VDS hätten die FDJ zu nichts verpflichten können. Das wusste auch der FDJ-Zentralrat, dessen Offerte aber zugleich die Absicht verdeutlichte, den Argumenten der AGSF-skeptischen Kräfte unter den Studenten Westdeutschlands mit solchen Angeboten zusätzliches Gewicht zu verleihen.

Weit weniger subtil, aber möglicherweise ungleich wirkungsvoller waren die Passagen der Broschüre, die auf Einschüchterung und Bloßstellung führender Mitarbeiter des AGSF abzielten. Mit detaillierten biografischen Angaben versehen, unter genauer Angabe ihrer West-Berliner Wohnadressen und mit wenig vorteilhaften Porträtfotos eingeleitet, wurden die »Hauptagenten des Gesamtdeutschen Referates« vorgestellt und eingehend charakterisiert.²²⁸ Reißerisch im Stil und bisweilen vulgär in der Wortwahl, schreckte man dabei nicht vor der Veröffentlichung tatsächlicher oder vermeintlich intimer Details zurück. So wurde Spangenberg als ein eitler, geltungsbedürftiger »Achtgroschenjunge« überzeichnet, dessen angeblich karrieristische Ambitionen vor dem Hintergrund der wenig glanzvollen Schullaufbahn des zweifachen Sitzenbleibers dem Leser besonders lächerlich erscheinen sollten – ein Effekt, der durch eine abgedruckte Schulzeugniskopie noch Unterstützung erfuhr.²²⁹ Von der im späteren Leben stets unverheiratet gebliebenen Lieselotte Berger wiederum wussten die Autoren zu berichten, dass sie mit ihrer namentlich erwähnten »intimsten Freundin« jüngst eine mehrwöchige USA-Reise angetreten hätte.²³⁰ Sich selbst disqualifizierend wie diese Charakterisierungen in Stil und Inhalt waren, dienten sie kaum der Agitation von jenen westdeutschen Studentenvertretern, die neuartige Formen deutsch-deutscher Verständigungsformate herbeisehnten, sondern allein der Drohung und Einschüchterung. »Wir müssen bei den Agenten eine solche Psychose erzeugen, daß sie auf verlorenem Posten stehen«, hatte Stasi-Chef Ernst Wollweber im Hinblick auf die »Großaktion Blitz«, die sich gegen Organisationen wie das AGSF richtete, formuliert.²³¹ Dieser Strategie entsprechend, demons-

²²⁶ Ebd.

²²⁷ Ebd., S. 62 f.

²²⁸ Ebd., S. 13–15

²²⁹ Ebd., S. 14–16.

²³⁰ Ebd., S. 22.

²³¹ Zitiert nach Knabe, Westarbeit, S. 76.

trierten solche Veröffentlichungen den Betroffenen mit drohendem Unterton, wie genau die Gegenseite ihre Lebensumfelder und Gewohnheiten ausspioniert hatte und wie wenig sie in der angestrebten »offenen Stadt« in Sicherheit sein würden.²³² Nicht nur die akademische Welt der DDR und der Bundesrepublik wurde derart über das AGSF »aufgeklärt«. Ab 1958 »unterrichteten« mehrere Tages- und Regionalzeitungen auch die nichtakademische Bevölkerung der DDR über den »Terror gegen das Hochschulwesen der DDR«, wobei diese sich im Inhalt nicht von der Dokumentation des FDJ-Zentralrats unterschieden.²³³

Wie akut die Gefahr für die derart eingeschüchterten AGSF-Mitarbeiter zu diesem Zeitpunkt gewesen ist, geht ebenfalls aus den Unterlagen des MfS hervor. Denn der DDR-Staatssicherheitsdienst beschränkte sich ab 1957 nicht mehr auf bloße Feindaufklärung und Gegenpropaganda, sondern plante offenbar auch die Inhaftierung bzw. Entführung von leitenden AGSF-Mitarbeitern. Gezielte Verschleppungen von politischen Gegnern in West-Berlin auf das Gebiet der DDR gehörten auch Ende der 1950er-Jahre noch zum strategischen Vorgehen des MfS und der sowjetischen Geheimdienste. Anfänglich sind meist Geheimdienstmitarbeiter Ziel solcher Anschläge gewesen. Doch nach dem Einsetzen der »Großaktion Blitz« des MfS 1954, die sich gezielt gegen die West-Berliner Agentenzentralen richtete, schwebten auch die Mitarbeiter der Ostbüros in der ständigen Gefahr, Opfer von Menschenraub zu werden.²³⁴

Ziel dieser aufwendigen Maßnahmen war keineswegs die Inhaftierung der Abertausenden politischen Gegner, die in West-Berlin wohnten. Vielmehr sollten auf diese Weise Aufsehen erregende Exempel statuiert und Angst in den West-Berliner Netzwerken des Kalten Krieges erzeugt werden. Rund 400 Personen wurden vor 1961 auf diese Weise vom MfS und sowjetischen Geheimdiensten aus West-Berlin und der Bundesrepublik in die DDR »geschafft«.²³⁵ Mehrheitlich wurden die Opfer nicht mit physischer Gewalt, sondern mittels sogenannter Täuschungsmanöver, etwa über gefälschte Einladungen oder im Rahmen von Familienbesuchen, in die DDR gelockt.²³⁶ Wie die Quellen andeuten, plante das MfS, im Laufe des Jahres

²³² Das AGSF bzw. GR, wie es ab 1957 hieß, reagierte mit einer ausführlichen Stellungnahme zur FDJ-Dokumentation, in der es vor allem die Vorwürfe hinsichtlich seiner Steuerung durch das BMG und angeblicher Kontakte zu westlichen Geheimdiensten zurückwies. Siehe: BArch, B 166, Akte 1265, Stellungnahme zur Broschüre der Studentenkommission des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend »Gesamtdeutsches Referat für Schüler und Studenten – Eine Dokumentation«, Berlin, 15.4.1959.

²³³ Eine Sammlung dieser Zeitungsausschnitte befindet sich im Bundesarchiv Koblenz. BArch, B 1285, Akte 929.

²³⁴ Susanne Muhle: Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2015, S. 80 f.

²³⁵ Susanne Muhle: Vorsicht! Bei Einladung Menschenraub, in: ZfG, Jg. 64 (2016), H. 2, S. 162.

²³⁶ Ebd.

1957 den ehemaligen stellvertretenden AGSF-Leiter Carl Heinz Evers auf diese Weise in die DDR zu locken. Hierzu forschte das MfS im Vorfeld Evers' bestehende familiäre Verbindungen in die DDR akribisch aus.²³⁷ Nachdem das MfS herausgefunden hatte, dass die Eltern von Carl Heinz Evers noch in Sangerhausen bei Halle lebten und brieflich Kontakt zu ihrem Sohn nach West-Berlin unterhielten, ging die Anordnung heraus, den Vater, Hermann Evers, operativ zu bearbeiten.²³⁸ Parallel hierzu begann auch die Observation von Carl Heinz Evers' Wohnhaus in Berlin-Zehlendorf, wobei sich die hierbei tätigen Geheimen Informanten auffällig stark für Polizeipräsenz und Belebtheit des Wohngebietes sowie für Störfaktoren, wie zum Beispiel eine Baustelle in Sichtweite der Wohnung, interessierten.²³⁹ Ebenso erfasste das MfS sein unmittelbares Wohnumfeld kartografisch.²⁴⁰ Observiert wurden kurze Zeit später auch die Dienstvilla des AGSF und die Schule, an der Evers mittlerweile als Studienrat arbeitete.²⁴¹

In Sangerhausen verlief die Suche des MfS nach einem geeigneten »Geheimen Informanten« im Wohn- und Arbeitsumfeld des Vaters offenbar erfolglos. Ersatzweise wurde eine Sekretärin der MfS-Kreisdienststelle Sangerhausen als GI auf das Ehepaar Evers angesetzt.²⁴² Im Wartezimmer eines Sangerhausener Zahnarztes kam die GI erfolgreich mit Frau Evers ins Gespräch.²⁴³ Mittels einer »geeigneten Legende« erreichte die GI, beim Ehepaar Evers zu Hause eingeladen zu werden. Während des Besuches, der wenig später erfolgte, lenkte die GI rasch das Gespräch auf den Sohn des Hauses. Bekümmert berichtete Frau Evers von der plötzlichen Flucht ihres Sohnes aus der DDR im Jahr 1950, die er wegen seines hochschulpolitischen Engagements an der Universität Halle hatte antreten müssen, und davon, dass er wegen einer drohenden Verhaftung nicht besuchsweise in die DDR zurückkehren könne.²⁴⁴ Die GI versuchte diese Befürchtungen mit dem Hinweis darauf zu zerstreuen, wie lange diese »Taten« zurücklägen – offenbar erfolglos, weil der Vater diese Einschätzung nicht teilte und sich nicht überzeugen ließ.²⁴⁵

²³⁷ BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 109, Schreiben der Hauptabteilung V/6 an die MfS-Bezirksverwaltung Halle, 5.2.1957.

²³⁸ BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 102, Schreiben der MfS-Hauptabteilung V in Berlin an die MfS-Kreisdienststelle Sangerhausen, 12.9.1957.

²³⁹ BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 49 f., Bericht über ein Treffen mit einem GI, 23.9.1957.

²⁴⁰ Ebd.

²⁴¹ BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 62, Beobachtungsbericht vom 6. bis 8.3.1958.

²⁴² BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 101, Schreiben der MfS-Bezirksverwaltung Sangerhausen an die Berliner MfS-Hauptabteilung V am 14.12.1957.

²⁴³ BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 59, Aktenvermerk, Betr.: Evers, Hermann u. Ehefrau wh. Riestedt Bahnhof, Berlin, 5.12.1957.

²⁴⁴ BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 60, Bericht der GI über einen Besuch bei Familie Evers, 11.12.1957.

²⁴⁵ Ebd.

Obwohl ein GI des MfS im Jahr 1958 ermittelte, dass Evers »schon seit längerer Zeit« nicht mehr im AGSF arbeitete, trat das MfS im Laufe des Jahres noch zweimal an Evers' Eltern heran, um ihren Sohn zu einer Aussprache zur besuchswisen Rückkehr in die DDR zu bewegen.²⁴⁶ Im Hintergrund war jedoch längst angeordnet worden, Evers beim Betreten des »Demokratischen Sektors« festzunehmen.²⁴⁷ Das Gespräch mit Evers' Eltern wurde nicht mittels Geheimer Informanten, sondern offenbar durch sichtbare Angehörige des MfS, Offizielle Mitarbeiter, geführt. Beharrlich, wenngleich nicht offen konfrontativ, verweigerten die Eltern mit Verweis auf ihren Gesundheitszustand die Aufforderung des MfS, zu einem Treffen mit dem Sohn nach Berlin zu fahren beziehungsweise stellten dies lediglich nach erfolgter Genesung in Aussicht.²⁴⁸ Hierfür erhielt Hermann Evers eine Telefonnummer, um das MfS zu kontaktieren, sobald er sich in West-Berlin befunden hätte.²⁴⁹ Offenbar hiervon ernüchert, stellte das MfS die mangelnde, nur zögerliche Bereitschaft von Hermann Evers fest, bei der Verhaftung seines Sohnes zu kooperieren. Bezeichnenderweise führten sie diesen Unwillen des SED-Mitgliedes Hermann Evers nicht auf dessen familiäre Loyalität zurück, sondern auf dessen negative Einstellung zur DDR.²⁵⁰

Weitere Versuche, Evers' Eltern für ein Täuschungsmanöver zu instrumentalisieren, um den Sohn auf DDR-Gebiet zu locken, finden sich nicht in den Überlieferungen. Auch die Observation von Carl Heinz Evers in West-Berlin schien 1959, letztlich erfolglos, ausgelaufen zu sein. Lediglich im Jahr 1966 interessierte sich das MfS noch einmal dafür, ob Evers – er war längst Schulsenator von West-Berlin im Kabinett des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt – im Rahmen der »Aktion Gast« beabsichtigte, nach Ost-Berlin zu reisen.²⁵¹

²⁴⁶ BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 89, Bericht der HA V/5/III, Betr.: Aussprache mit Evers in Riestedt/Sangerhausen, 3.12.1958.

²⁴⁷ BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 99 f., Notiz des Lt. Weinhold, Hauptabteilung V/6, 5.3.–7.3.1958.

²⁴⁸ BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 89, Bericht der HA V/5/III, Betr.: Aussprache mit Evers in Riestedt/Sangerhausen, 3.12.1958.

²⁴⁹ Ebd.

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ BStU, MfS HA XX AP 26332/92, Bl. 100, Schreiben der Hauptabteilung XX an die ASR, 25.3.1966.

Aufstieg der »Neuen Linken« im VDS und Bedeutungsverlust und Abwicklung des AGSF

Neue Themenfelder studentischer Politik

Ungeachtet des stetigen Selbstbehauptungswillens der DDR-Studenten und trotz der immer massiveren Angriffe von FDJ und MfS auf das AGSF und den VDS zeigten die bundesdeutschen Studentenschaften in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahren immer weniger Geschlossenheit in deutschlandpolitischen Fragen, was die Handlungsspielräume des AGSF zunehmend einschränkte. In der Folge wies auch der antikommunistische Konsens Risse auf, die nun auch in der Außenkommunikation des VDS sichtbar wurden. Als der Verband im Herbst 1956 mit Geldern des BMG eine anklagende Broschüre über den Einmarsch der Sowjetischen Armee in Budapest publizierte, reagierten viele AStA darauf mit Unmut. Anstoß nahmen sie nicht nur an der finanziellen Beteiligung des BMGs an sich, sondern auch vor allem an der Zusage des Verbandes gegenüber dem Ministerium, die militärische Intervention Frankreichs, Großbritanniens und Israels am Suez dezidiert nicht zu thematisieren.²⁵² Die Empörung über diesen Vorgang war schließlich so groß, dass die Delegiertenkonferenz dem VDS-Vorstand um den Münchener AStA-Vorsitzenden Wilhelm Jösch das Misstrauen aussprach.²⁵³ Es war das erste Mal in der Geschichte des Verbandes, dass ein Vorstand auf diese Weise gestürzt wurde. Doch nicht nur deshalb ist der Vorgang bemerkenswert. Der Aufstand der Studentenvertreter gegen den Vorstand steht auch als Anzeichen für eine thematische Schwerpunktverschiebung im politischen Denken der Studentenschaften, denen westliche Militärinterventionen kaum weniger kritikwürdig erschienen als die Operationen der Sowjetarmee in Osteuropa. Der Bedeutungszuwachs der antikolonialistischen Befreiungskämpfe in der Wahrnehmung westlicher Gesellschaften ist ab 1956 international zu beobachten. Angestoßen durch die Indochina- und Algerienkriege, in denen französische Truppen ihren aussichtslosen Kampf um die Erhaltung des Kolonialreiches oft mit grausamsten Mitteln führten, wuchs international die Sympathie für jene, die in den Befreiungskriegen auf der anderen Seite standen. Dieses Phänomen, dass zur tragenden ideologischen Säule der bald darauf entstehenden »Neuen Linken« in der Bundesrepublik werden sollte, schimmerte bereits 1956 im

²⁵² Kraushaar, *Protestchronik*, Band II., S. 1512.

²⁵³ Ebd. Eine treibende Kraft hinter dem Votum gegen den Vorstand um Wilhelm Jösch war offenbar der Frankfurter AStA, der sich entschieden für die finanzielle Unabhängigkeit des VDS von staatlichen Zuwendungsgebern aussprach. Siehe hierzu: »Berliner Finale«, in: *Diskus. Frankfurter Studentenzeitung* (1956), Dezember, S. 1.

satzungsgemäß politisch neutralen VDS immerhin schon so stark durch, dass es dem Vorstandsvorsitzenden Wilhelm Jösch das Amt kostete.²⁵⁴

Darüber hinaus hatte das Misstrauensvotum deutlich gemacht, wie stark das Unbehagen gegenüber fremden, nichtstudentischen Versuchen der Einflussnahme im Verband mittlerweile geworden war. Dieser Stimmungsumschwung war freilich nicht über Nacht gekommen, sondern hatte sich langsam angekündigt. Die Offenlegung der Beziehungen zwischen VDS, AGSF und der amerikanischen Foundation hatte die ohnehin vorhandenen anti-etatistischen Strömungen in den Studentenschaften in ihrer Haltung bestärkt. Aus dem anschließenden Rückzug der Foundation wiederum konnten aufmerksame Beobachter die Konsequenz ziehen, dass lautstark artikulierter Widerstand in den Reihen der Studentenvertreter ein wirksames Mittel war, um solche ungewünschten Beziehungen zu staatlichen Dienststellen zu unterlaufen. Zwar ließen sich auf diese Weise keine Mehrheitsbeschlüsse erwirken, doch hatte sich gezeigt, dass staatliche Partner, Stiftungen und diverse »Dienststellen« offenbar ein Klima klandestiner Diskretion bevorzugten, das Licht der Öffentlichkeit nicht vertrugen und bei zu viel lautstarker Skandalisierung dazu neigten, von selbst rasch den Rückzug anzutreten. Derart bestärkt und über ihre Handlungsspielräume in dieser Angelegenheit aufgeklärt, artikulierte sich die Empörung über staatliche Versuche der Einflussnahme nun weitaus häufiger als früher, was auch Verdächtigungen nicht ausschloss. So hatten nicht nur die Studentenwerke das AGSF im Sommer 1956 öffentlich der Weitergabe von Flüchtlingsstudentendaten an alliierte Geheimdienststellen bezichtigt. Auch Studentenvertreter, bezeichnenderweise meist aus jüngeren Jahrgängen, verdächtigten das Amt regelmäßig, seine Informationen aus den Studentenkarteien an westliche Geheimdienste weiterzugeben.²⁵⁵ Dies waren Vorwürfe, die das AGSF zwar stets zurückwies, aber mehr und mehr in die Defensive trieb. Von daher sollte es nur eine Frage der Zeit sein, bis auch das Beziehungsgeflecht des VDS zum BMG ins Kreuzfeuer der Kritik geriet.

Das Misstrauensvotum gegen den Vorstand zog Vorstandsneuwahlen nach sich, die vor allem jene Göttinger Studentenvertreter belohnten, die maßgeblich am Aufstand gegen den Vorstand um Jösch beteiligt waren. Neben Heinz-Friedrich Hofmeister, der bereits zuvor dem Vorstand unter Jösch als Finanzreferent angehört und das Misstrauensvotum als einziges Vorstandsmitglied überstanden hatte, wurde der Göttinger Student Heinrich Wittneben zum Vorstandsvorsitzenden gewählt.²⁵⁶

Mit dem 1930 geborenen Wittneben wurde erstmals ein Vertreter jener Studentenjahrgänge gewählt, der weder der Frontsoldaten- noch der Flakhelfergeneration angehörte. Für das AGSF war der neue Vorstand, in dem Studentenvertreter aus

²⁵⁴ Siehe zur Rezeption antikononialer Befreiungskämpfe durch die Neue Linke in Deutschland. Frey, Vor Achtundsechzig, S. 261–307.

²⁵⁵ BArch, B 166, Akte 10, Protokoll der 9. MV des VDS im April/Mai 1957, S. 31 f.

²⁵⁶ Rohwedder, VDS, S. 193.

dem notorisch AGSF-kritischen Göttingen gleich zwei Schlüsselpositionen besetzen, wenig hoffnungserweckend. Tatsächlich machte Wittneben keinen Hehl daraus, dass er vor allem die AGSF-Ostarbeit als »unverantwortliche Abenteuerspiele« ansah.²⁵⁷ Außerdem empfand er den Gedanken als schlicht »unheimlich«, dass nicht-studentische Geldgeber das AGSF stärker beeinflussen könnten als der Vorstand.²⁵⁸

Kaum ins Amt gekommen, nahm sich der als unpräventios geltende Altphilologie-Student Wittneben sogleich der problematischen Beziehung von VDS und AGSF an.²⁵⁹ Über den Kopf des AGSF hinweg berief er einen Strukturausschuss ein, um die Verbandsämter neu zu organisieren und sie stärker an den VDS-Vorstand anzubinden.²⁶⁰ Befürchtungen seitens des BMG, dass der VDS-Vorstand auf diese Weise das AGSF aus dem Einflussbereich des BMGs herausführen wollte, erwiesen sich rasch als berechtigt.²⁶¹ So beschloss die Mitgliederversammlung des VDS im Mai 1957 die Umwandlung aller Verbandsämter in Referate sowie eine »möglichst weitgehende Trennung zwischen auftrags- und verbandseigener Arbeit«, wie es vielsagend hieß.²⁶² Unmissverständlich bekundete der Vorstand überdies, dass der Verband von den »starren Apparaten« wegkommen wollte, die aufgrund ihres »Eigengewichtes und Eigenlebens« nicht mehr »in die studentische Arbeit hineinpassen« würden.²⁶³ Im Rahmen dieser Umstrukturierung, die vor allem darauf abzielte, das AGSF vollständig unter die Kontrolle des VDS-Vorstandes zu bringen, wurde das AGSF in »Gesamtdeutsches Referat des VDS« umbenannt.²⁶⁴

Die Entschärfung des AGSF mittels Umbenennung und Degradierung zu einem eng angebundenen »Referat« hatte eine Blaupause im »Netzwerk des Kalten Krieges« des BMG. So war auch das Ostbüro der FDP wenige Wochen zuvor von der Mutterpartei aufgelöst und in ein harmloses, gründlich entschärftes »Referat Wiedervereinigung« umgewandelt worden. Auch hierbei hatten parteiinterne Anhänger deutschlandpolitischer Reformvorstellungen, die mehr auf Verständigung denn auf eine »Politik der Stärke« drängten, im Vorfeld entsprechenden Handlungsdruck auf die Parteiführung ausgeübt.²⁶⁵ Möglicherweise diente dieser Prozess dem VDS-Vorstand auch als Blaupause für die schrittweise Stilllegung des AGSF, die offensichtlich nach demselben Muster ablief.

²⁵⁷ Zeitzeugeninterview mit Klaus Meschkat am 9.1.2017.

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Diese Einschätzung stammt von Helmut Reihlen, dem 2. VDS-Vorstandsvorsitzenden unter Wittneben im Jahr 1957. Zeitzeugeninterview Helmut Reihlen am 9.9.2017.

²⁶⁰ BArch, B 137, Akte 1112, Interner Vermerk des BMG I 5-221-8304/57, Bonn, 27.2.1957, S. 1.

²⁶¹ Ebd.

²⁶² BArch, B 166, Akte 8, Protokoll über die Beschlüsse und Empfehlungen der 9. MV des VDS im April 1957, S. 2 f.

²⁶³ BArch, B 166, Akte 10, Protokoll der 9. MV des VDS im April/Mai 1957, S. 40.

²⁶⁴ »ein kranz von oldtimern«, in: Colloquium (1964), Nr. 2, unpaginiert.

²⁶⁵ Schollwer, Ostbüro der FDP, S. 102–105.

Das starke »Eigengewicht« des AGSF, das durch die Strukturreform geschmälert werden sollte, beruhte zum Teil rein informell auf Spangenberg's persönlicher Wirkung auf die mehrheitlich jüngeren Delegierten der beschlussfassenden Gremien. Mittlerweile 37 Jahre alt und ausgestattet mit jener natürlichen Autorität, die die Angehörigen der Offiziersjahrgänge offenbar umgab, übte Spangenberg qua seines Auftretens erheblich mehr informellen Einfluss auf die Mehrheitsentscheidungen der Mitglieder- und Delegiertenversammlungen aus als die turnusmäßig wechselnden VDS-Vorstandsvorsitzenden.²⁶⁶ Besonders der Umstand, dass Spangenberg persönlich den Tätigkeitsbericht des AGSF den Entscheidern im Vorfeld von Abstimmungen vortrug, kam dieser Dynamik maßgeblich zu Gute. Mit der Strukturreform wurde diese Chance zur Selbstinszenierung unterbunden: Fortan wurden die Jahresberichte der Verbandsämter nicht mehr von ihren Leitern vorgetragen, sondern vom Vorstand selbst.²⁶⁷ Auf diese Weise hatte der offenbar wenig charismatische Wittneben einen Coup gelandet, um eine Machtressource des charismatischeren Spangenberg auszuschalten. Die Degradierung des AGSF zum »Gesamtdeutschen Referat« ging mit der Zurückstufung Spangenberg's einher.²⁶⁸ Dies war freilich nur der erste Schritt. Spangenberg's vollständige Entmachtung folgte wenig später, als er sein Amt als leitender Geschäftsführer des AGSF verlor.²⁶⁹ Obgleich Dietrich Spangenberg's Frau, Gisela, das Amt kommissarisch weiterführte und so für ein denkbar hohes Maß an Kontinuität sorgte, war dieser Schritt eine bedeutende Zäsur für den Verband.²⁷⁰ Beißend polemisch, aber mit scharfem Blick für die klimatischen Bedingungen und unterschwelligigen Generationskonflikte, die diesem Schritt zugrunde lagen, hatte der *Konkret*-Herausgeber Klaus-Rainer Röhl diese atmosphärisch erfasst:

»Aber das war nicht mehr der alte Elan. Nicht mehr der Schwung der alten Zeiten, da die meisten von diesen noch studierten. Die Helden, ein paar junge Leute abgerechnet, waren müde. Und wie ein verstaubtes Monument saß hinten auf der Lobbyistenbank, gelangweilt und ein wenig verbraucht, der Veteran aus 35 Delegiertenkonferenzen, der alle überdauerte: Antiostspezialist Spangenberg, hochgekommen, fest angestellt worden zur Zeit des kalten Krieges, zuletzt abgewählt, unter-

²⁶⁶ Rohwedder, VDS, S. 71.

²⁶⁷ Ebd.

²⁶⁸ Ebd.

²⁶⁹ Offenbar war sein Rücktritt schon länger geplant, wie der interne Schriftverkehr im Liberalen Studentenverkehr bezeugt. So wusste der Referent für Gesamtdeutsche Fragen des LSD, Jürgen Reißbach, bereits im August 1956 von Spangenberg's künftigen Ausscheiden. BArch, B 204, Akte 289, Schreiben des gesamtdeutschen Referenten Jürgen Reißbach an den LSD-Bundesvorsitzenden Martin Habdank vom 5.8.1956.

²⁷⁰ Rohwedder, VDS, S. 203.

gekrochen beim Gesamtdeutschen Lemmer, seine Frau leitet jetzt den etwas leer gewordenen Betrieb ihres »gesamtdeutschen Mannes«.«²⁷¹

Tatsächlich litten AGSF und die gesamtdeutschen Studentenfragen massiv darunter, dass für die neuen Studentengänge, die sich an den anwachsenden Universitäten Westdeutschlands und West-Berlins einschrieben, die »Deutsche Frage« nicht mehr den gewohnten Stellenwert von einst innehatte. Hatte das BMG noch 1952 zufrieden festgestellt, dass die »Deutsche Frage« »zweifello[s] [...] das Hauptanliegen der studentischen Selbstverwaltung« war, richtete sich das Augenmerk hochschulpolitischer Akteure ab 1957 zunehmend auf andere Problemfelder.²⁷² So rückte etwa die soziale Frage, also die Überwindung der sprichwörtlichen Studentenarmut, mehr denn je ins Zentrum hochschulpolitischen Engagements. Dass hier Handlungsbedarf bestand, war nicht zuletzt mit vergleichendem Blick auf europäische Nachbarländer kaum zu bestreiten. Einer Erhebung des VDS zufolge mussten sich rund 70 Prozent der bundesdeutschen Studenten 1954 als Werkstudenten durchschlagen.²⁷³ Die Unterstützung durch Elternhäuser, sofern der Krieg sie nicht zerstört hatte, war spärlich, weil dem deutschen Mittelstand, dem das Gros der Studenten entstammte, durch Krieg und Währungsreform die Ersparnisse geraubt worden waren. Stipendien bekamen meist nur Kriegsversehrte, »Zonenflüchtlinge« oder Heimkehrer und hatten allenfalls einen sozialfürsorgerischen Charakter.²⁷⁴ Nur rund 20 Prozent der bundesdeutschen Studenten bezogen daher überhaupt ein Stipendium, wogegen in Frankreich und Großbritannien die Quoten bei 50 bzw. 70 Prozent, in den Ostblock-Staaten, einschließlich der DDR, sogar bei über 90 Prozent lagen.²⁷⁵

Die Forderung des Verbandes nach stärkerer staatlicher Unterstützung der Studenten war keineswegs neu. Doch seit der VDS im Rahmen der »Honnefer Konferenz« (benannt nach dem Tagungsort Bad Honnef bei Bonn) an einer möglichen Neugestaltung der Studentenförderung beteiligt worden war, bekam das Thema eine neue Brisanz. Überdies ermöglichte die wirtschaftliche Entwicklung der Vorjahre nun eine generösere Sozialpolitik, wie etwa die Einführung der »dynamischen Rente« andernorts bewies. Das verstärkte die Begehrlichkeiten der Studenten. Nachdem die Forderungen des VDS und der »Honnefer Konferenz« an eine tatenlose Bundesregierung weitergeleitet worden waren, nutzte der VDS im Jahr 1957 die Stimmung des Bundestagswahlkampfes, um der Forderung nach einer finanziellen Förderung der Studenten Nachdruck zu verleihen. So drohte der VDS im Februar 1957 sogar

²⁷¹ »Die Zukunft hat begonnen«, in: Konkret (1958), Nr. 2.

²⁷² BArch, B 137, Akte 1136, Berichterstattung über die 16. Ordentliche Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Kiel vom 15.–17.11.1952, unpaginiert.

²⁷³ »Stiefkinder des Deutschen Wirtschaftswunders«, in: DSZ (1954), November, S. 6.

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Ebd.

erstmal in seiner Geschichte mit einem Studentenstreik, was die Einführung des »Honnefer Modells« als Vorläufer des BAFÖG-Systems nach sich zog.²⁷⁶

Schwerwiegender als die wenig strittigen sozialpolitischen Fragen war jedoch, dass die »Anti-Atomrüstungs-Bewegung« 1957/58 die bundesdeutschen Universitäten erreichte und maßgeblich das bisherige Gefüge und Antlitz der studentischen Hochschulpolitik zu Ungunsten des VDS verschieben sollte.

Ausgehend von lapidaren Aussagen führender bundesdeutscher Politiker hinsichtlich der Gefährlichkeit der atomaren Gefechtsköpfe, die aus dem geplanten deutsch-französischen Atomaufrüstungsprojekt entstehen sollten, war rasch eine erste außerparlamentarische Protestbewegung in der Bundesrepublik erwachsen.²⁷⁷ Ursprünglich dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Milieu verhaftet, griff die Protestbewegung schnell auf die Universitäten über. Eine wesentliche Rolle dabei spielten bezeichnenderweise linkssozialistisch-protestantische Intellektuelle, die – bis dahin abseits des antikommunistischen Konsenses stehend – im hochschulpolitischen Umfeld eher marginalisierte Positionen innehatten.²⁷⁸ Sichtbarstes Beispiel hierfür war das »Comeback« des Darmstädter Studentenfarrers Herbert Mochalski.

War der Niemöller-Vertraute Mochalski noch 1951/52 ins Visier der AGSF-Abwehraktivitäten geraten und stark angefeindet worden, betrat dieser nunmehr selbstsicher als Wiederbewaffnungskritiker die hochschulpolitische Bühne und genoss bis dahin ungekannte Sympathien in den Studentenschaften. Wie stark Mochalskis Rückhalt war, offenbarte sich, als gegen den Darmstädter Studentenfarrer ein Ermittlungsverfahren wegen eines Flugblattes eingeleitet wurde. An fast allen Universitäten solidarisierten sich große Teile der Studentenschaft, und einige Studentenzeitungen druckten aus Protest Mochalskis Flugblatt ab.²⁷⁹ Dass genannte Akteure in diese komfortable Position vorrücken konnten, lag auch an der Passivität des VDS in dieser Frage, die wiederum mit dem Neutralitätsgebot des Verbandes zusammen hing. Laut seinen Statuten durfte der VDS in parteipolitischen oder innenpolitischen Fragen nicht Position beziehen und blieb dementsprechend dazu angehalten, sich in solchen gesellschaftlichen Debatten zurückzuhalten.²⁸⁰ Ab wann genau eine politische Frage den Studentenschaften als parteipolitisch oder in-

²⁷⁶ Zum Kampf um das Honnefer Modell des VDS siehe: Rohwedder, VDS, S. 101–131.

²⁷⁷ Frey, Vor Achtundsechzig, S. 203–260.

²⁷⁸ Zur Rolle von linkssozialistischen Intellektuellen und nationalprotestantischen Netzwerken bei der Entstehung der Neuen Linken in der Bundesrepublik siehe: Frey, Vor Achtundsechzig, S. 199–202.

²⁷⁹ Ebd., S. 229 f.

²⁸⁰ Ausdrücklich verstanden sich AGSF und VDS nicht als »politische Organisationen«, die ausschließlich »studentische Politik« in scharfer Abgrenzung zur »Politik im parteipolitischen Sinne« betreiben sollten. Siehe: FU Berlin, UA, AStA. Box 135, Protokoll der 5. VDS-DK im Februar 1950, S. 29.

nenpolitisch zu gelten hatte, war freilich Gegenstand schwammiger Definitionen, was sich wiederum dazu eignete, Streitigkeiten im Verband zu provozieren. Wie viel Sprengstoff dabei gerade die Wehr- und Aufrüstungsfragen für die fragile Stabilität des konsensorientierten Dachverbandes besaßen, hatte sich 1956 bei der Wehrerklärung des VDS gezeigt. Betont zurückhaltend hatte der Verband damals einer Wiederaufrüstung Westdeutschlands nur dann seine Unterstützung zugesichert, sofern zuvor alle Möglichkeiten, eine Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Verhandlungswege zu erreichen, erfolglos ausgeschöpft worden wären.²⁸¹

Trotz dieser maßvollen Positionierung, die das Bestreben nach einem Ausgleich divergierender Positionen geradezu atmete, rief das Verhalten des Verbandes erhebliche Konflikte in den Studentenschaften hervor. Linken Studentenvertretern ging diese Erklärung nicht weit genug. Der RCDS hingegen warf dem VDS vor, seine Neutralität in politischen Fragen mit dieser Stellungnahme aufgegeben zu haben.²⁸² Auch der »Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen« kritisierte den VDS in gleicher Weise.²⁸³ Um diese Sollbruchstellen, die hierbei offen zu Tage traten, nicht noch stärker zu belasten, hielt sich der VDS in der Anti-Atomrüstungsdebatte merklich zurück. Damit überließ er jedoch den parteipolitisch gebundenen Studentorganisationen das Feld, die sich in der Frage keine Zurückhaltung auferlegen mussten und die Polarisierung dazu nutzten, sich als Sachwalter studentischer Interessen zu profilieren. Vor allem dem SDS gelang es, sich an vielen Universitätsstandorten als Sprachrohr der neulinken »58er-Bewegung« darzustellen und ein Bündnis mit dem Liberalen Studentenverband Deutschlands (LSD) und den evangelischen Studentengemeinden zu schmieden.²⁸⁴ Der RCDS und die Mehrheit der katholischen Studentengemeinden bildeten den Gegenpol zu diesem neuen linksliberal-protestantischem Bund und vertraten die mehr oder weniger große Minderheit unter den Studenten, die eine (atomare) Aufrüstung der Bundeswehr begrüßten.²⁸⁵ Damit hatte die Auseinandersetzung um die Wiederaufrüstung nicht nur die bundesdeutsche Gesellschaft, sondern auch die Studentenschaften polarisiert und mithin die Hochschulpolitik durch einen scharfen, unversöhnlich wirkenden Links-Rechts-Cleavage neu formatiert, bei dem nicht mehr der VDS, sondern die parteipolitisch gebundenen Organisationen tonangebend waren.

Leidtragende dieser Verschiebung in der hochschulpolitischen Landschaft und Kultur waren nicht zuletzt das AGSE, die gesamtdeutschen Studentenfragen und der antikommunistische Konsens in den Studentenschaften. Besonders das AGSE,

²⁸¹ Otto, *Studenten im geteilten Deutschland*, S. 68.

²⁸² Kraushaar, *Protestchronik*, Band II. S. 1394.

²⁸³ »Von den Hochschulen – VDS und Wiederbewaffnung«, in: *Academia. Zeitschrift des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen*, Jg. 49 (1956), Nr. 5, S. 116.

²⁸⁴ Frey, *Vor Achtundsechzig*, S. 204–260.

²⁸⁵ Ebd.

dessen Handeln maßgeblich vom Mehrheitswillen der AStA-Vorsitzenden abhing, hatte schon aus diesen funktionalistischen Gründen kein Interesse daran, dass die beschlussfassenden Gremien des Verbandes durch eine scharfe Links-Rechts-Polarisierung blockiert werden könnten. Bereits im AGSF hatten die unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten der führenden Mitarbeiter keine maßgebliche Rolle gespielt bzw. den parteiübergreifenden Charakter des antikommunistischen Konsenses sogar exemplarisch vorgelebt. Dieser Konsens schwächte sich jedoch bereits seit 1954/55 ab. Mit der »58er-Bewegung«, also dem Einzug der »Neuen Linken« in die bundesdeutschen Universitäten und der wachsenden Links-Rechts-Polarisierung, hatte der antikommunistische Konsens, auf dessen Fundament das AGSF agierte, seine Position als leitendes hochschulpolitisches Strukturprinzip in den Studentenschaften unwiederbringlich verloren.

Die tieferen Gründe für diesen Paradigmenwechsel in den Studentenschaften weg vom antikommunistischen Konsens und den gesamtdeutschen Studentenfragen lagen auch in der sichtbaren Zementierung der deutschen Zweistaatlichkeit sowie im veränderten sozio-demografischen Profil der Studenten in der Bundesrepublik. Fast zehn Jahre nach der Gründung der beiden deutschen Staaten war offensichtlich geworden, dass befreiungspolitische Ansätze und Hoffnungen auf einen »Tag X« den Deutschen die Wiedervereinigung nicht nähergebracht hatten. Die Konsolidierung der DDR war offensichtlich und trotz erheblicher Widerstände ebenso vorangekommen wie die des bundesdeutschen Weststaates. Überdies waren beide Staatsgebilde wirtschaftlich, politisch und militärisch zu tragenden Säulen ihrer jeweiligen Bündnisysteme geworden, was die Zusammenführung der deutschen Nation jenseits anderer Widrigkeiten zu einer geopolitischen Unwahrscheinlichkeit werden ließ. Die Versuche, auf studentischer Ebene einander näher zu kommen, waren allenfalls durchwachsen, vielfach sogar ernüchternd verlaufen, und die rigiden Pass- und Reisegesetze, die das SED-Regime seinen Studenten im Jahr 1957 auferlegte, hatten den VDS »ratlos« zurückgelassen.²⁸⁶ All dies traf zudem auf eine Studierendenschaft, die sich seit den »Seeshaupter Beschlüssen« 1949 stark gewandelt hatte.

Seit Mitte der 1950er-Jahre strömten die geburtenstarken Jahrgänge des NS-Geburtenbooms der Vorkriegsjahre an die Universitäten, was die Zahl der Studenten nach einer Stagnationsphase zwischen 1951 und 1955 ab 1956 stark ansteigen ließ.²⁸⁷ Der Erfahrungshintergrund der neuen Studentengeneration war ein gänzlich anderer. Geboren nach 1930, gehörten sie im Gegensatz etwa zu den Gründervätern des VDS nicht mehr der Frontsoldatengeneration und selten nur noch der sogenannten Flakhelfergeneration an. Den Krieg hatten sie nicht als aktiv Teilnehmende, sondern als Kinder erlebt, was durchaus vergleichbare einschneidende Erfahrungen beinhal-

²⁸⁶ »Wittneben blieb im Sattel«, in: Colloquium (1957), Nr. 8, S. 4.

²⁸⁷ Kleifeld, Wende zum Geist?, S. 475.

ten konnte, welche die radikalpazifistischen Einstellungen der »58er-Bewegung« mit erklärt. Wenngleich die Unteilbarkeit Deutschlands auch in diesen Jahrgängen kaum angezweifelt wurde, gehörte ein unmittelbar erlebtes, ungeteiltes Deutschland jedoch nicht mehr zu ihrem Erfahrungsschatz. Hinzu kam, dass Krieg und Soldatentum zwar nicht mehr zu ihrer persönlichen Vergangenheit, für viele jedoch zu ihrer Gegenwart oder nahen Zukunft gehören könnten. Denn wer nach dem Juni 1937 geboren war – und 1957/58 an die Universitäten ging –, gehörte nicht mehr den »weißen Jahrgängen« an und war laut den neuen Gesetzen wehrpflichtig. Ob die Bundesrepublik gegenüber dem Gegner im Osten eine »Politik der Stärke« oder der Verständigung betreiben wollte, war für den eventuellen Verlauf dieser Wehrzeit nicht unerheblich. Diese drohende Wehrpflicht vor Augen, eine in vielen Fällen kriegs- oder vertreibungsbedingte Traumatisierung hinter sich, war für nicht wenige (männliche) Studenten dieser Jahrgänge die erste große politische Konfrontation. Diese wirkte konkret, die deutschen Teilung hingegen vielfach abstrakt oder indirekt, sofern die jeweiligen Personen nicht eine Fluchtbiografie besaßen. Doch der relative Anteil jener Studenten, die als bereits Immatrikulierte aus der DDR geflohen waren, nahm überdies bedingt durch die expansiv ansteigende Zahl der Neuimmatrikulationen nach 1955 an bundesdeutschen Universitäten immer weiter ab. Selbst an der Freien Universität, der Flüchtlingsuniversität schlechthin, sank ihr Anteil von 40 Prozent im Jahr 1951 auf 20 Prozent im Jahr 1958, um dann bis zum Wintersemester 1962/63 weiter auf 10 Prozent abzufallen.²⁸⁸ Angesichts der bedeutenden Rolle, die Berliner Flüchtlingsstudenten bei der Popularisierung gesamtdeutscher Studentenfragen sowie bei der Verbreitung des antikommunistischen Konsenses im VDS gespielt hatten, bedeutete dies nichts weniger als den Rückgang seiner sozialen Trägerschaft. Demgegenüber stieg der Anteil von in Westdeutschland geborenen Studenten an der Freien Universität spürbar an. Für viele von ihnen war ein Studienplatz dort ebenfalls ein verheißungsvolles Ziel, weil der Aufenthalt in West-Berlin den Wehrdienst ersparte. Bedeutete die studentische Migration aus der DDR nach West-Berlin eine praktizierte Abgrenzung gegen das SED-Regime, war die Übersiedlung junger Bundesbürger nach West-Berlin ab 1957/58 vielfach zwar keine vergleichbare Abgrenzung gegen die Bundesrepublik, aber zumindest gegen ihre Wehrgesetze. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, transformierte sich besonders die Freie Universität innerhalb weniger Jahre von einer »Flüchtlingsuniversität«, die maßgeblich die gesamtdeutsche und antikommunistische Hochschulpolitik des VDS und anderer Studentenorganisationen inspiriert hatte, zu einer »Wehrdienst-

²⁸⁸ Spix, *Abschied vom Elfenbeinturm?*, S. 91. Siehe hierzu auch: Siegwald Lönnendonker: *Der Wandel der Studentenschaft. Die Freie Universität von 1948 bis zum Beginn der sechziger Jahre*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, Nr. 22/2007, S. 34–41.

verweigerer-Universität«. ²⁸⁹ Deren (männliche) Studierendenschaft wies gänzlich anders geartete Erfahrungshintergründe auf, was sich nicht nur auf die hochschulpolitische Kultur, sondern auch auf die Behandlung gesamtdeutscher Studentenfragen auswirken sollte. ²⁹⁰

Die ost- und deutschlandpolitischen Aktivitäten der Studentenschaften

Die neue Hegemonie der linkssozialistisch grundierten »Neuen Linken«, wie sie die »58er-Proteste« hervorgebracht hatte, erreichte spätestens 1958 auch das AGSF, als der FU-AStA-Vorsitzende Klaus Meschkat zum VDS-Vorsitzenden gewählt wurde, der in bis dahin ungekannter Offenheit am antikommunistischen Konsens in der Verbandspolitik sägte. Der 1935 in Hannover geborene Meschkat gehörte dem SDS an und war dort als Linksausleger und Befürworter von verstärkten Ostkontakten aufgefallen. Bekanntheit hatte Meschkat wenige Monate zuvor erlangt, als er mit markigen Worten in der SDS-Zeitung *Standpunkt* mit dem SPD-Ostbüro-Leiter Stephan Thomas, dem »Lordsiegelbewahrer« des sozialdemokratischen Antikommunismus, hart ins Gericht ging. Meschkat warf Thomas – und damit auch dem Ostbüro der SPD – vor, nicht von der einseitigen, dichotomen Weltansicht abzuweichen, nach der zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus, zwischen der UdSSR und dem Westen unversöhnliche Gegensätze bestünden. ²⁹¹ Bezeichnenderweise kritisierte Meschkat das »unmarxistische Geschichtsbild«, das er hinter dieser Dichotomie wähnte, und plädierte für eine vorurteilsfreie Herangehensweise an die Sowjetunion und die Ostblockstaaten sowie für mehr Beachtung der Entstalinisierungstendenzen in den kommunistischen Parteien Osteuropas. ²⁹² Meschkats Argumentation fußte auf den neomarxistischen Theoriedebatten, die die Redaktion der SDS-Zeitung *Standpunkt*, zu der er gehörte, in den SDS hineingetragen hatte. War das Blatt noch wenige Jahre zuvor von der KGU finanziert und ein Organ kämpferischen Antikommunismus, besann es sich nun bei den Lösungsansätzen für gesamtdeutsche Fragen auf die marxistischen Traditionsbestände der Mutterpartei zurück. Ausgehend vom Marxismus als gemeinsames philosophisch-historisches Fundament von Sozialdemokratie und Sowjetkommunismus, beschwor der Kreis um Chefredakteur Gerhard Schoenberger Hoffnungen auf eine konvergenzartige Annäherung der Systeme bzw.

²⁸⁹ Die Genese von der FU als Universität der Wehrdienstverweigerer wurde wiederkehrend beschrieben, so etwa bei Philip Heß: Ein deutscher Amerikaner. Der kosmopolitische Demokrat Hans Simons, Göttingen 2016, S. 335 f.

²⁹⁰ Bernd Rütters: Verräter, Zufallshelden oder Gewissen der Nation. Facetten des Widerstandes in Deutschland, Tübingen 2008, S. 182 f.

²⁹¹ Zum Konflikt zwischen Meschkat und Thomas siehe: Frey, Vor Achtundsechzig, S. 334.

²⁹² Ebd.

beider deutscher Staaten.²⁹³ Voraussetzung hierfür wären demnach die Entdogmatisierung des Sowjetkommunismus sowie die umfassende Sozialdemokratisierung von Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik gewesen.²⁹⁴ Die Bezugnahme auf gemeinsame marxistische Traditionsbestände, wobei die SPD ohnehin im Begriff war, diese abzustreifen, erteilte dem antikommunistischen Konsens in der Studentenschaft eine eindeutige Absage. Insbesondere für christdemokratische Strömungen unter den Studenten, die vom RCDS absorbiert wurden, ist es unmöglich gewesen, diese theoretische Wendung mit zu vollziehen, da ihr Antikommunismus maßgeblich auf der Annahme eines philosophischen Gegensatzes von Christentum und Marxismus/Materialismus beruhte.²⁹⁵ Bezeichnenderweise hatte Meschkat das Amt des VDS-Vorsitzenden anfänglich gar nicht angestrebt. Dass die Wahl auf den erst 23-Jährigen fiel, entstand, wie so oft, aus der chaotisch-spontanen Dynamik der Mitgliederversammlung vor Ort.²⁹⁶ Das Amt angetreten hatte Meschkat sodann nach eigenen Aussagen nur, um die SDS-Zeitung *Standpunkt* und ihre Inhalte weiter zu verbreiten.²⁹⁷ Das Motiv ist insofern bezeichnend, weil es verdeutlicht, wie sehr der VDS zu diesem Zeitpunkt vorrangig zur »Beute« der parteipolitischen Hochschulgruppen geworden war, die mittlerweile in der Hochschulpolitik den Ton angaben. Doch eine abrupte Abkehr von den Seeshaupter Beschlüssen beabsichtigte selbst der Neomarxist Meschkat gleichwohl nicht.

Bereits kurz nach seiner Wahl bekannte er, dass es für offizielle Versuche der Kontaktaufnahme des VDS zur FDJ »nie einen ungünstigeren Moment« gegeben habe.²⁹⁸ Nach den Reisebeschränkungen, die das SED-Regime seinen Studenten verordnet hatte, nach den Ereignissen in Ungarn und angesichts von Atomrüstungsplänen der Bundesregierung war diese Einschätzung sicher zutreffend. Ungeachtet dessen war in die Frage der studentischen Ost- und Deutschlandpolitik ab 1957/58 mehr Bewegung denn je gekommen, was jedoch auf ausländische Impulse zurückzuführen war. In dem Maße, wie sich andere westliche Studentenverbände um Kontaktaufnahmen jenseits des Eisernen Vorhangs bemühten, wurden auch in den bundesdeutschen Studentenschaften Stimmen lauter, die Kontakte zu Studentenschaften der Ostblockstaaten jenseits der DDR befürworteten. Viele befürchteten, dass der VDS sich andernfalls international isolieren und obendrein den Studenten-

²⁹³ Albrecht, SDS, S. 280 f.

²⁹⁴ Ebd.

²⁹⁵ Anschaulich dargestellt werden die Wurzeln des christdemokratischen Antikommunismus etwa bei Corinna Franz: »Wir wählen die Freiheit«. Antikommunistisches Denken und politisches Handeln Konrad Adenauers, in: Creuzberger/Hoffmann, »Geistige Gefahr«, S. 145–161.

²⁹⁶ Zeitzeugeninterview mit Klaus Meschkat am 9.1.2017.

²⁹⁷ Ebd.

²⁹⁸ »Die Pläne des VDS«, in: Colloquium (1958), Nr. 7, S. 21.

vertreten der DDR die alleinige Vertretungshoheit deutschen Studententums zuzubilligen würde.²⁹⁹

Da sich die »Seeshaupter Beschlüsse« nur auf offizielle Gespräche mit Studentenvertretungen der DDR bezogen, Kontakte zu polnischen oder rumänischen Studentenvertretern aber nicht dezidiert ausschlossen, waren solche Forderungen entsprechend weniger tabuisiert. Bereits Meschkats Vorgänger Heinrich Wittneben hatte diesbezüglich Berührungängste abgebaut und 1957 eine Delegation des polnischen Studentenverbandes ZSP in Bonn empfangen, wo beide Seiten sich eine engere Zusammenarbeit, etwa durch Austausch von Broschüren und Pressemitteilungen, versprachen.³⁰⁰ Wittnebens Ansicht, dass mit dem »Tabu studentischer Ostpolitik endgültig aufgeräumt werden müsse«, sollte sich unter den bundesdeutschen Studentenvertretern als durchaus anschlussfähig erweisen.³⁰¹ Bereits im November 1957 hatte die Mitgliederversammlung des VDS mehrheitlich dafür votiert, weitere Kontaktmöglichkeiten zu Studentenschaften Osteuropas auszuloten.³⁰²

Zustande kam die Mehrheit vor allem dank jener Studentenvertreter, die dem SDS, dem LSD oder den evangelischen Studentengemeinden nahestanden. Der RCDS und mehrere katholische Studentenvereinigungen hingegen kritisierten die »Passauer Beschlüsse« des VDS, die auf die Erweiterung von Ostkontakten abzielten.³⁰³ Insbesondere der RCDS befürchtete lediglich einen propagandistischen Nutzen für die Gegenseite und hielt seinerseits demonstrativ an seiner »Göttinger Entschließung« fest, die die Aufnahme von Verbindungen in den Osten ablehnte, jedoch kongruent zu den Seeshaupter Beschlüssen private Kontakte befürwortete.³⁰⁴ Überdies bedauerte die christdemokratische Studentenvereinigung, dass die Entscheidung des VDS, Ostkontakte aufzunehmen, im Vorfeld nicht eine Urabstimmung unter den Studenten herbeigeführt worden ist.³⁰⁵ Ob sich tatsächlich eine Mehrheit unter den bundesdeutschen Studenten gegen verstärkte Ostkontakte des VDS ausgesprochen hätte, wie der RCDS mutmaßte, kann rückblickend nicht klar beantwortet werden. Sicher ist jedoch, dass die Entscheidung in den Studentenschaften polarisierte und die Rechts-links-Lagerbildung zwischen dem RCDS und den katholischen Studentenvereinigungen auf der einen und dem SDS, dem LSD und den evangelischen Studentengemeinden auf der anderen Seite weiter beförderte. Überdies färbte eine liberale Handhabung der Kontakte nach Osteuropa auf die Deutschlandpolitik des Verbandes ab.

²⁹⁹ »Vor neuen Wegen. Der VDS erwägt Ostkontakte«, in: Colloquium (1957), Nr. 12, S. 5.

³⁰⁰ »Kontakte mit Polen«, in: Colloquium (1957), Nr. 3, S. 23.

³⁰¹ »Vor neuen Wegen. Der VDS erwägt Ostkontakte«, in: Colloquium (1957), Nr. 12, S. 5.

³⁰² Ebd.

³⁰³ »Nur persönliche Kontakte sind gefragt«, in: Colloquium (1957), Nr. 12, S. 23.

³⁰⁴ »Unwahr, unhaltbar, unrealistisch«, in: Colloquium (1958), Nr. 1, S. 19.

³⁰⁵ Ebd.

Wenngleich die harte Linie auf Seiten der DDR seit 1957 dem Vorstand um Klaus Meschkat nur wenig Gelegenheit zu weiteren Annäherungen gab, schlug er doch versöhnliche Töne an. Ganz der Lesart der Berliner *Standpunkt*-Redaktion entsprechend, erkannte Meschkat die Konsolidierungsfortschritte des DDR-Staates der letzten Jahre an, plädierte für eine vorurteilsfreie, wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem ostdeutschen Staatsgebilde und betonte, damit auf die Politik der Bundesregierung anspielend, dass der VDS nichts unternehmen dürfe, was die Spaltung der gesamtdeutschen Studentenschaft weiter vertiefen würde.³⁰⁶

Ab 1958 war unübersehbar, dass diese Polarisierung nicht nur in den Verband, sondern sogar in die gesamtdeutsche Referentenschaft hineinwirkte, die immerhin die Haustruppe des AGSF bildeten. Auf der jährlichen Tagung, wo sie sich noch wenige Jahre zuvor gegenseitig ihres kämpferischen Antikommunismus zu versichern pflegten, wurden auf einmal Forderungen und Vorschläge laut, die faktisch auf eine radikale Abkehr von den Seeshaupter Beschlüssen drängten. Als etwa der Referent für gesamtdeutsche Studentenfragen der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel in einem Antrag die sofortige Aufnahme offizieller Kontakte mit FDJ-Studentenvertretern auf fachlicher, kultureller und sportlicher Ebene beantragte, lehnten nur 16 von 31 anwesenden Referenten diesen ab. Immerhin neun stimmten dafür, sechs enthielten sich.³⁰⁷ Auch der Antrag des gesamtdeutschen Referenten des Göttinger AStA, der alle bisherigen VDS-Beschlüsse zur Einschränkung von offiziellen Kontakten zu den FDJ-Studentenvertretungen rundweg für »revisionsbedürftig« erklärte, bekam die knappe Unterstützung der Anwesenden (16:15 Stimmen).³⁰⁸ Damit stand erstmals die (knappe) Mehrheit der gesamtdeutschen AStA-Referenten, und damit die »Truppen« des AGSF an den Universitäten vor Ort, nicht mehr auf dem Boden der Seeshaupter Beschlüsse. Auch die Zeiten, in denen Beschlüsse zur Deutschlandpolitik oder zum Umgang mit dem kommunistischen Gegner nahezu einstimmig im Verband oder bei den Referententagungen verabschiedet wurden, waren endgültig vorbei. Der Verbandsvorstand sah in der Polarisierung eine handfeste Bedrohung für die Existenz des studentischen Dachverbands, weswegen er im Vorfeld des Studententages 1960 den Themenblock »Student und Wiedervereinigung« kurzerhand aus dem Programm entfernte, was wiederum den ausnahmsweise vereinten Protest diverser studentischer Vereinigungen nach sich zog.³⁰⁹ Diese unversöhnlichen Positionen der parteipolitischen Studentenvereinigungen einander näher zu bringen und die Spaltung der bundesdeutschen Studentenschaften in der

³⁰⁶ Otto, *Studenten im geteilten Deutschland*, S. 72.

³⁰⁷ BArch, B 137, Akte 1113, Protokoll der 8. Referententagung der Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen im Juni 1958, S. 35 und 41.

³⁰⁸ Ebd.

³⁰⁹ »Verrat oder Einsicht?«, in: *Colloquium* (1959), Nr. 11, S. 4.

Frage der Ost- und Deutschlandpolitik zu überwinden, machte sich der ab März 1961 amtierende VDS-Vorstand um Dr. Richard Steer zur Aufgabe.³¹⁰

Der Ingolstädter Theologiestudent Steer gehörte dem RCDS an, was die studentische Linke im Verband naturgemäß skeptisch bäugte. Doch als bekennender Linkskatholik und Anhänger neuer ost- und deutschlandpolitischer Ansätze war er wie nur wenige andere geeignet, die unterschiedlichen politischen Strömungen im Verband wieder zusammenzuführen.³¹¹ Zu diesem Zweck rief der Vorstand um Richard Steer im Mai 1961 den »Deutschland-Plan« des VDS ins Leben. In einer konzertierten Aktion, in Zusammenarbeit mit den großen studentischen Vereinigungen, sollten umfangreiche Modellüberlegungen erörtert werden, welchen Beitrag die Studentenschaft zur deutschen Wiedervereinigung künftig leisten konnte.³¹² Denkverbote waren dabei ausgeschlossen, wie Steer während einer Rede vor Studentenvertretern in der Frankfurter Paulskirche betonte:

»Der Vorstand zielt darauf ab, eine Diskussion zu entfachen, die vor allem in der Deutschlandfrage das Für und Wider sich anbietender Lösungsmöglichkeiten erörtern sollte, ohne von vornherein Tabus zu umgehen [...].«³¹³

Die alternativen Ideen, die der Vorstand im Vorfeld der Aktion selbst skizzierte, waren in der Tat unkonventionell, gemessen an den bisherigen deutschlandpolitischen Leitlinien des Verbandes. Sie umfassten Zugeständnisse, wie etwa die völkerrechtliche Anerkennung der DDR sowie den Verzicht der Bundesrepublik auf Berlin oder die Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze.³¹⁴ Nicht zuletzt angesichts dieser unkonventionellen Überlegungen scheiterte die Aktion schon im Ansatz. Der RCDS bezeichnete den Deutschlandplan als »infantile Donquichotterie« und der Marburger AStA ging sogar so weit, diverse Bundesministerien über die, zuvor ausdrücklich als streng vertraulich eingestuft, Planspiele des Verbandes heimlich zu unterrichten.³¹⁵ Auch das AGSF torpedierte angesichts der Überlegungen den Plan und weihte das BMG in die Planungen ein.³¹⁶ Andere Studentenvertretungen verlegten sich darauf, dem VDS die Zuständigkeit für derlei politische Fragen abzusprechen.³¹⁷ Auf diese Weise wurde Steer zum Rückzug gezwungen. Sein Vorhaben einer konzertierten Aktion in der deutschen Frage, die neben dem offensichtlichen Ziel in der Sache auch als strategisches Manöver diente, um die parteipolitischen Studentenvereinigungen einzuhegen und den VDS wieder zum hochschulpoliti-

³¹⁰ Zeitzeugeninterview mit Lothar Krappmann am 7.4.2021.

³¹¹ Ebd.

³¹² »Mut zur Politik«, in: Notizen. Tübinger Studentenzeitung (1962), Nr. 36, S. 6 f.

³¹³ Ebd.

³¹⁴ Ebd.

³¹⁵ Ebd.

³¹⁶ BArch, B 137, Akte 15547, Schreiben von Franz Thedieck an den VDS-Vorsitzenden Dr. Richard Steer vom 4.12.1961, S. 2.

³¹⁷ »Mut zur Politik«, in: Notizen. Tübinger Studentenzeitung (1962), Nr. 36, S. 6 f.

schen Leitwolf zu machen, war damit gescheitert. Auf den Bau der Mauer, der wenige Wochen später folgte, reagierte der VDS daher wenig überraschend passiv. Größere Protestaktionen unter der Schirmherrschaft des kurz zuvor desavouierten, zerstrittenen und handlungsunfähigen Dachverbandes unterblieben offenbar.

Obwohl die ost- und deutschlandpolitischen Debatten zweifellos das Kerngeschäft des AGSF berührten, hatte es sich ab 1957/58 zunehmend aus diesen herausgehalten. Offizielle Gründe wurden dafür nicht angeführt. Tatsächlich jedoch befand sich das AGSF seit seiner Degradierung im Jahr 1957/58 in einer zu defensiven Position, um sich in der aufgeladenen Atmosphäre, die die Ost- und Deutschlandpolitik unter den Studenten umgab, noch gewinnbringend hätte einmischen können. Überdies verboten die Verbandsstatuten dem AGSF die Stellungnahme in parteipolitischen Fragen: Dazu war die Deutschlandpolitik längst geworden, wie die Frontstellungen von SDS, LSD und RCDS bewiesen. Das Verhältnis von VDS-Vorstand und AGSF war in der Amtszeit von Meschkat demnach nicht mehr konfliktgeladen wie unter Heinrich Wittneben, sondern vor allem freundlich, aber distanziert, ein nur noch geräuschloses Nebeneinanderherarbeiten.³¹⁸

Rückzug des AGSF in die politische Bildungsarbeit

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und weil auch die Rückendeckung für die Ostarbeit und Informationsbeschaffung seitens des Verbandes schwand, hatte das AGSF ab 1957/58 seine Aktivitäten mehr und mehr auf die politische Bildungsarbeit verlagert. Die Idee, die gesamtdeutsche Frage zum Gegenstand politischer Bildungsformate zur staatsbürgerlichen Erziehung von Studenten werden zu lassen, war bereits im »Aktionsprogramm zur Gesamtdeutschen Arbeit« von 1955 formuliert worden. Ausschlaggebend waren Beobachtungen im Rahmen der gesamtdeutschen Studentenkontakte, bei denen westdeutsche Studenten den geschulten studentischen FDJ-Kadern in Diskussionen oftmals argumentativ unterlagen. Neu war diese Erkenntnis nicht. Bereits im Nachgang des Studententages von 1952 hatte die Studentenpresse die Asymmetrie in der geistig-argumentativen Auseinandersetzung beklagt:

»Jede Gelegenheit versuchten sie [die Oststudenten] zu nutzen. Teilweise nicht ungeschickt und gut geschult, den ahnungslosen Westdeutschen in der Methode haushoch überlegen [...]. Allen gemeinsam aber war eine gehörige Portion Verschlagenheit und Rabulistik, mit der sie geschickt variierend am Dogma hingen.«³¹⁹

³¹⁸ Zeitzeugeninterview mit Klaus Meschkat am 9.1.2017.

³¹⁹ »2. Deutscher Studententag«, in: Hamburger Studentenzeitung (1952), Nr. 23 (30. Mai).

Spätestens bei den Besuchen von studentischen Reisegruppen war offensichtlich geworden, dass es den bundesdeutschen Studenten kaum gelang, argumentativ in das geschlossene marxistisch-leninistische Weltbild ihrer Gesprächspartner vorzudringen, um etwa offen zu Tage liegende Widersprüche zwischen philosophischem Anspruch und realsozialistischer Wirklichkeit aufzuzeigen. Dies mochte zum Gutteil dem Dogmatismus und der Indoktrination der ostdeutschen Gesprächspartner geschuldet gewesen sein. Gleichwohl war nicht von der Hand zu weisen, dass es im aufgeheizten Klima des Kalten Krieges den westdeutschen Studenten auch an Möglichkeiten fehlte, sich mit den geistigen Grundlagen des SED-Staates nach Maßgabe des kritischen Rationalismus auseinanderzusetzen. Die westdeutsche Verlagslandschaft machte sowohl um Neuauflagen sozialistischer Klassiker wie auch um die Herausgabe von »DDR-Autoren« oftmals einen weiten Bogen. Bibliotheken hatten einschlägige Literatur vielfach still und heimlich, ohne gesetzliche Vorgaben, entsorgt. Und ein Literaturbezug aus der DDR war kaum möglich, da seit 1951 de facto ein strenges Einfuhrverbot von publizistischen DDR-Erzeugnissen galt, um die östliche Propagandaflut im innerdeutschen »Broschürenkrieg« einzudämmen.³²⁰ Das Unbehagen, das derlei Umstände unter den Studenten hervorriefen, befiel keineswegs nur linkspolitische Randbereiche der akademischen Welt, sondern war so weitreichend, dass sogar die VDS-eigene DSZ bereits 1952 eine Artikelserie über diese Missstände publiziert hatte. In ihr forderten die Autoren, etwa der Theologe Helmut Gollwitzer, dezidiert zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den philosophischen Grundlagen des Kommunismus auf und kritisierten die Tabuisierung solcher Unternehmungen:

»Die Forderung, sich über die geistigen Grundlagen des Kommunismus ein fundiertes Wissen zu verschaffen, begegnet dem westdeutschen Studenten oft genug, und wenn er – wie etwa beim letzten Studententag in Berlin – in Diskussionen mit einem geschulten Partner von der anderen Seite gerät, dann ist ihm diese Notwendigkeit evident. Versucht er aber dieser Forderung gerecht zu werden, so sieht er sich schon in der Beschaffung der Literatur vor manchen Schwierigkeiten. Er hat auf der Universität gelernt, daß es zur unaufgebbaren Tradition abendländischer Wissenschaft gehört, geschichtliche Phänomene aus den Quellen zu erfassen. Der Kalte Krieg hat aber dazu geführt, daß die Werke der sogenannten »Klassiker des Kommunismus«, also Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin im Westen kaum gedruckt werden und oft nur schwer zu haben sind; selbst in den Universitäts-Bibliotheken sind sie meist nur unvollständig vorhanden [...].«³²¹

Die Artikelserie veranschaulicht abermals, wie wenig der studentische Antikommunismus, dessen Sprachrohr die DSZ war, selbst auf seinem Höhepunkt im

³²⁰ Kreuzberger, Kampf gegen den inneren Feind, S. 94.

³²¹ »Marxismus – Theorie und Praxis«, in: DSZ (1952), Nr. 7 (Juni).

Jahr 1952 Berührungsängste mit den theoretischen Grundlagen des Kommunismus hatte. Die mangelnde Sachkenntnis westdeutscher Studenten über die geistigen Grundlagen des DDR-Staates wurde dem AGSF von einigen Studentenvertretern wenig überraschend angekreidet. So warf die Frankfurter Studentenzeitung *Diskus* dem AGSF im Juni 1955 vor, bei der Vermittlung von Kenntnissen über die östliche Ideologie versagt zu haben, und kritisierte den Umstand, dass eine Forderung nach Unterrichtung in diesen Belangen bislang verpönt gewesen sei.³²²

»Seine [das AGSF] Veröffentlichungen erschöpfen sich fast ganz in nicht immer tendenzfreier Vermittlung der parteipolitischen Umorganisation der mitteldeutschen Hochschulen. Dagegen dürfte wohl nur wenigen westdeutschen Studenten bekannt sein, mit welchem Material ihre Kommilitonen drüben in der gesellschaftswissenschaftlichen Schulung ausgerüstet werden.«³²³

Ob diese Vorwürfe gegenüber dem AGSF gerechtfertigt waren, bleibt dahingestellt. Denn gerade die Aufklärungsarbeit des Amtes setzte keineswegs auf emotionalisierte Propaganda, sondern vergleichsweise häufig auf die »neutrale, unkommentierte« Publikation von Originaldokumenten des SED-Staates. Diese Originalzeugnisse, etwa Gesetze oder Verordnungen, ließen auch ohne eingehende Kommentierung durchaus Rückschlüsse auf die geistigen Grundlagen des DDR-Staates zu. Unstrittig ist jedoch, dass es offenbar unter den Studenten der Bundesrepublik schon 1952 ein veritables Interesse gegeben haben musste, sich mit dem Marxismus-Leninismus auseinanderzusetzen. Inwieweit dieses Bedürfnis tatsächlich durchgängig auf das strategische Motiv zurückzuführen war, gegenüber dem Gegner im Osten geistig-argumentativ aufzurüsten, ist letztlich unklar. Anzunehmen ist, dass sich auch Sympathisanten der neomarxistischen »Neuen Linken«, die ab 1956/57 allmählich entstand, für eine wissenschaftliche Beschäftigung mit den marxistischen Originaltexten aussprachen, weil unter den Bedingungen des anti-kommunistischen Konsenses in den Studentenschaften andere Motive noch unsagbar schienen. Andererseits deuten der frühe Zeitpunkt und die Häufigkeit der Forderungen darauf hin, dass solche Motive nicht allein ausschlaggebend gewesen sind.

In jedem Fall waren die Stimmen lautstark genug, dass das AGSF ab 1955 auf Geheiß des Verbandes politische Bildungsformate zur deutschen Frage anbieten musste, die dezidiert auch die marxistisch-leninistische Theorie thematisierten. Und so veranstaltete das Amt ab 1956/57 regelmäßig einwöchige DIAMAT-Seminare in Berlin, in denen sich interessierte Studenten schwerpunktmäßig mit den theoretischen Grundlagen des Marxismus und der SED-Herrschaftspraxis auseinandersetzen konnten.³²⁴ Ebenso sah das Aktionsprogramm die Einführung monatlicher

³²² »Nicht nur Büttel hoher Politik«, in: *Diskus* (1955), Heft 5 (Juni), S.1.

³²³ Ebd.

³²⁴ Otto, *Studenten im geteilten Deutschland*, S. 73.

Studienseminare zu gesamtdeutschen Fragen in Berlin vor, die sich vorzugsweise an jüngere oder auch nur potentielle Funktionsträger der studentischen Selbstverwaltung richteten. Darüber hinaus sollten im Umfeld der AStA gesamtdeutsche Arbeitsgruppen und Ausschüsse entstehen.³²⁵ Letztere hatten den Zweck, so der Plan, die Studentenvertretungen in gesamtdeutschen Fragen beraten – eine Aufgabe, die bis dahin exklusiv den gesamtdeutschen AStA-Referenten vorbehalten war. Dass in all diesen Bildungsformaten die Lektüre von Originalquellen des Marxismus vorgesehen war, begründete das AGSF wie folgt:

»Denn die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus kann und darf sich unseres Erachtens nach grundsätzlich und vor allen Dingen im akademischen Bereich nicht mit klischeehaften Darstellungen, gefühlsbetonten Wertungen und einem primitiven, unreflektierten ›Anti‹ begnügen. Auseinandersetzung setzt Klarheit, setzt unbestechliches Wissen um die eigene und die Position des Gegners [...] voraus.«³²⁶

Solche Begründungen trugen dem kritisch-rationalistischen Wissenschaftsverständnis vieler Studenten zweifellos Rechnung. Der Politik des BMG lief dieses Vorgehen jedoch zuwider. Vor allem an den DIAMAT-Seminaren störte sich das Ministerium, da es in der »rein wissenschaftlichen« Vermittlung marxistischer Grundlagen keinen relevanten Beitrag zur Wiedervereinigung sah.³²⁷ Folglich gab es vom Ministerium auch keine finanzielle Unterstützung für derlei Bildungsformate, weswegen der Verband diese allein finanzieren musste. Ungeachtet der fehlenden Unterstützung des BMG weitete das AGSF seine Bildungsarbeit in den Jahren ab 1955/56 aufgrund hoher studentischer Nachfrage stetig aus. Hatte das Amt zwischen Mai 1955 und April 1956 gerade einmal sechs DIAMAT-Seminare angeboten, stieg die Zahl im darauffolgenden Jahreszeitraum auf 25 Seminare,³²⁸ um 1957/58 auf über 40 zu klettern.³²⁹ Damit lag, wie das AGSF selbst feststellte, der Schwerpunkt der AGSF-Informationsarbeit ab 1957 ganz auf der Konzeption und Durchführung der politischen Bildungsseminare.³³⁰

Ein weiterer Grund für die Schwerpunktverlagerung der gesamtdeutschen Arbeit auf die politische Bildung waren die Reise- und Kontaktbeschränkungen, welche den DDR-Studenten im Mai 1957 auferlegt waren. Dadurch hatte »sich die Möglichkeit zu Kontakten zwischen Kommilitonen beider Teile Deutschlands so sehr verschlechtert, daß als einziges Arbeitsgebiet [...] nur die Beschäftigung mit dem

³²⁵ Ebd., S. 108 f.

³²⁶ FU Berlin, UA, AStA, Box 193, Tätigkeitsbericht des VDS-Vorsitzenden für die Zeit vom 15. Mai 1958 bis 9. März 1959. Erstattet der 11. ordentlichen Mitgliederversammlung in Marburg, S. 5.

³²⁷ BArch, B 166, Akte 1234, Schreiben von Franz Thedieck an den VDS vom 7.9.1957.

³²⁸ BArch, B 137, Akte 1112, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.5. bis 30.6.1957, S. 1.

³²⁹ BArch, B 166, Akte 1253, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 31.3.1957 bis 1.4.1958, S. 7.

³³⁰ Ebd., S. 7.

dialektischen und historischen Materialismus blieb«, wie VDS-Vorsitzende Wittneben es treffend bemerkte.³³¹

Einen sicheren Rückzugsort für das ab 1957 zum Gesamtdeutschen Referat degradierte AGSF stellte die politische Bildungsarbeit indes letztlich nicht dar. Auch in diesem Bereich zeigte sich der wachsende Einfluss der »Neuen Linken«, der »58er-Bewegung«, auf den VDS, der mit der Wahl Meschkats 1958 offen zu Tage trat. Die Einrichtung eines gesonderten Referates für politische Bildung im VDS, welches das AGSF »entlasten«, sprich verdrängen sollte, scheiterte zwar am Mitgliedervotum. Dennoch verlor das AGSF spätestens ab 1959, als die Seminare in das verbandseigene Bildungszentrum namens »Haus der Studentenschaft« in West-Berlin verlegt wurden, offenbar die Hoheit über die Bildungsarbeit.³³² Von nun an war das AGSF nur noch für die Organisation der Bildungsseminare zuständig.³³³ Die inhaltliche und didaktische Konzeption erfolgte nur noch in enger Zusammenarbeit mit dem nunmehr vom Links-SDSler Klaus Meschkat besetzten VDS-Vorstand und einem Seminarleiter des Verbandes, wobei das AGSF sich über die divergierenden deutschlandpolitischen Ansichten der Kooperationspartner beschwerte.³³⁴

Auch die DIAMAT-Seminare nahmen bezeichnenderweise Formen an, die eher an die »Marx-Lesekreise« der späteren Studentengenerationen erinnerten. Statt eines frontalen Vortrags eines Experten konnten sich die Seminarteilnehmer nun in lockeren Arbeitsgruppen mit den Originaltexten auseinandersetzen und »eigene Interpretationen des Marxismus-Leninismus erarbeiten«, wie der VDS-Vorstandsvorsitzende Klaus Meschkat es gegenüber Studentenvertretern vielsagend erklärte.³³⁵ In diesen Sog gerieten auch die Tagungen für die gesamtdeutschen Referenten, die ebenfalls ihr inhaltliches Profil stark veränderten. Hatten diese Tagungen noch Anfang der 1950er-Jahre den Charakter von kämpferischen Strategierunden, so glichen auch sie ab 1959 neutralen Bildungsseminaren, in denen die Teilnehmer über das Hochschulwesen der SBZ und die »Grenzen der politischen Bildung« im Allgemeinen aufgeklärt wurden.³³⁶ Bezeichnenderweise hießen die Referententagungen seit 1959 auch Studienwochen, wurden zeitlich im Anschluss an die DIAMAT-Seminare abgehalten und übernahmen vielfach deren Programmpunkte. Wohl auch als Reaktion auf diese Entwicklung verlagerte das AGSF seine Bildungsarbeit zunehmend weg aus der stu-

³³¹ »Wittneben blieb im Sattel«, in: Colloquium (1957), Nr. 8, S. 4.

³³² Das »Haus der Studentenschaft« wurde im März 1959 eröffnet. FU Berlin, UA, AStA, Box 193, Tätigkeitsbericht des VDS-Vorsitzenden für die Zeit vom 15. Mai 1958 bis 9. März 1959. Erstattet der 11. ordentlichen Mitgliederversammlung in Marburg, S. 6.

³³³ BArch, B 137, Akte 1112, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.6. bis 31.10.1960, S. 7.

³³⁴ BArch, B 285, Akte 877, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.1962, S. 7.

³³⁵ FU Berlin, UA, AStA, Box 193, Tätigkeitsbericht des VDS-Vorsitzenden für die Zeit vom 15. Mai 1958 bis 9. März 1959. Erstattet der 11. ordentlichen Mitgliederversammlung in Marburg, S. 5.

³³⁶ BArch, B 285, Akte 877, AGSF-Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.1963, S. 10.

dentischen Szene und kooperierte mit anderen Bildungsträgern wie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung oder dem Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst.³³⁷

Die Abwicklung

Zusätzlich zu den immer engeren Handlungsspielräumen des Amtes gegenüber den Studentenschaften brachte auch der Bau der Mauer weitere Probleme. Die unmittelbarste Auswirkung des Mauerbaus auf die Arbeit des AGSF bestand darin, dass die Informationsgewinnung nun spürbar schwieriger wurde. Der Rückgang an Flüchtlingsstudenten und Besuchern, aber auch die Trennung von den verbliebenen Kontaktpersonen des Informantenapparates ließen den bis dahin beträchtlichen Informationsfluss zu einem Rinnsal zusammenschmelzen.³³⁸ Um diesen Ausfall zu kompensieren, griff das AGSF verstärkt auf die Auswertung offener Quellen (wie Publikationen) zurück, was jedoch ungleich zeitaufwendiger und, im Gegensatz zur Ostarbeit und Flüchtlingsbefragung, keine unersetzliche Tätigkeit war, die nur das AGSF hätte anbieten können.³³⁹ Seiner »human intelligence resources« als Alleinstellungsmerkmal durch die Ereignisse vom 13. August beraubt und vom VDS zunehmend skeptisch beäugt, sah das AGSF einer ungewissen Zukunft entgegen.

Darüber hinaus verschärfte der Mauerbau die überkommenen Konflikte zwischen BMG und VDS. Freilich waren Spannungen zwischen Verband und Ministerium nicht neu. Das AGSF war darin erprobt, seine Handlungsspielräume in dem Spannungsfeld, das zwischen seinen beiden größten Anspruchsgruppen bestand, erfolgreich auszuloten und geschickt auszunutzen. Grundsätzlich bestand der Zielkonflikt stets darin, dass das gesamtdeutsche Ministerium die wechselnden VDS-Vorstände als unberechenbaren Einflussfaktor empfand – zumal deren deutschlandpolitische Ansichten ab 1954/55, zurückhaltend formuliert, nicht immer mit den Ansichten des BMG konform gingen.³⁴⁰ Allein dem umsichtigen Kurs von AGSF-Geschäftsführer Spangenberg verdankte das Ministerium ein Mindestmaß an politischer wie personeller Kontinuität in diesem amateurpolitischen, stark volatil-fluiden studentischen Umfeld.³⁴¹ Umgekehrt erblickten nicht wenige Studentenvertreter in der Zusammenarbeit mit dem BMG eine unverhältnismäßige Nähe zu staatlichen

³³⁷ BArch, B 137, Akte 1112, AGSF-Tätigkeitsbericht vom 1.4. bis 30.6.1958, S. 7.

³³⁸ BArch, B 137, Akte 15547, Internes Schreiben der Abt. II an das Bonner Referat Z 2, Betr.: Verband Deutscher Studentenschaften, 16.3.1963, S. 4.

³³⁹ Ebd.

³⁴⁰ BArch, B 137, Akte 15547, Schreiben der Abt. an das Referat Z 2 in Bonn vom 16.3.1963, Betr.: Verband Deutscher Studentenschaften hier: Gesamtdeutsches Referat – Örtliche Prüfung der Geschäftsstelle, S. 1.

³⁴¹ Ebd.

Institutionen, die nicht dem Geist der studentischen Selbstverwaltung entsprach. Wasser auf die Mühlen dieser Kritiker goss aber bisweilen auch das AGSF selbst, wenn es sich etwa bei Konflikten mit dem Ministerium coram publico vor Studentenvertretern über den Umgang des Ministeriums mit dem AGSF beschwerte und dies als Angriffe auf die studentische Selbstverwaltung bezeichnete, um sich so der Solidarität der Studentenschaften zu vergewissern.

Bis 1955 hatte die Kritik an der Staatsnähe des AGSF mit ihrem Beharren auf reiner Politikferne meist idealistische Züge und war deshalb wenig durchsetzungsstark im Dachverband. Doch nachdem 1955/56 die Kapriolen um die Foundation-Unterstützung bekannt geworden waren und das AGSF der Weitergabe von Flüchtlingsstudentendaten an alliierte Dienststellen verdächtigt wurde, wurden in der Amtszeit Wittnebens die Stimmen wieder lauter, die eine Einmischung staatlicher Stellen in den VDS kritisierten. Als entschiedener Gegner befreiungspolitisch inspirierter Ostaktivitäten des AGSF machte Wittneben dem BMG in bislang ungewohnter Weise deutlich, dass der VDS stets darauf achten wolle, »daß im Zusammenhang der Arbeit des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen keiner Person irgendwelche Nachteile entstehen« werden.³⁴² Die bereits beschriebene Degradierung Spangenberges und die Umbenennung des AGSF in »Gesamtdeutsches Referat« waren eine Konsequenz dieser Kritik. Einen weiteren Geländegewinn des VDS-Vorstandes gegenüber dem BMG erreichte Wittneben 1957, als er dem Ministerium die Veröffentlichung des AGSF-Haushaltsplanes für die Delegiertenkonferenzen abverhandelte.³⁴³ Bis dahin durften nur der VDS-Vorstandsvorsitzende und sein Finanzreferent Einblick in den Etat des AGSF nehmen. Das BMG reagierte und drängte darauf, den Ausgabenposten für den »Kurierdienst«, hinter dem sich die ohnehin nur noch spärliche Ostarbeit auf DDR-Gebiet verbarg, im Vorfeld der Veröffentlichung euphemistisch als Dispositionsfonds umzubenennen, um dessen Gegnern im Verband nicht zusätzlich Munition zu liefern.³⁴⁴ Allein diese Anekdote macht die neue Geringschätzung der Ostarbeit unter den Studentenvertretern deutlich, die einstmals das Fundament für die Zusammenarbeit von AGSF und staatlichen Stellen begründet hatte. Weil die Maßnahmen des VDS-Vorstandes, das AGSF an sich zu binden, offenbar aufgrund drängenderer Probleme über die genannten Maßnahmen nicht hinausgingen, verzichtete das BMG anfänglich auf weitere Interventionen.³⁴⁵

³⁴² BArch, B 137, Akte 1112, Schreiben von VDS-Vorstandsvorsitzendem Heinrich Wittneben an Staatssekretär Franz Thedieck vom 23.4.1957.

³⁴³ BArch, B 137, Akte 1112, Internes Schreiben der Berliner Abt. II an das Referat I 5 in Bonn, Betr.: Verband Deutscher Studentenschaften, vom 16.4.1957.

³⁴⁴ Ebd. Einheitlich BArch, B 137, Akte 1112, Internes Schreiben der Berliner Abt. II an das Referat I 5 in Bonn, Betr.: Verband Deutscher Studentenschaften, vom 16.4.1957.

³⁴⁵ BArch, B 137, Akte 1112, Internes Schreiben der Berliner Abt. II an das Referat I 5 in Bonn, Betr.: Verband Deutscher Studentenschaften – Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen, vom 15.5.1957.

Ein Grund dafür, dass eine noch engere Anbindung des AGSF an den VDS nicht erfolgte, könnte in der stark asymmetrischen Finanzierung des AGSF gelegen haben, die durch die Etat-Veröffentlichung nun auch den Studentenvertretern schwarz auf weiß vorgelegen haben dürfte. Die Zahlungen des BMG an das AGSF beliefen sich 1957 auf über 120.000 D-Mark jährlich, wogegen der VDS lediglich 4.000 D-Mark beisteuerte, was nicht einmal die Hälfte der jährlichen Aufwandsentschädigung für den leitenden Geschäftsführer abdeckte.³⁴⁶ Vor diesem Hintergrund, und weil die Studentenschaften auch nach 1957 keine gesteigerte Bereitschaft zeigten, für eine nennenswerte Erhöhung der VDS-Mitgliedschaftsbeiträge zu votieren, war der VDS schlichtweg auf die Gelder des BMG angewiesen, wollte er seine gesamtdeutsche Arbeit auf gewohntem Niveau weiterbetreiben.³⁴⁷

Durch den Bau der Mauer jedoch endete der »Waffenstillstand« zwischen BMG und VDS-Vorstand, und der Konflikt ums AGSF gewann wieder an Intensität. Der Vorstand um Richard Steer machte Ende 1961 einen zweiten Anlauf, um das AGSF unter die wirtschaftliche und politische Kontrolle des VDS zu bringen. Im Zusammenhang mit dem internen Entwurf des Vorstandes zur deutschen Frage, der die Anerkennung der DDR und den Verzicht auf die Ostgebiete empfahl, war auch die Zusammenfassung der Berliner Dienststellen des VDS zu einer »wirtschaftlichen Einheit« unter direkter Aufsicht von Vorstandsfinanzreferent Lottenburger vor Ort in Bonn geplant.³⁴⁸

Erneut um seine Unabhängigkeit besorgt, informierte das Amt des BMG über die Reformabsichten sowie über die drohende deutschlandpolitische Kursänderung des Verbandes.³⁴⁹ Staatssekretär Thedieck intervenierte umgehend beim VDS-Vorstand und missbilligte die Planungen insbesondere zur Deutschlandpolitik als »äußerst bedenklich«.³⁵⁰ Vor diesem Hintergrund zweifelte das Ministerium daran, ob der Verband wegen solcher politischer Motive künftig überhaupt noch der finanziellen Förderung durch das Ministerium würdig sei.³⁵¹ So entschied das BMG letztmalig, dem VDS-Vorstand die Gelegenheit zu geben, sich zu den deutschlandpolitischen Kursänderungen zu erklären und von den »organisatorischen Veränderungen«

³⁴⁶ BArch, B 137, Akte 1112, Haushaltsplan-Voranschlag des AGSF, Geheim, Berlin, 22.2.1957.

³⁴⁷ »Warum ›Beitragererhöhung‹ und ›Austritte‹«, in: Colloquium (1957), Nr. 5, S. 20 f. Auch 1959 scheiterte auf der Mitgliederversammlung in Marburg der Versuch des Vorstandes, den VDS-Zuschuss zum GR von 4.000 auf 25.000 D-Mark zu erhöhen, am Unwillen der Studentenvertreter. Siehe: »VDS-Mitgliederversammlung«, in: Colloquium (1959), Nr. 4–5, S. 20 f.

³⁴⁸ BArch, B 137, Akte 15547, Interner Vermerk des BMG, Referat I 8, Betr.: Verband Deutscher Studentenschaften, 24.11.1961, S. 2.

³⁴⁹ Ebd.

³⁵⁰ BArch, B 137, Akte 15547, Schreiben von Franz Thedieck an den VDS-Vorsitzenden Dr. Richard Steer vom 4.12.1961, S. 2.

³⁵¹ BArch, B 137, Akte 15547, Interner Vermerk des BMG, Referat I 8, Betr.: Verband Deutscher Studentenschaften, 24.11.1961, S. 1 f.

hinsichtlich des AGSF abzusehen. Andernfalls, so weitergehende Überlegungen in Absprache mit dem im VDS einflussreichen BMI, wollte das Ministerium die Finanzierung des AGSF einstellen und es in einen eingetragenen Verein überführen, also aus den studentenschaftlichen Strukturen endgültig herauslösen.³⁵² Der VDS-Vorstandsvorsitzende Steer erklärte sich dem BMG gegenüber und beharrte dezidiert auf dem Recht des Verbandes, auch weiterhin »alle Möglichkeiten durchzudenken, die für eine Lösung des deutschen Problems in Frage kommen könnten«.³⁵³ Hinsichtlich des AGSF versprach der VDS-Vorstand dem BMG zwar, dass dessen Handlungsbefugnisse auch nach einer Reorganisation der Verbandsämter »in keiner Weise« beschränkt werden sollten, wies aber auch demonstrativ darauf hin, dass der Vorstand auf seiner »Organisationsgewalt im Gesamtbereich des VDS« bestehen würde.³⁵⁴

Weil der VDS-Vorstand diese Offerte ausschlug, leitete das BMG Maßnahmen ein, das AGSF aus den Organisationsstrukturen des VDS herauszulösen.³⁵⁵ Dass das Ministerium diesen Schritt erst 1962 vollzog, obwohl sich die studentenschaftlichen Organisationsformen des AGSF in der Vergangenheit mehrfach als »hinderlich erwiesen« hatten, hing direkt mit den Folgen des Mauerbaus zusammen.³⁵⁶ Nur aus Rücksichtnahme gegenüber den ungemein wertvollen Kontakten, die das AGSF zu den Studenten in der DDR besaß, hatte das BMG bis dahin davon abgesehen, das Amt aus seinem hochschulpolitischen Umfeld herauszulösen. Doch durch die »Ereignisse vom 13. August 1961 in Berlin« musste »auf diese Imponderabilien keine Rücksicht mehr genommen« werden, wie das Ministerium intern freimütig bekannte.³⁵⁷ Die Einschätzung verdeutlicht einmal mehr, welchen hohen Stellenwert die Ostarbeit und ihre Recherchen nicht nur für die Amerikaner, sondern auch für das BMG besessen hatten. Von der Überführung in einen Verein erhoffte sich das Ministerium zuvorderst, das bis dahin gewonnene, überaus wertvolle Wissen des AGSF stärker auszuwerten und mehr als bislang in die Arbeit des Ministeriums einzubeziehen.³⁵⁸ Da auch der VDS sich 1962 schließlich nicht gegen die Umwandlung des AGSF in einen Verein bzw. in ein Institut sperrte, nahmen die Planungen an Fahrt auf: Nachdem zuvor rechtliche Bedenken ausgeräumt worden waren und Staatssekretär Franz Thedieck der Bezeichnung »Zentralstelle für gesamtdeutsche

³⁵² Ebd., S. 2.

³⁵³ BArch, B 137, Akte 15547, Schreiben des VDS-Vorstandsvorsitzendem Dr. Richard Steer an Staatssekretär Thedieck vom 12.12.1961, S. 3 f.

³⁵⁴ Ebd.

³⁵⁵ BArch, B 137, Akte 15547, Schreiben der Abt. an das Referat Z 2 in Bonn vom 16.3.1963, Betr.: Verband Deutscher Studentenschaften hier: Gesamtdeutsches Referat – Örtliche Prüfung der Geschäftsstelle, S. 1.

³⁵⁶ Ebd.

³⁵⁷ Ebd.

³⁵⁸ Ebd.

Hochschulfragen e.V.« zugestimmt hatte, leiteten VDS und BMG im Juli 1963 die Umwandlung des AGSF ein.³⁵⁹ Der eingetragene Verein sollte seinen Sitz in West-Berlin nehmen und laut Vereinszweck das Hochschulwesen der DDR empirisch erforschen und die bundesdeutsche Öffentlichkeit über die dortigen Vorgänge, etwa mittels der weiterhin erscheinenden *Hochschul-Informationen*, unterrichten. Auch die Unterstützung und Betreuung von aus politischen Gründen in Not geratenen Professoren, Dozenten und Studenten in der DDR blieb erklärtes Ziel der Vereinsarbeit.³⁶⁰ Hierzu zählte auch weiterhin die Begutachtung geflohener Studenten und Professoren. Wie in der Anfangszeit des AGSF umfasste die Flüchtlingsbetreuung auch die Bezuschussung der gefahrenbedingten Übersiedlung von Flüchtlingen von West-Berlin in die Bundesrepublik per Flugzeug.³⁶¹ Rund 400.000 D-Mark standen dem Verein für seine Tätigkeiten zur Verfügung, was das Budget des AGSF deutlich überstieg.³⁶²

Doch nicht nur hinsichtlich des Aufgabenspektrums blieben die Verantwortlichen den ursprünglichen Geboten von Seeshaupt treu. Auch in struktureller und personeller Hinsicht wurde größtmögliche Kontinuität gewahrt. Über die Vereinszwecke wachte eine überschaubar kleine Mitgliederversammlung – ein »Kranz von Oldtimern«, wie die Studentenzeitung *Colloquium* dazu spitz bemerkte.³⁶³ Zu ihren Mitgliedern zählten die Alt-AGSFler Lieselotte Berger und Dietrich Spangenberg, der – nunmehr im Amt des Senatsdirektors – auch zum ersten Vorsitzenden der Mitgliederversammlung gewählt wurde. Mit dabei waren neben den AGSF-Mitarbeitern Edmund Mattig und Martin Quell auch der VDS-Vorsitzende Lothar Krappmann. Das BMG ließ sich durch Oberregierungsrätin Lieselotte Pieser vertreten.³⁶⁴ In den Studentenschaften nahm man die Umwandlung des AGSF offenbar nur wenig, teilweise aber auch mit Erleichterung zur Kenntnis, weil das AGSF 1963 immer noch im Ruf stand, VDS-Interna an das BMG weiterzugeben.³⁶⁵ Die Studentenpresse übergang das Ereignis weitgehend, auch weil die Öffentlichkeit erst zwei Monate später durch eine unscheinbare dpa-Meldung über den Vorgang aufgeklärt wurde. Ein derart geräuschloser Übergang war vom VDS-Vorstand und dem BMG gleichermaßen durchaus gewünscht worden, damit der Vorgang nicht als symptomatisch für eine Abkehr des VDS von der Deutschlandpolitik und den gesamtdeutschen Stu-

³⁵⁹ BArch, B 137, Akte 15547, Schreiben des BMG, Abt. II an den geschäftsführenden Leiter des GR, Martin Quell, vom 16.7.1963.

³⁶⁰ BArch, B 137, Akte 15547, Satzung der Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen e.V., S. 2.

³⁶¹ Rohwedder, VDS, S. 100.

³⁶² Ebd.

³⁶³ »ein kranz von oldtimern«, in: *Colloquium* (1964), Nr. 2, unpaginiert.

³⁶⁴ BArch, B 137, Akte 15547, Protokoll über die am 11. November 1963 stattgefundene Gründungsversammlung der »Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen«, S. 1.

³⁶⁵ Zeitzeugeninterview mit Lothar Krappmann am 7.4.2021.

dententfragen interpretiert werden würde.³⁶⁶ Gleichwohl war die Abwicklung des AGSF sichtbarer Ausdruck davon, dass der antikommunistische und deutschlandpolitische Konsens in den Studentenschaften nicht mehr existierte. Debatten um Wehrpflicht und Wiederaufrüstung, aber auch die Konsolidierung der deutschen Zweistaatlichkeit und die medial stärker rezipierten Stellvertreterkriege der bipolaren Weltordnung forcierten eine Links-rechts-Polarisierung unter den Studenten, die den VDS als hochschulpolitische »Kompromissmaschine« lahmlegte. Profiteure und Antreiber dieser Entwicklung waren die parteipolitischen Hochschulgruppen wie der SDS, LSD und RCDS. Diese sollten von nun an den Ton angeben und die Studenten der Bundesrepublik und West-Berlins in die turbulenten und studentengeschichtlich bedeutsamen 1960er-Jahre führen.

³⁶⁶ »ein kranz von oldtimern«, in: Colloquium (1964), Nr. 2, unpaginiert. Dies bestätigt auch Lothar Krappmann im Zeitzeugeninterview am 7.4.2021.

Fazit

Die Gründung des AGSF bzw. des »Referates Ost« war eine Reaktion der im VDS vereinigten westdeutschen Studentenvertreter auf die gewaltsame Zerschlagung der freien studentischen Selbstverwaltung in der SBZ/DDR. Zugleich diente sie dem Verband als Demonstration des gesamtdeutschen Anspruchs und sollte für die westdeutschen Studentenschaften in einer Brückenfunktion die Verbindungen zu den Kommilitonen in der SBZ/DDR erhalten. Mit den »Seeshaupter Beschlüssen« von 1949 gab sich der Verband eine deutschlandpolitische Doktrin, die einerseits auf strikte Nichtanerkennung der FDJ-Studentenräte in der SBZ/DDR setzte, andererseits informelle Verbindungen zu den Studenten der DDR ausdrücklich befürwortete. In diesem eigentümlichen Spannungsfeld zwischen Abgrenzung und Hinwendung bewegten sich VDS und AGSF mithin in ihren Aktivitäten rund um die »gesamtdeutschen Studentenfragen« in den nachfolgenden Jahren.

Kaum weniger bedeutsam als die Seeshaupter Beschlüsse war der Beschluss der AStA-Vorsitzenden im September 1950, die Ziele und Präsenz der FDJ an den Universitätsstandorten und der studentischen Selbstverwaltung zu ächten. Dieser Ächtungsbeschluss ergänzte die äußere Abgrenzung der Seeshaupter Beschlüsse durch eine innere Abgrenzung gegen den »inneren Feind« und markierte die Geburtsstunde eines umfassenden studentischen Antikommunismus in der Bundesrepublik.

In der antikommunistischen Abwehrarbeit, die diesem Beschluss folgte, wurde deutlich, wie stark AGSF und Verband die kommunistische Gefahr an den Universitäten überschätzten. Systematische Sabotage gegen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen aus der Illegalität, für die das AGSF Indizien zu haben glaubte, führte die FDJ auch nach ihrem Verbot nicht durch. Weit davon entfernt eine echte hochschulpolitische Kraft im Bundesgebiet zu sein, fristeten die FDJ-Hochschulgruppen schon vor ihrem Verbot ein marginalisiertes, randständiges Dasein an den westdeutschen Campus. Ihr größter Erfolg bestand darin, ein imaginäres Bedrohungspotential vorzugaukeln, was zwar realistischen Betrachtungen nicht standhielt, aber die Entstehung und Ausbreitung eines antikommunistischen Konsenses an den Campus mit beförderte.

Für die Formierung der AStA zu einer antikommunistischen Wagenburg erwiesen sich die Dachverbandstrukturen des VDS als vorteilhaft. Erst unter dem Dach des VDS vereint, konnten die einschlägigen Beschlüsse, etwa zur Ächtung der FDJ oder zur Ablehnung offizieller Kontakte zu FDJ-Studentenfunktionären, überhaupt

allgemeine Gültigkeit für die Hochschulpolitik erlangen. Treibende Kraft bei der Ausbreitung dieses studentischen Antikommunismus im Bundesgebiet waren vor allem die West-Berliner Studentenvertreter. Unter dem Vorstandsvorsitz des Berliner Horst Rögner-Francke übernahm der Verband die strikte deutschlandpolitische Haltung der Berliner Studentenschaft, räumte dem Kampf gegen den Kommunismus hohe Priorität ein und protegierte das AGSF nach Kräften. Der antikommunistische Konsens in den Studentenschaften, die Deutschlandpolitik des VDS, welche das AGSF alltagspraktisch umsetzte, wurde demnach nicht »von oben« aufoktroyiert, sondern durch den hochschulpolitischen Diskurs definiert und war stets vom Mehrheitsvotum der frei gewählten Studentenvertreter abhängig.

Eine zentrale Rolle spielten dabei stets die Flüchtlingsstudenten aus der DDR. Sie stellten das Gros der AGSF-Mitarbeiter und offenbar auch der AStA-Referenten für gesamtdeutsche Studentenfragen. Besonders Letztere hatten maßgeblich daran Anteil, an den Universitäten vor Ort die Einhaltung des deutschlandpolitischen Verbandskurses zu überwachen und die antikommunistischen Abwehrmaßnahmen umzusetzen. Ebenso war die Studentenschaft der Freien Universität Berlin, Entstehungs- und Lebensraum des AGSF, geprägt von den Flüchtlingsstudenten aus der DDR, die bis Mitte der 1950er-Jahre die Mehrheit der immatrikulierten Studenten stellten. Geformt von deren Flucht- und Repressionserfahrungen, bekam der studentische Antikommunismus ein empirisches Antlitz, um hier das Konzept von Andreas Wirsching zur Typologisierung des Antikommunismus anzuwenden. Diesem empirischen Antikommunismus war nicht nur eigen, dass seine soziale Trägerschaft häufig aus Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft oder ehemaligen Anhängern oder Sympathisanten bestand. Kennzeichnend war ebenso, dass diese sich linksliberalen oder sozialdemokratischen Denkmustern nicht kategorisch verschlossen und eine erkennbare Distanz zu rechtsradikalen Strömungen pflegten, deren Antikommunismus wiederum meist rein funktionaler oder ideologischer Natur war. Diese Distanz war auch beim VDS und AGSF erkennbar, wie etwa das frühzeitige Bekenntnis zu den Attentätern des 20. Juli 1944 oder der Kampf gegen die – keineswegs durchgängig rechtsradikalen – schlagenden Verbindungen belegt. Züge eines postnazistischen oder nationalkonservativen Kontinuitäts-Antikommunismus hingegen wies der studentische Antikommunismus nicht auf. Auch »außerdemokratische Motivationsmuster«, wie die Forschung bisweilen sie für die KgU nachgewiesen haben will, sind den führenden Mitarbeitern des AGSF und VDS nicht nachzuweisen.¹ Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass das AGSF im Kampf gegen den kommunistischen Gegner maßgeblich auf inhaltliche Auseinandersetzung und weniger auf repressive Methoden oder polemische Rhetorik setzte. In der Öffentlichkeitsarbeit wurde fast durchgängig eine nüchtern-sachliche, dezidiert unpolemische

¹ Zu den »außerdemokratischen Motivationsmustern« in der KgU siehe: Heitzer, KgU, S. 142.

Tonart angeschlagen. Die Berichterstattung der *Hochschul-Informationen*, Hausorgan des AGSF, stützte sich stark auf Originalquellen, Verordnungen und Gesetzestexte aus der DDR. Selbst im Jahr 1951, immerhin dem zeitlichen Höhepunkt der bundesdeutschen »red scare«, sprachen sich AGSF und VDS ausdrücklich gegen ein Verbot der FDJ aus und plädierten für eine mehr inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gegner, die eine kritische Würdigung marxistischer Philosophie sogar ausdrücklich miteinschloss. Der studentische Antikommunismus war kein umfassender Antimarxismus, sondern mithin eine sichtbare Erscheinungsform jener »intellektuell anspruchsvollen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus«, die Bernd Faulenbach vor allem bei Renegaten wie Margarete Buber-Neumann, Wolfgang Leonhard oder Manes Sperber konstatierte.²

Durch einen stabilen antikommunistischen Konsens in den Studentenschaften gestärkt, begann ab 1950/51 der Aufstieg des AGSF. Von der Betreuung der Flüchtlingsstudenten als Erstaufgabe ausgehend, erschloss sich das »Amt« nach und nach weitere Tätigkeitsbereiche – darunter die Ostarbeit, die Abwehr und Ermittlung kommunistischer Infiltrationsversuche sowie die umfangreiche Informations- und Aufklärungsarbeit gegenüber der (studentischen) Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland. Ähnlich wie die KgU verzahnte das AGSF seine karitativen Arbeitsbereiche eng mit der nachrichtendienstlichen Informationsgewinnung. Begünstigt wurde dieser rasche Aufstieg durch die Zusammenarbeit des Amtes mit dem BMG und amerikanischen Stellen, die sich auffallend arbeitsteilig gestaltete. Unterstützte Bonn das AGSF vorrangig bei seinen Aufklärungs- und Abwehraktivitäten im Bundesgebiet, fiel die Finanzierung der nachrichtendienstlichen, operativen Ostarbeit nahezu vollständig in das Ressort der amerikanischen Partner. Gerade die sicherheitspolitisch hochsensible Arbeit auf DDR-Gebiet, von West-Berlin ausgehend, wäre ohne die Rückversicherung der dort tonangebenden Amerikaner kaum zu gewährleisten gewesen. Umgekehrt ermöglichte die Beteiligung amerikanischer Stellen bei der Finanzierung der Ostarbeit dem gesamtdeutschen Ministerium, das Verbot des Bundeskanzleramtes hinsichtlich Aktivitäten auf DDR-Territorium elegant zu umgehen. Dabei ist unstrittig, dass sich BMG und Amerikaner keineswegs gegen den Willen des Verbandes des AGSF bemächtigten, wie in östlichen Quellen bisweilen vermutet wurde. Unter dem Vorbehalt, dass in dieser »epistemischen Gemeinschaft« (Peter M. Haas) von antikommunistischen Akteuren in West-Berlin eine Antwort auf die Frage nach Koch und Kellner kaum trennscharf herausgearbeitet werden kann: Unzweifelhaft war das AGSF anfangs aus eigener Initiative sowohl an den HICOG als auch an das BMG herantreten, um die Finanzierung seiner Flüchtlingsarbeit sicherzustellen.

² Bernd Faulenbach: Antikommunismus, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.5.2017.

Ab 1954 schwächte sich der antikommunistische Konsens in den westdeutschen Studentenschaften spürbar ab, was sich nachteilig auf die Arbeit des AGSF auswirkte. Besonders die operative Ostarbeit auf DDR-Gebiet war zumindest ihrem Umfang nach rückläufig und litt zudem spätestens seit der Affäre um den verhafteten Kurier Hoffmann unter der schwindenden Akzeptanz der Studentenvertreter. Auch die antikommunistische Abwehrarbeit an den Universitäten, die Registrierung verdächtiger Studenten, wurde offenbar weitgehend eingestellt, nachdem die Fokussierung auf Wiederbewaffnungsgegner aus dem evangelischen Milieu durch das AGSF auf heftige Kritik in den Studentenschaften gestoßen war. Überdies ist in diesem Zusammenhang davon auszugehen, dass sich Polizei- und Verfassungsschutzbehörden nach 1952 etabliert hatten und auf Zulieferdienste von Gruppen und Institutionen wie dem AGSF weniger angewiesen waren. Die Überprüfung von Flüchtlingsstudenten sowie die Informationsarbeit im Bundesgebiet und im westlichen Ausland hingegen nahmen ab 1952 an Intensität zu. Vor allem die arbeitsintensive Beteiligung im Bundesnotaufnahmeverfahren, die maßgeblich unter Mithilfe des BMG zustande gekommen war, wertete das AGSF zu einer quasistaatlichen Institution auf.

Als VDS-Verbandsorgan eng an den Mehrheitswillen dessen beschlussfassender Gremien gebunden, litten die Handlungsspielräume des AGSF stark unter den deutschlandpolitischen Kontroversen und Kursschwankungen, die ab 1954 den Verband bestimmten. Enttäuscht von der Ergebnislosigkeit der »Politik der Stärke« und die Bedeutung des »Neuen Kurses« in der DDR kurzzeitig fehldeutend, wuchs in den Studentenschaften die Kritik an der rigiden Auslegung der Seeshaupter Beschlüsse. Hatten bis dahin die Berliner Studentenschaften die deutschlandpolitische Debatte im Verband dominiert, waren nun vor allem deren Kritiker aus Frankfurts und Göttingens AStA hörbar. Über ihre Studentenzeitungen starker Reichweite griffen sie die Politik des AGSF als zu staatsnah und unergiebig an, kritisierten die Auslegung der Seeshaupter Beschlüsse und forderten stattdessen mehr deutsch-deutsche Studentenkontakte. Zwar gelang es dem AGSF und seinen Unterstützern stets, die ursprünglichen deutschlandpolitischen Leitlinien des Verbandes zu verteidigen, doch im Rahmen der Kompromissfindung ging das AGSF auf seine Kritiker insofern zu, als dass es mehr deutsch-deutsche Kontakte auf privater Ebene befürwortete. Die gesamtdeutschen Studentenkontakte, die ab 1955 bis zum Westreiseverbot von DDR-Studenten im Jahr 1957 stattfanden, ließen beide Seiten ernüchtert zurück. Die Strategie der FDJ, über gesamtdeutsche Studentenkontakte linksprotestantische oder sozialdemokratische AStA-Angehörige in ihrem Sinne zu beeinflussen und eine steuerbare, verbandsinterne deutschlandpolitische Opposition gegen den Vorstand zu forcieren, schlug weitgehend fehl. Die gewonnenen Kontakte erwiesen sich als beliebig und wenig wertvoll. Die AStA reagierten letztlich ablehnend auf Offerten und verweigerten den Gästen in den AStA-Sitzungen das Rederecht. Auch in den Begegnungen mit SDS-Studenten trafen die FDJ-Delegationen an den bundesstaat-

lichen Universitäten auf eine gründlich gewandelte Sozialdemokratie, die sich der gemeinsamen marxistischen Traditionsbestände weitgehend entledigt hatte und bei der antikommunistisch motivierte Flüchtlingsstudenten ortswise tonangebend waren. Umgekehrt zerstörten die gesamtdeutschen Studententreffen bei vielen bundesdeutschen Gastgebern Illusionen über die Möglichkeit einer inhaltlichen Annäherung durch offene Gesprächsführung. Die zuvor sorgsam ausgewählten und überwachten Kader zeigten sich nicht willens oder von der Überwachung zu sehr beeinträchtigt, um in jenen offenen Diskurs einzusteigen, den sich die Gastgeber erhofft hatten und den sie – als Bürger eines demokratischen Gemeinwesens – gewohnt waren.

Gleichwohl hatten die deutschlandpolitischen Kursschwankungen des Verbandes den Zorn der Amerikaner provoziert, die sich daraufhin, und nicht auf Druck der Bundesregierung, wie bislang vermutet, aus der finanziellen Förderung des VDS und des AGSF zurückzogen. Wengleich das BMG die finanziellen Verluste ausglich, weil es vor dem Hintergrund der Studentenproteste in Greifswald 1955 weiterhin von den nachrichtendienstlichen Tätigkeiten des AGSF profitieren wollte, schwächte die fehlende Rückendeckung der Amerikaner die operative Arbeit auf dem Gebiet der DDR. Das Ende der Zusammenarbeit mit amerikanischen Stellen verdeutlicht zugleich die Grenzen externer Versuche der Einflussnahme auf den VDS. Hartnäckig und mit dem Entzug der finanziellen Zuwendungen drohend, hatte die Foundation den deutschland- und europapolitischen Kurs des Verbandes zu steuern versucht und schreckte dabei offenbar auch nicht vor der Denunziation einzelner Studentenfunktionäre beim Bundesinnenministerium zurück. Hinweise auf Eingriffe in das Abstimmungsverhalten bei den Mitglieder- und Delegiertenversammlungen, die letztlich allein den politischen Kurs des VDS bestimmten, finden sich jedoch nicht. Wie sich Verband und Studentenschaften in deutschlandpolitischen Fragen positionierten, wurde im demokratischen Diskurs unter den gewählten Studentenvertretern ausgehandelt: Das ließ sich dadurch letztlich gar nicht von externen Akteuren steuern und verhinderte somit auch die totale Abhängigkeit des AGSF von diesen.

Obwohl die Ostarbeit ab Mitte der 1950er-Jahre immer weniger eine Rolle spielte, nahmen MfS und FDJ das AGSF ab 1954/55 dennoch stärker in ihr Visier. Ihre »konzentrierten Schläge« der Jahre 1954 bis 1957 setzten dem ohnehin ausgezehrten Kurier- und Informantenapparat stark zu. Darüber hinaus erzeugten Stasi und FDJ mittels gezielter Gegenpropaganda eine Drohkulisse, die sich vor allem persönlich gegen führende AGSF-Mitarbeiter richtete. Entführungsaktionen wurden zwar akribisch und mit offenbar hohem Ressourcenaufwand geplant, aber anders als etwa beim »Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen« nicht mehr durchgeführt. Die Intensität der Attacken von MfS und FDJ hing dabei nicht vom Verhalten des AGSF ab, sondern korrelierte offenbar mit den deutschlandpolitischen Strategien und machtpolitischen Erwägungen des SED-Regimes.

Der Schock des 17. Juni 1953, das Scheitern der Berliner Außenministerkonferenz von 1954 und die Westintegration der Bundesrepublik, aber auch die Berlin-Krise 1958 verdeutlichten die Konsolidierung der deutschen Zweistaatlichkeit. Die kontaktorientierte FDJ-Westarbeit wurde daher von einer Politik schroffer Abgrenzung abgelöst, die wiederum ein härteres Vorgehen des Regimes gegen »Agentenzentralen« wie den AGSF forcierte. Überdies dienten die Attacken gegen das AGFS in Medien und Propagandaorganen, etwa dessen Darstellung als Drahtzieher der studentischen Herbstunruhen 1956 an der Humboldt-Universität, einer Feindbilderziehung und inneren Stabilisierung, welche die restriktiven Westreisebeschränkungen für Studenten ab 1957 flankierten. Auch als das MfS im Nachgang der Tauwetterperiode seine Präsenz an den Universitäten und in der Intelligenz verstärkte, dienten die medialen Angriffe auf das AGSF als Begleitmusik und waren weniger auf dessen tatsächliches Bedrohungspotential zurückzuführen.

Der Niedergang des AGSF als hochschulpolitische Institution, der ab 1957 einsetzte, war jedoch weniger ein Erfolg des östlichen Gegners, sondern in erster Linie auf hochschulpolitische Paradigmenwechsel im studentischen Milieu zurückzuführen. Mit dem Entstehen der »Neuen Linken« 1957/58 an den Universitäten entfremdeten sich AGSF und Studentenschaften immer mehr voneinander. Die scharfe Links-rechts-Polarisierung in der Hochschulpolitik, die 1964 mit der sogenannten Höchster Koalition aus SDS, LSD und ESG ihren Höhepunkt finden sollte, brachte den VDS als hochschulpolitische »Kompromissmaschine« an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Ebenso löste sich dadurch der antikommunistische Konsens als vorherrschendes Strukturprinzip bundesdeutscher Hochschulpolitik endgültig auf.

Eine neue Studentengeneration übernahm im VDS die Führung, die sich in den zunehmend einander verfeindeten parteipolitischen Hochschulgruppen wie dem RCDS, dem LSD und dem SDS organisierten und den »gesamtdeutschen Studentenfragen« nicht mehr die Priorität von einst einräumen wollte. In den Erfahrungswelten der meist nach 1930 geborenen Studentenvertreter war der Kampf gegen die Wiederaufrüstung und Wehrpflicht und für eine angemessene soziale Teilhabe der Studenten am westdeutschen Wirtschaftswunder mindestens so relevant wie die »deutsche Frage«. Überdies schenkten die politisch interessierten Studenten den Befreiungskämpfen der sogenannten Dritten Welt zunehmend mehr Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang schwand auch die Bereitschaft studentenpolitischer Akteure, sich eindeutig auf die Seite des Westens zu schlagen, solange dessen Leitmächte umstrittene militärische Aktionen in Vietnam oder Algerien durchführten. Staatlichen Einmischungen in die Hochschulpolitik immer skeptischer gegenüberstehend, unternahm der Verband ab 1957 mehrere Anläufe, das AGSF enger an den Vorstand anzubinden bzw. aus dem Verband herauszulösen. Vor diesem Hintergrund zog sich das »Gesamtdeutsche Referat für Schüler und Studenten«, wie das AGSF ab 1957 in degradierender Manier hieß, stärker in das Tätigkeitsfeld der

politischen Bildung zurück. Doch auch auf diesem Gebiet kam es ab 1958 vermehrt zu Konflikten mit der Verbandsführung über den Inhalt der Bildungsseminare, die immer mehr den Charakter politisch indifferenter Marx-Lesekreise angenommen hatten und, anders als wenige Jahre zuvor, kaum noch der antikommunistischen Aufrüstung dienten. Mit dem Bau der Mauer rissen die letzten Verbindungen des AGSF zu jenen »freiheitlichen Studenten der Sowjetzone« endgültig ab, zu deren Unterstützung das Referat Ost einst gegründet worden war. Seiner »human-intelligence-resources« beraubt, blieb dem AGSF nur noch die arbeitsintensive wie kostspielige Auswertung offen zugänglicher Quellen. Damit war es jedoch nur noch wenig attraktiv für das BMG, das befreiungspolitischen Operationen ab 1957 ohnehin immer skeptischer gegenüberstand. Ohne Zugang des AGSF zu den Studenten der DDR gab es für das BMG auch keinen Grund mehr, auf die Einbindung des AGSF in den VDS und die Studentenschaften Rücksicht zu nehmen. Deshalb arbeitete das Ministerium spätestens ab 1962 gezielt darauf hin, das AGSF aus den Verbandstrukturen herauszulösen und in einen eigenen, an das BMG angebundenen Verein zu überführen. Im November 1963 schließlich wurde das AGSF in die »Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen« umbenannt und als formal selbstständiger Verein in das »Gesamtdeutsche Institut« überführt. Gesamtdeutsche Studentenfragen wurden damit zum Spezialgebiet staatlich angestellter »Ostspezialisten«, deren Arbeit auch weiterhin das Interesse der DDR-Sicherheitsbehörden gelten sollte. Doch der Zeitabschnitt, in dem die bundesdeutschen Studentenschaften in einem Dachverband vereint und auf Basis eines antikommunistischen Konsenses für ein freies, demokratisches und wiedervereintes Deutschland eintraten, war damit beendet. Anders als in früheren politischen Aufbrüchen und Revolutionen im deutschen Raum, kam bei der friedlichen Revolution und Wiedervereinigung 1989/90 den Studenten(vereinigungen) in beiden deutschen Staaten kaum eine Bedeutung zu.

Anhang

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalien und ungedruckte Quellen

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde

- SAPMO-BArch, DY/24 Freie Deutsche Jugend
- Berlin Document Center

Bundesarchiv Koblenz

- B 137 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
- B 150 Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
- B 166 Verband Deutscher Studentenschaften
- B 204 Liberaler Studentenbund Deutschlands
- B 285 Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BSTU)

- Diverse Einzelsignaturen

Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP), Sankt Augustin

- Nachlass Peter Scholz, 01-296-001/2

Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin

- AStA
- Konvent
- Rektorat
- Studentenakte Carl Heinz Evers
- Studentenakte Lieselotte Berger

Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin

- Rektorat
- Studentenakte Dietrich Spangenberg

Universitätsarchiv Mainz

- Bestand 40, AStA

Privatarchiv Wilfried Seiring

- Stellungnahme des AGSF zur Flucht Wilfried Seirings **für das BNAV**

Zeitzeugeninterviews

Lothar Krappmann, 7.4.2021

Klaus Meschkat, 9.1.2017

Helmut Reihlen, 9.9.2017

Wilfried Seiring, 8.3.2016

Zeitungen und Zeitschriften

Academia. Zeitschrift des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen

Colloquium

Der Kurier

Der Spiegel

Deutsche Studentenzeitung

Diskus. Frankfurter Studentenzeitung

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Forum

Göttinger Universitätszeitung

Hamburger Studentenzeitung

Hochschul-Informationen

Konkret

New York Times

Notizen. Tübinger Studentenzeitung

Unser Mecklenburg. Zeitung für Mecklenburger und Vorpommern

Gedruckte Quellen, Memoiren und Forschungsliteratur

Albrecht, Willy: Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, Berlin (West)/Bonn 1985.

Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994.

Allen, R. Keith: Befragung, Überprüfung, Kontrolle. Die Aufnahme von DDR-Flüchtlings in West-Berlin bis 1961, Berlin 2013.

- Allen, R. Keith: *Interrogation Nation. Refugees and Spies in cold war Germany*, London 2017.
- Ammer, Thomas: *Die Gedanken sind frei. Widerstand an den Universitäten 1945 bis 1961*, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995, S.142–162.
- Amos, Heike: *Die Westpolitik der DDR 1949 bis Mitte der 1960er Jahre. Institutionelle Voraussetzungen, Apparate und politische Konzeptionen*, in: Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. *Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik*, München 2014, S. 43–59.
- Arndt, Melanie: *Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948 bis 1961 (= Zeithistorische Studien, Bd. 43)*, Köln u.a. 2009.
- Auerbach, Thomas/Braun, Matthias/Eisenfeld, Bernd/Prittowitz, Gesine von/Vollnhals, Clemens: *Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. – MfS-Handbuch. Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“*, Berlin 2008.
- Bark, L. Dennis: *Die Berlin-Frage 1949–1955. Verhandlungsgrundlagen und Eindämmungspolitik*, Berlin (West)/New York 1972.
- Baur, Tobias: *Das ungeliebte Erbe. Ein Vergleich der zivilen und militärischen Rezeption des 20. Juli 1944 im Westdeutschland der Nachkriegszeit*, Frankfurt am Main 2007.
- Biefang, Andreas: *Der Gesamtdeutsche Ausschuss. Sitzungsprotokolle des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages 1949–1953*, Düsseldorf 1998.
- Bienert, Michael: *Zwischen Opposition und Blockpolitik. Die „bürgerlichen“ Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen (1946–1952)*, Düsseldorf 2016.
- Bohrmann, Hans: *Strukturwandel der deutschen Studentenpresse: Studentenpolitik und Studentenzeitschriften 1848–1974*, München 1975
- Bösch, Frank: *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart/München 2001.
- Buschfort, Wolfgang: *Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von CDU, SPD und FDP*, Berlin 2001.
- Classen, Christoph: *Antikommunismus in Film und Fernsehen der frühen Bundesrepublik*, in: Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. *Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik*, München 2014, S. 275–297.
- Coper, Helmut: *Freie Universität Berlin. Erinnerungen eines Gründungsstudenten, aufgezeichnet und bearbeitet von Petra Klein*, Berlin 2014.
- Creuzberger, Stefan: *Kampf gegen den inneren Feind. Das gesamtdeutsche Ministerium und der staatlich gelenkte Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. *Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik*, München 2014, S. 87–105.
- Creuzberger, Stefan: *Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges, 1949–1969*, Düsseldorf 2008.
- Creuzberger, Stefan: *Abschirmungspolitik gegenüber dem westlichen Deutschland im Jahr 1952*, in: Wettig, Gerhard (Hrsg.): *Die Sowjetische Deutschlandpolitik in der Ära Adenauer*, Bonn 1997, S. 12–37.
- Diedrich, Torsten/Wenzke, Rüdiger: *Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952 bis 1956*, Berlin 2001.
- Erhard, Volker/Josten, Ulrich/Juling, Peter/Möhring, Wolfgang (Hrsg.): *Einsatz für Freiheit und Demokratie. Beiträge zur Geschichte des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD)*, Jena/Quedlinburg 2001.

- Evers, Carl Heinz: Generationen lernen Frieden, in: Bernhard Nolz/Wolfgang Popp (Hrsg.): Erinnerungsbild. Grundlage einer Kultur des Friedens, Münster 2000, S. 11 – 23.
- Evers, Carl Heinz: Zwischen-Fälle. Begebenheiten aus Schule und Politik, Hamburg 1998.
- Fichter, Tilman/Lönnendonker, Siegfried: Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund 1946–1970, Bielefeld 2018.
- Franz, Corinna: „Wir wählen die Freiheit.“ Antikommunistisches Denken und politisches Handeln Konrad Adenauers, in: Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 145–161.
- Frey, Michael: Vor Achtundsechzig. Der Kalte Krieg und die Neue Linke in der Bundesrepublik und in den USA, Göttingen 2020.
- Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979.
- Fricke, Karl Wilhelm/Engelmann, Roger: Konzentrierte Schläge. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998.
- Foschepoth, Josef: Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2012.
- Gerlof, Kathrin: Gegenspieler. Karl-Eduard von Schnitzler – Gerhard Löwenthal, Frankfurt am Main 1999.
- Gerstengarbe, Sybille: Widerstand und Verfolgung an der Universität Halle, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt am Main 2011, S. 123–141.
- Giesecke, Jens: Die Stasi 1945–1990, München 2011.
- Gloe, Markus: Planung für die deutsche Einheit. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung 1952 bis 1975. Wiesbaden 2005.
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2004.
- Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich, Paderborn u.a. 1995.
- Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen 1949–1969, Frankfurt am Main 1994.
- Hechelhammer, Bodo: „On her Majesty’s Secret Service“: Heinz Felfe und seine nachrichtendienstliche Tätigkeit für den britischen Geheimdienst gegen die KPD (1947–1950), in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2016, S. 75–97.
- Heidemeyer, Helge: *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961: Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 100), Düsseldorf 1994.
- Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959 (= Zeithistorische Studien, Bd. 53), Köln u.a. 2015.
- Heß, Philip: Ein deutscher Amerikaner. Der kosmopolitische Demokrat Hans Simons, Göttingen 2016.
- Heydemann, Günther: Politische Resistenz und Verfolgung in der Leipziger Studentenschaft 1945 bis Anfang der 1950er-Jahre, in: Detlev Brunner/Marion Niemann (Hrsg.): Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung, Paderborn 2001, S. 255–280.
- Heydemann, Günther: Aufbruch in eine neue Gesellschaft. Die Geschichte der Studentenräte, in: Joachim Klose (Hrsg.): Ohnmacht der Studentenräte? Wolfgang Natonek und die Studentenräte nach 1945 an der Universität Leipzig, Leipzig 2010, S.35–61.
- Heydemann, Günther: Die gewaltsame Auflösung einer demokratischen Institution. Der Leipziger Studentenrat unter Wolfgang Natonek 1945–1948, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt am Main 2011, S. 43–61.
- Henze, Saskia/Knigge, Johann: Stets zu Diensten. Der BND zwischen faschistischen Wurzeln und neuer Weltordnung, Hamburg/Münster 1997.

- Herberg, Guntolf: Anpassen und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisen Jahren 1956/58, Berlin 2006.
- Herms, Michael: Hinter den Linien. Westarbeit der FDJ 1945–1956, Berlin 2001.
- Hikel, Christine: Sophies Schwester. Inge Scholl und die Weiße Rose, München 2013.
- Hochgeschwender, Michael: Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998.
- Hoffrichter, Arne: Verwaltung, Politik, Geheimdienste. Das Notaufnahmelager Uelzen-Bohl-damm im Prozess der Zuwanderung aus SBZ und DDR 1945-1963 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, Bd. 297), Göttingen 2018.
- Hurwitz, Harold: Der heimliche Leser. Die Zeitschrift der Monat und ihre Verbreitung in der DDR 1949 bis 1951, in: Siegfried Lokatis (Hrsg.): Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur, Berlin 2008, S. 122–140.
- Jaehne, Günter: Meine Kontakte zur Westberliner Studentenzeitschrift „Colloquium“ – oder: In der Nacht, als die Stasi kam ..., in: Tobias Kaiser/Heinz Mestrup (Hrsg.): Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945 bis 1989 (= Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflektionen zur Vergangenheitsklärung, Berlin 2012, S. 296–311.
- Jaspers, Karl: Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, München, 1949.
- Jenkner, Siegfried: Opposition, Widerstand und Verfolgung an den Universitäten in der SBZ und frühen DDR, in: Tobias Kaiser/Heinz Mestrup (Hrsg.): Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945 bis 1989 (= Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflektionen zur Vergangenheitsklärung, Berlin 2012, S.86–98.
- Jenkner, Siegfried: Vom demokratischen Neubeginn zur sozialistischen Umgestaltung der Universitäten in der SBZ und frühen DDR, in: Joachim Klose (Hrsg.): Die Belter-Gruppe. Studentischer Widerstand gegen das SED-Regime an der Universität Leipzig, Leipzig 2009, S. 31–47.
- Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999.
- John, Jürgen/Faludi, Cristian (Hrsg.): „Stellt alles Trennende zurück!“ Eine Quellenedition zum „Wartburgtreffen der Deutschen Studentenschaft Pfingsten 1948“ in Eisenach, Stuttgart 2010.
- Jordan, Carlo: Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung, Berlin 2001.
- Klausch, Hans-Peter: „Erziehungsmänner“ und „Wehrunwürdige“. Die Sonder- und Bewährungseinheiten der Wehrmacht, in: Norbert Haase/Gerhard Paul (Hrsg.): Die anderen Soldaten. Wehrkraftersetzung Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1995, S. 66–85.
- Kleefeld, Helge: „Wende zum Geist“?: Bildungs- und hochschulpolitische Aktivitäten der über-konfessionellen studentischen Korporationen an westdeutschen Hochschulen 1945 – 1961, Köln 2002.
- Klein, Michael: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Beiträge zur historischen Theologie, Tübingen 2005.
- Kleinen, Karin: Ringen um Demokratie. Studieren in der Nachkriegszeit. Die akademische Jugend Kölns (1945–1950), Köln u.a. 2005.
- Knabe, Hubertus: Die West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“, Berlin 1999.
- Körner, Klaus: „Die rote Gefahr“. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950–2000, Hamburg 2003.
- Kössler, Till: Die Grenzen der Demokratie. Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik, in: Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 229–251.

- Kössler, Till: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 143), Düsseldorf 2005.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957 (= Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 6), 3. Auflage, Berlin 2006.
- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die Protest-Chronik, 1949–1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, Band II: 1953–1956, Hamburg 1996.
- Krätzner-Ebert, Anita: Der Mauerbau und die Universitäten der DDR, in: Die Hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung, Nr. 1/2015, S. 12–23.
- Krönig, Waldemar: Studentische Existenz in Ost und West 1945–1961, in: Walter Kertz (Hrsg.): Technische Hochschulen und Studentenschaft in der Nachkriegszeit, Braunschweig 1995, S. 51–61.
- Krönig, Waldemar/Müller, Klaus: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961, Köln 1994.
- Kubicki, Karol/Lönnendonker, Siegward: Die Freie Universität Berlin 1948–2007. Von der Gründung bis zum Exzellenzwettbewerb, Göttingen 2008.
- Kubina, Michael: Ulbrichts Scheitern. Warum der SED-Chef nicht die Absicht hatte, eine „Mauer“ zu errichten, sie aber dennoch bauen ließ, Berlin 2013.
- Lenke, Michael: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln u.a. 2001.
- Lenke, Michael: Die „Gegenspiele“. Weltjugendfestival und FDJ-Deutschlandtreffen in der Systemkonkurrenz 1950–1954, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Die DDR und Europa. Zwischen Isolation und Öffnung, Münster 2006, S. 452–505.
- Lenke, Michael: Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961, Köln. u.a. 2011.
- Lienert, Matthias: Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989, Köln u.a. 2011.
- Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen, Köln u.a. 2006.
- Leugers-Scherzberg, H. August: Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition, Berlin/München 2002.
- Löffler, Bernhard: Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Thesen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.): Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007, S. 155–183.
- Löffler, Dietrich: Buch und Lesen in der DDR. Ein literatursoziologischer Rückblick, Berlin 2011.
- Lönnendonker, Siegward: Der Wandel der Studentenschaft. Die Freie Universität von 1948 bis zum Beginn der sechziger Jahre, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 22/2007, S. 34–41.
- Loos, Miriam: Antikommunistische und anti-antikommunistische Stimmen im evangelischen Kirchenmilieu. Die Debatte um Wiedervereinigung, Westbindung und Wiederbewaffnung, in: Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 199–215.
- Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 2002.

- Lutz, Dick van/Hansen, Georg (Hrsg.): Heute noch! Carl Heinz Evers. Eine politisch-pädagogische Biografie. Weinheim 1987.
- Maaß, Rainer: Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Braunschweig in der Nachkriegszeit, Husum 1998.
- Mähler, Ulrich: Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen“ zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der sowjetischen Besatzungszone, Paderborn u.a. 1995.
- Malycha, Andreas: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996.
- Malycha, Andreas: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30–31/2001, S. 14–21.
- Meyer, Till: Staatsfeind. Erinnerungen. Hamburg 1996.
- Mergel, Thomas: „The Enemy in Our Midst“. Antikommunismus und Amerikanismus in der Ära McCarthy, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 51 (2003), H. Nr. 3, S. 237–258.
- Merz, Kai-Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959, München 1987.
- Muhle, Susanne: Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2015.
- Muhle, Susanne: Vorsicht! Bei Einladung Menschenraub, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 64 (2016), H. 2, S. 161–176.
- Müller, Christina: Die Jungen Gemeinden in der DDR am Beispiel der evangelischen Studentengemeinde Halle, in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte (2003), Heft 13, S. 63–96.
- Müller, Hans-Peter: Umerziehung durch rote Bibliotheken. SED-Bibliothekspolitik 1945/46 bis zum Ende der 1960er Jahre, Berlin 2020.
- Müller, Herta: Mein Vaterland ist ein Apfelkern. Ein Gespräch, München 2014.
- Müller-Enbergs, Helmut: Die inoffiziellen Mitarbeiter, Berlin 2008.
- Müller, Marianne/Egon Erwin: „... stürmt die Festung Wissenschaft!“ Die Sowjetisierung der miteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1953.
- Oelgemöller, Simon: Karl Forster (1928–1981). Katholizismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn 2019.
- Otto, E. Detlev: Studenten im geteilten Berlin, Ein Bericht über die Beziehungen zwischen den Studentenschaften in Ost- und Westdeutschland 1945 bis 1958, Berlin (West) 1959.
- Rabehl, Bernd: Am Ende der Utopie. Die politische Geschichte der Freien Universität Berlin, Berlin (West) 1988.
- Reich, Hans/Rohwedder, Uwe: Von der Hilfe für Flüchtlinge zur Förderung der Teilhabegesellschaft – Geschichte der Otto Benecke-Stiftung e.V. 1965–2015, in: Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.): Integration stiften! – 50 Jahre OBS – Engagement für Qualifikation und Partizipation, Göttingen 2015, S.11 –65.
- Roggenbach, Frank: Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau, Berlin 2008.
- Röhl, Klaus-Rainer: Fünf Finger sind eine Faust. Erinnerungen, Köln 1974.
- Rohwedder, Uwe: Kalter Krieg und Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften in der frühen Bundesrepublik (1949–1969), Essen 2012.
- Rohwedder, Uwe: Terror gegen das Hochschulwesen der DDR? Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Jg. (2011), S. 91 – 103.
- Rohwedder, Uwe: Helmut Schmidt und der SDS. Die Anfänge des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes nach dem Zweiten Weltkrieg, Bremen 2007.
- Rott, Wilfried: Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990, München 2009.
- Rüthers, Bernd: Verräter, Zufallshelden oder Gewissen der Nation. Facetten des Widerstandes in Deutschland, Tübingen 2008.

- Sälter, Gerhard: *Phantome des Kalten Krieges. Die Organisationen Gehlen und die Wiederbelebung des Feindbildes „Rote Kapelle“*. Veröffentlichung der unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968, Berlin 2016.
- Schagen, Udo: *Widerstand gegen Partei- und Regierungsbeschluss – der Greifswalder Medizinstudentenstreik 1955*. Ein Beitrag zur Historiographie des Kalten Krieges. In: Heinz-Peter Schmiedebach/Karl-Heinz Spiess (Hrsg.): *Studentisches Aufbegehren in der frühen DDR. Der Widerstand gegen die Umwandlung der Greifswalder Medizinischen Fakultät in eine Militärmedizinische Ausbildungsstätte im Jahr 1955*, Stuttgart 2001, S. 59–103.
- Schollwer, Gregor: *Die DDR-Staatssicherheit und das Ostbüro der FDP*, in: *Deutschland-Archiv*, Januar/Februar 1996, S. 100–107.
- Schöne, Jens: *Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft*, Berlin 2005.
- Schmidt-Eenboom, Erich/Stoll, Ulrich: *Die Partisanen der NATO: Stay-Behind-Organisationen in Deutschland 1946–1991*, Berlin 2015.
- Shaw, Tony: *The Politics of Cold War Culture*, in: *Journal of Cold War Studies*, Jg. 3 (2001), S. 59–76.
- Schröder, Benjamin: *Gegen Hitler und Ulbricht. Zum Selbstverständnis von Studierenden der Freien Universität 1948–1968*, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.): *Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR*, Frankfurt am Main 2011, S. 165–191.
- Schulz, Tobias: *„Sozialistische Wissenschaft“*. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975), Köln/Weimar/Wien 2010.
- Spix, Boris: *Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957–1967*. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008.
- Steffens, Frauke: *„Innerlich gesund an der Schwelle einer neuen Zeit“*. Die Technische Hochschule Hannover 1945–1956, Stuttgart 2011.
- Steiner, André: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*. München 2004.
- Steininger, Rolf: 17. Juni 1953. *Der Anfang vom Ende der DDR*, München 2003.
- Stieglitz, Olaf: *„What I'd done was correct, but was it right?“ Öffentliche Rechtfertigungen von Denunziationen während der McCarthy-Ära*. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Jg. 4 (2007), S. 40–60.
- Stöver, Bernd: *Politik der Befreiung? Private Organisationen des Kalten Krieges. Das Beispiel Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU)*, in: Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): *„Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“*. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 215–229.
- Stöver, Bernd: *Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991*, Köln u.a. 2007.
- Szodrzynski, Joachim: *Entnazifizierung – am Beispiel Hamburgs*, Hamburg 2014.
- Tampe, Andreas: *Kultur und Medien*, in: Matthias Judt (Hrsg.): *DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Arbeitszeugnisse*, Berlin 1997, S. 293–363.
- Tent, James: *Freie Universität 1948 – 1988; eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen*, Berlin (West) 1988.
- Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) (Hrsg.): *Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten Professoren und Studenten, erweiterter, ergänzter und überarbeiteter Nachdruck der Dokumentation des Verbandes Deutscher Studentenschaften von 1962*, Rostock 1994.
- Verband Deutscher Studentenschaften. *Gesamtdeutsches Referat für Schüler und Studenten. Eine Dokumentation*, hrsg. von der Studentenkommission des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, ca. 1958

- Vos, Louis: Studentische Bewegungen, in: Walter Rüegg (Hrsg.) Geschichte der Universität in Europa, Bd. IV: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, München 2020, S. 249–283.
- Weber, Hermann: Geschichte der DDR, München 1999.
- Weberling, Johannes: Widerstand, Zerschlagung, Agonie und Neuaufbau. Die Christlich-Demokratische Hochschulgruppen in der SBZ/DDR, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt am Main 2001, S. 81–103.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. IV: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 – 1949, München 2008.
- Welsh, Helga: Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 229–239.
- Wentker, Hermann: Antikommunismus in der frühen Bonner Republik. Dimension eines zentralen Elements politischer Kultur im Ost-West-Konflikt, in: Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann, Dierk (Hrsg.): „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 355–371.
- Wentker, Hermann: Kirchenkampf in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950 bis 1953, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 42 (1994), H. 1, S. 95–127.
- Wettig, Gerhard: Der Aufstand des 17. Juni 1953 in der DDR, in: Manfred Agethen/Günter Buchstab (Hrsg.): Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock, Freiburg (Breisgau) 2003, S. 56–89.
- Wilke, Manfred: Der Weg zur Mauer, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): Eine Mauer für den SED-Staat. Berlin 1961 und die Folgen, Berlin 2012, S. 19–53.
- Will, Rosemarie: Die juristische Fakultät in der DDR, in: Stefan Grundmann/Michael Kloepfer/Christoph G. Paulus/Rainer Schröder/Gerhard Werle (Hrsg.): Festschrift 200 Jahre Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Geschichte, Gegenwart und Zukunft, Berlin/New York 2010, S. 797–849.
- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte. Vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000.
- Wirsching, Andreas: Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur, 1917–1945, in: Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung“ der Gesellschaft. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 15–29.
- Wölbern, Jan Philipp: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, Göttingen 2014.

Personenregister

- Ackermann, Anton 31, 37
 Adenauer, Konrad 89 f., 163, 176, 212, 222, 234
 Axen, Hermann 127
 Bauer, Fritz 112
 Benda, Ernst 59, 182
 Berger, Lieselotte 57–59, 254, 281
 Beute, Wolfgang 96, 237
 Brandt, Willy 257
 Brill, Hermann 137
 Buber-Neumann, Margarete 285
 Chruschtschow, Nikita 246 f., 252
 Coper, Helmut 57 f., 60, 69, 80, 111
 Diepgen, Eberhard 173
 Eckert, Thomas 140
 Epstein, Fritz 40 f.
 Erdmann, Horst 93
 Esch, Arno 23, 127
 Evers, Carl Heinz 18, 58, 60, 66, 75, 77–79,
 110 f., 125, 149 f., 152–154, 166, 171, 174,
 182, 213, 218, 255–257
 Evers, Herrmann 256 f.
 Fischer, Ruth 232
 Gassert, Phillip 123
 Glaszinski, Helmut 53
 Gollwitzer, Helmut 273
 Grohs, Gerhard 215
 Haas, M. Peter 285
 Hartwich, Horst 41
 Hess, Otto 43, 45, 73, 152
 Heuss, Theodor 240
 Hildebrandt, Rainer 153
 Himmler, Heinrich 187
 Hoffmeister, Heinz-Friedrich 259
 Honecker, Erich 224
 Hurwitz, Harold 145
 Jähne, Günter 141
 Jörsch, Wilhelm 258–259
 Kaiser, Jakob 110, 163, 169
 Karsen, Fritz 40
 Kennan, F. Georg 155
 Keußler, Arnulf von 215 f., 218 f., 239
 Koestler, Arthur 232
 Kogon, Eugen 78
 Kowalczyk, Ilko-Sascha 11, 19
 Krappmann, Lothar 281–282 f.
 Kress von Kressenstein, Hans 110
 Lehr, Robert 112 f.
 Lemmer, Ernst 253, 262
 Lenin, Wladimir Iljitsch 29, 163, 273
 Leonhard, Wolfgang 285
 Littell, Franklin 93, 121, 143, 239
 Löwenthal, Gerhard 59, 140
 Lüders, Marie-Elisabeth 66
 Marks, Albrecht 237 f., 240
 Marx, Karl 232
 Mattig, Edmund 75, 246, 281
 McCarthy, Robert 72, 165
 Meschkat, Klaus 154 f., 206, 260, 267–270, 272,
 276
 Mielke, Erich 146, 249–251
 Mochalski, Herbert 178, 263
 Natonek, Wolfgang 33–36, 39 f., 111, 127
 Niemöller, Martin 177 f., 263
 Pieser, Lieselotte 281
 Pollock, K. James 121
 Quell, Martin 281
 Redslob, Erwin 59
 Reihlen, Helmut 217, 260
 Reinhold, Johannes 96, 174
 Remer, Ernst Otto 112
 Reuter, Ernst 58, 110
 Rögner-Francke, Horst 57, 66, 68, 71–74, 79 f.,
 82, 94 f., 97, 111 f., 122, 125, 154, 160, 170,
 174, 182, 189, 238–240, 284
 Röhl, Klaus Rainer 212, 261
 Sawall, Edmund 218 f., 221 f., 224, 238
 Schmidt-Eenboom, Erich 143
 Schmidt, Helmut 159
 Scholl, Hans 110
 Scholl, Inge 110, 114
 Scholl, Sophie 110
 Scholz, Otto 160, 166
 Schoenberner, Gerhard 267
 Schröder, Richard 193
 Schwartländer, Johannes 71, 125
 Schwarz, Joachim 45, 73
 Seiring, Wilfried 26, 64, 194–197, 202
 Solotuchin, Pjotr 46
 Spangenberg, Dietrich 10, 57, 110, 112 f., 119,
 126 f., 136, 140, 143, 148, 153 f., 159, 186–

- 188,196–198, 206, 213, 217, 239, 241, 251,
254, 261, 277 f., 281
- Spangenberg, Gisela 261
- Sperber, Manes 285
- Stalin, Josef 191
- Steer, Richard 271, 279–280
- Steinhoff, Carl 201
- Stoll, Ulrich 143
- Stolz, Otto 45, 73
- Stroux, Johannes 201
- Thedieck, Franz 91, 94, 243 f., 275, 279, 280
- Thomas, Stephan 267
- Tillich, Ernst 59, 87, 148, 252
- Tillich, Paul 182
- Trotsky, Leo 232
- Tse –tung, Mao 71
- Turski, Werner 54
- Ulbricht, Walter 23, 28, 146, 193, 220
- Wehner, Herbert 105, 110, 163
- Wiedecke, Lothar 216 f.
- Wirsching, Andreas 13–15, 284
- Wittneben, Heinrich 154, 259–261, 269, 272,
278
- Wollweber, Ernst 254

Danksagung

Dissertationen gleichen bekanntlich Marathonläufen, die nur mit tatkräftiger Unterstützung gelingen können.

Zuallererst bedanke ich mich daher bei meinem Doktorvater Prof. Dr. Stefan Creuzberger. Er ließ mir eine fachliche und menschliche Betreuung zukommen, wie man sie sich nur wünschen kann. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Unterstützung und wichtige Anregungen erfuhr ich auch von meinem Zweitbetreuer Prof. Dr. Dierk Hoffmann sowie von Prof. Dr. Dominik Geppert. Dank schulde ich auch der Bundesstiftung Aufarbeitung, die das Dissertationsprojekt finanziell gefördert hat, sowie Herrn Dr. Ulrich Mählert und Frau Dr. Franziska Kuschel, die als wissenschaftliche Koordinatoren der Stiftung das Dissertationsvorhaben begleitet haben.

Die archivarischen Quellengrundlagen für das Forschungsvorhaben zusammenzutragen gelang mir nur mit Hilfe kundiger und hilfsbereiter Archivare. Pars pro Toto namentlich erwähnt seien hier Frau Josepha Schwerma und Herr Gerd Walter vom Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin, die mir den Weg durch die bisweilen unerschlossenen Bestände bahnten. Das gründliche Lektorat ist die Leistung von Erik Schneeweis, Christoph Roof, Astrid Volpert und Dr. Fred Mrotzek, dem ich zusammen mit Dr. Robert Zagolla auch die Aufnahme meiner Dissertationsschrift in der Reihe »Diktatur und Demokratie« im 20. Jahrhundert des BeBra Wissenschaft Verlags verdanke.

Zum Gelingen des Projektes beigetragen haben auch die anregenden Gespräche mit anderen Doktoranden und Historikern in meinem Umfeld, z. B. Erik Schneeweis und Victor-Manuel Lafuentes sowie Liam McArdle, Hanjost Dörken und Jean Baptiste Schönberger.

Besonders bedanken möchte ich mich bei den freiberuflichen Besucherreferenten der Gedenkstätte Hohenschönhausen, denen ich seit sechs Jahren anhöre. Mit diesen Kolleginnen und Kollegen an diesem besonderen Ort zusammenarbeiten zu dürfen, ist ein großes Glück. Was es bedeuten kann, Historiker zu sein, habe ich dort erfahren. Viele Gespräche in der »Raucherecke« waren zudem nicht nur unterhaltender, sondern mitunter auch intellektuell anregender als manches Universitätsseminar.

Abschließend danken möchte ich meinen Eltern Ingelore Wickert und Eberhard Schorsch sowie meinem Onkel Hermann Dowald, der mein Interesse für Geschichte und Politik maßgeblich befördert und auch sonst vieles ermöglicht hat.

Gewidmet ist das Buch dem wichtigsten Menschen in meinem Leben – meiner Tochter Emma Charlotte.

Der Autor

Tilman Wickert, Dr. phil., studierte Geschichte und Politikwissenschaften in Potsdam und Berlin. Das vorliegende Buch veröffentlicht seine an der Universität Rostock eingereichte Dissertationsschrift. Er arbeitet als historisch-politischer Bildner und Historiker zur DDR-Geschichte, Geschichte der Bundesrepublik und Geheimdienstgeschichte.

DIKTATUR UND DEMOKRATIE IM 20. JAHRHUNDERT

Das 1949 gegründete Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen (AGSF) sollte der bundesdeutschen Studentenschaft als »Brückenkopf« zu den Studenten an den DDR-Universitäten dienen. Darüber hinaus sammelte und publizierte es Informationen über die Lage an den ostdeutschen Hochschulen, betreute aus der DDR geflohene Studenten und verankerte mit seiner PR-Arbeit den antikommunistischen Grundkonsens an den westdeutschen Universitäten.

Das AGSF gehörte einerseits zur studentischen Selbstverwaltung, andererseits war es ein eigensinniger Akteur, der enge Kontakte zu Politik und Nachrichtendiensten pflegte und wegen seiner Aktivitäten auf DDR-Gebiet ins Visier des MfS und sowjetischer Geheimdienste geriet.

Erstmals liegt nun eine wissenschaftlich fundierte Monografie über diese facettenreiche Organisation vor – die in einer Reihe mit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und den Ostbüros von CDU, FDP und SPD stand.

ISSN 2570-0995
ISBN 978-3-95410-343-0



42 € [D]